

FICHA DE META DADOS – CEDIM 2019/2	
Nome da Pasta	500_JAHRE_CONQUISTA_SAMMELBAND_GE_426.1
Autor/Instituição	Institut für Brasilienkunde (Bibliothek)
Número de Documentos	1
Quantidade e tipo de documentação	1 caderno que contém páginas com recortes de reportagens veiculadas da imprensa brasileira e majoritariamente da alemã, além disso, há no conjunto documental revistas anexadas. Total de páginas: 131
Dia/ Mês/Ano	1992 - 1994
Formato	Ofício
Resumo	Produzido pelo Institut für Brasilienkunde estes cadernos reúnem matérias veiculadas na imprensa brasileira e principalmente alemã, nos anos 1992-1994, sobre a celebração dos 500 anos do Brasil. Este conjunto documental também contempla as revistas: “Weitsicht 3” de 1991, “Un paso adelante” edições publicadas em 1993 e 1994, “Tierra nuestra: Diálogos Lationoamericanos” e a “Kontraste”, ambas de 1992.
Palavras-Chave	500 anos; Brasil, América; Latina; Colonização; Descobrimento.

<b>Notas explicativas</b>	<p>(A contagem de páginas obedece à regra: sempre a partir da primeira após a capa, sendo esta a “01”)</p> <p>A encadernação limita parcialmente a visualização completa do texto, por isso há dificuldade de leitura, sobretudo em algumas páginas devido ao grampeamento.</p> <p>Na página 64, há um mapa sobre Cristóvão Colombo e sua expedição em 1942 a América, em tamanho grande, mas, na página 58 há uma versão dele em tamanho ofício</p> <p>Listagem das páginas em língua estrangeira: 02 até 129.</p>
---------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------



Bibliothek

# 500 Jahre CONQUISTA

Sammelband

CEDIM

Institut für Brasilienkunde

GE 426.1

Bibliothek

21.09.11



Termin:

Zeichen:



Anbei eine Telefax-Sendung des Instituts für Brasilienkunde  
für: Redaktion - LA Sunderstraße 15-17  
4532 Mettingen

Die indigenen Völker Brasiliens erinnern an 500 Jahre Eroberung  
*Der Widerstand führte zur Organisation*

Vor 500 Jahren sind die Europäer auf dem amerikanischen Kontinent eingedrungen. Aus diesem Anlaß werden indianische Organisationen Kundgebungen und Veranstaltungen durchführen, um den Widerstand der Indianer im Verlauf der 500-jährigen Invasion aufzuzeigen.

Für den 12. Oktober 1992 haben der Indianerrat von Roraima (CIR) und die indianischen Organisationen aus Amazonien eine Versammlung von über 500 IndianerInnen in der Hauptstadt Boa Vista (Bundesstaat Roraima) geplant. Makuxi Waldir Tobias von CIR meint in seiner Stellungnahme: "Die Regierung unterstellt den Indianern die Unfähigkeit, sich zu organisieren. Die Kundgebung wird der Öffentlichkeit allerdings das Gegenteil beweisen. Wir werden zeigen, daß in Brasilien beachtenswerte indianische Organisationen bestehen."

Und weiter heißt es in der Erklärung: "Wir werden die Geschichte unseres 500-jährigen Widerstandes erzählen, die Schwierigkeiten aufzeigen, mit denen wir zu kämpfen hatten, als wir uns in Organisationen zusammenschlossen." "Aus diesem Prozeß", so Waldir Tobias, "ist COIAB herausgewachsen, die etwa 40 indianische Organisationen vereint". Im April dieses Jahres kam es weiter zur Gründung des "Rats der indianischen Völker Brasiliens".

Bereits am 8. Oktober findet in Boa Vista die fünfte Zusammenkunft der indianischen LehrerInnen aus den Bundesstaaten Amazonas und Roraima statt. Sie werden über die Situation in den Schulen der indigenen Gemeinschaften in diesen zwei Staaten diskutieren. Am Ende der Kundgebung vom 12. Oktober stehen Tanzdarbietungen und die Verteilung von caxiri, einem typischen indianischen Getränk.

Am 10. Oktober kommt es in Manaus zu einer Großkundgebung gegen 500 Jahre Kolonialismus und Ausrottung. Gesprächsrunden, Vorträge, künstlerische Darstellungen und Tänze sollen der Bevölkerung die Geschichte der indianischen Völker über 500 Jahre hinweg zeigen. Als Veranstalter treten verschiedene Organisationen auf, darunter auch COIAB.

Die Veranstaltungen in Boa Vista und Manaus finden in den ersten Amtstagen des neuen Präsidenten, Itamar Franco, statt. Dieser führt die Amtsgeschäfte von Fernando Collor de Mello weiter, der infolge des Impeachment-Verfahrens für zunächst 180 Tage sein Amt zurücklegen mußte. In dieser Zeit wird der Senat über den ihm zur Last gelegten Vorwurf der Korruption und des Amtsmissbrauches urteilen.

Im Verlauf der beiden Manifestationen werden die indianischen Organisationen sehr wahrscheinlich ihre Forderungen an die neue Regierung richten. Die Haltung Itamar Francos zur Indianerthematik ist bislang noch nicht bekannt.

Brasília, 02. Oktober 1992  
Indianermissionsrat (CIMI)



Die indigenen Völker Brasiliens erinnern an 500 Jahre Eroberung

#### Der Widerstand führte zur Organisation

Vor 500 Jahren sind die Europäer auf dem amerikanischen Kontinent eingedrungen. Aus diesem Anlaß werden indianische Organisationen Kundgebungen und Veranstaltungen durchführen, um den Widerstand der Indianer im Verlauf der 500-jährigen Invasion aufzuzeigen.

Für den 12. Oktober 1992 haben der Indianerrat von Roraima (CIR) und die indianischen Organisationen aus Amazonien eine Versammlung von über 500 IndianerInnen in der Hauptstadt Boa Vista (Bundesstaat Roraima) geplant. Makuxi Waldir Tobias von CIR meint in seiner Stellungnahme: "Die Regierung unterstellt den Indianer die Unfähigkeit, sich zu organisieren. Die Kundgebung wird der Öffentlichkeit allerdings das Gegenteil beweisen. Wir werden zeigen, daß in Brasilien beachtenswerte indianische Organisationen bestehen."

Und weiter heißt es in der Erklärung: "Wir werden die Geschichte unseres 500-jährigen Widerstandes erzählen, die Schwierigkeiten aufzeigen, mit denen wir zu kämpfen hatten, als wir uns in Organisationen zusammenschlossen." "Aus diesem Prozeß", so Waldir Tobias, "ist COIAB herausgewachsen, die etwa 40 indianische Organisationen vereint". Im April dieses Jahres kam es weiters zur Gründung des "Rats der indianischen Völker Brasiliens".

Bereits am 8. Oktober findet in Boa Vista die fünfte Zusammenkunft der indianischen LehrerInnen aus den Bundesstaaten Amazonas und Roraima statt. Sie werden über die Situation in der Schulen der indigenen Gemeinschaften in diesen zwei Staaten diskutieren. Am Ende der Kundgebung vom 12. Oktober stehen Tanzdarbietungen und die Verteilung von caxiri, einem typischen indianischen Getränk.

Am 10. Oktober kommt es in Manaus zu einer Großkundgebung gegen 500 Jahre Kolonialismus und Ausrottung. Gesprächsrunden, Vorträge, künstlerische Darstellungen und Tänze sollen der Bevölkerung die Geschichte der indianischen Völker über 500 Jahre hinweg zeigen. Als Veranstalter treten verschiedene Organisationen auf, darunter auch COIAB.

Die Veranstaltungen in Boa Vista und Manaus finden in den ersten Amtstagen des neuen Präsidenten, Itamar Franco, statt. Dieser führt die Amtsgeschäfte von Fernando Collor de Mello weiter, der infolge des Impeachment-Verfahrens für zunächst 180 Tage sein Amt zurücklegen mußte. In dieser Zeit wird der Senat über den ihm zur Last gelegten Vorwurf der Korruption und des Amtsmissbrauches urteilen.

Im Verlauf der beiden Manifestationen werden die indianischen Organisationen sehr wahrscheinlich ihre Forderungen an die neue Regierung richten. Die Haltung Itamar Francos zur Indianerthematik ist bislang noch nicht bekannt.

Brasília, 02. Oktober 1992  
Indianermissionsrat (CIMI)



Anbei eine Telefax-Sendung des Instituts für Brasilienkunde  
für: Redaktion - LA Sunderstraße 15-17  
4532 Mettingen

## Die indigenen Völker Brasiliens erinnern an 500 Jahre Eroberung *Der Widerstand führte zur Organisation*

Vor 500 Jahren sind die Europäer auf dem amerikanischen Kontinent eingedrungen. Aus diesem Anlaß werden indianische Organisationen Kundgebungen und Veranstaltungen durchführen, um den Widerstand der Indianer im Verlauf der 500-jährigen Invasion aufzuzeigen.

Für den 12. Oktober 1992 haben der Indianerrat von Roraima (CIR) und die indianischen Organisationen aus Amazonien eine Versammlung von über 500 IndianerInnen in der Hauptstadt Boa Vista (Bundesstaat Roraima) geplant. Makuxi Waldir Tobias von CIR meint in seiner Stellungnahme: "Die Regierung unterstellt den Indianer die Unfähigkeit, sich zu organisieren. Die Kundgebung wird der Öffentlichkeit allerdings das Gegenteil beweisen. Wir werden zeigen, daß in Brasilien beachtenswerte indianische Organisationen bestehen."

Und weiter heißt es in der Erklärung: "Wir werden die Geschichte unseres 500-jährigen Widerstandes erzählen, die Schwierigkeiten aufzeigen, mit denen wir zu kämpfen hatten, als wir uns in Organisationen zusammenschlossen." "Aus diesem Prozeß", so Waldir Tobias, "ist COIAB herausgewachsen, die etwa 40 indianische Organisationen vereint". Im April dieses Jahres kam es weiters zur Gründung des "Rats der indianischen Völker Brasiliens".

Bereits am 8. Oktober findet in Boa Vista die fünfte Zusammenkunft der indianischen LehrerInnen aus den Bundesstaaten Amazonas und Roraima statt. Sie werden über die Situation in der Schulen der indigenen Gemeinschaften in diesen zwei Staaten diskutieren. Am Ende der Kundgebung vom 12. Oktober stehen Tanzdarbietungen und die Verteilung von caxiri, einem typischen indianischen Getränk.

Am 10. Oktober kommt es in Manaus zu einer Großkundgebung gegen 500 Jahre Kolonialismus und Ausrottung. Gesprächsrunden, Vorträge, künstlerische Darstellungen und Tänze sollen der Bevölkerung die Geschichte der indianischen Völker über 500 Jahre hinweg zeigen. Als Veranstalter treten verschiedene Organisationen auf, darunter auch COIAB.

Die Veranstaltungen in Boa Vista und Manaus finden in den ersten Amtstagen des neuen Präsidenten, Itamar Franco, statt. Dieser führt die Amtsgeschäfte von Fernando Collor de Mello weiter, der infolge des Impeachment-Verfahrens für zunächst 180 Tage sein Amt zurücklegen mußte. In dieser Zeit wird der Senat über den ihm zur Last gelegten Vorwurf der Korruption und des Amtsmißbrauches urteilen.

Im Verlauf der beiden Manifestationen werden die indianischen Organisationen sehr wahrscheinlich ihre Forderungen an die neue Regierung richten. Die Haltung Itamar Francos zur Indianerthematik ist bislang noch nicht bekannt.

Brasília, 02. Oktober 1992  
Indianermissionsrat (CIMI)

Brasília, 02. Oktober 1992  
Indianermissionsrat (CIMI)



## Die indigenen Völker Brasiliens erinnern an 500 Jahre Eroberung

### Der Widerstand führte zur Organisation

Vor 500 Jahren sind die Europäer auf dem amerikanischen Kontinent eingedrungen. Aus diesem Anlaß werden indianische Organisationen Kundgebungen und Veranstaltungen durchführen, um den Widerstand der Indianer im Verlauf der 500-jährigen Invasion aufzuzeigen.

Für den 12. Oktober 1992 haben der Indianerrat von Roraima (CIR) und die indianischen Organisationen aus Amazonien eine Versammlung von über 500 IndianerInnen in der Hauptstadt Boa Vista (Bundesstaat Roraima) geplant. Makuxi Waldir Tobias von CIR meint in seiner Stellungnahme: "Die Regierung unterstellt den Indianer die Unfähigkeit, sich zu organisieren. Die Kundgebung wird der Öffentlichkeit allerdings das Gegenteil beweisen. Wir werden zeigen, daß in Brasilien beachtenswerte indianische Organisationen bestehen."

Und weiter heißt es in der Erklärung: "Wir werden die Geschichte unseres 500-jährigen Widerstandes erzählen, die Schwierigkeiten aufzeigen, mit denen wir zu kämpfen hatten, als wir uns in Organisationen zusammenschlossen." "Aus diesem Prozeß", so Waldir Tobias, "ist COIAB herausgewachsen, die etwa 40 indianische Organisationen vereint". Im April dieses Jahres kam es weiters zur Gründung des "Rats der indianischen Völker Brasiliens".

Bereits am 8. Oktober findet in Boa Vista die fünfte Zusammenkunft der indianischen LehrerInnen aus den Bundesstaaten Amazonas und Roraima statt. Sie werden über die Situation in der Schule der indigenen Gemeinschaften in diesen zwei Staaten diskutieren. Am Ende der Kundgebung vom 12. Oktober stehen Tanzdarbietungen und die Verteilung von caxiri, einem typischen indianischen Getränk.

Am 10. Oktober kommt es in Manaus zu einer Großkundgebung gegen 500 Jahre Kolonialismus und Ausrottung. Gesprächsrunden, Vorträge, künstlerische Darstellungen und Tänze sollen der Bevölkerung die Geschichte der indianischen Völker über 500 Jahre hinweg zeigen. Als Veranstalter treten verschiedene Organisationen auf, darunter auch COIAB.

Die Veranstaltungen in Boa Vista und Manaus finden in den ersten Amtstagen des neuen Präsidenten, Itamar Franco, statt. Dieser führt die Amtsgeschäfte von Fernando Collor de Mello weiter, der infolge des Impeachment-Verfahrens für zunächst 180 Tage sein Amt zurücklegen mußte. In dieser Zeit wird der Senat über den ihm zur Last gelegten Vorwurf der Korruption und des Amtsmißbrauches urteilen.

Im Verlauf der beiden Manifestationen werden die indianischen Organisationen sehr wahrscheinlich ihre Forderungen an die neue Regierung richten. Die Haltung Itamar Francos zur Indianerthematik ist bislang noch nicht bekannt.

Brasília, 02. Oktober 1992  
Indianermissionsrat (CIMI)



Anbei eine Telefax-Sendung des Instituts für Brasilienkunde  
für: Redaktion - LA Sunderstraße 15-17  
4532 Mettingen

## Die indigenen Völker Brasiliens erinnern an 500 Jahre Eroberung

### Der Widerstand führte zur Organisation

Vor 500 Jahren sind die Europäer auf dem amerikanischen Kontinent eingedrungen. Aus diesem Anlaß werden indianische Organisationen Kundgebungen und Veranstaltungen durchführen, um den Widerstand der Indianer im Verlauf der 500-jährigen Invasion aufzuzeigen.

Für den 12. Oktober 1992 haben der Indianerrat von Roraima (CIR) und die indianischen Organisationen aus Amazonien eine Versammlung von über 500 IndianerInnen in der Hauptstadt Boa Vista (Bundesstaat Roraima) geplant. Makuxi Waldir Tobias von CIR meint in seiner Stellungnahme: "Die Regierung unterstellt den Indianer die Unfähigkeit, sich zu organisieren. Die Kundgebung wird der Öffentlichkeit allerdings das Gegenteil beweisen. Wir werden zeigen, daß in Brasilien beachtenswerte indianische Organisationen bestehen."

Und weiter heißt es in der Erklärung: "Wir werden die Geschichte unseres 500-jährigen Widerstandes erzählen, die Schwierigkeiten aufzeigen, mit denen wir zu kämpfen hatten, als wir uns in Organisationen zusammenschlossen." "Aus diesem Prozeß", so Waldir Tobias, "ist COIAB herausgewachsen, die etwa 40 indianische Organisationen vereint". Im April dieses Jahres kam es weiters zur Gründung des "Rats der indianischen Völker Brasiliens".

Bereits am 8. Oktober findet in Boa Vista die fünfte Zusammenkunft der indianischen LehrerInnen aus den Bundesstaaten Amazonas und Roraima statt. Sie werden über die Situation in der Schulen der indigenen Gemeinschaften in diesen zwei Staaten diskutieren. Am Ende der Kundgebung vom 12. Oktober stehen Tanzdarbietungen und die Verteilung von caxiri, einem typischen indianischen Getränk.

Am 10. Oktober kommt es in Manaus zu einer Großkundgebung gegen 500 Jahre Kolonialismus und Ausrottung. Gesprächsrunden, Vorträge, künstlerische Darstellungen und Tänze sollen der Bevölkerung die Geschichte der indianischen Völker über 500 Jahre hinweg zeigen. Als Veranstalter treten verschiedene Organisationen auf, darunter auch COIAB.

Die Veranstaltungen in Boa Vista und Manaus finden in den ersten Amtstagen des neuen Präsidenten, Itamar Franco, statt. Dieser führt die Amtsgeschäfte von Fernando Collor de Mello weiter, der infolge des Impeachment-Verfahrens für zunächst 180 Tage sein Amt zurücklegen mußte. In dieser Zeit wird der Senat über den ihm zur Last gelegten Vorwurf der Korruption und des Amtsmissbrauches urteilen.

Im Verlauf der beiden Manifestationen werden die indianischen Organisationen sehr wahrscheinlich ihre Forderungen an die neue Regierung richten. Die Haltung Itamar Francos zur Indianerthematik ist bislang noch nicht bekannt.

Brasília, 02. Oktober 1992  
Indianermissionsrat (CIMI)



Die Indianen Völker Brasiliens erinnern an 500 Jahre Eroberung

Der Widerstand führte zur Organisation  
Vor 500 Jahren wird die Eroberung auf dem amerikanischen Kontinent  
eingeleitet. Aus diesem Anlaß werden indische Organisationen  
Kundgebungen und Veranstaltungen durchführen, um den Widerstand  
der Indianer im Verlauf der 500-jährigen Invasion aufzuzeigen.

Für den 12. Oktober 1992 haben die Indianer der Indianer (CIGI)  
und die indischen Organisationen aus Amazonien eine Ver-  
einbarung von über 500 Indianern in der Hauptstadt Brasilia  
(Bundesstadt Brasilia) geplant. Mehrere Tausende von CIGI gehen  
in einer Demonstration "Die Regierung unterwirft die Indianer  
der Unteiligkeit, sich zu organisieren. Die Kundgebung wird die  
Offensivität der indischen Organisationen betonen. Sie werden  
zeigen, daß in Brasilien bewohnbare indische Organisa-  
tionen bestehen."

Und weiter heißt es in der Erklärung: "Wir werden die Geschichte  
unserer 500-jährigen Widerstände erzählen, die Widerstände  
aufzeigen, die dann zur heutigen Situation geführt haben. Wir  
werden die indischen Organisationen zeigen, die heute in Brasilien  
bestehen. Wir werden die indischen Organisationen zeigen, die heute  
in Brasilien bestehen. Wir werden die indischen Organisationen zeigen,  
die heute in Brasilien bestehen."

Der 12. Oktober findet in Brasilia die 500. Jahrestag der  
Eroberung Brasiliens durch die Portugiesen. Die indischen  
Organisationen werden die indischen Organisationen zeigen, die heute  
in Brasilien bestehen. Wir werden die indischen Organisationen zeigen,  
die heute in Brasilien bestehen."

Am 10. Oktober kommt es in Manaus zu einer Großkundgebung gegen  
500 Jahre Kolonialismus und Ausbeutung. Die indischen  
Organisationen werden die indischen Organisationen zeigen, die heute  
in Brasilien bestehen. Wir werden die indischen Organisationen zeigen,  
die heute in Brasilien bestehen."

Die Veranstaltungen in Brasilia und Manaus finden in den ersten  
Anfangen des neuen Präsidenten, Itamar Franco, statt. Dieser  
führt die Amtsgeschäfte von Fernando Collor de Mello weiter. Der  
Inhalt der Amtsgeschäfte von Fernando Collor de Mello wird der  
Inhalt der Amtsgeschäfte von Fernando Collor de Mello sein.

Im Verlauf der beiden Manifestationen werden die indischen  
Organisationen sehr wahrscheinlich ihre Forderungen an die neue  
Regierung richten. Die Haltung Itamar Francos zur Indianer-  
thematik ist bislang noch nicht bekannt.

Brasilia, 02. Oktober 1992  
Indianerorganisationen (CIGI)

THEMATISCHES KONZERT:  
"500 JAHRE EROBERUNG AMERIKAS"

Am 12. 10. 1492 setzte Christoph Columbus als erster Europäer  
seinen Fuß auf den Boden Amerikas, 1992 soll dieses Ereignis welt-  
weit gefeiert werden als

"500. Jahrestag der Entdeckung Amerikas- Begegnung zweier Welten."

Damals begegneten sich nicht zwei Welten, da unterwarf die eine  
Welt die andere.

1552 schreibt Bartolomé de las Casas, spanischer Bischof von Chia-  
pa (Mexiko):

"Seit vierzig Jahren haben die Spanier nichts anderes getan,  
als daß sie Indianer zerfleischen, erwürgen, peinigen, martern,  
foltern und sie durch tausenderlei ebenso neue als seltsame  
Qualen auf die grausamste Art aus der Welt vertilgen. Die ein-  
zige und wahre Grundursache, warum sie eine so ungeheure Menge  
schuldloser Menschen ermordeten und zu Grunde richteten, war  
bloß diese, daß sie ihr Gold in ihre Gewalt zu bekommen such-  
ten."

Daran hat sich bis heute nichts geändert: Damals raubten die  
Europäer Gold und Sklaven. Heute nimmt man sich Kupfer, Mahagoni  
und Kaffee. Den Bewohnern dieser Länder bleibt, was die Europäer  
schon vor 500 Jahren mitbrachten: Elend und Armut.

500 Jahre Eroberung Amerikas - kein Anlaß zum Feiern, eher Anlaß  
zu Trauer und Nachdenklichkeit.

ZUM PROGRAMM:

"500 JAHRE EROBERUNG AMERIKAS" ist eine Collage aus kurzen  
Erzählungen, Gedichten, Kommentaren und Musik. Die Texte ergänzen  
die Musik, vermitteln den Inhalt der Lieder und beleuchten poe-  
tisch Grundzüge der 500-jährigen Eroberungsgeschichte Amerikas.

Bei der Musik handelt es sich um eigene Kompositionen sowie  
um traditionelle und moderne Stücke anderer lateinamerikanischer  
Komponisten.

Die Texte werden von Viola Gabor und den Musikern vorgetragen.

Dauer des Programms: ca. 2 Std.  
Kosten: DM 2500.- zzgl. NK  
Grupo Sal stellt die Tonanlage  
Plakate werden zum Selbstkostenpreis zur Verfügung gestellt

KONTAKTADRESSE: Roberto Deimel, Im Keltergarten 8,  
7400 Tübingen 5  
Tel: 07071/76919  
Bürozeiten: Mo, Mi, Fr, 9<sup>00</sup>-12<sup>00</sup>





Im Stile eines Gesprächs-Konzerts klärte die „Grupo Sal“ auch über die Hintergründe ihrer lateinamerikanischen Lieder auf. Foto: wow

## „Teufelstanz“ mit Tiefgang

„Grupo Sal“ bot lateinamerikanische Lieder von trauriger Schönheit

Forchheim (wow). Ob die Volkshochschule gewußt hatte, daß sie weit mehr als einen musikalischen Abend veranstalten würde? „Grupo Sal“, ein Trio aus in Tübingen lebenden lateinamerikanischen Musikern, brachte am Sonntagabend im Forchheimer Rathssaal nicht nur südamerikanische Musik zu Gehör. Die Konzertbesucher erfuhren auch vieles über Geschichte und Kultur des Iberoamerikanischen Teilkontinents.

Das erste Stück, ein Gitarren-Instrumental, hieß nicht nur „Windstoß“, es wirkte auch so. Der fulminante Eindruck, den die hämmern- den Gitarrenschläge von Roberto Deimel, Sergio Pinto und Fernando Dias Costa machten, vermittelte so recht südliches Temperament, wie man es sich vorstellt. Gleich zu Beginn zeigte das Trio, daß es den ganzen Abend über professionelles Niveau bieten würde.

Mit dem Temperament aber war es nicht so einfach, denn die Lebensfreude der Völker Lateinamerikas ist

seit „gestern vor 499 Jahren“ getrübt, wie der Chilene Roberto Deimel zwischen den Musiknummern immer wieder anhand eindrucklicher Beispiele klarmachte. Seit der Entdeckung durch Columbus am 12. Oktober 1492 sei die Geschichte Lateinamerikas eine Geschichte der Unterdrückung, der Versklavung, ja des Völkermords. Da wird verständlich, warum die „Samba de los Mineiros“, die Samba der Bergleute, so abgrundtief traurig klingt.

Für die lateinamerikanische Musik sind Harmonien typisch, die in der europäischen Harmonielehre den Molltonarten zugerechnet werden. Bei aller Schönheit klingt fast immer Melancholie oder gar Resignation an, sobald der Teufelstanz auf den Saiten aufhört, der die temperamentvollen Teile dieser Musik beherrscht.

### Wie vom anderen Stern

Natürlich war dieses rhythmische Sich-Austoben der Musiker, das bisweilen an den Flamenco erinnert, oft zu hören. Es gab aber auch sehr viel Neues zu entdecken, denn südamerikanische Folklore ist weit mehr als Samba, Tango und ein paar Modetänze, die man hierzulande (meist in marktgerechter Vereinfachung und poppig gestylt) so kennt. Da gab es zum Beispiel ein chilenisches Trauerlied, in dem der Verlust der Freiheit und Selbstentfaltungsmöglichkeit beklagt wird. Zu Beginn war selbst dem kulturbeflissenen Zuhörer alles an dieser Komposition fremd. Die Musik hatte bis auf terzparallele Stimmführung im Gesang weder vom Rhythmus noch von den Akkorden irgendetwas mit unseren Hörgewohnheiten gemein. Von einem anderen Stern klang das, aber ungemein interessant.

Bei den meisten Liedern und Instrumentalstücken lag der Reiz aber in der speziellen Kombination der Musik unterschiedlicher Kulturen, die in Südamerika zusammenfließen. Dort trafen nämlich nach 1492 nicht nur Ureinwohner und spanisch-portugiesische Europäer zusammen. Weil die europäischen Eroberer bald schwarze Sklaven herbeikarrien, kam der komplizierte afrikanische Rhythmus zu den spanischen Harmonien. Die

waren ihrerseits maßgeblich von den in Spanien lebenden Arabern geprägt.

### Gesprächskonzert

Das alles hörte man im Rathssaal doppelt gut, weil die Musiker im Stile eines Gesprächskonzertes auf die Hintergründe der Musik hinwiesen. Sie blieben dabei locker und verfielen nie in akademischen Vortragstil, kehrten vor allem immer wieder ganz natürlich zur Musik zurück, die die Gedanken schnell vertreiben konnte: Multikulturelle Musik wurde von Multitalenten (alle drei beherrschen Gesang, Gitarre und Percussion) so unterhaltsam und auch virtuos dargeboten, daß man mit dem Zuhören kaum nachkam. Der Abend verging dann auch wie im Flug, was für Folklore nicht selbstverständlich ist.

Das Besondere neben der exzellenten Darbietung geschmackvoll ausgewählter, nie kitschiger, sondern immer aktueller, lebendiger Folklore blieb aber die Art, wie die Künstler die Musik über den Klang hinaus Geschichte, Kultur und Sozialkritik transportieren ließen. So mischte sich zwar in den Klanggenuß permanent eine sehr ernsthafte, auch vom Publikum so empfundene Nachdenklichkeit. Doch dafür kam es (anders als vor bald fünfhundert Jahren) zu einer wirklichen Entdeckung, zu einer „Begegnung zweier Welten“.

Fränkischer Tag 15.10.91

## 500 JAHRE EINSAMKEIT

### ZUM INHALT

Das Programm will über die bekannte Tatsache der grausamen Vernichtung großer Teile der Urbevölkerung und über die unheilvolle Geschichte der „500-jährigen Eroberung“ Amerikas hinaus aufzeigen, was uns „Zivilisierten“ fehlt:

„Das Schweigen der Götter lastet auf dem Lager der Europäer ebenso schwer, wie auf dem der Indianer. Was der Europäer auf der einen Seite gewann, verlor er auf der anderen; indem er sich mit dem, worin er überlegen war, auf der ganzen Erde durchsetzte, erstickte er in sich selbst die Möglichkeit, sich in die Welt zu integrieren.“

Dieser Sieg, aus dem wir alle, Europäer wie Amerikaner, hervorgegangen sind, bedeutet zugleich eine schwere Beeinträchtigung unserer Fähigkeit, im Einklang mit dem Kosmos zu sein.“

(Tzvetan Todorov)

Unser Programm will weder den moralischen Zeigefinger erheben („ihr bösen Europäer“), noch ein Lamento („armer ausgebeuteter Indianer“) sein.

### ZUR FORM DER DARBIETUNG

Das Programm dauert 90-110 min. (eine kleine Pause nach ca. 50 min.)

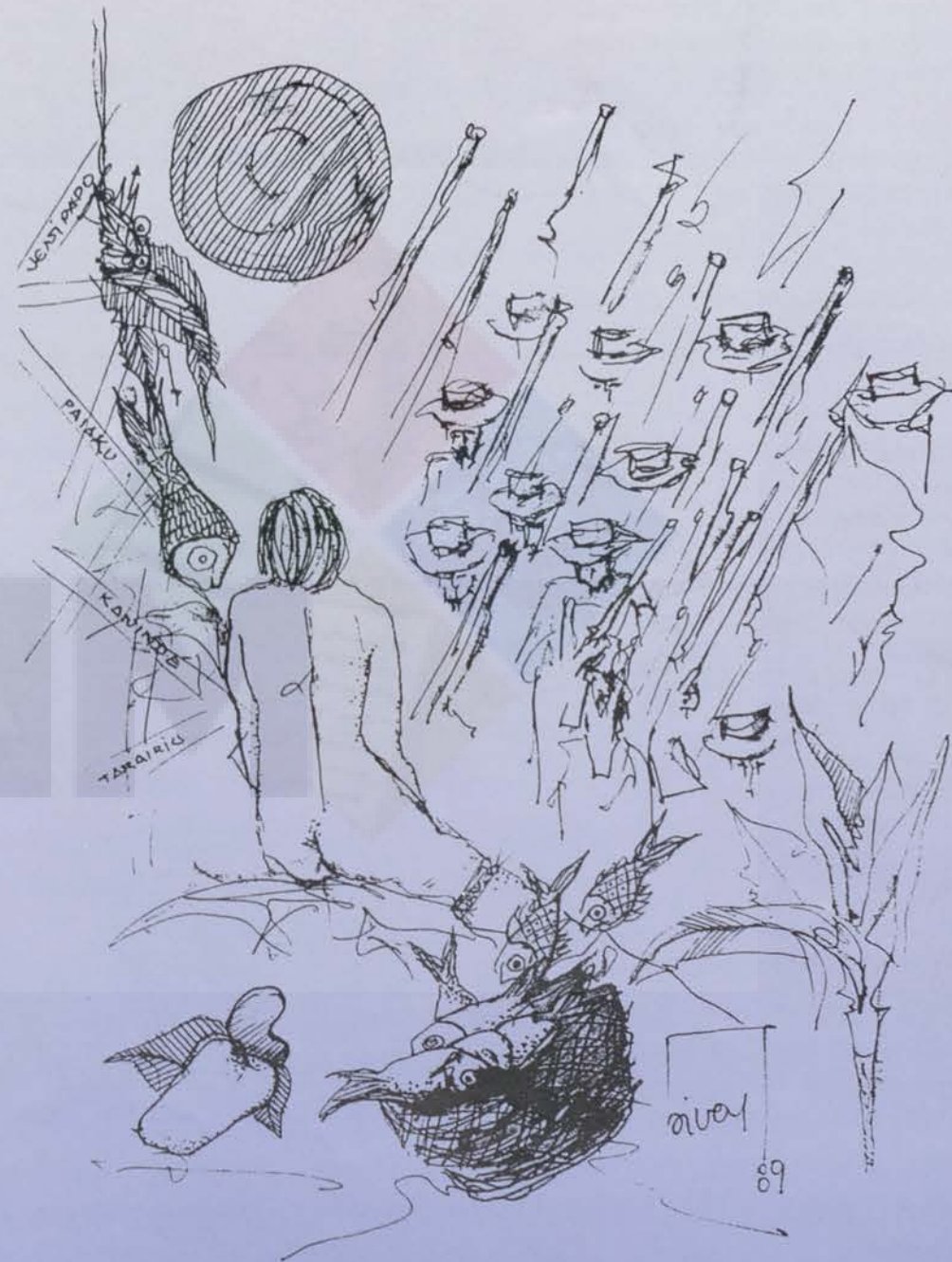
Die Texte werden von 2 Sprechern (männliche Stimme: Dietmar Schönherr bzw. SDR-Sprecher und Moderator Karlheinz Gabor und weibliche Stimme: Viola Gabor) gesprochen.

Musik: GRUPO SAL

Text und Musik greifen ineinander über bzw. treten abwechselnd in den Vordergrund.



# weitsicht3



Forum  
entwicklungspolitischer  
Initiativen in  
Schleswig-Holstein

August bis Oktober '92



Liebe Weltsicht-Weitsicht-LeserInnen!

Sommerpause überall... und doch finden und fanden in diesem trockenen Sommer so entscheidende Ereignisse statt, wie der Weltwirtschaftsgipfel in München oder hier bei uns zu Lande die Diskussion über die Mittel für die Fortsetzung der Nord-Süd-Entwicklungszusammenarbeit. In diesem Zusammenhang möchten wir daran erinnern, daß **entwicklungspolitische Bewußtseinsarbeit** nicht nur in Richtung Basis gehen sollte.

Neben den Beiträgen zum Thema „**500 Jahre Conquista**“ stellt der neue Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Gerd Walter, Ideen zur Nord-Süd-Arbeit des Landes Schleswig-Holstein vor. Herr Walter hat die Zusage zu einem Interview gegeben, das wir in der nächsten Nummer abdrucken wollen.

Wie bereits angekündigt, haben wir die letzte Nummer des Jahres (Oktober-Dezember) dem Thema „**Entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit in S.-H.**“ gewidmet. Dazu brauchen wir Eure **Berichte, Ideen** und vor allem Vorschläge zur Vernetzung zu **landesweiten Kampagnen**. Beiträge, wie immer, an FORUM/Kiel (Impressum) oder eines der Redaktionsmitglieder.

**Redaktionsschluß: 10. September 1992.**

Die Zahl der Abonnenten erhöht sich, wenn auch nur zögernd. Wir haben geplant, spätestens mit der nächsten Ausgabe von WELTSICHT-WEITSICHT die Rechnung für das Jahresabonnement 1992 rauszuschicken. Wer bis jetzt noch nicht signalisiert hat zu abonnieren, tue dieses bitte in der nächsten Zeit.

Zum Schluß möchten wir darauf hinweisen, daß wir ein **Spendenkonto** haben, auf das auch die Jahresbeiträge überwiesen werden können:

FORUM  
Kto. 16 929 25  
Kieler Volksbank  
BLZ 210 900 07

Spenden für die langfristige Finanzierung unserer Zeitschrift sind herzlich willkommen.

Eure Redaktion

Das Titelbild entnahmen wir mit freundlicher Genehmigung dem Buch:  
José Cordeiro, Indianer in Ceara. 400 Jahre Massak und Widerstand  
Institut für Brasilienkunde/Brasilienkunde Verlag  
Mettingen 1991  
Zeichnung von José Albano



#### Impressum:

**Herausgeber:** FORUM, Kieler Zentrum AusländerInnen und Dritte Welt, Königsweg 65, 2300 Kiel 1, 0431/675425  
FORUM-Verlag

**Redaktion:** Meinolf Hammerschmidt, Christine Garnatz, Ingeborg Hoffmann, Jürgen Runge (ViSdP)

**Karikaturen:** Dorsi German  
»Weltsicht-Weitsicht« erscheint vierteljährlich. Preis pro Heft 1,- DM, im Abonnement (4 Ausgaben) 4,- DM zuzüglich Versandkosten.

## Inhalt

- 2 Redaktionsmitteilung, Impressum
- 4 Der Flensburger Überseehandel mit den Dänisch-Westindischen Inseln
- 6 Was hat Kolumbus mit den Bauern in Schleswig-Holstein zu tun
- 7 Cuba libre!
- 8 Kolumbus brachte auch den Tod...
- 9 Ein „Bundesschluß“ zwischen Nordelbien und Südbrasilien
- 10 1492 — 1992
- 13 Wo ist die Kampagne 1992
- 14 Zum Weltwirtschaftsgipfel in München
- 15 „... daß 500 Jahre Widerstand weitergehen“
- 16 Militärputsch in Peru
- 18 Menschenrechtsnetz für El Salvador
- 18 „Wir fordern Gerechtigkeit für die Armen“
- 19 EXPO in Sevilla
- 20 Bilanz der Gegenveranstaltungsreihe zur UNCED-Umwelttagung
- 21 „Sport spricht alle Sprachen“ — ein voller Erfolg
- 22 Bücher & Filme
- 24 Gerd Walter: Fundamentale Veränderungen der Weltwirtschaftsordnung
- 25 Vernetzung in Schleswig-Holstein
- 27 Termine
- 30 Dokumentation — Information
- 31 Informationsservice in Bonn



## Der Flensburger Überseehandel mit den Dänisch-Westindischen Inseln

Auszug aus einem „kurzen Abriß zur Kolonialgeschichte Flensburgs“ (stark gekürzt) von **Jörg Pepmeyer**, Munketoft 29, 2390 Flensburg

Der 500. Jahrestag der Entdeckung Amerikas ist sicherlich für die Völker Amerikas kein Grund zum Feiern. Millionen Menschen dieses Kontinents haben ihr Leben während dieser fünfhundert Jahre für die Interessen der europäischen Kolonialmächte lassen müssen... Besonders die karibischen Inseln, die als erste von Columbus entdeckt wurden, leiden bis heute unter den Folgen kolonialer Ausbeutung und Abhängigkeit...

Auch Flensburger Kaufleute beteiligten sich an der Ausplünderung der westindischen Inseln... Vor allem durch den Zucker- und Rumhandel mit St. Croix begründeten unzählige Flensburger Kaufmannsfamilien Unternehmen, die noch heute das Wirtschaftsleben der Stadt prägen. Dabei war es für die Flensburger Kaufleute nicht einmal notwendig, sich an dem ebenfalls lukrativen Sklavenhandel zu beteiligen. Trotzdem profitierte Flensburgs Wirtschaft indirekt vom Sklavenhandel und vom System der auf Sklaverei basierenden Plantagenwirtschaft... Bis 1806 erreichte der Handel mit den westindischen Inseln einen Umfang, der Flensburg neben Kopenhagen zu einer der bedeutendsten Handelsstädte im dänischen Gesamtstaat machte.

Anders als die großen Staaten gelangte Dänemark relativ spät in den Besitz von Kolonien... 1665 faßte man in Kopenhagen den Entschluß, in Westindien einen Stützpunkt zu erwerben. Am 30. März 1666 nahm dann als königlicher Kommandant und Gouverneur auf St. Thomas Erik Nielsen Smed die Insel offiziell im Namen des dänischen Königs in „Besitz“... Die eigentliche Urbevölkerung, die Indianer, waren schon zu Columbus Zeiten ausgerottet worden. 1717 wurde die St. Thomas vorgelagerte Insel St. John unter dem Protest der Engländer von Dänemark annektiert, 1733 kaufte die (dänische) Westindische Kompagnie dann die Insel St. Croix von Frankreich. Dies erwies sich als wahrer Glückstreffer der dänischen Kolonialpolitik. Die Insel, welche von den Indianern Ay-Ay genannt wurde, bestand aus flachen Hügeln und Bergen, die völlig mit tropischem Wald und Buschwerk überwuchert waren. Für den Aufbau der Zuckerrohrplantagen wurde die Insel fast völlig abgeholzt. Die Erlöse, die aus dem Verkauf des Mahagoni- und sog. Farbholzes in den folgenden Jahren erzielt wurden, sollen dreimal so hoch gewesen sein wie der Kaufpreis der Insel.

Der Aufbau der Plantagen war ohne das System des Sklavenhandels und der Sklaverei kaum denkbar. Die Pflanzler wurden sechs bis sieben Sklavenschiffe jährlich mit Fracht beladen nach Guinea und tauschten ihre Waren gegen Sklaven. Diese wurden anschließend auf den westindischen Inseln an die Plantagenbesitzer verkauft, und die Schiffe segelten wieder mit Fracht beladen nach Kopenhagen zurück. Rund 1.500 Sklaven wurden jährlich auf die Inseln gebracht. Wesentlich für die später enorm großen Gewinne war die Tatsache, daß die dänische Politik nicht darauf abzielte, die Inseln zu autonomen und auf Selbstversorgung orientierte Eilanden zu machen. Auf dem Jahr 1775 beginnt für die Flensburger Kaufleute der eigentliche Boom im Westindienhandel. Wesentlich für die später enorm großen Gewinne war die Tatsache, daß die dänische Politik nicht darauf abzielte, die Inseln zu autonomen und auf Selbstversorgung orientierte Eilanden zu machen.



St. Croix war im übrigen der Haupthandelsplatz der Flensburger Kaufleute. Und von St. Croix kam denn auch der Löwenanteil des Rohrzuckers und der Rums, den die Fördestadt von den westindischen Inseln einfuhrte. Insofern profitierten die Flensburger Kaufleute ganz direkt von der Sklavenarbeit.

Ein besonderes Problem war es für die Westindische Kompagnie und später für die dänische Krone, genügend Seeleute für die Besatzung der Sklavenschiffe zu finden. Kein Seemann ging damals freiwillig an Bord eines Sklavenschiffes, nur ausgesprochene Not konnte ihn dazu bewegen. Aus diesem Grund versuchte man im Jahr 1782, während der sonntäglichen Gottesdienste in den Kirchen mit Aufrufen von der Kanzel für die Sklavenarbeit zu werden. Trotzdem scheiterte diesem Vorhaben nur wenig Erfolg gegönnt gewesen zu sein...

Daß die dänische Regierung den Sklavenhandel als erste Kolonialmacht 1792 mit Wirksamkeit ab 1803 verbot, hatte ... wohl hauptsächlich ökonomische Gründe. Dänemarks Sklavenhandel war im Grunde so unbedeutend, daß ein Verzicht hierauf sich nicht besonders nachteilig für die Staatsfinanzen auswirkte.

Außerdem war die Übergangsfrist sehr lang, und kein Pflanzler wurde daran gehindert, Sklaven woanders zu kaufen. Und an dem tagtäglichen Los der Plantagenarbeiter änderte das Sklavenhandelsverbot ohnehin nichts.

Ab dem Jahr 1775 beginnt für die Flensburger Kaufleute der eigentliche Boom im Westindienhandel. Wesentlich für die später enorm großen Gewinne war die Tatsache, daß die dänische Politik nicht darauf abzielte, die Inseln zu autonomen und auf Selbstversorgung orientierte Eilanden zu machen.

In Flensburg entwickelte sich daher sehr schnell im Rahmen des Manufakturwesens eine auf die westindischen Inseln orientierte Exportindustrie. Mit Speck, Butter, Getreide, Pökelfleisch, Textilien (u.a. Sklavenkleidung) usw. beladene Schiffe gingen auf Fahrt in Richtung Westindien und kamen u.a. mit Zuckerrohr, Rum, Holz, Tabak, Baumwolle und Kaffee zurück. Entscheidend für den Einstieg der Flensburger Kaufleute vor allem in den Rumhandel war aber auch die Tatsache, daß Flensburg über eine gut ausgebaute Branntweinindustrie verfügte. Rund ein Viertel der Flensburger Bevölkerung lebte von der Arbeit in den Brennereien.

Bis zum Höhepunkt des Westindienhandels im Jahr 1806 hatten sich ca. 15 große Gesamthandels Häuser herausgebildet. Besonders die Familie Dethleffsen konnte aufgrund einer geschickten Unternehmenspolitik und aufgrund der überaus hohen Gewinne ihre Position im Wirtschaftsleben der Stadt ausbauen und gehört auch heute noch zu den einflußreichsten Familien in der Stadt.

Bereits in den Jahren 1780 bis 1784 bestritt Flensburg etwa ein Zehntel des dänischen Westindienhandels. 1806 wurden u.a. über 2 Millionen Pfund Rohrzucker, 123.979 Pfund Kaffee, 192.000 Pfund Tabak, 12.437 Pfund raffinierter Zucker, 33.150 Liter Rum gelöscht. Eindeutig war Zucker die wichtigste Einfuhrware in Flensburg.

Ab 1807 beginnt jedoch bedingt durch den Krieg Frankreichs gegen England und dem Eintritt Dänemarks in diesen Krieg auf Seiten Napoleons sowie der Verhängung der Kontinentalsperre ein Niedergang des Flensburger Handels.

Für die Flensburger Bevölkerung bedeuteten Kriegsjahre und nachfolgende Jahre eine erhebliche Verschlechterung der Lebensbedingungen. 1820 mußten 2075 und 1828 sogar 2395 Menschen durch das Armenwe-

sen versorgt werden. Dies bei einer Einwohnerzahl von 13.000 Menschen. 1832 erhielt jeder zehnte Einwohner eine Unterstützung aus der Armenkasse.

Durch den Krieg waren in Flensburg drei große führende Handelshäuser übriggeblieben. Das von Andreas Christiansen war mit Abstand das größte. So war es in einem Jahr sogar in der Lage, von 13 Flensburger Westindiensegeln gleich sechs auf eigene Rechnung fahren zu lassen. Trotzdem ist die Zeit der Gesamthandels Häuser ab 1820 zwar nicht vorbei, aber es findet eine stärkere Differenzierung statt. Die Bereedung der Schiffe, die Lagerung und Verarbeitung der importierten Waren, ihr Verkauf und ihre Vermarktung erfordern spezialisierte Unternehmen. Die verstärkte Gründung der Rumhäuser unterstreicht diesen Trend. Insgesamt erreichte der Flensburger Westindienhandel wieder zwischen 1833 und 1840 einen neuen Höhepunkt. Vor allem der Rumhandel nahm ab etwa 1828 einen enormen Aufschwung. Von 1828 bis 1837 verdreifachten sich allein die Einfuhren von St. Croix nach Flensburg von 285.000 l auf 903.000 l. Die Gesamteinfuhren von den westindischen Inseln betrugen dabei im Jahresschnitt rund 620.000 Reichsbanktaler (Rbtlr.). Die Flensburger Ausfuhren nach Westindien hatten lediglich einen Wert von ca. 400.000 Rbtlr. Der Handelsüberschuß verblieb in der Stadt und mehrte den Reichtum der Kaufleute und Handelshäuser. Auch für die damalige Zeit war das eine enorm hohe Summe, bedenkt man, daß damals der Bau und die Ausrüstung eines Segelschiffes von 100 Commerzienlasten etwa 16.000 Taler kosteten. Verdient wurde jedoch nicht nur am Handel mit den Kolonialwaren, sondern auch an deren Verarbeitung. Dies betraf insbesondere den Rum. Ursprünglich war der Rum ein Abfallprodukt bei der Zuckerherstellung. Seine Basis war Schaum, der sich während des Kochens des Zuckersaftes absonderte. Dieser wurde mit Melasse und mit Wasser gemischt und anschließend sieben bis zehn Tage zum Gären ins Destillierhaus gestellt. Anschließend wurde der Saft in großen Destillierkesseln zu Rohrum, aber auch zu feineren Rumsorten destilliert. Damit der Rum trinkbar wurde, wurde er mit Wasser und selbsterzeugten Branntwein vermischt und auf 40 % Alkoholvolumen verdünnt. Vor allem das ausgezeichnete Flensburger Quellwasser und die darin enthaltenen Stoffe gaben dem Flensburger Rum seine besondere Eigenart. Abgesetzt wurde er vor allem in Norwegen, Schweden und den übrigen Ostseeländern, aber auch im Flensburger Hinterland und in Hamburg.

Für die dänischen Inseln in der Karibik begann Mitte des 19. Jahrhunderts der langsame ökonomische Abstieg. Dies lag vor allem am Absinken der Zuckerpreise, das sich insbesondere durch das Anpflanzen von Zuckerrüben in Europa verstärkte. Dänemark verkaufte daher seine Besitzungen an die USA.



Die Inseln konnten sich bis heute weder ökonomisch noch politisch von ihrem kolonialen Status befreien. Derzeit decken sie rund 15 % des US-amerikanischen Rumbedarfs. Es gibt außer dem Tourismus keine weiteren Industrien und Erwerbsmöglichkeiten. Aus diesem Grund gab es 1972 Unruhen und Demonstrationen, die sich vor allem gegen die weißen Unternehmer richteten. Seit 1976 wird an einer Verfassungsreform mit dem Ziel der vollen inneren Autonomie gearbeitet. Aufgrund des hohen Anteils von Farbigen und Mulatten an der Bevölkerung (rund 80 %) ist derzeit nicht mit einer Integration der Inseln als Bundesstaat in die USA zu rechnen. Eine nennenswerte und politischen Einfluß besitzende Unabhängigkeitsbewegung gibt es nicht.

Die Flensburger Bevölkerung war vom Boom im Handel mit den westindischen Inseln ausgeschlossen. Während die Flensburger Kaufleute Riesengewinne machten, verschlechterten sich die Lebensbedingun-

gen in der Stadt, sanken die Löhne und stiegen die Preise, verarmten große Teile der Flensburger Bevölkerung.

Dabei haben die Flensburger Kaufleute über hunderte Jahre lang aktiv an der Ausplünderung der Inseln teilgenommen. Es handelte sich nicht um eine historische Episode, sondern um eine zeitgeschichtlich und handelspolitisch entscheidende Epoche. Besonders wichtig ist, daß zahlreiche Flensburger Kaufmannsmilien mit dem Westindienhandel die Basis für ihren heutigen wirtschaftlichen Einfluß gelegt haben. Insfern trifft sie zumindest moralische Mitschuld am politischen und wirtschaftlichen Zustand der Inseln heute. Das Kapital und die Ressourcen, die den Inseln damals entzogen wurden, fehlen ihnen heute zum Aufbau einer eigenen, unabhängigen Volkswirtschaft.

(Nachfragen und Quellenangaben können beim Verfasser angefordert werden.)

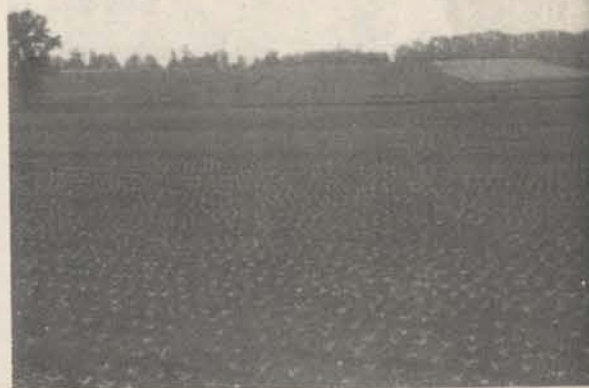
## Was hat Kolumbus mit den Bauern in Schleswig-Holstein zu tun?

Auf den ersten Blick überhaupt nichts, oder doch? Viele landwirtschaftliche Kulturpflanzen, die auch bei uns angebaut werden, haben ihren Ursprung in Lateinamerika, z.B. Kartoffeln, Mais, die in ihrer Urform in den verschiedensten Variationen (blaue, violette oder rote Kartoffeln, Mais für die unterschiedlichen Klimaregionen) vorkamen. Kaum jemand weiß noch, daß auch die Tomate aus Lateinamerika stammt.

Erst auf den zweiten Blick findet sich der Zucker. Niemand anders als Christoph Kolumbus brachte das Zuckerrohr nach Lateinamerika, in die „Neue Welt“, die heutige Dominikanische Republik und nach Haiti. Von dort fand es seine Verbreitung auf das Festland und die anderen Inseln.

Der Zucker wurde zu dem Kolonialprodukt im 15./16. Jahrhundert und zum Motor für die Entwicklung des Welthandels zwischen den Kontinenten. Im 18. Jahrhundert kamen 80 % der Weltzuckerproduktion von den karibischen Inseln (vgl. BUKO Agrardossier I/92). Dort wurde das Zuckerrohr von den Eroberern in großen Monokulturen angebaut. Ge-

wachsene Agrarkulturen wurden dafür umgestaltet oder zerstört, der riesige Bedarf an Arbeitskräften u.a. mit Hilfe von SklavInnen vor allem aus Afrika, gedeckt.



80 bis 100.000 Pflanzen je Hektar Zuckerrübenpflanzungen. Foto aus: „Zuckerrübe“, Zeitschrift für Zuckerrübenanbauer, Heft 4/1992, S. 15

Der preußische Chemiker Andreas Sigismund Markgraf fand 1747 heraus, daß der Zucker in der Runkelrübe der gleiche ist wie der im Zuckerrohr. 1801 wurde die erste Zuckerrübenfabrik gebaut, aber erst durch die von Napoleon verhängte Kontinental Sperre gegen England, den Hauptzuckerproduzenten, gewann die Zuckerrübe an Bedeutung, da Europa von den karibischen Zuckerinseln abgeschnitten war und ihren Zuckerbedarf selbst decken mußte. Die Gründe für den Zuckerrübenanbau in Europa waren also politischer und weniger wirtschaftlicher Art, denn Zucker aus Rüben war deutlich teurer als der aus dem Rohr.

Die Zuckerindustrie entwickelte sich zu einem blühenden Wirtschaftszweig. Schutzzölle schützten die europäische Zuckerindustrie vor billigen Importen.



Zuckerrohrernte in der Dominikanischen Republik. Foto aus BUKO-Agrardossier I/92, S. 30

Auch heute noch schützt ein Marktordnungssystem den einheimischen Rübenzuckeranbau. Mit Hilfe von Exportsubventionen setzt die EG den Zuckerrübenüberschuß auf dem Weltmarkt ab. In kürzester Zeit hat sich die EG einen Weltmarktanteil von 25 % des frei gehandelten Zuckers erobert und gehört somit auch zu den Hauptverantwortlichen für den Zuckerpreisverfall.

Im Zuckerprotokoll von Lomé, das zwischen der EG und 69 Staaten Afrikas, des karibischen und pazifischen Raums (AKP-Staaten) abgeschlossen wurde und zur Preisstabilisierung beitragen sollte, wurde festgelegt, daß die EG verpflichtet ist, jährlich 1,3 Mio. t Rohrzucker aus den AKP-Staaten zu importieren und dafür den gleichen Preis zu zahlen wie für die Zuckerproduzenten in der EG. Die gesamte Zuckermenge von 1,3 Mio. t wurde auf 16 AKP-Staaten verteilt, jedoch in sehr unterschiedlichen Höhen, wobei Fracht- und Versicherungskosten für den Transport in die EG von den Ländern selbst getragen werden müssen (5 - 10 % des erlösten Garantiepreises).

Was das alles mit den Bauern in S.-H. zu tun hat? In S.-H. ist ca. 15 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche mit Zuckerrüben bedeckt. Eine Preissenkung für das Überschussprodukt Zucker ist in der gerade abgeschlossenen EG-Agrarreform nicht vorgesehen. Der Zuckerrübenanbau bleibt auch in Zukunft ein lukrativer Wirtschaftszweig für die Bauern in Schleswig-Holstein.

Karin Hammerschmidt

## Cuba libre!

50 Jahre Eroberung — unter diesem Stichwort befassen sich in diesem Jahr viele Menschen mit unserer kolonialen Geschichte in Lateinamerika. In diesem Jahr möchten wir heute an eine Gegen-Geschichte erinnern, die leider nicht so alt und auch nicht ganz erfolgreich ist wie die des Kolumbus und seiner Nachfolger: an die Befreiung Cubas 1959.

In dieser Revolution eroberte sich das cubanische Volk sein Stück Land zurück und damit das Recht und die Freiheit, nach Jahrhunderten von Fremdbestimmung die eigene Geschichte einmal selbst gestalten zu können. Enormes wurde seitdem erreicht: im Ver-

gleich mit anderen 3.-Welt-Ländern ist die Verwirklichung der Menschenrechte auf Ernährung, Gesundheit, Wohnung, Bildung, Entwicklung und soziale Gerechtigkeit einzigartig. Darüberhinaus hat Cuba immer wieder seine Solidarität mit anderen Völkern unter Beweis gestellt: Ärzte, Techniker und Lehrer arbeiten in anderen Ländern der Welt, tausende von strahlengeschädigten Kindern aus Tschernobyl fanden und finden dort medizinische Betreuung. Cuba ist deshalb eine wichtige Referenz für andere Länder der Dritten Welt gegen eine wachsende Verelendung von Dreivierteln der Menschheit in der kapitalistischen One-World.



Es geht hier aber nicht darum, ein Volk, einen Staat oder gar eine Regierung „heilig“ zu sprechen. Aber es geht um Maßstäbe, auch um unsere Maßstäbe, mit denen wir in diesem Jahr nach Lateinamerika blicken. Denn oft fällt es leichter, sich mit Armen als mit einer Befreiungsbewegung zu solidarisieren, besonders dann, wenn diese inzwischen selbst an der Macht ist. Dabei hätte Cuba gerade jetzt Solidarität bitter nötig. Denn die Lage ist dort dramatisch. Seit mehr als 30 Jahren erhalten die USA ihre Blockade aufrecht, sie haben sie jetzt sogar verschärft. Der Handel mit den bisher wichtigsten Handelspartnern UdSSR und DDR ist fast zum Erliegen gekommen. Die EG verweigert jede Kooperation. Die Bundesregierung führt die Verträge Cuba-DDR nicht weiter. Selbst die Lieferung von Milchpulver für das Programm, das jedem Kind jeden Tag einen halben Liter Milch garantierte, ist eingestellt.

## Kolumbus brachte auch den Tod...

Unter dem Motto „500 Jahre Conquista“ standen die Seminartage der Lütjenburger Realschule. Alle Klassen beteiligten sich an diesem Gemeinschaftsprojekt. Hier sollte kurz vor den Ferien bei den Kindern eine Bewußtseinsbildung ausgelöst werden, daß die „Entdeckung“ Amerikas durch Kolumbus der Menschheit nicht die Vorzüge einer „neuen Welt“, sondern vor allem den Indianervölkern Unterdrückung und Tod beschert habe, erläuterte Rudolf Albrecht die Konzeption dieses Seminars.



Das hat System. US-Präsident Bush sagte jüngst anläßlich der Blockade-Verschärfung: „Gemeinsam werden wir Cuba eine neue Ära der Freiheit und Demokratie bringen.“ Und es muß hinzugefügt werden — so wie Vietnam, Chile, Grenada und El Salvador.

Vor einem halben Jahr haben mehr als 170 Vertreter des Nationalen Kirchenrates der USA und anderer ökumenischer Gremien die Aufhebung der Sanktionen gefordert. Leider hat diese Initiative nicht die nötige Resonanz gefunden — auch bei uns nicht. Dabei steht viel auf dem Spiel. Denn in Cuba entscheidet sich im 500. Jahr der Eroberung dieses Kontinents, ob es der — im „Hinterhof der USA“ — auf absehbare Zeit noch irgendeinen Platz für Selbstbestimmung geben wird.

**Ökumenische Arbeitsstelle  
im Kirchenkreis Stormarn  
Farmseener Landstr.  
2000 Hamburg  
Tel. 040/ 6 44 31**

Gemeinsam mit seinem Kollegen Gerd-Rüdiger M. lert hatte er monatelang daran gearbeitet, eine umfangreiche Materialsammlung über den Themenbereich reich zusammenzutragen und im Lehrerzimmer aufzustellen. Eine Fülle von Unterlagen hatten die beiden Pädagogen von den international tätigen Hilfsorganisationen „misereor“ und „brot für die welt“ bekommen. Die Jugendlichen haben nach dem Auftakt am Freitag noch am Montag und Dienstag die Möglichkeit, ihre insgesamt 15 Projekte so weit aufzuarbeiten, daß sie am Abschlußtag vormittags auch Besuche präsentiert werden können.

Das wohl aufwendigste Vorhaben realisierte eine Gruppe, die für einen Tag extra nach Berlin gereist war, um sich im Völkerkundemuseum über das Thema „Naturvölker einst und jetzt“ schlau zu machen. In den übrigen Themenbereichen wurden spezielle Probleme und Lebensbedingungen unterdrückter Indianer Lateinamerikas erarbeitet, z.B. das Leben peruanischer Kinder, das Schicksal von Straßenkindern in Guatemala oder die Welt der Mayas. Handwerkliche Geschicklichkeit war gefragt, als bunte Armbänder geknüpft und geknotet, textile Kunst der Cuna-Indianer nachgeahmt oder Musikinstrumente gebastet wurden. Zur Abrundung des Themenkomplexes gehörte natürlich auch die Auseinandersetzung mit dem Leben des berühmten Entdeckers und mit der Zerstörung des Regenwaldes.

Für Nachfragen steht  
**Rudolf Albrecht  
Hermannstr.  
2322 Vogelsang  
Tel. 04381/7111**  
gerne zur Verfügung.

## Ein „Bundesschluß“ zwischen Nordelbien und Südbrasilien

**In der Umgebung von São Leopoldo:**

Die Pakete kommen im Ökumenischen Institut CECA bei Henriqueta Asseburg an. Sie hält die Verbindung zu den zur Zeit 15 Frauengruppen in der Umgebung São Leopoldos.

Briefe werden geschrieben an die Frauen in Nordelbien und deren Briefe werden vorgelesen und besprochen.

Die Frauen sprechen über die Probleme ihres Alltags und entscheiden über Schritte, die zur Verbesserung ihrer Situation nötig sind.

Die Frauen machen die Kleidung passend, verändern, trennen, nähen neu...

Sie veranstalten Bazar. Der Erlös dient z.B. dazu,

- Nahrungsmittel oder Medikamente zu kaufen,
- einen Raum für Treffen auszubauen oder auszustatten,
- Fahrkarten bezahlen zu können, um gemeinsam an Koordinationstreffen oder Fortbildungen teilnehmen zu können.

Die Koordinatorinnen der Arbeit in Nordelbien sind:

**Frau Traute Petereit  
Espenisstr. 3  
2340 Kappeln  
Tel.: 04642 / 8 17 56**

**Frau Angelika Flägel  
Müssenkoppel 8 B  
2000 Hamburg 60  
Tel.: 040/ 602 80 30**

Seit 1988 gibt es Verbindungen zwischen Frauengruppen in Nordelbien und Frauengruppen in Südbrasilien. Die Idee der Arbeit entzündete sich an der Feier des Weltgebetstages aus Brasilien: „Welche Türen wollt ihr öffnen?“, wurde damals gefragt, und so beschlossen einige Frauen aus Angeln, die Türen ihrer Kleiderschränke zu öffnen.

Was geschieht?

**In Angeln und anderswo:**

Regelmäßig monatlich werden Pakete von verschiedenen Frauengruppen gepackt und verschickt.

Die verhältnismäßig hohen Portokosten müssen zusammengebracht werden.

Die Frauen schreiben Briefe, schreiben über sich und ihre Situation. Durch Briefe aus Brasilien erfahren sie mehr von den Frauen dort und deren Situation.

Immer mehr wächst das Interesse an den Problemen des Landes Brasilien und den Zusammenhängen zwischen hier und dort.

Seit Januar 1992 haben die Gruppen übernommen, das Gehalt der Koordinatorin der Frauengruppen in Brasilien zu erbringen: Henriqueta da Rocha Machado Asseburg ist seitdem beim Ökumenischen Institut CECA angestellt. Sie berät und begleitet die Frauengruppen rund um São Leopoldo.





## 1492 - 1992

### Widerstand in Lateinamerika! Widerstand in Spanien?

Dieses Heft hat den Schwerpunkt „500 Jahre Eroberung“. Das heißt auch, daß über die Kampagne „500 Jahre Kolonialismus und Widerstand“ berichtet werden sollte.

Aber inzwischen ist meiner Meinung nach in bürgerlichen Zeitungen, TV und allen möglichen 3. Welt-Zeitungen sehr viel über die geschichtliche Entwicklung des Kolonialismus geschrieben und aufgezeigt worden. Über den **Widerstand** in den letzten 500 Jahren findet sich zwar weniger, aber Interessierte können über Materialisten sicher Bücher und Broschüren finden, die das Thema Widerstand in Lateinamerika geschichtlich aufgreifen. Uns erscheint es wichtiger, auf den derzeitigen Widerstand gegen die Jubelfeiern und die herrschende Weltordnung, die verantwortlich ist für die Situation im Trikont, hinzuweisen.

Denn hierzu schweigen die etablierten Zeitungen und das von uns „Linken“ so verpönte, aber immer wieder zitierte Fernsehen fast vollständig.

In diesem Moment, in dem ich an diesem Artikel schreibe, bleibt noch offen, wie in der Öffentlichkeit über den Widerstand gegen den Weltwirtschaftsgipfel in München berichtet werden wird. Es gibt ja mehrere Möglichkeiten, diesen Widerstand nicht kraftvoll zum Ausdruck kommen zu lassen. Das zeigt uns schon die Vergangenheit: zum einen die Abschreckungsmethoden von Seiten unseres Staates wie

- Kriminalisierung der Menschen, die ihren Protest gegen den G7 auf der Großdemonstration in München und auf Gegenveranstaltungen ausdrücken wollen;
- Verhaftungen bei der Anreise;
- entsprechend brutales Einschreiten bei der Großdemo.

Aber auch die gegenseitige Paralyse innerhalb der linken Gegnerschaft durch ideologisches Hickhack könnte den Protest klein halten.

### Widerstand in München?! Widerstand überhaupt??!

(Um wen oder was geht es eigentlich? Um eine Kampagne, die unterstützt werden soll? Um einen gemeinsamen Protest gegen die Weltwirtschaftsordnung? Oder darum, sich gegenseitig klarmachen zu wollen, daß jeweils die eigene Meinung die einzig wahre und richtige ist, und die anderen wie immer die Bösen sind, die alle Kooperation unmöglich machen? Ob wir's wieder „gemeinsam“ schaffen, auch diesen Widerstand möglichst sang- und klanglos untergehen zu lassen? — der Polizeiapparat, die Medien und wir? Mal sehen, wie sich dieses Kleingedruckte nach dem 4. Juli liest!)

Über den Widerstand gegen die Großeisenbahnreise im Jahr 1992, im „Kolumbusjahr“, ist bisher wenig bekannt geworden. Ebenfalls verschwanden die sozialen Unruhen in mehreren Städten der USA nach zwei Tagen wieder aus den Medien. Vielleicht erscheint vielen LeserInnen der Zusammenhang zwischen dem „Rassenproblem“ in den USA und dem fünfhundertjährigen Kolonialismus sehr an den Haaren herbeigezogen. Aber warum kamen die Schwarzen doch gleich her? Und wie war das mit der Sklaverei? Und, wer war es, der und wird außer den Indianern, den Innuitenvölkern und den Hispanos bis heute in seinen Rechten unterdrückt?

Dabei nahmen diese Aufstände ein Ausmaß an, das ein genaueres Hinterfragen der Situation in der Welt-„Superpower“ USA durch die Medien mehr als angebracht ist. Über Unruhen wird eher berichtet, wenn sie in Osteuropa aufkommen. damit kann schließlich das „Scheitern“ des sozialistischen Modells aufgezeigt werden. Der „american dream“, der „american way of life“, des Vorreiterlandes der Demokratie, des Weltpolizeistaates, der sich immer für „Gerechtigkeit“ einsetzt (besonders in der „Dritten Welt“), ist hingegen beispielgebend für die Richtigkeit der westlichen Ideologie. Und die darf nicht in Frage gestellt werden.

Die „Begegnung zweier Welten“ in Lateinamerika hingegen bleibt ein beliebtes Thema der bürgerlichen Presse, wird inzwischen aber wieder von einem Schuß Sozialkritik

den jeweiligen Regierungen Lateinamerikas begleitet. Die wirtschaftlichen Gründe für die Situation im Trikont, die IWF-Auflagen, die Weltbankpolitik werden nicht in Verbindung mit einer Verantwortung von Seiten unseres Staates bzw. von Seiten der sieben wichtigsten Wirtschaftsmächte erklärt. Es müßte sich ja grundsätzlich etwas ändern in der Weltordnung, wenn diese Zusammenhänge offengelegt würden. Das hätte dann vielleicht Auswirkungen auf unsere Gesellschaft, die niemand will: Wo wir die Steaks mal wieder hinter uns gebracht haben, die Situation der Flüchtlinge und die Überfälle auf Flüchtlingsheime auch nur wenige (außer den Flüchtlingen selbst) beunruhigt, die Ruhe im Land also wieder einkehren könnte, scheint es angenehmer, über die harmonische „Begegnung“ zweier Welten zu berichten, die mit der Landung von Kolumbus 1492 ihren Anfang nahm; so als seien die verschiedenen Welten immer wieder (nahezu) gleichberechtigt aufeinandergetroffen. Die Entwicklungsländer sind ja angeblich setzt auch alle demokratisch. Natürlich wird eingeräumt, daß es hier und da noch Unruhen, wirtschaftliche und soziale Probleme gibt, die die bürgerliche Presse nicht verschweigen kann; aber das wird sich mit der Zeit auch legen... Eigentlich sind doch, wenn es nach Politikern und Medien geht, (fast) alle Staaten bis auf Cuba inzwischen auf dem richtigen Weg.

Stimmt, Cuba ist auch (noch) da... Wann werden die bürgerliche Medienkampagne und das Wirtschaftsembargo in Bezug auf Cuba Erfolg haben???

### Der Widerstand

Es gibt den Widerstand der Bauern in Guatemala gegen die Repression. Es gibt den Widerstand in Ecuador gegen die herrschenden Landrechte. Es gibt Chancen auf eine Veränderung der Situation in El Salvador aufgrund des Widerstands der Guerilla.

Es ist es nicht auch (unfreiwilliger) Widerstand, wenn „Hungrige“ in Rio die Supermärkte ausräumen, während für den Umweltgipfel eine Straße über die Favelas gebaut wird, um die Politiker der Welt von dem Elend abzuschirmen?

Die selbstorganisierten Straßenkinderprojekte wie die von Mathoc in Peru und viele andere, das ist Widerstand gegen die herrschende Weltordnung, auch wenn er von den Kindern empfunden wird als Widerstand gegen ihre direkte Umgebung, gegen Armut, Elend, Elternhaus und Kriminalität. Der Widerstand der Witwenorganisation CO-NAVIGUA in Guatemala ist eins von unzähligen Beispielen für Frauenwiderstand in Lateinamerika.

Auch die Vorkommnisse von Sevilla anlässlich der Expo 92 zählen für mich zum Widerstand. Ein Widerstand, der, zugegeben, noch sehr kümmerlich war, aber dennoch mit brutalen Mitteln von der spanischen Polizei niedergedrückt wurde.



### Einige Beispiele für Widerstand und Befreiung

#### Supermärkte in den Vororten von Rio ausgeräumt

In den letzten Monaten sind in Rio de Janeiro an die 50 Supermärkte von Slumbewohnern geplündert worden. Inzwischen sind die Armen dazu übergegangen, auch kleinere Lebensmittelgeschäfte auszuräumen. Die Geschäfte werden in Gruppen während der Nacht aufgebrochen und dann leergeräumt. An diesen Aktionen beteiligen sich Alte, Junge, Kinder, Männer und Frauen, Menschen aller Hautschattierungen — Farbige, Mulatten und Weiße. Die Polizisten, die von der Regierung vermehrt zum Schutz der Läden eingesetzt werden, sind nicht sehr beliebt bei der übrigen Bevölkerung, die den plündernden Menschen Sympathien schenkt.



Der Grund für diese Einbrüche: Aufgrund der Wirtschaftskrise treibt zunehmender Hunger die Menschen aus den Favelas zu solchen Aktionen. Der gesetzliche Mindestlohn, mit dem ein Viertel aller Brasilianer auskommen muß, beträgt 60 DM im Monat; die Arbeitslosenquote ist immens hoch (allein in Sao Paulo hat die Rezession 1 Million Arbeitsplätze gekostet). Gleichzeitig wurde für den UNCED-Gipfel ein 7 km langer Flughafen-Zubringer für 130 Millionen Dollar errichtet. Die Hochstraße führt über die Favelas hinweg und bewahrt so die anreisenden Staatsschefs vor dem Anblick der Realität in Rio.

### Kampf um Landtitel in Ecuador

Im April '92 sind ungefähr 1.000 BewohnerInnen der im Amazonasgebiet lebenden Quechua, Shiwari und Ashuar in Richtung Quito, der Hauptstadt Ecuadors, losmarschiert, um beim Präsidenten Borja eine Verfassungsänderung, die Ecuador zum Vielvölkerstaat erklärt, und Eigentumstitel für ihre Territorien einzufordern. Auf ihrem Weg nach Quito schlossen sich den Frauen, Kindern, Männern und alten Leuten weitere Delegationen aus der Sierra zur Unterstützung an. Weitere Forderungen von ihnen sind:

- Förderung der „Indio“-Kultur;
- Förderung ihrer Sprachen;
- Zulassung traditioneller Heilmethoden;
- Beteiligung am Gewinn aus dem Tourismus;
- Mitbestimmungsrecht in Bezug auf Ausbeutung der Natur- und Bodenschätze;
- Schutz der „Pachamama“ (Mutter Erde) vor Umweltschäden durch Erdölgesellschaften.

Vor einem Jahr kam es zu einem Dialog zwischen Regierung und den Indigenas bezüglich dieser Forderungen, die schon seit 1990 gestellt werden. Damals war ein Einlenken der Regierung unumgänglich geworden, nachdem 200 Campesinos eine Kirche 12 Tage lang im Hungerstreik besetzt hatten und ein Aufstand im ganzen Land mit Straßensperren und Landbesetzungen zustande gekommen war. Dieser Aufstand wurde nach 3 Tagen vom Militär beendet. Es kam aber dann zu Verhandlungen, deren Ergebnisse längst nicht weitreichend genug waren.

Nach Erhalt der diesjährigen Petition Anfang Mai 1992 sicherte Präsident Rodrigo Borja der Delegation zumindest die Besitzrechte über zwei Millionen Hektar Wald zu. Die Dokumente sollten den Indigenas noch im März überreicht werden.

Kommentar der Großgrundbesitzer: Das führe zu einem „Indianerstaat, der Privatsitz zerstören würde“.

Anmerkung: Ungefähr 40 % der 10 Mio. Einwohner Ecuadors sind Indigenas.

### Zentralamerikanisches Frauentreffen im März in Managua

Ungefähr 500 Frauen trafen sich in Nicaragua vom 23.-27.3. zu einem Treffen von Frauen aus Lateinamerika und der Karibik. Aus den USA, Europa, der Karibik und Südamerika waren 50 Frauen eingeladen, aus Nicaragua selbst kamen 100 Frauen. Die übrigen reisten aus den umliegenden Ländern an. Zum zentralen Thema dieses Treffens wurde der Begriff „Macht“ bestimmt. Der Begriff wurde in dem Zusammenhang diskutiert, daß „ihre“ Männer ja z.T. die Macht aufgeben haben (Verlust des Sozialismus als Konzept, Abgabe der Regierungsmacht usw.). Die Frauen fühlten nicht so sehr einen Verlust an Macht, da die bisherige politische Situation sie als Frauen sowieso nicht mit den Konzepten einbezogen hatte. Am stärksten grenzten sich die Nicaraguanerinnen von der Macht ihrer „linken“ Männer ab. Sie kennen als einzige die Erfahrung mit einer linken Bewegung „an der Macht“ und haben daraus gelernt.



Bekanntermaßen ist die Situation in Guatemala ganz anders. Der Druck durch den Militärapparat ist so stark, daß der Widerstand

nur zusammen in gemischten Widerstandsbewegungen laufen kann. Männer und Frauen müssen zusammenhalten, um effektiv Widerstand leisten zu können.

Um diese beiden Diskussionsansätze kreisten die Gespräche auf dem Frauentreffen bis zum Schluß.

Auf dem Frauentreffen hörte ich viele befreiende Fragen und nützliche Antworten. „Wo stehen wir zentralamerikanischen Feministinnen jetzt; in diesem langen Kampf um unsere Befreiung?“, ist eine von ihnen. Sie steht für einiges, was mich in Nicaragua faszinierte: Vor allem für den Mut, Utopien für weibliche Freiheit zu fordern (durchaus in Abgrenzung zu bisherigen zentralamerikanischen Befreiungsbewegungen), sie immer als gesellschaftliche Veränderung zu denken — und dabei nicht haltzumachen, sondern auch konkrete Schritte zu gehen. Diese Schritte fangen bei der Art der Diskussionen an — „eine neue Art, Politik zu machen“. Die Methodik des großen Frauentreffens hatte nichts mit Parteitag oder Kongressen

In der derzeitigen verzwickten Situation gewinnen zwei politische Positionen an Gewicht und bestimmen leider Teile der inhaltlichen Diskussion im beschworenen Kampagnenjahr 1992.

1. Politische Brackwassersurfer wie Heinz Dieterich (Sieger und Besiegte im fünfzehnhundertjährigen Reich) und Robert Kurz (Der Kollaps der Modernisierung) finden immer wieder ihr geneigtes Publikum, das sich an dem Strohalm Untergang des Kapitalismus oder/und Revolution festhält. Rhetorisch geschickt verpackt werden alte 68er Zusammenbruchstheorien, die schon Grünsparn angesetzt haben und mit gesellschaftlichen Realitäten nicht zu tun haben, aufgetischt. Die Diskussion über das Verhältnis von utopischen Entwürfen und praktischen Lebenswelten muß endlich von dem pseudomarxistischen Schutt befreit werden, der hier immer wieder aufgetürmt wird. Die Eschatologie derartiger finalistischer Gesellschaftsvorstellungen wird in der Praxis bis zum bitteren Ende durchgehalten.

2. Auf der anderen Seite stehen unsere Freundinnen des Lobbyismus. Sie haben diese aus der Bürgerbewegung der USA stammende Aktionsform gewählt, um der Solibewegung zeigen zu können, wie man/ frau die Regierenden besser beeinflussen und beeinflussen kann. Über „fundraising“ werden die Mittel bei staatlichen Stellen organisiert, um die lieben Bundesbürger „briefly“ aufzufordern, doch bitte die und die Frage ihren Bundestagsabgeordneten zu stellen. Im Zeichen des Kampagnenjahres wurde die UN-Um-

gemein. Sie baut auf der Erfahrung der „feministischen Volksbildung“ auf. Die Diskussion, die fast ausschließlich in Talleres stattfand, geht immer von den gelebten Wirklichkeiten und Erfahrungen der Frauen aus. Dadurch erfuhren wir von dem Leben und staunten über die vielfältigen Projekte von Frauen in allen zentralamerikanischen Ländern. Meist entstanden durch diese Methode außerordentliche Diskussionsfreiheiten für Frauen mit ganz unterschiedlichen Ausdrucksfähigkeiten. Mit geschärftem Bewußtsein für die unterschiedlichen Entstehungsbedingungen von Feminismus scheint es allerdings ein noch größeres Wagnis, die Diskussionen wiederzugeben, die oft bekannt klingen und doch vor gänzlich unterschiedlichen sozialen, wirtschaftlichen und historischen Hintergründen geführt werden.

(Zusammenfassung und Auszug aus dem Artikel von Karin Gabbert, Beobachterin beim Frauentreffen, in „Lateinamerika-Nachrichten“ Nr. 215, März 1992. Der Artikel in Gesamtlänge ist erhältlich beim FORUM, Tel. 0431/ 67 54 25).

Marianne Kröger

## Wo ist die Kampagne 1992?

weltkonferenz mit großer Hoffnung als Schwerpunkt ausgewählt. Die Tatsache, daß die VertreterInnen von BUND und anderen Ökogruppen nach langem Betteln in dem nationalen Vorbereitungskomitee saßen, wurde als großer Erfolg gefeiert. Der Schmusekurs zahlte sich indes nicht aus. Es kam zum vorhersehbaren politischen Waterloo. Von Töpfer wurden sie als Aushängeschild benutzt, mit kleinen Geldbeträgen abgespeist und — das ist entscheidend — politisch über den Tisch gezogen. Keine einzige politische Forderung der beteiligten Ökogruppen fand sich im bundesdeutschen Entwurf für die Rio-Konferenz wieder. Heute ist der Katzenjammer groß, und es wird quälend von langwierigen Prozessen gesprochen. Es rächt sich eben, wenn „we are one world“ und der moralische Zeigefinger als politisches Programm gewählt werden und anschließend dem Treiben der Mächtigen nur fassungslos zugeschaut werden kann.

► Beide Positionen griffen in die Debatte um die Gegenaktivitäten zum Weltwirtschaftsgipfel ein. Auf der einen Seite verbalradikale Kraftmeierei, „den Mächtigen in die Hummersuppe spucken“, ohne dies auch nur annähernd umsetzen zu können. Und anschließend werden die Schweinereien der Weltgeschichte an einer Perlenschnur aufgereiht. Auf der anderen Seite trifft man auf lauwarne Forderungen und moralische Empörung, die niemand weh tun sollen. Das BUKO-Spektrum kritisierte die beiden Positionen, brachte aber kaum eigene inhaltliche Vorschläge in die zähflüssige Debatte ein. Ein Trauerspiel, das nur dann behoben werden kann, wenn eine Professional-



sierung der Gremien einhergeht mit einer offenen politischen Diskussion, die weder in alten Positionen verharren noch diese völlig über Bord wirft. Es ist zu erörtern, ob und wie gesellschaftliche Veränderungen in einem spezifischen Rahmen möglich sind, ohne utopische Vorstellungen zu verlieren.

Georg Lutz (ADW)

aus: Kampagnenbeilage 1992 der Dritte-Welt-Zeitschriften

Als wir diesen Artikel aus der Kampagnenbeilage 1992 der Dritte-Welt-Zeitschriften übernahmen, geschah dies vor allem, um die eingeforderte „offene politische Diskussion“ auch in Schleswig-Holstein zu beginnen. Denn ähnliche Frustrationen, wie sie im Kampagnenjahr 1992 auf bundesweiter Ebene um sich greifen,

## Zum Weltwirtschaftsgipfel in München

Der Weltwirtschaftsgipfel (WWG) entstand in der Zeit der weltwirtschaftlichen Rezession 1974/75, ausgelöst durch die sogenannte „Ölkrise“ 1973. Seitdem treffen sich einmal jährlich die Regierungsspitzen der sieben wirtschaftlich mächtigsten Staaten der Erde (USA, Japan, BRD, Großbritannien, Frankreich, Italien und Kanada), um die jeweilige nationale Wirtschafts-, Währungs- und Handelspolitik aufeinander abzustimmen. Da diese sieben Länder gleichzeitig den beherrschenden Einfluß im Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank ausüben, wird deren Politik durch die Gipfeltreffen mitbestimmt.

In diesem Jahr fand der Weltwirtschaftsgipfel vom 6. - 8. Juli in München statt. Pünktlich



zum fünfhundertjährigen Jubiläum des Imperialismus (ja, das gibt's noch!) ging es um die weitere Festschreibung der „neuen“ Weltordnung, die sich bekanntlich von der bisherigen nicht viel unterscheidet: Die ehemaligen Ostblock-Staaten werden nach dem Zusammenbruch des „Sozialismus“ in das

entdecken wir auch hierzulande; und ein Ausweg bietet sich vermutlich trotz der bevorstehenden Konsolidierung eines SprecherInnen-Gremiums am 8. August in Bad Segeberg kaum. Es sei denn, es gelingt, die entwicklungspolitische „Landkarte“ neu zu lesen oder gar zu zeichnen, statt durch „Totstellen“, „Richtungswechsel“ oder „Negation“ der bisherigen Wege die allgemeine Desorientierung nur noch zu vergrößern (vgl. A.K. Tremel, Desorientierung überall, in ZEP 1992). Insofern ist es bedauerlich, daß auch in Bad Segeberg wieder kaum Zeit bleibt, diese Fragen anzugehen. Eine bessere Vernetzung in den Regionen könnte allerdings einen ersten Schritt bedeuten, nicht schon zu einer Wende in der Entwicklungspolitik, jedoch eher zu einer Neubestimmung über den eingeschlagenen Weg.

Jürgen Run

kapitalistische Weltwirtschaftssystem eingebaut, die Länder des Trikont werden weiterhin die billigen Rohstoff-Lieferanten für den reichen Norden bleiben: El colonialismo sigue vivo.

### Widerstand gegen den Weltwirtschaftsgipfel in München

Das Gipfeltreffen hat am 6.7.92 begonnen. Wir können diverse Fernsehberichte „gegen den Gipfel“ (wenn wir denn wollen) über die feierliche Eröffnung mit bayerischer Volksmusik und Trachtengruppen. Wir erfahren auch, daß unsere „Weltchefs“ und ihre Gattinnen festlich speisen. Sie schütteln die Hände der jubelnden Menge an den Absperrungen. (Ich weiß nicht, wie es mit dem Autogramm aussehen aussieht). Kurz und gut, sie haben so viel damit zu tun, die protokollarischen Anforderungen zu erfüllen, daß nicht sehr viel Zeit bleibt für politische Gespräche.

Über den Widerstand und die Kritik an diesem Gipfel erfahren wir anfangs wenig, bis der „bayerische Staat“ denn doch mal wieder punkt aushält. Zu hart zugeschlagen hat (das ist wörtlich zu verstehen). Über die Situation am Montag während der offiziellen Eröffnung in München, etwas abseits des Jubelstreifens an den Absperrungen für die Gipfelchefs, erfahren wir denn doch etwas auf den Titelblättern unseres Zeitungswaldes:

Über 1.000 Menschen, die ihre Kritik an der zu erwartenden neuen-alten Weltordnung mit Trillerpfeifen und Mißfallensbekundungen ausdrücken wollen, werden von SEK und USK (Sondereinsatzkommandos der Polizei) weggedrängt von den Absperrungen. Danach werden ungefähr 400 Menschen über 3 Stunden lang eingekesselt. Diese und weitere 200 Leute werden im Laufe des Tages festgenommen und erkenntungsdienstlich behandelt (fotografiert, Fingerabdrücke = kriminalisiert). Für alle wird „Unterbindungsgewahrsam“ (Vorbefughaft) für die Tage des Weltwirtschaftsgipfels beantragt. Bei den Festnahmen kommt es zu Verletzungen durch Fußtritte und andere Mißhandlungen von Seiten der Einsatzkräfte der Polizei. Diese Polizeiaktion zieht in breiten Kreisen der Öffentlichkeit scharfe Kritik nach sich. Sie erfährt eine ausführliche kritische Berichterstattung in der Presse.

Die Konsequenzen aus der Aktion bleiben abzuwarten.

Die vorangegangene Demonstration gegen den Gipfel am Samstag, 4.7. mit 20.000 Menschen hingegen fand nicht sehr viel Beachtung in der Öffentlichkeit, ebensowenig wie die Verletzungen von DemonstrantInnen und die 80 Festnahmen während der Demo. Der geplante Gegenkongreß vom 3.-5.7. mit TeilnehmerInnen aus mehreren Ländern mußte auf Kirchenräume und Gemeindesäle ausweichen, weil dem veranstaltenden Bündnis die zugesagten Räumlichkeiten in der Universität verweigert wurden. Diese Absage kam erst einen Tag vor Beginn des Kongresses, was eine effektive Durchführung des Kongresses erschwerte, fast unmöglich machte.

Es hört sich ganz so an, als ob dieses gewalttätige Spektakel mit sieben Präsidenten, die sich treffen, um die Welt „in Ordnung“ zu bringen,

nicht einmal einen bescheidenen Gegenkongreß mit 3.000 GipfelkritikerInnen als Kontrapunkt aushält. Was würde eigentlich passieren, wenn die Millionen von Menschen in der sogenannten Welt, die nicht einverstanden sind mit ihrer Lebenssituation (aufgrund unserer Weltordnung), dieses zusammen äußern würden?

Marinanne Kröger

...

## „... daß 500 Jahre Widerstand weitergehen“ Aufstände in Los Angeles Anfang Mai 1992

Über die Hintergründe dieser Aufstände war hierzulande wenig bis gar nichts in den Medien zu erfahren. Ein paar Tage lang gab es Meldungen über Plünderungen und das Aufgebot von Polizeikräften bzw. den drohenden Aufmarsch von Bundestruppen. Erwähnt wurde zwar der akute Auslöser der Aufstände, nämlich das brutale Verhalten der vier weißen Polizeibeamten, die den farbigen Rodney King zusammengeschlagen hatten, aber eine tiefergehende Analyse fehlte. Auch



uns ist es nicht möglich, hierüber ausführlich zu berichten, vor allem weil es sehr schwierig ist, Material zu bekommen. Wir möchten aber zumindest **Auszüge aus einer Rede von Akinyele Umoya aus Atlanta/USA von der New African People's Organization während einer Demo am 9.5.92 in Münster zu den Aufständen in Los Angeles** veröffentlichen. Die De-



mo fand statt in Zusammenhang mit dem Treffen der Wirtschaftsminister der sieben größten westlichen Industriestaaten mit östlichen Wirtschaftsministern und der EG-Kommission. Als Gegengewicht fand neben

„Im Namen der New African People's Organization und aller Menschen, die von Los Angeles bis Atlanta, Georgia, kämpfen, möchte ich Euch revolutionäre Grüße ausrichten. Vielleicht wundert Ihr Euch, daß ich einen afrikanischen Namen trage, aber ich bin, wie Malcolm X es schon gesagt hat, einer der 30 Millionen in Amerika, die durch den Amerikanismus beleidigt werden.

Ich bin einer der Nachfahren der Opfer, die Kolumbus 500 Jahre vorher verursacht hat. Die Ereignisse in Los Angeles und anderen Städten 500 Jahre später zeigen jetzt, daß 500 Jahre Widerstand weitergehen.

Es zeigt auch, daß der amerikanische Traum nicht ein Traum ist, sondern ein Alptraum. Die Amerikanischen Staaten sind entstanden durch die Sklaverei mit den AfrikanerInnen, durch den Raub des Landes der Indianer und Indianerinnen, durch die Eroberung Puerto Ricos, der Jungfern-Inseln und Hawaii.

Die unterdrückten Völker in den USA selbst repräsentieren die 3. Welt in diesem Land. Und die Reichen in den USA repräsentieren die fortgesetzte geschichtliche Unterdrückung und Gewalt gegenüber all unseren Leuten.

Die Aufstände, die Ihr gerade beobachtet habt in den amerikanischen Städten, sind nicht nur Aufstände ge-



## Militärputsch in Peru

Von der versteckten zur offenen Diktatur

Am 5. April 1992 löste der peruanische Präsident Alberto Fujimori das Parlament auf und versetzte das gesamte Land in den Ausnahmezustand. Das Militär besetzte sofort die Medien, Schulen, Universitäten und gesellschaftlichen Institutionen.

der Demo am 9. und 10. Mai außerdem ein Tagung vom BUKO über Reparationen für Sklaverei, Kolonialismus und den Verlust kultureller Identität in Münster statt.

gegen die Brutalität der Polizei, sondern gegen die fortwährende Unterdrückung unserer Menschenrechte und unserer sozialen Rechte.

Und sie drücken auch die historische Forderung unseres Volkes aus, daß wir Reparationen von diesem Land haben wollen. Wir fordern Reparationen für über 250 Jahre Sklaven- und Zwangsarbeit in Nordamerika. Wir fordern Reparationen für die fortwährende ökonomische Ausbeutung, für den Raub an Land, seit dem Beginn der Sklaverei an uns betrieben wurde.

Wir fordern Reparationen dafür, daß wir seit langem physischen Angriffen, nicht nur von Seiten der Polizei, sondern auch rassistischer Terroristen ausgesetzt sind, vor allem des Ku-Klux-Klan. Wir fordern Reparationen dafür, daß unsere kulturelle Identität und unsere nationale Identität angegriffen werden. Wir fordern Reparationen wegen der politischen Unterdrückung von Mitgliedern unserer Bewegung, die für Freiheit und Unabhängigkeit all unserer Leute kämpfen.

Unsere Forderungen danach sind nicht neu, sie existieren seit 100 Jahren, seitdem die Sklaverei abgeschafft wurde. Die amerikanische Regierung, der Ku-Klux-Klan haben all unsere Versuche abgewehrt, das Land und Selbstbestimmung zu erlangen.

Diese Forderungen werden nicht freiwillig erfüllt, sondern nur durch einen gemeinsamen internationalen Kampf, gemeinsamen internationalen Druck.

(Weitere Informationen dazu von FORUM, Tel. 0431 67 54 25)

**Hinweis:** Schwerpunkt der Zeitschrift »Avanti!« (Juli 1992) ist »Rassismus in den USA« (Schwarze in einem Land und Geld / L.A. Police Department — ein Musterbeispiel für rassistische Gewalt). Bezug (3. & Porto): AVANTI, Initiativzentrum, Schwefelstraße 2300 Kiel 1 oder AVANTI, Akzent, Fleischhauerstraße 2400 Lübeck

**Was führte zu dem Putsch?** 1990 gewann der bis dahin unbekannte Alberto Fujimori überraschend die Präsidentschaftswahlen gegen den Kandidaten der rechten FREDEMO-Partei — eine Protestwahl, die die bisherigen »Demokratie« eine gehörige Abfuhr erteilte. Wenig später führte Fujimori das von seinen K70 % der peruanischen Bevölkerung mit dem Putsch trahenten bereits angekündigte neoliberale Wirtschaftsprogramm ein und setzte einen Wirtschaftsschock durch, enorme Preissteigerungen bei gleichzeitigen Lohnneinfrierungen, der die Mehrheit

Bevölkerung in noch größeres soziales Elend als vorher stürzte. Fujimori zeigte sich nicht nur völlig unfähig, die Krisensituation Perus zu lösen, er verschärfte sie auch noch. Mit seinen Maßnahmen stieß er auch bei Parlament und Kabinett auf wenig Gegenliebe. Zwei Wirtschaftsminister mußten aufgrund der Proteste bereits zurücktreten, ebenso konnte der Gesundheitsminister sein Amt nicht mehr vertreten, weil ihm trotz der rasanten Ausbreitung der Cholera die Finanzen gekürzt wurden. Das Parlament lehnte Fujimoris Dekrete ab, die ihm und den Sicherheitskräften diktatorische Vollmachten bei der »Terrorismus«-bekämpfung einräumen sollten. Auch die Privatisierungen und Massenentlassungen im Zuge der neoliberalen Wirtschaftspolitik stießen auf Gegenstimmen im



Parlament. Unterstützung erhielt Fujimori schließlich nur noch von Teilen der FREDEMO und beim Militär, das er durch ein Gesetz auf seine Seite zog, welches besagte, daß Vergehen des Militärs nur durch ein Militärtribunal geahndet werden können — und damit legte er bereits im Februar 1991 faktisch die Staatsmacht in die Hände der Militärs. Zu dieser Zeit war bereits der größte Teil des Landes im Ausnahmezustand, wenige Monate später wurden die ersten Universitäten militärisch besetzt. Zwei Monate vor dem Putsch gab es Anzeichen, daß ein zweites großes Massaker an politischen Häftlingen in Lima bevorsteht. Daß das Militär direkt die Macht ergreifen würde, war abzusehen.

Vom 6. - 9. Mai 1992 kam es dann zu dem ersten großen Massaker an politischen Häftlingen. Offiziell gab es bei einem Gefängnisaufstand in Canto Grande 38 Tote. Doch es verschwanden 180 Menschen, etwa 100 wurden auf jeden Fall getötet. Ihre Leichen fand man oft mit 7 - 9 Gewehrkugeln durchlöchert. Somit wird die offizielle Version, die Gefangenen seien auf der Flucht erschossen worden, hinfällig. Vielmehr kann davon ausgegangen werden, daß gezielt und selektiv vor allem politische Führer umgebracht wurden, nachdem die Gefangenen sich bereits ergeben hatten.

Die angeblichen Umfrageergebnisse, nach denen 70 % der peruanischen Bevölkerung mit dem Putsch zufrieden sein sollen, sind sicher so nicht richtig. Wahrscheinlicher ist, daß sich ein großer Teil der Bevölkerung indifferent verhält — warum sollte sie die »Demokratie« auch verteidigen? Sicher ist der Putsch

brutal und diktatorisch, sicher werden jetzt noch mehr Oppositionelle und Menschen aus der Zivilbevölkerung entführt und ermordet werden — doch war es unter der »Demokratie« sehr viel anders? Gegen Ende der »demokratischen« Regierung unter Fernando Belaunde (1980 - 85) belief sich die Zahl der Verschwundenen auf über 4.000. Ebenfalls unter dieser »demokratischen« Regierung mordeten allein in den Jahren 1983 - 84 Streitkräfte und Polizei mehr als 5.000 Menschen. Unter der »sozialdemokratischen« Regierung Alan Garcias (1985 - 90) wurden 1986 an einem einzigen Tag 300 politische Häftlinge in den Gefängnissen »Lurigancho« und »El Fronton« (Lima) ermordet, während die Sozialistische Internationale in Lima weiter tagte, als sei nichts gewesen. Im Mai 1988 richteten Militärs ein Massaker unter der Zivilbevölkerung des Dorfes Caysara an, bei dem mindestens 28 Menschen ums Leben kamen. Das Militär versteckte die Leichen, der investigierende Sonderbeauftragte der peruanischen Generalstaatsanwaltschaft, Dr. L. Escobar Pineda, entdeckte jedoch Reste von menschlichen Haaren, Knochen, Blut sowie die gesamte Haut eines Jugendlichen. Später stieß er auf die schwer verstümmelte Leiche einer Dorfbewohnerin. Zwei Wochen nach seinem Bericht schloß die Generalstaatsanwaltschaft sein Büro »aus finanziellen Gründen«. Gleichzeitig wurde sein Leben so massiv von Todesschwadronen bedroht, daß er ins Ausland fliehen mußte.

Nach 12 Jahren unfähiger und korrupter Militärdiktatur (1968 - 80) folgten in Peru 12 Jahre korrupte und unfähige »demokratische« Regierung. Auch nach dem Putsch will der Internationale Währungsfonds (IWF) Peru unterstützen. Ein hoher IWF-Mitarbeiter erklärte kurz nach dem Putsch, solange Peru die mit dem IWF vereinbarten wirtschaftspolitischen Ziele weiter verfolge, werde der IWF das Land fördern. Vor diesem Hintergrund muß es als Farce erscheinen, wenn die BRD und die USA als die größten Kreditgeber des IWF die Waffenexporte nach Peru aus »Protest« gegen Fujimori einstellen: Haben sie doch über Jahrzehnte hinweg die dortigen Unrechtsregime mit Militär- und Entwicklungshilfe sowie Waffenexporten gestützt.

Informationen über:

**Peru-Gruppe Kiel**  
c/o C. u. B. Mazzi  
Tel. 0431/ 72 86 23

Die Peru-Gruppe hat einen Dia-Vortrag ausgearbeitet, in dem auch auf die »500 Jahre Eroberung« eingegangen wird, unter denen Peru grausig gelitten hat. Aktuelle Informationen und, bei Bedarf, eine Musikgruppe runden dieses Angebot ab. Über das Konto beim FORUM, Kto-Nr. 16 929 25, Stichwort »Peru-Gruppe« bei der Kieler Volksbank (BLZ 210 900 07) kann die Arbeit der Peru-Gruppe Kiel unterstützt werden. Die Spenden gehen einem Schulprojekt in den Slums von Lima zu.



Knüpfen wir ein

## Menschenrechtsnetz für El Salvador

### Die Realität in El Salvador:

Seit Juni 1989 stellt die rechtsradikale ARENA-Regierung unter Präsident Alfredo Christiani die Regierung in El Salvador.

Viele Menschen in El Salvador sind durch willkürliche Verhaftungen, Folterungen und Mord bedroht.

Die unabhängige Menschenrechtskommission CDHES (Comisión de Derechos Humanos de El Salvador) in El Salvador dokumentierte in den ersten drei Monaten der ARENA-Regierung 317 Morde. Die Armee, die

Sicherheitskräfte und die von ihnen kontrollierten Todesschwadronen sind dafür verantwortlich. Im selben Zeitraum sind 62 Menschen „verschwunden“: in der Regel von den Sicherheitskräften festgenommen und seither verschollen.

Im November 1989 ging die Ermordung von Jesuitenpatern und zwei Hausangestellten der Zentralamerikanischen Universität durch die Welpresse. Hohe Militärs begingen diese Verbrechen.

## „Wir fordern Gerechtigkeit für die Armen“

Auszüge aus dem Hirtenbrief von Medardo Gomez (Mai 1992)

Das Amerika der Indianer, unser Amerika, zurückgelassen in den Ruinen der Eindringlinge der Eroberung, angefangen am 12. Oktober 1492, ist für einige Zeit wach geworden nach 500 Jahren Unterdrückung, Ungerechtigkeit und Verletzung der Menschenrechte. Oder vielleicht wäre es besser zu sagen, daß unser Amerika seit dieser Zeit im Widerstand ist gegen die Gewalt der Mächtigen.

Die Geschichte unserer Völker berichtet von den Kämpfen für die Gerechtigkeit, die in all diesen Jahren eingefordert wurde.

Gerade jetzt ist es unmöglich, den Marsch des lateinamerikanischen Volkes zu stoppen, das, wie das Gottesvolk im Exodus, geht, auf der Suche nach dem verheißenen Land, in dem Milch und Honig fließen.

Auf diesem Weg fordern die Armen völlig zu Recht Gerechtigkeit. Sie bitten und betteln nicht, weil sie ihnen in Wirklichkeit gehört. (...)

Laßt uns daran denken, daß, genau wie heute, die transnationalen und anderen Konzerne unser lateinamerikanisches Volk ausbeuten, in jenem schrecklichen Alptraum der Eroberung, in dem alle Reichtümer unseres Kontinents weggebracht wurden nach Europa, um seine Taschen zu füllen und seine

Wirtschaft, während unser Amerika verdo ben zurückgelassen wurde in großer Not. (...) Die Geschichte unseres lateinamerikanischen Volkes ist die Geschichte seines Widerstandes, der unvermeidlich weitergehen wird, bis bessere Lebensbedingungen, Gerechtigkeit und Freiheit besessen werden. Aber dieser Straße des Exodus wird leicht zu folgen sein, wenn Gottes Volk vereinigt ist auf dem Marsch.

Es ist deshalb gerechtfertigt, diese historische Sünde — begangen an unserem Amerika — zu bedenken. Und es würde besser passen, wenn von Europa keine triumphalen Feiern des Ruhmes über 500 Jahre der Eroberung entstehen und ausgehen würden. Aber, um im Gespräch zu bleiben, laßt 1992 die große Gelegenheit des großen und starken Bruders sein, seine Vergehen gegenüber dem kleinen, schwachen Bruder zu bedenken.

### Wir fordern Gerechtigkeit für die Armen.

Medardo E. Gomez

Bischof der Salvadorianischen  
Lutherischen Kirche

### Was macht BROT FÜR DIE WELT?

BROT FÜR DIE WELT Hamburg und Schleswig-Holstein unterstützt „Diaconia“, eine Organisation, die sich besonders um die Wiederansiedlung von Flüchtlingen in El Salvador kümmert (ca. 600.000 Menschen sind durch den seit zehn Jahren andauernden Bürgerkrieg zu Flüchtlingen im eigenen Land geworden). Diaconia, ein Zusammenschluß verschiedener evangelischer Organisationen und der katholischen Kirche, versucht in Kooperation mit den Betroffenen Handwerks- und Landwirtschaftskooperationen aufzubauen, Basisgesundheitsdienste einzurichten und gemeinsames Handeln zu organisieren.

Auch die MitarbeiterInnen der Kirchen sind wegen ihres Engagements für die Armen ständig gefährdet. Im November 1989 wurden deutsche EntwicklungshelferInnen verhaftet. Der Lutherische Bischof wurde mehrmals bedroht und mußte zeitweilig fliehen.

### Was können Sie tun?

BROT FÜR DIE WELT Hamburg und Schleswig-Holstein sucht Menschen, die bereit sind, gegen konkrete Menschenrechtsverletzungen zu protestieren.

Über Amnesty International und ähnliche Organisationen bekommen wir Informationen über willkürliche Verhaftungen, Folterungen und Entführungen.

BROT FÜR DIE WELT Hamburg entwirft Briefe, die an die politisch Verantwortlichen geschickt werden. Viele solcher Briefe können für die Betroffenen Schutz und/oder Freiheit bewirken.

Wenn Sie bei dieser Menschenrechtsarbeit für El Salvador mitmachen möchten, schicken wir Ihnen bei konkreten Anlässen vorformulierte Briefe zu. Sie müssen nur noch unterzeichnen, sofern Sie mit dem Inhalt des Schreibens einverstanden sind. Natürlich können Sie auch einen eigenen Text formulieren.

Steffen Becker  
Eva Lehmann  
Marianne Ohmann

Diakonisches Werk  
Brot für die Welt  
Kanalufer 48  
2370 Rendsburg  
Tel.: 04331 / 59 31 94

## EXPO in Sevilla

Die diesjährige EXPO in Sevilla wurde am 20.4. unter dem Motto „Begegnung zweier Welten“ eröffnet. Das Motto entstand aus Anlaß des 500. Jahrestages der „Entdeckung“ Amerikas.

Das europaweite Aktionsbündnis „Demaskieren wir '92“ hatte aus diesem Grund zu Gegenaktionen, zu einem Gegenkongreß und zu einem Internationalen Zeltlager aufgerufen. Zu diesen Gegenaktionen sind auch Leute aus der Bundesrepublik angereist. Ungefähr 80 Menschen aus 3. Welt-Gruppen, internationalistischen Zusammenhängen sowie viele hier lebende LateinamerikanerInnen wollten zusammen mit anderen Menschen aus Europa ihre Meinung zu dieser Weltausstellung ausdrücken. Die Polizeikräfte Spaniens verhinderten jedoch jegliche Gegenaktion zur Expo, die neben der Zurschaustellung der Power der Industriestaaten lediglich eine einzigen Pavillon für 16 lateinamerikanische Staaten zur Verfügung stellt. Ein bezeichnender Ausdruck für diese „Begegnung zweier Welten“.

Eine Demonstration mit Kundgebung und das Zeltlager waren verboten worden, als die deutsche Delegation in Sevilla eintraf. Wegen der schlechten Vorbereitung der Gegenaktivitäten und der nicht besonders hohen Zahl der TeilnehmerInnen am Kongreß war es nicht möglich, effektiv gegen diese Verbote zu protestieren. Lediglich eine Kundgebung am Denkmal von Las Casas mit anschließender Spontandemo wurde angesetzt. Selbst bei so einer relativ unbedeutenden Aktion, die wahrscheinlich untergegangen wäre in dem Spektakel, griff die Polizei brutal ein. Es kam zu 37 Festnahmen, 30 Verletzten, darunter 3 Schußverletzten. Konkretes Beispiel für das Verhalten der Polizei: eine Frau mit Schußverletzung am Bein wurde im Krankenhaus mit Handschellen an den Nachttisch gefesselt und bekam zuerst einmal eine ausführliche Rechtsmittelbelehrung. Unter den Festgenommenen waren auch 16 Leute aus der Bundesrepublik. Weitere „Aktionen“ der Polizei:

- ▶ Ein Sit-in vor dem Eingang der Expo wurde abgeräumt;
- ▶ der Campingplatz, auf dem sich das Gros der „GegenaktionistInnen“ befand, wurde von der Polizei überfallen.

Drei Tage später waren 80 Leute festgenommen, darunter 38 Bundesdeutsche bzw. LateinamerikanerInnen, die hier leben. Erst nach fünf Tagen wurden die meisten der Festgenommenen, unter ihnen die Bundesdeutschen, abgeschoben, nachdem der größte Teil unter ihnen schon 2 Tage vorher von den Vorwürfen, wie „Störung der öffentlichen Ordnung“, „Widerstand gegen die Staatsgewalt“ freigesprochen worden war und daraufhin in Abschiebehaft gekommen war.

Einzelheiten über das Verhalten der Polizei:

- Die Verhafteten mußten durch ein prügelndes Polizistenspalier spießbrutenlaufen;



- Verbot von hygienischen Bedürfnissen;
- Verhinderung des Gangs zur Toilette;
- Verbot von Kommunikation untereinander;
- Abschiebung der Gefangenen in Gefangenentransportern mit „Einzelkäfigen“ (obwohl sie freigesprochen worden waren und ihr Reisebus in Sevilla abreisebereit zur Verfügung gestanden hätte).

Folgen des Einschreitens der Polizei:

- Die SpanierInnen und BaskInnen müssen sich alle 14 Tage bei der Polizei melden und dürfen bis zum Prozeßende das Land nicht verlassen;
- die LateinamerikanerInnen, die festgenommen

worden waren, haben ein fünfjähriges Einreiseverbot für Spanien;

- hohe Prozeßkosten.

(Ausführliche Berichte, darunter ein Gedächtnisprotokoll von Stefan Padberg, ila-Mitarbeiter, über seine Gefangennahme und seine Zeit in Haft, im ila 155 vom Mai 92)

Spendenkonto für die Prozesse:  
Holger Recktenwald  
Stadtparkasse Köln BLZ 370 501 98  
Kto. 5873 740 Stichwort Sevilla

## Bilanz der Gegenveranstaltungsreihe zur UNCED-Umwelttagung

Die UNCED-Konferenz in RIO ist ja nun zu Ende gegangen; wie erwartet, ohne konkrete Ergebnisse. Absichtserklärungen und ekel-erregende Selbstdarstellungen der Politiker beherrschten die Szene. Deutschland bewies einmal wieder seine aufsteigende Macht, indem es sich gegenüber der USA als das kleinere Ökoschwein herauszustellen erlaubte. Welche immensen ökologischen Schäden allein das Abhalten der Konferenz gefordert hat, läßt sich nur erahnen. Werden wir jemals erfahren, wieviel Menschen obdachlos und Straßenkinder umgebracht worden sind, um das Bild von Rio konferenzgemäß zu gestalten?

Die Gegenveranstaltungsreihe unter dem Motto „Wer ist das Problem“, die vom 25. 5. bis 15. 6. in Kiel stattfand, fand ein relativ großes Echo. Die Teilnehmerzahlen schwankten von 8 (Liberia-Vortrag) bis 70 Leuten, was eher vom Wochentag bzw. vom schönen Wetter abhing. Die Filme im Kleinkunstforum bzw. der Hansastr.: „Vermißt“ von Costa Gavras, „Septemberweizen“ und „Die Seele des Geldes“ von Peter Krieg, sind ja nun schon älteren Datums und weitgehend bekannt, und fanden doch bei vielen jungen Leuten und neuen Gesichtern ein großes Interesse. Das Kleinkunstforum war beim „Kulturfest“ am 30. 6. rappellvoll, die Bands prima und sehr spontan, ein voller Erfolg.

### Zu den einzelnen Veranstaltungen:

Stefan Mögle-Stadt weigerte sich, in der eigentlichen Eröffnungsveranstaltung „Wer ist das Problem“ über das erwartete Thema „UNCED“ zu reden, weil es sich seiner Meinung nach nicht lohnte. Er provozierte die Leute mit Fragen, welchen Lebensstandard sie hätten (Auto, Rauchen, Fernsehen, Fleischkonsum) und was sie davon aufgeben könnten. Dies und seine etwas unkohakten „Visionen“ über ein anderes Leben kamen bei den Zuhörern nicht gerade gut an.

Nach dem Vortrag von Magret Gierath-Nieme über ihre leidvollen Erfahrungen im Bürgerkrieg Liberias (29.5.) bildete sich spontan ein Unterstützerkreis. Eine weitere Veranstaltung wurde geplant, auf der gezielt Ärzte angesprochen werden sollen, um die erforderlichen Hilfsmittel für ihre Krankenstation in Liberia zu sammeln. Sie beklagte bitter das allgemeine Desinteresse, da überall Osteuropa im Mittelpunkt stünde. Spenden sind dringend erbeten und können im Dritte-Welt-Laden (Kiel) abgegeben werden. Dort befindet sich auch eine Liste der benötigten Güter.

In der Veranstaltung vom 31.5. über Südafrika versuchte Nomsa Gertz vom Pan African Congress (PAC), die Zuhörer mit Fragen über ihr Verständnis von „Apartheid“ herauszufordern. Sie zeigte den Zusammenhang zwischen wachsendem (deutschen) Rassismus und weitgehendem „Apartheids“-Denken auf. Der PAC ist die zweitgrößte Partei Südafrikas, wird aber von der Weltöffentlichkeit völlig totgeschwiegen, weil sie eine radikalere Haltung vertritt als die ANC und diesen als zu reformistisch kritisiert. Ihre Partei gegen die Aufhebung des Handelsembargos gegen Südafrika, weil wirkliche Veränderungen des Systems überhaupt nicht stattgefunden haben. Die Abschaffung der Rassentrennung steht nur auf dem Papier, funktioniert noch genauso. Die Stammeskonflikte führte sie auf bewußte Steuerung durch die Regierung, aber auch auf jahrelange Isolierung von Stammesgruppen in den Homelands zurück.

Christel Schütte vom Bundeskongreß entwicklungspsychischer Aktionsgruppen (BUKO) befaßte sich in der Veranstaltung „Iran-Irak“ am 10.6. eher mit allgemeiner Waffenlieferung nach dem Golfkrieg. Sie beklagte, daß illegale Lieferungen weiterhin stattfänden, nur jetzt geschickter verborgen. Die erstrebte Zusammenarbeit und der Widerstand in den „Nehmerländern“ sei kaum vorangekommen, weil sich diese Länder in einer selbstverständlichen Beren Loyalität zu ihren Armeen befänden, und deren Ausrüstung als Möglichkeit der Befreiung von der Vorherrschaft der großen Mächte sahen.

Die Veranstaltung der chinesischen Studentenunion am 11.6. wies so prominente Referenten auf wie: Herrn Haitao aus Münster, Vorsitzender der Föderation für Demokratie China (Fraktion Deutschland) / Prof. Dr. Gundula Li Professorin für Sinologie - Seminar Uni Kiel und Dr. Gail Kütschau, Landesabgeordnete aus S.-H. Letztere verurteilte die jüngsten Exporte nach China (man dürfe wirtschaftlich nicht einfach so ignorieren). Es entspann sich dann eine heftige Diskussion darüber, inwiefern sich China von der (ehemaligen) SU unterscheidet, und was es heissen soll, in China eine Demokratie „nach deutschem Muster“ aufzubauen.

In der Veranstaltung „IWF — am Beispiel Zaire“ am 12.6. machte Albert Onangolo von der Partei MNC/Lumumba an konkreten Beispielen deutlich, wie das Zusammenspiel zwischen Mobutu und der Weltbank (mit dem IWF-Vertreter Erwin Blumenthal als Vorsitzendem der zairischen Nationalbank) funktioniert. Auf eine Zwischenfrage stellte er Entwicklungshelfer und Missionare als zusätzliche Ausbeuter des zairischen Volkes dar, die mit Steuer- und Spengeldern für ihre Organisationen hauptsächlich ihr eigenes Geschäft betreiben. Matthias Krause stellte in einem kurzen Abriss die wichtigsten geschichtlichen Entwicklungen des IWF und der Weltbank dar. Er prognostizierte das Ende des Weltwirtschaftssystems und den endgültigen Crash der Banken nach der Ausbeutung der letzten, noch nicht eroberten Länder. Am Beispiel Zaire erklärte er, wo die Gewinne des an Rohstoffen überreichen Landes geblieben sind, nämlich auf belgischen und schweizerischen Konten Mobutus und in seinen Aktien, die wiederum in z.B. deutschen Firmen stecken. Am Beispiel Kupfer machte er deutlich, wie der von der CIA vorbereitete Sturz Allendes als sozialistischer Führer Chiles und der weltweite Fall der Kupferkurse zusammenhingen, was den wirtschaftlichen Niedergang Zaires einläutete. Damit war auch schon das Resümee gezogen: daß sich nämlich in diesem Teufelskreis nur etwas verändern kann, wenn hier, in den beherrschenden Industrienationen, dieses System von uns verändert wird.

den Industrienationen, dieses System von uns verändert wird.

Die letzte Veranstaltung zu Kurdistan am 15.6. überzeugte durch einen Film und einen Diavortrag von der Notwendigkeit des kurdischen Kampfes um ihre Befreiung. Der Film vermittelte anschaulich die jahrhundertelange Unterdrückung des und der Betrug am kurdischen Volkes durch fremde Mächte und den türkischen Staat. Er zeigte den brutalen Krieg gegen Kurden durch türkische Militärs in NVA-Panzern und die soziale Diskriminierung der Kurden, die kaum Schulen und Gesundheitseinrichtungen haben. Reinhardt Schwandt, Betriebsratsvorsitzender des Deutschen Rings in Hamburg, berichtete anhand von Dias von den Erfahrungen einer Gewerkschaftsdelegation, die vor kurzem auf Einladung der Petrol Is (Ölbeitergewerkschaft) in Kurdistan war. HBV, IG Metall und IG Medien hatten einige der Delegierten offiziell als Beobachter geschickt. R. Schwandt berichtete über Unterdrückung, Verbote, Diskriminierung der legalen kurdischen Presse und Kultur in Istanbul. Wichtig war die Erfahrung durch eigene Befragung der Delegation in Dörfern und Städten Kurdistans, wie stark der Wille zur Befreiung des kurdischen Volkes ist, wie einzig sich das Volk hinter die PKK und ihre Organisationen stellt.

aus: „grenzenlos“ Nr. 8, Juni 1992

## „Sport spricht alle Sprachen“ — ein voller Erfolg!

„Ausländer rein“ hieß im Gegensatz zur berüchtigten Parole politisch Unbelehrbarer die herzliche Einladung des Landessportverbandes Schleswig-Holstein zum multikulturellen Begegnungsfest auf dem Kieler Stufen. Vor dem Hintergrund feindseliger Übergriffe gegen ausländische Mitbürger wollte der Sport ein Zeichen für ein friedliches, fröhliches Miteinander unterschiedlicher Kulturen setzen.

Über vier tausend Kinder und Erwachsene hatten sich zum LSV-Motto „SPORT SPRICHT ALLE SPRACHEN“ angeschlossen und erlebten ein über zehntägiges Non-Stop-Programm zum Mitmachen und gegenseitigen besseren Kennenlernen. Bei strahlendem Sonnenschein hatte jeder Gelegenheit, sich aktiv zu beteiligen. Ob für klein oder groß, im Werftpark war in jedem Zipfel mächtig was los.

„Abreise war alles. Sarah tobte nach Herzenslust durch die riesigste Luftkissenlandschaft Norddeutschlands, Sabine machte die Wasserrutsche unsicher und Mehmet ließ seine Kräfte an der sechs Meter hohen Letterwand aus. Andere wiederum schwingen sich über die Lüfte und probten Stabhochsprung, spielten Baseball und American Football oder testeten ihre Geschicklichkeit beim Aikido. Außerdem war Kreativität gefragt: Mitmachtheater, Schminken, Kleckern und Matschen, Jonglieren und Einradfahren, für alles war gesorgt.

Wer Musik, Tanz und Kultur lieber mochte, kam ebenfalls voll auf seine Kosten. Vom Fördeblasorchester über die Rockband „Sheeps“ bis zu folkloristischen Darbietungen aus Afghanistan und Spanien wurde

ein breites, eben multikulturelles Spektrum musikalischer Geschmäcker abgedeckt. Trachtentänze und indonesischer Tanz wurden genauso aufgeführt wie Breakdance oder Jazzdance.

Das Begegnungsfest, das im Rahmen der 750-Jahr-Feierlichkeiten Kiels stattfand, hatte viele bunte Farbtupfer, sprühte vor Attraktionen. Da fehlte nichts. Auch nicht die sieben Sport- und Spielmobile aus Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern, die die Besucher mit vielen tollen Mitmachangeboten lockten. Nicht zu kurz kam die Sportinformation. Auf einer Info-Meile stellten sich Sportvereine und -verbände, Organisationen und Initiativen, die in der Arbeit mit ausländischen Mitbürgern tätig sind, vor.

„Die Sportlerinnen und Sportler haben stets Brücken geschlagen zwischen dem eigenen Land und dem Gastland und die Rolle einer friedlichen Völkergemeinschaft übernommen“, stellte Kultusministerin Marianne Tidick bei der Eröffnung des LSV-Festes heraus. Landeskoordinator Thomas Niggemann und die Regionalkoordinatorinnen Silke Riedel und Monika Lange vom Projekt „Sport für Alle — Sport mit Ausländern“ waren mit der Veranstaltung sehr zufrieden. „Das Begegnungsfest war nach meiner Überzeugung ein voller Erfolg. Uns ist es gelungen, viele Menschen für unsere Aktion »Sport spricht alle Sprachen« zu begeistern. Ich hoffe, daß unsere Idee zum Abbau der Ausländerfeindlichkeit beiträgt und wir in Zukunft ähnliche Veranstaltungen in anderen Städten und Kreisen durchführen können“, meinte Niggemann.

Ulrich Seehausen



## • • • • • Bücher • • • • • Filme • • • • •

### Bücher zu Lateinamerika: „500 Jahre europäische Invasion in Amerika“

von Helmut Schaaf, Klaus Küpper, Hanna Elskamp  
Verzeichnis, 72 Seiten

Hrsg.:

Der andere Buchladen, Zulpicher Str. 197, 5000  
Köln 41

oder

Informationsstelle Lateinamerika, Heerstr. 205,  
5300 Bonn 1

„Aus Anlaß des historischen Datums erscheinen Dut-  
zende von Publikationen von ein- und weiterführenden  
Werken, Quellen- und Bildbänden über Biographien  
zu Kolumbus und Bartolomé de las Casas bis zu  
Spezialveröffentlichungen zu Teilbereichen.  
Unsere kommentierenden Besprechungen wollen —  
in Abkoppelung zu den jährlich erscheinenden Re-  
zensionsbänden „Bücher zu Lateinamerika“ — par-  
teiiisch einen Leitfaden an die Hand geben und ermög-  
lichen, sinnvoll aus dem »konjunkturell« bedingten  
Überangebot zwischen engagierten, vermeintlich  
wertneutralen und mehr oder weniger offen verherr-  
lichenden Werken auszuwählen.“

### Aus dem o.a. Verzeichnis fünf Buch- besprechungen:

Eduardo Galeano: Erinnerung an das Feuer  
Bd. 1: Geburten (1983, 368 S., 28,80 DM)  
Bd. 2: Gesichter und Masken (1986, 352 S., 28,80 DM)  
Bd. 3: Das Jahrhundert des Sturms (1988, 398 S., 28,80  
DM)  
Bd. 1 - 3 in Kassette, 1080 S., 78,— DM  
Peter Hammer Verlag, Wuppertal

Wie kaum ein anderes Werk ist die „Erinnerung an das  
Feuer“ geeignet, uns Europäern die Geschichte Latei-  
namerikas näherzubringen. Und dies, obwohl oder  
weil hier kein Geschichtsbuch im konventionellen  
Sinne geschrieben wurde, sondern ein sehr farbiges,  
konkretes, witziges und oft bitteres Werk aus kleinen,  
chronologisch geordneten Prosastückchen, die zu-  
sammengenommen ein großartiges Mosaik aus  
Schlaglichtern auf über 500 Jahre Amerika ergeben.  
In einem 20 Jahre dauernden Quellenstudium, vor al-  
lem während seines Exils in Spanien, hat Galeano ei-  
ne Unmenge von z.T. unbekanntem Material zusam-  
mengetragen und literarisch bearbeitet. Ein spannen-  
des und anregendes Werk: ein unbedingtes „Muß“ —  
nicht nur zum „Jubiläum“.

K.K.



### Tzvetan Todorov: Die Eroberung Amerikas. Die Fra- nach dem Anderen.

Suhrkamp, Frankfurt a.M., 1985, es 1213, 312 S., 18  
DM

Todorov erzählt die Geschichte der Entdeckung u.  
Eroberung Lateinamerikas. Im Gegensatz aber et-  
zur sozialkritischen Intention Galeanos (s.o.) steht  
Vordergrund dieser Untersuchung eine auf den ers-  
Blick eher unpolitische Fragestellung: Die Wahr-  
nung des Anderen und Fremden. Dennoch liegt  
rin möglicherweise der Schlüssel zu der Frage, wie  
ausgerechnet die Europäer Herr über kulturell kei-  
wegs „niedrig“ stehende Völker und Gemeinwes-  
werden konnten. Anhand einer sorgfältig und  
schaulich geschriebenen Analyse zeitgenössischer  
Quellen zur Conquista versucht Todorov, die Wahr-  
nehmung der Indianer durch die Spanier zu rekon-  
struieren. So steht bei Cortés, dem Eroberer, die  
langung von Herrschaftswissen im Vordergrund,  
entscheidend zum Sieg über einen zahlenmäßig  
größeren Gegner beigetragen hat. Bei Las Casas, dem  
Missionar, basiert die Wahrnehmung der Indianer  
dem Gedanken der Assimilation, und erst in den Te-  
ten des Sprachgelehrten Sahagún (bis 1590) entde-  
man Elemente der Respektierung des Anderen, die  
zumindest in der Beschränktheit des wissenschaft-  
lichen Diskurses — auf einen möglichen Austausch  
Kulturen hinweisen.

Markus V.

Frauke Gewecke: Wie die neue Welt in die alte ka-  
Klett Cotta, Stuttgart 1986, 315 S., 38,— DM  
dtv, München 1992, TB 4568, 315 S., 19,80 DM

Untersucht Todorov die Wahrnehmung des neu-  
Kontinents bei den Conquistadoren selbst, rekon-  
struiert Gewecke anhand einer Vielzahl von Quellen  
Bild von der „Neuen Welt“, das durch Berichte, Erz-  
lungen und nicht zuletzt durch wilde Vorurteile in  
„Alte Welt“ hineingetragen wurde. Weiter geht sie  
Frage nach, wie „Multiplikatoren“ (Romanschre-  
Wissenschaftler, Sänger...) das Bild des Neuen  
Fremden weitergesponnen haben. Es verwund-  
kaum, daß diese sich von den gängigen Schablon-  
leiten ließen, daß alles Fremde „böse“ sei, und Vor-  
stellungen schufen, die eher die meist negativ besetz-  
Klischees verfestigten als sich der neuen Wirklich-  
annäherten. Indem Gewecke Strukturen und Me-  
chanismen, die auch heute bei der Wahrnehmung der  
Welt eine Rolle spielen, an der historischen Wur-  
aufzeigt, leistet sie auch einen wichtigen Beitrag  
der Ursachenanalyse von Rassismus und Überleg-  
heitsgefühl.

Jrs Bitterli: Die Entdeckung Amerikas. Von Kolumbus  
bis Alexander von Humboldt.

Verlag C.H. Beck, München, 544 S., 48 Karten, 58,— DM

Über die geographischen Ergebnisse hinaus will Bit-  
terli mit seiner umfassenden Darstellung der europäi-  
schen Amerikareisen vom 15. - 18. Jahrhundert ihre  
historische Bedeutung sichtbar machen. Die lebendi-  
ge Darstellung verdeutlicht den vielgestaltigen Pro-  
zeß des „Entdecken, Erobern, Erkunden — die drei  
Grundformen menschlicher Annäherung an das Un-  
bekannte“ unter den jeweiligen geschichtlichen Vor-  
setzungen und mit ihrer politischen, wirtschaftli-  
chen und kulturellen Dimension. Das Buch ist ein ver-  
lässlicher Führer durch die Flut der auf Kolumbus  
orientierten Bücher und wird auch noch über das „Ju-  
biläum“ hinaus Bestand haben.

H.S.



Alfred W. Crosby: Die Früchte des weißen Mannes.  
Ökologischer Imperialismus 900 - 1900  
Campus, Frankfurt a.M., 1991, 280 S., 48,— DM

Bei der Eroberung Amerikas konnte sich eine Minder-  
heit von Invasoren gegen eine erdrückende Überzahl  
Einheimischer durchsetzen. Wieso aber haben sich  
nicht nur die Menschen mit ihren technischen Hilfs-  
mitteln, sondern auch die mitgebrachte Fauna und  
Flora durchgesetzt, auch wenn diese nicht von den  
neuen Machthabern „kultiviert“ wurden? Crosby legt  
überzeugend nahe, daß es langfristig nicht Waffen-  
oder gar geistige Überlegenheit war, die die Hochkul-  
turen etwa der Inka oder Azteken in die Knie zwangen,  
sondern biologische Kriegsmittel. Die Krankheiten  
(v.a. die Pocken) der auf ihrem eigenen Kontinent  
nicht zusammengedrängt lebenden Europäer, aber  
auch ihre Nahrungsmittel (Weizen und andere Feld-  
früchte) konnten in bestimmten Gebieten den vorhan-  
denen, bis dahin durch Isolation vor Europa geschütz-  
ten Bestand verdrängen und damit entscheidend Le-  
bensgrundlagen verändern. Ohne die Verbrechen der  
Conquista verharmlosen zu wollen, erklärt sich  
auch, wieso heute der Tourismus als Überwindung der  
Teilung der Erde in verschiedene voreinander „ge-  
schützte“ Zonen ähnlich verheerende Folgen für  
Mensch und Natur haben muß wie konventionelle Er-  
oberungen. Crosby erschließt mit seiner historischen  
Darstellung eine bisher wenig beachtete Seite der eu-  
ropäischen Welteroberung: den ökologischen Impe-  
rialismus.

H.S.

### Filmliste: „500 Jahre Eroberung und Wider- stand in Lateinamerika 1492-1992“

16 mm - Filme, Videos mit Verleihadressen  
Hrsg.: CON-Film, Cultur Cooperation, EZEZ, Vamos  
in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Volkshoch-  
schulverband/Fachstelle für Intern. Zusammenarbeit  
Zu beziehen bei:

CON-Film, Benquestr. 29, 2800 Bremen, 0421/  
34414  
Cultur Cooperation e.V., Nernstweg 32-34, 2000  
Hamburg 50, 040/ 39 41 33  
EZEZ, Gänseheidestr. 67, 7000 Stuttgart, 0711/  
24 05 61  
Vamos e.V., Achtermannstr. 10/12, 4400 Mün-  
ster, 0251/ 4 54 31

### Erschienen:

Labskaus Nummer 1, Ausländer, Aussiedler, Asylbe-  
werber von H.J. Ahrens. Landeszentrale für polit. Bil-  
dung Schleswig-Holstein, Düvelsbeker Weg 12, 2300  
Kiel 1

Inhalt: Zahlen, Statistiken über Asylbewerber, aus-  
länd. Arbeitnehmer, Herkunftsländer, Flüchtlinge etc.  
in Schleswig-Holstein, keine inhaltliche Auseinander-  
setzung mit dem Thema, 14 Seiten

Medienkatalog 1991: Materialien für Gemeinde und  
Schule aus dem Bereich Mission, Entwicklung und  
Ökumene (Afrika, Asien, Lateinamerika, Ozeanien,  
BRD, USA). Poster, Spiele, Diareihen, Bücher, Ar-  
beitshilfen, Tonbildreihen, 70 Seiten.

Nordelbisches Zentrum f. Weltmission und Kirchl.  
Weltdienst, Agathe-Lasch-Weg 16, 2000 Hamburg  
und 2257 Breklum

Rundbrief (1/92), World University Service (WUS),  
Koordinationsstelle „Nord-Süd“ im Bildungsbereich:  
Berichte aus den Bundesländern.

zu beziehen bei: Koordinationsstelle „Nord-Süd im  
Bildungsbereich“, WUS, Goebenstr. 35, 6200 Wiesba-  
den, 0611/9 49 01 07

Die Koordinationsstelle ist eine Nachfolgeeinrichtung  
des Kölner Bildungskongresses „Der Nord-Süd-Kon-  
flikt, Bildungsauftrag f.d. Zukunft“, der im Sept./Okt.  
1990 stattfand.

Die Ministerin für Bundesangelegenheiten des Lan-  
des Schleswig-Holstein: Entwicklungspolitische Bil-  
dungsarbeit in der Schule.

Dokumentation des gleichnamigen Workshops, der  
am 19.9.91 in Zusammenarbeit mit dem WUS in der  
Landesvertretung Schleswig-Holstein in Bonn statt-  
fand

mit Beiträgen von Marianne Tidick, Eckart Kuhlwein,  
Klaus Seitz u.a.

Kurt-Schumacher-Str. 17/18, 5300 Bonn 1, Tel.: 0228/  
2 60 03 20



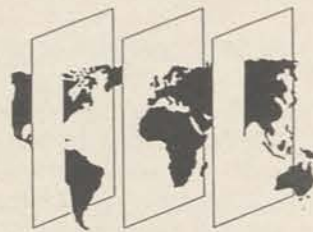
## Fundamentale Veränderung der Weltwirtschaftsordnung

Der neue Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten Gerd Walter zu den Fragen von Weitsicht-Weitsicht:

1. Wird es Veränderungen in der Nord-Süd-Politik des Landes geben? Setzt der neue Minister neue Akzente?
2. Welche konkreten Ansätze und Möglichkeiten sehen Sie in der Nord-Süd-Politik als gesamtpolitischer Querschnittsaufgabe?

Ich habe mich für die Europapolitik entschieden, als diese für manche in der Bundesrepublik Deutschland noch als ein „exotischer“ Randbereich der Politik gesehen wurde. Denn mir ist schon seit langem klar, daß die eigentlichen politischen Zukunftsaufgaben nicht auf nationaler Ebene alleine gelöst werden können.

Den „Blick über den Tellerrand“ habe ich als Abgeordneter im Europäischen Parlament geübt — er wird mir bei meiner neuen Aufgabe helfen.



Was kann ein Landesminister für die Nord-Süd-Entwicklungszusammenarbeit tun? Zumal wenn er aus einem Bundesland kommt, das nicht eben reich ist und deshalb kaum Entwicklungshilfe im klassischen Sinne — also in Form von Kapitaltransfer nach Afrika, Asien und Lateinamerika — leisten kann. Von den Kompetenzen, weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen zu beeinflussen, ganz zu schweigen.

Die globalen Herausforderungen, die wachsende Verelendung von zwei Dritteln der Menschheit in den Armutsregionen der Welt, die zunehmende Zerstörung der Natur können nicht durch „Entwicklungshilfe“ bewältigt werden, sondern erfordern fundamentale Veränderungen der Weltwirtschaftsordnung.

Dennoch bleibt genug zu tun.

1. Reden kostet nichts und ist doch wichtig, um Bewußtsein zu bilden. Geredet werden muß z.B. über die Gefahr des Eurozentrismus seit dem Fall der Mauer. Osteuropa ohne Frage wichtig — aber die Anstrengungen für die „eine Welt“ dürfen da nicht unter die Räder kommen.
2. Wir können und müssen Bewußtsein die Notwendigkeit der Nord-Süd-Entwicklungszusammenarbeit und für eine globale Verantwortungs-Ethik fördern. Z.B. den Schulen und in der Erwachsenenbildung. Manches geschieht da schon, manches ist in Vorbereitung (z.B. Handreichungen sowie eine Fachkonferenz für Lehrerinnen und Lehrer und die Berücksichtigung des Themas bei der Lehrplankommission); vieles kann noch hinzukommen.
3. Wir können und werden auch in Zukunft die Arbeit entwicklungspolitischer umweltpolitischer Initiativen in Schleswig-Holstein sowie deren Unterstützung Selbsthilfeprojekten in Entwicklungsländern fördern.
4. Vor allem können wir „global denken, lokal handeln“. Die Landesregierung Schleswig-Holstein erschließt selbst Wege für eine sozial und ökologisch vertretliche sowie auf Dauer tragfähige Entwicklung („sustainable development“) und bei der Entwicklung entsprechender Technologien und Produktionsweisen (z.B. generative Energiequellen). In dieser Richtung müssen wir weiterarbeiten.

Für 1993 ist eine Konferenz geplant, zu der alle gesellschaftlichen Kräfte in Schleswig-Holstein, die zur Nord-Süd-Entwicklungszusammenarbeit beitragen können, eingeladen werden sollen. In Fachforen soll mit speziellen Zielgruppen aus Wirtschaft, Hochschule, Schulen, Kirchen, Medien, Institutionen der Erwachsenenbildung, entwicklungspolitischen Initiativen, den Kommunen, Gewerkschaften und Parteien überlegt werden, was Schleswig-Holstein konkret

die Nord-Süd-Entwicklungszusammenarbeit anzubieten hat und leisten kann.

Aber vorher werde ich noch ein Gespräch mit den entwicklungspolitischen Initiativen in Schleswig-Holstein führen.

Der Zeitschrift »Weltsicht - Weitsicht« wünsche ich guten Erfolg und eine wachsende

## Vernetzung in Schleswig-Holstein

**Vorschläge des „Interimsgremiums“ zur zukünftigen Organisationsstruktur und Aufgabenbestimmung eines SprecherInnen-gremiums der entwicklungspolitischen Initiativgruppen in Schleswig-Holstein**

Auf dem 5. Treffen der entwicklungspolitischen Initiativgruppen des Landes Schleswig-Holstein in der Nord-Süd-Solidaritätsarbeit war beschlossen worden, daß ein sog. „Interimsgremium“ für die nächste Vollversammlung am 8. Aug. 1992 in der Ev. Akademie in Bad Segeberg eine Wahlordnung und einen Aufgabenkatalog für ein „SprecherInnen-gremium“ im Rahmen einer öffentlichkeitswirksamen Organisationsform der entwicklungspolitischen Initiativgruppen Schleswig-Holstein erstellen solle.

Mitglieder dieses Gremiums sind H. Kienbaum, L. Kühl, J. Runge und W. Vogelmann, die hiermit ihre Ergebnisse vorlegen:

### Organisationsstruktur und Wahlordnung:

Die Vollversammlung vereint alle entwicklungspolitischen Initiativgruppen des Landes Schleswig-Holstein in der Nord-Süd-Solidaritätsarbeit (auf freiwilliger Basis) zweimal im Jahr.

Die VV wählt ein SprecherInnen-gremium für zunächst ein Jahr.

Stimmberechtigt sind alle anwesenden Personen aus den Initiativgruppen Schleswig-Holsteins.

Das SprecherInnen-gremium setzt sich zusammen aus jeweils einem/r Vertreter/in aus den „Regionen“. Die Regionen stellen mindestens eine/n Kandidat/in für die Wahl auf.

Jede/r Stimmberechtigte hat so viele Stimmen, wie Regionen vertreten sind. Für jede Region kann höchstens eine Stimme abgegeben werden. Die Auszählung erfolgt getrennt nach Regionen.

Wenn Initiativgruppen sich in einem Gebiet vernetzen, entsteht eine Region.

Leserschaft. Es ist gut, daß es nun endlich ein solches „Forum entwicklungspolitischer Initiativen in Schleswig-Holstein“ gibt. Es kann die Vielfalt ihrer Arbeit deutlich machen, Aktivitäten koordinieren und — so hoffe ich — ihre Wirksamkeit verstärken.

Gerd Walter

(Wir sehen im Augenblick sieben, höchstens aber neun mögliche Regionen in Schleswig-Holstein: Flensburg-Kappeln; Rendsburg-Schleswig; Kiel; Lübeck-Segeberg-Ratzeburg; Elmshorn-Itzehoe-Norderstedt; Husum; Meldorf; Niebüll (?); Neumünster (?); Lauenburg-Schwarzenbek (??).)

Das SprecherInnen-gremium ist der VV verantwortlich.

### Aufgaben:

Die Aufgaben des SprecherInnen-gremiums liegen sowohl in der Wirkung nach außen als auch nach innen.

Nach außen soll das SprecherInnen-gremium 1. Ansprechpartner für Verbände, Parteien, Landesregierung sein; 2. Lobbyarbeit leisten; 3. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit intensivieren/optimieren; und 4. eine Beobachtungsfunktion der Landespolitik ausüben. Hierbei ist eine Aufteilung der Aufgabenbereiche innerhalb des SprecherInnen-gremiums zu empfehlen, die jedoch den Mitgliedern vorbehalten werden sollte. Insbesondere muß zu der Aufgabenstellung des SprecherInnen-gremiums die Verstärkung regionaler Initiativen gehören. Damit übernimmt das SprecherInnen-gremium auch eine Funktion nach innen. So könnten insbesondere Initiativen zur Bildung von Nord-Süd-Foren verstärkt werden.

Auch die Organisation der landesweiten Treffen sollte das SprecherInnen-gremium (jeweils in Zusammenarbeit möglicherweise mit einer Region) übernehmen. Darüber hinaus wäre zu prüfen, ob es Möglichkeiten gibt, wie in Niedersachsen einen unabhängigen „Fonds“ zu gründen.

Das SprecherInnen-gremium soll bei aktuellen politischen (Tages-)Ereignissen schnell reagieren können. Nach vorheriger Absprache unter den Mitgliedern des Gremiums sollte dies unabhängig von der VV geschehen, der das SprecherInnen-gremium allerdings verantwortlich bleibt.



Der VV wird vorgeschlagen, dem SprecherInnengremium jeweils einen oder zwei Arbeitsschwerpunkte im (Halb-)Jahr zu empfehlen (z.B. „Einrichtung von Nord-Süd-Foren“, „Europa zwischen Nord-Süd und Ost-West“).

#### Kurzkomentar:

Die angestrebte Organisationsstruktur ist basisdemokratisch orientiert. Eine Vereinsstruktur wird vermieden. Ein Schwergewicht wird auf die Stärkung der Regionen gelegt, wobei in Schleswig-Holstein vorhandene Ansätze aufgenommen und weiterentwickelt werden, indem der Vernetzungsgedanke auf bisher wenig vernetzte Gebiete in Schleswig-Holstein übertragen wird. Die Aufstellung von KandidatInnen aus den Regionen kann auf Vorkonferenzen oder aber jeweils auf den Vollversammlungen erfolgen.

#### Name:

Die Namensfrage ist noch nicht geklärt. Zwei Vorschläge liegen bis jetzt vor:

1. Forum entwicklungspolitischer Initiativen in Schleswig-Holstein
  2. Konferenz entwicklungspolitischer Initiativen in Schleswig-Holstein
- (Protokoll des Treffens des Interimsgremiums am 9.4.92 in Bad Segeberg)

Jürgen Runge



## 6. Treffen der entwicklungspolitischen Initiativgruppen des Landes Schleswig-Holstein in der Nord-Süd-Solidaritätsarbeit

8. August 1992 in der Ev. Akademie Bad Segeberg

#### Tagesordnung:

9.30 Anreise

10.00 Vorschläge des Interimsgremiums zur zukünftigen Organisationsstruktur und Aufgabenstellung eines SprecherInnengremiums  
Abstimmung über die Vorschläge und Wahlordnung

11.15 Treffen in Regionalgruppen  
KandidatInnenaufstellung

Mittagessen

14.00 Informationsaustausch:  
► Infos zu „500 Jahre Eroberung“  
► Asylpolitik. Aktionen  
► Lobbyarbeit vor Ort. Nord-Süd-Foren Schleswig-Holstein? Konkretionen

15.30 Wahl des SprecherInnengremiums

3. - 9. 8. 92:

Integrierte ländliche Entwicklung. Ein Konzept für die „Dritte Welt“ und für uns?

Wie können wir — hier bei uns und in der „Dritten Welt“ — eine unabhängige, selbstbestimmte, ökologisch und sozial verträgliche dezentrale Entwicklung im ländlichen Raum fördern?

Verarmung im ländlichen Raum, „Bauernsterben“, Landflucht beschreiben Zustände nicht nur bei uns, sondern auch in vielen anderen Ländern.

Wie verhalten sich die Betroffenen und Verantwortlichen? Gibt es Konzepte, die einen Ausweg aus dieser Situation anbieten?

Am Beispiel der Region Ost-Holstein wollen wir im Gespräch mit Vertretern von Verbänden und Organisationen im ländlichen Raum die spezifische Situation kennenlernen, in Exkursionen versuchen, uns selbst ein Bild zu machen, wollen Erfahrungen austauschen und neue Entwicklungsansätze kennenlernen. Wir wollen versuchen, uns Positionen zu erarbeiten und Verabredungen zur Weiterarbeit zu treffen.

Ein Seminar von Dienste in Übersee in Kooperation mit der Ev.-Luth. Landvolkshochschule Koppelsberg und dem Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen.

Ort: Plön

Leitung: Hayo Hayunga, Ulrich Ketelhodt, Inge Remmert-Fontes

Infos: Haus am Schüberg, Wulfsdorfer Weg 33, 2075 Ammersbek, 040/ 605 25 59



4. - 16. 8. 92:

Brasilien: Hunger — Armut — Überfluß

• Der Nord-Süd-Konflikt aus der Sicht Brasiliens;  
• Erfahrungsberichte brasilianischer Studenten;  
• Textarbeit zu Carolina Maria Jesus: „Tagebuch der Armut. Das Leben in einer brasilianischen Favela“;  
• Problematik der Vernichtung des Amazonas-Regenwaldes und der globalen sowie extraterrestrischen ökologischen Folgen;  
• Erprobung neuer Methoden interaktiven Lernens in Form des „Ökopolopoly-Spiels“.

Organisator: Landeszentrale für politische Bildung, Gustav-Heinemann-Akademie, Schweizerstr. 58, 227 Malente

## Termine

28. - 30. 8. 92:

Reihe: Ost-West versus Nord-Süd? Das Ende der Blockfreiheit?

Die Südkommission schreibt in ihrem Bericht von 1990, Die Herausforderung des Südens: „Das stärkste gemeinsame Band der Länder und Völker des Südens ist ihr Wunsch, Armut und Unterentwicklung zu enttinnen und ihren Bürgern ein besseres Leben zu sichern. Dieses ... ist die Grundlage ihrer Solidarität, die sich in ... der Blockfreienbewegung auf einer großen, auf allen Kontinenten des Südens weiter wachsenden Mitgliederzahl ausdrückt.“

Ob die Bewegung der Blockfreien (noch) eine Möglichkeit ist, Interessen des armen Südens gegenüber dem reichen Norden durchzusetzen, wollen wir kritisch untersuchen.

Leitung: Lalit Mondal (Indien) und Inge Remmert-Fontes

Infos: Haus am Schüberg, Wulfsdorfer Weg 33, 2075 Ammersbek, 040/ 605 25 59



„Bei 5000 VIEL ENTWICKLUNGSHILFE... WARUM ENTWICKELT IHR EUCH NICHT ERLICH...?“

12.9.92, Herbst 1992

Entfernte Verbindungen

Historische und aktuelle Lebensrealitäten von Frauen in Lateinamerika und in der BRD

Schleswig-Holstein-weite Veranstaltungsreihe von Frauen für Frauen mit Vorträgen, Theater, Filmen, Diskussionen und Workshops im Herbst 1992.

Als Auftakt der Reihe wollen wir am 12. September zur Ausstellung »Mexiko — Stadt der Frauen« nach Hamburg fahren.

Programm und Infos bei: Bildungswerk »anderes lernen« e.V., Jungfernstieg 69, 2330 Eckernförde, Tel. 04351/5311

Veranstalterinnen sind aranat, Lübeck, Frauenlernwerkstatt, Kiel, und Bildungswerk anderes lernen



18. - 20. 9. 92:

**Ballade der Trommeln — Die Geschichte von der Begegnung des Tam-Tams und der Flöte**

Bei der Begegnung der Flöte und der Trommel geht es um die Geschichte des Leidens der afrikanischen und indianischen Völker unter der Herrschaft des europäischen Kolonialismus. Durch rituelle Tänze und Musik der vergewaltigten Völker wollen die lateinamerikanische Gruppe SABOR CARIBE und die afrikanische Gruppe AFROSCHAUBÜHNE diese Geschichte ins Licht rücken.

Wir halten dieses Projekt für einen angemessenen Beitrag zum fünfhundertsten Jahrestag der „Entdeckung“ Amerikas durch die Europäer, besonders weil es auch die Leidensgeschichte der afrikanischen Menschen mit in den Blick nimmt.

Eine öffentliche Aufführung der „Ballade der Trommeln“ wird im Rahmen des Seminars stattfinden.

Das Seminar gibt Gelegenheit zu intensiven Erfahrungen mit den Künstlerinnen und Künstlern, mit der durch sie repräsentierten Kultur und mit ihrer Geschichte des Leidens, Kämpfens und Überlebenswillens.

Leitung: Christian Dehm und Inge Remmert-Fontes  
Mitwirkende: Musikgruppen SABOR CARIBE und AFROSCHAUBÜHNE  
Infos: Haus am Schüberg, Wulfsdorfer Weg 33, 2075 Ammersbek, 040/ 605 25 59

16.-18. 10. 92:

**Entwicklung und Landwirtschaft**

„Zusammenarbeit und Partnerschaft müssen die Grundlage der Beziehungen zwischen Europa und der Dritten Welt sein“, so heißt es in der Broschüre des Landwirtschaftsministeriums „Politik für die Dritte Welt“. Diesen Beziehungen im Bereich Landwirtschaft wollen wir in diesem Wochenendseminar in Osterby/Eckernförde nachgehen. Wie können wir das Wissen um diese Zusammenhänge in unsere (politische) Arbeit einfließen lassen? Wo sind unsere Ansatzpunkte?

ReferentInnen aus dem Bundeslandwirtschaftsministerium, des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie der interministeriellen Arbeitsgruppe in Kiel sind angefragt. Dieses Seminar richtet sich an Bäuerinnen und Bauern, aber vor allem auch an entwicklungspolitisch engagierte und interessierte Personen.

Weitere Informationen und Anmeldungen bei: WFD/ AbL Inlandsprojekt, Karin Hammerschmidt, Winderatt, 2393 Sörup, Tel.: 04635/2745

10.10., 11.10. und 1.11.92:

**Was hat Kolumbus mit den Bauern in S.-H. zu tun?**

Der Zucker war's, den Kolumbus 1493 auf seiner zweiten Reise in die „Neue Welt“ mit in die heutige Dominikanische Republik und nach Haiti brachte, von wo er weiter verbreitet wurde. Cuba, Brasilien und die mexikanische Republik sind heute die größten Zuckerrohrproduzenten Lateinamerikas.

In Schleswig-Holstein ist die landwirtschaftliche Nutzfläche zu ca. 15 % von Zuckerrüben bedeckt. Zuckerrübenanbau ist ein lukrativer Wirtschaftszweig für den Bauern. In der neuen EG-Agrarreform ist Zucker keiner Preissenkung unterworfen. Rohrzucker- und Rübenzuckerproduzenten konkurrieren auf dem Weltmarkt um den Absatz. Muß das sein?

In drei inhaltlich gleichen Tagesseminaren in unterschiedlichen Regionen Schleswig-Holsteins wollen wir die Stellung der Zuckerproduzenten im Norden und Süden analysieren, den Handel beleuchten und Ansätze zu einer neuen Weltwirtschaftsordnung kennenlernen.

Weitere Informationen und Anmeldung bei:  
WFD/AbL Inlandsprojekt  
Karin Hammerschmidt  
Winderatt  
2393 Sörup  
Tel.: 04635/2745



19.10.-23.10.92:

**Hamburg und die „Dritte Welt“**

In den letzten Jahren haben die Umbrüche und Umwälzungen in Ostdeutschland, in Osteuropa und in der Sowjetunion die Auseinandersetzung mit den enormen Problemen, mit denen die Staaten der sogenannten „Dritten Welt“ nach wie vor konfrontiert sind, in den Hintergrund gedrängt.

Dieses Seminar soll dem ein wenig entgegenwirken. Neben einer allgemeinen Übersicht über die ökologische, soziale und politische Situation der 3. Welt soll am Beispiel Hamburg, Deutschlands im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit zur (Dritten) Welt, untersucht werden, wie sich die staatlichen und privatwirtschaftlichen Beziehungen und Verflechtungen zwischen der Bundesrepublik und den armen Staaten der Südhalbkugel in der letzten Vergangenheit entwickelt haben.

Infos: Julius-Leber-Akademie, Am Kratt 2, Ahrensburg  
Teilnehmerbeitrag: 90,— DM (inkl. Exkursion)

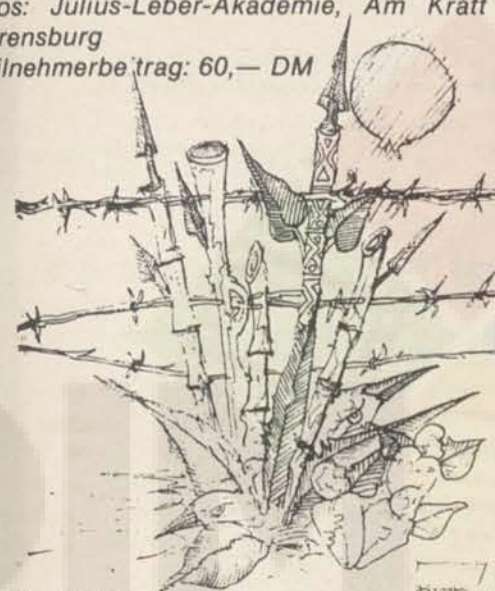
9.10. - 23. 10. 92:

**500 Jahre Unterdrückung der Kulturen Zentralamerikas**

Vor 500 Jahren landete Kolumbus in Amerika. Für die Bevölkerung dieses Kontinents begann ein langer Leidensweg mit Not und Elend, verbunden mit dem Verlust kultureller Werte.

In einem Wochenseminar bieten wir an, sich anhand von Beispielen aus Zentralamerika vornehmlich mit kulturellen Aspekten dieser Entwicklung auseinanderzusetzen. So soll danach gefragt werden, wodurch sich die Kulturen der amerikanischen Völker auszeichneten, was an nichteuropäischer Kultur geblieben ist und was getan werden kann, sie zu erhalten.

Infos: Julius-Leber-Akademie, Am Kratt 2, 2070 Ahrensburg  
Teilnehmerbeitrag: 60,— DM



15.11.-20.11.92

**Global denken - lokal handeln. Entwicklungspolitisches Engagement in Schleswig-Holstein**

Trotz der globalen Herausforderungen in vielen Bereichen verharren unser Bewußtsein offenbar unbeirrt in nationalen Denkstrukturen. Ohne einen Ausgleich zwischen Nord und Süd wird die Zukunft der Menschheit gefährdet. Da voraussichtlich die Entwicklungshilfe kaum wesentlich erhöht wird, müssen die verfügbaren Mittel noch effektiver und mit größerer Multiplikatorwirkung eingesetzt werden. Welche Alternativen, Technologien, Erfahrungen im Bereich unserer Beschäftigungsgesellschaften und Berufsbildungswerben geben es im Lande, die in den Entwicklungsländern im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit einzusetzen sind, ihre Arbeit koordinieren und ihre Erfahrungen besser austauschen? Diese und weitergehende, sich aus dem Gruppenprozess ergebende Fragen sollen bei dem Seminar behandelt werden.

Leitung: Christa Brandt und Karsten Veth  
Anmeldung und Info: Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt, z.Hd. Karsten Veth, Postfach 2805, 2300 Kiel 1  
Tagungsort: Ev. Akademie Bad Segeberg

**Ausstellung „KINDERWELTEN“**

Wir vom FORUM, Projekt „500 Jahre Conquista“ haben die Ausstellung „KINDERWELTEN“ nun fertiggestellt. In Fotos und Texten auf 17 Bilderrahmen der Größe 60 x 80 cm geht es um die Auswirkungen von 500 Jahren Kolonialismus auf den Alltag von Kindern in Lateinamerika. Die Ausstellung geht unter anderem auf die Situation von Kindern ein, die vor allem in den Metropolen Lateinamerikas auf der Straße leben und arbeiten, und deren Bedrohung durch Todesschwadronen und Organhandel; sie will aber auch auf positive Projekte und Ansätze hinweisen, wie beispielsweise die peruanische Kinder „gewerkschaft“ MANTHOC, wo Straßenkinder sich selbst organisieren. Ein weiterer wichtiger Aspekt der Ausstellung ist das — im Vergleich zu Kindern hier — andere Selbstverständnis der Kinder in Lateinamerika.

Bisher feststehende Ausstellungstermine:  
**Juli:** Kinderschutzbund in Husum, Norderstr. 47

**August:** Gemeindezentrum Meldorf

**September:** wahrscheinlich in Norderstedt (Kontakt: Volkshochschule)

**2.-30. Oktober:** in Kiel, Pumpe

**1.-8. November:** in Lübeck, St. Andreas-Gemeinde (in Planung)

**9.- ca. 30. November:** in Lütjenburg, Bauernhaus Albrecht

**1. Dezember - 3. Januar 1993:** in Kiel, Stadtbücherei

(Weitere Infos zur Ausstellung und Ausleihbedingungen beim FORUM, Königsweg 65, 2300 Kiel 1, Tel. 0431/ 67 54 25.)

**Vorschau auf die Veranstaltungsreihe von FORUM im Herbst '92:  
— 500 Jahre Kolonialismus und Widerstand —**

23. September, 20 Uhr, Kiel, Pumpe: BASTA-Theater Wuppertal mit dem Stück: „Dies bißchen Freiheit“, ein Masken-Theater-Stück über Lateinamerika. Und uns! Das BASTA-Theater tritt mit diesem Stück ebenfalls am 24. September in Husum, Speicher, und am 25. September in der Reichshalle in Neumünster.

26. September, 20 Uhr: **AYOPAYAMANTA** aus Bolivien!!! „500 Jahre Unmenschlichkeit und friedlicher Widerstand zur Wiedergewinnung unserer Identität und Kultur“ — Information und Konzert.









# Un paso adelante

Beilage zur ila Nr. 171 (Dezember 93)

## Wir lassen uns nicht länger hinhalten!

### Zweiter Retorno guatemaltektischer Flüchtlinge Zäher Kampf um einen Militärstützpunkt auf Kooperativenland

Am 28. November veröffentlichten die Vertreter der guatemaltektischen Flüchtlinge in Mexiko, Comisiones Permanentes (CCPP) ein Komunique, in dem sie den festen Willen der zweiten Rückkehrgruppe zum Ausdruck bringen, den Retorno am 5. Dezember zu beginnen und am 7. Dezember die Grenze zu überschreiten. Zuvor gab es immer wieder Gerüchte über eine Verschiebung des Retorno – der eigentlich schon auf den 22. November festgelegt worden war – auf unbestimmte Zeit. Die Flüchtlinge, die jetzt voller Hoffnungen und Ängste den Weg in ihre Heimat antreten, haben eine lange Geschichte der Verfolgung hinter sich, die anscheinend immer noch nicht als beendet zu betrachten ist.

#### Entstehung der Kooperativen

Zu Beginn der 70er Jahre wurden im Rahmen eines kirchlichen Ansiedlungsprogramms Indigenas der Sprachgruppen „mam“ und „kanjobal“ im Gebiet des Ixcán/Quiché, an der Grenze zu Mexiko angesiedelt. Es folgte nach einigen Jahren die Vergabe der Landtitel für die angesiedelten Menschen, die sich in Kooperativen organisierten, mit dem Namen „Cooperativa Agrícola y de Servicios Varios Ixcán Grande de Guatemala“. Während der Blütezeit der Kooperativen wurden diese durch das Aufstandsbekämpfungsprogramm der „verbrannten Erde“ systematisch vom Militär zerstört, viele Kooperativenmitglieder verschleppt und grausam ermordet. Die Überlebenden flohen in die nahen Grenzgebiete von Chiapas/Mexiko.

Dort wurden die vertriebenen KooperativistInnen auf zwei weitere mexikanische Bundesstaaten, Campeche und Quintana Roo, umgesiedelt. Die Rückkehr eben dieser Menschen nach 12 Jahren Exil in den Ixcán wurde in mühsamen Verhandlungen zwischen CCPP, der staatlichen guatemaltektischen Behörde für Flüchtlinge und Vertriebene CEAR und dem UNO-Flüchtlingshochkommissariat ACNUR erstritten und für den 22. November angesetzt. Sämtliche logistische Vorbereitungen wurden mit den verantwortlichen Instanzen ausgearbeitet und mit nationalen und inter-





nationalen NGOs (Nichtregierungsorganisationen) abgestimmt. Insgesamt ist geplant, daß rund 1840 Menschen oder 339 Familien zurückkehren, zusammengesetzt aus Flüchtlingen besagter drei Bundesstaaten, inklusive 80 Familien aus dem Wiederansiedlungsdorf „Victoria 20 de Enero“, sowie eine erhebliche Anzahl aus den Dörfern im Widerstand (CPR). Die Reiseroute wird nicht wie beim ersten Retorno über die Hauptstadt stattfinden, sondern es wurde eine kürzere Route gewählt, praktisch über die grüne Grenze von Mexiko. Sämtliche Flüchtlinge aus Mexiko sammeln sich in Palenque/Chiapas und fahren zusammen nach Pueblo Nuevo, der früheren Kernsiedlung der Kooperativen. Die Behebung der noch bestehenden Hindernisse, wie die Ausbesserung der Straße und der Abzug der in Pueblo Nuevo stationierten Soldaten, wurde von CEAR versprochen. In Anbetracht der als sicher einzustufenden Rückkehr haben die KooperativistInnen alle Vorbereitungen getroffen, beispielsweise wurde auf eine neue Aussaat verzichtet und ein Großteil der Ernte verkauft. Ebenso gingen die nationalen und internationalen Hilfen spürbar zurück.

Die Spuren der Vergangenheit, die grausamen Massenmorde des Militärs der achtziger Jahre, haben in den Menschen als „kollektive Erinnerung“ die Notwendigkeit hinterlassen, sich gut zu organisieren, ihre Rechte zu kennen, verbunden mit dem festen Entschluß, sich vom Militär nicht noch einmal vertreiben zu lassen. So ist die Hauptforderung der Flüchtlinge der bedin-



Flüchtlingslager in Chiapas

gungslose und vollständige Abzug der Militärs von ihrem Land und aus dem gesamten Gebiet des Ixcán.

### Militär verläßt Pueblo Nuevo nicht

Eine Woche vor dem 22. November wurde der Retorno laut Zeitungsmeldung von CEAR und ACNUR ausgesetzt, mit der Begründung, die logistischen und Sicherheitsbedingungen seien nicht gegeben. Dies begründet ACNUR in einem Schreiben an die Flüchtlinge vom 26. 11. genauer: Die „Minimalbedingungen“ für eine „würdige und sichere“ Rückkehr seien

nicht erfüllt und ACNUR gewährt keine Unterstützung für „spontane“ und „nicht gesprochene“ Rückkehrbewegungen. Eine außerhalb staatlicher und militärischer Kontrolle. Die Rolle von ANUR läßt innersenits guten Willen und Einsatz für das Zustandekommen des Retornos erkennen, ist aber gleichzeitig geprägt vom Verharren in Neutralität. Das bedeutet, man bedauert die schwierigen Bedingungen für die Neuansiedlung, klagt aber nicht die Ursachen dieses Zustandes an, insbesondere nicht das Vorgehen des Militärs, den Prozeß zu blockieren.

Vom bald zu Ende gehenden „Jahr der indigenen Völker“ ist in Guatemala nur wenig zu spüren.

### CEAR hat in Verhandlungen mit den Flüchtlingen De León unfähig

CEAR hat in Verhandlungen mit den Flüchtlingen bereits am 12. Oktober erklärt, den Versuch zur Verhinderung des Retornos als weiterer Beweis der geschehen ist. Das Verhandlungsfähigkeit der guatemalteki- hatte sich, offensichtlich Regierung angesehen werden. Es ist um Zeit zu gewinnen markant, daß in der entscheidenden Woche nicht geäußert. Auch nach dem 22. November der Präsident selbst nicht als Vermittler zwischen dem vereinten Flüchtlingen und Militär eingeschaltet hat. Startermin, brachen Streitkräfte das Schweigen und schickten den Retorno ein Fax mit vielen Worten widerlichster Befragung) durchzusetzen, die wohl höchstens als eine Vertrauensfrage seiner Person gegenüber verstanden werden kann. Die Einigung zwischen Exekutive und Legislative über Wahlen zum Kongreß in der ersten Hälfte des nächsten Jahres wird als erster Schritt zur Lösung der politischen Krise bezeichnet, während die großen nationalen Probleme wie offene Wunden klaffen:

gegründet mit „Sicherheit“ und „Frieden“ der Bevölkerung, die in einem Gebiet oder „terroristischer Aktivität“ gewährleistet werden müssen. Um die Gefährlichkeit des Gebietes zu unterstreichen, spricht das Militär z.B. von „bewaffneten Zusammenstößen“ und vier schwerverletzten Soldaten. Laut ACNUR stießen vier Soldaten auf eine Mine und erlitten Verletzungen. Der Vergleich beider Meldungen mag Aufschluß über die Glaubwürdigkeit des Militärs geben.

Wenige Tage später erklärte der Verteidigungsminister alle beteiligten Institutionen als unverantwortlich, da sie den Retorno in ein Krisengebiet zulassen. Ein Blick auf die Landkarte zeigt die Wichtigkeit des „Ixcán grande“ im strategischen Kalkül des Militärs. Mit der RückkehrerInnenansiedlung Victoria, immer wieder der Subversion beschuldigt, im Norden und den CPR de la Sierra Region Nebajl im Süden entstünde eine Zone außerhalb staatlicher und militärischer Kontrolle. Die Rolle von ANUR läßt innersenits guten Willen und Einsatz für das Zustandekommen des Retornos erkennen, ist aber gleichzeitig geprägt vom Verharren in Neutralität. Das bedeutet, man bedauert die schwierigen Bedingungen für die Neuansiedlung, klagt aber nicht die Ursachen dieses Zustandes an, insbesondere nicht das Vorgehen des Militärs, den Prozeß zu blockieren.

Vom bald zu Ende gehenden „Jahr der indigenen Völker“ ist in Guatemala nur wenig zu spüren.

Die CPR, deren erste Verhandlungen mit dem Präsidenten negativ verlaufen sind und die in keiner Hinsicht in ihrem Plan unterstützt werden, die Lage ihrer Dörfer im Januar öffentlich bekanntzugeben, warten auf ihre Anerkennung als Zivilbevölkerung. Nicht zu vergessen der interne bewaffnete Konflikt. Durch seine Vorschläge zu Friedensverhandlungen, die selbst der ehemalige Vermittler Bischof Quezada Toruño für nicht durchführbar hält, hat León Carpio wenigstens gehalten, was er versprochen: „Verhandlungen mit der URNG keine Priorität einzuräumen“. Es stellt sich immer wieder die Frage, wer nun eigentlich die Bedrohung für die RückkehrerInnen ist.

In Gesprächen mit Flüchtlingen wird deutlich, daß einzig das Militär die Quelle all ihrer Ängste ist. Die einzigen VerliererInnen der Verzögerung des Retornos sitzen in den Lagern fest, während der Mais knapp wird. Dies führte dazu, daß Flüchtlinge aus Chiapas (Marques de Comillas) losgelaufen sind, obwohl es erst im letzten Moment zu einem Kompromiß zwischen Regierung und CCPP gekommen ist.

### Schwieriger und gefährlicher Kompromiß

Die Ergebnisse der Verhandlungen sehen den 5. Dezember als endgültigen Termin für die Rückkehr vor, am 7. soll die Grenze überquert werden.

Außerdem einigten sich die beiden Parteien darauf, daß statt in Pueblo Nuevo die vorläufige Ansiedlung in Veracruz (ca. 10 km entfernt) sein soll. Es gibt weder ein Datum für den Abzug des Militärs noch eine Einigung darüber, wohin der Stützpunkt verlegt werden soll.

Das Risiko dieses Kompromisses liegt auf der Hand: Sind die Flüchtlinge erst einmal zurückgekehrt, wird das internationale Interesse zurückgehen und die Flüchtlinge haben Hundertschaften von Soldaten als Nachbarn, von deren Abzug nicht mehr die Rede sein wird.

Dies kann nur ein Appell an alle progressiven Kräfte sein, den Druck auf die guatemalteki- sche Regierung bzw. das Militär zu verstärken. Der Präsident hat bereits über 3000 Protestschreiben erhalten – internationaler Protest scheint das wirksamste Druckmittel gegen die Macht des Militärs zu sein.

Denn es kann kein Zusammenleben zwischen zurückgekehrten GuatemaltekiInnen und ihren Mördern geben.

amk

### Materialien zur Kampagne

CAREA informiert Regelmäßiges Infoblatt zum Verlauf des Rückkehrprozesses und des Flüchtlingsbegleitungsprojekts CAREA. Kosten 6,- DM für 3 Monate. Gegen Vorkasse (Briefmarken oder Scheck) zu bestellen bei: Guatemala-Gruppe Hamburg, Große Brunnstr. 74, 22763 Hamburg.

Informationsstelle Guatemala, medico international: OJALA-Bildband zur Rückkehr der Flüchtlinge. Fotografiert und zusammengestellt von Herby Sachs und Dorothea Schütze. 94 Seiten. 1993 ISBN 3-922209-47-5. Trotzdem-Verlag u. Informationsstelle Guatemala 28,- DM.

Informationsstelle Guatemala, Stiftung Umverteilen: Nie hatten die Berge in Guatemala so viele Wege. Erzählungen aus dem Widerstand. Javier Gurriarán. Aus dem Span. übersetzt. 64 Seiten. 1991 ISBN 3-923872-02-1.

Widerstandsdörfer in Guatemala. 50 Dias mit Begleittext.

Guatemalteki- sche Flüchtlinge in Mexiko. 50 Dias mit Begleittext.

Leben in Guatemala. 50 Dias mit Begleittext. Leihgebühr für die Diaserien 30,- DM pro Woche.

OJALA-Guatemalas Vertriebene kehren zurück. Dokumentarfilm. 50 Min. 1992. Verleih: Videowerkstatt Autofocus e.V., Oranienstr. 45, 10969 Berlin 61, Tel. 030-655458 u. Informationsstelle Guatemala e.V. 35,- DM.

Caminos del Silencio (Wege des Schweigens). Dokumentarfilm aus den Widerstandsdörfern. 1987, 59 Min. Spanisch mit deutschem Untertitel. 30,- DM.

Briefpostkarten mit Zeichnungen aus den Widerstandsdörfern. Mit Umschlag DM 2,00; 8 Stck. DM 12,00.

Einführungsliteratur zu Guatemala:

Guatemalteki- sche Kirche im Exil, Medico International, Informationsstelle Guatemala e.V.: Aufstandsbekämpfung in Guatemala: Demokratisierung als Waffe des Militärs. Stuttgart 1991, Schmetterling Verlag. DM 26,- ISBN 3-9216369-6-7.

Elisabeth Burgos: Rigoberta Menchú. Leben in Guatemala. 16,80 DM ISBN 3-88977-001-0 Lamuv-Verlag GmbH. Düstere Str. 3, 37073 Göttingen, Tel. 0551-44024.

Alle Materialien sind – soweit nicht anders vermerkt – bei der Informationsstelle Guatemala erhältlich.

### Spendenkonto:

Informationsstelle Guatemala e.V.  
Konto-Nr. 70235 Sparkasse Bonn,  
BLZ 380 500 00, oder 3115 80-508  
Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50

### Impressum

Hrsg.: Informationsstelle Guatemala e.V.  
Heerstr. 205 (Oscar-Romero-Haus)  
53111 Bonn, Tel.: 0228/63 45 52,  
Fax: 0228/63 12 26  
V.i.S.d.P.: A. Schnieber



Zurück in die „Obhut des Militärs“?

Foto: Herby Sachs



## Bundesdeutsche Regierungsdelegation fährt zu Verhandlungen nach Guatemala

*Trotz der überaus regen Beteiligung an der Briefaktion aus dem Paso Adelante Nr. 7:*

Am 12. und 13. Dezember werden in Guatemala Verhandlungen zwischen der BRD und der guatemaltekischen Regierung stattfinden, um über die Neuauflage von Entwicklungshilfeprojekten zu verhandeln.

Allerdings ist man auch in den zuständigen Ministerien nachdenklich geworden. Nicht nur die kritischen Stimmen aus der bundesdeutschen Öffentlichkeit, sondern zunehmend auch solche aus Guatemala drängen darauf, von Ramiro de León eindeutige Antworten zur Frage der Zivilpatrouillen (PAC) und den Friedensverhandlungen zu fordern, bevor über weitere Entwicklungsprojekte gesprochen wird. Insgesamt scheint man in Bonn jedoch entschlossen, die bereits bekannte Politik der „Stärkung“ des zivilen Präsidenten gegenüber der militärischen Macht durch die Bewilligung von Projekten fortzusetzen.

Viele von Ihnen haben den entsprechenden Verantwortlichen gegenüber ihr Unbehagen über diese Art von Entwicklungspolitik ausgedrückt. Wir wollen den Protest dagegen fortsetzen und bitten Sie, weiterhin mitzumachen. Wenn Sie bislang noch keine Antwort auf ihre Schreiben bekommen haben, fragen Sie bei den Ministerien nach, was die Gespräche in Guatemala ergeben haben, welche Art von Projekten bewilligt wurde, in welchem Finanzvolumen und vor allem, an welche politischen Bedingungen die Entwicklungszusammenarbeit geknüpft wurde. Treten Sie mit Ihrem Anliegen auch an Ihre regionalen Bundestagsabgeordneten bzw. die Mitglieder der zuständigen Bundestagsausschüsse heran, und bitten Sie diese um entsprechendes Handeln.

## Adressen:

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ)  
Referat 135  
Karl-Marx-Str. 4-6  
53113 Bonn

Auswärtiges Amt  
Adenauerallee 99-103  
53113 Bonn

Unterausschuß für Menschenrechte  
und Humanitäre Hilfe  
Deutscher Bundestag  
53113 Bonn

z. Hd. des Vorsitzenden:  
Friedrich Vogel (CDU/CSU)  
oder seines Stellvertreters:  
Volker Neumann (SPD)

Ausschuß für wirtschaftliche  
Zusammenarbeit  
Deutscher Bundestag  
53113 Bonn

z. Hd. des Vorsitzenden:  
Dr. Uwe Holtz (SPD)  
oder seines Stellvertreters:  
Dr. Harald Schreiber (CDU/CSU)

Bitte ausschneiden und senden an:

Informationsstelle Guatemala  
Heerstraße 205  
Oscar-Romero-Haus  
53111 Bonn

AbsenderIn:

Fax-Nummer:

( ) Ich bitte um weitere einführende Informationen.

( ) Ich möchte im UnterstützerInnenkreis mitarbeiten und bitte um regelmäßige Zusendung des Paso Adelante.

( ) Ich möchte Kontakt zu örtlichen tätigen Personen oder Gruppen aufnehmen.



Beilage internationalistischer Zeitschriften Nr. 9

Auflage: 40.000 (Juni / Juli 1993)

In: illa Nr. 166; südostasiatische Informationen 2/93, Iz3w 190, EPK 2/93, Dritte Welt 2/93, Relaciones Juni 93; u.a.

MILITARISMUS



## 500 Jahre Kolonialismus 500 Jahre Widerstand

Die Militarisierung der Politik ist wieder hoffähig geworden. Militärs sind als reales Machtinstrument einsetzbar. Nichts neues in der Geschichte des Kolonialismus. Allerdings ist die derzeitige Begründung besonders perfide: Im Namen des Humanismus werden die neuen „Wüstenstürmer“ gedrillt, um eigene Interessen zu verfolgen.

Wir wollen in dieser Debattenbeilage auch kontroverse „Stimmen von Außen“ zu Wort kommen lassen. Der Mexikaner Carlos Fazio weist auf die hierzulande kaum bekannte Militarisierung der Gemeinschaft der amerikanischen Staaten (OAS) hin. Der Bürgerrechtler Chandra Muzaffar aus Malaysia konfrontiert die Europäer mit ihren eigenen Wertvorstellungen. Wir dokumentieren zudem einen Aufruf des »Komitees für Grundrechte und Demokratie« und greifen selbst mit einem Kommentar in die Debatte ein.

## In Bosnien und weltweit militärisch eingreifen? Besser nicht!

Eine Stellungnahme aus der Friedensbewegung

Die Vorstellung, man könne mit einigen gezielten militärischen Aktionen das Leiden der Menschen in Bosnien-Herzegowina schnell beenden, ist eine Illusion. Weder Flugverbot noch seine Erzwingung, noch der Einsatz schwerer Waffen oder gar Abschreckungs- und Vergeltungsangriffe auf Serbien können dies leisten.

Es gibt keinen schnellen Frieden durch militärische Interventionen. Es gibt aber die sehr reale Gefahr der Ausweitung des Krieges. Schon das viel gebrauchte Wort vom „Befreiungsschlag“ macht deutlich, daß alles, was derzeit unter dem Stichwort „militärische Intervention“ diskutiert wird, ohne jedes friedensstiftende Ziel ist. Die Interventionspolitiker, die die Menschenrechte nur im Munde führen, sind deshalb u.a. mit folgenden Forderungen zu konfrontieren:

- konsequent humanitäre Hilfe
- ausreichende finanzielle Ausstattung der UN für ihre Vermittlungsarbeit
- Systematische Unterstützung der Antikriegs- und demokratischen Oppositionen und ihr Einbezug in das internationale Gespräch
- Herstellung einer Gegenöffentlichkeit in den nationalistisch-ideologisch

verhetzten Gesellschaften, damit sich von innen heraus etwas verändern kann (auch in der BRD!, Anm. der Red.)

- Auflösung des neuen Feindbildes „die Serben“
- Durchsetzung des Embargos in Formen, die es ermöglichen, humanitäre Gesichtspunkte zu berücksichtigen
- Entwicklungsperspektiven für den gesamten Balkanraum
- Unterstützung der Menschen und Gruppen, die von außen humanitäre Hilfe leisten, als Freiwillige in Flüchtlingslagern arbeiten, Kriegsflüchtlinge und Deserteure beherbergen usw.

Aber viele Politikerinnen und Politiker reden wahrscheinlich vor allem deshalb von Militärinterventionen, weil sie nicht bereit sind, konkret zu helfen. Die Schließung der deutschen Grenzen gegen bosnische Flüchtlinge beweist dies. Würden wirklich humanitäre Motive im Vordergrund stehen, bräute man nur die Grenzen zu öffnen, um Insassen aus Internierungs- und Gefangenenlagern und Flüchtlingen Zuflucht zu schaffen. Doch das Mögliche geschieht nicht. Vielen Politikerinnen und Politikern geht es um die Nutzung der günstigen „Gelegenheit“, der deutschen Gesellschaft die Zustimmung

zum begrenzten Einsatz der Bundeswehr abzuverlangen. So ist auch der Somalia-Einsatz nur ein Spielchip zu diesem Ziel, ebenso wie die Awacs- und Interventionsdiskussion: ein infamer Mißbrauch menschlicher Not.

Im Rahmen der europäischen Integration drängt die deutsche Bundesregierung darauf, die EG zu einer militärischen, global eingreiffähigen Großmacht werden zu lassen, obwohl ganz offensichtlich die wirklichen Probleme des Friedens, der Umwelt und der Armut militärisch nicht gelöst werden können. Also eine falsche Weichenstellung. Wir sind überzeugt, wird heute auf humane Weichenstellung verzichtet, brennt morgen der ganze Globus!

(Text von der Redaktion gekürzt)

Komitee für Grundrechte und Demokratie  
Bismarckstr. 40

5000 Köln 1  
Tel. 0221 52 30 56

Weitere Informationen zu Out-of-Area Einsätzen der Bundeswehr bei:

Netzwerk Friedenskooperative  
Römerstr. 88

5300 Bonn 1

Tel. 0228 69 29 04

Fax. 0228 69 29 06



## Von Friedensaposteln und anderen Militärstrategen.

### Das neue "Wir-Gefühl"

In der Debatte ob "wir" in möglichst vielen Teilen der Welt militärisch intervenieren sollen, hat die staatstragende Linke den analytischen Löffel abgegeben. Die selbsternannten Vorzeigeveteranen der 68er, Joschka Fischer und Danny Cohn Bendit, sind die Prototypen in dem von den Medien hochgeputzten politischen Komödienstadel. Fischer, in Gedanken schon ministerial in Bonn, bewegt die zentrale Frage: was sag' ich den deutschen Müttern, wenn die ersten Zinksärge hier landen? Ihm als Taktiker ist bekannt, daß bisher für den Heldentod 'unsere' Jungs keine Mehrheiten in Sicht sind. Cohn Bendit spielt die personifizierte Moral und ereifert sich über den "Völkermord": er will lieber heute als morgen in Bosnien einmarschieren. Gar bitterlich beklagt er sich über die deutsche Linke, die nicht wie in alten Zeiten auf die Straße geht.

Es ist schon sonderbar, wie in den letzten zwei Jahren der bundesrepublikanische Nachkriegskonsens, auf den Punkt gebracht durch den Satz — Der Friede ist der Ernstfall —, außer Kraft gesetzt wird. Hinter dem Krieg stand der Atomtod. Generationen von Jugendlichen wurden Waffen als reine Abschreckungsmittel vermittelt. Zudem schien gerade die Friedensbewegung Anfang der 80er Jahre den good-will des besseren Deutschlands zu zeigen, aus den Erfahrungen der Geschichte zu lernen und jeder Form der Militarisierung mittels Händchenhalten und Massenaufmärschen einen Riegel vorzuschieben.

Vor dem Hintergrund dieses absoluten peace keeping übersieht man aber allzu leicht, warum es einem Teil der Friedensbewegung eigentlich ging und es nicht verwundern muß, wenn heute ehemalige Friedensaktivistinnen mit dem Generalinspekteur der Bundeswehr Rambo-Pogo tanzen. Der eigene, atomwaffenfreie Vorgarten, das durch die Stationierung von Mittelstreckenraketen in seiner Existenz bedrohte Europa war die Triebfeder von nicht wenigen FriedensfreundInnen. Die heutige Empörungsfelme „In Europa herrscht Krieg und wir schauen zu“ offenbart nur die Kehrseite eines auch gerade in linken Kreisen herrschenden "Europäismus", der Europa mit Zivilisation gleichsetzt. Diese Anfang der 80er durch die Aufrüstung der Großmächte bedrohte europäische 'Zivilgesellschaft' muß heute im 'eigenen' Haus für Ordnung sorgen.

Auf wessen Kosten solche eurozentrischen Sichtweisen gehen und wer traditionell als Gegenbild für das fortschrittliche Europa herhalten muß, hat die internationalistische Linke eigentlich lange genug thematisiert. Nun nach dem Ende des Kasernenhofsozialismus sind überall alte Gewißheiten am zusammenbröckeln. Neue Feindbilder reproduzieren das alte 'Gut-Böse-

Schema' und bieten ideologische Strohhalm zur Komplexitätsreduktion in einer unübersichtlich gewordenen Welt.

Zwei Konstellationen, die eng mit der europäischen Geschichte verhaftet sind, feiern fröhliche Urstände. Einerseits wird das Bild des grausam-heimtückischen Asiaten neu gezeichnet. Die Serben — das kriegsgerische, vandalisierende, vergewaltigende 'Volk' — rechtfertigen eine Intervention im Namen europäischer Vernunft, die mit dem 'kroatischen Volk' gleichgesetzt wird. Die Bosnier stehen zur Zeit für das Idealbild der Multi-Kulti-Gesellschaft. Sollten sie aber Sympathie für muslimische Fundis zeigen, kann sich das schnell ändern. Überall stereotype Kennzeichnungen, um alte Vorurteile zu untermauern. Schlimmer noch in Afrika. Dort steht der "homo somaliensis" für den ganzen "Elendskontinent": Hungernde Kinder, Aids und marodierende Banden schreien geradezu nach westlicher Mission, diesmal nicht im Namen des Kreuzes, sondern im Namen eines caritativen Humanismus, der seine neokolonialen Perspektiven mehr recht als schlecht verbirgt. Zum Beispiel Angola: Wirksamen politischen Druck auf die UNITA gibt's erst dann, wenn die Förderung strategischer Rohstoffe gefährdet ist. Politiker wie Rühe, die jahrelang mit wesentlich höheren Beträgen Diktatoren wie Siad Barre unterstützten (Polizeihilfe von der BRD und Geheimdienstaufbau von der DDR), reden jetzt blumig über „die Engel von Phnom Penh“ und die universellen Menschenrechte. Dabei geht es doch schlicht um eigene Interessen. Sollten die gequälten Menschen auf die Idee kommen, hier Bürgerrechte einzufordern, stehen sie vor der Festung Europa.

Vier 'Entwicklungsdokaden' predigten die Priester der Metropolen: „Ihr habt die Chance so zu sein wie wir, wenn ihr euch anpaßt und anstrengt“. Heute, wo die Plätze in der Weltwirtschaft besetzt sind und dem Teil der Welt, der nicht am Tisch Platz nehmen kann, empfohlen wird, sich in die "Treuhandschaft" der Industrieländer zu begeben, sind wir wieder an einem klassischen Topos angelangt: Die Barbarei der 'Unterentwickelten' zeigt letztlich nur, daß "wir" halt doch die besseren sind.

Hinter der heilsmisionarisch verkleideten Caritas kommen Entwicklungen zum Tragen, die auf drei Ebenen einen neuen 'pax imperialistica' einleiten: In Somalia wird die "Lösung" zukünftiger Konflikte gepöbelt, die angesichts der Abschreibung ganzer Kontinente nicht ausbleiben werden. In Europa werden auf dem Rücken Ex-Jugoslawiens die zukünftigen Kräfteverhältnisse — sowohl in der EG als auch zwischen den Machtblöcken — ausgehandelt. Der Streit

zwischen Frankreich, England und Deutschland um die Anerkennungspolitik macht dies ebenso deutlich wie die Vereinnahmung Rußlands nach dem Motto "Kredite gegen politische Ruhigstellung". In Deutschland selbst kann sich unter dem vordergründigen „Verantwortung in der Welt übernehmen“ ein aus historischen Gründen desavouiertes 'Normalisierungs'-politik entfalten. Zunächst als teure PR-Tour in den Norden Somalias. Was die Bundeswehr dort leisten soll, machen andere Organisationen im Rahmen herkömmlicher "Entwicklungshilfe". Schon beim nächsten Mal, z.B. in Aserbaidschan, könnte es blutiger Ernst werden.

Wer angesichts dessen mit der Forderung daherkommt, doch bitte Implikationen und Konsequenzen von Interventionen mitzudenken, kommt leicht in den Geruch des Unmenschens. Angesichts des medial selektiv aufbereiteten Leids verkommt der kritische Einwurf zu purer Ketzerei.

Was ist aber mit dem berechtigten Mitleid, der moralischen Empörung über die Schwerkereien weltweit? Mitleid ist scheinbar selbstlos, wird ohne Eigeninteresse praktiziert — damit aber implizit gezeugnet, daß die Verhältnisse hier etwas mit den Verhältnissen dort zu tun haben. Man schaut in entfernte Teile der Welt, beklagt fremdes Leid in fremden Ländern. Saturierte Linke, die ausschließlich verbal moralische Kategorien verhaftet sind, ohne gleichzeitig Handlungsdefizite an sich selbst zu erkennen, müssen nach Gründen suchen, um dieses fortbestehende Elend ertragen zu können. Sie geben früher oder später die Schuld für das Leiden an diejenigen zurück, die man zuvor noch zutiefst bedauert hat.

Christine Parsdorfer / Georg Lutz

### Plakatserie zum Recht auf Asyl

Zur Forderung: »Das Recht auf Asyl bleibt« ist eine Plakatserie entstanden, in der verknüpft wird, mit Fotos und knappen Texten Zusammenhänge zwischen Fluchtursachen und der Politik in den Metropolen aufzuzeigen. Themen der einzelnen Plakate sind:

- ★ »Menschen fliehen vor Krieg — die Waffen kommen aus Deutschland: Den Waffenhandel unterbinden!«
  - ★ »Polizeihilfe für Folterstaaten — die Opfer suchen Asyl: Folterhilfe einstellen!«
  - ★ »Sündenböcke für die Pleite im Osten: Die Verantwortlichen benennen!«
  - ★ »Wenn schon Bananen aus Hungerländern, dann auch die Menschen: Ausbeutung der 3. Welt beenden!«
  - ★ »Todeschüsse an der Grenze?: Keine neuen Mauern bauen!«
  - ★ »Reichtum im Westen durch Armut im Rest der Welt: Die Fluchtgründe beseitigen!«
- Die Plakatserie besteht aus sechs Motiven im DIN A 2-Format und kostet DM 10.— (inkl. Porto), ab 50 Exemplaren 50 Pf./Stück. Bezug: A. Willer, Postfach 103 923, 3500 Kassel

## Aufruf an das Gewissen Europas

Die Situation in Bosnien Herzegowina ist eine Herausforderung an das Gewissen Europas und stellt seine Verpflichtung für Freiheit, Menschenrechte, und Multikulturalismus auf die Probe. Jetzt ist es Zeit zu prüfen, ob Europas Worte Europas Wirklichkeit entsprechen. Sarajevo ist der Ort, an dem es sich ein für alle mal entscheiden wird, ob jene noblen Ideale und erhabenen Werte, die die westliche Zivilisation für sich beansprucht, aufrichtig gewollt oder nichts als pure Heuchelei sind.

Obwohl Regierungen und Menschenrechtsgruppen in Europa versucht haben, einige spezifische Aspekte dieses schrecklichen Angriffs auf die Menschenwürde zu benennen, entsprach ihre Reaktion kaum dem Ausmaß der Tragödie, zumal ausgerechnet die Länder, die die Respektierung der Menschenrechte als das fundamentale Kriterium für ein zivilisiertes System betrachten, es verpaßt haben, Stellung zu beziehen. Menschenrechtsgruppen, deren Betroffenheit und Empörung keine Grenzen kennen, wenn irgendein Dissident in Ruanda exekutiert oder irgendein Kritiker in Lesotho gefoltert wird, haben ihre moralische Entrüstung im Falle von Bosnien Herzegowina nicht in konkretes Handeln übersetzt (...). Liegt es womöglich daran, daß die Übeltäter diesmal Europäer sind, daß ein gewisser Widerwillen existiert, die Massen im Namen der Menschenrechte und der Freiheit zu mobilisieren? (...)

Der Klang der Freiheit aus Bosnien Herzegowina hat eine besondere Bedeutung, da er stellvertretend für eine der bedeutendsten ethnischen Minderheiten in Europa steht: Denn davon, wie Europa Bosnien Herzegowina mit seiner muslimi-

schen Kernbevölkerung behandelt, wird auch die Art der Beziehungen zwischen der (christlichen) Mehrheit und der muslimischen Minorität auf dem gesamten Kontinent abhängen. Es ist durchaus wahrscheinlich, daß die muslimischen Minderheiten in anderen Teilen Europas nach den Vorkommnissen in Bosnien Herzegowina auch den letzten Rest von Vertrauen in die Gerechtigkeit und Fairness europäischer Regierungen verlieren werden. Bedenkt man darüber hinaus, daß viele dieser muslimischen Minoritäten nicht-europäischer Herkunft sind, wäre es keinesfalls verwunderlich, wenn sie sagen würden: Solange selbst Muslime europäischer Herkunft Herabwürdigungen der schlimmsten Art schutzlos ausgeliefert sind, ist unsere Situation so oder so hoffnungslos.

Zudem sollte sich Europa auch aus historischen Gründen verpflichtet fühlen, den Muslims in Europa und der Welt durch seinen Umgang mit Bosnien Herzegowina zu beweisen, daß es Willens und in der Lage ist, ihnen Gerechtigkeit zukommen zu lassen. Denn seit mehr als zwölfhundert Jahren haben sich die einflussreichsten und mächtigsten Gruppen der europäischen Gesellschaft dem Islam und den Muslims äußerst feindselig und ablehnend gegenübergestellt. „Der westliche Blick auf den Islam und die Araber“, so der Diplomat und Gelehrte Erskine B. Childers, „basiert selbst im späten zwanzigsten Jahrhundert auf kaum etwas anderem als Ablehnung, Furcht, tief verwurzelten Vorurteilen und Stereotypen“. Hätten Europa und der Westen gegenüber Bosnien Herzegowina von Anfang an eine entschlossener Position eingenommen, hätten sie eine ganze Reihe von Menschen davon überzeugen können, daß sie nun ernsthaft gewillt sind, ihre Ablehnung und ihre Vorurteile gegenüber einer religiösen Zivilisation, der sie soviel verdanken, ernsthaft zu revidieren.

Hinzu kommt, daß die Bekämpfung antisemitischer Vorurteilsstrukturen auch dazu beitragen könnte, das europäische Denken von seiner ethnozentrischen und rassistischen Verfaßtheit zu befreien.

In gewisser Hinsicht ist Bosnien Herzegowina ein Lackmus-Test, an dem sich ablesen läßt, welchen Einfluß Rassismus und Ethnozentismus noch auf den europäischen Umgang mit "dem Anderen" ausüben. Da Muslime immer als "das Andere" wahrgenommen wurden, ist die europäische Antwort auf die Frage, wie auf dem Kontinent mit muslimischer Kultur und Identität umgegangen werden soll, im besten Fall ambivalent. Es ist diese Ambivalenz, die größtenteils für die Lage der europäischen Muslims — nicht nur in Bosnien Herzegowina, sondern auf dem Balkan überhaupt — verantwortlich ist.

Will man aber die europäische Einstellung den Muslims gegenüber verändern, dann muß zu allererst das Verhältnis zum "Anderen" geändert werden. Das ist keine leichte Aufgabe. Haben doch die langen Jahrhunderte kolonialer Dominanz bzw. deren neue Spielformen in der gegenwärtigen Welt dazu geführt, daß sich der europäische Charakter als höherwertiger begreift (...)

Dieses Gefühl der Überlegenheit kommt mit "Theorien" über biologisch determinierte Zusammenhänge zwischen Aussehen und Fähigkeiten, Gestalt und Kultur daher, und ist in Wahrheit nichts anderes als die Grundlage jeder Form von Rassismus. Und genau deshalb heißt es in einer UNO-Studie von 1989, daß Rassismus und rassistisch motivierte Diskriminierung „eine europäische Erfindung sind, die noch keine 300 Jahre alt ist und eng mit der von Europa ausgehenden Erforschung anderer Kontinente und dem Zusammenstoß mit nicht-europäischen Kulturen zusammenhängt.“ Genau hierin liegt die Bedeutung der Frage, wie sich Europa Bosnien Herzegowina gegenüber verhält (...)

Europa sollte in Bosnien Herzegowina intervenieren und sollte auch nicht davor zurückschrecken, militärische Gewalt anzuwenden, um die Serben und ihre Völkermord-Politik zu stoppen. (...) Europa hat die Mittel dazu. Fraglich ist, ob es auch den Willen dazu hat.

Chandra Muzaffar aus »Aliran Monthly« Ausgabe 8 / 1992, Malaysia  
(Übersetzung: Frank Sträter)

### Beilage internationalistischer Zeitschriften, Nr. 9, Auflage: 40.000

Herausgeber: Argentinien-Nachrichten, blätter des iz3w, Bolivia, Brasilien-Nachrichten, Brennpunkt Drott Welt, Die Brücke, Cuba Libre, Dritte Welt, epd-Entwicklungspolitik, EPK, Forum, ika, ila, INKOTA-Brief, Korea-Forum, Lateinamerika Anders, Lateinamerika-Nachrichten, Philippinen-FORUM, POSITION, Relaciones, Brasilien-, Guatemala-, Kolumbien-, Nicaragua-Rundbrief, Coordination gegen BAYER-Gefahren STICHWORT, südostasien informationen, Trialog, WERRKEN  
Redaktion: blätter des iz3w, Postfach 5328, D-7800 Freiburg, Tel. 0761 74 003, Fax. 0761 70 98 66  
Layout: Andreas Wenzel  
V.i.S.d.P.: Georg Lutz  
Druck: Druckerei Dieter Weber, Freiburg



# Die USA und das "Recht auf Einmischung"

## Das Beispiel Zentral- und Südamerika

Der 15. Dezember 1992 ist ein entscheidendes Datum für die Souveränität der lateinamerikanischen Nationen. Heute werden die USA auf der Generalversammlung der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) in Washington alle ihre politischen und diplomatischen Möglichkeiten einsetzen, um zu versuchen, die wiederbelebte Organisation der beiden Subkontinente zu einem Instrument zu machen, das den Interessen des Pentagon dient.

Dabei geht es hauptsächlich darum, in die Charta der Organisation das „Recht auf Einmischung“ einzuführen und die OAS in eine supranationale Polizei zu verwandeln.

Die USA und ihre Lakaien, mit Argentinien an der Spitze, insistieren schon seit drei Jahren darauf, daß die OAS militarisiert werden soll. Im Mai vergangenen Jahres auf der 22. Generalversammlung der Organisation in Nassau (Bahamas) haben die nordamerikanischen Diplomaten Druck ausgeübt, damit die sogenannte Interamerikanische Verteidigungsorganisation in die OAS eingegliedert wird. Auf diese Weise soll der in Verruf geratene interamerikanische Vertrag zur wechselseitigen Unterstützung (TIAR) ersetzt werden. (Anmerkung des Übersetzers: Auf Grund dieses Vertrags hätten die USA im Malvinen-Krieg 1982 militärisch Argentinien gegen Großbritannien beistehen müssen, was aber nicht geschah). Der mexikanische Außenminister Fernando Solana hat sich in Nassau gegen die Schaffung einer supranationalen Militärstruktur gewehrt. In erster Linie deshalb, weil die militärische Struktur sogenannte „operative Operationen“ übernehmen soll. Die neue Verpackung, mit der jetzt die Notwendigkeit eines gesamtamerikanischen Gendarms, der vom Pentagon dirigiert wird, verkauft werden soll, ist die Verteidigung der Demokratie. In Santiago de Chile im Juni 1991 war es die Aufgabe der Vertreter Venezuelas, den Plan der USA vorzutragen. Es soll wieder ein Mechanismus geschaffen

werden, der es mit der Ausrede, man wolle sich für die Stärkung der Demokratie auf dem Subkontinent einsetzen, ermöglicht, gemeinsam die diplomatischen Beziehungen abbrechen und den Ländern die Eigenschaft als Mitglied der OAS abzuspüren, in denen „eine demokratische Regierung abrupt beendet wird“. Außerdem soll die Möglichkeit geschaffen werden, Sanktionen zu beschließen.

Der Sinn dieser Formel, für die sich die USA so heftig eingesetzt haben, besteht darin, der OAS die Möglichkeit der Intervention zu verschaffen. Der nächste Schritt, der mit dem ersten zusammenhängt, besteht darin, eine internationale Militärtruppe unter der Fahne der OAS zu gründen. Damit hätten die USA ein diplomatisches Deckmäntelchen, mit dem sie in jedem Land intervenieren könnten, bei dem Washington der Ansicht ist, es entferne sich von „seinen demokratischen Normen“. Dies würde für die USA mit geringen politischen Kosten verbunden sein, da die politische Verantwortung auf diese Weise geteilt wird. Es handelt sich also um einen Sicherheitsrat der OAS.

Nach mehrmonatigen schwierigen Verhandlungen zwischen den Außenministern der amerikanischen Länder wurde die ursprüngliche Formel, die die USA vorgeschlagen hatten, geringfügig modifiziert. Die Veränderung, auf die sich die Mitgliedsländer der OAS mit Ausnahme Mexikos geeinigt haben, sieht vor, in die Charta der OAS die Möglichkeit aufzunehmen, ein Mitglied zu suspendieren, dessen demokratische Regierung mit Gewalt gestürzt worden ist. Diese Suspendierung der Mitgliedschaft, so formuliert es der Vorschlag, soll sich nur auf die Teilnahme an den Körperschaften und Sitzungen der OAS beziehen, aber nicht auf die Eigenschaft als Mitglied. Die mexikanische Regierung hat mitgeteilt, daß sie sich dieser Suspendierung von Mitgliedern widersetzt, da sie der Auffas-

sung ist, daß dies dem Prinzip der Universalität widerspricht, auf dem die Effizienz der internationalen Organisationen beruht. Sie lehnt die Möglichkeit des Ausschlusses auf Grund von Kriterien einer „zweifelhafte ideologischen Konvergenz“ und damit das Mittel des Zwangs ab, um Demokratie durchzusetzen.

Obwohl die Militarisierung der OAS nicht ausdrücklich als wichtigster Tagesordnungspunkt der Generalversammlung genannt wird, hat Washington darauf hingearbeitet. Das Ziel besteht darin, die OAS in eine Organisation zu verwandeln, die zum „Richter“ über die Demokratien Amerikas wird, mit dem Recht, nach Freibeuterart überall dort militärisch zu intervenieren, wo sie der Ansicht sind, daß die Demokratie nicht funktioniert. Für diese Neuaufgabe ihrer Rolle als „Weltpolizist“ brauchen die USA eine OAS, die über die Regierungen der Region zu Gericht sitzt, die über eine überall verfügbare Eingreiftruppe verfügt — ein alter Wunschtraum der USA — und die an jedem beliebigen Punkt des Subkontinents unter der Fahne der OAS eingesetzt werden kann, wobei sie sich über die nationale Souveränität und nationalen Streitkräfte der betroffenen Länder hinwegsetzt. Die geschähe in gleicher Weise wie vor wenigen Jahren am Persischen Golf und jetzt in Somalia, wo die UNO als Präservativ des Pentagons fungiert. Die USA müssen ihren Anspruch, in Lateinamerika militärisch intervenieren zu dürfen, im voraus legitimieren. Denn der übertriebene Neo-Liberalismus, den die Technokraten, die gegenwärtig an der Macht sind, nach dem Rezept des IWF anwenden, hat dazu geführt, daß die Proteste sich vervielfältigen und die schwächlichen Demokratien ins Wanken geraten (...).

Carlos Fazio aus »El Financiero«  
15. Dezember 1992, Mexico  
(Übersetzung: Christian Neven-du Mont)

Beilage internationalistischer Zeitschriften Nr. 10

Auflage: 40.000 (November 1993)

in: Ila Nr. 170, südostasien Informationen 4/93, IZ3w Nr. 193, EPK 4/93, Dritte Welt 4/93, u.a.

ANTI-RASSISMUS



## 500 Jahre Kolonialismus 500 Jahre Widerstand

Mit dieser Debattenbeilage zur antirassistischen Arbeit in Europa wollen wir auf die Notwendigkeit aufmerksam machen, daß sich die Solidaritäts- und Internationalismusbewegung auch an diesem Punkt über den nationalen Tellerrand hinaus orientieren sollte. Necati Mert kritisiert die „hilflose Ausländerfreundlichkeit“ und klagt einen neuen Gesellschaftsentwurf ein. Wir stellen je eine Initiative aus Großbritannien und Holland vor, die sich sicher freuen, wenn ein intensiverer Austausch zwischen Anti-Rassistischen Initiativen zustande kommt. Frei von paternalistischen Zuwendungen trafen sich in Hannover Anfang September 1993 MigrantInnen und Flüchtlinge. Ein Kongreßbericht verdeutlicht ihre Forderungen an die hiesige Gesellschaft.

### Vom wirkungslosen Protest zu einem neuen Gesellschaftsentwurf

Der europäische Ethnokulturalismus und der uno-versale Menschenrechtskolonialismus sind die postmoderne Auflage des Rassismus. Als Rechtfertigungsideologie stellen sie die zivilisatorische Erklärungsfassade, hinter der sich Invasion, Plünderung, Unterdrückung und Ausbeutung verbergen — Herrschaftsinstrumente, die in der ganzen Menschheitsgeschichte nach Siegern und Verlierern, nach Gesellschaftsformen und Klassen sowie von Epoche zu Epoche nur immer wieder die Tarnkappe wechselten.

Fortlaufend haben Menschen zwischen dem „Eigenen“ und dem „Fremden“ Unterschiede konstruiert: dabei das Eigene als zivilisations-tragend und die Anderen als rückständig, barbarisch oder als parasitär und zivilisations-feindlich erklärt. Aus dem Definitionsmuster von Differenzen ergab sich der Anspruch auf die eigene Vorreiterrolle in dem als universalistisch erklärten Zivilisationsprozeß. Die sich selbst zu „Übermenschen“ erhoben, erteilten sich den Auftrag, die zu „Untermenschen“ abgestempelten „Anderen“ je nach deren Nutzeffekt für die hegemoniale Repräsentationsgewalt zu beschützen und zu hüten oder aber als schädliche Parasiten für die eigene Gemeinschaft auszumachen und im extremen Fall auch zu beseitigen.

#### Das Eigene und die Fremden

In den heutigen postkolonialen Gesellschaften offenbart sich Rassismus als Scheinperfektion des „christlich-abendländischen Kulturkreises“. Unterstellt wird die Höherwertigkeit der eigenen Zivilisation, zugleich dient die Identifikation mit dem Eigenen der Bestimmung von unterschiedlichen „Identitäten“. Doch muß sich die Spaltung in das Eigene und die Anderen auf eine rechtliche Grundlage stützen — ebenso wie die Abwehrgesetze des Nationalstaats zwischen dem Eigenen, dem Inländer und den anderen, den „Ausländer:innen“ unterscheiden.

Das Existenz- bzw. Schutzrecht des vorläufigen „Fremden“ wird nach seinem Nutzeffekt gemäß der Formel: „Ausländer leisten die Arbeiten, vor denen sich die Deutschen ekeln... oder: Ausländer leisten einen wichtigen Beitrag zur Altersversorgung... oder: Ausländer bereichern unsere Kultur“... abgeleitet. Daß im öffentlichen Bewußtsein die Fremden als Ungleiche wahrgenommen werden, als „Ausländer“; ist nicht nur eine Folgeerscheinung der Arbeitskräftewerbung aus den sechziger und siebziger Jahren. Auch den nachgezogenen Einwanderern, die das Asylrecht gebraucht haben und nicht zuletzt deswegen als Parasiten zu Lasten der einheimischen Gesellschaft verunglimpft werden,

wird jegliches Recht streitig gemacht, Rechte zu haben.

#### Hilflose „Ausländerfeindlichkeit“?

Solch tief verwurzeltes Gedankengut macht selbst vor großen Teilen der „Ausländer-Flüchtlings-Freundschaftsbewegung“ nicht halt: wenn von „Ausländern“ und deren kulturellen Identitäten“ die Rede ist und das viel gepriesene Modell der „multikulturellen Gesellschaft“ von sozialen Widersprüchen und Konflikten ablenkt, wenn national Pflichtbewußte an den Toren der „Festung Europa“ Kontrollinstrumente gegen ungesteuerte Migrationsbewegungen aufstellen wollen, um die Grenze des „Zumutbaren“ nicht zu überschreiten und wenn schließlich die Bedarfsfrage des nationalen Marktes nach Humankapitalen mit Hilfe von selektiven Einwanderungen gelöst werden soll. Dies zielt letztlich auf weitere Hegemonierechte von weltweit agierenden Industrie- und Finanzimperien und auf die Auslese von Arbeitskräften aus den „Reservaten“ des Ostens und Südens.

#### Ein neuer Gesellschaftsentwurf

Das institutionell vernetzte rassistische Gedankengut versteckt sich nicht nur hinter Appellspielen für Toleranz und Schutz des

**EPK** ENTWICKLUNGSPOLITISCHE KORRESPONDENZ  
**Guatemala** Rundbrief  
**KOREAFORUM**  
**brennpunkt** drittel welt  
**DRITTE WELT blätter** des IZ3w position: POLITIK  
**FORUM** entwicklungspolitischer Aktionsgruppen  
**BRASILIAN NACHRICHTEN**  
**DIE BRÜCKE TRIALOG**  
**ila** Zentrum für Kulturpolitik und Kulturarbeit „Dritte Welt“  
**CUBA LIBRE** Kolumbien Rundbrief  
**RELACIONES** südostasien Informationen  
**LATEINAMERIKA ANDERS** REPORT  
**BRASILIAN Rundbrief**  
**NICARAGUA** Rundbrief  
**Poliviva** SAGO INFORMATIONSBÜRO  
**Entwicklungs- POLITIK**



"Fremden", sondern auch in Kampagnen gegen "Fremdenfeindlichkeit" und "rassistische Gewalt". Eben dadurch legitimiert sich die staatliche Praxis, daß "Aus-Länder" außerhalb der Gemeinschaft des Bürgerrechts stehen. Indirekt wird damit öffentlich rechtlich die aufgeklärte Variante der Apartheidspolitik, also der institutionelle Rassismus befürwortet. Rassistischer Terror äußert sich nicht nur im Zusammenhang von Überfällen, Brandstiftungen und Mordanschlägen: Als ob Menschenjagdszenen an der Grenze zur Großdeutschen Festung, als ob Konservierung in den von Mauern und Stacheldraht umgebenen Sammelagern oder das Verbot der Freizügigkeit, selbst des Kochens und der Zwang zum Nichtstun nichts mit Terror zu tun hätten. Als wäre die Aufforderung an die hier Geborenen und Aufgewachsenen, denen ihre Integrations- bzw. Assimilationsfähigkeit angerechnet wird, sich einbürgern zu lassen, nicht Ausdruck staatlichen Rassismus, wenn zugleich ihre Eltern um des Regierungsprogrammatischen Ziels der Reduzierung ihrer Zahl wegen der Gefahr ausgesetzt sind, zurückbefördert zu werden.

Daher stellt sich die Frage: Kann Rassismus mit seinen gesetzmäßigen Folgen des Terrors zurückgedrängt werden, ohne den ethnisch homogenen Nationalstaat, in dessen Grundstrukturen die rechtliche Absonderung sowie kulturelle und soziale Marginalisierung verwurzelt sind, zu überwinden? Gerade daraus ergibt sich die Notwendigkeit, eine neue Gesellschaftsordnung auf einer höheren Stufe zu entwerfen, was die alltäglichen Formen des antirassistischen

Widerstands nicht ausschließt. Im Gegenteil: Ein zukunftsorientierter Entwurf muß auf Erfahrungen aus der Praxis beruhen. In diesem Zusammenhang gilt es auf folgenden Satz im "Dachauer Appell" vom 7. Juni 1993 hinzuweisen: "Allen Deutschen, die nicht rassistisch sein wollen, sagen wir: EUER politischer Protest gegen die rassistische Flüchtlingspolitik des Staates wird wirkungslos, solange IHR nicht SELBST bereit seid, Flüchtlinge als gleichberechtigte vollwertige Menschen aufzunehmen". Die Forderung lautet also, Flüchtlinge in Privatwohnungen aufzunehmen, um der Zwangseinweisung in den Lagern entgegenzuwirken; Flüchtlinge illegal über die Grenze zu bringen, um den Aufbau der Festung Europa verhindern zu helfen; Flüchtlinge zu verstecken, um die Abschiebeaktion zu stören.

### Wider die Illegalisierungsversuche der Festungswächter

Eine weitere grundlegende Frage, mit der sich die antirassistische Bewegung auseinandersetzen muß, stellt sich hinsichtlich der Einstellung gegenüber den Flüchtlingen, die nicht nur Opfer kriegerischer Konflikte, tobender Umwelt- und Hungerkatastrophen sind, sondern auch Vorläufer einer sozialrevolutionären Bewegung im Weltmaßstab sein könnten. Täglich sind wir mit der Erkenntnis konfrontiert, daß die Abschreckungsinstrumentarien der Führungseliten, Meinungsführer und Entscheidungsträger nicht die Wirkung zeigen werden, den "Strom", die "Über-

flutung" oder gar die "Invasion" aus dem Süden und Osten aufzuhalten. Die sogenannten "Illegalen" von den strategischen Festungsbewachern immer gründlicher mißbraucht werden, die Menschenjagd zu legitimieren und die Anwendung vielerlei Methoden der Gewalt zu legalisieren. Es nützt nichts, die Flüchtlinge global als Opfer hinzustellen. Vielmehr müssen sie als "Täter" anerkannt werden, die mit ihrer von Ausplünderung, Entrechtung und Enteignung verursachten Bewegung die neokoloniale Weltordnung in Frage stellen. Begreifen viele Menschen in der Wagenburg des Wohlstands nicht erst durch das Anklopfen der Flüchtlinge an die eigenen Türen, welchen Schaden der Kolonialismus der Weltmenschheit zugefügt hat und welche Heuchelei die imperialistische "Neue Weltordnung" unter dem UN-Sicherheitsrat ist?

Die "antirassistische" Solidaritätsbewegung steht in engem Zusammenhang mit der Frage von Illegalität. Als illegal gilt es, die rassistischen Gesetze zu verurteilen, die sich gegen das Menschenrecht auf Leben richten und zwar unter Anwendung einer sich immer hämischer entfaltenden Gewalt. Die illegale Praxis in Bezug auf die antirassistische Solidarität mit den Migrationsbewegungen und den MigrantInnen darf auf keinen Fall den Verzicht auf Legalität bedeuten. Ganz im Gegenteil: Die AntirassistInnen müssen auf dem Legalitätsanspruch ihrer Solidaritätshandlungen bestehen!

Necati Mert  
(Mitarbeiter bei der Zeitschrift DIE BRÜCKE)

## Das Anti-Rassismus-Informations-Centrum (ARIC) in Rotterdam

Die Zunahme rassistischer Einstellungen und Handlungen macht an der niederländischen Grenze nicht halt. Nach Angaben von Anti-Diskriminierungsbüros, lokalen Anlaufstellen für rassistische Gewalttaten in den Niederlanden, ist die Zahl rassistisch motivierter Gewalttaten im letzten Jahr weiter gestiegen. In der öffentlichen Meinung zeichnet sich eine Veränderung ab: Diskriminierende Äußerungen über EinwanderInnen nehmen ebenso zu wie die öffentliche Klage von PolitikerInnen über Kriminalität, Scheinheirat und Sozialmißbrauch unter den Flüchtlingen. Seit den Kommunalwahlen von 1990 sitzen die rechtsextremen Centrumsdemokraten nicht nur im niederländischen Parlament, sondern auch in vielen Gemeindevertretungen.

In den Niederlanden verschlechtern sich somit die Bedingungen für antirassistische und solidarische Arbeit: Die sprichwörtliche niederländische Toleranz und Liberalität erweist sich dabei nicht selten als Mythos, der den Blick auf den strukturellen Rassismus im eigenen Land erschwert. Trotzdem lohnt sich der Blick ins kleine Nachbarland, denn

neben den im Vergleich zur BRD nach wie vor wesentlich günstigeren rechtlichen und politischen Bedingungen, wie Kommunalwahlrecht für AusländerInnen und relativ leichte Erlangung der Staatsangehörigkeit, finden sich dort auch eine Reihe antirassistischer Organisationen, die über langjährige Erfahrungen und Professionalität verfügen. Im folgenden soll das ARIC (Anti-Rassismus-Informations-Centrum) in Rotterdam vorgestellt werden. Dies auch im Hinblick auf die bereits erfolgte oder geplante Gründung ähnlicher Projekte in Berlin und Nordrhein-Westfalen.

ARIC versteht sich als "praktische" Organisation. Das Angebot ist abgestimmt auf die Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung in der alltäglichen Umgebung: in der Schule, Jugendzentren, in der Nachbarschaft, beim Sport etc. Besonders die Schulung sogenannter Multiplikatoren wie Jugend- und SozialarbeiterInnen bekommt dabei in den letzten Jahren zunehmendes Gewicht. Der Schwerpunkt liegt auf der Vermittlung von Handlungsmöglichkeiten in

der täglichen Praxis - Erkennen von Prozessen, Umgang mit rassistischen Äußerungen und Initiierung von Projekten.

ARIC beherbergt eine der größten Bibliotheken in den Niederlanden auf dem Gebiet von (Anti-)Rassismus, (Anti-)Diskriminierung und der gesellschaftlichen Situation der ethnischen Minderheiten. Das Archiv umfaßt derzeit ungefähr 5500 Titel mit einem wachsenden Anteil an Publikationen in deutscher und englischer Sprache. Neben Büchern, Zeitschriften und Broschüren finden sich darunter auch Projektmaterialien, Videofilme und Ausstellungen. Alles kann eingesehen, studiert, ausgeliehen, kopiert oder auf Wunsch zugeschickt werden.

Seit seiner Gründung ist die Zahl der jährlich aus dem In- und Ausland eingehenden Informationsanfragen kontinuierlich gestiegen. Von den 1837 registrierten Anfragen im Jahr 1992 - eine Zunahme gegenüber dem Vorjahr von 50 Prozent - kamen ein Drittel aus dem Bildungsbereich: SchülerInnen, die Referate erstellen, StudentInnen auf der Suche nach Literatur oder LehrerInnen, die Projektmateri-

al für antirassistische Erziehung haben wollen. Andere große "Benutzergruppen" waren Antidiskriminierungsbüros (ADBs), (lokale) Behörden, Stadtteilorganisationen und Jugendzentren. Der Rest der Anfragen verteilte sich u.a. auf Medien, politische Parteien, kirchliche Einrichtungen, Gesundheitssektor. Etwa 80 Prozent der Anfragen kamen von außerhalb der Region Rotterdam, sechs Prozent aus dem Ausland (v.a. Belgien und Deutschland). Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit von ARIC ist die Herausgabe und der Vertrieb antirassistischer Publikationen, Poster, Aufkleber usw.: Die Themen reichen von Sport und Diskriminierung, Rechtsextremismus in den Niederlanden

und der BRD bis hin zu Utopien von MigrantInnen.

Schließlich ist ARIC am Aufbau eines Informations- und Aufklärungsnetzwerkes mit über 40 Anti-Diskriminierungsbüros (ADBs) beteiligt. Ziel dieser Zusammenarbeit ist die Effektivierung antirassistischer Aufklärungsarbeit: Weiterreichende und spezialisierte Anfragen werden von den lokalen ADB's, die für die Vermittlung von eher allgemeinen Informationen zuständig sind, an ARIC weitergeleitet. Eine wichtige Grundlage der Vernetzung ist dabei das eigens für ARIC entwickelte Computerprogramm ARICbase, in dem der gesamte Bibliotheksbestand gespeichert und auf einfache Weise

## Anti-Racist-Alliance (ARA) in GB

Europa ist heute, wie zuletzt vor fünfzig Jahren, mit einer Welle von rassistischer Gewalt und dem Erstarken faschistischer Organisationen konfrontiert. In Großbritannien gab es im letzten Jahr mindestens acht rassistisch motivierte Morde und nach der Statistik des Innenministeriums allein 7793 rassistische Übergriffe. Davon wurden 3227 in London verübt. In ganz Europa werden die rassistischen Angriffe und das Anwachsen des Neofaschismus durch die zunehmend rassistische Politik der nationalen Regierungen noch unterstützt, erst kürzlich durch die rassistische Asyl- und Migrationspolitik, die vor allem in Großbritannien, Deutschland und Frankreich umgesetzt wurde.

Um Rassismus zu bekämpfen, ist eine möglichst vielfältige anti-rassistische Bewegung erforderlich, die auf nationaler Ebene organisiert ist und mit anderen Bewegungen auf dem Kontinent in Verbindung steht. Vor diesem Hintergrund wurde vor zwei Jahren ARA gegründet. Der Anti-Racist-Alliance ist es gelungen, eine breitgefächerte Opposition gegen Rassismus auf die Beine zu stellen, und sie ist jetzt die wichtigste Allianz gegen rassistische Umtriebe, die es je in Großbritannien gegeben hat. ARA wird inzwischen von 30 nationalen Gewerkschaften, der Labour Party, der National Union of Students, von mehr als 80 Mitgliedern des Parlaments und britischen Abgeordneten des europäischen Parlaments ebenso unterstützt, wie von vielen schwarzen und jüdischen Gruppierungen. Der hohe Unterstützungsgrad für das Anliegen von ARA läßt sich an den 50.000 Teilnehmern ablesen, die beim zweiten ARA Festival "Speak Out Against Racism" im August dieses Jahres dabei waren.

Das Selbstverständnis von ARA basiert auf dem Grundsatz, daß die Opfer des Rassismus und diejenigen, die heutzutage den Angriffen der Faschisten an vorderster Front ausgeliefert

sind, die Hauptrolle in der antirassistischen Bewegung spielen sollten. Aus diesem Grund haben schwarze Organisationen die Initiative ergriffen und ARA gegründet. Unterstützt wurden sie von anderen linken Antirassisten. Voraussetzung für diesen Schritt der schwarzen Organisationen war die breite Unterstützung und der Erfolg im Kampf um schwarze Selbstorganisation innerhalb der Arbeiterbewegung, wie dies bei der Bildung der TUC Black Workers Conference und der Labour Party Black Socialist Society der Fall war. Dadurch wurde die Arbeiterbewegung gezwungen, sich grundsätzlich mit den Ursachen von Rassismus zu beschäftigen. Schwerpunkte der aktuellen Arbeit liegen in:

- ▶ der Unterstützung und Verteidigung der Opfer rassistischer Gewalt,
- ▶ der Kampagne für die Schließung des "Nazi-Bunkers" der "British National Party" in Welling im südlichen London, in dessen Nähe in den letzten zwei Jahren vier junge Schwarze von Rassisten ermordet wurden,
- ▶ der publizistischen Arbeit gegen die Nazi-Apologeten, die behaupten, der Holocaust habe niemals stattgefunden,
- ▶ der Lobby-Arbeit für die Einführung des "Racial Harassment Bill" eines Gesetzesvorschlags, der rassistische Diskriminierung in Großbritannien unter Strafe stellen soll,
- ▶ Veranstaltungen mit kommunalen Gruppen und in Schulen, Betrieben und Volkshochschulen.

Die ARA hat eine Jugendsektion, eine Lesben- und Schwulensektion, eine Gewerkschaftssektion, Lehrersektion und andere selbstorganisierte Gruppen und arbeitet mit Initiativen in Europa zusammen, um den Rassismus und die extreme Rechte zurückzudrängen.

Kontakt: ARA Anti-Racist Alliance, PO Box 150 London WC 1X 9AT Tel. 071-2786869, Fax. 071-2786886

auch für Laien zugänglich ist. Mit finanzieller staatlicher Hilfe wurde ARICbase mittlerweile von den am Netzwerk beteiligten Organisationen angeschafft und erleichtert so die Informationssuche vor Ort.

Sigrun Scheve

ARIC  
Grotekerklein 5  
NL-3011 GC Rotterdam

Tel.: 0031/10/4113911  
Fax: 0031/10/4128433



Beilage internationalistischer Zeitschriften, Nr. 10, Auflage: 40.000

Herausgeber: Argentinien-Nachrichten, blätter des iz3w, Bolivien, Brasilien-Nachrichten, Brennpunkt Dritte Welt, Die Brücke, Cuba Libre, Dritte Welt, epd-Entwicklungspolitik, EPK, Forum, Ika, Ila, INKOTA-Brief, Korea-Forum, Lateinamerika Anders, Lateinamerika-Nachrichten, Philippinen-FORUM, Relaciones, Brasilien-, Guatemala-, Kolumbien-, Mosambik- Nicaragua-Rundbrief, Coordination gegen BAYER-Gefahren STICHWORT, südostasien informationen, Trialog, WERRKEN  
Redaktion: blätter des iz3w, Postfach 5328, D-79020 Freiburg, Tel. 0761-74 003, Fax. 0761-70 98 66  
Layout: Andreas Wenzel  
V.i.S.d.P.: Georg Lutz  
Druck: Druckerei Dieter Weber, Freiburg



## Flüchtlinge sprechen für sich selbst

Am 3./4. September 1993 hat in Göttingen die erste landesweite Konferenz von Flüchtlingen für Flüchtlinge stattgefunden. Unter dem Motto "Flucht ist kein Entkommen" trafen sich aus allen Teilen Niedersachsens über 100 nach Deutschland geflüchtete Personen aus beinahe 40 Herkunftsländern, um über ihr Leben und über Möglichkeiten der Verbesserung ihrer Situation hier in der BRD zu diskutieren.

Organisiert wurde die Konferenz, an der nur Flüchtlinge teilnahmen, vom Institut für angewandte Kulturforschung e.V. (IfaK) und der Arbeitsgemeinschaft Kommunale Ausländervertretungen Niedersachsen. Es wurde angestrebt die bisherige Diskussionsstruktur in der Flüchtlingsthematik aufzubrechen, indem Flüchtlingen der nötige Freiraum gegeben wird, eigene Diskussionszusammenhänge zu bilden. Aus diesem Grund wurde eine strikte Trennung zwischen organisatorischer und inhaltlicher Arbeit vereinbart. Dies bedeutete, daß Flüchtlinge in mehreren Treffen vorher die Inhalte der Konferenz bestimmten, während die Initiatoren sich auf die reine Organisationsarbeit beschränkten. Diese Vorgehensweise erwies sich als ausgesprochen realistisches Konzept für eine Zusammenarbeit in diesem politisch wie sozial sensiblen Bereich.

Schwerpunkthemen der Konferenzdiskussion waren:

- Individuelle Selbstgestaltung des Lebens/Alltags in der BRD
  - Das Bild der Flüchtlinge/AusländerInnen im Bewußtsein der deutschen Öffentlichkeit
  - Zusammenarbeit mit "Deutschen" - Gleichberechtigte Partnerschaft?
  - Weibliche Lebenszusammenhänge im Exilland - Workshop für Frauen
  - Selbstorganisation von Flüchtlingen/AusländerInnen - Möglichkeit der Utopie?
- Insbesondere zur Verbesserung ihrer Alltagssituation formulierten die TeilnehmerInnen

eine Reihe von Forderungen und Vorschlägen, die im Folgenden als vorläufiges Ergebnis der Konferenz in zusammengefaßter Form wiedergegeben werden.

Die psychische, soziale und gesellschaftliche Situation in der BRD verhindert die individuelle Selbstgestaltung des Alltags von Flüchtlingen. Eine Änderung dieser Situation kann durch ein Antidiskriminierungsgesetz in Ansätzen eingeleitet werden. Alle TeilnehmerInnen waren sich jedoch einig, daß eine Änderung ihrer Situation nur durch ihre Selbstinitiative und Selbstorganisation erreichbar sei.

Der bisherigen, nicht den Realitäten entsprechenden Berichterstattung über Flüchtlinge und Fluchtursachen kann nur durch eigene Medienarbeit entgegengetreten werden. In den Medien gibt es aber bisher keinen Raum für Flüchtlinge, um ihre Sicht der "Dinge" darstellen zu können. Dieser Raum wird für die Zukunft als Selbstverständlichkeit eingefordert.

Aufgrund ihrer Erfahrungen stellten die KonferenzteilnehmerInnen fest, daß es bisher noch keine gleichberechtigte Zusammenarbeit mit Deutschen gibt. Flüchtlinge werden als "Hilfsbedürftige", als zu "betreuende Masse" behandelt, die Bestimmenden sind die Deutschen. Die Überheblichkeit der Deutschen, "über" und "für" andere zu reden, muß einem "mit"-einander-reden weichen. So wurde z.B. festgestellt, daß die Leistungen von Flüchtlingsfrauen von deutscher Seite aus dem "Gestus des Besserseins und Besserwissens" heraus nicht wahrgenommen werden.

Die Frauen waren sich darin einig, daß sie sich zusammenschließen müssen, um der wohlwollenden, jedoch z.T. entmündigenden Problemdefinition durch Institutionen und deutsche SozialarbeiterInnen eine eigene Bedarfsformulierung entgegenzusetzen zu können. So können sie eine soziale Identität entwickeln. Darüber hinaus sollen deutsche Frauen endlich die Qualifikationen und Fertigkeiten von Flüchtlingsfrauen respektieren

und auch bereit sein, von ihnen zu lernen. Warum gibt es z.B. keine Kurse von Flüchtlingen für Deutsche?

Schließlich bedarf es zur Einrichtung selbstorganisierter Frauengruppen besserer Finanzierungsmöglichkeiten, denn wo die Rahmenbedingungen nicht geschaffen sind, können sich kaum emanzipatorische Bewegungen entfalten. Einen ersten Schritt zur Selbstorganisation von Flüchtlingsfrauen sehen die TeilnehmerInnen in der Konferenz selber. Weitere Treffen sind geplant.

Konsens bei allen KonferenzteilnehmerInnen war, daß es notwendig und wichtig ist, eine Dachorganisation von lokalen Selbstorganisationen der Flüchtlinge zu bilden. Die positiven Erfahrungen in den Niederlanden haben die KonferenzteilnehmerInnen davon überzeugt, daß eine Dachorganisation nur auf der Grundlage eines Minimalkonsenses, der sich ausschließlich auf die Belange und Interessen der in der BRD lebenden Flüchtlinge konzentriert, funktionieren kann. Bereits bestehende wichtige Institutionen wie der Niedersächsische Flüchtlingsrat oder die kommunalen Ausländerbeiräte können die Aufgabe eines selbstorganisierten Dachverbandes nicht erfüllen. Zum einen haben Flüchtlinge besondere Probleme, die nicht mit denen anderer AusländerInnengruppen vergleichbar sind, zum anderen sitzen im Niedersächsischen Flüchtlingsrat überwiegend Deutsche.

Die nächsten Schritte in Richtung einer Selbstorganisation umfassen eine Diskussion dieser Anregungen in bestehenden Flüchtlingsorganisationen, die oft an einzelnen Herkunftsländern und politischen oder religiösen Überzeugungen orientiert sind und die Auseinandersetzung mit möglichen Modellen bzw. den hier existierenden Rahmenbedingungen.

Zusammengestellt von Anwar Hadeed, Holger Martens, Roland Drubig  
Kontakt: Institut für angewandte Kulturforschung e.V., Nicolaistr. 15, 37073 Göttingen, Tel. 0551/487141, FAX 0551/487143



# Un paso adelante

Beilage zur Ila Nr. 169 (Oktober 93)

## CPR: Dos Pasos Adelante

### Audienz beim Präsidenten

Am 5. September machten sich sechshundert BewohnerInnen der Widerstandsdörfer CPR-Sierra und CPR-Ixcán auf den Weg in die guatemaltekeische Hauptstadt, um ihrer Hauptforderung, die Anerkennung der Zivilbevölkerung Nachdruck zu verleihen. VertreterInnen dieser eindrucksvollen Demonstration wurden am 8. September zu einer Audienz bei Präsident Ramiro de la Cruz vorgelassen, der damit die dritte Reihe von Absagen der Präsidenten an die CPR-BewohnerInnen durchbrochen hat. Die Delegation überreichte dem Präsidenten einen Dialogvorschlag, in dem sie ihre Bedingungen für einen Dialog und zweitens die inhaltlichen Aspekte des Dialogs genannt werden. Laut Forderung der CPR sollen die Verhandlungen „ziviler Natur“ sein, d.h. sie wollen mit dem Präsidenten und der staatlichen Behörde RückkehrerInnen und Interne Vertriebene (CEAR) verhandeln, jedoch ohne das Militär. Das zur Zeit noch durch das Verteidigungsministerium in CEAR vertreten ist. Außerdem fordern sie, daß CEAR mit zivilen Institutionen ausgestattet wird. Desweiteren muß die Regierung der Verhandlungsdelegation der CPR alle Sicher-

heitsgarantien geben und ihren Verhandlungswillen dadurch deutlich machen, daß sie unverzüglich die Einstellung sämtlicher militärischer Aktion gegen die CPR und deren Beschuldigung als „Subversive“ anordnet.

De León scheint diese Bedingungen akzeptiert zu haben, denn der Beginn der Verhandlungen wurde für den 28. September angesetzt. Als Thema der Verhandlungen, die unter Vermittlung vom Monseñor Ramazzini stattfinden sollen, schlagen die CPR vor:

1. Anerkennung der CPR als Zivilbevölkerung
2. Garantie aller Rechte: Menschenrechte, Bürgerrechte und Verfassungsrechte
3. Landfrage
4. Verhalten der Armee und der PAC gegenüber den CPR
5. Sicherheitsgarantien im Rahmen der internationalen Menschenrechte, die in Gebieten mit internen bewaffneten Konflikten gelten
6. Pastorale Betreuung und humanitäre Hilfe für die CPR und Schutz für die damit beauftragten Personen
7. Mechanismen der Verifizierung des Abkommens

Die Delegation gab auf einer Pressekonferenz nach dem Treffen mit dem Präsidenten bekannt, daß dieser offensichtlich vom Militär unter Druck gesetzt werde, die CPR nicht als Zivilbevölkerung anzuerkennen. Hingegen ließ CEAR, in deren Mandat es eindeutig fällt, die CPR in ihrem Anliegen zu unterstützen, durchscheinen, daß sie bereit sei, diese Aufgabe wahrzunehmen. Aus höchsten Militärkreisen wurde aber auch laut, daß man die CPR weiterhin als wesentlichen Bestandteil des bewaffneten Widerstands betrachte, und somit deren Bekämpfung zusammen mit der Stärkung

der Zivilpatrouillen die wesentlichen Punkte des militärischen Aufstandsbekämpfungsprogramms darstellten.

### Öffnung nach oben

Von ähnlich historischer Bedeutung wie die Audienz beim Präsidenten ist in der Geschichte der CPR die Generalversammlung der CPR-Ixcán, die vom 9.-11. August stattfand. Sieben Gemeinden im Widerstand legten dort vor nationalen und internationalen BeobachterInnen fest, welche Schritte sie unternehmen werden, um den Prozeß der Anerkennung als Zivilbevölkerung und der damit zusammenhängenden freien Ausübung der Bürgerrechte voranzutreiben. Zentrale Bedeutung hat dabei der Plan, sogenannte „temporäre Ansiedlungen“ zu bilden. Nach mehr als zehn Jahren „Wanderleben“ im Schutz des Dschungels, wollen die BewohnerInnen der CPR nun offene Ansiedlungen in der Nähe ihrer bisherigen Zufluchtsorte aufbauen. Sie wollen auf offenen Flächen fünf Dörfer gründen, die auch von oben einsehbar sind, und auf klar erkennbaren Feldern Landwirtschaft betreiben. In diesen Ansiedlungen werden sie weder die Präsenz von Militärangehörigen noch von Zivilpatrouillen dulden.

Diese Pläne bedeuten für die CPR einen weiteren wichtigen Schritt in Richtung auf ein Leben als anerkannte Zivilbevölkerung. Damit er gelingen kann, muß gewährleistet sein, daß er durch nationale und internationale Begleitung unterstützt wird, daß das eigene Sicherheits- und Selbstverteidigungssystem aufrechterhalten und der Zugang zu ökonomischen Ressourcen ermöglicht wird, um die notwendige Infrastruktur und Sicherstellung der Grundbedürfnisse zu garantieren.

(ban)

**EPK**  
ENTWICKLUNGSPOLITISCHE  
KORRESPONDENZ

Guatemala  
Rundbrief

KOREAFORUM

brennpunkt  
drehwerk

DRITTE

SEITE IV

**IFORUM**  
entwicklungspolitischer  
Aktionsgruppen

Guatemala  
Rundbrief

KOREAFORUM

brennpunkt  
drehwerk

DRITTE

SEITE IV

**BRASILIAN NACHRICHTEN**  
**DIE BRÜCKE**  
Argentinien  
Nachrichten  
Kolumbien  
Rundbrief

**ila**  
DER INKOTA-BRIEF  
RELACIONES  
südostasien  
informationen

**LIBRE**  
Rundbrief

**REPORT**  
BRASILIAN NACHRICHTEN  
Mosambik  
Rundbrief

**Entwicklungs-  
POLITIK**

**Entwicklungs-  
POLITIK**

**LATEINAMERIKA  
NACHRICHTEN**

**STICHWORT**  
BAYER

**NICARAGUA**  
Rundbrief

**REPORT**  
BRASILIAN NACHRICHTEN  
Mosambik  
Rundbrief

**Entwicklungs-  
POLITIK**

**Entwicklungs-  
POLITIK**



# Der lange Kampf um Land und Entmilitarisierung

Neues vom Rückkehrprozeß und der bundesdeutschen Entwicklungshilfe

"Niemand weiß alles, aber alle wissen wir ein bißchen!" Die Frauen von Mama Maquin im Rück siedlungsdorf Victoria 20 de Enero organisieren sich ihre Alphabetisierung selbst. Neunzehn Frauen haben sich Mitte August zu einem Seminar getroffen, um sich die grundlegenden didaktischen Kenntnisse anzueignen, die sie als zukünftige Lehrerinnen benötigen. Eine von vielen positiven Entwicklungen in der neu entstandenen Gemeinde: Die sechsgliedrige Grundschule wird inzwischen von über 700 Kindern besucht, das Gemeinschaftsleben funktioniert bestens ohne militärische oder polizeiliche Überwachung, und auch der von den RückkehrerInnen seit langem eingeforderte Bau der Straße von Cari nach Santa Clara ist endlich abgeschlossen. Die RückkehrerInnen haben aber auch tagtäglich mit negativen Erlebnissen zu kämpfen. Dazu gehört zum Beispiel, daß sie bis heute von den Militärs als MinenlegerInnen und Marihuana-PflanzerInnen denunziert werden, daß die Qualität der von CEAR gelieferten Lebensmittel oft so schlecht ist, daß die Rückgekehrten sie nicht verwenden können und viele deshalb unterernährt sind, und daß die Verteilung von Landparzellen an die Familien noch lange nicht abgeschlossen werden kann, weil die Vernichtung der umliegenden Marihuana-Felder nur schleppend vor sich geht.

## Der Kampf um Land, ...

Die Kraft, mit der die RückkehrerInnen die stetige Entwicklung ihrer neuen Lebensgemeinschaft vorantreiben, ist beeindruckend. Damals vor knapp neun Monaten, als sie die Lager in Mexiko verließen, war nicht abzusehen, daß sie auf so lange Zeit die einzigen RückkehrerInnen bleiben würden. Die Gründe für das Stocken des Rückkehrprozesses sind vielschichtig. Abgesehen vom Selbstputsch des Präsidenten im Mai, der nicht nur den Rückkehrprozeß ins Stocken brachte, liegt ein simpler Grund für die Verzögerung in der jahrhun-

dertelange gültigen Tatsache, daß in Guatemala Land nicht einfach so zur Verfügung gestellt wird.

Im Frühjahr wurde die Arbeitsverteilung innerhalb der VertreterInnen der Flüchtlinge (CCPP) neu strukturiert. Entsprechend der drei Hauptrückkehrgebiete (Petén, Alta und Baja Verapaz; Quiché, Huehuetenango; Boca Costa und Costa Sur) werden nun die Rückkehrpläne für jede Region gesondert ausgearbeitet. Anders als beim ersten Retorno sind für die weiteren keine sog. "asentamientos temporales" (zeitlich begrenzte Ansiedlungen) mehr vorgesehen, sondern die RückkehrerInnen sollen sofort auf das Land ziehen können, auf dem sie langfristig leben werden.

So gab es Anfang August eine Landdelegation der CCPP des Nordsektors in den Petén, an der auch VertreterInnen des Flüchtlingshochkommissariats (UNHCR), der Bischof vom Petén und internationale BegleiterInnen (auch von CAREA) teilnahmen. Zwei Fincas wurden dort besichtigt, die als möglicher Wiederansiedlungsort von ca. 500 Familien in Frage kommen. Kaufbedingungen und Bodenqualität des Landes werden als relativ günstig eingeschätzt, problematisch ist die außerordentlich schlechte Infrastruktur der Region und eine massive Militärpräsenz.

Auch für die Gruppe von Flüchtlingen, die nach Nentón in der Provinz Huehuetenango zurückkehren wollen, wird die Rückkehr, die eigentlich schon im Januar zusammen mit der ersten Rückkehrgruppe hätte stattfinden müssen, wieder greifbarer. Nach äußerst langwierigen Verhandlungen mit den Besitzern der Finca Chaculá über den Kaufpreis war es Ende Juli letztendlich nur mit nationalem und internationalem Druck gelungen, von FORELAP (staatlicher Fonds zur Wiedereingliederung ins Arbeits- und Produktionsleben) den für den Kauf notwendigen Kredit zu erhalten.

In nahe Zukunft gerückt ist auch die Rückkehr in die Kooperative Ixcán Grande, die Ende der 60er Jahre gegründet wurde. Die BäuerInnen aus dem Hochland fanden damals im Ixcán außerordentlich fruchtba-

res Land vor, das zur Ernährung aller leistungsfähig war. Anfang der 80er Jahre wurde auch sie Opfer der "Politik der Verbrannten Erde". Viele von ihnen wurden umgebracht, die meisten flohen nach Mexiko, einige von ihnen versteckten sich im Wald, wo sie bis heute als "Gemeinden des Widerstand" (CPR) leben. Am 23. August trafen sich 488 Kooperativenmitglieder, die in den Lagern in Mexiko, den CPR und aus Victoria zu einer großen Versammlung in Cantabal (Quiché), um der Kooperative eine neue Struktur zu geben und einen neuen Vorstand zu wählen.

Im Süden sind die Kaufverhandlungen mit dem Besitzer der Finca "La Cabana" weitgehend abgeschlossen, so daß FORELAP nun die Kreditvergabebedingungen ausgehandelt werden können. So wird es zu einem baldigen Ergebnis kommen, würden damit die ersten nicht in Lager lebenden Flüchtlinge zurückkehren, vom UNHCR nicht anerkannt und in AGUA (Vereinigung der verstreut lebenden Flüchtlinge) organisiert sind.

Der Prozeß der Rückkehr ist unaufhaltsam geworden, doch er ist langwierig und mühsam, und er strapaziert die Geduld der Wartenden. Nicht nur die psychischen Belastungen der Flüchtlinge, sondern vielen Fällen auch die durch die Verunsicherung entstandene prekäre Nahrungssituation machen das Warten auf die Rückkehr unerträglich. Die starken Regenfälle im Juni auf der Yucatanhalbinsel haben überhinaus dazu geführt, daß in Campeche und Quintana Roo große Teile der Ernte vernichtet wurden.

## der Kampf um Entmilitarisierung ...

Mit der Ernennung eines neuen CEAR Direktors (staatliche Behörde für die Rückkehrenden und intern Vertriebenen) in Guatemala keimte zunächst neue Hoffnung. In einem Interview erklärte der seit Mitte August amtierende José Rodríguez Wever, daß sein Ziel sei, alles zu tun, damit der Rückkehrprozeß vereinfacht werde, und daß sich das Verhältnis der CCPP zu CEAR schon merklich verbessert habe. Tatsächlich ist ein Bemühen der Regierung sichtbar, die bislang starren Strukturen des CEAR zu verändern. Wie von den CCPP aber auch von der Vermittlungsinstanz und der internationalen Gruppe für Unterstützung der Rückkehr (GRICAR) gewünscht, untersteht CEAR nun nicht mehr dem Vizepräsidenten, sondern ist dem Präsidenten zugeordnet, welcher dem neuen CEAR-Direktor seine größtmögliche Unterstützung verspricht. CEAR hat eine verbesserte Handlungsvollmacht, die sie kann schneller und ohne lange bürokratische Wege Entscheidungen treffen.

Der Forderung der betroffenen Volkstextoren, daß sich das Verteidigungsmini-

ster aus CEAR zurückziehen soll, wurde bislang noch nicht entsprochen. Ein freiwilliger Verzicht des neuen Verteidigungsministers ist auch nicht zu erwarten, denn vor kurzem gab Mario Enriquez (sicher zum Erstaunen der in La Victoria lebenden Bevölkerung) bekannt, daß das "Heer den Zurückgekehrten Schutz und Hilfe biete". Wenn einige der Flüchtlinge bei ihrer Rückkehr keine militärische Präsenz wollten, so sei das lediglich eine Frage der Ideologie. Und folgerichtig versicherte auch CEAR-Direktor Rodríguez einem Vertreter von La Victoria, daß beim Brückenbau nunmal nur die Ingenieure der Militärs die dafür notwendige Kompetenz besäßen. Der "Plan für Sicherheit und Entwicklung" läßt grüßen...

Trotz der Säuberungsversuche im Kongreß und im Obersten Gerichtshof verstärkt sich der Eindruck, daß sich der ehemalige Menschenrechtsprokurator als Präsident bislang auf Aktionen beschränkt, die nur scheinbar auf eine Neugestaltung der guatemalteckischen Gesellschaft hinzielen. Gleichzeitig melden BewohnerInnen von La Victoria, daß sie sich von massiven Truppenaufmärschen rund um den Rückkehrort bedroht fühlen. Noch immer werden Flüchtlinge und Rückgekehrte in der Öffentlichkeit als Guerilleros denunziert, um gezielt die Kontaktaufnahme und Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden zu verhindern. Noch immer erhalten Personen bzw. deren Angehörige, die aktiv im Rückkehrprozeß mitarbeiten, Todesdrohungen, wie z.B. die Familie von Oswaldo Enriquez, einem Mitglied der Instancia Mediadora.

## Briefaktion

An das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit

An das Auswärtige Amt

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wie ich erfahren habe, sind noch vor Ende des Jahres - erstmals nach drei Jahren - Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Guatemala über die Neuaufnahme von Entwicklungshilfe geplant.

Seit dem Selbstputsch des damaligen Präsidenten Jorge Serrano im Mai 1993 verfolge ich mit erhöhter Aufmerksamkeit die politische Entwicklung des Landes Guatemala, zumal national und international große Hoffnungen auf den ehemaligen Menschenrechtsprokurator und jetzigen Präsidenten Ramiro de León Carpio gesetzt wurden. Leider stellt sich immer mehr

Besonders die Zivilpatrouillen (PAC) fallen zur Zeit durch ihre ungehinderten Willküraktionen auf. Nachdem am 3. August Zivilpatrouillen am Ende einer Demonstration in Colotenango (Huehuetenango) das Feuer gegen einige TeilnehmerInnen eröffneten und dabei einen Toten und drei Verletzte zurückließen, reagierte Präsident de León mit Bedauern, aber betonte gleichzeitig, daß man derzeit nicht auf die Zivilpatrouillen verzichten könne (s. Bericht im Guatemala-Info 3/93). Dies muß wie eine Ermütigung auf andere Zivilpatrouillen gewirkt haben, von denen einige Ende August - nur wenige Kilometer von Colotenango entfernt - ein Mitglied der CCPP gefangennahmen, das an einer Delegationsreise im Rahmen des Abkommens vom 8. Oktober teilnahm.

## ... und die „gutgemeinte“ Entwicklungshilfe

Die sofortige Auflösung der Zivilpatrouillen ist seit langem eine zentrale Forderung von vielen Sektoren der guatemalteckischen Gesellschaft. Auch Ramiro de León griff als Menschenrechtsprokurator diese Forderung auf, ebenso wie der damalige UN-Beobachter Tomuschat. Anlässlich der jüngsten Ereignisse wurde sie vom erzbischöflichen Menschenrechtsbüro wiederholt. Bei der Diskussion um ein Referendum zur Auflösung bzw. Säuberung des Kongresses werden von der Volksbewegung weitere Themen eingebracht, die per Plebiszit entschieden werden sollen. So fordern die CCPP in ihrer jüngsten Erklärung, daß das

Plebiszit die Rolle der Armee, das Ende der Zwangsrekrutierungen und die Auflösung der Zivilpatrouillen miteinschließen soll.

In Anbetracht der oben beschriebenen Vorfälle ist für den weiteren Rückkehrprozeß die Entmilitarisierung der guatemalteckischen Gesellschaft unabdingbar; "gutgemeinte" staatliche Entwicklungshilfe als Vertrauensvorschuß für den ehemaligen Menschenrechtsprokurator verschwindet in falschen Kanälen, solange die Gesellschaft von militärischen Strukturen dominiert wird. Diese bittere Erfahrung mußte das guatemalteckische Volk schon einmal machen, als das Ausland 1986 mit fragwürdigen bis letztendlich tötbringenden Entwicklungshilfeprojekten auf den ersten zivilen Präsidenten Vinicio Cerezo reagierte. Als Beispiel sei die von der Bundesregierung gewährte Polizeihilfe genannt.

Trotz damaliger massiver Proteste aus dem In- und Ausland droht die Geschichte sich nun zu wiederholen: Bilaterale Vorbereitungen für eine Neuaufnahme von Entwicklungshilfeprojekten in Guatemala - zum ersten Mal seit drei Jahren - sind bereits in vollem Gange und sollen noch vor Ende des Jahres abgesegnet werden.

Wir bitten deshalb dringend darum, umgehend den Verantwortlichen im Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und im Auswärtigen Amt Ihre diesbezüglichen schwerwiegenden Bedenken auszudrücken. Einen Textvorschlag finden Sie im Anschluß.

(ans)

rechtfertigen würde.

Ich bitte Sie deshalb dringend darum, die folgenschweren Fehler von 1986 (als sich der damals an die Regierung Cerezo vergebene Vertrauensvorschuß später als völlig ungerechtfertigt erwies) nicht zu wiederholen.

Mit freundlichen Grüßen

Bitte senden Sie Briefe diesen oder ähnlichen Inhalts an das

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ)  
Referat 135  
Karl-Marx-Str. 4-6  
53113 Bonn

und an das  
Auswärtige Amt  
Adenauerallee 99-103  
53113 Bonn

mit Kopie an die Infostelle Guatemala.



## „Wir wollen eine gemeinsame Lösung für das Landproblem finden“

Zwei bundesdeutsche JournalistInnen, die seit einem Jahr intensiv den Rückkehrprozeß verfolgen, haben im Sommer das erste Rücksiedlungsdorf Victoria 20 de Enero besucht und dabei mit Romelia (Koordinatorin und Mitglied der Flüchtlings-Frauenorganisation Mama Maquin) über die Entwicklung der dörflichen Strukturen und politischen Ziele gesprochen. Aus diesem Gespräch bringen wir im folgenden einige Auszüge.

Könntest du vielleicht ein bißchen über den Aufbau und die Struktur in La Victoria erzählen, wie gearbeitet wird und wie die Situation nach fünf Monaten ist? Wie sieht das Leben hier aus?

Seit der ersten großen Versammlung besteht das Comité de desarrollo comunitario (Komitee für die Gemeindeentwicklung). Derzeit setzt sich das Komitee aus 15 Mitgliedern zusammen. Wir sind VertreterInnen verschiedener Bereiche der Gemeinde La Victoria: von Mama Maquin, von den Comisiones Permanentes, von der Jugend, ErziehungspromotorInnen, GesundheitspromotorInnen, von der ACG (Christliche Aktion Guatemalas) und aus einigen anderen Sektoren.

Wir haben angefangen, ein Gesamtprogramm zu erarbeiten, das mit der Erfassung aller Bedürfnisse seine Arbeit begonnen hat: Wohnen, Nahrung, Gesundheit, Erziehung, Gemeinschaftsräume, etc.. Wir planen Projekte und unterstützen gemeinsame Arbeiten, die zu einer besseren Entwicklung der Gemeinde beitragen, um Arbeitsmöglichkeiten für Frauen und Männer zu schaffen. Oder wir fördern Projekte wirtschaftlicher Entwicklung, z.B. Hühnerzucht, Mast, Bruthennen, Schweine, Fisch- und Bienenzucht. Wir haben auch an Werkstätten gedacht, in denen Frauen, Männer und Jugendliche ihre Fähigkeiten entwickeln können, nicht nur aus persönlichem Interesse, sondern auch zum Gemeinwohl. Es wird einige LehrerInnen geben, die die InteressentInnen einarbeiten sollen. Auch sollen die Frauen in größerem Umfang an der Arbeit in der Gemeinschaft teilnehmen. Kindergärten sollen errichtet werden, damit mehr Frauen ihre Arbeit der Gemeinde widmen können.

Wichtigster Punkt jedoch ist im Moment, die Bedürfnisse für die Zukunft zu erfassen, um das Gesamtprogramm zu entwickeln, das sich auf zwei Jahre erstrecken soll.

Zuerst geht es um die Nahrung. Sie reicht nicht für alle Familien aus. Wir haben verschiedene Organisationen um Unterstützung gebeten, aber nicht alle

haben sich engagiert und zum Beispiel beim Kauf von Saatgut für den Gemüseanbau geholfen.

Die Aufgabe des Komitees besteht darin, alle Bedürfnisse der Gemeinde wahrzunehmen, sämtliche Sektoren zu berücksichtigen. Alle Projekte sollen über das Komitee laufen, damit wir dafür bürgen können. Wenn ein Sektor einen Antrag für irgend ein Projekt an bestimmte Organisationen stellt, ist es ohne Zustimmung und Stempel des Comité de desarrollo comunitario ungültig.

Einige Organisationen kennen schon den Aufbau der Gemeinde. Sie kommen und fragen nach einer Bürgerschaft des Komitees. Wir geben den jeweiligen Sektoren Hilfen, wie eine Arbeit mit diesen Institutionen aussehen muß. Das ist die Hauptaufgabe des Komitees.

Könntest du etwas mehr über die Beziehungen zu den Nachbargemeinden einerseits und den CPR andererseits erzählen? Wie sehen diese Beziehungen praktisch aus?

Wir wollen eine Zusammenarbeit mit den Nachbardörfern und Gemeinden, damit diese an unserem Aufbau teilhaben können, zumindest jedoch versuchen wir, die Landfrage gemeinsam zu klären, da es einfach alle angeht. Die meisten Gemeinden besitzen kein Land. Wir wollen Beziehungen zu ihnen aufbauen, damit wir in Zukunft den Kampf für Land gemeinsam führen können.

Im Juli haben wir acht Nachbargemeinden besucht. Andere konnten wir aus Sicherheitsgründen noch nicht besuchen. Zwei Delegationen wurden gebildet mit VertreterInnen verschiedener Sektoren. Eine ging in Richtung Xalbal und die andere nach Atlántida auf der anderen Seite des Flusses (Rio Xalbal). Wir erklärten ihnen, warum wir geflohen sind, denn es besteht in den Gemeinden eine große Unwissenheit über die Gründe unserer Flucht. Einige Gemeinden zeigten viel Verständnis für die Lage der Flüchtlinge, in anderen war es schwieriger, wegen des starken Einflusses des Militärs, das viel dazu beigetragen hat, daß sie anders denken.

Es soll nicht nur bei diesen wenigen Besuchen bleiben. Wir wollen Beziehungen aufbauen. Sei es, daß Delegationen von uns zu diesen Gemeinden gehen, oder ihre zu uns kommen. Wir wollen eine gemeinsame Lösung der Probleme finden.

Mit den CPR hat es schon gemeinsame Veranstaltungen gegeben. Wir besuchen uns regelmäßig gegenseitig. Wenn hier irgendwas stattfindet, kommen die CPR-Leute. Wir tauschen Erfahrungen aus. Wir wissen, daß diese Menschen die Unterstützung der anderen Gemeinden brauchen. Unsere Gemeinde ist gerne dazu bereit, den CPR zu helfen. Wir nehmen ihnen Produkte ab, die sie nicht brauchen, tauschen Material und dringende Sachen aus, wir brauchen auch vieles, oder sie

verkaufen ihre Produkte über uns ganz woandershin.

Ich habe gehört, daß bei den Besuchen der Nachbargemeinden das Militär sucht hat, die Delegationen von euch behindern. Weißt du etwas darüber?

Die Besuche werden durch Briefe angekündigt. Einige waren mit den Besuchen einverstanden, wir haben Delegationen hingeschickt. Einige Mitglieder der besuchten Gemeinden kamen später nach Victoria und erzählten, daß nach dem Treffen das Militär gekommen sei und die Gemeinde einschüchtern wollte. Man sah die Forderungen und Lebensweise der RückkehrerInnen nicht akzeptieren. Sie hielten, wir akzeptieren keine Autorität des Landes, unsere Ideen seien von Guerilla, wir würden ihnen das Land wegnehmen, usw.. Sie drohten einige Gemeinden, die Repression der acht Jahre wieder zu beginnen. Das Militär versucht, unseren Kontakt mit den anderen Gemeinden zu verhindern.

Und was denkst du allgemein, spielsweise über die Einschüchterung des Militärs hier oder nahe der Grenze über die nächtlichen Hubschrauberflüge- und Angriffe?

In Wirklichkeit verursacht die Nähe des Militärs auf unseren Wegen zu den Feldern oder im Wald große Angst. Erst natürlich die nächtlichen Hubschrauberflüge gegen die CPR. Denn wenn das Militär will, kann es zu jeder Zeit große Zerstörung anrichten. Aber wir vertrauen darauf, daß sie es nicht machen, besonders natürlich wegen der internationalen BegleiterInnen. Das erschwert es dem Militär, gegen uns etwas zu unternehmen. Was uns wohl beunruhigt, ist eine ständige Militärpräsenz in der Nähe, die angeht, um die Marihuana-Felder zu zerstören. Wir wissen natürlich, daß sie andere Aktionen durchführen, uns bedrohen. Und wir wollen erst recht nicht, daß unsere Forderung, die Marihuana-Felder zu zerstören, damit wir Land bekommen, zu anderen Aktionen gegen uns die Widerstandsdörfer benutzt wird.

Dorothea Schütze und Herby

## Veranstaltungen mit CAREA TeilnehmerInnen

CAREA-TeilnehmerInnen, die ihren Einsatz in Guatemala beendet haben, haben nun als ReferentInnen für Veranstaltungen zur Verfügung, um von ihren Erfahrungen als internationale BegleiterInnen des Rückkehrprozesses und dem Aufbau der Rücksiedlungsgemeinden in Victoria zu berichten. Vermittlung über die Infostelle.



# Un paso adelante

Beilage zur Ila Nr. 177 (Juli/August 94)

## Um Entschädigung ging es nicht

### Abkommen zur „Wiederansiedlung der durch den bewaffneten Konflikt entwurzelten Bevölkerung“ unterzeichnet

Mit einer Militäroffensive Mitte Mai an der Südküste und einer weiteren im Ixcán Anfang Juni startete die Armee den Versuch, die Verhandlungsposition der URNG zu schwächen, nachdem die BewohnerInnen der mitten im Konfliktgebiet lebenden sog. Dörfer im Widerstand (CPR) und der Rücksiedlungsorte im Ixcán schon seit Monaten über eine starke Militärpräsenz klagten. Ein überaus nervöses Agieren von Seiten der Militärs erlebten die Ankommenden des Retornos, der im Mai in die Kooperativengebiete des Ixcán erfolgte, als einer aus Flüchtlingen und internationalen BegleiterInnen bestehenden Empfangsgruppe untersagt wurde, sich dem Landeplatz des Flugzeuges zu nähern. Und auch das vorübergehende Festhalten und massive Bedrohen eines vom Flüchtlingshochkommissariat UNHCR beauftragten Bootsführers in der Nähe von La Victoria durch lokale Armeeinghörige stellt einen groben Willkürakt dar.

Auf ziviler Ebene arbeiten dagegen die Mühlen der Zermürbung gelassen weiter. In einem Kommuniqué beklagen die Comisiones Permanentes (CCPP, die von den Flüchtlingen gewählten VertreterInnen), daß die Zusammenarbeit mit der staatlichen Rücksiedlungsbehörde CAREA auf dem „tiefsten Punkt“ angelangt ist, und fordern nun zum einen die völlige Umstrukturierung von CAREA und der staatlichen Agrarbehörde INTA, um Bürokratie und mangelnde Handlungsbefugnis abzubauen, zum anderen die Auflösung der staatlichen Naturschutzbehörden CONAP und CONAMA, die den Flüchtlingen unter fadenscheinigen Gründen den Zugang zu Land verwehren. Zu bitter ist die Erfahrung mit diesen Behör-

Die Meldung kam denn doch überraschend: Nachdem der im März vorgelegte Zeitplan für die Friedensverhandlungen zwischen guatemalteckischer Regierung und Guerilla strenge Terminvorgaben und, dadurch bedingt, kaum Spielraum fürs konfliktive Detail suggerierte, war die Verhandlungsrunde Ende Mai in Oslo, bei der ein Abkommen bezüglich der „Wiederansiedlung der im bewaffneten Konflikt entwurzelten Bevölkerung“ ausgehandelt werden sollte, zunächst einmal geplatzt. Offensichtlich ging es bei der Frage doch um mehr, als nur um die humanitäre Eingliederung der vertriebenen Bevölkerung wie die Regierungsseite es zu Verhandlungsbeginn glauben machen wollte. Auch die Ereignisse in Guatemala in den letzten Wochen deuteten auf eine angespannte Situation hin.



## Materialien zur Kampagne

CAREA informiert Regelmäßiges Infoblatt zum Verlauf des Rückkehrprozesses und des Flüchtlingsbegleitungsprojekts CAREA. Kosten 6,- DM für 3 Monate. Gegen Vorkasse (Briefmarken oder Scheck) zu bestellen bei: Guatemala-Gruppe Göttingen, c/o Jan Wehrheim, Weender Landstr. 86, 37075 Göttingen.

Informationsstelle Guatemala, medico international: OJALA-Bildband zur Rückkehr der Flüchtlinge. Fotografiert und zusammengestellt von Herby Sachs und Dorothea Schütze. 94 Seiten. 1993 ISBN 3-922209-47-5. Trotzdem-Verlag u. Informationsstelle Guatemala 28,- DM.

Informationsstelle Guatemala, Stiftung Umverteilung: Nie hatten die Berge in Guatemala so viele Wege. Erzählungen aus dem Widerstand Javier Gurriarán. Aus dem Span. übersetzt. 64 Seiten. 1991 ISBN 3-923872-02-1.

Widerstandsdörfer in Guatemala. 50 Dias mit Begleittext.

Guatemaltekeische Flüchtlinge in Mexiko. 50 Dias mit Begleittext.

Leben in Guatemala. 50 Dias mit Begleittext. Leihgebühr für die Diaserien 30,- DM pro Woche.

OJALA-Guatemalas Vertriebene kehren zurück. Dokumentarfilm. 50 Min. 1992. Verleih: Videowerkstatt Autofocus e.V., Oranienstr. 45, 10969 Berlin 61, Tel. 030-655458 u. Informationsstelle Guatemala e.V. 35,- DM.

Camino del Silencio (Wege des Schweigens). Dokumentarfilm aus den Widerstandsdörfern. 1987. 59 Min. Spanisch mit deutschem Untertitel. 30,- DM.

Briefpostkarten mit Zeichnungen aus den Widerstandsdörfern. Mit Umschlag DM 2,00. 8 Stück. DM 12,00.

Einführungsliteratur zu Guatemala:

Guatemaltekeische Kirche im Exil, Medico International, Informationsstelle Guatemala e.V.: Aufstandsbekehrung in Guatemala: Demokratisierung als Waffe des Militärs. Stuttgart 1991. Schmetterling Verlag. DM 26,-. ISBN 3-9216369-6-7.

Elisabeth Burgos: Rigoberta Menchú. Leben in Guatemala. 16.80 DM ISBN 3-88977-001-0. Lamuv-Verlag GmbH. Düstere Str. 3, 37073 Göttingen, Tel. 0551-44024.

Alle Materialien sind – soweit nicht anders vermerkt – bei der Informationsstelle Guatemala erhältlich.

Spendenkonto:

Informationsstelle Guatemala e.V.  
Konto-Nr. 70235 Sparkasse Bonn,  
BLZ 380 500 00, oder 3115 80-508  
Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50

Impressum

Hrsg.: Informationsstelle Guatemala e.V., Heerstr. 205 (Oscar-Romero-Haus)  
53111 Bonn, Tel.: 0228/63 45 52,  
Fax: 0228/63 12 26

V.i.S.d.P.: A. Schnieper

den, denen allen eine direkte oder indirekte Weisungsabhängigkeit von den Militärs gemeinsam sein dürfte, die die von Seiten der Flüchtlinge strikte Ablehnung der militärischen Einmischung in den Rückkehrprozeß oft ins Leere laufen läßt. Auch die Bevorzugung von Rückkehrgruppen, die nicht mit den CCPP zusammenarbeiten, scheint nach Berichten der CCPP von CEAR benutzt zu werden, um die politische Kraft der CCPP zu schwächen.

## Lebendige Erinnerung

Worum geht es also bei der Frage der Wiederansiedlung der durch den bewaffneten Konflikt entwurzelten Bevölkerung, die nur einen von insgesamt 11 Verhandlungspunkten im guatemaltekeischen Friedensprozeß darstellt? Die meisten der ca. 10% betroffener Bevölkerung sind aus den Regionen vertrieben worden, in denen während der Politik der Verbrannten Erde Anfang der 80er Jahre die Militärs mit grenzenloser Grausamkeit wüteten und die bis heute zu den guatemaltekeischen Konfliktgebieten zählen. Die Überlebenden sind Zeuginnen der Massaker und damit lebendige Erinnerung an die Greueltaten von damals. Vor allem die, die nach Mexiko flohen und die heute „CPR“ genannte Bevölkerung haben sich in der Zeit des äußeren oder inneren Exils politisch organisiert, um sich bei ihrer Wiederansiedlung gegen die bestehenden Machtverhältnisse zur Wehr setzen zu können. Ohne Zweifel gehören sie damit zu den größten Widersachern der Armee und Regierung, auch deshalb, weil die von ihnen verbalisierten Forderungen die Grundbedürfnisse fast der gesamten Bevölkerung betreffen. Das am 8. Oktober 1992 (unabhängig vom Friedensprozeß) geschlossene Abkommen zwischen den Flüchtlingen und der Regierung öffnete erste Türen für den Wiedererwerb von Landbesitz und für selbstorganisierte und entmilitarisierte Lebens- und Gesellschaftsformen. Gerade die Flüchtlinge setzten deshalb große Hoffnung auf ein solches Globalabkommen, das an ihre bisher erreichten Vereinbarungen anknüpfen sollte.

## Anerkennung der CPR

Nach mehreren Verhandlungsrunden wurde am 17. Juni das Abkommen unterzeichnet. Die Versammlung der zivilen Sektoren (ASC) unter Leitung des katholischen Bischofs Quezada Toruño, deren Aufgabe es ist, den Friedensprozeß mit entsprechenden Vorschlägen zu begleiten, hatte vor Verhandlungsbeginn ihr Dokument an die Verhandlungsparteien übermittelt. Während die URNG und die UN-Kommission es positiv aufnahmen, lehnte die Regierung es rundweg ab. Danach war nur noch wenig über den Verlauf der

Gespräche in die Öffentlichkeit gekommen. Demnach ging es bei den zentralen Streitpunkten um die Festlegung, wann und wo die „entwurzelte Bevölkerung“ hinführt, wo sie sich ansiedeln darf, und den Regierungsvorschlag, für die Wiederansiedlungsgebiete einen Waffenstillstand zu vereinbaren.

Im ersten Punkt dürfte es vor allem um die Anerkennung der CPR gegangen sein, die seit Jahren für die Anerkennung als zivile Bevölkerung kämpfen. Offensichtlich konnte sich die URNG hier durchsetzen, denn die CPR sind im Vertragstext explizit als Teil der „entwurzelten Bevölkerung“ definiert. Das bedeutet, daß sie von jetzt ab im Sinne der „Gen-Konventionen“ im Falle von bewaffneter Auseinandersetzung vor Übergriffen geschützt werden müssen. Auch in Bezug auf das am 29. März abgeschlossene Abkommen, das sofort in Kraft getretene Menschenrechtsabkommen, dessen besondere Gültigkeit die „entwurzelte Bevölkerung“ im letzten Abkommen unterstrichen wurde (auch gehörte zum Forderungskatalog der URNG, daß die Regierung damit akzeptiert, daß die CPR NutznießerInnen des Menschenrechtsabkommens sein werden).

Desweiteren wurde der betroffenen Bevölkerung die freie Wahl des Ansiedlungsorts zugestanden, was ebenso zu den zentralen Forderungen der URNG und zivilen Sektoren gehörte. Die Ablehnung des regionalen Waffenstillstands, auf die URNG aus strategischen Überlegungen nicht eingehen konnte, hatte jedoch zwei schwere Einbußen zur Folge. Das aktuelle Abkommen behandelt in keinem der ev. Rückzug der Militärs aus den Wiederansiedlungsgebieten, und es trat erst dann in Kraft, wenn die Friedensverhandlungen als ganzes beendet sind.

Ersteres war stets ein zentraler Punkt der Forderungen der Flüchtlinge, die ihrem eigenen Abkommen zwar das Recht über die freie Verfügbarkeit des Landes festschreiben konnten, nicht aber die Entmilitarisierung der Rückzugsgebiete. Den zukünftigen KooperativistInnen der Mayalan, die vor kurzem nach Guatemala zurückgekehrt sind und im benachbarten Veracruz darauf warten, daß die Armee von ihrem Kooperativenland verschwindet, wird damit jeglicher Handlungsspielraum entzogen, und die Vertriebenen insgesamt können nur noch hoffen, daß der Verhandlungspunkt „Rolle der Armee in der zivilen Gesellschaft“ diesbezüglich positive Ergebnisse bringt.

Während das Abkommen also die Forderungen der Militärs im Rückkehrprozeß ignoriert, geht es relativ detailliert und absichtsvoll auf die Entwicklung und Förderung der Rückkehrungsgebiete ein.

U.a. sollen die bislang zum Teil eigenständig organisierte Schulausbildung staatlich anerkannt werden. Kommunale Entscheidungsstrukturen sollen gestärkt werden, um die RücksiedlerInnen bewußt zu „ProtagonistInnen der Entwicklung“ zu machen. Die Gesetze zur Dokumentation sollen verbessert werden, der Tatbestand des unter Zwang verlassenen Landbesitzes juristisch anerkannt werden; Frauen sollen bei der Zuweisung von Landtiteln besonders berücksichtigt werden. „Entwicklung“ soll die Bereiche Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistung erfassen, Arbeitsplätze sollen gefördert werden und allererste Priorität soll die Sicherstellung von Ernährung sein. Auch die Rechte der Frauen und der Mayas werden gebührend erwähnt. Gelder für all diese Projekte sollen von der internationalen Gemeinschaft erbeten werden. Eine technische Kommission, bestehend aus je zwei Angehörigen der Regierung der Vertriebenen und der internationalen Gemeinschaft (letztere nur in beratender Funktion) sollen über die eingereichten Projekte entscheiden und Gelder beschaffen.

## Entwicklung armeegerecht

Aufschlußreich ist das Abkommen im Hinblick auf den aktuellen Diskussionsstand innerhalb der Militärs. Der 1982 in Gang gesetzte „Plan für Sicherheit und Entwicklung“ bereitet sich auf eine neue Etappe vor und sein Autor, – will man entsprechenden Gerüchten Glauben schenken –, General Alejandro Gramajo auf den Antritt als Präsidentschaftskandidat für die Christdemokraten bei den Wahlen von 1995. Die guatemaltekeischen Militärs, die mit ihrer Abteilung für zivile Angelegenheiten schon seit jeher ein sicheres Standbein in der nationalen Entwicklungspolitik hatten („der bewaffnete Widerstand fängt dort an, wo die Straße aufhört.“) haben damit begonnen, die Strategien des Machterhalts für kommende Friedenszeiten zu verfeinern und an internationale „Erfordernisse“ anzupassen. Eine wichtige Rolle in der armeegerechten Umsetzung des Abkommens dürften dabei die Entwicklungskomitees spielen, die schon 1982 in den Plänen vorgesehen waren und heute wieder bei der allmählichen Umwandlung der Zivilpatrouillen (PAC) als sogenannte „Komitees für Frieden und Entwicklung“ auftauchen. Ihre Aufgabe wird es in Friedenszeiten sein, die kommunalen Organisationsstrukturen einer jetzt noch politisch gut organisierten Rückkehrbevölkerung zu infiltrieren.

Das Abkommen ist darüberhinaus bestens geeignet, bei der 3. und letzten zentralamerikanischen Flüchtlingskonferenz CIRFECA, die am 27. und 28. Juni in Mexiko stattfindet, die internationalen Geberländer zur großzügigeren Spenden als bisher zu überreden. In früheren Jahren

hatte der anhaltende bewaffnete Konflikt die Geberländer zu vornehmer Zurückhaltung veranlaßt. Nachdem Präsident Ramiro de León schon vor Abschluß des Abkommens angekündigt hatte, daß der Rückkehrprozeß suspendiert werden müsse, wenn die CIRFECA-Konferenz nicht entsprechende Ergebnisse erbringen würde, ist dieser leise drohende Appell nun auch in das Vertragswerk eingearbeitet. Dort heißt es: „Erhält die guatemaltekeische Regierung nicht genügend internationale Unterstützung, beschränkt sich ihre (vertraglich festgelegte) Verpflichtung auf ihre finanziellen Möglichkeiten.“

Angesichts des zweifellos überlegenen Entwicklungs-Know-How der Militärs bei gleichzeitig zu erwartender mangelnder Reflektion der Geberländer darüber, wer ihre guatemaltekeischen Kooperationspartner sind (der Heeresprecher 1992: „die Verantwortlichen des italienischen Wiederansiedlungsprogramms PRODERE haben schließlich eingesehen, daß sie mit den Militärs am besten zusammenarbeiten können“) bleibt wenig Hoffnung für die Durchsetzungsfähigkeit der zwei VertreterInnen der „entwurzelten Bevölkerung“ in der noch zu gründenden technischen Kommission.

## Die traumatische Dimension der Vertreibung

Im übrigen faßt das Abkommen mit dem Begriff der „traumatischen Dimension der Vertreibung“ und einigen allgemeinen Absichtserklärungen zusammen, was im Dokument der zivilen Sektoren (ASC) in einer Reihe von konkreten Vorschlägen einen der Sache wesentlich angemesseneren Ausdruck findet. Demnach sollten die Vertriebenen explizit als Zeuginnen für die Aufklärung der Menschenrechtsverletzungen genannt werden. Das Recht auf die ungehinderte Öffnung von geheimen Gräbern sollte ebenso vereinbart werden wie besondere Unterstützungsformen im Sinne von Entschädigung. Diese drei Aspekte hätten der Regierung jedoch ein offenes Schildeingeständnis abgerungen. Aber darum ging es eben nicht...

(ans)

## Weiterer Retorno in den Ixcán

Der vierte Retorno ist abgeschlossen. In der zweiten Maihälfte sind insgesamt 329 Familien zurückgekehrt, die sich in den Kooperativen Mayalan, Xalbal, Pueblo Nuevo, Cuarto Pueblo und Santa Maria Tzejia im Ixcán ansiedeln wollen. Neu an diesem Retorno war, daß die Flüchtlinge per Flugzeug an ihre Rücksiedlungsorte transportiert wurden. Reibungslos funktionierte auch dieser Retorno nicht, weil die guatemaltekeischen Militärs mit Billigung der staatlichen Rücksiedlungsbehörde CEAR mehrfach versuchten, in die Organisation der Rückkehr einzugreifen. Außerdem wollen die zukünftigen KooperativistInnen von Mayalan erst dann dorthin zurückgehen, wenn die Militärs vom ihrem Land verschwunden sind. Vorerst halten sie sich im nahen Veracruz auf.

## CAREA

Ab Mitte Juli wird CAREA wieder als Flüchtlingsbegleitungsprojekt in Guatemala/Mexiko präsent sein. Die ersten sechs TeilnehmerInnen der neuen Projektphase haben ihre Vorbereitung abgeschlossen und reisen in diesen Tagen nach Guatemala. An einer CAREA-Teilnahme Interessierte wenden sich bitte an Michael Moerth, c/o Druckwerk, Penningskamp 12a 44263 Dortmund (Tel. 0231-411372, Fax 0231-422419 oder an die Berliner Guatemala-Solidarität e.V., c/o Lateinamerikazentrum, Crellestr. 22, 10827 Berlin. Der nächste Vorbereitungsblock findet vom 29.9.-3.10. und 28.10.-1.11. 1994 in Berlin statt.

## Briefpostkarten

von den Flüchtlingen und aus den CPR. Verschiedene Motive (gezeichnet). Mit Umschlag 2,-DM/Stück. 10 Stück 15 DM. Zu bestellen bei der Informationsstelle Guatemala e.V.

Bitte ausschneiden und senden an:

AbsenderIn:

Informationsstelle Guatemala  
Heerstraße 205  
Oscar-Romero-Haus  
53111 Bonn

Fax-Nummer:



Erster Retorno von Intern Vertriebenen geplatzt

## Ein Landtitel... ist ein Landtitel... ist ein Landtitel...

Während dem Rückkehrprozeß der guatemalteken Flüchtlinge und den Bemühungen der CPR (Dörfer im Widerstand) als zivile Bevölkerung anerkannt zu werden, internationale Aufmerksamkeit geschenkt wird, findet der tägliche Kampf ums Überleben der mit ca. 1 Million Personen größten Gruppe der guatemalteken Vertriebenen in den Medien meistens wenig Beachtung. Sie leben in den Elendsvierteln der großen Städte, schlagen sich als SaisonarbeiterInnen auf den Fincas an der Südküste durch und/oder wurden bei ihrer Flucht Anfang der 80er Jahre von den Militärs aufgegriffen und in von der Armee kontrollierten sog. Modelldörfern angesiedelt.

Letzteres geschah auch mit den ehemaligen BewohnerInnen von Los Cimientos, die 1982 bei einem Angriff der Armee den kleinen Ort in der Nähe von Chajul, Quiché verlassen mußten. Bis heute gehört die Region zum Konfliktgebiet. Der Übergang von der Militärdiktatur zu den zivilen Regierungen im Jahre 1986 ermutigte sie, mit legalen Mitteln für die Rückkehr auf ihr Land zu kämpfen. Die Petition, die sie dafür an den damaligen Präsidenten Cerezo richteten, führte zu der Bestätigung, daß sie die rechtmäßigen BesitzerInnen des Landes seien. Die Akten wurden zur weiteren Bearbeitung an das Landgericht von Santa Cruz del Quiché übergeben, welches befand, daß aufgrund des bewaff-

ten Konflikts und der Rolle der Militärs eine Rückkehr auf das Land nicht erfolgen könne. Zwei weitere Petitionen in den Jahren 1987 und 1989 ereilte ein ähnliches Schicksal.

Als 1990 einige VertreterInnen von Los Cimientos ihr ehemaliges Land besuchen wollten, fanden sie einen Militärstützpunkt auf dem Gelände ihres alten Friedhofs vor. Außerdem bewohnten seit 1986 50 fremde Familien das Land, die von den Militärs dorthin gebracht worden waren und als Zivilpatrouillen (PAC) ihren Dienst taten. Daraufhin beauftragten die rechtmäßigen BesitzerInnen von Los Cimientos einen Rechtsanwalt, der einen Prozeß anstrengte, um die Zurückgabe des Landes juristisch durchzusetzen. Ergebnis: Die Landtitel seien rechtmäßig, doch man könne nicht gegen den Willen des Verteidigungsministers eine Rückführung durchführen.

1992 wandten sich die Vertriebenen schließlich an den Indigenarat CERJ, der eine Versammlung aller an dem Konflikt Beteiligten einberief. Außer zwei Mitgliedern des CERJ nahmen VertreterInnen der ehemaligen und der neuen BewohnerInnen von Los Cimientos, Angehörige des lokalen Militärstützpunktes sowie der Menschenrechtsprokurator und sein Vertreter teil. Doch es kam zu keiner Annäherung. Stattdessen bestätigte die staatliche Agrarbehörde INTA erneut die Rechtmäßigkeit des

Landtitels und empfahl den BesitzerInnen die Sache vom Gericht in Santa Cruz del Quiché klären zu lassen.

Sie verzichteten darauf. Ein weiteres vom CERJ anberaumtes Treffen vor Ostern 1993 mußte abgebrochen werden, nachdem die Beteiligten von lokalen PAC-Mitgliedern bedroht worden waren. Ende des Jahres 1993 brachte dann eine von Guatemala arbeitende US-amerikanische Nichtregierungsorganisation den Fall vor die Interamerikanische Menschenrechtskommission. Überraschenderweise gab die Armee Ende März ihren Stützpunkt auf Los Cimientos auf. Voller Hoffnung bereiteten sich die ehemaligen BewohnerInnen auf eine Rückkehr am 20. Mai 1994 vor. Sie baten die staatliche Rückführungsbehörde CEAR und die Kreditvergabebehörde FONAPAZ um materielle Unterstützung. Der Menschenrechtsprokurator Laguarda sicherte ihnen seine Begleitung zu.

Als am 11. Mai je zwei VertreterInnen von Los Cimientos und CEAR eine Ortsgemeinschaft vornehmen wollten, wurden sie massiv von ca. 20 PAC-Mitgliedern bedroht, die ihnen erklärten, daß sie es nicht wagen sollten, mit VertreterInnen vom CERJ oder internationalen BegleiterInnen zurückzukehren. In einem solchen Fall würden sie als Grenztruppe zur Abwehr unerwünschter EinwandererInnen einzusetzen. Mit ökonomischem und politischem Druck werden die Armee in einer schriftlichen Mitteilung den PACs vor der anstehenden Rückkehr und Begleitung von CERJ und Internationalisten gewarnt hatte.

Am 12. Mai, einen Tag nach dem oben genannten Vorfall erhielt der CERJ ein Schreiben vom Menschenrechtsbüro des Präsidenten (COPREDEH), in welchem gezweifelt wurde, ob die ehemaligen BewohnerInnen von Los Cimientos tatsächlich die rechtmäßigen BesitzerInnen des Landes seien...



( ) Ich bitte um weitere einführende Informationen.

( ) Ich möchte im UnterstützerInnenkreis mitarbeiten und bitte um regelmäßige Zusendung des Paso Adelante.

( ) Ich möchte Kontakt zu örtlich tätigen Personen oder Gruppen aufnehmen. Mit der Weitergabe meiner Adresse bin ich einverstanden, soweit sie ausschließlich diesem Zweck dient.

## Unterm Geier

### DIE BRD AUF DEM WEG ZUR WELTMACHT?

Internationalistische Arbeit beginnt im eigenen Land. Dieser Grundsatz der Solidaritätsbewegung steht im Zentrum des 18. BUKO. Anlässe hierfür gibt es genügend: Mit Ende der Blockkonfrontation und dem Ausbruch politischer und ökonomischer Krisenprozesse in den kapitalistischen Staaten werden die Karten auf internationaler Ebene neu gemischt. In dieser Situation des Umbruchs versucht die BRD neue Einflüßmöglichkeiten zu gewinnen.

In der Militärpolitik sollen mit in den Medien bestens inszenierten Einsätzen (unsere Engel von Pnom Penh; Somalia) Fakten für den Einsatz der Bundeswehr außerhalb des Nato-Territoriums („Out-of-area“) geschaffen werden.

In den verteidigungspolitischen Richtlinien werden als Ziele deutscher Außen- und Militärpolitik u.a. die Einflußnahme auf internationale Institutionen und Prozesse und der ungehinderte Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt formuliert. Ein ständiger Sitz im UN-Sicherheitsrat soll verdeutlichen, daß die BRD sich wieder weltweit einmischen will.

Mit der neuen Asylgesetzgebung, den Schengener Verträgen und den sogenannten Rückübernahmeabkommen mit den östlichen Anrainerstaaten soll ein Schutzwall aufgebaut werden, um unerwünschte Einwanderung zu verhindern. In diesem Zusammenhang denkt der CDU-Fraktionsvorsitzende Schäuble bereits daran, die Bundeswehr als Grenztruppe zur Abwehr unerwünschter EinwandererInnen einzusetzen.

Mit ökonomischem und politischem Druck werden die europäischen Staaten zu einem schnellen Übergang in die „freie Marktwirtschaft“ gedrängt. Darunter wird in der



Regel die Öffnung der jeweiligen Märkte verstanden. Gleichzeitig bedient man sich protektionistischer Maßnahmen, wenn diese Länder, wie z.B. bei einigen Stahlprodukten, als Konkurrent auf dem deutschen Markt auftreten.

Die neue Konkurrenz im Osten und die fehlende Systemkonkurrenz dienen im Innern für die Unternehmensebene auch dazu, das vielbe-

schworene „Modell Deutschland“ aufzukündigen. Wenn Kapital und Regierung sagen, „Standort Deutschland verteidigen“, meinen sie immer nur den Abbau bisheriger Sozial- und Umwelt-Standards.zynisch werden dabei die lohnabhängigen Menschen der ganzen Welt gegen die in der BRD lebenden Menschen ausgespielt und umgekehrt. Dies kann zu einer sich immer weiter

drehenden Spirale nach unten fortgesetzt werden.

Auf der diesjährigen Weltbevölkerungskonferenz in Kairo, bei der die BRD zweitgrößte Geldgeberin ist, soll mit dem Verweis auf die „Bevölkerungsexplosion“ den Menschen in der 3. Welt, und hier insbesondere den Frauen, die Schuld für die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Krisen zugeschoben werden. Die BRD auf dem Weg zur Weltmacht – eine beängstigende Gesamtperspektive. Für uns kein Grund zur Resignation, sondern zur Auseinandersetzung, die nicht nur über die schon genannten Themen geführt werden soll, sondern sich auch auf die deutsche Politik gegenüber supranationalen Organisationen wie Europäische Union, NATO und UNO erstreckt.

Um diese Themenfelder geht es auf dem 18. BUKO vom 12.-15.5.94 in Karlsruhe. Gemeinsame Kernfragen aller Foren und Arbeitsgruppen zu den Einzelthemen werden sein:

– Wie lassen sich die Widersprüche bezüglich Rassismus, Sexismus und sozialer Unterdrückung einordnen?  
– Was vom Altbekannten bleibt, was ändert sich?  
– Welche Konsequenzen haben die Veränderungen für uns in der BRD, was sind (neue) Aufgaben der Solidaritätsbewegung?

– Wer und wo sind BündnispartnerInnen?  
Ein zentraler Aspekt des diesjährigen Kongresses wird die Entwicklung von Handlungsperspektiven sein. Denn ohne solche Perspektiven läßt sich die gegenwärtige Krise der Internationalismus-Bewegung und des BUKO nicht lösen. Viel wird auch davon abhängen, inwieweit es dem BUKO gelingt, mit VertreterInnen anderer sozialer Bewegungen in die Diskussion zu kommen.

## 18. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen 12.5. – 15.5.1994 in Karlsruhe

Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, Tel. 040/39 31 56, Fax 040/390 75 20  
Postbank Hamburg, Konto 79112-201, BLZ 200 100 20



## Die FOREN und WORKSHOPS des 18. Bundeskongresses 1994

### FORUM 1 Außen- und Militärpolitik

In dem Forum sollen die verteidigungspolitischen Richtlinien und die neuen NATO-Papiere dargestellt und mit einer Einschätzung der bundesdeutschen Außen- und Militärpolitik verbunden werden. Anschließend wird die Diskussion in vier AGs fortgesetzt: In der AG 1 NATO/WEU/out of area soll die Plenumsdiskussion weitergeführt und auf die innere Militarisierung der Gesellschaft eingegangen werden. In der AG 2 Jugoslawien steht die Entstehung des Jugoslawienkonfliktes, die Frage nach der spezifischen Rolle der BRD darin und die Interventionsdebatte im Mittelpunkt. Die AG 3 Kurdistan befaßt sich mit der strukturellen Auswirkung des GAP-Projektes und mit den Ölfeldern Bakus. Die AG 4 beschäftigt sich mit der Rolle der BRD in der UNO. In dem Workshop »Perspektiven des antimilitaristischen Widerstands« sollen die Ergebnisse des Forums aufgegriffen und nach Möglichkeiten eines bundesweiten Widerstandes gegen die Außen- und Militärpolitik der BRD gesucht werden. Gibt es eine relevante Gegenbewegung? Können wir sie aufbauen, verstärken? Bestehen Chancen der Zusammenarbeit, Vernetzung der verschiedenen Spektren? Mit welchen Forderungen, Zielsetzungen? Eingeladen sind ReferentInnen aus verschiedenen Spektren.

### FORUM 2 Rassismus und Flüchtlingspolitik

Mit der faktischen Abschaffung des Asylrechtes verändert sich das Erscheinungsbild der Migration. Andere Formen bekommen ein neues Gewicht (Saisonarbeit, Werkverträge, Illegalität). Vor dem Hintergrund der sich verschärfenden Aufspaltung der Gesellschaft werden sich damit auch die Lebensverhältnisse für Flüchtlinge und MigrantInnen drastisch verschlechtern. Die Debatte über Migration wird in den nächsten Jahren von zentraler Bedeutung sein. In ihr wird auch das zukünftige Verhältnis zwischen BewohnerInnen der 1. und der 3. Welt (einschließlich Osteuropa) verhandelt. Im FORUM »Rassismus und Flüchtlingspolitik« wollen wir gemeinsam überlegen, welche praktische Politik wir der im »Superwahljahr« alles überlagernden nationalstischen Standarddebatte entgegensetzen können (auch in Hinblick auf die EU-Ministerrat-Tagung im Dezember 94 in Essen). Eine mögliche Reaktion auf die beschriebene Entwicklung wäre die Forderung nach Legalisierung aller Illegalen, die anknüpfen könnte an bestehende Aufenthaltsprojekte. Ziel sollte die Entwicklung einer Kampagne sein, die sich einerseits bewußt zu Krise und Sozialabbau hier verhält, andererseits auch die Interessen der MigrantInnen berücksichtigt.

### FORUM 3 »Standort Deutschland«

Die von den Unternehmern und Politikern forcierte Debatte um den »Standort Deutschland« hat das Ziel, unter Hinweis auf die angeblich gefährdete Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt den abhängig Beschäftigten eine massive Verschlechterung ihrer gesamten Arbeits- und Lebensbedingungen aufzubürden – und das mit ihrer Zustimmung und mit Billigung der Gewerkschaften. Massenarbeitslosigkeit, Abbau der sozialen Sicherungssysteme und Armut für das untere Drittel der Gesellschaft (und hier besonders der Frauen) sollen als »normal« und »unvermeidlich« hingenommen werden. In einer Zeit, wo multinationale Konzerne weltweit operieren und länderübergreifende Wirtschaftsstrukturen (EU, EWK, NAFTA) gebildet werden, führt die »Standortdebatte« im Ergebnis zu einer »Spirale nach unten«, nämlich der Angleichung der Arbeits- und Lebensbedingungen der abhängig Beschäftigten an das jeweils niedrigste Niveau: VW-ArbeiterInnen in Puebla in Mexiko werden gegen die in Wolfsburg ausgespielt, die in Salzgitter gegen die Skoda-ArbeiterInnen in Tschechien usw. Mit anderen Worten: Unter Weltmarktbedingungen hat das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit hier direkte Auswirkungen auf die Arbeit- und Lebensbedingungen in der 3. Welt, aber auch auf die Möglichkeiten von Emanzipationsprozessen überhaupt. Neben einer Kritik der »Standort«-Diskussion sollen Handlungsansätze von Belegschaften und Gewerkschaften auf nationaler (z.B. Bischofsholte) und internationaler Ebene vorgestellt und Möglichkeiten zur Zusammenarbeit mit Internationalismus-Gruppen erörtert werden.

### FORUM 4 Die Rolle der BRD im Welthandel

1992 fand mit großem Aufwand und Medienrummel die UNCED-Konferenz in Rio statt. Ende 1993 wurde nach langjährigen Verhandlungen die Uruguay-Runde des GATT abgeschlossen. Sowohl an den feierlichen Beschlüssen von Rio zu Umwelt und Entwicklung, als auch an den neuen GATT-Vereinbarungen war die Bundesrepublik maßgeblich beteiligt. Doch sind die Beschlüsse zum großen Teil widersprüchlich, da in die GATT-Vereinbarungen weder soziale noch ökologische Mindeststandards für den Welthandel Eingang gefunden haben. Diese Widersprüche wollen wir anhand der Bereiche nachhaltige Landwirtschaft und Gentechnik/Patentierung untersuchen. Dabei werden uns folgende Fragen beschäftigen: Wie sehen die Ergebnisse der Uruguay-Runde des GATT aus? Wie könnte nachhaltige Landwirtschaft in Industrie- und Entwicklungsländern aussehen? Inwieweit wird ihre Realisierung durch GATT-Bestimmungen beeinträchtigt? Welche Auswirkungen haben Gentechnik und Patentierung auf die Landwirtschaft in den Industrie- und Entwicklungsländern? Wie sehen die neuen Bestimmungen über TRIP's (Trade Related Aspects of Intellectual Property Rights) im GATT aus? Welche Rolle spielen deutsche Konzerne im Bereich Gentechnik und Patentierung? Darüber hinaus möchten wir uns mit der Frage befassen, welche weitgehenden Verhandlungen notwendig sind, um zu einem ökologisch- und sozialverträglichen Welthandel zu kommen. Wie könnten z.B. neue Rohstoffabkommen aussehen, welche sozialen und ökologischen Mindeststandards sind zu fordern?

### FORUM 5 Die Rolle der BRD in der EG/EU

Das Für und Wider betreffs der EG/EU wird oft mit der Frage verbunden, ob die EG/Deutschland einbunde und damit bündig. Zum einen gehört die Westbindung zum Selbstverständnis der alten BRD – zum anderen erscheint die vergrößerte BRD als von den bisherigen Hemmnissen befreit und in der EG dominant. Hat sich das Koordinatensystem der BRD-Außenpolitik verschoben? Ergibt sich mit dem DDR-Anschluß eine Umgruppierung in den politischen Prioritäten der BRD? Bremsen die Vereinbarungen die EG-Integration oder hat die BRD gerade jetzt ein Interesse an einer forcierten Integration, weil sich die Stellung der BRD in der internationalen Politik mit der Westintegration verknüpft, so daß eine Aufgabe der Westintegration einen Stellenverlust der BRD nach sich zöge? Was wären dann die nächsten europapolitischen Ziele der BRD?

### Workshop »EG/Europäische Union«

Am 9./10. Dezember 1994 treffen sich die zwölf Regierungschefs der Europäischen Union (EU) zu ihrem halbjährigen Gipfeltreffen. Als Höhepunkt des bundesdeutschen EU-Vorsitzes wird der Stadt Essen die Ehre zuteil, diesen Festakt mit einem kostspieligen Begleitprogramm und aufgeblähten Medienspektakel auszurichten. Neben den Europawahlen ist dieser Gipfel die zweite große Gelegenheit, unsere Kritik am EU-Prozess einer breiten Öffentlichkeit kundzutun und unseren Protest auf die Straße zu tragen. Die Chancen die unsoziale, neokoloniale und chauvinistische Politik der EU zu thematisieren, waren noch nie so günstig wie 1994. Deshalb dürfen wir diese Ereignisse nicht ungenutzt vorübergehen lassen. In der Region Essen hat sich schon ein Bündniskreis zur Vorbereitung eines Gegenkongresses, einer Demonstration sowie zu Aktionen zusammengeschlossen. Diese regionale Bündnis allein ist jedoch zu schwach, um solche großangelegten Aktionen vorzubereiten, geschweige denn durchzuführen. Deshalb kommt es darauf an, daß alle, die eine kritische Position zur EU-Politik haben, sich in den Vorbereitungen der Gegenaktivitäten zum EU-Gipfel engagieren. Wie die BUKO-Gruppen mit dieser konkreten Aktionsperspektive hier mitarbeiten können, soll Gegenstand des Workshops sein.

### FORUM 6 Die Rolle der BRD in Osteuropa

Osteuropa im Jahre 5 der Freiheit: Nachdem »Sieg der Marktwirtschaft, Demokratie und Selbstbestimmung« vollzogen ist, vollzieht sich der Systemwechsel in Osteuropa drucklos. Ökonomische Zusammenbrüche, Deindustrialisierung und nationalistische Kriege sind heute in osteuropäischen Ländern sowie in den GUS-Staaten an der Tagesordnung. Die Folgen Verarmung und Verelendung breiter Schichten der Bevölkerung, kurz die 3. Welt, kommt nach Europa. Und die BRD mischt kräftig mit. Für bundesdeutsche Politik- und Wirtschaftsinteressen ist, nach Wegfall des existierenden Sozialismus der Osten wieder »offen« geworden. Die Bundespolitik will von der Destabilisierung und dem Zerfall der Sowjetunion, Jugoslawien, der Tschechoslowakei und anderer Staaten in Osteuropa nicht nur ökonomisch durch vermeintliche neue Absatzmärkte und den günstigen Bezug von Rohstoffen profitieren, sondern sich auch als Ordnungsmacht in Europa einmischen. Deutsche Mittel-Ost-Europa-Politik hat seit 1989 die innere Erosion der großen Zentralmächte UdSSR und Jugoslawien dazu genutzt, ihren Zerfall zu befördern. Die Abgrenzung des Baltikums, die Konkurrenz Rumänien/Ukraine, das Selbstbestimmungsrecht für Slowenien und Kroatien aber nicht für Serbien – immer wurde die Destabilisierung und Parzellierung als das beste Mittel nachfolgender Einflußnahme angesehen. Im Forum wollen wir uns auf einer Plenarveranstaltung und in Arbeitsgruppen mit den aktuellen ökonomischen und politischen Situationen der osteuropäischen Länder beschäftigen. Besonders betrachtet werden sollen dabei die deutschen Interventionen in diese Länder auf den unterschiedlichsten Ebenen. Dieses Forum ist als BUKO-Einstieg zum Thema BRD und Osteuropa gedacht. Es werden sich inhaltlich Themen und Fragen offen bleiben. Aus diesem Grund entsteht der Vorschlag, einen eigenen BUKO-Arbeitsbereich Osteuropa zu gründen. Hierzu soll am Samstag ein spezieller Workshop stattfinden.

### FORUM 7 Die deutsche Entwicklungshilfe nach dem Ende des Ost-West-Konflikts

Die Entwicklungshilfe war ursprünglich ein Kind des Kalten Krieges. Die »jungen Staaten« Afrikas und Asiens sollten für den westlichen Weg der Marktwirtschaft (gegen den Kommunismus) gewonnen werden. Auch wenn im Laufe der Jahrzehnte andere Zielsetzungen in den Vordergrund traten, so stellt sich die Frage, welche Legitimation Entwicklungspolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts hat, zumal Entwicklungshilfe nach dem »verlorenen Jahrzehnt« der 80er Jahre grundlegend kritisiert bzw. sogar gänzlich in Frage gestellt wurde. Aus dem Bonner Entwicklungshilfe-Ministerium sind neuerdings ungewohnte Töne zu hören. Man betont die Bedeutung »von Grundbedürfnis-Strategien, ökologischen Gesichtspunkten in der Entwicklungspolitik, von der Voraussetzung der Einhaltung der Menschenrechte (»Konditionalisierung«) usw. Vor allem am Beispiel der Konditionalisierung der Entwicklungshilfe soll diskutiert werden, inwieweit die von Bonn propagierten Ziele tatsächlich mit der wicklungspolitischen Praxis zu tun haben. Eine weitere Leitfrage, die das Forum beschäftigen soll: Inwieweit ist Entwicklungspolitik überhaupt in der Lage, Fortschritte zu erzielen, solange die Rahmenbedingungen (Preisverfall der Rohstoffe, Verschuldung) unverändert bleiben, sich noch verschlechtern? Welche Haltung soll die Solidaritätsbewegung gegenüber der Bonner Entwicklungshilfe einnehmen, insbesondere angesichts der bevorstehenden Wahlen im Oktober 1994?

### FORUM 8 Bevölkerungspolitik

Im September 1994 findet in Kairo die 3. Weltbevölkerungskonferenz statt, die bevölkerungspolitischen Prioritäten der kommenden Jahre werden dort beschlossen. Das Motto ist »Bevölkerung und Entwicklung«, das zentrale Thema wird aber Migration sein. Um nicht an den wirtschaftlichen Ursachen von Verarmung, Verschuldung und ökologischer Zerstörung zu rühren, werden bereits seit den 70er Jahren bevölkerungspolitische Konzepte entwickelt. An die Vergabe von Krediten gebunden, sollen sie ihnen in den Ländern des Südens die Geburtenraten reduziert werden. Jetzt stimmen die Medien auf die Botschaft ein, die von Kairo in alle Welt gehen wird: Eine »Bevölkerungsexplosion« in den Ländern des Südens gefährdet die ökologische Tragfähigkeit der Erde und die wirtschaftliche Entwicklung und hat unkontrollierte Wanderungströme zur Folge. Besonders Frauen und ihre Fruchtbarkeit werden dafür verantwortlich gemacht. Die Debatte in Deutschland und Europa wird von Schlagworten wie »Altenlasten«, »Einwanderungsdruck« und »kulturelle Identität« bestimmt. Nicht vergessen wollen wir, daß die BRD die zweitwichtigste Geldgeberin für bevölkerungspolitische Programme ist. Anders als bei bisherigen Konferenzen werden in Kairo erstmals auch NRRO einbezogen. Man hat aus der UNCED in Rio gelernt, es macht sich auch gut in der Öffentlichkeit, bindet Kräfte und spaltet. Das Kairo-Theater soll bei uns nicht unversprochen bleiben! Das andere Thema, mit dem wir uns beschäftigen werden, ist der Versuch, die Frauenbewegung an der Frage »Gibt es eine feministische Bevölkerungspolitik?« zu spalten.

## Weitere Informationen

### Zu den Foren

Aufbauend auf den positiven Erfahrungen mit dem Foren-Konzept auf dem letzten BUKO soll ein großer Teil der inhaltlichen Diskussion auf dem Kongreß auch in diesem Jahr in Foren stattfinden. Um den Foren die Arbeit zu erleichtern und die Diskussion bezüglich der Ergebnisse zu strukturieren, sind einige Fragen formuliert worden, die in der Diskussion Berücksichtigung finden sollen:

a) Wo sind Kontinuitäten, wo sind Brüche bzw. schlechende Veränderungen, wo sind Widersprüche in der Neuen Weltordnung? Wie lassen sich diese Widersprüche bezüglich Rasse, Klasse, Geschlecht einordnen? b) Wie wirken sich die globalen Veränderungen auf die inneren Verhältnisse in der BRD aus? c) Welche BündnispartnerInnen ergeben sich aus diesen Auswirkungen auf die inneren Verhältnisse? Welche Aktionen bzw. Aktionsformen sind möglich? d) Wo sind Kontinuitäten bzw. Brüche in der Solidaritätsarbeit? Ist ein neuer Internationalismusbegriff notwendig? Da der Versuch einer Zusammenführung der Foren-Ergebnisse im Plenum auf dem letzten Kongreß nicht zur Zufriedenheit gelang, soll auf diese Form der Auswertung diesmal verzichtet werden. Die Diskussionsergebnisse aus den Foren sollen am Samstag in perspektivisch arbeitenden, aktionsorientierten Workshops konkretisiert und eventuell so aufgearbeitet werden, daß für das Plenum am Samstag nachmittag Vorschläge für die Weiterarbeit des BUKO daraus entstehen. Damit aber die Diskussionen und (Einzel-)Ergebnisse der einzelnen Foren für alle, die nicht an dem jeweiligen Forum teilgenommen haben, nachvollziehbar werden, sollen in den Foren schriftliche Berichte angefertigt werden, die dann im BUKO 18-Nachbereitungsheft des »FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen« erscheinen werden.

### Workshops

Wie schon im Vorspann der Foren angekündigt, wird es am Samstag morgen einerseits Workshops geben, die die Foren-Diskussionen hinsichtlich Weiterarbeit und Aktionsmöglichkeiten fortführen (teilweise sind diese Workshops zusammen mit den Foren-Texten angekündigt). Andererseits werden auch verschiedene Workshops stattfinden, so z.B. ein Diavortrag über den Besuch einer BUKO-Delegation in Kurdistan, unabhängig von den Foren-Themen. Genaue Informationen werden während des Kongresses auf Wandzeitungen mitgeteilt.

### Frauenplenum

Alle Frauen sind eingeladen, die Fragen der Vertretung von Fraueninteressen und -forderungen im BUKO gemeinsam und öffentlich zu diskutieren.

### Medienbörse

Auf der Medienbörse können interessierte Gruppen und Einzelpersonen Bücher, Broschüren, Arbeitsmaterialien und sonstige Informationen ausstellen. Wegen des Platzmangels müssen sich die Interessierten unbedingt auf dem Anmeldeabschnitt anmelden. Standgebühr für kommerzielle Stände (z.B. große Verlage): 100,-DM, ansonsten kostenlos.

### Aktion

Als Aktion ist geplant, mit einer angemieteten roten Straßenbahn der KVB einige zentrale Punkte aus Politik, Wirtschaft und Geschichte (ZAST, BVG, Siemens, Kernforschungszentrum etc.) anzufahren. Während der Fahrt wird versucht, über die Stationen und ihre Hintergründe zu informieren. Dauer ca. 3 Std.

### Koordinierungsausschuß

In diesem Jahr ergeht an alle Mitgliedsgruppen folgende verschärfte Aufforderung:

Alle BUKO-Mitgliedsgruppen und auch Einzelpersonen aus Mitgliedsgruppen sollten sich überlegen, ob sie nicht für den KA kandidieren und sich damit für die BUKO-Arbeit zur Verfügung stellen wollen.

Gruppen mit Interesse an einer Mitarbeit im KA mögen sich bitte an die Geschäftsstelle in Hamburg wenden. Wir beantworten hier gerne alle Fragen in Bezug auf die KA-Arbeit.

### Resolutionen

Auch in diesem Jahr werden auf dem Kongreß nur Resolutionen abgestimmt, die bis zum 15.4.94 an die Geschäftsstelle des BUKO geschickt worden sind. Eine Resolutionsantrags-Kommission stellt fest, ob eingegangene Resolutionsvorschläge bereits existierende BUKO-Beschlüsse nur wiederholen würden. Solche werden dann nicht zugelassen. Inhaltlich ähnlich gelagerte Resolutionsanträge werden von der Kommission in sinnvoller Weise gebündelt. Um den Gruppen Gelegenheit zu geben, die Resolutionen zu diskutieren, werden sie mit den Vorbereitungsmaterialien verschickt. Später eingehende Resolutionen werden nur noch zugelassen, wenn sie durch aktuelle Ereignisse bedingt sind.

### Vorbereitungsmaterialien

Das VorbereitungsFORUM und weitere Infos und Resolutionsvorlagen werden mit der Anmeldebestätigung ab 22.4.94 verschickt.

Die zu den einzelnen Foren vorliegenden »Basisinformationen« (einführende Texte) werden gegen Erstattung der Kopierkosten (3,- DM in Briefmarken der Anmeldung beilegen und entsprechendes Forum ankreuzen!) verschickt.

Bitte meldet Euch so schnell wie möglich an! Das hilft uns sehr für unsere Vorbereitungen (allerspätestens 20.4.94).

## Anmeldung für den 18. Bundeskongreß in Karlsruhe, 12.5. – 15.5.1994

(an den Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg)

- |                                      |                                                 |                                                                            |                            |
|--------------------------------------|-------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------|----------------------------|
| 1) Name der Gruppe/Institution ..... | 4) Mitglied                                     | <input type="radio"/> ja                                                   | <input type="radio"/> nein |
| 2) Anschrift .....                   | <input type="radio"/> örtliche Basisgruppe      | <input type="radio"/> Interesse an der Mitgliedschaft                      |                            |
| 3) Status .....                      | <input type="radio"/> Institution/Bundesverband | <input type="radio"/> Interesse an der Mitarbeit im Koordinierungsausschuß |                            |
|                                      | <input type="radio"/> sonstige/r Teilnehmer/in  |                                                                            |                            |



## Weitere Informationen

### Termin und Ort

Der 18. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen findet vom 12.5. bis 15.5.94 im Kulturzentrum »Tollhaus«, Schlachthausstr.1, 76131 Karlsruhe statt.

### Teilnahme

Teilnehmen am 18. Bundeskongreß kann jede oder jeder, die/der die Teilnahmegebühr bezahlt hat. Stimmberechtigt sind allerdings nur Delegierte von BUKO-Mitgliedsgruppen, die für das Jahr 1994 ihren Mitgliedsbeitrag bezahlt haben. Der BUKO-Jahresbeitrag beträgt pro Gruppe 200,- DM (plus FORUM-Abo 50,- DM). Institutionen, Bundesverbände und Koordinationen können am Kongreß nur als Beobachter ohne Stimmrecht teilnehmen. Die beobachtende Mitgliedschaft kann bei der Geschäftsstelle formlos beantragt werden (Jahresbeitrag 450,- DM, plus FORUM-Abo 50,- DM).

### Anmeldung

Zur Anmeldung muß der untenstehende Abschnitt vollständig ausgefüllt und der Teilnahmebeitrag (80,- DM für TeilnehmerInnen aus BUKO-Mitgliedsgruppen, 110,- DM für sonstige TeilnehmerInnen) IM VORAUS auf das Konto des BUKO überwiesen werden:

Postbank Hamburg, Kto.-Nr. 79112-201 (BLZ 20010020). Bitte gebt auf der Überweisung den Namen der Gruppe deutlich an.

Der Anmeldeschluß ist der 20.4.94. Die Anmeldung auf dem Kongreß selbst erfolgt im Kulturzentrum »Tollhaus«.

### Fahrtkosten

Fahrtkosten werden wahrscheinlich weitestgehend erstattet.

### Essen

Um uns eine Flut von Plastikgeschirr zu ersparen, werden die TeilnehmerInnen gebeten, ihr eigenes Geschirr (Becher, Schüssel, Teller) und Besteck mitzubringen.

### Kinder

Für Kinderbetreuung während des Kongresses kann gesorgt werden. Dafür ist es aber notwendig, daß auf dem Anmeldebogen Angaben gemacht werden: Wieviele Kinder werden mitgebracht? Wie alt sind diese?

Bitte erleichtert uns die Organisation, indem Ihr Kinder, die angemeldet wurden und dann doch nicht mitkommen werden, wieder abmeldet.

## Programm BUKO 18

### Donnerstag 12.5.94

- 13.00-15.00 Anreise, Anmeldung im »Tollhaus«
- 15.00-18.00 Kongreß-Eröffnung mit Begrüßung und Einführung den Kongreß anschließend
- Podiumsdiskussion »BRD und Neue Weltordnung: Kontinuitäten, Brüche, Widerstand«
- Als DiskussteilnehmerInnen sind angefragt: Joachim Hirsch, Heiner Möller, Eva Quistorp, Ulla Jelpke, Heleno Saffa
- 18.00-19.00 Abendessen
- 19.00-20.30 Vorstellung der Foren, die am Freitag ganztägig stattfinden
- 20.30 Konzert der Gruppe »44 Leningrad«

### Freitag 13.5.94

- 08.30 Frühstück
- 09.00-13.00 Foren
- 13.00-14.30 Mittagessen und Pause
- 14.30-18.00 Foren
- 18.00-19.00 Abendessen
- 19.00-21.00 Frauenplenum
- 21.00 Konzert von Maisha Grant und Band

### Samstag 14.5.94

- 08.30 Frühstück
- 09.30-13.00 Workshops, die an den Foren-Themen weiterarbeiten
- sonstige Workshops und Treffen
- Öffentlichkeitsaktion in Karlsruhe
- 13.00-14.30 Mittagessen und Pause
- 14.30-19.00 Plenum zur BUKO-Politik (Rechenschaftsbericht, inhaltliche Schwerpunktsetzung, Beschlüsse, Resolutionen, Seminare etc.)
- 19.00-20.00 Abendessen
- 20.00 Kabarett und Disco

### Sonntag 15.5.94

- 08.30 Frühstück
- 08.30-09.00 Fahrtkostenerstattung
- 09.30-13.00 Fortsetzung des BUKO-Politik-Plenums: Neuwahl des Koordinierungsausschusses (KA), Abstimmung von Inhalten und Orten Kleiner BUKO und des BUKO 19
- 13.00 Mittagessen und anschließend Abreise

## Beilage internationalistischer Zeitschriften Nr. 9

Auflage: 40.000 (Juni / Juli 1993)

In: lla Nr. 165, südostasiatische Informationen 2/93, iz3w 190, EPK 2/93, Dritte Welt 2/93, Relaciones Juni 93, u.a.

## MILITARISMUS



# 500 Jahre Kolonialismus 500 Jahre Widerstand

Die Militarisierung der Politik ist wieder hoffähig geworden. Militärs sind als reales Machtinstrument einsetzbar. Nichts neues in der Geschichte des Kolonialismus. Allerdings ist die derzeitige Begründung besonders perfide: Im Namen des Humanismus werden die neuen »Wüstenstürmer« gedrillt, um eigene Interessen zu verfolgen.

Wir wollen in dieser Debattenbeilage auch kontroverse »Stimmen von Außen« zu Wort kommen lassen. Der Mexikaner Carlos Fazio weist auf die hierzulande kaum bekannte Militarisierung der Gemeinschaft der amerikanischen Staaten (OAS) hin. Der Bürgerrechtler Chandra Muzaffar aus Malaysia konfrontiert die Europäer mit ihren eigenen Wertvorstellungen. Wir dokumentieren zudem einen Aufruf des »Komitees für Grundrechte und Demokratie« und greifen selbst mit einem Kommentar in die Debatte ein.

## In Bosnien und weltweit militärisch eingreifen? Besser nicht!

### Eine Stellungnahme aus der Friedensbewegung

Die Vorstellung, man könne mit einigen gezielten militärischen Aktionen das Leiden der Menschen in Bosnien-Herzegowina schnell beenden, ist eine Illusion. Weder Flugverbot noch seine Erzwingung, noch der Angriff auf militärische Knotenpunkte, weder der Einsatz schwerer Waffen oder gar Abschreckungs- und Vergeltungsangriffe auf Serbien können dies leisten.

Es gibt keinen schnellen Frieden durch militärische Interventionen. Es gibt aber die sehr reale Gefahr der Ausweitung des Krieges. Schon das viel gebrauchte Wort vom »Befreiungsschlag« macht deutlich, daß alles, was derzeit unter dem Stichwort »militärische Intervention« diskutiert wird, ohne jedes friedensstiftende Ziel ist. Die Interventionspolitiker, die die Menschenrechte nur im Munde führen, sind deshalb u.a. mit folgenden Forderungen zu konfrontieren:

- konsequent humanitäre Hilfe
- ausreichende finanzielle Ausstattung der UN für ihre Vermittlungsarbeit
- Systematische Unterstützung der Antikriegs- und demokratischen Oppositionen und ihr Einbezug in das internationale Gespräch
- Herstellung einer Gegenöffentlichkeit in den nationalistisch-ideologischen

verhetzten Gesellschaften, damit sich von innen heraus etwas verändern kann (auch in der BRD!, Anm. der Red.)

- Auflösung des neuen Feindbildes »die Serben«
- Durchsetzung des Embargos in Formen, die es ermöglichen, humanitäre Gesichtspunkte zu berücksichtigen
- Entwicklungsperspektiven für den gesamten Balkanraum
- Unterstützung der Menschen und Gruppen, die von außen humanitäre Hilfe leisten, als Freiwillige in Flüchtlingslagern arbeiten, Kriegsflüchtlinge und Deserteure beherbergen usw.

Aber viele Politikerinnen und Politiker reden wahrscheinlich vor allem deshalb von Militärinterventionen, weil sie nicht bereit sind, konkret zu helfen. Die Schließung der deutschen Grenzen gegen bosnische Flüchtlinge beweist dies. Würden wirklich humanitäre Motive im Vordergrund stehen, bräute man nur die Grenzen zu öffnen, um Insassen aus Internierungs- und Gefangenenlagern und Flüchtlingen Zuflucht zu schaffen. Doch das Mögliche geschieht nicht. Vielen Politikerinnen und Politikern geht es um die Nutzung der günstigen »Gelegenheit«, der deutschen Gesellschaft die Zustimmung

zum begrenzten Einsatz der Bundeswehr abzuverlangen. So ist auch der Somalia-Einsatz nur ein Spielchips zu diesem Ziel, ebenso wie die Awacs- und Interventionsdiskussion: ein infamer Mißbrauch menschlicher Not.

Im Rahmen der europäischen Integration drängt die deutsche Bundesregierung darauf, die EG zu einer militärischen, global eingreiffähigen Großmacht werden zu lassen, obwohl ganz offensichtlich die wirklichen Probleme des Friedens, der Umwelt und der Armut militärisch nicht gelöst werden können. Also eine falsche Weichenstellung. Wir sind überzeugt, wird heute auf humane Weichenstellung verzichtet, brennt morgen der ganze Globus!

(Text von der Redaktion gekürzt)

**Komitee für Grundrechte und Demokratie**  
Bismarckstr. 40  
5000 Köln 1  
Tel. 0221 52 30 56  
Weitere Informationen zu Out-of-Area Einsätzen der Bundeswehr bei:  
**Netzwerk Friedenskooperative**  
Römerstr. 88  
5300 Bonn 1  
Tel. 0228 69 29 04  
Fax. 0228 69 29 06



## Von Friedensaposteln und anderen Militärstrategen.

### Das neue "Wir-Gefühl"

In der Debatte ob "wir" in möglichst vielen Teilen der Welt militärisch intervenieren sollen, hat die staatstragende Linke den analytischen Löffel abgegeben. Die selbsternannten Vorzeigeveteranen der 68er, Joschka Fischer und Danny Cohn Bendit, sind die Prototypen in dem von den Medien hochgeputzten politischen Komödiensattel. Fischer, in Gedanken schon ministerial in Bonn, bewegt die zentrale Frage: was sag' ich den deutschen Müttern, wenn die ersten Zinksärge hier landen? Ihm als Taktiker ist bekannt, daß bisher für den Helden Tod "unserer" Jungs keine Mehrheiten in Sicht sind. Cohn Bendit spielt die personifizierte Moral und ereifert sich über den "Völkermord": er will lieber heute als morgen in Bosnien einmarschieren. Gar bitterlich beklagt er sich über die deutsche Linke, die nicht wie in alten Zeiten auf die Straße geht.

Es ist schon sonderbar, wie in den letzten zwei Jahren der bundesrepublikanische Nachkriegskonsens, auf den Punkt gebracht durch den Satz — Der Friede ist der Ernstfall —, außer Kraft gesetzt wird. Hinter dem Krieg stand der Atomtod. Generationen von Jugendlichen wurden Waffen als reine Abschreckungsmittel vermittelt. Zudem schien gerade die Friedensbewegung Anfang der 80er Jahre den good-will des besseren Deutschlands zu zeigen, aus den Erfahrungen der Geschichte zu lernen und jeder Form der Militarisierung mittels Händchenhalten und Massenaufmärschen einen Riegel vorzuschieben.

Vor dem Hintergrund dieses absoluten peace keeping übersieht man aber allzu leicht, warum es einem Teil der Friedensbewegung eigentlich ging und es nicht verwundert muß, wenn heute ehemalige Friedensaktivistinnen mit dem Generalinspekteur der Bundeswehr Rambo-Pogo tanzen. Der eigene, atomwaffenfreie Vorgarten, das durch die Stationierung von Mittelstreckenraketen in seiner Existenz bedrohte Europa war die Triebfeder von nicht wenigen FriedensfreundInnen. Die heutige Empörungsformel „In Europa herrscht Krieg und wir schauen zu“ offenbart nur die Kehrseite eines auch gerade in linken Kreisen herrschenden "Europäismus", der Europa mit Zivilisation gleichsetzt. Diese Anfang der 80er durch die Aufrüstung der Großmächte bedrohte europäische 'Zivilgesellschaft' muß heute im 'eigenen' Haus für Ordnung sorgen.

Auf wessen Kosten solche eurozentrischen Sichtweisen gehen und wer traditionell als Gegenbild für das fortschrittliche Europa herhalten muß, hat die internationalistische Linke eigentlich lange genug thematisiert. Nun nach dem Ende des Kasernenhofsozialismus sind überall alte Gewißheiten am zusammenbröckeln. Neue Feindbilder reproduzieren das alte 'Gut-Böse-

Schema' und bieten ideologische Strohhalm zur Komplexitätsreduktion in einer unübersichtlich gewordenen Welt.

Zwei Konstellationen, die eng mit der europäischen Geschichte verhaftet sind, feiern fröhliche Urstände. Einerseits wird das Bild des grausam-heimtückischen Asiaten neu gezeichnet. Die Serben — das kriegerische, vandalisierende, vergewaltigende 'Volk' — rechtfertigen eine Intervention im Namen europäischer Vernunft, die mit dem 'kroatischen Volk' gleichgesetzt wird. Die Bosnier stehen zur Zeit für das Idealbild der Multi-Kulti-Gesellschaft. Sollten sie aber Sympathie für muslimische Fundis zeigen, kann sich das schnell ändern. Überall stereotype Kennzeichnungen, um alte Vorurteile zu untermauern. Schlimmer noch in Afrika. Dort steht der "homo somaliensis" für den ganzen "Elendskontinent": Hungernde Kinder, Aids und marodierende Banden schreien geradezu nach westlicher Mission, diesmal nicht im Namen des Kreuzes, sondern im Namen eines caritativen Humanismus, der seine neokolonialen Perspektive mehr recht als schlecht verbirgt. Zum Beispiel Angola: Wirksamen politischen Druck auf die UNITA gibt's erst dann, wenn die Förderung strategischer Rohstoffe gefährdet ist. Politiker wie Rühre, die jahrelang mit wesentlich höheren Beträgen Diktatoren wie Siad Barre unterstützten (Polizei- und Militärhilfe von der BRD und Geheimdienstaufbau von der DDR), reden jetzt blumig über „die Engel von Phnom Penh“ und die universellen Menschenrechte. Dabei geht es doch schlicht um eigene Interessen. Sollten die gequälten Menschen auf die Idee kommen, hier Bürgerrechte einzufordern, stehen sie vor der Festung Europa.

Vier "Entwicklungskaden" predigten die Priester der Metropolen: „Ihr habt die Chance so zu sein wie wir, wenn ihr euch anpaßt und anstrengt“. Heute, wo die Plätze in der Weltwirtschaft besetzt sind und dem Teil der Welt, der nicht am Tisch Platz nehmen kann, empfohlen wird, sich in die "Treuhandschaft" der Industrieländer zu begeben, sind wir wieder an einem klassischen Topos angelangt: Die Barbarei der 'Unterentwickelten' zeigt letztlich nur, daß "wir" halt doch die besseren sind.

Hinter der heilsmisionarisch verkleideten Caritas kommen Entwicklungen zum Tragen, die auf drei Ebenen einen neuen 'pax imperialistica' einleiten: In Somalia wird die "Lösung" zukünftiger Konflikte geprobt, die angesichts der Abschreibung ganzer Kontinente nicht ausbleiben werden. In Europa werden auf dem Rücken Ex-Jugoslawiens die zukünftigen Kräfteverhältnisse — sowohl in der EG als auch zwischen den Machtblöcken — ausgehandelt. Der Streit

zwischen Frankreich, England und Deutschland um die Anerkennungspolitik macht dies ebenso deutlich wie die Vereinnahmung Russlands nach dem Motto "Kredite gegen politische Ruhestellung". In Deutschland selbst kann sich unter dem vordergründigen „Verantwortung in der Welt übernehmen“ eine aus historischen Gründen desavouierte 'Normalisierungs'-politik entfalten. Zunächst als teure PR-Tour in den Norden Somalias. Was die Bundeswehr dort leisten soll, machen andere Organisationen im Rahmen herkömmlicher "Entwicklungshilfe". Schon beim nächsten Mal, z.B. in Aserbaidschan, könnte es blutiger Ernst werden.

Wer angesichts dessen mit der Forderung daherkommt, doch bitte Implikationen und Konsequenzen von Interventionen mitzudenken, kommt leicht in den Geruch des Unmenschen. Angesichts des medial selektiv aufbereiteten Leids verkommt der kritische Einwurf zu purer Ketzerei.

Was ist aber mit dem berechtigten Mitleid, der moralischen Empörung über die Schwerkereien weltweit? Mitleid ist scheinbar selbstlos, wird ohne Eigeninteresse praktiziert — damit aber implizit geleugnet, daß die Verhältnisse hier etwas mit den Verhältnissen dort zu tun haben. Man schaut in entfernte Teile der Welt, beklagt fremdes Leid in fremden Ländern. Saturierte Ex-Linke, die ausschließlich verbal moralischen Kategorien verhaftet sind, ohne gleichzeitig Handlungsdefizite an sich selbst zu erkennen, müssen nach Gründen suchen, um dieses fortbestehende Elend ertragen zu können. Sie geben früher oder später die Schuld für das Leiden an diejenigen zurück, die man zuvor noch zutiefst bedauert hat.

Christine Parsdorfer / Georg Lutz

#### Plakatserie zum Recht auf Asyl

Zur Forderung: „Das Recht auf Asyl bleibt“ ist eine Plakatserie entstanden, in der versucht wird, mit Fotos und knappen Texten Zusammenhänge zwischen Fluchtursachen und der Politik in den Metropolen aufzuzeigen. Themen der einzelnen Plakate sind:

- ★ „Menschen fliehen vor Krieg — die Waffen kommen aus Deutschland: Den Waffenhandel unterbinden!“
  - ★ „Polizei- und Militärhilfe für Folterstaaten — die Opfer suchen Asyl: Folterhilfe einstellen!“
  - ★ „Sündenböcke für die Pleite im Osten: Die Verantwortlichen benennen!“
  - ★ „Wenn schon Bananen aus Hungerländern, dann auch die Menschen: Ausbeutung der 3. Welt beenden!“
  - ★ „Todeschüsse an der Grenze? Keine neuen Mauern bauen!“
  - ★ „Reichtum im Westen durch Armut im Rest der Welt: Die Fluchtgründe beseitigen!“
- Die Plakatserie besteht aus sechs Motiven im DIN A 2-Format und kostet DM 10.— (inkl. Porto), ab 50 Exemplaren 50 Pf./Stück. Bezug: A. Willer, Postfach 103 923, 3500 Kassel.

## Aufruf an das Gewissen Europas

Die Situation in Bosnien Herzegowina ist eine Herausforderung an das Gewissen Europas und stellt seine Verpflichtung für Freiheit, Menschenrechte, und Multikulturalismus auf die Probe. Jetzt ist es Zeit zu prüfen, ob Europas Worte Europas Wirklichkeit entsprechen. Sarajevo ist der Ort, an dem es sich ein für alle mal entscheiden wird, ob jene noblen Ideale und erhabenen Werte, die die westliche Zivilisation für sich beansprucht, aufrichtig gewollt oder nichts als pure Heuchelei sind.

Obwohl Regierungen und Menschenrechtsgruppen in Europa versucht haben, einige spezifische Aspekte dieses schrecklichen Angriffs auf die Menschenwürde zu benennen, entsprach ihre Reaktion kaum dem Ausmaß der Tragödie, zumal ausgerechnet die Länder, die die Respektierung der Menschenrechte als das fundamentale Kriterium für ein zivilisiertes System betrachten, es verpaßt haben, Stellung zu beziehen. Menschenrechtsgruppen, deren Betroffenheit und Empörung keine Grenzen kennen, wenn irgendein Dissident in Ruanda exekutiert oder irgendein Kritiker in Lesotho gefoltert wird, haben ihre moralische Entrüstung im Falle von Bosnien Herzegowina nicht in konkretes Handeln übersetzt (...). Liegt es womöglich daran, daß die Übeltäter diesmal Europäer sind, daß ein gewisser Widerwillen existiert, die Massen im Namen der Menschenrechte und der Freiheit zu mobilisieren? (...)

Der Klang der Freiheit aus Bosnien Herzegowina hat eine besondere Bedeutung, da er stellvertretend für eine der bedeutensten ethnischen Minderheiten in Europa steht: Denn davon, wie Europa Bosnien Herzegowina mit seiner muslimi-

schen Kernbevölkerung behandelt, wird auch die Art der Beziehungen zwischen der (christlichen) Mehrheit und der muslimischen Minorität auf dem gesamten Kontinent abhängen. Es ist durchaus wahrscheinlich, daß die muslimischen Minderheiten in anderen Teilen Europas nach den Vorkommnissen in Bosnien Herzegowina auch den letzten Rest von Vertrauen in die Gerechtigkeit und Fairness europäischer Regierungen verlieren werden. Bedenkt man darüber hinaus, daß viele dieser muslimischen Minoritäten nicht-europäischer Herkunft sind, wäre es keinesfalls verwunderlich, wenn sie sagen würden: Solange selbst Muslime europäischer Herkunft Herabwürdigungen der schlimmsten Art schutzlos ausgeliefert sind, ist unsere Situation so oder so hoffnungslos.

Zudem sollte sich Europa auch aus historischen Gründen verpflichtet fühlen, den Muslimen in Europa und der Welt durch seinen Umgang mit Bosnien Herzegowina zu beweisen, daß es Willens und in der Lage ist, ihnen Gerechtigkeit zukommen zu lassen. Denn seit mehr als zwölfhundert Jahren haben sich die einflussreichsten und mächtigsten Gruppen der europäischen Gesellschaft dem Islam und den Muslimen äußerst feindselig und ablehnend gegenübergestellt. „Der westliche Blick auf den Islam und die Araber“, so der Diplomat und Gelehrte Erskine B. Childers, „basiert selbst im späten zwanzigsten Jahrhundert auf kaum etwas anderem als Ablehnung, Furcht, tief verwurzelten Vorurteilen und Stereotypen“. Hätten Europa und der Westen gegenüber Bosnien Herzegowina von Anfang an eine entschlossener Position eingenommen, hätten sie eine ganze Reihe von Menschen davon überzeugen können, daß sie nun ernsthaft gewillt sind, ihre Ablehnung und ihre Vorurteile gegenüber einer religiösen Zivilisation, der sie soviel verdanken, ernsthaft zu revidieren.

Hinzu kommt, daß die Bekämpfung anti-islamischer Vorurteilsstrukturen auch dazu beitragen könnte, das europäische Denken von seiner ethnozentrischen und rassistischen Verfaßtheit zu befreien.

In gewisser Hinsicht ist Bosnien Herzegowina ein Lackmus-Test, an dem sich ablesen läßt, welchen Einfluß Rassismus und Ethnozentismus noch auf den europäischen Umgang mit "dem Anderen" ausüben. Da Muslime immer als "das Andere" wahrgenommen wurden, ist die europäische Antwort auf die Frage, wie auf dem Kontinent mit muslimischer Kultur und Identität umgegangen werden soll, im besten Fall ambivalent. Es ist diese Ambivalenz, die größtenteils für die Lage der europäischen Muslime — nicht nur in Bosnien Herzegowina, sondern auf dem Balkan überhaupt — verantwortlich ist.

Will man aber die europäische Einstellung den Muslimen gegenüber verändern, dann muß zu allererst das Verhältnis zum "Anderen" geändert werden. Das ist keine leichte Aufgabe. Haben doch die langen Jahrhunderte kolonialer Dominanz bzw. deren neue Spielformen in der gegenwärtigen Welt dazu geführt, daß sich der europäische Charakter als höherwertiger begreift (...)

Dieses Gefühl der Überlegenheit kommt mit "Theorien" über biologisch determinierte Zusammenhänge zwischen Aussehen und Fähigkeiten, Gestalt und Kultur daher, und ist in Wahrheit nichts anderes als die Grundlage jeder Form von Rassismus. Und genau deshalb heißt es in einer UNO-Studie von 1989, daß Rassismus und rassistisch motivierte Diskriminierung „eine europäische Erfindung sind, die noch keine 300 Jahre alt ist und eng mit der von Europa ausgehenden Erforschung anderer Kontinente und dem Zusammentreffen mit nicht-europäischen Kulturen zusammenhängt.“ Genau hierin liegt die Bedeutung der Frage, wie sich Europa Bosnien Herzegowina gegenüber verhält (...)

Europa sollte in Bosnien Herzegowina intervenieren und sollte auch nicht davor zurückschrecken, militärische Gewalt anzuwenden, um die Serben und ihre Völkermord-Politik zu stoppen. (...) Europa hat die Mittel dazu. Fraglich ist, ob es auch den Willen dazu hat.

Chandra Muzaffar aus »Aliran Monthly«  
Ausgabe 8 / 1992, Malaysia  
(Übersetzung: Frank Sträter)

#### Beilage internationalistischer Zeitschriften, Nr. 9, Auflage: 40.000

Herausgeber: Argentinien-Nachrichten, blätter des iz3w, Bolivia, Brasilien-Nachrichten, Brennpunkt DRETT Welt, Die Brücke, Cuba Libre, Dritte Welt, epd-Entwicklungspolitik, EPK, Forum, IKA, Ila, INKOTA-Brief, Korea-Forum, Lateinamerika Anders, Lateinamerika-Nachrichten, Philippinen-FORUM, POSITION, Relaciones, Brasilien-, Guatemala-, Kolumbien-, Nicaragua-Rundbrief, Coordination gegen BAYER-Gefahren, STICHWORT, südostasien informationen, Trialog, WERRKEN  
Redaktion: blätter des iz3w, Postfach 5328, D-7800 Freiburg, Tel. 0761 74 003, Fax. 0761 70 98 66  
Layout: Andreas Wenzel  
V.i.S.d.P.: Georg Lutz  
Druck: Druckerei Dieter Weber, Freiburg

#### Menschen fliehen vor Krieg Die Waffen kommen aus Deutschland



Die Export deutscher Waffen ist ein Mordanschlag auf jeden Krieg, welcher nach deutschen Waffen ausbricht.  
Die letzten Toten: Hunger, Obdachlosigkeit, Seuchen und Mordanschläge.  
Hilfungen von Kriegsgeldern verringern die Bundesregierung lediglich die Leid auf der Erde, wenn durch ein Verbot des Waffenhandels das Überleben gesichert werden kann.

Den Waffenhandel unterbinden:  
Das Recht auf Asyl bleibt.



## Die USA und das "Recht auf Einmischung"

### Das Beispiel Zentral- und Südamerika

Der 15. Dezember 1992 ist ein entscheidendes Datum für die Souveränität der lateinamerikanischen Nationen. Heute werden die USA auf der Generalversammlung der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) in Washington alle ihre politischen und diplomatischen Möglichkeiten einsetzen, um zu versuchen, die wiederbelebte Organisation der beiden Subkontinente zu einem Instrument zu machen, das den Interessen des Pentagon dient.

Dabei geht es hauptsächlich darum, in die Charta der Organisation das „Recht auf Einmischung“ einzuführen und die OAS in eine supranationale Polizei zu verwandeln.

Die USA und ihre Lakaien, mit Argentinien an der Spitze, insistieren schon seit drei Jahren darauf, daß die OAS militarisiert werden soll. Im Mai vergangenen Jahres auf der 22. Generalversammlung der Organisation in Nassau (Bahamas) haben die nordamerikanischen Diplomaten Druck ausgeübt, damit die sogenannte Interamerikanische Verteidigungsorganisation in die OAS eingegliedert wird. Auf diese Weise soll der in Verruf geratene interamerikanische Vertrag zur wechselseitigen Unterstützung (TIAR) ersetzt werden. (Anmerkung des Übersetzers: Auf Grund dieses Vertrags hätten die USA im Malvinen-Krieg 1982 militärisch Argentinien gegen Großbritannien beistehen müssen, was aber nicht geschah). Der mexikanische Außenminister Fernando Solana hat sich in Nassau gegen die Schaffung einer supranationalen Militärstruktur gewehrt. In erster Linie deshalb, weil die militärische Struktur sogenannte „operative Operationen“ übernehmen soll. Die neue Verpackung, mit der jetzt die Notwendigkeit eines gesamtamerikanischen Gendarms, der vom Pentagon dirigiert wird, verkauft werden soll, ist die Verteidigung der Demokratien. In Santiago de Chile im Juni 1991 war es die Aufgabe der Vertreter Venezuelas, den Plan der USA vorzutragen. Es soll wieder ein Mechanismus geschaffen

werden, der es mit der Ausrede, man wolle sich für die Stärkung der Demokratie auf dem Subkontinent einsetzen, ermöglicht, gemeinsam die diplomatischen Beziehungen abbrechen und den Ländern die Eigenschaft als Mitglied der OAS abzuspochen, in denen „eine demokratische Regierung abrupt beendet wird“. Außerdem soll die Möglichkeit geschaffen werden, Sanktionen zu beschließen.

Der Sinn dieser Formel, für die sich die USA so heftig eingesetzt haben, besteht darin, der OAS die Möglichkeit der Intervention zu verschaffen. Der nächste Schritt, der mit dem ersten zusammenhängt, besteht darin, eine internationale Militärtruppe unter der Fahne der OAS zu gründen. Damit hätten die USA ein diplomatisches Deckmäntelchen, mit dem sie in jedem Land intervenieren könnten, bei dem Washington der Ansicht ist, es entferne sich von „seinen demokratischen Normen“. Dies würde für die USA mit geringen politischen Kosten verbunden sein, da die politische Verantwortung auf diese Weise geteilt wird. Es handelt sich also um einen Sicherheitsrat der OAS.

Nach mehrmonatigen schwierigen Verhandlungen zwischen den Außenministern der amerikanischen Länder wurde die ursprüngliche Formel, die die USA vorgeschlagen hatten, geringfügig modifiziert. Die Veränderung, auf die sich die Mitgliedsländer der OAS mit Ausnahme Mexikos geeinigt haben, sieht vor, in die Charta der OAS die Möglichkeit aufzunehmen, ein Mitglied zu suspendieren, dessen demokratische Regierung mit Gewalt gestürzt worden ist. Diese Suspendierung der Mitgliedschaft, so formuliert es der Vorschlag, soll sich nur auf die Teilnahme an den Körperschaften und Sitzungen der OAS beziehen, aber nicht auf die Eigenschaft als Mitglied. Die mexikanische Regierung hat mitgeteilt, daß sie sich dieser Suspendierung von Mitgliedern widersetzt, da sie der Auffas-

sung ist, daß dies dem Prinzip der Universalität widerspricht, auf dem die Effizienz der internationalen Organisationen beruht. Sie lehnt die Möglichkeit des Ausschlusses auf Grund von Kriterien einer „zweifelhafte ideologischen Konvergenz“ und damit das Mittel des Zwangs ab, um Demokratie durchzusetzen.

Obwohl die Militarisierung der OAS nicht ausdrücklich als wichtigster Tagesordnungspunkt der Generalversammlung genannt wird, hat Washington darauf hingearbeitet. Das Ziel besteht darin, die OAS in eine Organisation zu verwandeln, die zum „Richter“ über die Demokratien Amerikas wird, mit dem Recht, nach Freibeutermanier überall dort militärisch zu intervenieren, wo sie der Ansicht sind, daß die Demokratie nicht funktioniert. Für diese Neuaufgabe ihrer Rolle als „Weltpolizist“ brauchen die USA eine OAS, die über die Regierungen der Region zu Gericht sitzt, die über eine überall verfügbare Eingreiftruppe verfügt — ein alter Wunschtraum der USA — und die an jedem beliebigen Punkt des Subkontinents unter der Fahne der OAS eingesetzt werden kann, wobei sie sich über die nationale Souveränität und nationalen Streitkräfte der betroffenen Länder hinwegsetzt. Die geschähe in gleicher Weise wie vor wenigen Jahren am Persischen Golf und jetzt in Somalia, wo die UNO als Präservativ des Pentagons fungiert. Die USA müssen ihren Anspruch, in Lateinamerika militärisch intervenieren zu dürfen, im voraus legitimieren. Denn der übertriebene Neo-Liberalismus, den die Technokraten, die gegenwärtig an der Macht sind, nach dem Rezept des IWF anwenden, hat dazu geführt, daß die Proteste sich vervielfältigen und die schwächlichen Demokratien ins Wanken geraten (...).

Carlos Fazio aus »El Financiero«  
15. Dezember 1992, Mexico  
(Übersetzung: Christian Neven-du Mont)

BRASILIAN NACHRICHTEN

LATEINAMERIKA  
NACHRICHTEN

STICHWORT  
BAYER

NICARAGUA  
Rundbrief

Política

SAGO INFORMATIONEN

DIE BRÜCKE TRIALOG

ila IKA CUBA  
LIBRE Kolumbien  
Rundbrief

RELACIONES  
REPORT

südostasien  
informationen

Brasilien Rundbrief

Entwicklungs  
POLITIK

EPK FORUM  
ENTWICKLUNGSPOLITISCHE  
KORRESPONDENZ

Guatemala  
Rundbrief

KOREA FORUM

brennpunkt  
drell

FORUM

WELT blätter des IZ3

DRITTE WELT

Seite IV

## Schwerpunkt: Militär in Lateinamerika

Vor 500 Jahren kamen die ersten „Europäer“ nach Amerika. Sie eroberten den Kontinent, unterwarfen Land und Leute. „Unser“ Reichtum gründet sich bis heute zu großen Teilen auf der Ausbeutung Lateinamerikas. Gleichzeitig half die christliche Kultur, den Boden für eine abhängige kulturelle Entwicklung zu bereiten. Unter anderem mit der Ausbildung lateinamerikanischer Militäreliten durch US-Militärs und sogar durch die Bundeswehr beeinflussen westlich-kapitalistische Vorstellungen von „Demokratie“ innenpolitische Konfliktaustragungen in und zwischen den Ländern der Region.

Aktuell zwingen politische Prozesse in Nicaragua und El Salvador zum Nachdenken - auch in unserer Solidaritäts- und Friedensbewegung. Einerseits könnten wir Hoffnung auf friedliche Entwicklungswege hegen, weil die Gräben zwischen bisher unversöhnlich scheinenden Gegnern schmaler werden. Andererseits deutet sich an, daß die Militärs in neuen Funktionen die Geschicke der Länder zentral mitbestimmen.

Grund genug, wieder genauer über den großen Teich zu schauen. Mit unserem Schwerpunkt "Militär in Lateinamerika" konzentrieren wir uns auf einige wenige Aspekte und Länder. Wer mehr wissen will, Adressen von Gruppen und Organisationen, die weitere Informationen geben können. (G.W.)



### Zum "Schutz von Eigentum und Leben"

#### Zwei Jahrhunderte US-Militärpolitik in Lateinamerika

Jochen Hippler

Die USA haben ihre Nachbarn in Nord-, Mittel- und Südamerika historisch als ihr Einflußgebiet und natürlichen Expansionsraum betrachtet. Schon während des Prozesses der Staatsgründung haben die Vereinigten Staaten versucht, auch des nördliche Kanada militärisch an sich zu bringen und zum Bestandteil der USA zu machen. Überhaupt war das erste Jahrhundert der Vereinigten Staaten nicht nur eine Zeit der wirtschaftlichen Stärkung, sondern auch der Expansion. Diese räumliche und machtpolitische Ausdehnungsbestrebung begann aus geographischen Gründen auf dem amerikanischen Festland, griff aber bald darüber hinaus. Und diese Expansion war immer mehrdimensional: ideologische, politische und wirtschaftliche Machtmittel gingen mit militärischen Hand in Hand.

In gewissem Sinne stellte die Monroe-Doktrin des Jahres 1823 die Proklamation des US-Strebens dar, aus Lateinamerika eine Einflußzone zu machen. Die Monroe-Doktrin wollte den europäischen Einfluß (sei er kolonialer oder nicht-kolonialer Natur) aus Süd- und Mittelamerika ausschließen - und zugleich die USA aus Europa heraushalten. Zugleich war aber deutlich, daß sich Washington nicht uneigennützig für

die neuen, unabhängigen lateinamerikanischen Republiken einsetzte, sondern an eine eigene Vormundschaft dachte.

Aber selbst diese Proklamation stellte nicht den Beginn der Expansionspolitik dar: Schon 1809 und 1811 hatten die USA versucht, durch diplomatische und andere Mittel Kuba zu annektieren. Kurz darauf begannen die USA mit der Besiedlung des nördlichen Teiles von Mexiko, dem heutigen Texas. Und ein



Jahrzehnt später unternahmen sie eine - erfolglose - Militäroperation zur Eroberung der damals spanischen Karibikinsel Puerto Rico. Etwas später landeten die ersten US-Soldaten auf Kuba, vorgeblich zur Bekämpfung von Piraten. Thomas Jefferson erklärte in einem Brief: "Kuba wäre für unser Staatensystem die günstigste Erwerbung."

Im Jahrzehnt darauf verhängen die USA eine militärische Seeblockade gegen Argentinien und führen Krieg gegen Mexiko: Texas wird unter US-Einfluß unabhängig. Damit beginnt eine neue Phase: die Politik wird zunehmend massiver und erfolgreicher, und die Anwendung militärischer Mittel häufiger.

In den 40er Jahren des letzten Jahrhunderts versuchten die USA durch Bestechung die unabhängig gewordene Dominikanische Republik zu annektieren. Das gelang nicht, aber dafür wurde Texas zum amerikanischen Bundesstaat gemacht. Außerdem kommt es zu einem neuen Krieg der USA gegen Mexiko. 1848 ist Mexiko geschlagen, es verliert mit rund 2 Millionen qkm etwa die Hälfte seines Staatsgebietes an die USA. Auf diese Weise kommen Kalifornien, Nevada, Utah, New Mexico, Arizona sowie Teile von Wyoming und Colorado zu den USA.

In den 50er Jahren gelingt es dem amerikanischen Agenten William Walker, mit Waffengewalt in Mittelamerika Machtpositionen aufzubauen. Er ernannt sich selbst - unter Zustimmung des US-Präsidenten Pierce - zum Präsidenten Nicaraguas, später auch von El Salvador und Costa Rica. Die US-Regierung erkennt ihn an. Als eine Koalition mittelamerikanischer Staaten Walker 1857 schlagen, bombardieren US-Kriegsschiffe die nicaraguanische Hafenstadt San Juan del Norte.

Diese Kette militärischer Interventionen in Lateinamerika riß bis zur Eroberung Panamas während der Präsidentschaft George Bushs nicht mehr ab. Es lassen sich in der amerikanischen Politik zwar unterschiedliche Phasen, unterschiedliche Konzeptionen und verschiedene Akzentsetzungen beobachten: so sollten die "Politik der Guten Nachbarschaft" der dreißiger oder die Cartersche "Menschenrechtspolitik" der zweiten Hälfte der siebziger Jahre die kooperativen und integrativen Politikelemente betonen. Aber trotz dieser Akzentverschiebungen blieb die Grundeinstellung,

Lateinamerika als eigene, exklusive Einflußzone zu betrachten, erhalten. Dabei sollte allerdings nicht vergessen werden, daß in diesem Zusammenhang Lateinamerika keine Einheit darstellte: aus geographischen, politischen, wirtschaftlichen und strategischen Gründen war die Dominanz in Mittelamerika und der Karibik nicht nur am größten, sondern der Einsatz militärischer Machtmittel auch am einfachsten. Und trotz der politischen Akzentverschiebungen blieben militärische Machtmittel - bis hin zu direkten Interventionen - immer ein selbstverständliches Politikinstrument.

#### Intervention durch offene Invasion

Der Einsatz militärischer Mittel in der amerikanischen Lateinamerikapolitik ist kaum jemals voraussetzungslos, ohne bestimmte politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen erfolgt. Er war ein politisches Herrschaftsinstrument neben anderen, und meist nicht einmal das wichtigste. Außerdem waren und sind militärische Mittel in der Regel in andere Politiken eingebunden. Sie sind nur der drastischste Ausdruck einer umfassenderen Politik der Dominanz.

Bezogen auf US-amerikanische Militäreinsätze in Lateinamerika sollten drei Kategorien analytisch getrennt werden, auch wenn sie sich überlappen. Zuerst einmal gibt es Fälle direkter Invasionen mit konventionellem militärischen Charakter. Die Eroberung der Karibikinsel Grenada im Oktober 1983 oder des mittelamerikanischen Staates Panama im Dezember 1989 sind neuere Beispiele. In solchen Fällen greifen US-Truppen zu Land, Luft und See - je nach Umständen - die Streitkräfte eines lateinamerikanischen Staates an. Wenn der Kampf sich tatsächlich auf eine Auseinandersetzung zwischen Armeen beschränkt - und nicht etwa zum Guerillakrieg wird - ist ein Sieg der US-Truppen wegen ihrer zahlenmäßigen und waffentechnischen Überlegenheit sicher. Falls die Intervention allerdings gegen Aufständische, Guerillas oder in anderen etwas unklaren Situationen unternommen wird, können die materiell überlegenen US-Truppen konventionell kaum wirksam eingesetzt werden, und der Ausgang des Konfliktes ist unsicher. Der Kampf Sandinos in den zwanziger und dreißiger Jahren unterstreicht diesen Punkt.

Eine zweite Kategorie von US-Militäreinsätzen trägt eher unkonventionel-

### Zum Thema 500 Jahre Kolonialismus Materialien der ila

#### Kontinuitäten

Die wirtschaftliche Ausplünderung der „Dritten Welt“, die sexistische Unterdrückung der Frauen, der fortdauernde Rassismus und Eurozentrismus, die scheinheilige Politik der Kirchen und die schonungslose Ausbeutung der Natur stehen für die Kontinuitäten kolonialistischer Politik. An verschiedenen Beispielen zeigt der Reader auf, daß das Vergangene nicht tot, ja nicht einmal vergangen ist. Deutlich wird aber auch, daß es eine Kontinuität des Widerstandes gegen kolonialistische Politik gibt.

3. Auflage Januar 1992, 96 S., DM 5,-  
(+ 2,- DM Porto)

#### Eroberte Natur

Mit der Conquista begann auch eine Phase ökologischer Zerstörung in Lateinamerika, die bis heute andauert. Die ila 153 enthält Beiträge zur Geschichte und Gegenwart des ökologischen Kolonialismus und geht besonders auf die UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCED) im Juni 92 in Rio de Janeiro ein.

ila 153, März 1992, ca. 64 S., DM 6,-  
(+ 1,- DM Porto)

#### Reparationen an die Dritte Welt

Jahr für Jahr fließen Milliardenbeträge aus den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas als Schuldendienst an die Banken bzw. Regierungen des Nordens. Doch zahlen müßte nicht der Süden, sondern die Industrieländer, die diese Kontinente seit 5 Jahrhunderten ausplündern.

ila 155, Mai 1992, ca. 64 S., DM 6,-  
(+ 1,- DM Porto)

#### 500 Jahre Europäische Invasion in Lateinamerika

Die kommentierte Bücher- und Materialliste will allen an der Thematik Interessierten einen Leitfaden an die Hand geben und dabei helfen, sinnvoll aus dem Überangebot an Materialien auszuwählen. Angefügt ist ein Infoteil mit Hinweisen zu Ausstellungen, Medien und Initiativen.

Februar 1992, 72 S., DIN A5, DM 3,-  
(+ 1,40 DM Porto)

**ila**

Informationsstelle  
Lateinamerika (ila)  
Heerstr. 205, 5300 Bonn  
Tel. 0228/65 86 13



len Charakter. Das moderne Stichwort hierfür ist "Kriegführung niedriger Intensität", Low-intensity-warfare. Diese Interventionsform minimiert die direkte Rolle des US-Militärs. Sie will den Konflikt in einem Zielland primär als politisch-ökonomische Auseinandersetzung begreifen und die militärischen Maßnahmen darauf abstimmen. Militäroperationen in diesem Zusammenhang sind nicht im engeren Sinne daran orientiert, einen Krieg militärisch zu gewinnen, sondern einen politischen Sieg zu ermöglichen und abzusichern. Beispiele sind etwa die Kampagnen der Aufstandsbekämpfung der sechziger oder achtziger Jahre in Ländern wie Bolivien oder El Salvador. Klassische Fälle solcher Operationsformen wurden unter der Präsidentschaft John F. Kennedys eine Doppelstrategie: die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Lateinamerikas sollte durch ein "Hilfsprogramm" der "Allianz für den Fortschritt" gefördert werden, während neue Counter-insurgency-Strategien und Instrumente dies militärisch und repressiv absichern sollten. Beides waren zwei Seiten einer Medaille, es ergab aus US-Perspektive nur zusammen einen Sinn. Auf diese Weise konnte der Export der kubanischen Revolution erfolgreich verhindert werden.

Ähnlich war es bei der lehrbuchhaften Counter-insurgency-Kampagne in El Salvador der achtziger Jahre. Auch in diesem Fall blieb die direkte militärische Rolle der USA begrenzt, US-Kampfeinheiten wurden nicht eingesetzt. Trotzdem erwies sich die Kampagne, zumindest seit der Jahreswende 1983/84 als wirksam genug, die FMLN von der Macht fernzuhalten. Auch in diesem Fall spielte großzügige Wirtschaftshilfe, soziale "Reformen" eine entscheidende Rolle, die von der Effektivierung militärischer Operationen der salvadorianischen Armee durch US-Berater und Waffen nur flankiert wurde.

#### Inszenierung von Staatsstreich

Aufstandsbekämpfung war den USA aber nicht genug. Eine andere Operationsform bestand in der Organisation und Unterstützung subversiver Aktivitäten in lateinamerikanischen Ländern. In gewissem Sinne stellten bereits die Eroberungsversuche des William Walker oder die Abtrennung Panamas von Kolumbien zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts solche Fälle dar. Das mo-

derne Grundmuster allerdings wurde 1954 in Guatemala erprobt, als der US-Auslandsgeheimdienst CIA durch eine Gruppe guatemalteckischer Söldner eine frei gewählte Regierung stürzten. Eine sehr ähnliche Operation sieben Jahre später gegen Kuba (Invasion in der Schweinbucht) scheiterte allerdings kläglich. Zu einer neuen Blüte und ideologischen Überhöhung solcher Aktivitäten kam es in den achtziger Jahren: Die "Reagan-Doktrin" erklärte es zum Recht und zur Pflicht der USA, "demokratische Freiheitskämpfer" auch mit Waffen zu unterstützen - die offizielle Begründung für den jahrelangen Krieg der Contras gegen Nicaragua. Auch diese Form von Low-intensity-warfare war wieder keine primär militärische Angelegenheit. Sie war in eine massive Propagandakampagne, einen Wirtschaftsboykott und andere Maßnahmen eingebettet.

Eine dritte Kategorie US-amerikanischer Militärintervention, die allerdings mit Strategien von Low-intensity-warfare verwandt ist und in diesem Zusammenhang eine Rolle spielen kann, ist die Unterstützung, Auslösung oder Durchführung von Staatsstreich. Der Militärputsch war vor allem in den sechziger und siebziger Jahren ein militärisches Instrument der US-Lateinamerikapolitik. Die nachgewiesene Rolle der CIA beim Putsch gegen die Regierung Allendes in Chile (1973), die bis zur Zusammenstellung von Verhaftungslisten von Oppositionellen und einer Teilfinanzierung reichte, oder die Rolle der USA beim Militärputsch in Brasilien (1964) sind wichtige Beispiele. Mit geringem personellen oder materiellen Einsatz gelang den USA auf diese Weise eine wirksame Beeinflussung der Entwicklung in zentralen Ländern Lateinamerikas.

Insgesamt wird deutlich, daß die Vereinigten Staaten praktisch seit ihrer Staatsgründung eine Politik imperialer Ausdehnung und Dominanz in Lateinamerika verfolgten. Auch wenn in diesem Rahmen oft mit idealistischen und moralischen Kategorien argumentiert wurde - "Amerika den Amerikanern", "Zivilisation", "Schutz des Lebens und Eigentums", "Menschenrechte", "Demokratie" - so handelte es sich doch um Machtpolitik, die auf die Etablierung und Aufrechterhaltung einer Einflußzone zielte. Militärische Mittel wurden und werden mit großer Selbstver-

ständlichkeit angewandt, wenn und falls sie erfolgversprechend sind. Darüber sollte aber nicht vergessen werden, daß die wichtigste Basis amerikanischer Hegemonie in Lateinamerika über ökonomische Kategorien und kulturelle Mechanismen gesichert wird. Militärische Interventionen in ihren unterschiedlichen Formen kommen nur flankierend oder dann zum Zuge, wenn andere Dominanzmechanismen gescheitert sind.

*Jochen Hippler ist Autor und Herausgeber zahlreicher Bücher und Aufsätze zu Fragen internationaler Politik*

Im Konkret-Literatur-Verlag ist das Buch von Jochen Hippler "Die neue Weltordnung" erschienen. Jenseits der propagandistischen Verwendung dieses Begriffs während des Golfkrieges, untersucht der Autor darin die Tendenzen und Kräfte, die die Neugestaltung der internationalen Beziehungen nach der Auflösung der bipolaren Weltordnung bestimmen werden und analysiert die ersten Ergebnisse und Konsequenzen dieser Veränderungen im internationalen System.

#### Kurzmeldung

#### Amnestie für Deserteure im Jugoslawienkrieg

... ist eine Forderung der Antikriegs-Initiativen aus verschiedenen Republiken des ehemaligen Jugoslawien, die in der Bundesrepublik von verschiedenen Friedensgruppen aufgegriffen und unterstützt wird.

Das Antikriegszentrum im serbischen Belgrad hat im Januar eine Gesetzesinitiative mit dem Ziel gestartet, daß alle, die nicht der Einberufung zur Armee folgten oder die desertierten, von Verfolgung und Bestrafung befreit werden. Dies betrifft etliche zehntausende junge Männer, die aus der "Volksarmee" oder vor der Einberufung geflohen sind und jetzt unter sehr schwierigen Verhältnissen im Ausland oder untergetaucht leben.

Die Friedensinitiative Nottuln (Münsterland) hat die Amnestieforderung mit Briefen an Präsident Slobodan und das Serbische Parlament unterstützt und sich auch an Außenminister Genscher gewandt, damit dieser seinen Einfluß für die Amnestie-Forderungen geltend macht.





# Un paso adelante

Beilage zur ila 158

## Re-Encuentro

Neue Initiativen zur Unterstützung der Flüchtlinge

Reencuentro - „Wiederbegegnung“ - heißt eine neue Zeitschrift in Guatemala, die von 21 Nichtregierungs-Organisationen (NRO) und Kooperativen herausgegeben wird, die sich in einer „Koordination zur Begleitung der Opfer des bewaffneten internen Konflikts“ zusammengeschlossen haben.

Eine andere Koordination wurde von der katholischen Kirche gegründet, in der Ordensleute, die verschiedenen Sozial-einrichtungen der Kirche und landes-bischöfliche ihre Unterstützung für die Rückkehr vorbereiten und abstimmen.

Evangelische Christen haben eine Öffentlichkeitskampagne gestartet mit Plakaten, auf denen gefragt wird: „Was tust Du für Deine heimkehrenden Brüder und Schwestern?“, und mit Versammlungen, auf denen gemeinsame Antworten gesucht werden.

Diplomatische Vertreter der kanadischen, französischen und schwedischen Botschaft haben eine „Internationale Unterstützungsgruppe für den Rückkehrprozeß“ (GRICAR) gegründet, und nehmen als internationale Beobachter an den Verhandlungen zwischen Regierung und Flüchtlingen teil.

Die „Koordinationskommission der zivilen Sektoren“ - eine neue, breite Aktions-einheit, die sich für die Beteiligung der zivilen Gesellschaft am Verhandlungsprozeß zwischen Regierung und der Guerillaorganisation URNG einsetzt, hat die Comisiones Permanentes, die gewählten Vertreter der Flüchtlinge, eingeladen, sich

mit zwei Vertretern an dieser Instanz zu beteiligen.

Diese neuen Initiativen, die im Laufe der letzten Monate und Wochen entstanden, sind nicht etwa Ausdruck eines falschen Optimismus über eine schnelle, massive Rückkehr, wie ihn die Regierung vor einem Vierteljahr zu verbreiten suchte. Vielmehr entstanden sie aus dem Bewußtsein, daß einem würdigen, sicheren *retorno* der Flüchtlinge enorme Schwierigkeiten und Hindernisse im Wege stehen. Dabei ist nicht nur an die Regierung zu denken, sondern auch an die Ängste und Vorbehalte der Bevölkerung in den Rückkehrgebieten, denen die Armee jahrelang erzählt hat, daß alle Geflohenen „subversiv“ und bei der Guerilla seien.

Optimismus ist trotzdem erlaubt. Die Rückkehr und Zukunft der Flüchtlinge ist nicht mehr länger Angelegenheit von ihnen und der Regierung, sondern ist zu einem spannenden innenpolitischen Thema geworden, an dem sich die Geister der alten militaristischen Ausbeuterordnung von den gesellschaftlichen Kräften scheiden, die Frieden, Demokratie, Versöhnung und soziale Gerechtigkeit auf die Tagesordnung setzen. Dabei ist allen Beteiligten klar, daß im Tauziehen um die Rückkehr und Reintegrationsbedingungen der Flüchtlinge, an dem sich nun die o.g. neuen Akteure beteiligen, über mehr entschieden wird: Hunderttausende interner Vertriebener warten ebenfalls auf die Wiedergutmachung des ihnen angetanen Unrechts. Die Durchsetzung militär- und zi-

vilpatrouillenfreier Siedlungsgebiete für die Flüchtlinge würde die Entmilitarisierung auch andernorts befördern. Die Zuteilung von Land an die Flüchtlinge wird die Landfrage generell neu aufwerfen. In der Zeitschrift *Reencuentro* heißt es: „Wir betrachten den Reintegrationsprozeß unserer geflohenen Brüder und Schwestern als elementar wichtig für uns alle Guatemalteken, denn darin kreuzen sich die Linien der zukünftigen Möglichkeiten, in unserem Land eine solidarische, demokratische Gesellschaft aufzubauen, an deren Wohlstand alle teilhaben.“

Auch bei den Flüchtlingen selbst hat sich in den zurückliegenden Wochen vieles getan. Die *Comisiones Permanentes* haben einen Rahmenplan für die Rückkehr ausgearbeitet, und damit eine elementare Voraussetzung für das Zusammenwirken aller verschiedenen Kräfte und Organisationen geschaffen, die an der selbstbestimmten Rückkehr und Wiederansiedlung beteiligt sein werden und wollen.

Dieser Rahmenplan sieht vier Etappen des *retorno* vor: eine Vorbereitungsphase, die bereits begonnen hat, die eigentliche Rückkehr, eine Phase vorläufiger Ansiedlung und die endgültige Wiederansiedlung. Die vorläufige Ansiedlung soll auf zwei Gebiete konzentriert werden. Dies bedeutet zwar für die rückkehrenden Familien, nochmals lagerähnlichen, provisorischen Bedingungen entgegenzugehen. Aber diese Phase wird für notwendig gehalten, weil die Flüchtlinge in großer Gruppe bes-

Der Paso Adelante soll als Kampagnen-Info während des Jahres 1992 etwa alle zwei Monate erscheinen. Er ist als Forum für alle gedacht, die bei der Rückkehr-Kampagne der bundesdeutschen Guatemala-Solidarität mitmachen. Die Redaktion freut sich deshalb über alle eingesandten Beiträge zum Kampagnenthema, Aktionsvorschlägen oder Berichten über bereits durchgeführte Aktivitäten.



## Briefaktion

Bitte den spanischen Brieftext auf persönlichem Briefpapier abschreiben und an:  
Presidente de la República  
Palacio Nacional  
Guatemala, Guatemala C.A.

Excelentísimo Sr. Presidente:  
Motivo de la presente es solicitarle con todo respeto debido su respaldo e intervención para que las negociaciones entre los representantes gubernamentales y los representantes del pueblo refugiado, las Comisiones Permanentes, puedan obtener a la brevedad posible los resultados necesarios para un retorno digno y seguro de los refugiados.  
Con mucha alegría y esperanza nos habíamos enterado en mayo pasado del acuerdo entre las dos partes, lo cual considero un retorno colectivo, organizado por las Comisiones Permanentes, y la garantía de libre organización para los retornados. Por lo tanto lamentamos mucho y no entendemos, que en la última ronda de negociación se canceló este acuerdo unilateralmente por los representantes gubernamentales, frustrando así nuevamente las esperanzas de los miles de familias refugiadas.  
Compartimos con grandes partes de la opinión pública alemana y guatemalteca, que las seis conocidas condiciones de los refugiados para su retorno son justas, modestas y adecuadas. Reiteramos nuestra solicitud a Ud. de promover su aceptación como paso importante para progresar en las negociaciones y como gesto de credibilidad para su voluntad de promover la paz y reconciliación en su sufrido país.  
Atentamente, Unterschrift

Übersetzung:

...  
Mit Freude und Hoffnung hörten wir im vergangenen Mai von der Vereinbarung zwischen den Verhandlungspartnern, die eine kollektive Rückkehr, organisiert von den Comisiones Permanentes, und Organisationsfreiheit für die Rückkehrer vorsah. Umso mehr bedauern wir und möchten wir unser Unverständnis darüber ausdrücken, daß in der letzten Verhandlungsrunde diese Übereinkunft einseitig von der Regierung zurückgezogen wurde, und damit wiederum die Hoffnungen tausender Flüchtlingsfamilien enttäuscht wurden.  
Mit großen Teilen der deutschen und guatemalteken Öffentlichkeit teilen wir die Auffassung, daß die sechs bekannten Forderungen der Flüchtlinge gerecht, bescheiden und angemessen sind. Wir wiederholen unsere Bitte an Sie, sich persönlich für die Akzeptanz dieser Forderungen einzusetzen, damit die Verhandlungen fortschreiten können, und als Beleg für die Glaubwürdigkeit ihres Einsatzes für Frieden und Versöhnung in Ihrem gequälten Land.

ser geschützt sind, und weil eingeschätzt wird, daß das elementare Problem – die Zuteilung neuen Landes oder Wiedererlangung der angestammten Parzellen – nicht von Mexiko im Vorhinein gelöst werden kann.

Ausgehend von den im Rahmenplan definierten Aufgaben, die in allen vier Phasen wichtig sein werden, haben die *Comisiones Permanentes* sieben Arbeitskommissionen gebildet zu den Bereichen Finanzierung, Begleitung, Information, Unvorhergesehenes, Menschenrechte und Rechtsfragen, Verhandlungen, Organisation. Außerdem wurde in Mexiko-Stadt ein Kontaktbüro eingerichtet, das bereits die Arbeit aufgenommen hat, ein ständiges Büro in Guatemala-Stadt wird demnächst eröffnet, weitere Büros in den drei mexikanischen Bundesstaaten Chiapas, Quintana Roo und Campeche, in denen die Flüchtlingslager liegen, sollen eingerichtet werden. Mit diesen Arbeitskommissionen und Büros wurde die Kommunikation zwischen den Flüchtlingen selbst und mit mexikanischen, guatemalteken und internationalen Organisationen entscheidend verbessert, die in der Vergangenheit durch die Streuung der Lager und ihr völliges Abgeschnittensein von üblichen Kommunikationsmitteln sehr behindert war.

Der Rahmenplan enthält zum Bedauern vieler noch keine Daten, Ortsnamen oder andere operative Details. Dazu ist zu erwähnen, daß die *Comisiones Permanentes* beschlossen haben, keine Zeitangaben für den Beginn des *retorno* zu machen, bevor er sicher ist. Zu optimistische Voraussagen am Jahresanfang hatten dazu geführt, daß viele Familien mit Blick auf eine baldige Rückkehr im vergangenen Frühjahr keine Aussaat mehr ausbrachten und nun auf Nothilfe angewiesen sind.

Die Vorlage des Rahmenplans hat ermöglicht, nun mit UNHCR, COMAR, den mexikanischen und guatemalteken Nichtregierungsorganisationen, Kirchen und der internationalen Solidarität in eine präzise Diskussion über ihren jeweiligen spezifischen Beitrag und die Arbeitsteilung untereinander einzutreten. Erreicht wurde in jedem Fall bereits, daß alle diese Akteure das Selbstbestimmungs- und letztlich Entscheidungsrecht der Flüchtlinge über ihre Zukunft anerkannt haben und sie als Koordinationsinstanz respektieren.

Eine effektive Rückkehrplanung benötigt nicht nur viel organisatorisches Geschick, sondern auch die technische Ausstattung dazu. Gerade im Hinblick auf die Sicherheit der Rückkehrenden ist der Aufbau eines gut funktionierenden – sowohl internen wie auch internationalen – Kommunikationsnetzes unerlässlich. Aus diesem Grund haben uns die *Comisiones Permanentes* gebeten, die technische Ausstattung ihrer neuen Büros finanziell kräftig zu unterstützen (z.B. für Fax-Geräte, Telefone und Kopierer). Wir bitten deshalb um weitere Spenden unter dem Stichwort

## RÜCKKEHRKAMPAGNE

Informationsstelle Guatemala e.V. Kto.Nr. 70235, Sparkasse Bonn, BLZ 380 500 00 oder Kto.Nr. 311 580-508, PschA Köln, BLZ 370 100 50.  
Spenden, die bis zum 25. August bei uns eingegangen sind, werden von der Delegationsgruppe direkt an die *Comisiones Permanentes* übergeben. Deshalb schnell überweisen!

Auch die Legitimität des Regierungsvertrags für die Rückkehr konnte in Frage gestellt werden. Die Regierung warb und wird international um Finanzierung eines sogenannten „Nationalfonds für den Frieden“ (*Fondo Nacional por la Paz, FONAPAZ*) mit dem ehrgeizigen Erschließungsplan, die bisherigen Konfliktgebiete finanziell zu erschließen, die außer auch militärisch interessanten Infrastrukturmaßnahmen, die An siedlung von Maquila-Industrie, die Tage importierter Vorprodukte für Export, Einrichtung von Tourismus-Zentren, großflächige Einführung nicht-traditioneller Agrarprodukte vorsehen. Den rückkehrenden Flüchtlingen und Vertriebenen bleibt diesem Szenario nur die Rolle militärischer Wächter, billiger Arbeitskräfte für guatemaltekes und internationales Kapital.

In einer kürzlichen Stellungnahme erklärte der guatemalteke Bischof Adolfo Aguilar, daß gegenwärtig alle solidaren Unterstützung sich darauf richten, Fortschritte bei den Verhandlungen zwischen den *Comisiones Permanentes* und der Regierung zu erzielen. Er selbst ist Koordinator der Vermittlungsinstanz *Instancia Mediadora* aktiv daran beteiligt. Dies unbedingt richtig ist, belegen die letzten Ereignisse.

Im letzten *Paso adelante* berichteten, daß die Regierung den ersten beiden Grundforderungen (von insgesamt sechs) der Flüchtlinge zugestimmt habe, nämlich, daß die Rückkehr autonom organisiert und kollektiv durchzuführen sei, und Organisationsfreiheit zugestanden werde. Letzteres ist für die Flüchtlinge wichtig, um sich in Guatemala rechtlich anerkannt organisieren zu können und einen Beitritt zur *Asociación de Civildes* auszuschießen.

Bei der letzten Verhandlungsrunde im Juli, bei der außer der Regierungskommission für Flüchtlinge CEAR auch die Mitglieder der *Instancia Mediadora* und der internationalen Unterstützungsgruppe GRICARwesend waren, hat der Regierungsvorschlag diese Vereinbarung wieder zurückgezogen.

Anfang September wird die nächste Verhandlungsrunde stattfinden – bis dahin sollte möglichst breit die internationale Unterstützung für die Verhandlungspartei der Flüchtlinge zum Ausdruck gebracht werden.

Claudia

# Start der Rückkehrbegleitung

## Bundesdeutsche Delegationsreise zu den Flüchtlingen

Seit Monaten wird in Mexiko und Guatemala an der Organisation der Rückkehr der Flüchtlinge gearbeitet. Auf Seiten der Flüchtlinge wurde ein „Plan de Retorno“ erstellt, der systematisch die verschiedenen Etappen der Rückkehr und die damit verbundenen Erfordernisse und Problemstellungen festhält. Zu diesen Themenkomplexen werden zur Zeit Arbeitsgruppen gebildet, die aus VertreterInnen der Flüchtlinge sowie mexikanischen und guatemalteken Nichtregierungsorganisationen und kirchlichen VertreterInnen bestehen und nun die Detailplanung vornehmen sollen.

Eine der ganz zentralen Anforderungen im Plan de Retorno ist die Organisation einer breiten internationalen Präsenz während des Rückkehrprozesses. Wie die Erfahrungen in El Salvador zeigten, spielen internationale Beobachtung und Begleitung eine nicht unbeträchtliche Rolle, wenn es um den Schutz und die Sicherheit der Rückkehrenden vor gewaltsamen Übergriffen und staatlicher Bevormundung geht.

Auch innerhalb der Kampagne „Guatemalas-Vertriebene wollen zurück – Unterstützt ihren Kampf um Land, Gerechtigkeit und Entmilitarisierung“ wurde die Frage des bundesdeutschen Beitrags zum Thema „Internationale Präsenz“ ausführlich diskutiert und beim Bundestreffen der Guatemala-Solidarität im Mai 1992 folgendes beschlossen:

Eine Delegationsreise in die Flüchtlingslager in Mexiko sowie nach Guatemala, die vom 29. August bis 15. September stattfindet, soll den Auftakt bilden. Anfang 1993 soll dann eine längerfristige „Kette ständiger Präsenz und Beobachtung“ in den Rück siedelungsgebieten durch bundesdeutsche Freiwillige aufgebaut werden.

Die Delegationsreise, für die beim Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche Deutschlands finanzielle, personelle und ideelle Unterstützung beantragt wurde, führt die 15 TeilnehmerInnen aus den Bereichen Solidaritätsarbeit, Kirche und Medien zunächst nach Mexiko in die Flüchtlingslager von Quintana Roo und Chiapas. Der unmittelbare Kontakt mit den Flüchtlingen soll Einblick verschaffen in die Bedingungen eines zum großen Teil zehnjährigen Aufenthalts im Lager und den sich aus der Abhängigkeit von internationalen Hilfsleistungen und kollektiver Entwurzelung ergebenden Problemen. Gespräche mit den Flüchtlingen

selbst bzw. den sie vertretenden Organisationen sowie mit TrägerInnen staatlicher und nicht-staatlicher Flüchtlingshilfe sollen dazu beitragen, ein differenziertes Bild über die momentane Situation der sich im Aufbruch befindenden Menschen zu gewinnen.

Den zweiten Teil der Reise bildet ein Aufenthalt in Guatemala-Stadt. Dort sind Gespräche mit weiteren an der Vorbereitung der Rückkehr beteiligten Institutionen und Organisationen vorgesehen. Wie stellen sich die verschiedenen gesellschaftlichen Sektoren die Integration der rückkehrenden Bevölkerung vor? Wie kann ihnen die persönliche Sicherheit und der Respekt der Menschenrechte garantiert werden? Wie sind die verschiedenen Planungen der staatlichen und nichtstaatlichen Rück siedlungsprogramme einzuschätzen? Neben der Diskussion solcher Fragestellungen wollen die DelegationsmitgliederInnen auch ihre Unterstützung der Forderungen der Flüchtlinge zum Ausdruck bringen und der guatemalteken Öffentlichkeit klarmachen, daß der Rückkehrprozeß kritisch beobachtet wird.

## Präsenz in den Rück siedelungsgebieten

Die Fülle der auf der Delegationsreise gewonnenen Informationen und Erfahrungen soll in eine breit angelegte Öffentlichkeitsarbeit einfließen und gleichzeitig zur Zündschnur für den zweiten Schritt der Rückkehrbegleitung werden, der voraussichtlich Anfang 1993 beginnen wird, wenn die ersten RückkehrerInnen in Guatemala eingetroffen sind. Dann werden die ersten bundesdeutschen Freiwilligen in die Rück siedelungsgebiete Guatemalas reisen, um dort zusammen mit anderen AusländerInnen durch ihre Präsenz das Ausmaß staatlicher Repressionsversuche zu mindern bzw. im Notfall ein Kommunikationsnetz zu aktivieren, das für entsprechende Protestaktionen aus dem Ausland sorgt. Je nach Erfordernissen und persönlichen Qualifikationen werden die Freiwilligen auch bei praktischen Aufgaben der Wiederansiedelung mit anpacken. Als Bindeglied zwischen den Rück siedelungsgebieten dort und dem UnterstützerInnenkreis der Rückkehrkampagne hier kommt den Freiwilligen eine zentrale Rolle für unsere weitere Unterstützungsarbeit zu.

ans

## Materialien zur Kampagne

Widerstandsdörfer in Guatemala.  
50 Dias mit Begleittext.

Guatemalteke Flüchtlinge in Mexiko.  
50 Dias mit Begleittext.

Leben in Guatemala.  
50 Dias mit Begleittext.  
Leihgebühr  
für die Diaserien DM 30,- pro Woche.

Caminos del Silencio.  
(Wege des Schweigens). Dokumentarfilm aus den Widerstandsdörfern. 1987, 59 Min. Spanisch mit deutschem Untertitel. DM 30,-

500 Jahre Indigena-, Schwarzen und Volkswiderstand.

Dokumentarfilm vom II. Treffen der lateinamerikanischen Kampagne, Guatemala 1991. Ca. 60 Min.

Verleih: Videowerkstatt Autofocus e.V., Oranienstraße 45, 1000 Berlin 61. Tel. 030-65 54 58 u. Infostelle Guatemala e.V. DM 35,-

Informationsstelle Guatemala, Stiftung Umverteilen: Nie hatten die Berge in Guatemala so viele Wege. Erzählungen aus dem Widerstand. Javier Gurriarán. Aus dem Span. übersetzt. 64 Seiten. 1991 ISBN 3-923872-02-1

500 Jahre Conquista und indianischer Widerstand in Guatemala. „Um zu leben, müssen wir Widerstand leisten.“ Diplomarbeit 1992. Bezugspreis auf Anfrage

Aufkleber: Solidarität mit dem Volk von Guatemala. DM 0,50.

Einführungsliteratur zu Guatemala:  
Hrsg.: Guatemalteke Kirche im Exil, Medico International, Informationsstelle Guatemala e.V.: Aufstandsbekämpfung in Guatemala: Demokratisierung als Waffe des Militärs, Stuttgart 1991, Schmetterling Verlag. DM 26,-. ISBN 3-926369-64-7

Elisabeth Burgos: Rigoberta Menchú. Leben in Guatemala. 16, 80 DM. ISBN 3-88977-001-0 lamuv Verlag GmbH, Düstere Str. 3, 3400 Göttingen, Tel. 0551-44024

Alle Materialien sind – soweit nicht anders vermerkt – bei der Infostelle Guatemala erhältlich.

Spendenkonto:  
Informationsstelle Guatemala e.V.  
Konto-Nr. 70235 Sparkasse Bonn, BLZ 380 500 00 oder 3115 80-508 Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50

Impressum:  
Hrsg.: Informationsstelle Guatemala e.V.  
Heerstr. 205 (Oscar-Romero-Haus)  
5300 Bonn 1, Tel. 0228-634552  
v.i.S.d.P.: A. Schnieber



## Mitmachen –

Das Guatemala-Komitee Freiburg hatte auf dem katholischen Kirchentag in Karlsruhe (18. – 20. 6. 1992) einen Stand zur Flüchtlingskampagne gestaltet. Auf Stellwänden konnten sich die BesucherInnen über den Hintergrund der Flüchtlingsproblematik und die aktuelle Situation der Flüchtlinge informieren. Ein Guatemala-Kreuzworträtsel animierte die Leute, die Informationstafeln zu lesen. Dabei gab's auch etwas zu gewinnen. Mit einem Kuchenspiel kamen knapp 1000 Mark für die Unterstützung der Flüchtlinge zusammen. Im Rahmen von Festen verschiedener Kirchengemeinden wird die Aktion demnächst wiederholt. Die Anleitung für das Kuchenspiel und die Vorlage für das Kreuzworträtsel sind bei der Informationsstelle Guatemala erhältlich.

## Selbstmachen!

Für die Beobachtungs-Kette werden noch TeilnehmerInnen gesucht, vor allem für die Zeit ab Frühjahr 1993. Mindestbedingungen sind neben einer intensiven inhaltlichen Vorbereitung gute Spanischkenntnisse und die Teilnahme an einem ca. dreitägigen Verhaltenstraining. Wünschenswert (aber nicht Bedingung) sind medizinische, handwerkliche, juristische oder pädagogische Kenntnisse. Im Durchschnitt werden die Freiwilligen jeweils ca. drei Monate in Guatemala bleiben, und dann von weiteren Personen abgelöst. Die Koordination der Kette hat Frank Garbers (Tel. 04123-5017) übernommen. Nähere Informationen bei ihm.

## Antwort auf Briefaktion

Im Paso Adelante Nr. 1 hatten wir u. a. zu einer Briefaktion gegenüber dem Hohen Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) aufgerufen.

Im folgenden zitieren wir Auszüge aus dem Antwortschreiben, das das UNHCR den TeilnehmerInnen der Briefaktion schickte:

„... Das UNHCR beabsichtigt, seine Präsenz in Mexiko und das Hilfsprogramm für die guatemalteckischen Flüchtlinge aufrechtzuerhalten, solange die Selbstversorgung und geeignete dauerhafte Lösungen für die verbliebenen Fälle noch nicht gesichert sind...“

Für diejenigen, die noch nicht für die Repatriierung optiert haben, wird das UNHCR damit fortfahren, die Aufrechterhaltung der internationalen Schutzprinzipien sicherzustellen, während sich die Flüchtlinge in ihrem Asylort befinden... Für diejenigen, die nicht die freiwillige Rückkehr zum jetzigen Zeitpunkt wählen, hat die mexikanische Regierung die andauernde Unterstützung für die anerkannten Flüchtlinge bekräftigt.

Die Anwendung der UNHCR-Hilfsprogramme bleibt bestehen und wird weiter verfeinert, um die Fähigkeiten der Eigenhilfe bei den Flüchtlingen zu erhöhen...

Die Haupt-Geldgeber des UNHCR, die Europäische Gemeinschaft für Campeche und die Regierung der Bundesrepublik Deutschland für Quintana Roo, sind ebenfalls sehr am Erfolg der Bemühungen der Flüchtlingsgemeinschaft, sich selbst zu helfen, interessiert. In Chiapas sind bis jetzt keine Maßnahmen reduziert worden. In



Campeche und Quintana Roo werden einige Aktivitäten beendet. Weitere für 1992 und 1993 in Betracht gezogene Reduzierungen werden von dem Selbstversorgungsgrad abhängig gemacht, den die Flüchtlinge erreicht haben. Ein wesentlicher Gesichtspunkt ist dabei die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Lebensbedingungen, die die Flüchtlinge erreicht haben und die denen der in der Umgebung lebenden Bevölkerung vergleichbar sein sollten...“

Mit dieser Haltung des UNHCR scheint die allernotwendigste Versorgung der Flüchtlinge vorerst gesichert. Andererseits lassen einige Formulierungen einen Spielraum, der viele Flüchtlinge teuer zu stehen kommen kann. Denn auch die gegenwärtigen Lebensbedingungen der Flüchtlinge sind alles andere als rosig. Es gilt, weiterhin aufmerksam zu sein und die Arbeit des UNHCR kritisch zu begleiten.



Belage zur Ill. Nr. 164

## Un paso adelante

# «Wir kämpfen um zurück-zukehren – Wir kehren zurück um zu kämpfen!«

## Die Rückkehr der guatemalteckischen Flüchtlinge begann

Allein der Geduld und Hartnäckigkeit der Flüchtlinge ist es zu verdanken, daß die erste Karawane die mexikanisch-guatemalteckische Grenze schließlich am 20. Januar passieren konnte. Denn als die guatemalteckische Regierung trotz vertraglicher Zusage die Transportmittel zur Grenze versagte, brachen die Indígenas zu Fuß aus den mexikanischen Lagern auf.

Während hier in der BRD zusammen mit dem UnterstützerInnenkreis der Kampagne versucht wurde, den schwierigen Prozeß mit Protestbriefaktionen, verstärkter Presse- und Lobbyarbeit positiv zu beeinflussen, begleitete die erste Gruppe des ebenfalls aus der Kampagne hervorgegangenen Begleitungsprojekts CAREA (Cadena para un Retorno Acompañado) die Rückkehr vor Ort. Vier Freiwillige sind dort noch bis Ende März, wenn die zweite CAREA-Gruppe ihre Arbeit aufnehmen wird. Zwei weitere begleiteten die Flüchtlinge nur auf dem Weg nach Guatemala und sind inzwischen in die BRD zurückgekehrt. Dorothea Schütze ist eine von ihnen und schrieb für uns den folgenden Bericht.

Als wir Anfang Januar als erste Gruppe von CAREA nach Mexico aufbrechen, sind wir auf alles gefaßt. Wiederholt ist der Beginn des ersten Retornos in den letzten Monaten verschoben worden, und auch dieses Mal scheint das Datum 13. Januar für den Grenzübergang unsicher. Die guatemalteckische Regierung will sich trotz vertraglicher Zusagen nicht auf eine kollektive Rückkehr einlassen. Streitpunkt ist außerdem die von den Flüchtlingen vorgesehene Rückkehrroute quer durch Guatemala. Ohne Zustimmung von CEAR, der staatlichen Flüchtlingsbehörde Guatemalas, gibt es keine Busse für den Transport. Das heißt für uns, daß sich der Retorno um Tage, Wochen oder gar Monate hinauszögern kann.

## “Wenn die Busse nicht kommen, laufen wir eben los!”

In Mexico angekommen überschlagen sich die Meldungen. Eine Verhandlung zwischen Regierungs-, Flüchtlingsvertretern und Vermittlungsinstanzen jagt die nächste. Aber die Flüchtlinge haben endgültig genug vom Warten, die Koffer sind gepackt. “Wenn die Busse nicht kommen, dann laufen wir eben los”, ist ihr klarer und hartnäckiger Standpunkt, was für die Indígenas in den Lagern von Campeche und Quintana Roo immerhin einen Fußmarsch von 800–1000 Kilometern bis zur Grenze in Aussicht stellt. Gesagt – getan! Am 11. Januar brechen die Flüchtlinge auf. Michael und ich fahren kurzentschlossen nach Kesté in Campeche, um den Fußmarsch zu begleiten. 300 Flüchtlinge, darunter viele Alte, Kranke und Kinder haben dort bereits mitsamt Gepäck ihr Lager verlassen. 500 Meter haben sie an diesem Tag zurückgelegt, bis zur nächsten Straßenkreuzung. So unbedeutend diese kurze Strecke in Anbetracht der hunderte vor uns liegenden Kilometer scheinen mag, für die Flüchtlinge ist sie entscheidend. Für sie hat der Retorno jetzt begonnen. Keine zehn Pferde würden sie dazu bringen, auch nur einen Fuß zurück ins Lager zu setzen. “Wenn wir jetzt nicht hart bleiben, sondern uns auf spätere Zeiten vertrösten lassen” – so ist die ungeteilte Meinung – “dann wird dieser Retorno nie mehr stattfinden.” Überall in den drei mexikanischen Bundesstaaten sind insgesamt 2500 Flüchtlinge aufgebrochen, mal nur einen, mal sieben Kilometer gelaufen. Nie-

Bitte ausschneiden und senden an:

Informationsstelle Guatemala  
Heerstr. 205  
Oscar-Romero-Haus  
5300 Bonn

AbsenderIn:

Fax-Nummer:

( ) Ich bitte um Zusendung weiterer einführender Informationen

( ) Ich möchte im UnterstützerInnenkreis mitarbeiten und bitte um regelmäßige Zusendung des Paso Adelante.

( ) Ich möchte Kontakt zu örtlichen tätigen Personen oder Gruppen aufnehmen.





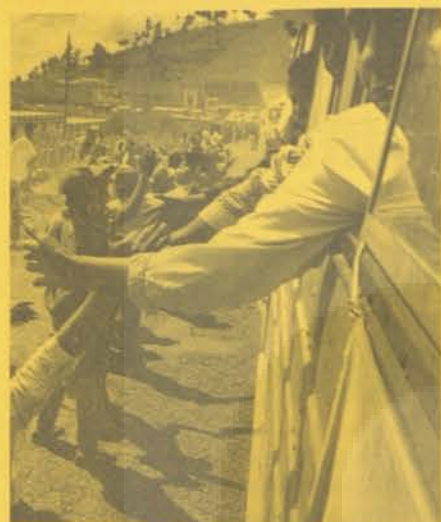
mand kann vorhersehen, wie lange wir an den Straßen ausharren werden. Aber unter den Flüchtlingen macht sich nicht etwa Ungeduld breit, ganz im Gegenteil. Unbeschreiblich ist die Ruhe und gleichzeitige Entschlossenheit dieser Leute – langsam beginne ich zu verstehen, woher sie ihre Kraft schöpfen, so lange durchzuhalten und konsequent den eingeschlagenen Weg weiterzugehen. Bald muß auch die guatemalteke Regierung erkennen: Es gibt kein Zurück mehr, der Druck auf den Straßen ist zu groß. Staatschef Serrano lenkt schließlich ein, und bereits nach drei Tagen Wartezeit holen uns die Busse ab. Am 20. Januar soll die Rückkehrkarawane die Grenze nach Guatemala überqueren. "Victoria 20 de Enero" ("Sieg des 20. Januar") haben die Flüchtlinge deswegen ihr vorübergehendes Ansiedlungsgebiet im Poligono 14 (Ixcán, Guatemala) genannt.

### Sind die Flüchtlinge willkommen?

Die Flüchtlingskarawane – eine kilometerlange Schlange von 69 Bussen und fast genauso vielen Begleitfahrzeugen – nähert sich der mexikanisch-guatemalteke Grenze. Ich sitze als internationale Begleiterin mit sechs Familien aus Campeche im Bus Nr. 33. Kurz vor und an der Grenze beobachte ich besonders aufmerksam die Gesichtszüge und Regungen der Frauen, Männer und Kinder, mit denen ich die kommenden drei Wochen verbringen werde. Eigentlich erwarte ich besondere Aufregung und übergroße Freude bei diesem historischen Ereignis der Grenzüberschreitung. Aber dem ist nicht so. In den Sitzen zurückgelehnt und in abwartender Haltung lugen die Flüchtlinge nur sehr vorsichtig aus den Busfenstern. Sie sind unsicher, ob sie die Bevölkerung Guatemalas mit offenen Armen empfangen wird oder ihnen abweisend, gar feindselig begegnen könnte. Es ist nicht auszuschließen, daß die flächendeckende Propaganda der Regierung und des Militärs ihre Spuren hinterlassen hat. Immer wieder wird den indianischen Flüchtlingen unterstellt, sie seien "von der Guerilla infiltriert" und schädeten dem angestrebten "Friedensprozeß" im Land.

Glücklicherweise können diese Befürchtungen schon bald ausgeräumt werden. Überwältigend ist der Empfang. Über hunderte von Kilometern stehen die guatemalteke Campesinos/as entlang der Straßen, vor ihren Hütten und auf entfernten

Hügeln und jubeln ihren Landsleuten zu. Begrüßungszeremonien mit Musik, Messen und Ansprachen sind vorbereitet. Oft dauert es Stunden, bis die Karawane im Schrittempo durch die engen Straßen und Menschenmassen vorwärtskommt und die Reise fortsetzen kann. Obst, Tortillas und Bohnen werden durch die offenen Busfenster gereicht. Campesino-Familien laufen von Bus zu Bus, um nach Angehörigen zu forschen, die sie unter den Zurückgekehrten vermuten. Flüchtlinge und Einheimische befragen sich gegenseitig, was sie innerhalb der letzten 10 Jahre erlebt haben, erzählen von der Flucht, von Unterdrückung und Verfolgung, der die indianische Bevölkerung noch immer ausgesetzt ist. Vielen stehen die Tränen in



Freudiger Empfang in Guatemala

den Augen angesichts dieser erschütternden Szenen, ich selbst bin völlig aufgewühlt, traurig und glücklich zugleich. Auf den zuvor skeptischen und nachdenklichen Gesichtern der Flüchtlinge stellt sich Freude und Zufriedenheit über die alle Erwartungen übertreffende Begrüßung ein. Weit lehnen sie sich mittlerweile aus den Fenstern und winken unermüdlich den Jubelnden zu. Sie wissen nun genau: Wir sind wirklich willkommen! Sie sprechen von sich nicht mehr als "Refugiados" (Flüchtlinge), ab jetzt sind sie nur noch die "Retornados" (Zurückgekehrten).

Ganz anders fällt die "Begrüßung" der staatlichen Organe Guatemalas aus, vertreten durch CEAR. Im Aufnahmelager von Huehuetenango, in dem wir wegen der aufwendigen Einwanderungsformalitäten mehrere Tage verbringen müssen, herrscht Kasernenhofen. Die Zurückgekehrten spüren schnell, daß die Regierung nicht viel für sie übrig hat: Das Essen ist knapp, die Decken

reichen nicht aus, viele müssen bei Eisenbahnübergängen im Freien übernachten. Die insgesamt 70–80 internationalen BegleiterInnen von CEAR auch nicht gern gesehen. Uns wird unterstellt, wir nähmen den RückkehrerInnen Essen und Schlafplätze weg und konsumierten Drogen. Gleichlautende Pressemitteilungen füllen die Zeitungen. Von Seiten der RückkehrerInnen erfahren wir Momenten wie diesen uneingeschränkte Unterstützung. Sie durchschauen von Anfang an die Taktik der Regierungsbehörden, auf Diffamierung und Einschüchterung abzielt, und betonen immer wieder, wie wichtig unsere Anwesenheit für den Rückkehrprozeß und ihre persönliche Sicherheit ist.

Zur Erleichterung aller zieht sich CEAR von der restlichen Reiseroute völlig zurück. Basissgemeinden der katholischen Kirche, das Rote Kreuz und Nichtregierungsorganisationen kümmern sich fortan um Unterbringung und Verpflegung der Rückkehrkarawane bis zum Bestimmungsort Poligono 14.

### Wann kommt die Karawane zum Erliegen?

Nur noch 150 Kilometer sind wir von unserem Ziel entfernt. Hier beginnt der beschwerlichere Teil der Reise. Der vorwiegend liegende Weg führt mitten durch den Dschungel, und die Straßenverhältnisse sind katastrophal. Für uns alle nichts neues. Sechs Wochen geht der Streit um die Ausbesserung der Straßen, zu der sich die guatemalteke Regierung verpflichtet hat. Mit ihrer Weigerung, dieser Verpflichtung nachzukommen, betreibt sie eine konsequente Politik: den Flüchtlingen soll die Rückkehr, wenn nicht unmöglich gemacht, dann doch zumindest erschwert werden. Nach tagelangem Regen, so heißt es, gäbe es ab Chisec wegen der riesigen Schlammflöcher überhaupt kein Durchkommen. Doch die RückkehrerInnen lassen sich nicht beirren. Tage des Wartens verstreichen, begleitet von vielen Verhandlungen und Diskussionen. Am 27. Januar bricht die erste Lastwagenkarawane mit ca. 400 Personen schließlich auf, zwei Tage später die nächste, bei der ich dabei bin. Abgesehen von wenigen blauen Flecken und butterweichen Knie vom Mitfedern auf den holprigen Schotterstraßen, gespickt mit unzähligen Schlaglochern überstehen wir den ersten Reisetag ohne Probleme. Schon am frühen Nachmittag kommen wir in Chisec an. Tags darauf

bricht die Karawane sehr zeitig auf. Die ungebrochene Zuversicht der RückkehrerInnen hat mich angesteckt – niemand von uns zweifelt daran, daß wir ankommen werden.

Wenige Stunden später allerdings steckt die Karawane schon fest. Bisher sind die LKWs durch mehrere tiefe Gräben gerade noch so durchgerutscht, doch dieser mindestens 150 Meter lange und 50 Meter breite regelrechte Schlammsee – das macht auch der stärkste Lastwagen nicht mit. Gleich der erste der Karawane, glücklicherweise nur mit Gepäck und nicht mit Menschen beladen versinkt bis zur Ladefläche im Morast. Ein kleiner Landwirtschafts-Traktor taucht auf, um zu helfen. Ehrlich gesagt, glaubte ich nicht daran, daß diese winzige Maschine irgendwas ausrichten könnte. Doch der Fahrer beginnt zuversichtlich, den glibbrigen, weichen und tiefen Schlamm mit einer Schaufel um den eingesackten LKW herum wegzuschieben, einfach beiseite. Stunden später ist es soweit. Schwere große Steine werden in zwei Fahrspuren geworfen und mit vereinten Kräften – vorne vom Traktor gezogen, hinten von teilweise bis zum Bauchnabel versunkenen RückkehrerInnen geschoben – tatsächlich der dicke LKW aus dem Morast katapultiert – unglaublich! Bis alle zehn Lastwagen der Karawane aus dem Schlamm gezerzt, geschleppt und geschoben sind, dauert es weitere Stunden. Bei Einbruch der Dunkelheit atmen alle auf. – Geschafft!

Am nächsten Morgen kommen wir nach kurzer Fahrtstrecke schon in Santa Clara an, etwa 20 Minuten Fußweg von "Victoria 20 de Enero" entfernt. Ein kleiner Trampelpfad führt zum Camp. Schnellen Schrittes laufen die RückkehrerInnen mit zentnerschweren Lasten los, ich komme kaum hinterher. 19 Tage sind wir unterwegs seit Aufbruch in



Mit vereinten Kräften durch den Schlamm

den mexikanischen Flüchtlingslagern und können es kaum erwarten, "Victoria" endlich zu erblicken. Von weitem schon sehen wir die Rauchsäulen der unzähligen Feuerstellen im Camp.

### Aufbau und Organisation des Alltags

Eine Delegation der Flüchtlinge hatte bereits im Dezember vergangenen Jahres Latrinas (Toiletten) und Galeras (Wellblechdächer auf Holzpfählen), ausreichend für die Unterbringung von etwa 300 Personen, aufgebaut. Um die Aufbereitung des Trinkwassers kümmern sich die "Medicos del Mundo", eine kollektive Küche ist auch schon eingerichtet. Doch die eigentliche Phase des Aufbaus beginnt erst jetzt. Fast täglich kommen neue RückkehrerInnen im Lager an, der Platz unter den Galeras reicht längst nicht mehr aus. Sehr bald entstehen um die Galeras herum schnell sich vergrößernde Ansiedlungen. Die Familien konstruieren sich aus mehreren dünnen Holzstämmen eine Art Gestell, eine große Plastikplane wird darübergeworfen und fertig ist das "Haus". Michael und ich bauen uns unseren "Palast": Die Hängematten baumeln zwischen drei dicken Baumstämmen, eine Plastikplane bietet Schutz vor Regen.

Die Organisation des Lebens beginnt. Alltägliche Probleme und Aufgaben wie die Müllentsorgung, der Umgang mit Trinkwasser oder die Benutzung der Mäismühlen, aber auch langfristige gemeinsame Projekte werden in den morgendlichen Arbeitskomitees besprochen und geplant. Für die Zurückgekehrten ist es selbstverständlich, daß die in Mexico bereits erarbeiteten Organisationsstrukturen in Zukunft genutzt und weiterentwickelt werden. Anders wäre diese schwierige Phase des völligen Neuanfangs kaum zu bewältigen.

Ein Berg von Problemen baut sich vor den Zurückgekehrten auf, der schon zu einem Großteil abgetragen wäre, würde sich die Regierung an die vertraglich festgelegten Abmachungen halten. Noch immer fehlt die pro Familie zugesicherte Mindestausrüstung für den Bau von

### CAREA informiert:

Jeweils die aktuellen Ereignisse im Zusammenhang mit dem weiteren Verlauf des Rückkehrprozeß und dem Wohl und Wehe der CAREA-TeilnehmerInnen erfahren Sie, wenn Sie das neue CAREA INFORMIERT abonnieren. Es erscheint im Abstand von zwei bis drei Wochen, und faßt auf wenigen Seiten das neueste zusammen. Zu bestellen bei:

Guatemala-Gruppe Hamburg  
Große Brunnenstr. 74  
2000 Hamburg 50

Bitte in Briefmarken 6 DM (für 3-monatigen Bezug), oder 10 DM (5 Monate) beilegen.

einfachsten Unterkünften wie z.B. Wellblech für Dächer, Bretter und Werkzeug. Nur aufgrund von Hilfslieferungen durch katholische Basissgemeinden und Nichtregierungsorganisationen erhielten sie eine Anzahl Macheten zur kollektiven Nutzung, um zumindest Äste hauen und Wege freilegen zu können. Die erste Ration der einjährigen Lebensmittelversorgung mit Basisnahrungsmitteln ist inzwischen eingetroffen. Sie soll pro Familie für 48 Tage genügen, entspricht mengenmäßig allerdings den Rationen, die in den Flüchtlingslagern Mexicos für 16 Tage zugeteilt wurden. Zusätzlich ist der Mais alt und keimt schon. "Die behandeln uns nicht wie Menschen, sondern wie Tiere. Wir sind denen nicht willkommen", beschwerten sich die Zurückgekehrten.

### Auch das Militär ist präsent

Zusätzlich sind Verunsicherung und Einschüchterung durch das guatemalteke Militär an der Tagesordnung. Während der gesamten Rückkehrroute quer durch Guatemala hielten sich die Streitkräfte dezent im Hintergrund. Doch schon bald nach der Ankunft im Poligono 14 treffen kleine Gruppen beim Holzschneiden im Wald auf Soldaten. Wiederholt tauchen auf dem Gelände Einsatzkräfte der Nationalpolizei und der Militärs in Zivil auf. Hubschrauber der Streitkräfte fliegen bei Tag und Nacht über das Camp, was bei den Zurückgekehrten jedesmal das Trauma erlebter Massaker und Verfolgungsjagden vor und während ihrer Flucht wieder aufleben läßt. Selbst Bombardierungen in höchstens ein bis zwei Stunden Fußweg Entfernung waren eines Nachts Anfang Februar zu vernehmen.



Trotz all dieser Unwägbarkeiten und der latenten Bedrohungssituation sind die Flüchtlinge nach wie vor glücklich, in ihr Land zurückgekehrt zu sein. Auf die meisten Entscheidungen und zugesicherten Hilfen werden sie lange warten müssen. Völlig ungeklärt ist die schwierige und gleichzeitig entscheidende Landfrage. Viele wollen auf ihr angestammtes Land zurück oder zumindest gleichwertigen Wohn- und Lebensraum erhalten, der ihnen von der Regierung vertraglich zugesichert worden ist. Andere werden vielleicht im Polígono 14 bleiben. Niemand weiß, wann der zweite Retorno beginnt und weitere RückkehrerInnen in Guatemala eintreffen.

Ein Berg von ungeklärten Fragen – doch nach einer Woche in "Victoria 20 de Enero" steht für Michael und mich schon die Rückkehr nach Deutschland bevor. Der Abschied fällt schwer. Intensive Freundschaften zu den Zurückgekehrten haben sich entwickelt. Wir müssen versprechen, bestimmt wiederzukommen und uns dafür einzusetzen, daß die Begleitung des Rückkehrprozesses nicht abbricht.

Besonders in den nächsten Monaten und Jahren wird die internationale Präsenz sowohl in den neuen Ansiedlungsgebieten als auch in den mexikanischen Lagern von existentieller Bedeutung für die Flüchtlinge und den politischen Prozeß in Guatemala sein. Die Angst der indianischen Bevölkerung, vergessen zu werden und unter Ausschluß der internationalen Öffentlichkeit erneut der staatlichen Repression zum Opfer zu fallen, ist trotz ihrer bewundernswerten Geduld, Stärke und Entschlossenheit sehr ernst zu nehmen.

Text und Fotos: Dorothea Schütze

## Rückkehr nach Nentón immer noch offen

Auch die rund 300 Familien, die in die Gegend um Nentón, Provinz Huehuetenango zurückkehren wollten, waren einmal so entschlußkräftig wie ihre oben beschriebenen Compañeros/as. Gemeinsam mit jenen wollten sie Mexiko ein für alle Mal den Rücken kehren. Doch der Tag ihrer Rückkehr rückt immer weiter in die Ferne, weil es offensichtlich nicht gelingt, die notwendigen Landkäufe in der vorgesehenen Region voranzutreiben. Dazu kommt, daß auch die mexikanischen Landbesitzer den Zeitverzug nicht länger tolerieren wollen, und nun von jeder Familie 50.000 Pesos Entschädigung fordern, wenn ihre Ländereien nicht bald verlassen werden.

Spannungen, Resignation und Verlust des gemeinsamen Kampfeinsatzes sind die Folge. 52 Familien sind bereits der Belastung erlegen. Auf ihren Wunsch hin wurden sie von der mexikanischen Behörde COMAR und dem UNHCR bis an die Grenze begleitet, um von dort von CEAR ins staatliche Aufnahmelaager in Huehuetenango gebracht zu werden.

Wieder einmal wird deutlich, wie eng Landproblematik und Militarisierung miteinander verknüpft sind. Solange das Landproblem in Nentón nicht gelöst ist, ist auch

jeder weitere Retorno in Frage gestellt, da die 2500 Personen im Ixcán werden die einzigen RückkehrerInnen bleiben.

Seit Wochen schon berichten BewohnerInnen der nahegelegenen Widerstandslager von Truppenkonzentrationen in dieser Region. Nach Informationen der URG wird eine große Militäroffensive vorbereitet. Obwohl es bislang bei Drohgebärden die Armee blieb, wächst mit jedem Zeitverzug die Gefahr für die Gruppe im Ixcán, denn politische Kraft auch von der Umsetzung eines wirklich kollektiven Retornos und von internationalem Interesse abhängt. Gerade dieses läßt aber momentan bedenklich nach. Der Rummel um den Nobelpreis für Rigoberta Menchú ist vorbei, die meisten der internationalen BegleiterInnen des Marschs zu Fuß in die Widerstandslager und des ersten Retornos sind bereits wieder abgereist, und auch das saisonal wiederkehrende "Wohlergehen" des guatemalteschen Staates zur Zeit der Sitzung der Menschenrechtskommission geht in diesen Tagen zu Ende. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Situation in den folgenden Wochen weiterentwickelt.



## 500 Jahre Kolonialismus 500 Jahre Widerstand



Mit der hier vorliegenden vierten Ausgabe der Zeitschriftenbeilage unternehmen die unterzeichnenden Zeitschriften weitere Schritte, um die Kampagne voranzubringen. Wir berichten in dieser Ausgabe über die europäischen Treffen in Kopenhagen und Paris und stellen neue überregionale Aktivitäten / Projekte aus der Bundesrepublik vor, die in Planung sind. Es kommt erfreulicherweise einiges in Bewegung. Kritisch anzumerken bleibt allerdings, daß fast alle Projekte sich auf Lateinamerika und Europa beziehen.

Die Konzeption der Beilage sieht vor, als Schnittstelle zwischen den Zeitschriften und Aktions- bzw. Solidaritätsgruppen zu fungieren, um Anregungen für Projekte / Aktivitäten zu geben und Kontakte zu ermöglichen.

### Überregionale Aktionsvorschläge

#### »Boot - Schaft 1992«: Die Umkehrung der Blickrichtung

Bekanntlich lassen sich kulturelle Phänomene anderswo schärfer sehen als in der gewohnten Umgebung, wo sie durch den Schleier der Selbstverständlichkeit als gewissermaßen "natürlich" wirken. Warum also sollten nicht Menschen aus anderen Kontinenten die hiesigen Verhältnisse systematisch untersuchen? Für die Umkehrung der Blickrichtung ist kaum ein Datum besser geeignet als 1992. Wenn sich die europäische Aufmerksamkeit scheinbar auf Lateinamerika richtet, um im Rahmen einer unbewußten "Selbstfeier" den Beginn der dortigen Kolonisation zu begehen, könnte dies zu überraschenden Resultaten führen. Damit wollen wir die "innere Kolonisation" Europas thematisieren: die eigene Kultur, unsere Technik- und Gesundheitsmythen, die abendländische Rechtspflege, den "Ball der einsamen Herzen", die unbemerkten Kommunikationsmuster, die scheinbar naturgegebene Produktionsweise, die mythologisierende Massenführung durch das Fernsehen und den Schicksalsbegriff von Börsenmaklern.

#### Die Idee

Mit einem kleineren Passagierschiff fahren "Entdeckungsreisende aus der Dritten Welt", darunter EthnologInnen, ChronistInnen, VertreterInnen lateinamerikanischer Indianergemeinschaften und Volksorganisationen den Rhein aufwärts. Am Niederrhein, in Duisburg, Düsseldorf, Leverkusen, Köln, Eltville, ... Karlsruhe, ... Straßburg & Basel

machen sie Station, um unter ortskundiger Führung "eingeborener HelferInnen" sachdienliche Hinweise zur Aufklärung dessen beizutragen, was das vorläufige Ergebnis des europäischen Fortschritts darstellt. Die an jeder Station gewonnenen Erkenntnisse und Einsichten werden in ethnographischen Protokollen festgehalten, die parallel zur Reise von einem Verbund lateinamerikanischer Zeitungen publiziert werden. Vielfältige Öffentlichkeitsaktivitäten und dialogische Begegnungen begleiten die Bootsfahrt. Der "verkehrte Blick" könnte sich als der richtige Blick erweisen. Genauso wie es Christoph Lichtenberg um 1790 formulierte: "Der Amerikaner, der den Columbus zuerst entdeckte, machte eine böse Entdeckung!" Weitere Informationen zum »Boot '92« und zum zweiten Kampagnenschwerpunkt von medico »Rückgabe der geraubten Kulturgüter« bei: medico international, Obermainanlage 7, 6000 Frankfurt, Tel. 069-4990041/2

#### Permanenter Workshop im »Um - Schaltjahr 1992«

Für den Zeitraum Okt. 1992 und Januar 1993 soll ein prozeßhaft und dynamisch angelegtes Aufeinandertreffen von lateinamerikanischen und europäischen sozialen Bewegungen und Kulturschaffenden vorbereitet werden. Dieses wird der doppelten historischen Bedeutung der beiden Daten, Binnenmarkt und 500 Jahre Kolonialismus, gerecht und schafft die Möglichkeiten, qualitativ neue Beziehungen zwischen den emanzipatorischen Kräften Europas und Latein-

amerikas zu knüpfen. Ein Ziel, das nur erreicht werden kann, wenn es zu einem möglichst massiven, langanhaltenden und intensiven Austausch von Erfahrungen kommt. Daher ist daran gedacht, in dem genannten Zeitraum eine zentral koordinierte, dezentral ausgeführte Rundreise vielfältiger lateinamerikanischer Delegationen durch diverse europäische Länder durchzuführen, auf der: 1. die Komplexität der lateinamerikanischen Wirklichkeit, nicht nur ihr strukturelles Elend, zur Sprache gebracht wird; 2. durch zunehmende Einbeziehung jeweiliger europäischer VertreterInnen sozialer Bewegungen auch die Probleme der europäischen Gesellschaften zum Thema werden; 3. in umfassender Weise Unterschiede und Gemeinsamkeiten in den Bedingungen des Emanzipationskampfes herausgearbeitet werden; 4. Elemente für eine zukünftige alternative Zusammenarbeit zwischen den beiden Kontinenten zu erstellen sind.

Der Vorbereitungs- und Aktionszeitraum soll längerfristig angelegt sein, um auch den interkontinentalen Charakter garantieren zu können. Sonst werden nur bisherige Fehler wiederholt, wie beispielsweise in klassischer Manier 5-6 metropolitane Großveranstaltungen mit bekannten brillanten Köpfen anzusetzen, die von ihrem jeweiligen Klientel durch Europa geleitet werden. Das Prozeßhafte und Dynamische läge nach diesem Vorhaben darin begründet, daß die inhaltliche Ausrichtung der "Tournée" von der ursprünglich im Vordergrund stehenden Thematisierung der Auswirkungen des fünf-hundertjährigen Kolonialismus sich durch die zunehmende Einbeziehung europaspezifischer Themen mit Blick auf die internen und externen Auswirkungen des Europäischen Binnenmarktes auf die zukünftigen gemeinsamen Aufgaben hin verschieben würde. Information: Uli Mercker, c/o ila, Heerstr. 205, 5300 Bonn, Tel. 0228 658613

Bitte ausschneiden und senden an:

AbsenderIn:

Informationsstelle Guatemala  
Heerstraße 205  
Oscar-Romero-Haus  
5300 Bonn

Fax-Nummer:

( ) Ich bitte um weitere einführende Informationen.

( ) Ich möchte im UnterstützerInnenkreis mitarbeiten und bitte um regelmäßige Zusendung des Paso Adelante.

( ) Ich möchte Kontakt zu örtlichen tätigen Personen oder Gruppen aufnehmen.





## Das Kopenhagener Treffen

Am 24./25. November fand in Kopenhagen das zweite europäische Vernetzungstreffen von Internationalismus-, Umwelt-, Menschenrechts- und ökumenischen Gruppen statt. Bei diesem Treffen dominierten die Ökologiegruppen weit weniger als bei dem ersten Treffen im September in Straßburg. 67 TeilnehmerInnen aus 24 Ländern waren anwesend. Neben zwanzig VertreterInnen osteuropäischer Gruppen aus Litauen, Polen, Rumänien, CSFR, Ungarn, Ukraine und Jugoslawien, waren sowohl aus den übrigen europäischen Ländern, als auch aus Kolumbien, Brasilien, Indien und von den Philippinen TeilnehmerInnen an dem Treffen beteiligt.

Internationale Vernetzung und gemeinsame Initiativen im Hinblick auf 1992 wurden von allen für notwendig gehalten. 500 Jahre Kolonialismus ist nicht auf ein historisches und ideologisches Thema zu reduzieren. Vielmehr steht der Nord-Süd-Konflikt insgesamt im Zentrum. Insofern sind 500 Jahre Eroberung nicht nur ein Thema für Lateinamerika-Interessierte, sondern die Zerstörungen in Afrika, Asien und Ozeanien müssen ebenfalls angesprochen werden. Daneben stehen Veränderungen von Produktions- und Konsumstrukturen im Norden an erster Stelle.

Trotz der unterschiedlichen Kulturen, Erfahrungen, Probleme etc. der TeilnehmerInnen wurden als politischer Grundkonsens folgende Überlegungen und Forderungen verabschiedet:

„Auf Grundlage einer basisdemokratischen Mobilisierung arbeiten wir gemeinsam an der Entwicklung einer Gesellschaft, in der internationalen Solidarität, Ökologie und sozialer Ausgleich höchste Priorität haben. Wir fordern und stellen fest:

- ★ Eine Welt ohne Rassismus mit dem Recht auf Bewegungsfreiheit und dem ungehinderten Austausch von Ideen und Informationen.
- ★ Politische und ökonomische Dezentralisierung und demokratische Partizipation.
- ★ Eine auf Solidarität und kulturelle Unterschiedlichkeit aufgebaute Lebensweise.
- ★ Eine gesunde Umwelt in Harmonie mit dem Planeten als Grundrecht der Menschheit.
- ★ Ein Ende den patriarchalen Strukturen, welche die Würde der Menschen und den Frauenkampf zerstören.
- ★ Die eingeborenen Völker sollten das Recht haben, erneuerbare Ressourcen zu nutzen und die Möglichkeit haben, ihre eigene wirtschaftliche, soziale und kulturelle Belange zu entwickeln, ohne daß ihnen der Zugang zu eigenen Werten der Subsistenz verwehrt wird.
- ★ Der Binnenmarkt 1992 wird die lange europäische Tradition des Imperialismus fortführen, indem er eine zentralisierte und hermetisch abgeriegelte politische, ökonomische und militärische Supermacht aufbaut.

- ★ Die Strategien ökonomischen Wachstums und Entwicklung, welche die Natur und das menschliche Leben zerstören, sollten durch andere alternative Formen dauerhafter Entwicklung ersetzt werden, die auf sozialer Gerechtigkeit basieren.
- ★ Eine neue ökonomische Weltordnung basierend auf Selbstständigkeit, Selbstbestimmung und der Neuverteilung des Wohlstandes sowohl innerhalb der Gesellschaften als auch zwischen Nord, Süd, West und Ost.

Unsere wichtigste Aufgabe für eine weltweite Solidarität ist die Veränderung unserer eigenen Gesellschaften.

Es wurde, ausgehend von diesem Grundkonsens, beschlossen, in einem mehrmonatigen Diskussionsprozeß eine gemeinsame programmatische Position zu formulieren. Die Aussage eines Vertreters der BUND-Jugend aus der BRD gegen die Forderung einer umfassenden Schuldenstreichung verdeutlichte schon an diesem entscheidenden Punkt die Schwierigkeiten einer Konsensfindung. Weitere grundsätzliche Fragen waren: Gibt es zwischen Osteuropa und der 'Dritten Welt' eine Konkurrenz um Ressourcen? Wie stehen die osteuropäischen Bewegungen zur kapitalistischen Marktwirtschaft und dem Weltmarkt? Können westeuropäische Linke aus der Solidaritätsbewegung und OsteuropäerInnen, die sich als antitotalitär definieren überhaupt zusammenarbeiten? Wie gehen die westeuropäischen KritikerInnen der EG mit der Forderung einer jugoslawischen Feministin nach Übernahme der EG-Umweltstandards durch Osteuropa um?

Allgemeiner Konsens war, die Kampagne 1991 mit der Rundreise des 'Train of Challenge' zu beginnen. Fest steht die Strecke Helsinki - Istanbul, Istanbul - Berlin und Berlin - Brüssel - Berlin. Dazwischen sind zwar schon einige Stationen organisiert, aber interessierte Gruppen, die weitere 'Stops' organisieren möchten, wenden sich an Börje Mattsson, Boulevardi 1319, 00120 Helsinki, Suomi-Finnland.

Die Kopenhagener Konferenzteilnehmer haben sich einen provisorischen Namen gegeben: ANPED - Alliance for Northern People of Environment and Development. Zur besseren Kommunikation ist die Veröffentlichung eines Mitteilungsblattes beschlossen worden. Kontakt: Alternativ Future, Hausmannsgt. 27, D182 Oslo 4, Norwegen.

Als erstes größeres Etappenziel auf dem Weg zur 1992-Kampagne soll im Sommer 1991 eine größere Versammlung aller aktiven Gruppen stattfinden. Der Ort steht noch nicht fest. Um den Koordinationsprozeß weiterzuführen, findet am 15./16. März in Straßburg das dritte europäische Vernetzungstreffen statt. Die Vorbereitungsgruppe ist für Interessierte offen.

Kontakt: Peter Wahl Hamburgerallee 54, 6000 Frankfurt/M 90, Tel. 069 709060

## Pariser Treffen der europäischen Lateinamerika-NGOs

Nach einem Informationsaustausch über Aktivitäten in den jeweiligen Ländern wurden gemeinsame europäische Aktionen diskutiert. Aufgenommen wurde der Beitrag des BUKO-Vertreters, daß man möglichst die großen voneinander isolierten Akteure bei Veranstaltungen vermeiden und stattdessen darauf achten sollte, daß es zu einem integrierten Prozeß von Aktion und Reflexion komme, der über den Oktober 1992 hinausweist. Die über die Kampagne entstehenden Vernetzungsstrukturen müßten auch für die Zukunft nutzbar bleiben. Es wurde darauf Wert gelegt, daß die geplanten Aktivitäten immer auch die europäische Realität zum Thema haben sollen.

Der französische Aktionsvorschlag enthält zwei politische Ziele. Einmal, Druck auf das Europaparlament und den Europarat auszuüben und dann die öffentliche Meinung für Nord-Süd Fragen und über die Auswirkungen des Europäischen Binnenmarktes zu sensibilisieren. Der Schauplatz soll Straßburg sein.

Das von den Basken vorgeschlagene Völkertribunal zielt auf Beeinflussung der öffentlichen nationalen wie internationalen Meinung. Es soll Beiträge liefern für eine kritische Aufarbeitung der Vergangenheit und Gegenwart der amerikanischen Völker, sowie für eine objektive Bewertung der Bedeutung des Jahres 1492, und zwar aus einer interkulturellen, nicht eurozentristischen Sicht. Das Tribunal soll aus angesehenen Persönlichkeiten aus Kunst, Kultur und Politik zusammengesetzt sein.

Aus Andalusien kam die Anregung, ein Forum in Puerto Real (Cadix), vom 9. bis zum 12.10.1992 zu organisieren. Zentrales Bestandteil soll die Enthüllung eines Denkmals sein, von LateinamerikanerInnen errichtet, im Gedenken an die Opfer der Kolonialisierung und zu Ehren der Würde der Völker fünfhundert Jahre nach der Eroberung. Das Denkmal soll durch öffentliche Ausschreibungen finanziert werden. Für die Durchführung des Forums stellt die Stadtverwaltung von Puerto Real Räumlichkeiten und einen finanziellen Anteil in Aussicht.

Was diese drei Vorschläge anbetrifft, besteht Übereinstimmung darüber, daß versucht werden wird, sie mit europäischen Inhalten zu füllen. Der deutsche Vorschlag, einen permanenten Workshop für den Zeitraum vom Oktober 1992 bis Januar 1993 einzurichten, um auf diese Weise einen intensiveren Austausch zwischen RepräsentantInnen der amerikanischen und europäischen sozialen Bewegungen zu ermöglichen, soll bis zum nächsten Treffen genauer ausformuliert werden. Darüberhinaus ist die Koordination

für weitere Vorschläge offen.

Nächste Schritte der europäischen Koordination:

Die Einschätzung, daß es einer wirklichen europäischen Koordination unter Mitwirkung von Organisationen verschiedener Länder bedarf, wurde von allen geteilt. Die französische Koordination hat nicht die Absicht, diese Aufgabe weiterhin allein zu übernehmen. Vorerst wurde eine provisorische Koordination eingerichtet, bis mit den Straßburger/Kopenhagener Treffen eine gemeinsame geschaffen wird. Diese Aufgabe wird bis zu dem in Genua geplanten Treffen Anfang Februar die italienische Liga für das Völkerrecht übernehmen: Lega per i diritti e la liberazione dei popoli, Via Stradella 10, 20129 Milano, Tel. 02-225250, FAX 29404811

## Theaterprojekte

Die EXILE-Kulturkoordination hat Materialien von ca. 10 europäisch/lateinamerikanischen Gruppen, die zu dem Themenbereich 500 Jahre... Theaterstücke erarbeiten. Zudem gibt es über Aktivitäten in Spanien Pläne, Gruppen aus Lateinamerika einzuladen. Daraus hat sich die Projektidee entwickelt, die Angebote zu einem Festivalpaket zusammenzufassen und dieses 'Mobile Paket' auf die Reise durch die Bundesrepublik zu schicken.

Außerdem bereiten sie einen internationalen Karikaturenwettbewerb zu dem Thema vor, dessen Ergebnisse 1992 als Wanderausstellung zu sehen sein wird.

Kontakt: EXILE, Friederikenstr. 41, 4300 Essen 1, Tel. 0201 777176

## Medien/Bücher

Kolumbus Erben, Cartoons aus Lateinamerika - von Juan Acevedo/ Peru.

In diesem Band zeigt uns der peruanische Karikaturist die dekadente, scheinmoralische und ignorant-verachtende Haltung der Oberschicht - der Erben Kolumbus - gegenüber der Bevölkerung.

Heinz Schultze, Menschenverkäufer-Seelenverkäufer, Evangelikale und fundamentalistische Gruppen und ihr Wirken in der Dritten Welt.

Die Dokumentation zeigt sehr deutlich die reaktionären, politischen und religiösen Ziele auf, die diese Gruppen letztendlich verfolgen, wodurch sie z.B. für Diktatoren zu wertvollen Verbündeten werden.

Bestellungen: AG SPAK, Adlzreiterstr. 23, 8000 München 2

## Die Berliner 1992-Koordination

Am 9./10. November veranstaltete das FDCL in Berlin ein Wochenend-Forum, zu dem alle Berliner Gruppen eingeladen waren, die zum Thema 1992 arbeiten und/oder sich an der 'Kampagne 1992' beteiligen wollten. Zentraler Aspekt der Diskussion war das große Interesse von verschiedenen Gruppen, zum Thema '500 Jahre Kolonialismus' und 'Europa 92' politisch aktiv zu werden. Die vielen Vorschläge zu Themen und Politikschwerpunkten (EG-Binnenmarkt, Rassismus, Sexismus, Klima-Katastrophe), die in die 1992-Aktivitäten integriert werden sollten, spiegeln die Überzeugung wider, daß die Internationalismusarbeit an die Konfliktpunkte HIER angebunden werden muß.

Das Zauberwort 'Kampagne' geistert weiter durch die Köpfe, dahinter steht aber bisher größtenteils Ratlosigkeit. Vorstellbar ist alles, von einer kleinen Veranstaltungsreihe über Aktionstage bis hin zu einer spektrumsübergreifenden Kampagne. Einschätzungen zur Machbarkeit, sowie erste Vorschläge zu einem Vorgehen gab es allerdings auf diesem Treffen noch nicht, auch wenn von einigen grundsätzlich Sinn und Möglichkeit einer großen Kampagne in Zweifel gezogen wurde. Es wurde jedoch deutlich, daß die viel bemühte Anti-IWF-Kampagne nicht einfach kopiert werden kann, weil die Ansatzpunkte nicht in Form konkreter Personen und Institutionen an einem Ort versammelt sind. Auf einem Folgetreffen dieses Wochenend-Forums wurde dann Anfang Dezember die Einrichtung eines regelmäßig (ein Mal im Monat) tagenden Koordinierungskreises, mit Vertretern der verschiedenen Gruppen, beschlossen. Gleichzeitig erklärten die meisten der anwesenden Gruppen, sich an den Lateinamerika-Tagen 1991 zu beteiligen. Das FDCL wird vom 13.-23. Juni 1991 Lateinamerika-Tage veranstalten. Inhaltlich soll es dabei um zwei Schwerpunkte gehen: '500 Jahre Kolonialismus und Widerstand' und nach dem Ende des realen Sozialismus - 'Marktwirtschaft ohne Alternativen?'

Die Koordinierungsgruppe soll zunächst die LateinamerikaTage vorbereiten, kann darüberhinaus allerdings die Diskussion über eine eventuelle Kampagne 1992 weiter vorantreiben. Aus einem erfolgreichen Verlauf der Lateinamerika-Tage 1991 könnten sich vielleicht auch die Grundpfeiler für die Berliner 1992-Kampagne herausbilden. Zentrale Überlegung müßte sein, ob mensch sich hauptsächlich an den offiziellen Feierlichkeiten reiben will, oder ob wir relativ unabhängig von den offiziellen Feierlichkeiten eigene Schwerpunkte (s.oben) für eine '1992-Kampagne' bestimmen.

Für eine Mobilisierung ist unabdingbare Voraussetzung, daß immer Bezugspunkte hier in Berlin/BRD gefunden werden, an

## Bundesdeutsche 1992-Ausstellung in Berlin

### »Neue Welten - Neue Wirklichkeiten«

Unter diesem unsäglichem Titel wird derzeit die einzig große nationale Ausstellung der BRD als Beitrag zu den Feierlichkeiten um 1992 geplant. Vom September 1992 bis Januar 1993 wird sie im Berliner Martin Gropius Bau zu sehen sein.

Die Ausstellung soll die gesamten 500 Jahre seit 1492 umfassen. Im Vordergrund stehen hierbei die Beziehungen der Bundesrepublik zu Lateinamerika. Auch die Zwangs-Beteiligung Afrikas durch den preußischen Sklavenhandel soll enthalten sein. Entsprechend wird also keine 'Kolumbus Ausstellung' geplant, sondern vielmehr die 'kulturhistorische Relevanz der Entdeckung' in den Vordergrund gestellt. 'Die Entdeckung als dauerhafter Prozeß'. Die drei zentralen Themenbereiche sind: a) Voraussetzungen, Folgen und Durchführung der Kolumbusfahrt; b) Die 'Entdeckten'; c) Die Folgen der Entdeckung.

Einer der Höhepunkte soll ein naturgetreuer Nachbau der 'Niña' (eines der Schiffe von Kolumbus) im Lichthof des Gropius-Baus sein - 'direktes Erleben'.

Soweit bisher bekannt, wird die Ausstellung nicht aus einer Ansammlung von Unwahrheiten, Geschichtsverdrehungen und -verfälschungen etc. bestehen. Vielmehr sind die Veranstalter offenbar bemüht, auch kritischere Punkte in die Ausstellung aufzunehmen. Dennoch wird diese Ausstellung durch systematische Ausblendungen ganz bestimmter Realitäten sicherlich genügend Angriffspunkte bieten. Nach den bisher durchgesickerten Informationen läßt sich bereits absehen, daß die Ausstellungen nicht beliebig sind. Die Kontinuität deutscher Ausländerpolitik bis heute wird genauso wenig Thema sein, wie der Widerstand in Lateinamerika. Trotz des Anspruchs die 'gesamten 500 Jahre' darstellen zu wollen, wird die Ausstellung Mitte dieses Jahrhunderts Halt machen - wohlweislich.



## Termine/Hinweise

### PAX CHRISTI

»500 Jahre Unterdrückung Lateinamerikas - Zeit zur Umkehr« ist das Thema des Kongresses 1991 der Pax Christi Bewegung in Deutschland. Schwerpunkte sind: Die gegenwärtige Wahrnehmung der Geschichte Lateinamerikas in Europa, die Leidensgeschichte unterworfenen Völker und ihres Widerstands und welche Strukturen die fortwährende ökonomische, politische und kulturelle Vereinnahmung der Länder Lateinamerikas sichern. Mit Gästen aus Lateinamerika, u.a. dem Befreiungstheologen Paulo Suess.  
Termin/Ort: 3.-5. Mai in Herzogenrath.  
Kontakt: Andreas Schillo, 5300 Bonn 2, Sonnenscheinstr. 3 Tel. 0228/315151

### »Auf der Suche nach dem besseren Leben. Migranten in Peru«

Dies ist der Titel einer geplanten Wanderausstellung über Hintergründe, Folgen und Bewältigungsstrategien von Migration am Beispiel Perus. Die Ausstellung wird versuchen, aus dem Blickwinkel der Betroffenen zu berichten. Neben Informationen sollen Anregungen zur persönlichen und politischen Auseinandersetzung über die Zukunft der lateinamerikanischen Völker und die Auswirkungen der Conquista geschaffen werden. Zeitraum ab Mitte 1992. Kontakt: Institut für kulturelle Weiterbildung, Postfach 101 193, 5000 Köln 1, Tel. 0221/519500

### Europäisches Koordinierungstreffen der NGOs

Die Fortsetzung des Kopenhagener Treffens vom 24./25. November 1990 findet am 15./16. März in Straßburg statt. Themen sind die Konsequenzen des EG-Binnenmarktes, die UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (1992 in Brasilien) und die Folgen von 500 Jahre Kolonialismus. Kontakt: Peter Wahl, Hamburgerallee 54, 6 Frankfurt/M 90

### Vorbereitungstreffen zur Aktionskonferenz

Für ein bewegungsübergreifendes Austausch- und Koordinationstreffen zur »Kampagne 1992« am 1. Juni 1991 findet am 21. März in Bonn ein weiteres Vorbereitungstreffen von VertreterInnen des Ökologie-, EG- und Internationalismus-Spektrums statt. Kontakt der BUKO-Gruppen über Peter Wahl, der Umweltgruppen über BUND, Arno Belen

### Die Berliner »1992-Koordination«

Die nächsten Termine sind am: 19.2. und 19.3. Jeweils 19.30 Uhr im Mehringhof. Kontakt: FDCL, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61, Tel. 030 6934029

### Zur Aktualität des Kolonialismus

Eine Tagung anlässlich der 500-Jahr-Feiern zur »Entdeckung« Amerikas 1992 mit Vorträgen, Arbeitsgruppen und Diskussion zum historischen und aktuellen Zusammenhang von Reichtum und Armut in den sog. ersten und dritten Welten. Kontakt: E. Wittulski, Davenstedterstr. 50, 3 Hannover 91, Tel. 0511/442326 oder Dritte-Welt-Forum, Schaafelderstr. 30, 3 Hannover 1, Tel. 0511/7000155.

### Serpaj-Europa

Serpaj-Europa wird die geplante »Asamblea del Pueblo de Dios« unterstützen. Diese Versammlung soll im Juli 1992 in Quito, Ecuador stattfinden, um Stellungnahmen von Basisgemeinden, progressiven Theologen etc. auszuarbeiten. Sie wollen damit Beitrag leisten, um die Stimme der Basis bei der lateinamerikanischen Bischofskonferenz - CELAM - im Oktober 92 in Santo Domingo deutlich werden zu lassen - als Gegengewicht zu der immer stärker werdenden konservativen Hierarchie in der katholischen Kirche. SERPAJ-Europa Werner Huffer, Engerserstr. 74a, 5450 Neuwied.

### Seminar der Staatskanzlei in NRW

»500 Jahre Amerika - Arbeit mit Filmen von Dschungelburger bis Fitzcarraldo«. So heißt der Titel eines Seminars, in dem die unterschiedliche europäische Verarbeitung der gesellschaftlichen Realitäten in Lateinamerika analysiert werden sollen. Termin/Ort: 22. bis 24. März in Bielefeld. Kontakt: TIERRA NUEVA, Lindemannstr. 84, 4600 Dortmund 1.

### »Gesang für Amerika«

Überall in Europa arbeiten Kulturgruppen zu Tanz, Musik, Theater und bildender Kunst zum Thema »500 Jahre Kolonialismus«. Aus dieser Überlegung heraus ist das Projekt eines drei-tägigen Theaterstückes auf der Textgrundlage des »Gesang für Amerika« von Urs Fiechter/Sergio Vessely entstanden. Kontakt: Volker Klein, Steffensweg 181, 2800 Bremen.

### DIALOG - Verein für Interkulturelle Beziehungen

Am 12. Oktober wird das Projekt mit einem Benefizkonzert vorgestellt. Folgende Schwerpunkte sind in Vorbereitung: Wanderausstellung lateinamerikanischer KünstlerInnen, Musikveranstaltungen, Literatur, Theater, audiovisuelles Begleitmaterial und Workshops. Kontakt: Manuel Valdes Bendelgasse 8, 1120 Wien

### VAMOS in Münster

Bei VAMOS werden Literatur über das Verhältnis Deutschlands zu Lateinamerika sowie zwei Dia-Serien zu den Themen »Kain« und »500 Jahre Dominikanische Republik« erstellt. Kontakt: VAMOS e.V., Achtermannstr. 10-12, 4400 Münster

### »Step across the border« 500 Jahre Frauenwiderstand

Als Europäerinnen wollen wir einen Beitrag zur Kampagne um 500 Jahre Conquista leisten, indem wir zum einen die gemeinsamen Diskussionen um Widerstand gegen patriarchale Strukturen mit den lateinamerikanischen Frauen vorantreiben, zum anderen aber unseren Beitrag zur Untersuchung der Auswirkungen europäischen/abendländischen Denkens und der Überprüfung unserer Zivilisationsbegriffe leisten. Nicht von ungefähr definierten Männer nicht nur Frauen, sondern auch die indigenen Völker als Teil der Natur, die es zu beherrschen und zu zivilisieren galt. Da die Geschichte zugleich Geschichte des Patriarchats ist, somit auch des Widerstandes von Frauen, werden wir in der Conquista-Kampagne mit einem Frauenschwerpunkt arbeiten.

Dies bedeutet aus feministischer Sicht ein neues Politikverständnis zu entwickeln. Praktisch stellen wir uns folgende Arbeitsbereiche vor:

- ★ Koordination von Frauenaktivitäten zu 500 Jahre Conquista;
  - ★ inhaltliche Aufarbeitung (Archiv und Dokumentation) und Veröffentlichungen zum Thema;
  - ★ Erarbeitung von Fraueninfos für die Beilage;
  - ★ Vorbereitung von Frauenthemen für Bundestreffen (z.B. Aktionskonferenz).
- Informationen: Angela, Gaby und Barbara, Info-Büro Nicaragua, Postfach 101320, 56 Wuppertal 1, Tel. 0202/4936305

### Kampagnenbeilage 1992 der Dritte Welt-Zeitschriften, Auflage 33.000

Herausgeber: blätter des iz3w, Bolivia, Brasilien Nachrichten, Cuba Libre, Dritte Welt, epd-Entwicklungspolitik, EPK, FORUM, ides, ica, ila, Lateinamerika-Nachrichten, Lateinamerika Anders, Brasilien, Guatemala, Kolumbien, Nicaragua Rundbriefe, STICHWORT, TRIALOG  
Redaktion: blätter des iz3w, Postfach 5328, Kienstr. 16 HH, 7800 Freiburg, 0761-74003  
Layout: Andreas Wenzel  
V.i.S.d.P.: Gerhard Rieger  
Wir danken dem Ausschuss für entwicklungspolitische Bildung und Publizistik (ABP) für finanzielle Unterstützung.

# Mission Macht Märkte



1992 ist das Jahr, in dem sich die koloniale Eroberung Lateinamerikas zum 500. Male jährt. 1992 ist auch das Jahr der Vollendung des Europäischen Binnenmarktes, jenes Projekts der herrschenden Politiker, Manager und Bankier, das der EG eine Hegemonialposition in der Weltwirtschaft verschaffen soll. Im gleichen Jahr findet in Brasilien die UNO-Konferenz zu Entwicklung und Umwelt statt. Vor dem Hintergrund dieser Konferenz hat eine internationale Debatte im Spannungsfeld zwischen eher technokratischen und gesellschaftlichen Lösungen der ökologisch/sozialen Krise begonnen. Es ist offensichtlich, daß diese Ereignisse nicht nur in einem zeitlichen, sondern auch in einem inhaltlichen Zusammenhang stehen. Sie stehen im Kontext tiefgreifender weltgeschichtlicher Umbrüche. Das Ende der Blockkonfrontation und der mit dem Zusammenbruch des »Real-Sozialismus« verbundene Siegeszug der westlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung bedeuten jedoch für die »Dritte Welt« keine Verbesserung in den Lebensumständen breiter Bevölkerungsschichten, wie die Marktapologeten es gern propagieren. Im Gegenteil, vieles spricht dafür, daß die politischen und wirtschaftlichen Vermachtungsprozesse auf dem Weltmarkt große Teile der »Dritten Welt« völlig ins Abseits drängen. Nicht nur, daß der Golfkrieg mögliche Hoffnungen auf Abrüstung zunichte gemacht hat - er demonstriert darüberhinaus, daß die Mächtigen trotz aller gegenseitigen Wi-

dersprüche willens sind, mit militärischer Gewalt ihre Interessen gegenüber der »Dritten Welt« durchzusetzen. Diese auch große Teile der Internationalismusbewegung verunsichernde Entwicklung der letzten Jahre veranlaßt sie, ihre bisher leitenden Einschätzungen und die entsprechenden Forderungen zu überprüfen, von Mythen Abschied zu nehmen, um neue Einsichten zu gewinnen und Wege ihrer Verwirklichung zu entwickeln. Die entwicklungspolitischen Aktionsgruppen werden auf ihrem 15. Bundeskongreß vor dem Hintergrund der »92er-Ereignisse« in Arbeitsgruppen und Plenumsdiskussionen die durch die beschriebenen Veränderungen aufgeworfenen Fragen zuspitzen, um Widerstandsmöglichkeiten und Alternativen zur herrschenden Wirtschaft und Politik zu diskutieren. Absicht ist es, auf dieser Grundlage die inhaltlich-politischen und aktionsbezogenen Konturen einer auf die zusammenhängenden Ereignisse 1992 bezogenen Kampagne herauszuarbeiten. Angesichts der internationalen Dimensionen der anstehenden politischen Ereignisse ist vorgesehen, daß auf dem Kongreß versucht werden soll, neben den TeilnehmerInnen aus der bundesdeutschen Internationalismusbewegung VertreterInnen der verschiedenen sozialen Bewegungen aus der Dritten Welt und aus West- und Osteuropa einzubeziehen.

## 15. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen 9.5. - 12.5.1991 in Köln

Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/393156  
Postgiroamt Hamburg, Konto 79112-201, BLZ 200 100 20

LATEINAMERIKA  
NACHRICHTEN

EPK  
ENTWICKLUNGSPOLITISCHES  
KONGRESSPROJEKT

NICARAGUA

BOLIVIA

3450 INFORMATIONSLATIN

IKA  
INSTITUT FÜR KULTURPOLITIK  
KULTURPOLITIK

Guatemala TRIALOG

Rundbrief

BRASILIAN NACHRICHTEN

STICHWORT

DRITTE WELT

epd

Entwicklungs-  
POLITIK

FORUM

BRASILIAN NACHRICHTEN

STICHWORT

ila

LATEINAMERIKA ANDERS

REPORT

blätter des iz3w

Kolumbien

Rundbrief

CUBA LIBRE

BRASILIAN NACHRICHTEN

BRASILIAN NACHRICHTEN



## Arbeitsgruppen

Die vielfach erwähnten Umbrüche in der Welt erfordern auch eine Zuspitzung der Fragestellungen innerhalb der Internationalismusbewegung auf Alternativen zu den herrschenden Strategien der Mächtigen.

In allen Arbeitsgruppen sollen folgende Aspekte Berücksichtigung finden:

- die vertiefende Diskussion der allgemeinen Auswirkungen des EG-Binnenmarkts;
- die Kontinuität von 500 Jahren Kolonialismus und Neokolonialismus;
- die Wirkung patriarchaler Strukturen.

Vor dem Hintergrund der analytischen Diskussionen werden die TeilnehmerInnen der AGs die alternativen Konzepte auf ihre Realisierbarkeit – und überhaupt langfristig eine reale Veränderung bedeuten – und auf ihre Akzeptanz bewerten.

Die Arbeitsgruppen sollen in ihren Diskussionen klären:

- wie das Thema der AG in dem mit den Vorbereitungsmaterialien mitverschickten Kampagnenauftruf enthalten ist,
  - was darin eventuell fehlt, und
  - welche Aktionen aus der Sicht der TeilnehmerInnen vorgeschlagen werden können und wie sie im Rahmen der Kampagne umsetzbar sind.
- Die Arbeitsgruppenergebnisse werden in die Diskussion über eine mögliche „92er-Kampagne“ ins Plenum einfließen.

### 1. Vernichtung der Regenwälder

Die globalen ökologischen Zerstörungen sind ein Resultat der herrschenden Wirtschafts- und Produktionsformen. Grundfrage ist die bislang ungebrochene Ideologie eines grenzenlosen Wohlstandes durch permanentes Wachstum. Die AG wird untersuchen, welche Strategien die kapitalistische Wirtschaft anbietet und ob sie überhaupt greifen können. Es wird diskutiert werden, welche Gegenstrategien entwickelt werden müssen.

### 2. Wo geht unser Müll hin – wer räumt ihn weg?

Müllpolitik in der EG 92 – Ökologie auf dem Rücken von Niedriglohngruppen, Frauen und der „Dritten Welt“.

Niedrig bezahlte Frauen, oft Ausländerinnen, arbeiten in den Müllsortieranlagen, damit die „ökologischen Ziele“ der Wegwerfgesellschaft verwirklicht werden können. Und was hier zu gefährlich zur Deponierung erscheint, das lagern wir auf finanziell erpresserische Weise in den Regionen der „Dritten Welt“ oder des ehemaligen „Ostblocks“ ab. Zu diskutieren sind Strategien der Müllvermeidung, die allerdings nicht bei technokratischen Lösungen stehen bleiben dürfen (z.B. die verschiedenen „Umbauprojekte“ der Industriegesellschaft).

### 3. Antirassismus zwischen Widerstand und Institutionalisierung

In dieser AG soll die Rassismus und Flüchtlingsproblematik im Kontext zu Nationalismus und der internen Verhältnisse europäischer Gesellschaften erörtert werden. Welche Funktion hat die Ausgrenzung von Flüchtlingen und ImmigrantInnen – sowohl unter ökonomischen (Arbeitskraft) als auch unter herrschaftsstrategischen (Blitzableiter für Aggression) Aspekten? Im Mittelpunkt steht die Situation von Flüchtlingen und ImmigrantInnen in der BRD und der ehemaligen DDR. In der perspektivischen Diskussion sollen verschiedene antirassistische Konzepte gegenübergestellt werden; so z.B. offene Grenzen versus Einwanderungsgesetz/-politik. Es geht dabei nicht um eine technokratische Diskussion von Gesetzestexten, sondern um die Analyse der ökonomischen Interessen und der Ideologiekomponenten, welche der aktuellen bundesdeutschen und europäischen Flüchtlingspolitik zugrunde liegen.

### 4. Der europäische Geist – Herrschaftsinstrument oder emanzipatorische Chance

In dieser AG sollen bestimmte Elemente europäischen Denkens, wie Rationalität, Humanismus, Aufklärung, Kritik und Menschenrechte in ihrer Bedeutung für die „Dritte Welt“ diskutiert werden. Auch neuere Konzeptionen wie die „Zivilgesellschaft“ sollen auf ihre Brauchbarkeit für die Debatte über Demokratie und Menschenrechte in der „Dritten Welt“ geprüft werden.

### 5. Nationale versus soziale Befreiung?

Der BUKO hat in vielen Fällen nationale Befreiungskämpfe eines Volkes unterstützt. Nach der Wahlniederlage der FSLN in Nicaragua ist die Diskussion aufgebrochen, wie das jetzt eigentlich mit der Unterstützung des nicaraguanischen VOLKES ist. In Litauen, dem Baskenland, Eritrea, Slowenien, Palästina, Armenien, El Salvador, Aserbaidschan, Kurdistan usw. gibt es Kämpfe des Volkes für nationale Befreiung. Unterstützen wir alle diese Bewegungen? Wer ist z.B. das Volk von Kuwait?

Grund für uns als InternationalistInnen – gerade auch angesichts der Herstellung des EG-Binnenmarktes – die längst überfällige Diskussion über den Volksbegriff, nationale bzw. soziale Befreiung zusammen mit VertreterInnen von Befreiungsbewegungen aus den betreffenden Regionen zu beginnen.

### 6. Patriarchale Bevölkerungspolitik versus das weibliche Recht auf selbstbestimmte Geburtenkontrolle

Bevölkerungspolitik bedeutet Kontrolle hauptsächlich der Frauen. Entweder werden die Frauen zum Gebären aufgefordert oder gar gezwungen oder die wachsende Zahl der Armen wird als Bedrohung empfunden. Statt die Armut strukturell aufzuheben, wird dem Bevölkerungswachstum in den armen Ländern der Kampf erklärt. Fragwürdige Methoden der Geburtenkontrolle werden von Organisationen der Entwicklungshilfe propagiert und mit finanziellen Anreizen oder sogar Zwangsmaßnahmen durchgesetzt. Doch wehren sich Frauen und (Männer?) in der ganzen Welt gegen Bevölkerungspolitik und fordern stattdessen Möglichkeiten der selbstbestimmten Geburtenkontrolle.

### 7. Von der göttlichen Weltordnung zur Diktatur der ökonomischen Rationalität

Der Allvater im Himmel als Legitimation für die Ausbeutungswirtschaft der Conquista – El Dorado, Gold, Mythos Geld – Geld regiert die Welt und Rationalität die Ökonomie – Weltmarkt, Börsen, Männerbünde – und Frauen?

In dieser AG werden wir:

- untersuchen, wie patriarchale Strukturen und Denkformen in der Ökonomie reproduziert werden

- herausfinden, was 500 Jahre Conquista aus feministischer Sicht bedeuten
- die Zusammenhänge zwischen beiden Bereichen herstellen
- die vielen offenen Fragen der Feministischen Ökonomie weiterdiskutieren.

Unter dem Mantel der Börsenmänner steckt der Beutejäger im Lendenschurz. (Diese AG ist nur für Frauen)

### 8. Die politischen Organisationsformen ökonomischer Macht, Möglichkeiten ihrer Reformierbarkeit, andere Konzepte

Das Primat der Wirtschaft über die Politik äußert sich durch neue ökonomische Machtkonstellationen, aber auch durch hektisches Krisenmanagement und Hilflosigkeit supranationaler Institutionen wie der UNO. Welche Interventions- und Veränderungsmöglichkeiten – um das Primat der Politik und die Interessen der Bevölkerungsmehrheit durchzusetzen – gibt es im Graswurzelbereich, auf politischer Lobbyebene und zwischen Nationalstaaten? Im Einzelnen sollen folgende Aspekte in dieser AG besonders berücksichtigt werden:

- Rolle der supranationalen Institutionen (UNO, etc.)
- Widerstand gegen die EG – transnational, national und regional
- Lobbyarbeit und/oder Massenkampagnen
- Rolle der NGOs, Basisgruppen etc.

### 9. Gibt es Alternativen zur herrschenden Entwicklungs- und Außenpolitik der EG?

Seitdem die EG ins Blickfeld der kritischen Auseinandersetzung geraten ist, wird in der Internationalismusbewegung äußerst kontrovers über die Möglichkeiten der Reformierbarkeit der EG, ihrer Institutionen und Politikinstrumente diskutiert. Für einige zentrale „Dritte Welt“-betreffende Politikfelder, sollen in dieser AG z. Zt. diskutierte Alternativen Spannungsfeld von grundlegender Veränderung einerseits und kurz-/mittelfristiger Realisierbarkeit andererseits untersucht werden:

- Die Lomé-Verträge – ein Entwicklungspolitisch Modell für eine Neue Weltwirtschaftsordnung oder Neokolonialismus?
- Die Verschuldungspolitik der EG
- Diskussion der Forderung nach Reparationszahlungen
- Gibt es eigenständige politisch/militärische Optionen der EG gegenüber der „Dritten Welt“ und wie könnten Alternativen dazu aussehen?

10. Gibt es gemeinsame Strategien von Gewerkschafts- und Solidaritätsgruppen bei Lohnkämpfen, Streiks und Boykottmaßnahmen in Betrieben multinationaler Konzerne hier und in der „Dritten Welt“?

In dieser AG sind GewerkschafterInnen verschiedener Gruppierungen vertreten. Ihre nationalistische Arbeit mit GewerkschafterInnen z.B. in Brasilien, Spanien und auf den Philippinen kann Wege aufzeigen, wie gemeinsame Forderungen durchgesetzt werden.

### 11. Die Bedeutung der ehemaligen Planwirtschaftsstaaten in einer neuen europäischen Großraumordnung

In dieser AG werden folgende Fragen und Aspekte diskutiert:

- Differenzierte Integration in den europäischen Großraum
- Ausverkauf Osteuropas??
- Konkurrenz mit der sog. „Dritten Welt“
- soziale Konfliktlinien und Widerstandsperspektiven (gemeinsame Interessen und Bewegungen)

### 12. Die EG auf den Weltagrarmärkten

In dieser AG geht es vor allem um folgende Fragestellungen:

- Strategische Stellung der EG auf den Weltagrarmärkten
- Der Kampf um die Märkte: Die Situation nach den GATT-Verhandlungen
- Instrumente der Vorherrschaft: Agrobusiness, technologische Entwicklungen (z.B. Technologie), Nahrungsmittelhilfe
- Handlungsmöglichkeiten: Von der Beobachtung über Öffentlichkeitsarbeit bis zur Boykottarbeit.

### 13. Die militärische Rolle Europas in der Welt

„Westeuropa ist eine Oase des Friedens. Diese Feststellung drängt sich dem auf, der das Scheitern in den Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas verfolgt. Seit 1945 wurden weit mehr als 150 Kriege geführt. Mit wenigen Ausnahmen brachen sie allesamt in Süd- oder Dritten Welt aus.“ (Heinzlmeier, Das Parlament, Dez. 1989)

Europa stand jedoch für diese Kriege im Mittelpunkt der militärischen Versorgungsexporte, die im Falle Irak am Tageslicht gebracht wurden, bilden den Zusammenhang zum Völkermord. Ein Sieger des Krieges am Golf steht schon fest: die Hochtechnologie, fördert durch multinationale Projekte, gestützt durch nationale Gelder verwandte militärische Rüstungsexporte der Industrieländer gegen die eigenen Interessen. Weltpolitisch ist ein neues Europa „bedroht vom neuen Feind“, der militärstrategisch eingeplant und bereit wird.

### 14. Film-workshop

In diesem Film-workshop soll zu folgenden Fragen gearbeitet werden:

- Wie wurden und werden Themen wie (Neo-)Kolonialismus, Ausbeutung, Widerstand und kulturelle Identität in Filmen sowohl lateinamerikanischer als auch europäischer Filmschaffender dargestellt?
- Welche Filme stehen zur Verfügung, um in einer Gegenkampagne zur 500-jährigen „Entdeckung“ Lateinamerikas die andere Seite der Geschichte in Bildern zu erfahren?
- Während des workshops sollen Erfahrungen, Planungen und Anregungen der TeilnehmerInnen zu möglichen Filmprogrammen mit dem Anschauen und Diskutieren von Filmen, Filmausschnitten verbunden werden.

### 15. Kolonialismus und Widerstand auf den Philippinen

In dieser AG, die als Theaterworkshop konzipiert ist, wird ein philippinischer Referent Einführung in die Geschichte des Kolonialismus in seinem Land geben. Anschließend soll durch Theaterspielen erfahren werden, was Kolonialismus bedeutet kann. Die Auswirkungen des Kolonialismus im alltäglichen Leben sollen so spürbar und fühlbar gemacht werden.

### 16. Was heißt Entwicklung? – Neudefinition des Entwicklungsbegriffes

Nicht zuletzt das Vertrauen auf die volkswirtschaftlichen Wachstumsindikatoren hat die Welt in eine globale Krise gestürzt. Seit langem gibt es schon Kritik an dem Entwicklungsgriff, der dem kapitalistisch industriellen Zivilisationsmodell verpflichtet ist. Vor allem den Kreisen der Umwelt- und Frauenbewegung – und nicht zuletzt auch in den Ländern der „Dritten Welt“ selbst – werden angesichts der nicht mehr zu übersehenden Brüche in den letzten Jahren zunehmend alternative Konzepte diskutiert. Die schillernde Bandbreite der Konzepte reicht von ganz konkreten technokratischen Lösungsansätzen bis hin zu utopischen Gegenbildern zum schlechten Bestehenden. Folgendes soll diskutiert werden:

- „Ökologisierung“ der Weltwirtschaft
- das Konzept des „sustainable development“
- Entwicklung alternativer Entwicklungsindikatoren
- Konzepte aus der „Dritten Welt“.

Folgende ReferentInnen haben bereits zugesagt: Mascha Madörin (Finanzplatz, Schöpfung); Prezzik Czakowsky (Centre for International Affairs, Polen); Jochen Hippel (Hippel); Andreas Bernstorff (Greenpeace); Barbara Ummüßig (Weltwirtschaft, Ökologie, Entwicklung); Jürgen Wolters (AG Regenwald und Artenschutz); Ingrid Strobl (Jugend, Köln); Söster Strubelt (tierra nueva); Stellan Herrmanson (Anti-EG-Gruppe, Berlin); Rudi Rhode (BASTA-Theater, Wuppertal); Vandana Shiva (Wissenschaftler, Indien); Ed de la Torre (Philippinen); Rainer Jansen (gewerkschaftsoppositionelle Gruppe Bochum); Thomas Stankowski (Gewerkschaftsinitiative f. Abrüstung, gegen Sozialismus und Atom). Viele weitere sind angefragt.

## Weitere Informationen / Technisches

### Kein BUKO ohne Aktionen

SPURENSUCHE – Hinweise auf Krieg und Kolonialismus in einem Stadtteil. DEMONstrative Stadtwanderung durch Nippes entlang verschiedener Stationen, an denen die KongreßteilnehmerInnen mit Hilfe von Flugblättern, kleinen Theateraktionen etc. lautstark auf die Verstrickung diverser Einrichtungen im Stadtteil mit Kolonialismus und Neokolonialismus aufmerksam machen werden. Zeit: Samstag, 10.00–13.00 h

### Medienbörse

Auf der Medienbörse können interessierte Gruppen und Einzelpersonen Bücher, Broschüren, Arbeitsmaterialien und sonstige Informationen ausstellen. Wegen des Platzmangels müssen sich die Interessierten unbedingt auf dem Anmeldeabschnitt anmelden. Standgebühr für kommerzielle Stände (z.B. große Verlage): 100,- DM, ansonsten kostenlos.

### Koordinierungsausschuß

Alle BUKO-Mitgliedsgruppen sollen sich schärfstens überlegen, für den Koordinierungsausschuß zu kandidieren. Angesichts des zur Zeit aus nur wenigen Gruppen bestehenden Koordinierungsausschusses und im Hinblick auf die Aufgaben, die vor uns liegen – die Aktivitäten zum europäischen Binnenmarkt und die Jubelfeiern zum 500. Jahrestag der Kolonisierung Lateinamerikas –, aber auch im Hinblick auf die Umbrüche in Osteuropa, die nicht ohne Auswirkungen auf die Bedingungen von Solidaritätsbewegungen geblieben sind, ist ein starker Koordinierungsausschuß unabdingbar.

Gruppen mit Interesse an einer Mitarbeit mögen sich bitte an die Geschäftsstelle in Hamburg wenden. Wir beantworten hier auch gern Fragen in bezug auf die KA-Arbeit.

### Resolutionen

In diesem Jahr werden auf dem Kongreß wirklich nur Resolutionen abgestimmt, die bis zum 15.3.91 an die Geschäftsstelle des BUKO geschickt worden sind. Auf dem

letzten Kongreß in Nürnberg ist sinnvollerweise die Einrichtung einer Resolutionsantrags-Kommission (sie besteht z.Zt. aus drei KA-GruppenvertreterInnen) beschlossen worden. Aufgabe dieser Kommission ist es, festzustellen, ob eingehende Resolutionsvorschläge bereits existierende BUKO-Beschlüsse nur wiederholen würden. Solche werden dann nicht zugelassen. inhaltlich ähnlich gelagerte Resolutionsanträge werden von der Kommission in sinnvoller Weise gebündelt. Um den Gruppen Gelegenheit zu geben, die Resolutionen zu diskutieren, werden sie zusammen mit den Vorbereitungsmaterialien verschickt. Später eingehende Resolutionen werden nur noch zugelassen, wenn sie durch aktuelle Ereignisse bedingt sind.

### Vorbereitungsmaterialien

Vorbereitungsmaterialien werden mit der Anmeldebestätigung verschickt.

### Termin und Ort

Der 15. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen findet vom 9.5. bis 12.5.1991 im Bürgerzentrum Alte Feuerwache, Melchiorstr. 3 in Köln statt.

### Teilnahme

Teilnehmen am 15. Bundeskongreß kann jede oder jeder, die/der die Teilnahmegebühr bezahlt. Stimmberechtigt sind allerdings nur Delegierte von Mitgliedsgruppen, die für das Jahr 1991 ihren Mitgliedsbeitrag bezahlt haben. Der BUKO-Jahresbeitrag beträgt pro Gruppe 150,- DM (plus FORUM-Abo 36,- DM). Institutionen, Bundesverbände und Koordinationen können am Kongreß nur als Beobachter ohne Stimmrecht teilnehmen. Die beobachtende Mitgliedschaft kann bei der Geschäftsstelle formlos beantragt werden (Jahresbeitrag 350,- DM, plus FORUM-Abo 36,- DM).

(Forts. nächste Seite)

Bitte meldet Euch so schnell wie möglich an! Das hilft uns sehr für unsere Vorbereitungen (allerspätestens 19.4.91)

## Anmeldung für den 15. Bundeskongreß in Köln, 9.5. – 12.5.1991

(an den Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nernstweg 32–34, 2000 Hamburg 50)

- 1) Name der Gruppe/Institution: .....
- 2) Anschrift: .....
- 3) Status: ☐ örtliche Basisgruppe ☐ Institution/Bundesverband ☐ sonstige/r Teilnehmer/in
- 4) Mitglied: ☐ ja ☐ nein ☐ Interesse an der Mitgliedschaft ☐ Interesse an der Mitarbeit im Koordinierungsausschuß



## Technisches

### Anmeldung

Zur Anmeldung muß der untenstehende Abschnitt vollständig ausgefüllt und der Teilnahmebeitrag (ACHTUNG: 80,- DM für TeilnehmerInnen aus BUKO-Mitgliedsgruppen, 110,- DM für sonstige TeilnehmerInnen, TeilnehmerInnen aus der Ex-DDR bezahlen 80,- DM) IM VORAUS auf das Konto des BUKO überwiesen werden: Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Hamburg, Postgiroamt Hamburg, Kto.-Nr. 791 12-201 (BLZ 200 100 20). Bitte gebt auf der Überweisung den Namen der Gruppe deutlich an. Anmeldeschluß ist der 19.4.91. Die Anmeldung auf dem Kongreß selbst erfolgt im Bürgerzentrum Alte Feuerwache.

### Fahrtkosten

Fahrtkosten werden wahrscheinlich weitestgehend erstattet.

### Essen

Um uns eine Flut von Plastikgeschirr zu ersparen, werden die TeilnehmerInnen gebeten, ihr eigenes Geschirr (Becher, Schüssel, Teller) und Besteck mitzubringen.

### Kinder

Für Kinderbetreuung während des Kongresses kann gesorgt werden. Dafür ist es aber notwendig, daß auf dem Anmeldeabschnitt dazu Angaben gemacht werden: Wieviele Kinder werden mitgebracht? Wie alt sind diese? Und vor allen Dingen: müssen sie betreut werden? Bitte erleichtert uns die Organisation, indem Ihr Kinder, die angemeldet wurden und dann doch nicht mitkommen werden, wieder abmeldet.

## Programm

### Donnerstag, 9.5.91

- 12.00-15.00 Anmeldung in der Feuerwache  
15.00 Lieder und Gedichte aus Lateinamerika mit der Gruppe „Zanate“  
15.30 Plenum  
Begrüßung, anschließend Einführung in den Kongreß.  
Vorträge:  
Einblicke von Außen: Die alte und die neue HERRSchaftsordnung Europas im Licht eines ganzheitlichen Politikverständnisses  
Vandana Shiva, Indien  
Flucht aus dem Osten – Flucht aus dem Süden – Fluchtpunkt EG '92. ZIELpunkte einer antirassistischen Flüchtlings-/MigrantInnenpolitik hier?  
AK Asyl, Hamburg  
19.00 Abendessen  
21.00 „Gesang für Amerika“  
Konzertlesung zur indianischen Geschichte Lateinamerika mit Sergio Vesely und Urs M. Flechtner

### Freitag, 10.5.91

- 9.00 Plenum  
Vorstellung der ausländischen Gäste und ReferentInnen in den Arbeitsgruppen  
10.30 Arbeitsgruppen  
13.00 Mittagessen  
14.00 Fortsetzung der Arbeitsgruppen  
18.30 Abendessen  
20.00 Öffentliche Veranstaltung zu einem aktuellen Thema

### Samstag, 11.5.91

- 9.30 Öffentlichkeitswirksame Aktionen in Köln  
13.00 Mittagessen  
14.00-16.00 Frauenplenum  
14.30 Plenum  
Rechenschaftsberichte des Koordinierungsausschusses, des FORUM und der Kampagnen  
Wahl des Koordinierungsausschusses  
Abstimmung von Resolutionen und Verabschiedung des Seminarprogramms  
19.30 Abendessen  
21.00 „Dies bißchen Freiheit“  
– ein neues Stück des Basta Theaters /Rudi Rhode zum Thema Lateinamerika. Und uns!  
22.00 Disco

### Sonntag, 12.5.91

- 8.30-9.30 Fahrtkostenerstattung TeilnehmerInnen  
9.00 Plenum  
Ausführliche Diskussion der „Kölner Erklärung“ und einer möglichen Kampagne 1992 unter Einbeziehung der Arbeitsgruppenergebnisse  
13.00 Mittagessen

## BUKO

5) Zum BUKO melden wir an (Name, Anschrift, Tel.):

1. ....

Interesse an AG: .....

2. ....

Interesse an AG: .....

3. ....

Interesse an AG: .....

6) Mitfahrgelegenheit (bildet Fahrgemeinschaften):

☐ ich biete ☐ ich suche Mitfahrgelegenheit für ..... Personen. Tel.-Nr. ....

7) ☐ wir benötigen Kinderbetreuung

wieviele Kinder? ..... Alter? ..... Jahre an folgenden Tagen: .....

☐ Wir möchten an der Medienbörse teilnehmen.

Teilnehmerpreis von 80,- DM/110,- DM pro Person am ..... überwiesen.

Datum ..... Unterschrift .....

Schlafplätze nötig für: \*

Do Fr Sa So

Do Fr Sa So

Do Fr Sa So

\*Zutreffendes ankreuzen

## Medienarbeit

### zDF-Bildungsprogramme

### Stationen des Kolonialismus

Redaktion: Karl J. Joeressen

Das Phänomen Kolonialismus läßt sich auf unterschiedliche Weise betrachten. Historisch: Was ist geschehen, aus welchen Gründen und mit welchen Folgen? Völkerkundlich: Wer wurde wie betroffen? Was hat die Entdeckung und Eroberung der Welt bei denen bewirkt, die vorher unentdeckt und auf sich allein gestellt geblieben waren? Man kann auch auf dem Standpunkt stehen: Kolonialismus ist heute, unsere heutige Welt wird von anderen als von historischen und völkerkundlichen Faktoren bestimmt: von wirtschaftlichen und politischen. Jede dieser Perspektiven ist berechtigt und angebracht, jede bringt Erkenntnisse und Einsichten.

Der Blick in die Geschichte zeigt uns: Seit dem 15. Jahrhundert haben die Europäer den Bibelspruch „Macht euch die Erde untertan“ beim Wort genommen. Sie haben die Errungenschaften der abendländischen Zivilisation auf dem Globus verbreitet und dafür Kulturgüter und Rohstoffe aus allen Weltgegenden nach Europa geschafft. Sie haben Kulturen zerstört

und Menschen versklavt, sie haben in der Alten Welt den Fortschritt vorangetrieben und in den Ländern, die wir heute als „Dritte Welt“ bezeichnen, den Stillstand, ja den Rückschritt bewirkt.

Die völkerkundliche Betrachtung veranlaßt uns zu erwägen, ob das, was wir als Fortschritt und Weiterentwicklung bezeichnen, immer ein Schritt nach vorn sein muß. Ob, konkret gesagt, ein zerlumptes Kleidungsstück für den Indio im Amazonasdschungel eine Verbesserung der Lebensqualität bringt gegenüber dem Lendenschurz aus Blättern oder Rindenfasern.

Gleichzeitig zwingt sie uns zu der Einsicht, daß die Menschheit ärmer wird mit jeder Volksgruppe, die ausstirbt oder auch nur vor dem Fortschritt kapituliert. Das genetische Potential verkümmert, und die Vielfalt der Kulturen weicht normierten Denk- und Lebensweisen.

Die wirtschaftlich und politisch orientierte Sicht kann den interessierten Zeitgenossen vollends verwirren. Denn – Historisches hin, Ethnologisches her – es stellt sich heraus, daß der vielzitierte Wandel der Zeiten nur bedingt stattgefunden hat. Kolonialis-

mus gibt es heute wie eh und je, nur unter anderem Etikett. Selbst wo von Völkerverständigung, von Welthandel und Entwicklungshilfe die Rede ist, bestimmen nicht selten Denkmuster aus der Kolonialzeit die Entscheidungen. Für die Betroffenen hat sich in vielen Fällen die Lage kaum verändert.

Im Themenverbund „Stationen des Kolonialismus“ werden Sendereihen zusammengefaßt, die die verschiedenen Betrachtungsweisen exemplarisch vorführen. Die 22 Sendungen sind nach geographischen Gesichtspunkten geordnet und innerhalb dieser Gliederung nochmals unterteilt nach den möglichen Perspektiven: Geschichte, Völkerkunde, Wirtschaft und Politik.

Diese Anordnung stellt die einzelnen Fallstudien und Teilbetrachtungen in einen umfassenden Rahmen und ermöglicht dennoch dem Zuschauer eine Auswahl aus dem Gesamtangebot, die seinen Interessen entspricht.

### 9. Oktober 1977, 14.45 Uhr Entdecker und Eroberer in Lateinamerika

Kolumbus, Cortez, Pizarro und weitere Gestalten der Entdeckungsgeschichte sind die Akteure dieser Folge. Und natürlich die Entdeckten: die Mayas, Inkas und Azteken, deren Kulturen unter dem Ansturm der Europäer zugrunde gingen.

16. Oktober 1977, 14.45 Uhr

### Die Cuiva – die Letzten ihres Stammes

Weißes Siedler nehmen in Kolumbien den Cuiva-Indianern Stück für Stück ihr Land weg. Mißtrauen und Vorurteile auf beiden Seiten verhindern ein friedliches Nebeneinander. Gewalttaten sind an der Tagesordnung.

23. Oktober 1977, 14.45 Uhr

### Die Panare – die Letzten ihres Stammes

Festhalten an traditionellen Lebensweisen und Skepsis gegenüber allem Neuen – das charakterisiert die Panare-Indianer in Venezuela. Doch auch sie werden sich dem Fortschritt nicht entziehen können. In der Nähe ihrer Wohngegend hat man eine Missionsstation gebaut. ...

30. Oktober 1977, 14.45 Uhr

### Die Embera – die Letzten ihres Stammes

Die Embera in Kolumbien haben bereits gelernt, mit der Mission zu leben. Doch der Erhalt ihrer Kultur wird durch eine Errungenschaft der Zivilisation bedroht, die sie aus ihrer Abgeschlossenheit reißen wird: die trans-amerikanische Autobahn führt durch ihr Gebiet.

6. November 1977, 14.45 Uhr

### Die Ketschua – die Letzten ihres Stammes

Die Ketschua in den Andengebieten Perus sind die Nachfahren der Inkas, deren Kultur von den europäischen Eroberern zerstört wurde. Zwar sind sie längst Christen geworden, doch die Naturgottheiten ihrer Vorfahren haben sie nicht aufgegeben. Wenn sie eine Pilgerreise unternehmen, versuchen sie, beiden Seiten gerecht zu werden.

13. November 1977, 14.45 Uhr  
Fallstudie Peru

Eine alarmierende Entdeckung: In einem Land, das zu den führenden Ländern der Welt im Fischfang zählt, herrscht akuter Eiweißmangel in der Bevölkerung. Wie ist das zu erklären? Geht man der Frage nach, so stößt man auf Sozial- und Wirtschaftsstrukturen, die die koloniale Vergangenheit heraufbeschwören.

20. November 1977, 14.45 Uhr  
Bevölkerung und Entwicklung in Lateinamerika

Tradition und Fortschritt spiegeln sich in den Lebensbereichen Land und Stadt. In Lateinamerika sind die Menschen in Bewegung geraten: Landflucht wie am Anfang des Industriezeitalters in Europa. Doch die Entwicklung schreitet nur langsam voran. Die Folge: zu wenig Arbeitsplätze, in den Slums herrschen Elend und Not. Aber es gibt Initiativen, aus dieser Misere herauszukommen.



FT 912

# Bergarbeiter im Hochland von Bolivien

Herstellungsleitung: Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht, München (Fachreferent: Dr. Günther Ketzner)  
 Hersteller: Martin Schließler, Baden-Baden  
 Fachberatung: Jochen Hünefeld, La Paz  
 Beihelfer: Dr. Karl Schmid  
 Herstellungsjahr: 1966  
 Länge und Vorführdauer des Films: 187 m / 17 Min.

## Inhalt des Films

Der Film bringt zunächst einige Aufnahmen vom Hochland am Titicacasee mit Lamas und Indios, zeigt La Paz und wendet sich dann dem eigentlichen Thema zu, den Grubenarbeitern in den Zinnminen.

Einige Indios waschen auf primitive Weise Erz aus dem Flußsand. Mit dieser alten Methode fördert man auch heute noch genauso viel wie alle industrialisierten Bergwerke Boliviens zusammen. Der ausgewaschene Metallsand wird dann zu der Straße getragen, wo die Lastwagen der Minengesellschaften ihn aufnehmen. Oft allerdings ist keine Straße in der Nähe, dann wird das Erz auf dem Rücken von Lamas über weite Strecken transportiert.

Wir sehen nun Potosi und den Silberberg. Heute noch wird in den alten Stollen aus der Kolonialzeit gearbeitet, nur sucht man heute nach Zinn.

Der Film zeigt uns Bilder von der harten Arbeit der Indios, die in der dünnen Luft doppelt beschwerlich ist. Kaum einer der Männer wird älter als dreißig Jahre, und man sieht den zerfurchten Gesichtern die unmenschlichen Strapazen an. Nur durch die anregende Wirkung der Kokablätter, die die Männer ununterbrochen kauen, können sie diese schwere Arbeit leisten. Der Verdienst beträgt nur etwa 20-30 Pfennige in der Stunde, und so müssen auch die Frauen arbeiten, die in den Schutthalden aus der Kolonialzeit nach Zinn suchen, und die Kinder, die die Anstrengungen ebenfalls nur durch das Kauen von Kokablättern aushalten.

Über unsichere und halsbrecherische Gebirgsstraßen werden die Bergwerke versorgt, und der abgestürzte Lastwagen, den wir im Film sehen, zeigt die Gefährlichkeit dieser schlecht ausgebauten Straßen.

Schichtwechsel - die Frauen holen für ihre Männer das Geld ab.

In der nächsten Szene beobachten wir, wie ein junger Mann sich um eine Stelle als Mediziner bewirbt - er hat gute Chancen, denn es sucht eine Schule. Rund 2/3 der Bevölkerung Boliviens sind Analphabeten.

Die Krankenversorgung ist sehr gut, wie die nächste Szene des Films zeigt. Jeder wird regelmäßig ärztlich untersucht, und Krankenstationen sind mit modernsten Stoffgeräten ausgerüstet, deren rasche Hilfe bei Unfällen in der dünnen Luft entscheidend sein kann für die Rettung des Verletzten.

Zum Schluß zeigt der Film, wie die Frauen Männern das Essen zur Mine bringen.

In den tiefen Stollen sind Hitze und Feuchte fast unerträglich, doch für den Indio gibt es eine Wahl: zwischen einem Leben in Armut und Hunger auf den kargen Feldern und der Existenz als Bergarbeiter in der Mine.

## BOLIVIEN

### Filme:

Bergarbeiter im Hochland von Bolivien, 1966, 17 Min, Landesbildstellen

Tomasa ein Indianermädchen, 1968, 15 Min, Kath. Diözesanfilmstelle, 5000 Köln 1, Zeughausstr. 13,

Das Blut des Condors (Yawar Mallku), 1969, 78 Min., Kath. Filmwerk, Wolfsgangstr. 11, 6000 Frankfurt am Main 18 (Spielfilm)

## BRASILILIEN

### Filme:

Heißer Amazonas, 1963, 9 Min, Landesfilmdienst Hessen, Kennedy-Allee 105a, 6000 Frankfurt a.M. 70

Indianerschicksal am Amazonas, 1973, 30 Min, u.a. Kath. Diözesanfilmstelle Köln

Der Indianerschutz am Amazonas, 30 Min, AV Medienzentrale Rotenburg, Sonnenbergstr. 15, 7000 Stuttgart 1

Manana, Manana, 1971, 28 Min, u.a. Kath. Diözesanfilmstelle Köln

### Tonbildreihen:

Geschichte Brasiliens I, 1977, 15 Minuten, Tonbildarchiv Brasilien, Postfach 1150, 3550 Marburg a.d.Lahn

## GUATEMALA

### Filme:

Guatemala 1. Sorte, die Versuche des Alfredo H., 1973, 28 Min, Kath. Filmstellen

Los Indios, 1975, 30 Min, Kath. Filmstellen

### Tonbildreihen:

Guatemala - Die Straße der Tränen..., 1974, 20 Min, Kath. Filmstellen

## KOLUMBIEN

### Filme:

Projekt mit Hindernissen, 28 Min, u.a. Deutsches Filmzentrum, Hohenzollernstr. 12, 5300 Bonn

Planas - Testimonio de un Etnocidio, 1971, 37 Min, Freunde der Dt. Kinemathek

Un dia yo pregunte, 1970, 8 Min, Freunde der Dt. Kinemathek

## MEXIKO

### Filme:

Indianerdorf in Mexiko, 1962, 13 Min, Landesbildstellen

Unter Mexikos Sonne, 1930-32/1939, 57 Min, Kath. Filmwerk Frankfurt

### Tonbildreihen:

Das andere Gesicht der Eroberung, 24 Min, AELA, Audiovisuelle Dokumentation Lateinamerika, Metzstr. 15, 8000 München 80

## PERU

### Filme:

Am Rande des Himmels, 1964, 19 Min, Landesfilmdienst Hessen

Auf den Spuren der Inkas, 1953, 10 Min, Landesbildstellen



Hochlandindianer in Peru, 1966, 18 Min., Landesbildstellen

Nur ein Tropfen auf den heißen Stein, 1974, 28 Min., u.a. Deutsches Filmzentrum Bonn

Peru, 1958, 20 Min, Landesbildstelle Baden, Rastatter Str. 25, 7500 Karlsruhe 51

#### VENEZUELA

Filme:

Zu Quaicas und Passifloren, 20 Min, u.a. Deutsches Filmzentrum Bonn

#### PARAGUAY

"christliche Bauerngenossenschaften in Paraguay". Ton-Dia-Serie. (30 Minuten). Behandelt in einem Teil die Beziehungen zwischen Campesinos und Indios in Paraguay und zeigt Möglichkeiten für eine Überbrückung der Gegensätze auf.

#### CHILE

Filme:

Amuhuelai-Mi, 1971, 11 Min., Freunde der Deutschen Kinemathek, Welserstr. 25, 1000 Berlin 30

Nutuayin Mapu, 1971, 8 Min, Freunde der Dt. Kinemathek

#### ECUADOR

Filme: Am Fuße des Chimborazo, 1972, 30 Min., Kath. AV-Medienzentralen und Filmstellen

Tonbildreihen:

Arriba Campesinos, 1973, 30 Min., Kath. Filmstellen

Die fremde Brücke wird uns töten. Film zur Situation der Shuar-Indianer (Ecuador) aus dem Jahr 1974. Ca. 30 Minuten (Farbe). Ein recht gutes Beispiel der Darstellung einer Selbsthilfeorganisation. - Brot für die Welt -

7/92

39. Jahrgang  
Erscheint auch in  
Englisch und  
Niederländisch

## Aktuelle CORNELSEN Landkarte



### Christoph Kolumbus: Entdeckungen – Eroberungen – Entwicklungen in der Neuen Welt

Christoph Kolumbus, der mit drei kleinen Karavellen aufbrach, um das sagenumwobene Indien und China westwärts auf dem Seeweg zu erreichen, markierte die Wendemarke vom Mittelalter zur Neuzeit. Als er am 12. Oktober 1492 amerikanischen Boden betrat, eröffnete er der Alten Welt eine „Neue Welt“, die von nun an Ziel europäischer Ausbeutung und Zerstörung sein würde. Der von seiner Mission besessene Kolumbus, der viermal den Atlantik überquerte, bleibt unbestritten ein hervorragender Ad-

miral, als Organisator der Kolonien versagte er kläglich. Kapital und Kirche, Gold und Gott bewiesen stärkere Triebkräfte als irgendwelche humanitären Überlegungen.

Ausrottung der Indios, Vernichtung ihrer Hochkulturen, Besiedlung der neuen Länder durch die Weißen, Import von Negerklaven aus Westafrika: sicher kein Grund zu überschweglichen Feiern, weder in Europa und erst recht nicht in Latein- oder Nordamerika.



## Inhalt

## An der Wende zur Neuzeit

Ein Weltbild wandelt sich  
Alle Meere und Länder der Erde  
bilden eine Kugel  
Im Jahrhundert der Entdeckungen

## Westwärts nach Indien

Am spanischen Königshof  
Drei Karavellen und 90 Mann  
Admiral des Weltmeeres  
Der unauffhaltsame Abstieg

## Christoph Kolumbus:

Genau prägt Kolumbus' Charakter  
Der junge Christoph Kolumbus  
wird Seefahrer  
Kolumbus' Jahre in Portugal  
Kolumbus erringt Unterstützung  
in Spanien

## Vorkolumbianische Kulturen

Indianische Stämme und Völker  
in Amerika

Arawaks und Kariben  
in Westindien

## Alte Hochkulturen

## Lateinamerika: Von der Kolonial-

zeit bis ins 20. Jahrhundert

Jagd nach Gold und Silber  
Großgrundbesitz  
Die gesellschaftliche  
Rangordnung  
Imperialistische Durchdringung im  
19. Jahrhundert

Die Briten geben den Ton an  
Überfremdung der Wirtschaft

## Espanola: Klein-Spanien in der

Karibik

Erste europäische Siedlungen  
Spanische, englische und fran-  
zösische Interessen

Zuckerrohr und Sklaven

Brain Drain in der Dominika-  
nischen Republik

Haiti – ärmstes Land Amerikas

## Jamaika – Spielball der Mächte:

spanisch – britisch – frei

Kolumbus entdeckt die Insel

Kolumbus sitzt auf Jamaika fest

Spanische Herrschaft

auf Jamaika

Eroberung und Beherrschung

Jamaikas durch Großbritannien

Britisches Jamaika: Zentrum des

Sklavenhandels

Sklavenbefreiung und Unabhängig-  
keit Jamaikas

USA und die Karibik

Öffnung der USA zur Karibik

USA und Kuba (1801 – 1903)

USA, Dominikanische Republik

und Puerto Rico

USA und der Panamakanal

Jüngster Einfluß der USA

Resümee: 1492 – 1992

Kein Grund zum Feiern!

Literatur

Literatur

Literatur

Literatur

Literatur

Literatur

Literatur

Literatur

Literatur

Literatur

Literatur

## An der Wende zur Neuzeit

## Ein Weltbild wandelt sich

Erdscheibe (So sahen die Christen im Mittelalter  
die Welt)



Am Anfang des 15. Jahrhunderts glaubten die meisten Menschen noch an die Scheibengestalt der Erde. Sie war Mittelpunkt der Welt, umgeben von einem Ozean, einem schrecklichen und unbezwingbaren Meer, in dem weit draußen das Wasser kochte und die Schiffe im Salz steckenblieben. Die empirischen Erfahrungen der Antike waren im Zeitalter der religiösen Intoleranz des Mittelalters verloren gegangen.

Von Kolumbus wissen wir, daß er sich mit den Untersuchungen des Kosmographen Ptolemäus (2. Jh. n. Chr.) beschäftigte, der im ägyptischen Alexandria mit Hilfe der Sonnenstrahlen die Längen- und Breitengrade zu bestimmen vermochte. Einen weit größeren Einfluß übte der Florentiner Paolo Toscanelli (1397-1442) aus, mit dem Kolumbus im Briefwechsel stand. Der schon 83jährige Toscanelli ließ Kolumbus eine Seekarte zukommen, in die er den Westen der bewohnten Welt und noch weiter im Westen die Umrisse des sagenumwobenen Cathay (In-

dien/China) eingezeichnet hatte. Er ermunterte Kolumbus, „die Reise zur Tat werden zu lassen“, da sie „unberechenbaren Gewinn und höchsten Ruhm in der gesamten Christenheit bringen“ würde. Unabhängig davon, daß der Arzt aus Florenz sich zu sehr auf die Berichte des Venezianers Marco Polo verließ, der in seiner Mirabilia Mundi (Wunder der Welt) von seinem Aufenthalt in China in den Jahren 1275 bis 1295 geschwärmt hatte, unterlag er einem weiteren Irrtum. Toscanelli berechnete für die Entfernung von der Iberischen Halbinsel nach Indien 130 Längengrade, 100 weniger für den Ostkurs. Tatsächlich verhält es sich umgekehrt, ohne Einbeziehung des zwischen Atlantik und Pazifik gelegenen amerikanischen Kontinents. Kolumbus hätte nach heutiger Überzeugung die Fahrt nicht angetreten, wäre ihm die tatsächliche Entfernung bekannt gewesen.

Er korrigierte sogar die Distanz zu seinen Gunsten, indem er die Ostküste „Indiens“ weiter nach Osten verlegte und außerdem den Abstand zwischen den Breitengraden nicht mit tatsächlichen 111 km, sondern nur mit 84 km gleichsetzte.

## Alle Meere und Länder der Erde bilden eine Kugel

Eine weitere Bestätigung seiner Hypothese, daß die Erde rund ist, fand Kolumbus bei der Lektüre über „Das Bild der Welt“ des Bischofs Petrus Alliatus aus Cambrai. Dessen Schrift war 1410 gedruckt worden. Doch die königliche Kommission am spanischen Hof,

der Kolumbus seine Pläne unterbreitete, lehnte zunächst ab. Zwar leugnete man nicht mehr die Kugelgestalt der Erde, hielt jedoch die von Kolumbus angegebene Entfernung zwischen Europa und Cathay für zu gering. Wie tragische Ironie mutet an, daß im gleichen Jahr, als Kolumbus dann doch das Plazet der spanischen Königin Isabella für seine Westreise erhielt, der Portugiese Bartholomäus Diaz seinem König die glückliche Umrundung der Südspitze Afrikas melden konnte. Damit war der Seeweg nach Indien entdeckt. Kolumbus glaubte bis zu seinem

Tod, Indien auf dem Westkurs erreicht zu haben. Erscheint es daher nicht folgerichtig, daß die „Neue Welt“ nicht nach ihrem Entdecker benannt wurde? Der deutsche Geograph Waldseemüller, der wie seine Zeitgenossen glaubte, Amerigo Vespucci habe den neuen Kontinent entdeckt, trug 1507 den Vornamen des Florentiners auf seiner Weltkarte ein.

## Im Jahrhundert der Entdeckungen

1434-1458 Im Auftrag Prinz Heinrichs des Seefahrers von Portugal werden die Kapverdischen Inseln und die Westküste Afrikas bis Liberia entdeckt.

1482-1485 Im Auftrag von Johann II. von Portugal entdeckt Diogo Cao die Kongomündung und Südwestafrika.

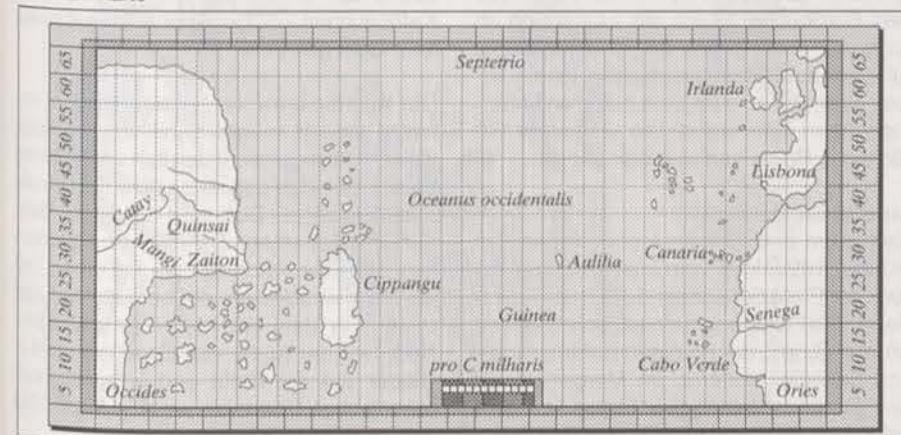
1488 Bartholomäus Diaz umrundet das „Kap der Stürme“, die Südspitze Afrikas.

1492-1504 Kolumbus entdeckt die „Westindischen Inseln“, berührt Mittelamerika und das Festland von Südamerika.

1497-1498 Der Portugiese Vasco da Gama erreicht die indische Westküste.

1497-1504 Amerigo Vespucci erkundet, im spanischen, dann im portugiesischen Auftrag die Küste Südamerikas.

Rekonstruktion der 1474 verlorengegangenen  
Toscanelli-Karte

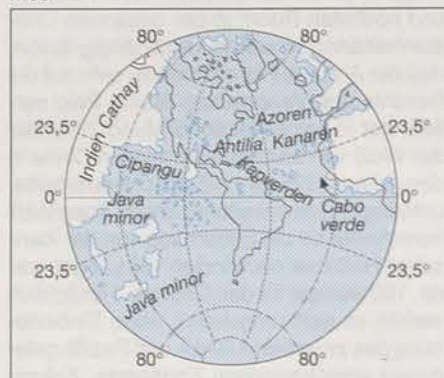




## Westwärts nach Indien

### Am spanischen Königshof

Die Erdkugel nach der Vorstellung von Kolumbus und die tatsächliche Verteilung von Land und Meer



### Drei Karavellen und 90 Mann

Das Jahr 1492 sollte für das spanische Königspaar, Isabella (die Katholische) von Kastilien und Ferdinand von Aragon, eine besondere Bedeutung erlangen. Im Januar war die Rückeroberung Granadas und damit der Sieg über die islamischen Mauern besiegelt. Jetzt erst konnte Kolumbus nochmals mit seinem Plan vorstellig werden, nachdem der König von Portugal, Joao II., ihn 1484 und 1488 abgelehnt hatte. Ähnlich negativ hatten der König von England, Heinrich VII., und der Franzosenkönig, Karl VIII., reagiert.

In der gleichaltrigen Isabella fand Kolumbus eine engagierte Fürsprecherin. Sein Versprechen, in eine Region zu segeln, in der das Gold ohne Schwierigkeiten aus der Erde zu holen sei, fand Wohlwollen bei der an Geld chronisch knappen

Am 3. August 1492 lichtete die aus drei kleinen Segelschiffen bestehende Expedition in Palos am Unterlauf des Rio Tinto die Anker. Flaggschiff war die mit 130 Tonnen vermessene Santa Maria, in etwa der Größe eines heutigen Heringsslogger entsprechend. Auf der Pinta (60 Tonnen Rauminhalt) taten 26 Mann Dienst. Die kleinste Karavelle, die Niña (50 Tonnen, 20 Mann Besatzung) bewies von allen Schiffen die größte Seetüchtigkeit.

Nach einem Zwischenaufenthalt auf den Kanarischen Inseln segelte die Flotte, den Nordostpassat ausnützend, gen Westen. Zur Standortbestimmung bediente sich Kolumbus des Quadranten und des Kompaß. Dennoch überkam die Mannschaften nach wochenlangem Segeln die Angst, an den Rand der Welt zu gelangen und in einen Abgrund zu stürzen. Um sie über die wirkliche Entfernung, die die Karavellen mit maximal 12 Knoten in der Stunde zurücklegen konnten, zu täuschen, führte Kolumbus zwei Bordbücher. Auch die Eintragung im Logbuch, entlang des 28. Breitengrades, auf dem auch die Kanarischen Inseln liegen, gesegelt zu sein, hält neueren Untersuchungen nicht stand. Die vermutete tatsächliche Route verlief weiter südlich.

#### Land in Sicht

Nachts um zwei Uhr, im Mondlicht, am 12. Oktober 1492, kam vom Matrosen im Ausguck der Pinta der erlösende Schrei: Tierra! Tierra! Die Flotte war nur noch acht Seemeilen vom Strand der heutigen Bahama-Insel San Salvador entfernt. Im Morgengrauen des geschichtsträchtigen Tages ließ sich Kolumbus mit den Kapitänen der drei Schif-

frone. Den Forderungen, die Kolumbus bereits dem König von Portugal unterbreitet hatte, wurde entsprochen. Er sollte Admiral aller neuentdeckten Länder werden und ferner den Titel eines Vizekönigs tragen dürfen. Auch die materielle Seite wurde berücksichtigt: Der „Zehnte“ aller Handelsgüter, so sah es der Vertrag zwischen Krone und Kolumbus vor, sollte in die Schatulle des von seiner Mission Besessenen fließen. Ausgestattet mit einem Schutzbrief der Katholischen Könige, in dem sie auf den Vorteil und Nutzen für sich selbst, aber auch auf den Dienst an Gott und die Verbreitung des rechten Glaubens hinwiesen, hatte Kolumbus seine Kritiker zumindest vorläufig zum Schweigen gebracht. Denn schließlich unterstützte auch die katholische Kirche das Unternehmen, da es darum ging, möglichst vielen Menschen im fernen Indien und China den rechten Glauben beizubringen.

fe, den Abgesandten der Katholischen Könige und in Harnisch auftretenden Soldaten an den Strand von Guanahani, wie die Eingeborenen ihre Insel nannten, rudern. Die königliche Standarte und ein grünes Kreuz symbolisierten die Okkupation amerikanischen Bodens und ihrer Bewohner für die spanische Krone. Kolumbus, in der irrigen Meinung, Indien oder das vorgelagerte Cipangu, d.h. Japan entdeckt zu haben, dankte Gott für seinen Beistand. Die friedlichen und freundlichen Menschen, die guten, aber nackten Wilden, konnten seiner Meinung nach nur Indios, also Inder sein. Ihre Insel benannte er in El Salvador, der Erlöser, um. Nach der späteren Annektierung durch die Engländer erhielt sie den Namen Watling Island.

Die Indios trugen kaum Goldschmuck, so daß die Expedition weiter nach Süden segelte. Am Abend des 27.10.1492 erreichte sie Kuba, Kolumbus gab ihr den Namen Juana zur Erinnerung an den Sohn der Katholischen Könige. Aber auch hier wurde kein Gold gefunden.

Der Kapitän der Pinta, Alonso Pinzon, entfernte sich mit seinem Schiff von der Flotte. Kolumbus segelte mit den ihm verbliebenen beiden Schiffen ostwärts und entdeckte die Insel Española. Dort erlitt die Santa Maria auf einer Sandbank Schiffbruch. Kolumbus beschloß die Rückkehr nach Europa, ließ aus den Wrackteilen ein befestigtes Lager bauen, in dem 43 Mann zurückblieben. Noch vor der Küste von Española stieß er wieder auf die Pinta und erreichte nach stürmischer Überfahrt am 15. März 1493 das spanische Palos.

### Admiral des Weltmeeres

In einem wahren Triumphzug begab sich der Admiral nach Barcelona zu Isabella und Ferdinand. Die mitgeführten sechs Indios erregten großes Aufsehen, mehr als die landwirtschaftlichen Erzeugnisse wie Baumwolle, Mais und Paprika oder die bunten Papageien und anderen Tiere. Die Ausbeute an Goldgeräten war gering, doch Kolumbus verstand es meisterhaft, die neuentdeckten Gebiete wegen ihrer Reichtümer zu preisen. Er vergaß auch nicht den Hinweis auf die leichte Verbreitung des Christentums. Sowohl die Katholischen Könige als auch die sonst kühl kalkulierenden Kaufleute erklärten sich bereit, eine zweite Expedition, diesmal mit 17 Schiffen und 1500 Mann, auszurüsten. An Bord befanden sich neben den Seeleuten und Lanzenreitern auch Bauern, Handwerker und Minenarbeiter. Zur Ausrüstung gehörten außerdem Saatgut und afrikanisches Zuckerrohr, das später der Karibik Wohlstand, aber auch viel Leid bringen sollte. Neben Schweinen wurden Bluthunde mitgenommen, eine furchtbare Waffe gegenüber den Indios. Am 23. September 1493 verließ die Flotte Cadix und erreichte unter günstigen Segelbedingungen nach zwanzig Tagen die Neue Welt.

Auf der zweiten Reise wurden einige der Antilleninseln und Puerto Rico entdeckt. Die Palisadenfestung auf Española fand man dagegen zerstört vor, ihre goldgierigen Verteidiger waren im Streit mit den Eingeborenen umgebracht worden. Kolumbus beschloß, an einer günstigeren Stelle die Kolonie Isabella zu gründen.

Unter der Führung einer der Karavellen-Kapitäne, Alfonso Hojeda, streifte ein Trupp goldsuchender Spanier durch die Insel, tauschte von den Indios Goldkörner und Goldklumpen und raffte auch sonst allerlei Beute zusammen. 12 der 17 Schiffe erhielten von Kolumbus den Befehl, nach Spanien zurückzukehren und von dort Lebensmittel, Waffen, Pferde sowie Bergleute und Handwerker mitzubringen. In einem an die Katholischen Könige gerichteten Manifest sprach sich Kolumbus dafür aus, für das zu liefernde Vieh mit indianischen Sklaven zu bezahlen. Isabella wies den Vorschlag zunächst zurück, da ihr das Seelenheil der neuen Untergebenen am Herzen lag, und schickte sogar einige der mitgelieferten Indios in ihre Heimat zurück.

### Der unaufhaltsame Abstieg

Nach Kastilien zurückgekehrte und enttäuschte Mitfahrer der zweiten Reise schürten inzwischen die Stimmung gegen Kolumbus. Als Organisator der Kolonie Isabella hatte der Vizekönig versagt, so daß die spanische Krone ihm das Entdeckungsmopol entzog und einen Statthalter nach Española sandte. Um seine Rechte zu sichern, kehrte Kolumbus 1496 nach Spanien zurück. Er schaffte es sogar, während die Spanier mit der Ausrottung der Indios begannen, noch einmal eine dritte Reise zugesichert zu bekommen, die er 1498 mit 6 Schiffen antrat. Da Freiwillige sich nur zögerlich gemeldet hatten, waren auch Sträflinge mit an Bord.

Kolumbus segelte die südamerikanische Nordküste entlang bis zur Orinoco-Mündung und begab sich dann wegen eines Augenleidens nach Española. Dort herrschten Chaos und Aufruhr. Kolumbus, dem man vorwarf, es gäbe kein Gold und die Einheimischen seien widerborstig, griff hart gegen die Meuterer durch und scheute auch vor der Todesstrafe nicht zurück. Der spanische Bevollmächtigte Bobadilla, der am 3. August 1500 eintraf, stellte sich den Bewohnern der mittlerweile neu gegründeten Kolonie Santo Domingo im Süden der Insel als neuer Statthalter vor, ließ Kolumbus und seinen Bruder in Ketten legen und verkündete das freie Recht der Goldsuche. Kolumbus wurde in Ketten nach Spanien gebracht. Das Königshaus versprach, ihn wieder in seine alten Rechte einzusetzen.

Und noch einmal wagte er 1502 den Versuch, Indien auf Westkurs mit 9 Karavellen zu erreichen. Er scheiterte genauso wie auf seinen drei Reisen zuvor, nicht nur wegen des Schiffsbruchs und des einjährigen Zwangsaufenthaltes auf Jamaica, sondern aufgrund der Fehleinschätzung seiner eigenen Möglichkeiten. 1504 kehrte er als gebrochener Mann nach Europa zurück. Bis zu seinem Lebensende nur zwei Jahre später ließ er sich nicht davon abbringen, Indien erreicht zu haben. Sein tragischer Irrtum hatte das Tor zu einer neuen Welt aufgestoßen und dort Tod und Verderben eingelassen.

Kolumbus beschreibt Isabella und Ferdinand die Schönheiten der „Neuen Welt“





## Christoph Kolumbus:

### Genua prägt Kolumbus' Charakter

Christoph Kolumbus wurde im Jahr 1451 in Genua geboren. Kindheit und einen Teil seiner Jugend verbrachte er in dieser mittelmeerischen Hafenstadt. Genua war zu jener Zeit ein eigener Stadtstaat, eine selbständige, machtvolle Republik. Ihre Wirtschaftsbeziehungen spannten sich weit über den östlichen Mittelmeerraum und das Schwarzmeergebiet hinaus bis nach Indien.

### Der junge Christoph Kolumbus wird Seefahrer

Christophs Vater betrieb eine kleine Weberei in Genua, zugleich verdiente er hinzu mit kleineren Geschäften im Handel, auch mit Ländern im östlichen und westlichen Mittelmeerraum. Er wollte, daß Christoph in sein Geschäft einsteigt, was er als Junge zunächst auch tat und dabei wenig Schulbildung genoß. Christoph faszinierten jedoch die in Genua ankommenden Segelschiffe viel mehr: Mit vierzehn Jahren heuerte er zum ersten Mal auf einem Schiff an und segelte mit dem Frachter durch das Mittelmeer, zunächst in benachbarten Gewässern. Mit 19 Jahren kam er nach Tunis.

### Kolumbus' Jahre in Portugal

Kolumbus hatte eigentlich Glück, daß er nach Portugal gekommen war, denn hier war der ausgereifteste Sachverstand zu jener Zeit vorhanden, was die Segeltechnik betrifft. Sein Bruder führte ein Geschäft, in dem er mit Landkarten handelte. Hier half Christoph eine lange Zeit und lernte viel: Er lernte lateinisch zu schreiben und sprechen, da die meisten Karten in dieser Sprache erläutert waren. Er las Bücher und studierte viele Karten, die er kommentierte und kolorierte, manchmal ergänzte er sogar einzelne Inseln, von denen Seefahrer, mit denen er laufend zusammentraf, berichteten, daß sie diese besucht oder von ihnen gehört hätten. 1479 heiratete Kolumbus die Tochter einer angesehenen portugiesischen Familie. Ein Jahr später kam der Sohn Diego zur Welt. Mehrfach fuhr Kolumbus während seiner etwa neunjährigen Auf-

enthaltszeit in Portugal zur See. Portugal war damals die führende Seemacht. Eine Reise führte von Lissabon nach England, Irland und Island, wo er die beständigen Westwinde dieser Breiten kennenlernte. Hier im Norden hörte er Geschichten, die davon berichteten, daß schon die Wikinger weit draußen im Atlantik Land betreten hatten.

1473 segelte er auf einem Dreimast-Schooner nach Chios vor der türkischen Festlandküste. Die Insel war damals eine Kolonie Genuas. Hier blieb Kolumbus ein Jahr. Er traf mit Griechen, Türken und verschiedenen Vertretern orientalischer Länder zusammen: Es herrschte reger orientalischer Handel mit Gütern, die in seiner Heimat begehrt waren, andererseits entwickelte er ein Gefühl für den Reiz des Orients und Lust, weiterhin zur See zu fahren und Abenteuer zu bestehen.

Im Jahr 1476, mit 25 Jahren, segelte Kolumbus – im Konvoi mit anderen Handelsschiffen durch die Straße von Gibraltar hindurch zum ersten Mal auf den Atlantik hinaus. Handelsgüter sollten nach Flandern gebracht werden. Vor der portugiesi-

schen Küste überfielen französische Piraten den Konvoi. In einer blutigen Schlacht wurden vier französische und drei genuesische Schiffe in Brand gesetzt und gingen unter, auch das Schiff, auf dem Kolumbus war. Der verletzte Kolumbus konnte sich an ein großes Stück Holz klammern, so daß er die 10 km bis zur Küste paddelnd, schwimmend schaffte, wo er dann – nicht weit entfernt von Lissabon – an Land ging. Die Bewohner des portugiesischen Dorfes nahmen ihn freundlich auf. Von hier aus begab sich Kolumbus nach Lissabon, wo viele Genuesen als Geschäfts- und Schiffsfahrtsleute lebten und arbeiteten. In Lissabon traf Christoph Kolumbus seinen zwei Jahre jüngeren Bruder Bartolomeo, der kurz vorher in Lissabon angekommen war.

1482 oder 1483 segelte Kolumbus vor der afrikanischen Küste auf dem Kanarenstrom mit Rückenwind südwärts. Die Reise ging in die gefürchteten heißen Gebiete, die heute zu Ghana gehören. Von hier bezog Portugal Pfeffer, tropische Früchte, Elfenbein und schwarze Sklaven. Es galt als völlig normal und rechtens, hier an den westafrikanischen Küsten Negersklaven zu kaufen und sie woanders wieder zu verkaufen. Auch diese anschaulich erlebte Erfahrung war für Christoph Kolumbus und seine Einstellung sowie spätere Verhaltensweisen von großer Bedeutung.

bestand im Südosten der iberischen Halbinsel noch Granada, der Restraum islamischer Herrschaft in Südwest-Europa, die von der christlichen Reconquista seit Jahrhunderten zurückgedrängt worden war. – Portugal, ganz im Westen gelegen, hatte sich bereits 1143 von Kastilien lösen können und war inzwischen zu einem mächtigen Königreich und Gegenspieler Spaniens geworden. Genuesische Handelsschiffe segelten regelmäßig nach Lissabon und weiter nordwärts. Wie Genua und Venedig waren auch Spanien und Portugal an der Sicherung des Einkommens und des Glanzes durch lukrativen Fernhandel mit Ländern des Orients, insbesondere Indiens interessiert.

Es ist nicht bekannt, wann und wo Kolumbus auf die Idee kam, die reichen Häfen in Asien zu erreichen, indem man einfach über den Atlantik auf der Erdkugel westwärts segelt: vielleicht auf Island, auf den Azoren oder in der portugiesischen Kolonie in Afrika. Vielleicht kam ihm die Idee, als er Seekarten mit seinem Bruder Bartolomeo zeichnete. Es ist jedenfalls sicher, daß Kolumbus 1484 dem König von Portugal sein Konzept vortrug, Asien (Indien) auf der Westroute zu erreichen. Nach Befragung seiner Ratgeber lehnte der König diesen Vorschlag ab. Am portugiesischen Hof setzte man auf die Hoffnung, irgendwann die Südspitze am Ende der Westküste Afrikas zu erreichen, um dann direkt ostwärts nach Indien zu segeln.

Kurz nach der Verhandlung mit dem portugiesischen König starb Kolumbus' Frau. Kolumbus beschloß, Portugal zu verlassen: Mit seinem fünfjährigen Sohn Diego segelte er nach Spanien.

## Kolumbus erringt Unterstützung in Spanien

Im Mai 1486 gewährten König Ferdinand und Königin Isabella von Spanien Kolumbus Audienz: Er trug leidenschaftlich und mit seinem ganzen Wissen sein Konzept vor, das an Gold reiche Indien auf der Westroute zu erreichen und die dortigen Heiden zum Christentum zu bekehren. Kolumbus bat um königliche Unterstützung und Finanzierung seines Vorhabens. Königin Isabella war sehr an Kolumbus Idee interessiert. Doch sie und Ferdinand waren gerade damit beschäftigt, die letzte Bastion der Muslime in Spanien, Granada, zu besiegen und zu beseitigen, was allein den Großteil des ihnen zur Verfügung stehenden Geldes kostete. Die Herrscher zogen auch den Rat von Experten am Hofe ein: Nach langer Wartezeit bekam Kolumbus eine Absage, denn die Experten bezweifelten die von Kolumbus vorgetragene Länge des Seewegs von 6000 km bis China, womit sie Recht hatten, da Japan etwa 20 000 km von Spanien entfernt liegt.

In dieser langen Zeit des Wartens war Kolumbus sehr unglücklich und ungeduldig. Er sprach mit vielen über sein Projekt, las viele Bücher. Er verliebte sich in eine Spanierin. 1488 wurde Sohn Ferdinand geboren, der später seinen Vater auf seiner vierten und letzten Reise nach Amerika begleitete und danach ein Buch über seinen Vater schrieb.

In dieser Zeit der Ungewißheit wandte sich Kolumbus erneut an den König von Portugal, um ihn doch noch für sein Unternehmen zu gewinnen. Kolumbus reiste nach Lissabon. Im Dezember 1488 weilte er bei

seinem Bruder, der weiterhin Seekarten herstellte. In diesen Tagen kehrte ein portugiesisches Segelschiff nach Lissabon zurück mit der Nachricht, daß es die Südspitze von Afrika umsegelt habe und so der Seeweg ostwärts nach Indien gefunden und frei sei. Der König von Portugal verlor von nun an gänzlich das Interesse an der wohl verrückten Idee des Christoph Kolumbus, auf dem Seeweg westwärts Indien zu erreichen.

Die Kolumbus-Brüder waren entmutigt. Bartolomeo begab sich nach England und Frankreich, um dort Unterstützung für ihre Idee zu finden. Christoph kehrte nach Spanien zurück. Er suchte erneut Königin Isabella auf. Doch ihre Experten rieten ihr, „Nein“ zu seinem Vorhaben zu sagen, was sie im Januar 1492 auch tat. – Kolumbus war nach diesen jahrelangen Bemühungen verzweifelt und beschloß, Spanien zu verlassen. Da geschah etwas, was Christoph Kolumbus wie ein Wunder vorkam: Als er die Burg verlassen hatte, holte ihn ein Bote auf der Straße ein und forderte ihn auf zurückzukehren. Der König und die Königin hatten sich inzwischen entschieden, für sein Unternehmen alle Kosten zu übernehmen. Kolumbus stellte Forderungen, die er in harten Verhandlungen alle durchsetzte: Am 17. April 1492 erhielt Kolumbus von der spanischen Krone den ausgehandelten Vertrag (capitulacion de 1492), mit dem er Schiffe, Mannschaft und Ausrüstung für seine Reise bekommt. Daneben werden ihm die Titel Don, Admiral und Vizekönig der zu entdeckenden Länder erteilt.



Die „Tausend Schlachten“, die Kolumbus für die Durchsetzung seines „Unternehmens Indien“ zu ertragen hatte, machten ihn im Laufe der Jahre bitter: Er schrieb, daß „die Gewohnheit, mich schlecht zu behandeln, schon von Anfang an besteht.“



## Vorkolumbianische Kulturen

### Indianische Stämme und Völker in Amerika

Die Zahlenangaben über die Bevölkerung des Doppelkontinentes am Vorabend der spanischen „Conquista“ sind Schätzungen und belaufen sich auf maximal 100 Millionen. Man nimmt an, daß die mongoliden Ureinwohner aus dem östlichen Zentralasien in mehreren Wellen vor 25 000 Jahren über die damals noch als Landbrücke bestehende Beringstraße nach Amerika einwanderten. Vor ca. 10 000 Jahren hatten einige Einwanderer den Südpol des Kontinents bei Kap Horn erreicht. Nach Sprache und Lebensform waren die nord-, mittel- und südamerikanischen Indianer zu unterscheiden. Bis zur spanischen Entdeckung gingen sie weitgehend einer nomadischen Lebensweise nach. Die einzigen Ausnahmen bildeten die Azteken in Mexiko, die Mayas auf Yucatan und die

Inka in Peru. Die Inka waren mit 6 Millionen Menschen am Beginn des 16. Jahrhunderts der einzige größere Bevölkerungsverband.

Die physische Vernichtung großer Teile der indianischen Bevölkerung erfolgte in wenigen Jahrzehnten; die Indianer wurden verschleppt, ermordet, sie verhungerten, begingen Selbstmord oder starben an den von den Europäern eingeschleppten Krankheiten. Auf den Inseln der Karibik gingen innerhalb von 40 Jahren 3 Mio Menschen zugrunde. Heute gibt es in Westindien praktisch keine Indianer mehr. In Mexiko wurden innerhalb eines Jahrhunderts 24 von 25 Millionen Indianern ausgerottet. In den Bergwerken Boliviens büßten 8 Millionen Indianer ihr Leben ein. Die Gesamtzahl der Indianer beläuft sich heute auf ca. 20 Millionen, von denen 5 Mio in Mittelamerika leben, 1 Mio in Nordamerika und die restlichen in Südamerika.

### Arawaks und Kariben in Westindien

Die ersten Bewohner der „Neuen Welt“, denen Kolumbus auf der Insel Guanahani gegenüberstand, gehörten zur Gruppe der Arawaks (Aruaks). Ihr Herkunftsgebiet lag im tropischen Regenwald des Amazonas-tiefenlandes im Grenzgebiet zwischen dem heutigen Peru und Bolivien. Sie wanderten wahrscheinlich zu Beginn unserer Zeitrechnung nach Nordosten aus und besiedelten die Antillen. In Westindien waren sie als Taino bekannt, was in der Indianersprache soviel wie „Frieden“ bedeutete. Nachdem sie sesshaft geworden waren, betrieben sie um ihre, höchstens 3000 Bewohner umfassenden Dörfer Ackerbau und pflanzten Mais und Maniok an. Daneben gingen sie auf Jagd und Fischfang. Auch als Seefahrer besaßen sie einen guten Ruf. Mit ihren Einbäumen, die sie aus gefällten Urwaldriesen bauten und Kanua nannten, konnten

bis zu 80 Personen über den Golf von Mexiko bis nach Yucatan fahren.

Die Arawaks waren teilweise von den nachrückenden Kariben, deren Ursprungsgebiet ebenfalls im Amazonasbecken lag, aus ihrem Siedlungsgebiet vertrieben worden. Die Kariben, die ursprünglich den Lebensbedingungen im tropischen Regenwald angepaßt waren, Maniok anbauten und mit dem Blasrohr auf Jagd gingen, entwickelten sich zu guten Fischern und Seefahrern. Zu ihrem Territorium gehörten die Kleinen Antillen, während die Arawaks auf den Großen Antillen und den Bahamas siedelten. Puerto Rico war Heimat von Kariben und Arawaks. Im Gegensatz zu den friedlichen Arawaks standen die Kariben im Ruf, äußerst kriegerisch zu sein und auch dem Kannibalismus nachzugehen.

Verteilung von Arawaks und Kariben



## Alte Hochkulturen

Bewässerungsfeldbau der Inka in Peru



Tabakraucher auf Kuba



Inka-Beamter mit Knotenschnur



Die außerordentliche Vielfalt der Kulturen manifestierte sich in einem unterschiedlichen Entwicklungsstand, der die auf der Stufe der Jäger, Sammler und Fischer stehengebliebenen Naturvölker wie die Hochkulturen mit Städten und einem ausgebauten zentralstaatlichen System umfaßte. Bei den Arawaks, den von Kolumbus zuerst „entdeckten“ Indianern, besaß in der Sozialpyramide der *kazike*, der Häuptling, die größte Autorität. Die unterste Ebene wurde von den gemeinen Bauern eingenommen. Schuldner und Gefangene standen außerhalb der Gesellschaft und mußten als Sklaven auf den Feldern arbeiten.

Die Goldgier der Eroberer wird übereinstimmend als wichtigste Motivation für die Landnahme, Ausbeutung und Ausrottung der Indianer angesehen. Die Aussage stimmt insofern, als die Suche nach Gold um 1530 von der Jagd nach Silber abgelöst wurde. Unterschlagen wird in diesem Zusammenhang häufig, daß die indianische Agrarkultur der Alten Welt bislang nicht bekannte Produkte geliefert hat, die über die spanische Umschreibung in die europäischen Sprachen Eingang fanden. Mais und Maniok gehören zu diesen Agrarprodukten, ebenso wie Kakao und Kartoffeln oder Tabak und Tomaten. Die Arzneimittel Chinin und Kokain stammen aus Peru. Selbst solche nützlichen Gebrauchsgegenstände wie die Hängematte (*amaka*) oder das Kanu (*canua*) waren in Europa unbekannt.

### Azteken, Maya und Inka

Im Reich der Azteken im Hochland von Mexiko, dessen Mittelpunkt Tenochtitlan mit 100 000 Einwohnern war, das heutige Mexiko-City, herrschte eine straffe militärische Ordnung. Unter der Herrschaft Montezumas I. und II. wurde eine Expansionspolitik betrieben, die die unterworfenen Nachbarstämme zu Tributpflichtigen machte. Der Kalender war bereits bekannt und basierte auf astronomischen Beobachtungen. Die wirtschaftliche Grundlage des bundesstaatlich organisierten Aztekenreiches beruhte auf einer gut entwickelten Landwirtschaft mit Hackbau und Bewässerungsanlagen. Zahlungsmittel waren Goldstaub und Kakaobohnen. Obwohl bis zur Ankunft der Europäer weder Rad noch Eisen bekannt waren, stand das Handwerk auf hoher Stufe, insbesondere bei der Verarbeitung von Gold und Kupfer, Holz und Ton sowie bei der Steinschneiderei. Die Azteken verstanden sich als auserwähltes Volk des Sonnengottes Huitzilopochtli, zu dessen Besänftigung zahllose Menschenopfer dargebracht wurden.

Die Maya in den Ebenen Südwestmexikos und Mittelamerikas hatten bereits zwischen 300 und 900 n.Chr. die Blütezeit ihrer Kultur auf Yucatan erreicht. Der eigentliche Zusammenbruch erfolgte jedoch erst mit der spanischen Eroberung im Jahr 1541. Die Gesellschaftsordnung bestand aus zwei Klassen, an der Spitze der Adel mit den Priestern und nachgeordnet die Bauern und Handwerker. Wichtigste Stadt in der Hochkultur war Chichen-Itza mit der für damalige Verhältnisse bereits sehr großen Einwohnerzahl von 10 000 Menschen. Insgesamt errichteten die Maya auf dem Höhepunkt ihrer Kultur mehr als hundert Stadtstaaten, in der Regel in unzugänglichen Regenwaldgebieten. Diese Städte dienten weniger Wohnbedürfnissen, sondern waren eher Stätten für religiöse Kulthandlungen und staatliche Repräsentationsaufgaben. Zu den erhalten gebliebenen Steinbauten zählen wie bei den Azteken die als Tempel und Grabbauten genutzten Pyramiden. Aufgrund der Tatsache, daß die Maya lesen und schreiben konnten, den Sonnenkalender kannten und hervorragende mathematische Kenntnisse besaßen, stiegen sie als Lehrmeister für die anderen mittelamerikanischen Kulturvölker auf und wurden, quasi posthum, als „die Griechen Amerikas“ bezeichnet.

Das zentral verwaltete Reich der Inka reichte von den Anden bis zu den Wüsten Südamerikas, d.h. von der Südspitze des heutigen Kolumbien über Peru und das westliche Bolivien bis nach Chile und Argentinien. Seine größte Ausdehnung betrug 900 000 km<sup>2</sup>. Cusco war Hauptstadt und damit „Nabel der Welt“ in einem „Reich mit vier Himmelsrichtungen“. Zur schnellen Nachrichtenübermittlung bediente man sich der Stafettenläufer, die eine Knotenschnur, bestehend aus verschiedenfarbigen Schnüren und Knoten im Dezimalsystem, mit sich führten. Die damalige Staatssprache Quetschua wird noch heute gesprochen. Im Inkareich, in dem Ackerbau, Terrassenbewässerung und Viehzucht hoch entwickelt waren, das Rad sogar bekannt war, aber nicht eingesetzt wurde, bestand für die Untertanen die Pflicht zur Gemeinschaftsarbeit. Grund und Boden gehörten der Dorfgemeinde bzw. dem Staat. Von den erwirtschafteten Erzeugnissen mußte jeder Produzent ein Drittel an den Staat abliefern, ein weiteres Drittel an den Tempel, und den Rest durfte er für sich verbrauchen. Bedürftige wurden durch das staatliche Wohlfahrtssystem alimentiert. Der spanische Eroberer Francisco Pizarro fand 1532, als er das Inkareich zerstörte, Gelehrtschulen und Sonnenwarten vor sowie trotz des damals herrschenden Bürgerkrieges ein gut ausgebautes Straßensystem, mit dessen Hilfe in Notzeiten auch entlegene Gebiete schnell erreicht werden konnten.



## Lateinamerika: Von der Kolonialzeit bis ins 20. Jahrhundert

### Jagd nach Gold und Silber

Die spanische Krone und ihre Untertanen hatten an ihren Kolonialgebieten in der Neuen Welt zunächst nur ein Hauptinteresse: Edelmetalle. Bis 1560 jagten sie dem Gold hinterher, danach dem Silber. Zunächst hatten sie den Indios Schmuck und alle Gold- und Silbervorräte abgenommen. Danach begannen die neuen Herrscher systematisch nach Edelmetallen zu suchen bzw. sie in Bergwerken zu fördern. Indios wurden zur Arbeit im Rahmen der „Mita“ zwangsverpflichtet. Hunderttausende schufteten sich in den Bergwerken wegen der auf Dauer nicht ertragbaren Arbeitsbedingungen zu Tode – Verhältnis, die z.B. in Silberbergwerken Boliviens bis in die Gegenwart Bestand hatten. Neben den Silbergruben von Potosi im Hochland von Bolivien erwiesen sich die mexikanischen Silbergruben bei Taxco als besonders ergiebig. Potosi war eine der größten, reichsten und moralisch fragwür-

digsten Städte der Welt vom 16. bis 18. Jahrhundert.

Die Jagd nach Gold und Silber der Krone wurde verursacht durch ihre hohen Militär- und Staatsausgaben und dem sehr niedrigen Entwicklungsstand der Wirtschaft Spaniens in jener Zeit. Allerdings blieb nur ein kleiner Teil des nach Spanien transportierten Silbers auf der Iberischen Halbinsel, denn das meiste floß in die damaligen europäischen Handelszentren, insbesondere nach Amsterdam und Genua. Insofern partizipierten von Anfang an Regierungen und Unternehmungen mehrerer europäischer Staaten an Ausplünderungen in Lateinamerika.

Das Silber diente primär der Bezahlung der von Spanien nach Lateinamerika gelieferten Waren, die im Vergleich zu den nicht zugelassenen englischen Waren überbeuert waren. Die Export-Import-Geschäfte zwischen Mutterland und den Kolonien in der Neuen Welt ließen Kolonialstädte aufblühen. Dieser Warenaustausch begründete Ansehen und Gewicht der Kaufleute und Händler, die mit den Fernhändlern und Bankiers von Sevilla, wo das Monopol für den Überseehandel lag, zusammenarbeiteten.

### Großgrundbesitz

In der Nähe der Städte bildeten sich bald große landwirtschaftliche Betriebe heraus, die „Haciendas“, auch „Estancias“ genannt. Sie hatten die Aufgabe, den städtischen Markt zu versorgen. Grundlage der Fleischproduktion waren Schafe und Rinder, die aus Europa eingeführt worden waren. Teils blieb eine kleinparzellierte Landwirtschaft der Indios erhalten. Diese Latifundien betrieben die Form großflächiger Bewirtschaftung bei geringer Produktivität und

Binnenmarktorientierung. Dadurch unterschieden sie sich von den „Plantagen“, die sich vor allem in den Küstenzonen der Andengebiete, Brasiliens und auf den Antillen herausbildeten. Sie waren auf den Export ausgerichtet, hatten eine kapital- und arbeitsintensive Form der Bodenbewirtschaftung entwickelt, bei der mit Hilfe von Sklavenarbeit in Monokultur Güter wie Zucker, Tabak, Kakao und Baumwolle produziert wurden.

### Die gesellschaftliche Rangordnung

Bei Beginn der Eroberungen durch Kolumbus und in den ersten Jahrzehnten danach waren die sozialen Strukturen fließend: Jeder, ungeachtet seiner regionalen und sozialen Herkunft, konnte seine Absicht verwirklichen, möglichst rasch reich zu wer-

den und dadurch im sozialen Status aufzusteigen. Doch bald nach der Konquista änderte sich dies. Nach dem Vorbild der spanischen Gesellschaft bildete sich eine feste hierarchische Ordnung heraus, die sich bis in die Gegenwart auswirkt.

#### Gesellschaftshierarchie im spanischen Kolonialreich

Berufliche Dimension	Rassisch-ethnische Dimension
hohe Kolonialbeamte, hoher Klerus	Spanier aus Europa, oft adlig
mittlere und untere Kolonialbeamte, Kaufleute, Händler, angesehene Handwerker (z.B. Silberschmied)	teils Spanier, teils Kreolen; indianische Führungsschicht
ländliche Bevölkerung, Bergarbeiter, wenig angesehene städtische Berufe (Bauarbeiter etc.)	freie Indios mit minderer Rechtsstellung Mischlinge aller Rassen Negersklaven



#### Abb. 1: Vier Entdeckungsreisen gen Westen

Christoph Kolumbus (ital. Cristoforo Colombo; span. Cristóbal Colón) hatte, bevor er in spanische Dienste trat, bereits verschiedene Vorstöße unternommen, das portugiesische, englische und französische Königshaus von seinem Plan zu begeistern, Indien auf dem Westweg zu erreichen. Die Blockade des Landweges nach Asien durch die Osmanen, die 1453 Konstantinopel erobert hatten, und das Monopol italienischer Mittelsmänner sowie levantinischer Kaufleute im lukrativen Gewürz- und Orienthandel führte zu Überlegungen in den westlichen Seestaaten, einen anderen Weg nach Osten zu suchen. Einerseits war der Handel über Land nicht aufzubrechen, und andererseits konnte für die Bezahlung der östlichen Importgüter kaum noch genügend Silber oder Gold aufgetrieben werden. Portugal, damals der westlichste Zipfel der bekannten Welt, hatte an der Entdeckung Asiens entscheidenden Anteil, begünstigt durch gute Häfen an der Atlantikküste, eine große Zahl von Fischern und Seeleuten und nicht zuletzt durch weitblickende Herrscher wie Heinrich der Seefahrer. 1488 entdeckte Bartolomeu Diaz das „Kap der Stürme“, die Südspitze Afrikas. 1497 verließ Vasco da Gama mit vier Schiffen Lissabon, umrundete das inzwischen von Johann II. von Portugal umbenannte „Kap der Guten Hoffnung“ und segelte mit Hilfe des Monsuns ostwärts. 1498 erreichte die Flotte das „eigentliche“ Indien.

Kolumbus, beeinflusst vom Weltbild der Antike, den märchenhaften Beschreibungen eines Marco Polo über „Cathay“ und im Besitz einer Weltkarte des Italieners Paolo Toscanelli, war felsenfest überzeugt: „Da alle Meere und Länder der Welt eine Kugel bilden, und also die Erde rund ist, muß es möglich sein, von Osten nach Westen zu fahren.“ Mit der ihm innewohnenden Energie trat er vor die Katholischen Könige, Isabella von Kastilien und Ferdinand von Aragonien, und erreichte in jahrelangen zähen Verhandlungen die Zusage für die Unterstützung seiner Expedition.

Am 3. August 1492, eine halbe Stunde vor Sonnenaufgang, verließ eine kleine Flotte von drei Schiffen den spanischen Hafen Palos. Es handelte sich um die „Santa Maria“, das Flaggschiff von Kolumbus, das er auch als Kapitän befehligte, die „Pinta“, kommandiert von Martin Alonso Pinzón, und der „Niña“ mit Kapitän Vicente Yáñez Pinzón. Die „Santa Maria“, eigentlich ein Handelsschiff (Mariagalante), war rund 35 m lang, besaß ein Deck von 18 m Länge und hatte drei Masten mit quadratischem Segelzeug. Die „Pinta“, eine Karavelle, wies

eine ähnliche Takelage wie die „Santa Maria“ auf, war aber nur halb so lang. Die „Niña“, vormals die Santa Clara, war das kleinste Schiff der Flotte, aber mit ihren Latein-Segeln auch das seetüchtigste. Zur Bewaffnung gehörten 10-cm-Geschütze für schwere Granitkugeln, sog. bombardas, und kleinere Wurfgeräte für Bleikugeln. Kolumbus ließ außerdem allerhand wertlosen Tand an Bord bringen, den er bei den einfältigen Eingeborenen, die er vor seiner Ankunft beim Groß-Khan in Cathay treffen würde, gegen Gold einzutauschen gedachte.

Wenn Kolumbus 1502 dem spanischen Königspaar in einem Brief mitteilte, bei seinem Indien-Unternehmen seien ihm weder rationale Überlegungen, noch Mathematik oder Astronomie von Nutzen gewesen, hat er nur teilweise recht. Bei der Entfernungsbestimmung unterlag er allerdings einem gewaltigen Irrtum. Für den Landweg von Spanien nach Indien berechnete er 278 Grad, also konnte der Seeweg nur noch 72 Grad betragen. Alles in allem sollte seiner Berechnung nach die Distanz zwischen den Kanarischen Inseln und Indien rund 6300 km betragen, soviel wie die tatsächliche Entfernung bis Amerika. Sich in unbekannten Gewässern zu orientieren, erforderte großes navigatorisches Können. Ein Hilfsmittel hatte Kolumbus an Bord, die seit dem 12. Jahrhundert in Europa bekannte Magnetnadel. Ferner bediente er sich des Astrolabiums zur Messung der Sternhöhe. Mit Hilfe der doppelten Log-Buchführung täuschte der „Admiral des Weltmeeres“, wie er sich nach seiner ersten Reise nennen durfte, nicht nur die Mannschaften über die täglich zurückgelegten Entfernungen, sondern auch die Portugiesen über die tatsächliche Fahrtroute. Heute herrscht die Meinung vor, daß Kolumbus nicht direkt von den Kanarischen Inseln westwärts gesegelt ist, sondern unter Ausnutzung des Nordostpassats die sog. Demarkationslinie, d.h. die Nordgrenze des portugiesischen Herrschaftsgebietes vor Westafrika nach Süden überschritt und sich dann mehr als 350 Meilen in der „portugiesischen Hoheitszone“ befand.

Auf der ersten Reise erfolgte der historische Landgang auf die Bahama-Insel Guanahani (San Salvador), die Kolumbus im Namen der spanischen Könige in Besitz nahm. Ferner wurde die Nordküste Kubas entdeckt, das Kolumbus für das von ihm gesuchte Cathay, d.h. China, hielt. Westwärts segelnd, erreichte die Flotte das von Kolumbus so benannte Española (Klein-Spanien, später Haiti). Nach dem Verlust seines Flaggschiffes kehrte Kolumbus 1493 nach Spanien zurück, um von seiner Entdeckung Indiens zu berichten.

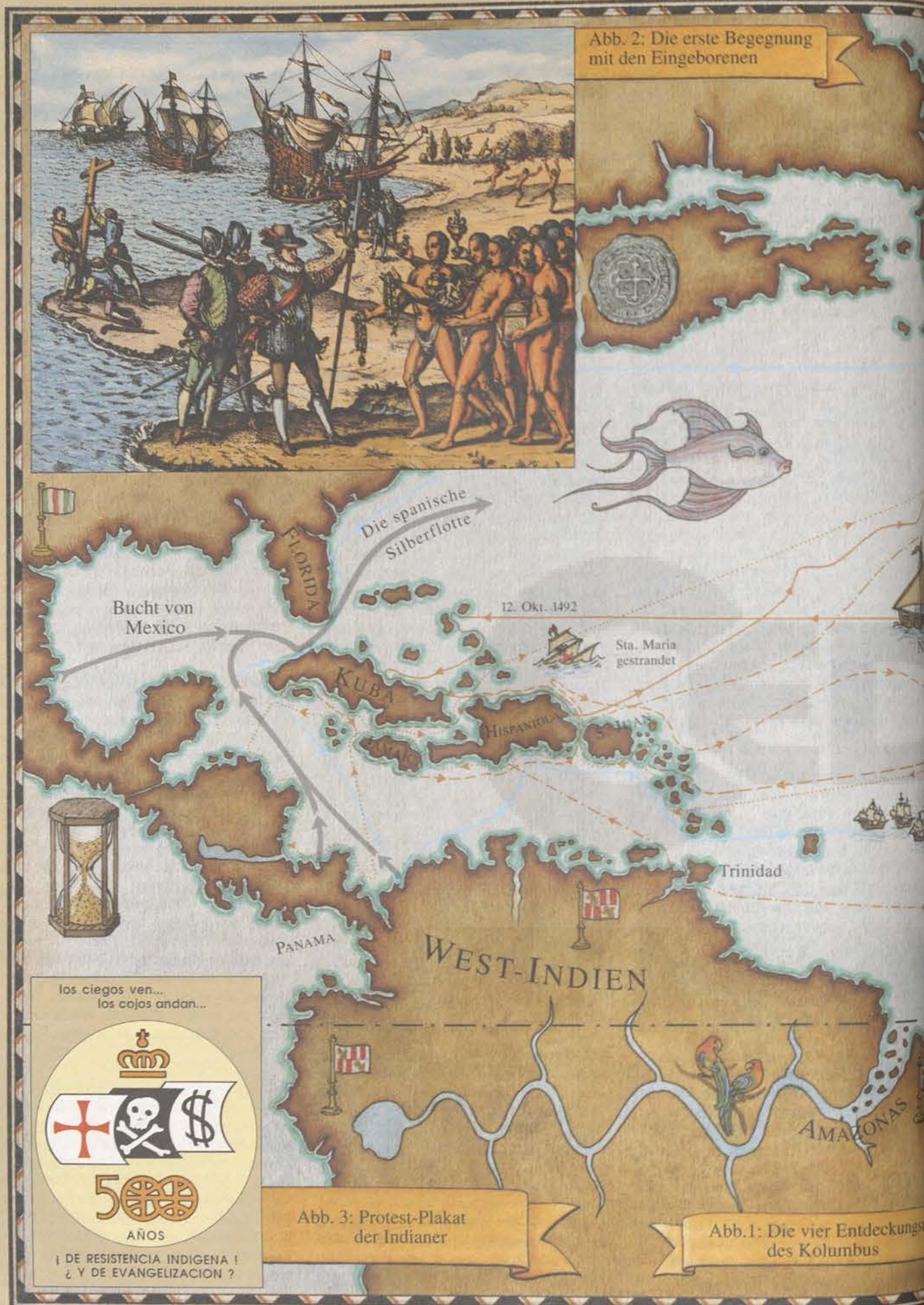
Die zweite Reise (1493-1496) mit 17 Schiffen und 1500 Mann besaß schon nicht mehr den Charakter von reinen Erkundungsfahrten. Landnahme und Christianisierung standen nun im Vordergrund. Den neuen Siedlern sollte die Goldsuche, so sah es ein Memorandum von Kolumbus vor, zumindest für einen Teil des Jahres verboten sein, damit sie sich der Landkultivierung widmen konnten. Nach der Inbesitznahme von Dominica, Marigalante, Puerto Rico und Guadalupe steuerte Kolumbus wieder Hispaniola an und mußte feststellen, daß seine erste Siedlung „Navidad“ zerstört worden war. Als zweite Siedlung in der „Neuen Welt“ wurde Isabella gegründet. Auf weiterer Entdeckungsfahrt berührte man Santiago (Jamaica).

Die dritte Reise (1498-1500) stand noch mehr unter einem ungünstigen Stern, da das Interesse an Kolumbus Vorhaben schon sehr erlahmt war. Die Expedition erreichte zwar die Festlandküste Südamerikas, aber die Zwistigkeiten zwischen Kolumbus und dem von der Krone geschickten Bevollmächtigten mit besonderen Befugnissen, Bobadilla, endeten damit, daß Kolumbus nicht nur seinen Status als Vizekönig verlor, sondern unter demütigenden Umständen wie ein Krimineller in Ketten nach Spanien zurücktransportiert wurde.

Auf der vierten und letzten Reise (1502-1504), deren Genehmigung er Isabella und Ferdinand noch einmal abgerungen hatte, allerdings mit der Auflage, nie wieder Española zu betreten, versuchte er, eine Seepassage durch Mittelamerika nach Osten zu finden. Stürme, Meuterei und Schiffbruch zwangen ihn zu einjährigem Aufenthalt auf Jamaica. Unter vielen Widrigkeiten gelang es ihm, trotzdem nach Española zu kommen und von dort eine stürmische Heimreise anzutreten. Am 7. November 1504 erreichte er Sanlúcar, knapp drei Wochen vor dem Tod seiner ehemaligen Gönnerin Isabella, in deren Ungnade er inzwischen gefallen war. Man mag sich seine tiefe Enttäuschung vorstellen, als er erfuhr, daß Isabellas Testament mit keinem Wort die Wiedereinsetzung von Kolumbus in seine alten Rechte erwähnte.

Das Entdeckungsgeschäft, so hatte es Kolumbus richtig vorhergesehen, würden andere betreiben. Die Aufteilung der Welt zwischen Spanien und Portugal im Vertrag von Tordesillas (1494) konnte England nicht am Aufstieg zur Seemacht hindern. Der englische Seeheld Sir Francis Drake hat gerade in Westindien und besonders auf Española, das Kolumbus wegen der Ähnlichkeit mit Kastilien so liebte, seine Spuren als Frei- beute hinterlassen.







**Abb. 2: Kolumbus geht an Land**

Eine Kupferstich-Darstellung aus dem 16. Jahrhundert zeigt Kolumbus, wie er zum ersten Mal amerikanischen Boden betritt, und zwar auf der Insel San Salvador. Bis 1926 hieß die Insel Watlings Island, die etwa 550 km südöstlich von Miami, Florida, liegt. Kolumbus selbst nannte die Insel, die er betrat, „San Salvador“ („Der Retter“), da seine Mannschaft drei Tage zuvor ihm ein Ultimatum gestellt hatte: Sie würden umkehren, wenn nicht innerhalb von drei Tagen Land in Sicht komme. Es ist bis heute keineswegs völlig sicher, daß diese kleine Insel tatsächlich die erste von Kolumbus betretene in der Neuen Welt ist.

Von der Santa Maria, Niña und Pinta war je ein Beiboot mit Offizieren an Land geschickt worden. Umgeben von Offizieren kniete Kolumbus nieder, küßte die Erde der Neuen Welt, richtete die königliche Flagge von Ferdinand und Isabella auf und nahm offiziell Besitz von der Insel, der benachbarten Region und ihrer Bewohner für Spanien.

Der Pfarrer und Biograph Las Casas schrieb: Nachdem die Indianer aus gebührender Entfernung diese Zeremonie beobachtet hatten, kamen sie näher. Die zahlreichen Indianer starteten die Christen stumm an, betrachteten neugierig ihre Bärte, Kleidung und ihre helle Haut. Hauptsächlich interessierten sie sich für die Männer mit Bärten, besonders für den Admiral, den sie als den Wichtigsten der Gruppe erkannten. Sie faßten die Bärte an und betrachteten genau die Blässe ihrer Hände und Gesichter. Die Spanier erkannten, daß die Indianer ungefährlich, ja, unschuldig sind: Deshalb leisteten der Admiral und seine Männer ihnen keinen Widerstand.

Kolumbus trug später in sein Logbuch ein, daß ihn die Nacktheit, Friedfertigkeit und Freigebigkeit sehr verwunderte. Sie machten nicht nur gern Geschenke, sondern nahmen auch gern welche an und freuten sich über jede Kleinigkeit. Das war den Spaniern sehr recht, denn sie hatten Glasperlen, billiges Spiegelglas und kleine Glocken mitgebracht, die die Abenteurer möglichst zu Gold machen wollten. Kolumbus registrierte sogleich, daß die Indianer durchaus intelligent waren, aber ihre fehlende Kampfeshaltung brachte ihn zu der Einschätzung, „daß man mit 50 bewaffneten Männern diese Leute unter Kontrolle bringen kann, um mit ihnen alles zu machen, was man wünscht... Die Christenheit wird mit diesen Indianern ein gutes Geschäft machen, insbesondere Spanien, dessen Untertanen alle werden müssen.“

**Abb. 3: Protest-Plakat der Indianer**

Das Plakat zum Treffen lateinamerikanischer indigener Völker in Quito wendet sich dagegen, den 500. Jahrestag des Betretens amerikanischen (indianischen) Bodens durch Europäer zu zelebrieren. In Quito fand das „Erste Kontinentale Treffen Indianischer Völker“ statt. Die Repräsentanten unterstrichen ihre Grundforderungen nach politischer, kultureller und religiöser Selbstbestimmung, nach eigenen politischen Organisationen, nach Selbstverwaltung und Kontrolle der (ihrer) Länder sowie einer erweiterten Partizipation der Frau.

**Abb. 4: Königin Isabella I (1451-1504)**

Die Tochter Johanns II. von Kastilien heiratete 1469 den Thronerben von Aragonien Ferdinand II. Mit dieser Heirat wurde der Grundstein des spanischen Nationalstaats gelegt. 1474 wurde Isabella gegen den Willen eines Teils des Adels Königin und behauptete sich in dem kaiserlichen Erbfolgekrieg (1474-79). Portugiesen und Franzosen wurden geschlagen, und Portugal erkannte die Thronfolge Isabellas und Ferdinands an (1479). Der Papst verlieh ihnen den Titel „Katholische Könige“.

Am 2. Januar 1492 eroberten und besiegten die Katholischen Könige das letzte Maurenreich im Feldzug gegen Granada und beendeten damit die Reconquista.

König Ferdinand zeigte von Anfang an kaum Interesse an den Ideen, die Kolumbus am Hofe mehrfach vortrug, um die königliche Unterstützung und Finanzierung für seine kühnen Ideen zu erlangen. Königin Isabella – im Wesen einfühlsamer und feinsinniger – war etwa so alt wie Kolumbus, hatte ein ähnliches Temperament, rötliche Haare und blaue Augen wie Christoph Kolumbus. Sie war ihm und seinen Vorstellungen zugetan, zeigte intuitives Verständnis und setzte Anfang 1492 durch, daß Kolumbus mit voller Unterstützung des Königshauses sein „Unternehmen Indien“ starten konnte.

**Abb. 5: Christoph Kolumbus als Person**

italienisch: Cristoforo Colombo  
spanisch: Cristóbal Colón  
(geb. 1451 in Genua, Italien,  
gest. 20.5.1506 in Valladolid,  
Spanien)

Leider gibt es kein authentisches Bild von Kolumbus, insofern sind die später gemalten, ihn darstellenden Phantasie-Portraits sehr unterschiedlich. Es ist jedoch

bekannt, daß er etwas überdurchschnittlich groß war, rotblonde Haare und eine lange schmale Nase hatte und – wahrscheinlich – blaue Augen besaß. Er konnte würdevoll und ernst auftreten. Er war insofern religiös, als er immer wieder betete und den Gottesdienst besuchte, selten fluchte er. Sein Sohn Ferdinand berichtet, nur wenn sein Vater sehr erzürnt war, äußerte er als scharfe Rüge „Gott wird dich strafen!“.

Beim Gottesdienst in Lissabon sah er zum ersten Mal Felipa Perestrelo e Moniz, deren Vorfahren aus Norditalien stammten. Sie war recht wohlhabend. Christoph und Felipa verliebten sich und heirateten 1479. Sie hatten einen Sohn, Diego.

Immer wieder fuhr Kolumbus zur See und sammelte unmittelbare Erfahrungen in der Seefahrt. – Von seinem verstorbenen Schwiegervater erbe er viele Seekarten und Seefahrtsberichte, die er genau studierte. Kolumbus lernte Portugiesisch und Spanisch sprechen, in Portugal eignete er sich gute Kenntnisse in Latein an. In seiner Kindheit hatte er Genuesisch gelernt, einen italienischen Dialekt. Ferner beherrschte er das mediterrane Italienisch, das als „lingua franca“ galt, bestehend aus italienischen französischen, spanischen, griechischen und arabischen Wörtern.

Ein Buch von Bedeutung war für ihn die Bibel; hier war besonders einflußreich das Buch Esra, in dem ausgeführt wird, daß die Erdoberfläche aus sechs Teilen Erde und einem Teil Wasser bestehe. Das würde bedeuten, daß es zwischen Europa und Asien nicht sehr viel Wasser geben könne. Weiterhin waren für ihn bedeutend das Buch „Imago Mundi“ und „Il Milione“ (über Marco Polos Reisen) und die „Naturalis Historia“ von Plinius.

Als Felipa im Jahr 1485 starb, war Kolumbus 34 Jahre alt. Er hatte auf vielen Fahrten das Mittelmeer und den Atlantik vor Europas und Afrikas Küsten befahren. Er war ein praktisch und theoretisch gebildeter hervorragender Seefahrer geworden. Immer stärker trieb ihn seine Idee, Asien von der Iberischen Halbinsel aus auf einer Seefahrt westwärts zu erreichen.

**Abb. 6: Wappen des Kolumbus**

König Ferdinand und Königin Isabella hatten Kolumbus ein Wappen als Zeichen würdevoller Beauftragung gewährt: Löwe und Schloß sind dem königlichen Wappen entnommen. Die Inseln und die Anker beziehen sich auf Kolumbus Entdeckungen und seine hervorragenden Fähigkeiten als Seefahrer.

## Imperialistische Durchdringung im 19. Jahrhundert

Die im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts erlangte völkerrechtliche Unabhängigkeit wurde von den Industriemächten nicht angetastet. Es ging den Industriemächten lediglich um die Öffnung der lateinamerikanischen Märkte, den freien Fluß von Gütern und Kapital. Europa legte das Schema der wirtschaftlichen Arbeitsteilung fest:

Die industriell entwickelten Länder Europas liefern Industrieprodukte, technologisches Wissen, ihren Überschuß an Menschen und Kapital. Im Gegenzug exportiert Lateinamerika seine reichlich vorhandenen mineralischen, pflanzlichen und tierischen Rohstoffe. – Dieses Schema hat bis auf den heutigen Tag starke Gültigkeit.

## Die Briten geben den Ton an

Besonders England, die industrielle Führungsmacht im 19. Jahrhundert, mischte sich ein. Es hatte die Freiheitsbewegung der jungen lateinamerikanischen Staaten unterstützt, mischte sich immer mehr ein und bestimmte stark die Wirtschaft. Englische Textil-, Eisen- und Stahlprodukte waren wesentlich preiswerter als lateinamerikanische. Die große englische Handelsflotte erwirtschaftete bei der Verschiffung von Rohstoffen und Fertigwaren enorme Gewinne. Britische Kaufleute saßen bald in allen lateinamerikanischen Küstenstädten und organisierten die Geschäfte. Britische Experten bauten das Bank- und Versicherungswesen sowie die Verkehrsinfrastruktur aus: Überall bauten und finanzierten sie Eisenbahnprojekte. – Selbst Englands Umschwenken von dem von ihm rigoros betriebenen Sklavenhandel zu dessen Verbot hatte auch eigennützige wirtschaftliche Gründe: Im Gegensatz zu einkommens-

losen Sklaven konnten freie Lohnarbeiter in großen Mengen englische Billigwaren selbst kaufen.

Auch andere europäische Länder, hauptsächlich Frankreich, suchten sich ihre Märkte in Lateinamerika. Von Deutschland wurden ab 1870 Militärberater angefordert, die beim Aufbau von Berufsarmeen in mehreren Ländern Lateinamerikas halfen.

## Hegemonialpolitik der USA

Die USA, Ende des 19. Jahrhunderts bedeutende Industriemacht, richteten ihr Hauptinteresse auf Zentralamerika und den karibischen Raum und strebten in dieser engen Nachbarzone eine Vormachtstellung an. Darüber hinaus strebten die USA unter dem Vorwand, eine umfassende wirtschaftliche und politische Kooperation mit Lateinamerika zu wollen, die Vormachtstellung (Hegemonie) in ganz Amerika an.

## Überfremdung der Wirtschaft

Die Überfremdung der Wirtschaft der lateinamerikanischen Staaten brachte Nachteile, die teilweise erst nach langer Zeit deutlich wurden, sich aber nachhaltig – bis auf den heutigen Tag – ausgewirkt haben:

- Wichtige Bereiche der Wirtschaft, des Handels, der öffentlichen Dienstleistung und der Erschließung und Vermarktung der Bodenschätze kamen unter ausländische Kontrolle.
- Einzelne lateinamerikanische Staaten spezialisierten sich auf Monokulturen, wobei die volkswirtschaftlich notwendigen Diversifizierungen weitgehend unterblieben: Chile exportierte Salpeter und Kupfer, Kuba Zucker, Zentralamerika Bananen, Mexiko Silber, Peru den Naturdünger Guano, Brasilien vor allem Kaffee, Argentinien Rindfleisch und Weizen.
- Ansätze zur Entwicklung einer nationalen Industrie wurden behindert.
- Der Ausbau des Eisenbahnnetzes – oft wurden nur Stichbahnen von der Küste zu einem Produktionsgebiet (z.B. Bananen, Erze) angelegt – blieb unzureichend, so daß es nicht zur einheitlichen Entwicklung eines Landes kommen konnte.

## Stärkung der Großgrundbesitzer

Latifundien konnten ihre Monokulturwirtschaft ausbauen. Exporte nach Übersee brachten zumeist ein wachsendes Einkommen und Reichtum für wenige. Nach der Auflösung von kirchlichem Grundbesitz und der Überführung von Land, das von Indios kollektiv bewirtschaftet worden war, stiegen Anzahl und Macht der Großgrundbesitzer.

## Verarmte Landbevölkerung

Einer kleinen Schicht Wohlhabender auf dem Lande stand eine sehr rasch wachsende Schicht in großer Armut Lebender gegenüber: die von ihren Ländereien vertriebenen Indios, Kleinpächter, Viehhirten und Kleinsthändler.

## Migration und Verstädterung im 20. Jahrhundert

Bevölkerungsdruck auf dem Lande veranlaßt immer mehr Menschen, in die Stadt abzuwandern, um hier eine Lebensgrundlage zu finden. Doch die Schaffung von (industriellen) Arbeitsplätzen kann nicht Schritt halten mit der Zunahme der Bevölkerung. Rasch wachsen Barriadas und Favelas. Die Polarisierung von Stadt und Land, Arm und Reich in Lateinamerika nimmt eher zu.



## Española: Klein-Spanien in der Karibik

### Erste europäische Siedlungen

Bau der ersten Siedlung „Navidad“



Als Kolumbus am 5. Dezember 1492 vor einer Insel ankerte, die die Indios Cibao nannten, erinnerte sie ihn so an Kastilien, daß er ihr den Namen Española gab. Aus dem Namen wurde später die latinisierte Form „Hispaniola“. Es handelte sich um Haiti, die zweitgrößte Insel der Karibik. Kolumbus Flaggsschiff, die Santa Maria, lief am 24. Dezember bei Windstille auf eine Sandbank und mußte aufgegeben werden. Aus den Trümmern entstand Navidad (Weihnachten), die erste spanische Siedlung in der Neuen Welt, die nur kurz Bestand hatte und deren Überreste, da sie aus Holz bestanden, bislang nicht genau lokalisiert werden konnte. In einem Brief an seinen Fürsprecher am spanischen Königshof, Luis de Santangel, unterrichtete er diesen über den nicht zu unterschätzenden Besitz der Insel und über die Tatsache, daß er, Kolumbus, ganz besonderen Wert darauf gelegt habe, „einen für Handel und Gewerbe vortrefflich passenden Platz zu besetzen“, dem er „in Erinnerung an die Geburt des Heilandes den Namen Natividad“ gab. Auf seiner zweiten Reise entschloß sich der Admiral, das feucht-heiße Gebiet von Navidad, in dem die zurückgebliebenen Spanier tot aufgefunden worden waren, zu verlassen und an anderer Stelle die Stadt Isabella im Norden der Insel nahe des heutigen Puerto Plata zu gründen.

Da Unstimmigkeiten und Unwilligkeit in der Kolonie zunahm, sah Kolumbus sich gezwungen, sich nach Spanien einzuschiffen und am Königshof für klare Verhältnisse zu sorgen. Zusammen mit seinen beiden Brüdern, die sich inzwischen ebenfalls in Isabella aufhielten, wurde festgelegt, die Kolonie im Norden aufzugeben und eine neue, eine dritte, im Süden der Insel zu gründen. An der Mündung des Rio Ozama bot sich ein günstiger Naturhafen an, und dort wurde Santo Domingo gegründet, heute die zwei Millionen Einwohner zählende Hauptstadt der Dominikanischen Republik. Kolumbus Sohn Diego, der zum neuen Vizekönig ernannt worden war, ließ sich 1509 in der Stadt nieder. Santo Domingo nimmt für sich in Anspruch – ebenso wie das andalusische Sevilla – die Gebeine des Entdeckers in einer Grabstätte innerhalb der Kathedrale zu bewahren.

Portugal, Spaniens Rivale bei der Entdeckung und Inbesitznahme überseeischer Territorien, ging zunächst von der Gründung von Handelsstützpunkten aus, ähnlich wie es später Großbritannien tat. Auch in Spanien dachte man zunächst an Handelsniederlassungen, orientierte sich dann jedoch um, weil nicht nur Händler, sondern auch an Landbesitz Interessierte in die neuen Kolonien zogen. Der Straßengrundriß von Santo Domingo, das Schachbrettmuster mit Kathedrale, Kloster und Palast diente als Vorbild für die weiteren Städtegründungen der Spanier in Lateinamerika.



## Spanische, englische und französische Interessen

Santo Domingos Bedeutung als Zentrum für die Verwaltung in der Neuen Welt hielt nur wenige Jahrzehnte an. Um 1535, als sich die Edelmetallvorräte auf Española erschöpft hatten, trat Mexiko-City die Nachfolge als Hauptstadt des Vizekönigreiches an. Das Gold und Silber der Azteken und Inka versprachen schnelleren Reichtum, so daß die Minen auf der Insel langsam verfielen.

Unter Spaniens Statthalter Bobadilla waren die Indios zu Zwangsarbeit in den Bergwerken abkommandiert und später den Landherren zugeteilt worden. Ihre schnelle Dezimierung führte dazu, daß schon ab 1509 Negerklaven importiert wurden. 1535 lebten nur noch 500 Indios auf der Insel. Gleichzeitig mit dem Rückgang der Goldgewinnung setzte der Zuckerrohranbau ein, für den wiederum Arbeitskräfte benötigt wurden. 1560 gab es bereits 60 000 Negerklaven auf Española. Ihnen standen rund 1100 Spanier gegenüber.

Der allgemeine wirtschaftliche Niedergang zeigte sich auch daran, daß nur noch zwei bis drei Schiffe im Jahr die Insel anliefen. Verstärkt wurde der Niedergang durch die Überfälle von Piraten, so u.a. durch den Engländer Sir Francis Drake, der mit Billigung von Elisabeth I. spanischen Schatzschiffen auflauerte und dazu ermächtigt war, auch Land in der spanischen Einflusssphäre unter die britische Flagge zu bringen. Drake lief 1585 mit 30 Schiffen in die

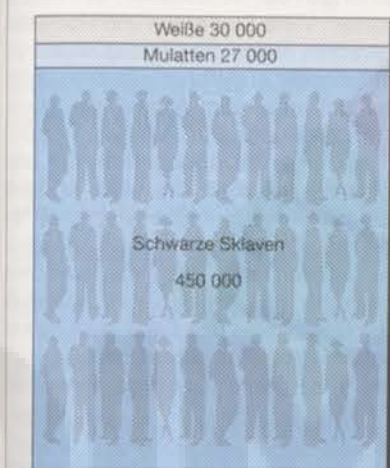
Karibik aus, erreichte 1586 Santo Domingo und brannte die Stadt nieder.

Der Rückgang der spanischen Macht ermunterte französische Siedler, allen voran Flibustiere und Bukaniere, zur wilden Landnahme. Im Vertrag von Rijswijk mußte Spanien 1697 den westlichen Teil der Insel an Frankreich abtreten. Hispaniola war nun zweigeteilt, in die französische Kolonie Saint Domingue und den spanischen Teil Audiencia Española de Santo Domingo.

Politische Wirren in beiden Inselteilen führten abwechselnd zu dem Versuch, eine staatliche Einheit herzustellen bzw. zwei unabhängige Staaten zu etablieren. 1795 zwangen die Franzosen die Spanier, den Ostteil der Insel abzutreten. 1801 strebte Toussaint L'Ouverture die Autonomie von St. Domingue an und rief damit Napoleon auf den Plan, der eine Flotte von 79 Schiffen und 20 000 Mann zur Befriedung in die Karibik schickte. Die Niederlage der französischen Truppen, die auch durch Gelbfieber und Entkräftung beschleunigt wurde, führte schließlich am 1. Januar 1801 zur Ausrufung der ersten Schwarzen-Republik der Welt.

Spanien war es 1808 noch einmal gelungen, mit englischer Hilfe den Ostteil zurückzuerobern, der 1821 vom Westteil okkupiert wurde. 1844 erfolgte im Ostteil die Gründung der Dominikanischen Republik, im Westen war die Republik Haiti entstanden.

Bevölkerung von St. Domingo (1789)



## Zuckerrohr und Sklaven

Der den Franzosen überlassene Westteil der Insel entwickelte sich wirtschaftlich recht schnell, während der Ostteil eine lange Periode der Stagnation vor sich hatte, die erst Ende des 18. Jahrhunderts überwunden wurde. St. Domingue stieg dagegen zur reichsten Überseeprovinz Frankreichs auf. Quelle des Reichtums war der Anbau von Zuckerrohr, der St. Domingue in den Jahren von 1781 bis 1790 zum größten Zucker-Erzeuger der Welt machte. Die gesellschaftlichen Verwerfungen waren jedoch enorm.

Am Vorabend der Französischen Revolution (1789) arbeiteten 450 000 aus Westafrika importierte Sklaven auf den Plantagen, die dem Code Noir von 1685 unterstanden, der geringste Vergehen mit grausamen Strafen ahndete. Eine Stufe über den Sklaven standen die Mulatten (27 000), die sog. Affranchis, denen der Code Noir ursprünglich die Freiheit zugesichert hatte. Bis 1789 durften sie weder in den Staatsdienst eintreten noch Waffen tragen, hatten aber das Recht, die gleiche Kleidung wie die Weißen zu tragen, Land zu besitzen und selbst Skla-

ven zu halten. Die aus 35 000 Weißen bestehende Oberschicht gliederte sich in drei Gruppen: die Aristokraten, die die großen Plantagen besaßen und die Führungspositionen beim Staat und beim Militär innehatten, die Kaufleute und die kleinen Händler und Handwerker. Da die Todesrate unter den Schwarzen in St. Domingue die höchste in der Karibik war, mußten Jahr für Jahr 30 000 Sklaven eingeführt werden. Die Unterscheidung zwischen importierten und auf der Insel geborenen (kreolischen) Schwarzen vertiefte die Spannungen. Gemeinsam war allen der Haß gegenüber den Weißen, der sich in blutigen Aufständen Bahn brach.

Die Zusammensetzung der Bevölkerung zeigt noch heute die Auswirkungen der Sklavenarbeit. Da der Zuckerrohranbau in der Dominikanischen Republik später einsetzte, war der Bedarf an Sklaven geringer. Die heutigen Einwohner der Dominikanischen Republik sind hellhäutiger als ihre armen Nachbarn in Haiti. Diese verdingten sich gegen einen Hungerlohn als Zuckerrohrarbeiter auf der östlichen Inselhälfte.



**Brain Drain in der  
Dominikanischen Republik**

Die anhaltende Flucht von gut ausgebildeten Bürgern der Dominikanischen Republik, ein wahrer Brain Drain, hat gravierende Auswirkungen auf die wirtschaftliche und politische Entwicklung des Landes, die weit in das 21. Jahrhundert reichen werden. Die wertvollste dominikanische Ressource unterliegt einem schleichenden Erosionsprozeß, der immer schneller abläuft und von der Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommen wird. Nach außen hin stehen die jungen Vertreter der Mittel- und Oberklasse ihrer Emigration mit gemischten Gefühlen gegenüber und beklagen den Verlust an Lebensqualität, den sie in Zukunft zu ertragen hätten.

Bei den Massenauswanderungen der Vergangenheit handelte es sich im wesentlichen um die Armen. Das galt bis 1987. Die zunehmenden Schwierigkeiten im Land, wie der Zusammenbruch der Wasser- und Elektrizitätsversorgung und der sich rapide verschlechternde Wert des Peso, treiben jetzt auch die Angehörigen der Mittel- und Oberklasse ins Ausland.

Für die Ärmern war immer New York das Ziel bei der Suche nach einem besseren Leben. Die jungen und gut ausgebildeten Leute ziehen dagegen eher kleinere Städte vor wie Miami und Boston, oder sie wandern nach Spanien oder Lateiname-

rika aus. Die Mittelklasse trägt seit jeher durch ihre Facharbeitskräfte und Spezialisten zur Entwicklung des Landes bei. Sie stellt Lehrer, Ärzte und Ingenieure und wirkt wie die Hefe, die einen Teig in Bewegung hält. Die Oberklasse stellt das für Investitionen notwendige Kapital zur Verfügung, während die Unterklasse ihre Arbeitskraft einbringt.

Der entscheidende Faktor, weshalb der Exodus stattfindet, ist nicht allein die schlechte Trinkwasserversorgung. Viele haben das Gefühl, daß sie in die Armut getrieben werden, weil das, was sie verdienen, jedes Jahr an Wert verliert. Die Angst vor der Armut ist der Hauptgrund für die Angehörigen der Mittelklasse, das Land zu verlassen. Viele Studenten und Hochschulabsolventen halten die Gleichgültigkeit und Nachlässigkeit staatlicher wie privater Einrichtungen unter dem Aspekt, daß gerade ein Entwicklungsland fähige Personen braucht, für selbstzerstörerisch. Für junge Berufsanfänger stellt die alles lähmende Bürokratie ein fast unüberwindliches Hindernis dar. So stellt sich die Frage, ob es keine Möglichkeiten gibt, die Auswanderungswilligen im Land zu halten, oder ob die jetzige Unfähigkeit das Land nicht bald vor unlösbare Probleme stellen wird. (nach The Santo Domingo News vom 19.7.91)

**Haiti –  
ärmstes Land Amerikas**

Die wirtschaftliche Grundlage im Weststaat der Insel beruht auf der Landwirtschaft, in der zwei Drittel aller Erwerbstätigen beschäftigt sind. Der Agrarsektor ist jedoch weder in der Lage, genügend Nahrungsmittel für den Eigenbedarf des Landes zu erzeugen, noch genügend Agrarrohstoffe für die weithin unterentwickelte Industrie zu produzieren. Die starke Besitzersplitterung liegt in der Zerschlagung des weißen Großgrundbesitzes zur Zeit der Sklavenaufstände um 1800 begründet. Nach der Unabhängigkeit und der Entmachtung der Weißen lehnten es die Schwarzen ab, weiterhin auf den Plantagen zu arbeiten. Sie zogen in das Hinterland, um dort kleinbäuerlichen Besitz zu erwerben. Der weiterhin gültige Code Napoleon unterstützte die Realteilung und begünstigte die Streulage der Parzellen. Knapp drei Viertel aller Betriebe gehen nicht über 1 ha Fläche hinaus. Zu den weiteren Negativposten gehören ungünstige Naturfaktoren wie Dürrefährdung auf der Leeseite der Gebirge und eine starke Hangneigung der Felder. Der einstmals in der Indianersprache für Haiti verwendete Name „Hohes Waldgebirge“ hat seine Berechtigung verloren. Der Holzeinschlag hat den Waldbestand dermaßen reduziert und degeneriert, daß schwere Ero-

sionsschäden eintraten. Bereits in den 80er Jahren sprachen Landwirtschaftsexperten von der physischen Vernichtung des Landes.

Die Industrie bietet nur 9% der Erwerbstätigen eine Arbeit, Dienstleistungssektor und Infrastruktur sind unterentwickelt. Der Tourismus hat unter den gegenwärtigen Bedingungen für die Devisenerwirtschaftung kaum eine Chance. Überlebenschancen liegen nur im „Informellen Sektor“, einer Art offiziell geduldeten Schattenwirtschaft. Als Ventil, der zunehmenden Armut, dem wachsenden Bevölkerungsdruck und den politischen Repressionen im Lande zu entgehen, bot sich nur die Auswanderung an, z.T. sogar illegal in die Dominikanische Republik, die Haitianer beim Ergreifen wieder über die Grenze schickte. Die Flüchtlingsströme Anfang 1992, nachdem im September 1991 Präsident Jean-Bertrand Aristide ins Exil gezwungen wurde und wieder einmal Gewalt das Land heimsuchte, zeigten nur die Ausweglosigkeit der Situation. Die „Boat People“, die sich die USA als das gelobte Land ausgesucht hatten, wurden nicht als Asylanten anerkannt, sondern postwendend von der amerikanischen Küstenwache „repatriert“.

**Haiti (1990)**

Fläche:	27 750 km <sup>2</sup>
Einwohner:	6,5 Mio
Bevölkerungszusammensetzung:	60% Schwarze, 35% Mulatten, ca. 2000 Weiße
Hauptstadt:	Port-au-Prince
Amtssprache:	Französisch
Handelssprache:	Creole (Umgangssprache)
Bruttoinlandprodukt:	368 US-\$/Kopf

**Jamaika: Spielball der Mächte:  
spanisch – britisch – frei**
**Kolumbus entdeckt  
die Insel**

Auf seiner zweiten Reise entdeckte Kolumbus – im Auftrage der spanischen Krone auf der Suche nach Gold – eine neue Insel, die die Einwohner Xaymaca nannten: Am 5. Mai 1494 ging er in der heutigen St. Ann's Bay von Jamaika an Land, die er wegen ihrer Schönheit Santa Gloria nannte. Der Insel gab er den Namen St. Jago. Da die Einwohner ihm feindselig entgegen traten, ankerte er hier nur eine Nacht. Am folgenden Tag segelte die Flotte weiter und erreichte einen hervorragenden Naturhafen,

den er Puerto Bueno taufte, die heutige Discovery Bay. Wiederum traten die Einwohner den Spaniern feindselig entgegen: Die besser bewaffneten Spanier machten die Aufbegehrenden nieder. Insel und Einwohner erklärte Kolumbus zum Besitz der spanischen Könige. Die indianischen Einwohner brachten Friedensgeschenke. Da aber kein Gold dabei war, segelten die Spanier am 9. Mai enttäuscht weiter nach Kuba. – Auf dem Rückweg von Kuba liefen die Spanier noch einige Buchten an der Südküste von Jamaika an. Sie verbrachten einen Tag in der geschützten Bucht bei Port Esquivel, weil einer der häufig auftretenden Auguststürme sie überraschte. Nach dem Sturm segelten sie weiter nach Hispaniola.

**Kolumbus sitzt auf  
Jamaika fest**

Auf seiner vierten und letzten Reise (1502–1504) erreichte Kolumbus die mittelamerikanischen Küsten von Honduras und Panama. Hier fanden die Spanier auch endlich Gold in größeren Mengen. Die erschöpften Mannschaften meuterten und zwangen Kolumbus umzukehren. Am 23. Juni 1503 erreichten die brüchigen Schiffe Jamaika und schlugen in der St. Ann's Bay irreparabel leck. Die Besatzung mußte sich an Land retten. Zwei Besatzungsmitglieder wurden mit Kanus zur 180 km entfernten Nachbarinsel Hispaniola geschickt, um Hilfe zu holen. Sie schafften die wagemutige Fahrt über das offene Meer. Doch es dauerte über ein Jahr, bis Hilfe kam, da auf Hispaniola gegen Kolumbus Intrigen gesponnen wurden. Inzwischen starben viele der spanischen Besatzungsmitglieder auf Jamaika. Bedrohlich wurde die Situation, als die Tainos, die Ureinwohner, sich zu weigern begannen, den Spaniern Lebensmittel abzugeben.

Mit einem Trick verschaffte sich Kolumbus Respekt: Aufgrund seiner Beobachtungen und Berechnungen wußte er, daß eine Mondfinsternis bevorstand. Er rief den versammelten Tainos zu, daß Gott sehr böse sei, weil sie die Spanier nicht mehr versorgten. Als dann in einer der folgenden Nächte der Mond am Himmel verschwand, waren die Tainos so beeindruckt, daß sie die Spanier wieder mit genügend Lebensmitteln versorgten. Im Juni 1504 erreichte ein neues Segelschiff die St. Ann's Bay, nachdem der Gouverneur von Hispaniola die Entsendung des Schiffes monatelang hinausgezögert hatte. Am 29. Juni 1504 konnte Kolumbus Jamaika mit dem Rest der Spanier verlassen. Im gleichen Jahr kehrte er nach Spanien zurück. – Zwei Jahre später starb Kolumbus einsam und verbittert, erlebte aber noch mit, daß der von ihm entdeckte Kontinent nicht seinen Namen, sondern den von Amerigo Vespucci (Amerika) tragen sollte.

**Spanische Herrschaft  
auf Jamaika**

<b>Jamaika (1990)</b>
Fläche: 10.990 km <sup>2</sup>
Einwohner: 2,5 Mio (230 je km <sup>2</sup> )
Bevölkerungszusammensetzung:
98% Schwarze und Mulatten, 1,4% Inder, 0,3% Chinesen, 0,3% Weiße
Hauptstadt: Kingston
Amts- und Handelssprache: Englisch
Bruttoinlandprodukt: 1650 US-\$/Kopf
Hauptausfuhrgegenstände: Aluminiumoxyd u. Bauxit (60% des gesamten Exportwerts); Zucker, Tabak, Bananen, Rum, Früchte, Gewürze, Leichtindustriegegenstände;
Länder: USA (44%), EG, Venezuela, Mexiko, Kanada, CARICOM-Staaten (Karibik)
Hauptdevisenquelle: Tourismus

Die spanische Besiedlung Jamaikas ging nur sehr schleppend voran, denn man hatte auf der Insel kein Gold gefunden. Es war für die Spanier zu anstrengend, nur Landwirtschaft zu betreiben, bei ungenügenden Voraussetzungen, geringen Kenntnissen und einer feindseligen einheimischen Bevölkerung. Unter der Herrschaft des ersten Gouverneurs Juan de Esquivel (1509) setzte allmählich die Besiedlung ein. Er gründete die ersten Siedlungen, z.B. Sevilla Nueva bei St. Ann's Bay und St. Jago de la Vega (Spanish Town), das wegen seiner geschützten Lage, nicht weit entfernt vom Meer, zum Zentrum wurde. Es entwickelten sich auf der Südseite allmählich kleine Gehöfte und Zuckerrohrplantagen. Für die Eigenversorgung führten die Spanier Pflanzen ein, die sie dort anbauten: Bananen, Orangen, Kakao und Baumwolle. Jamaika

diente jedoch hauptsächlich als Bunkerstation: Die nach und von Mittelamerika segelnden Schiffe füllten hier ihre Vorräte auf, insbesondere versorgten sie sich mit Frischwasser. Die Bewohner erhielten dafür dringend benötigte Gebrauchsgüter, wie Haushaltswaren und Handwerkszeug.

Erdbeben, Hurrikans und Epidemien warfen die Siedler immer wieder zurück. Wegen des Mangels an Arbeitskräften blühte das Land nicht auf. Die Spanier versuchten die Tainos zur Arbeit auf den Feldern zu zwingen. Doch die ungewohnte Arbeit, die teilweise extrem brutale Behandlung und – vor allem – eingeschleppte Krankheiten aus Europa dezimierten die Zahl der Ureinwohner rasch. Als die Engländer die Insel 1655 eroberten, gab es keine überlebenden Tainos mehr auf Jamaika.

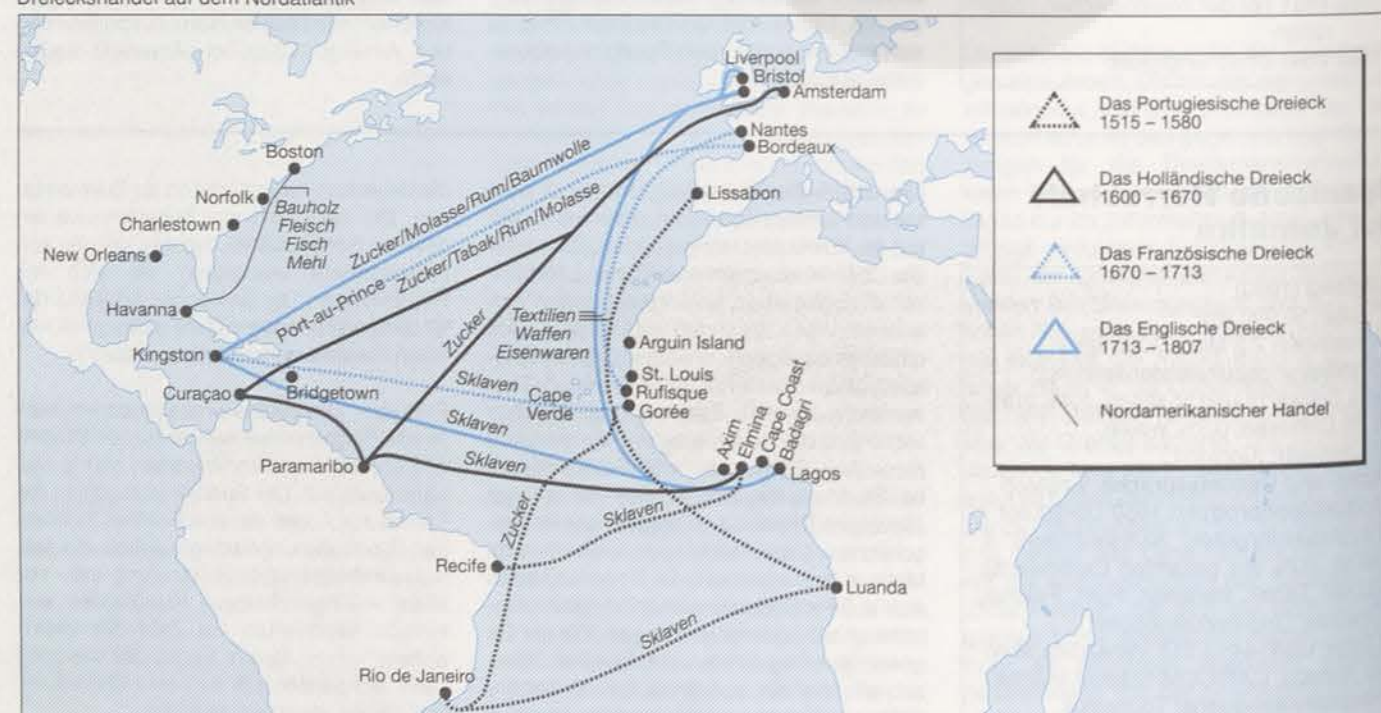


**Eroberung und  
Beherrschung Jamaikas  
durch Großbritannien**
**DAY'O**

„Hey, Mr. Tallyman, tally me Banana“, singt Harry Belafonte: Das scheinbar fröhliche Lied berichtet von der harten Arbeit der Bananenträger, die die Bananenstauden an Bord eines Bananenfrachters bringen. Der „Tallyman“, eine Art Zählmeister, registrierte die einzelnen Bananenstauden und regelte so die Entlohnung der Träger. Er zählte die einzelnen „hands“, die einzelnen Bananenbüschel einer jeden Stauden. Neun „hands“ entsprachen einem „bunch“, acht „hands“ einem „threequarters of a bunch“, sieben „hands“ einem „half“. Was darunter lag, wurde nicht gezählt. Der Tallyman gab dem Träger Münzen, die „token“, die den gezählten „hands“ entsprachen. Am Ende des Arbeitstages wurden die „token“ gegen Geld eingetauscht, zumeist einen mageren Tagelohn. Und so singt Harry Belafonte von den müden Arbeitern, die am Ende des harten Arbeitstages auf ihren Lohn warten:

„Day O! Day O!  
Daylight break me, wanna go home.  
Come Missa Tallyman, tally me banana,  
daylight break me, wanna go home.  
Have six hand, seven hand, eight hand,  
bunch. –  
Daylight break me, wanna go home.“

Dreieckshandel auf dem Nordatlantik



Holland, Frankreich und England protestierten, daß aufgrund des Vertrages von Tordesillas der karibische Raum fest in spanischer Hand war. Sie sahen nicht ein, daß ausschließlich Spanien (und Portugal) das Recht haben sollte, vom Reichtum der Neuen Welt zu profitieren. 1523 begannen die Piratenüberfälle auf spanische Schiffe und Siedlungen. Viele Freibeuter waren durch ausgestellte Kaperbriefe von ihren Regierungen autorisiert, handelten in staatlichem Auftrag. 1654 segelte eine englische Flotte unter Admiral William Penn nach dem seit 1627 britischen Barbados. Hier verstärkte Penn die Besatzung, um die Insel Hispaniola zu überfallen und für die britische Krone zu gewinnen. Aufgrund mangelhafter Vorbereitung wurden die Engländer von den Spaniern weitgehend aufgerieben. Diese Schmach wollte Penn nicht auf sich sitzen lassen; er entschied, statt dessen St. Jago einzunehmen. Am 10. Mai 1655 landete er bei Kingston. Die Einwohner meinten, es handelte sich wieder um einen Kurzbesuch plündernder Piraten, und daher waren sie – wie schon des öfteren zuvor – aus ihren ärmlichen Hütten geflohen und hatten sich in den Bergen versteckt. Die Spanier waren erstaunt, daß die Engländer die Insel für sich (die britische Krone) requirierten. Es entwickelte sich ein Guerillakrieg, in dem die Engländer auch gegen von den Spaniern freigelassene Sklaven zu kämpfen hatten. Nach fünf Jahren gaben sich die Spanier geschlagen.

England unterstützte die neu gewonnene Kolonie massiv. Zunächst rekrutierten die neuen Herren Siedler von benachbarten

karibischen Inseln, die bereits in britischer Hand waren. Die Siedler der neuen Kolonie erhielten die gleichen Rechte wie englische Staatsbürger.

**Britisches Jamaika:  
Zentrum des  
Sklavenhandels**

Systematisch legten die britischen Siedler Plantagen an. Für die schwere Arbeit setzten sie Sklaven ein, die von autorisierten Händlern unter unerträglichen Bedingungen von Westafrika herbeitransportiert wurden. Wegen der mörderischen Arbeitsbedingungen sorgten Händler und Plantagenbesitzer auf Jamaika nach folgendem Schlüssel beständig für Nachschub der „Ware“ Arbeitskraft: Für jeden bereits auf einer Plantage arbeitenden Sklaven wurden drei neue bestellt. – Fast ohne Ausnahme wurden die Sklaven auf den Zuckerrohrplantagen eingesetzt.

**Sklavenbefreiung und  
Unabhängigkeit Jamaikas**

Nach langem Ringen und zahlreichen Aufständen der Sklaven auf Jamaika und in anderen britischen Kolonien erließ London neue Gesetze, die die Freiheit für alle Sklaven am 1. August 1838 brachten. – Die staatliche Souveränität im Rahmen des Commonwealth erreichte Jamaika erst am 6. August 1962, als der Union Jack heruntergeholt und Jamaikas Flagge gehißt wurde.

**USA und die Karibik**
**Öffnung der USA  
zur Karibik**

Als die Vereinigten Staaten mit dem Ende des Unabhängigkeitskriegs (1783) eine eigenständige Nation wurden, waren Großbritannien, Frankreich und Spanien besorgt, die USA könnten in der Karibik Einfluß auf ihre Kolonien nehmen. England und Frankreich versuchten sofort, jeglichen Handel zwischen den USA und ihren karibischen Kolonien zu minimieren oder zu verhindern. Spanien hatte im Frieden von Paris (1763) den Mississippi als Westgrenze der „Thirteen Colonies“ anerkannt. Die USA benötigten den Mississippi als wichtigen Verkehrsweg für ihre Westexpansion. Doch Spanien schloß den Hafen von New Orleans für amerikanische Schiffe. Die gesamte Küste, das atlantische Florida (älteste Stadt der USA heute: St. Augustine, Florida, 1565 von Spanien als Festung gegründet) und die Golfküste östlich und westlich des Mississippi war spanisches Kolonialgebiet: Die USA waren hier „land locked“. Das sollte sich rasch ändern. 1795 gewährten die Spanier den USA das Recht, den Hafen von New Orleans anzulassen. 1803 kauften die USA Louisiana von Frankreich. 1821 trat Spanien Florida und den Küstenstreifen bis New Orleans an die USA ab. Die USA sind seitdem der mächtigste Anrainer im karibischen Raum.

**USA und Kuba  
(1801-1903)**

Nun begehrten die USA Macht und Kontrolle über Kuba, das den Zugang zum Golf von Mexiko kontrollierte. Von hier aus konnte man die Florida Strait, den Yucatan Channel und die Windward Passage beherrschen. Havanna, der Haupthafen auf Kuba, war die Drehscheibe der Macht Spaniens in der Karibik. Im „Manifest Destiny“ von 1801 stellten die Amerikaner fest, Kuba würde sich auf die USA nach der Lösung von Spanien ausrichten. In der „Monroe Doctrine“ von 1823 („Amerika den Amerikanern“) warnten die USA die Europäer und förderten Kubas Unabhängigkeitsstreben. Zwischen 1825 und 1859 versuchten die USA mehrfach, Kuba zu kaufen. Für die militärischen Interventionen der USA zwischen 1868 und 1898 nannte Washington folgende Gründe: Schutz von US-Investitionen auf Kuba, Sklavenwirtschaft der Spanier, politische Unterdrückung der Spanier, imperialistisches Streben anderer Nationen, Terroranschlag auf ein US-Schiff im Hafen von Havanna. 1898 besiegten die USA Spanien. Spanien war gezwungen, Kubas Unabhängigkeit anzuerkennen. Die USA gewinnen die Kontrolle über Kubas Wirtschaft.

**USA, Dominikanische  
Republik  
und Puerto Rico**

Die Dominikanische Republik bemühte sich 1844 und 1870 vergeblich darum, daß die USA sie als Schutzmacht annektiert. Immer wieder kam es zu Überfällen von Haiti aus. 1916 übernahm die USA die Schutzfunktion. – Puerto Rico wurde im Krieg 1895-98 erobert und eine US-Militärregierung übernahm die Macht. Ab 1900 übernahmen Zivilregierungen die Macht, Innen- und Außenpolitik wurden jedoch von den USA gesteuert.

**USA und  
der Panamakanal**

1850 hatten die USA bei ihrer Expansion westwärts Kalifornien erreicht, 1898 hatten die USA ein pazifisches und karibisches Kolonialimperium mit den Philippinen, Kuba und Puerto Rico errichtet. Die USA benötigten eine rasche Seeverbindung, einen Kanal durch Zentralamerika. Sie führten Verhandlungen mit Großbritannien und einer französischen Kanalbaugesellschaft, die Rechte für einen seit langem geplanten Kanal hatten, die sie abtraten. – Präsident Roosevelt zettelte eine Revolution in Panama an, als die kolumbianische Regierung das Ersuchen der USA nicht unterstützte. Die neue kolumbianische Regierung gewährte den USA die Kanalzone, in der zwischen 1904 und 1914 der Panamakanal gebaut wurde. Amerika übernahm Verwaltung und militärischen Schutz der Anlagen. – Ende 1989 intervenierten die USA militärisch in Panamastadt wegen unerwünschter politischer Verwicklungen, Mordes, Folterungen, Machtmißbrauchs und Drogenhandels des Präsidenten Noriega. Die Invasoren setzten ihn fest, brachten ihn nach Miami. Hier erhob im Januar 1991 die Regierung in Panama eine Zivilklage gegen ihn in Höhe von 6,5 Mrd US-Dollar.

**Jüngster Einfluß der USA**

Nach dem Schwinden der Macht Englands in der Karibik richteten sich die ehemaligen britischen Gebiete stark auf die USA aus, die Mitglieder der OAS (Organisation of American States) wurden: Barbados und Trinidad (1967); Jamaika (1968); Bahamas, Dominikanische Republik, Grenada, St. Kitts, St. Lucia und St. Vincent (1986). Millionen von US-Touristen kommen jedes Jahr auf viele Inseln in der Karibik zum Urlaub und bringen den „American Way of Life“ mit dorthin, nachdem das revolutionäre Kuba ihnen seit 1959 versperrt ist.

Stützpunkte der Amerikaner in der Karibik





## Resümee: 1492 – 1992 Kein Grund zum Feiern!

### 1992 in der Perspektive des indianischen Widerstands:

Das Datum „1992“ ist inzwischen von den eingeborenen Völkern ganz Amerikas als Herausforderung angenommen worden. Im Oktober 1989 wurde auf Initiative meh-

rerer nationaler Indigena-Organisationen die Kampagne „500 Jahre indianischer Widerstand“ gestartet. Die „500 Jahre“ sollen für einen über den ganzen Kontinent sich erstreckenden Einigungsprozeß und Befreiungskampf genutzt werden. In der nachfolgenden Erklärung des Treffens in Quito/Ecuador vom 27.8. bis 2.9.1990 wird mit Deutlichkeit und Kraft Position bezogen:

#### Wir führen Anklage gegen:

##### die wirtschaftliche Unterdrückung und Ausbeutung:

- den ständigen Landraub,
- die Gier nach Gold,
- die jahrhundertelange Unterdrückung des Indio,
- die Massaker,
- den Völkermord und den Kulturmord,
- den Holocaust der Indio-völker,
- die Sklaverei der Neger,
- die Zerstörung der Regenwälder im Amazonasbecken,
- die verantwortungslose und unkontrollierte Ausbeutung der natürlichen Ressourcen,
- die andauernde Kapitalflucht,
- die Korruption, die offene Wunde unserer Gesellschaft,
- die unbezahlbare Auslandsschuld und
- die Gewalt und Unmoral des Drogenhandels;

##### den kulturellen Ethnozid:

- die Zerstörung unserer Kultur und Organisation,
- unserer Indiosprache,
- Rassendiskriminierung,
- die Verneinung unserer Geschichte und Tradition;

##### die politische Repression:

- die Verbürokratisierung der Agrarreform,
- die Manipulation unserer Organisation,
- die Politik der Spaltung durch Regierung und Sekten,
- die Politik der Integration, der Intervention und des Imperialismus,
- die Verfolgung durch Organe der nationalen Sicherheit,
- die wachsende Gewalt durch Militärs, Großgrundbesitzer, Terroristen und Drogenhändler,
- eine Scheingesetzgebung und Manipulation der Gesetze durch Unterdrücker;

##### die religiöse Entfremdung:

- die unheilige Allianz von Kreuz und Schwert, Thron und Altar,
- die Verneinung der Ausrottung unserer Indio-Religion,
- die Auferlegung einer europäischen Kirchenstruktur,
- eine Indoktrination anstelle einer befreienden Evangelisation,
- die Spaltung unserer Gemeinschaften durch die Sekten,
- eine triumphalistische Feier der „500 Jahre“,
- die Verwechselung von kultureller Begegnung mit einer militärischen und kulturellen Invasion.

### Angesichts dieser Todes- zeichen verkünden wir Zeichen des Lebens.

#### Wir wollen einen Wandel in der Wirtschaft:

- unser eigenes Land in Gemeinschaftsbesitz,
- unser Indio-Territorium,
- das Gleichgewicht der Ökologie im Amazonasland,
- eine internationale Gesetzgebung, die das Amazonasbecken schützt als Welt-lunge und Patrimonium der ganzen Menschheit,
- eine wirkliche, authentische Agrarreform, die zu einer sozialen Besitzveränderung führt,
- die Nichtbezahlung der Auslandsschuld,
- die Beendigung der Gewalt und Unmoral des Drogenhandels,
- eine wirtschaftliche Unabhängigkeit nach den Modellen unserer eigenen Wirtschaftsordnung.

#### Wir wollen eine Änderung der Kulturvorstellung:

- unsere eigene Identität und Würde wiederherstellen,
- unsere eigene Kultur retten,

- Respekt vor unseren Sprachen und Traditionen unserer Weltanschauung,
- eine eigene Art und Weise unserer Organisationsbildung,
- unsere eigene Geschichtsschreibung, die das Gedächtnis unseres Volkes ist.

#### Wir wollen eine Veränderung in der Politik:

- eine volle Autonomie unserer Völker innerhalb der Staatsverfassung,
- ein Vaterland, in dem viele Kulturen und mehrere Völker Platz haben,
- die Respektierung der grundlegenden Völkerrechte für die Indios.

#### Wir wollen einen Wechsel in der Religionsausübung:

- Respekt vor unserer Indio-Religion,
- ein Evangelium, das Wurzeln schlägt in unserer Kultur,
- eine authentische Indio-Kirche mit einer eigenen Theologie, Liturgie und eigenen Ämtern,
- eine Kirche, die ihre Einheitskultur aufgibt und für verschiedene Kulturen und viele Völker Platz bietet,
- eine gelebte Option für den Armen und eine neue Option für den Anderen.

#### Wir wünschen eine Abkehr von jedem Triumphalismus der sogenannten „500 Jahre“:

- durch konkrete Aktionen der Wiedergutmachung, wie z. B.
- durch Erlaß der Auslandsschuld,
- Übergabe von angestammtem Land.
- Verzicht auf eine eurozentrische Sicht.

aus:  
„500 Jahre Lateinamerika  
Guatemala im Brennpunkt“

in der Reihe:  
MISEREOR Arbeitshefte,  
Aachen, 1992

#### Literatur:

- Beck, G.: Haiti – Dominikanische Republik, In: geographie heute, Heft 39, April 1986.  
Beck, R. (Hrsg.): Die Welt zur Zeit des Kolumbus. München, 1992.  
Blume, H.: USA. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt, 1978.  
Brucker, A. et. al.: Diercke Länderlexikon, Braunschweig, 1989.  
Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Lateinamerika. H. 226, Bonn, 1990.  
Ders.: Mittelamerika. Land und Wirtschaft. H. 125, Bonn, 1967.  
Deagan, K. A.: La Isabella, Foothill in the New World. In: National Geographic 1/1992.  
Dodge, S. C.: Christopher Columbus and the First Voyages to the New World. New York, 1990.  
Dyson, J. und Christopher, P.: Neue Reise auf alter Spur. Zeitmagazin, September 1991.  
Emanuel, R. P.: Christopher Columbus, Admiral of the Unknown Sea. Cornelsen Verlag, Berlin 1991.  
Faber, G.: Auf den Spuren von Christoph Kolumbus. München, 1991.  
Fischer-Fabian, S.: Um Gott und Gold. Bergisch Gladbach, 1991.  
Fründt/Muxfeldt: Jamaica. Elmshorn, 1992.  
Greenwood, R.: A Sketchmap History of the Caribbean. London, 1991.  
Hurwitch, R. A.: Colón e Isabel. Santo Domingo, 1988.  
Institut für Weltkunde/WBF (Hrsg.): Die Entdeckung Amerikas I und II. 16mm-Unterrichtsfilme mit Unterrichtsblatt und Arbeitsfolien, Hamburg, o. J..  
K+G, Karto+Graphik (Hrsg.): Hispaniola, Dominikanische Republik, Haiti. Frankfurt 1991.  
Krämer, W.: Großtaten der Entdeckung. Berlin, 1965.  
Le Nouvel Observateur: Christophe Colomb. Juli, 1991.  
L'Express: Colomb ou le rêve américain. 29 Novembre, 1991.  
Lyon, E.: Search for Columbus. National Geographic, 1/1992.  
McNeill, W.H.: How Columbus Reshaped the World. In: American Studies Newsletter, 26/1992.  
Misereor-Arbeitshefte: 1492-1992. 500 Jahre Lateinamerika. Guatemala im Brennpunkt. Aachen, 1992.  
Nebenzahl, K.: Der Kolumbus Atlas. Braunschweig, 1990.  
Newsweek, Oktober 21, 1991.  
Prisma Verlag (Hrsg.): Aufbruch ins Unbekannte. Gütersloh, 1977.  
Ders.: Die Neue Welt. Gütersloh, 1977.

Sammartino, P.: Columbus. Rom, 1988.  
Schreiber, H.: Die Neue Welt. Die Geschichte der Entdeckung Amerikas. Gernsbach, 1991.  
Time-Magazine: The Trouble with Columbus. October 7, 1991.  
Wassermann, J.: Christoph Columbus – Eine Biographie. München, 1992.

Themenhefte:  
Karibik (Geographische Rundschau 6/1985, Braunschweig).  
500 Jahre Neue Welt (Geographische Rundschau 6/1992, Braunschweig).  
Entdeckungs- und Forschungsreisen (Praxis Geographie 3/1989, Braunschweig).  
1491: America Before Columbus. National Geographic, 10/1991, Washington D. C.  
1492-1992: Lateinamerika und Europa (Praxis Geographie 1/1992, Braunschweig).

Aktuell – Das Lexikon der Gegenwart.  
Bibel.  
Brockhaus Enzyklopädie.  
Encyclopaedia Britannica.  
Fischer Weltalmanach.  
Munzinger Länderhefte: Jamaika, et. al.  
Statistisches Bundesamt, Länderbericht: Jamaika, et. al.

Verehrte Abonnenten,  
die allgemeinen Kostensteigerungen machen es erforderlich, die Preise ab 1. Januar 1993 anzupassen:

	Inland:	Ausland:
Jahresabonnement	DM 144,50	DM 147,50
Versandgebühren	DM 11,50	DM 17,70
Einzelheft	DM 15,90	DM 16,50
Sammelkassette	DM 29,50	DM 29,50



# Aktuelle CORNELSEN Landkarte

## Übersicht der lieferbaren Titel

1/90	Berlin – geteilte Stadt im Umbruch	1990
2/90	Antarktika – ökologisches Juwel in einer gefährdeten Welt	
3/90	Wirtschafts- und Kapitalverflechtungen der Welt – Wer hilft wem?	
4/90	Italien – eine Weltwirtschaftsmacht?	
5/90	Tourismus – Lust und Last für Land und Leute	
6/90	Die DDR vor der Auflösung – Von der Kommandowirtschaft zur Marktwirtschaft	
7/90	Kuba – Insel des Sozialismus, wie lange noch?	
8/90	Pulverfaß Naher Osten – Der Irak und die Golfkrise	
9/90	Der tropische Regenwald und seine Nutzung – Irrtum als Prinzip?	
10/90	Die Türkei im Spannungsfeld von Orient und Okzident	
1/91	Großbritannien in der EG – Partner mit Problemen	1991
2/91	Südostasien zwischen Isolation und Integration	
3/91	Die Alpen – Verkehrsinfarkt und Ski total	
4/91	Das Klima – Wandel durch Treibhaus-Effekt und Ozonloch?	
5/91	Frankreich – größter Agrarproduzent der EG	
6/91	Kurden: Kämpfe und Konflikte um Kurdistan	
7/91	Cash-crops: Kaffee und Kakao	
8/91	Verkehr in Mitteleuropa – stimmt die Richtung?	
9/91	Deutschland – ein Jahr danach	
10/91	Amazonien – Seine Geschichte und sein Schicksal	
1/92	Cash-crops: Tabak und Tee	1992
2/92	Boden – Grundlage des Lebens ohne Anwalt?	
3/92	„Viva España“ – Spanien im Aufschwung	
4/92	Cholera: Krankheit der Armen	
5/92	Das Mittelmeer – vielseitiger Wirtschafts- und Kulturraum	
6/92	Die GUS – eine instabile Gemeinschaft	
7/92	Christoph Kolumbus: Entdeckungen – Eroberungen – Entwicklungen in der Neuen Welt	

Herausgeber: Cornelsen  
Geographische Verlagsgesellschaft  
Mecklenburgische Straße 53, 1000 Berlin 33

Schriftleitung: Professor Dr. Dieter Böhn, Peter Fischer,  
Albrecht Pohle, Dr. Eberhard Schallhorn, Dr. Ulrich Theißen  
Verfasser des Themas „Christoph Kolumbus: Entdeckungen –  
Eroberungen – Entwicklungen in der Neuen Welt“:  
Peter Fischer, Oelixdorf; Uwe Jansen, Klein Nordende  
Kartographie: Volkmar Rinke, Hildesheim  
Reproduktion: ReproDukt, Hannover  
Druck der Wandkarte: BEROSSET, Berlin  
Herstellung: Oeding Druck und Verlag GmbH,  
Braunschweig

Die Aktuelle-CORNELSEN-Landkarte ist eine Landkarten-  
zeitschrift. Sie erscheint monatlich, ausgenommen Juli  
und August.  
Eine Ausgabe besteht aus Wandkarte (DIN A0),  
Handkarte (DIN A3) und Beiheft.  
Ein Jahresabonnement kostet DM 140,- zuzüglich Ver-  
sandgebühren. Frühere Ausgaben (soweit lieferbar) sind  
zum Einzelpreis von DM 15,50 zuzüglich Versandgebühren  
zu beziehen.

Alle Preise enthalten die gesetzliche Mehrwertsteuer.  
Das Abonnement wird im Voraus berechnet.  
Die Bezugsdauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn  
bis zum 1. Dezember keine Abbestellung vorliegt.

Zubehör: Sammelkassette, DM 28,- (zuzüglich  
Versandgebühren)

Die Aktuelle-CORNELSEN-Landkarte kann durch  
den Fachhandel oder die Vertriebsfirma bezogen  
werden.

© 1992 Cornelsen  
Geographische Verlagsgesellschaft, Berlin

Vertrieb und Abonnentenverwaltung:  
Oeding Druck und Verlag GmbH  
Postfach 33 11  
3300 Braunschweig

# Revista Diálogos TIERRA NUESTRA REVISTA LATINOAMERICANA 1992 AL SERVICIO DE LAS ORGANIZACIONES POPULARES



## 500 AÑOS DE RESISTENCIA INDÍGENA, NEGRA Y POPULAR campaña continental

4 ■ Cuarto trimestre de 1991



# Aktuelle CORNELSEN Landkarte

## Übersicht der lieferbaren Titel

- |       |                                                                                  |      |
|-------|----------------------------------------------------------------------------------|------|
| 1/90  | Berlin – geteilte Stadt im Umbruch                                               | 1990 |
| 2/90  | Antarktika – ökologisches Juwel in einer gefährdeten Welt                        |      |
| 3/90  | Wirtschafts- und Kapitalverflechtungen der Welt – Wer hilft wem?                 |      |
| 4/90  | Italien – eine Weltwirtschaftsmacht?                                             |      |
| 5/90  | Tourismus – Lust und Last für Land und Leute                                     |      |
| 6/90  | Die DDR vor der Auflösung – Von der Kommandowirtschaft zur Marktwirtschaft       |      |
| 7/90  | Kuba – Insel des Sozialismus, wie lange noch?                                    |      |
| 8/90  | Pulverfaß Naher Osten – Der Irak und die Golfkrise                               |      |
| 9/90  | Der tropische Regenwald und seine Nutzung – Irrtum als Prinzip?                  |      |
| 10/90 | Die Türkei im Spannungsfeld von Orient und Okzident                              |      |
| 1/91  | Großbritannien in der EG – Partner mit Problemen                                 | 1991 |
| 2/91  | Südostasien zwischen Isolation und Integration                                   |      |
| 3/91  | Die Alpen – Verkehrsinfarkt und Ski total                                        |      |
| 4/91  | Das Klima – Wandel durch Treibhaus-Effekt und Ozonloch?                          |      |
| 5/91  | Frankreich – größter Agrarproduzent der EG                                       |      |
| 6/91  | Kurden: Kämpfe und Konflikte um Kurdistan                                        |      |
| 7/91  | Cash-crops: Kaffee und Kakao                                                     |      |
| 8/91  | Verkehr in Mitteleuropa – stimmt die Richtung?                                   |      |
| 9/91  | Deutschland – ein Jahr danach                                                    |      |
| 10/91 | Amazonien – Seine Geschichte und sein Schicksal                                  |      |
| 1/92  | Cash-crops: Tabak und Tee                                                        | 1992 |
| 2/92  | Boden – Grundlage des Lebens ohne Anwalt?                                        |      |
| 3/92  | „Viva España“ – Spanien im Aufschwung                                            |      |
| 4/92  | Cholera: Krankheit der Armen                                                     |      |
| 5/92  | Das Mittelmeer – vielseitiger Wirtschafts- und Kulturraum                        |      |
| 6/92  | Die GUS – eine instabile Gemeinschaft                                            |      |
| 7/92  | Christoph Kolumbus: Entdeckungen – Eroberungen – Entwicklungen in der Neuen Welt |      |

Herausgeber: Cornelsen  
Geographische Verlagsgesellschaft  
Mecklenburgische Straße 53, 1000 Berlin 33

Schriftleitung: Professor Dr. Dieter Böhm, Peter Fischer,  
Abrecht Pöhl, Dr. Eberhard Schallhorn, Dr. Ulrich Theissen  
Verfasser des Themas „Christoph Kolumbus: Entdeckungen –  
Eroberungen – Entwicklungen in der Neuen Welt“:  
Peter Fischer, Oelxdorf; Uwe Jansen, Klein Nordende  
Kartographie: Volkmar Rinka, Hildesheim  
Reproduktion: ReproDukt, Hannover  
Druck der Wandkarte: BEROSET, Berlin  
Herstellung: Oeding Druck und Verlag GmbH,  
Bramsche

Die Aktuelle-CORNELSEN-Landkarte ist eine Landkarten-  
zeitschrift. Sie erscheint monatlich, ausgenommen Juli  
und August.  
Eine Ausgabe besteht aus Wandkarte (DIN A0),  
Handkarte (DIN A3) und Beihft.

Ein Jahresabonnement kostet DM 140,- zuzüglich Ver-  
sandgebühren. Frühere Ausgaben (soweit lieferbar) sind  
zum Einzelpreis von DM 15,50 zuzüglich Versandgebühren  
zu beziehen.

Alle Preise enthalten die gesetzliche Mehrwertsteuer.  
Das Abonnement wird im Voraus berechnet.  
Die Bezugsdauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn  
bis zum 1. Dezember keine Abbestellung erfolgt.

Zubehör: Sammelkassette, DM 28,- (zuzüglich  
Versandgebühren)

Die Aktuelle-CORNELSEN-Landkarte kann durch  
den Fachhandel oder die Vertriebsfirma bezogen  
werden.

© 1992 Cornelsen  
Geographische Verlagsgesellschaft, Berlin

Zentrale des Kundenverkehrs:  
Cornelsen Druck und Verlag GmbH  
Postfach 20 99  
1000 Berlin 33

# ESTA Diálogos Latinoamericanos TIERRA NUESTRA REVISTA LATINOAMERICANA 1992 AL SERVICIO DE LAS ORGANIZACIONES POPULARES



## 500 AÑOS DE RESISTENCIA INDÍGENA, NEGRA Y POPULAR campana continental

■ Número 4 ■ Cuarto trimestre de 1991

■ LA FUERZA FEMENINA EN LAS LUCHAS POPULARES: Perú, Chile ■ AL RESCATE DE LOS EQUILIBRIOS NATURALES:  
Brasil, Nicaragua ■ AMÉRICA LATINA: ENTRE GOLPES Y FRAUDES: Haití, México



■ **Presentación**, Leo Gabriel, 2

#### MOVIMIENTOS INDÍGENAS

- 4** ■ **Unidad de movimientos: indígena, negro y popular**, Gabriela Müller □ Diferencias y convergencias en el Segundo Encuentro Continental de Guatemala, 4 □ Declaración de Xela, 5 □ No todo es igual: entre lo indígena y lo popular / Entrevista con Rosalina Tuyuc, secretaria general de Conavigua, 8 □ ¿Cuándo llegará la hora de los pueblos? / Entrevista con Juan Mendoza, miembro del Comité de Unidad Campesina, 10

- 13** ■ **Vicisitudes de los indígenas en el Caribe** □ En Nicaragua los miskitos se preguntan: ¿cuál autonomía?, Ralf Leonhard, 13 □ La campaña por la identidad de la Costa Atlántica / Entrevista con Marlen Chow, coordinadora de la Campaña "500 Años de Resistencia" en Nicaragua, Leo Gabriel, 18 □ Asesinan a dirigente indígena hondureño / Temor de los terratenientes a la Coordinadora Nacional de Pueblos Autóctonos, Noé Leiva, 20 □ La identidad negra se integra a las organizaciones populares / Entrevista con Roy Guevara Arzú, presidente de la Ofraneh, Noé Leiva, 21 □ El baile garífuna conquista a los hondureños, 22 □ "En 500 años no han podido destruirnos" / Entrevista con Santiago Martínez, director del Consejo Asesor Hondureño para el Desarrollo de las Etnias Autóctonas (CAHDEA), Noé Leiva, 23 □ Comunicado conjunto de las etnias hondureñas, 25

- 28** ■ **Caminos indígenas: de la inhibición al desafío** □ La imposible neutralidad indígena en El Salvador, Consuelo Roque, 28 □ Anastasio Aquino: comandante general de las Armas Libertadoras de Santiago Nonualco, 29 □ Los miembros de ANIS en el Primer Encuentro Nacional de Indígenas y Campesinos Salvadoreños, 31 □ El testimonio de Adrián Esquino Lisco, 33 □ Un testimonio oficial de la masacre de 1932, 34 □ Los mapuches chilenos: errantes en su propia tierra, Nancy Astelli y Eduardo Henríquez, 35 □ Las falsas promesas estimulan nuevas luchas en Ecuador, Jackeline Villagómez, 38 □ La venganza

del sistema / Entrevista con Gonzalo Guzmán, secretario de Organización de Ecuarrunari, Jackeline Villagómez, 40 □ Nuevas redes de comunicación indígena / Entrevista con Mario Farez, secretario de Prensa y Propaganda de la Conaie, Jackeline Villagómez, 41

#### MOVIMIENTOS POPULARES

- **La fuerza femenina en las luchas populares** □ "La revolución en el Perú será distinta" / Entrevista con María Elena Moyano, María Florez-Estrada, 43 □ La faena comunal en el campo y la ciudad, María Florez-Estrada, 46 □ El movimiento feminista chileno en la última década, Nancy Astelli y Eduardo Henríquez, 48 □ Radio Tierra, primera difusora feminista en Chile, Nancy Astelli y Eduardo Henríquez, 51 □ Historia del género en Centroamérica: una nueva mujer, Siegrid Wistrich, 52

- **Al rescate de los equilibrios naturales**, Ralf Leonhard □ Triunfo de los huleiros en la Amazonia brasileña / Los herederos de Chico Mendes, 54 □ El seringueiro: una especie en vías de extinción / Entrevista con Julio Barbosa, 58 □ La medicina popular: una alternativa de sobrevivencia en Nicaragua, Galo Muñoz Arce, 60 □ El Centro Nacional de Medicina Popular y Tradicional: una experiencia revolucionaria, 62 □ Al rescate de nuestras raíces, 62

- **América Latina: entre golpes y fraudes** □ Haití: el ocaso de una esperanza, Ralf Leonhard, 63 □ Grietas del sistema político mexicano, Lilia Rubio □ Introducción, 67 □ Tabasco: el edén subvertido, 69 □ El cambio en Tabasco / Entrevista con Andrés Manuel López Obrador, dirigente del PRD en Tabasco, 70 □ A los indios chontales ya no los engaña el PRI / El poblado de Oxiacaque, ejemplo de rechazo, 71 □ Testigo de varios fraudes / Entrevista con la profesora Minerva Pérez, 72

- **La Iglesia ante el Quinto Centenario**, José Ernesto Bravo, III de forros

REVISTA LATINOAMERICANA AL SERVICIO DE LAS ORGANIZACIONES POPULARES

**Coordinadores:** Leo Gabriel e Itzia Scareño

**Editor:** Lizandro Chávez Alfaro

**Colaboradores:** Lilia Rubio (México), Ralf Leonhard (Nicaragua), Jackeline Villagómez (Ecuador), María Florez-Estrada (Perú), Noé Leiva (Honduras), Gabriela Müller (Guatemala), Consuelo Roque (El Salvador)

**Agencia Periodística de Información Alternativa (APIA), A.C.** □ México

Citlaltépetl, 12-1; colonia Condesa; delegación Cuauhtémoc; 06140 México, D.F.; teléfono 574 70 81

**Otras plazas de distribución y correspondencia** ■ **Centroamérica y Colombia** □ De Cotrasa, 2 cuerdas al lago, 10 varas arriba, Calle de Los Madroños; Managua, Nicaragua; teléfono y fax 7 04 19; télex 2382 CILLA ■ **América del Sur** □ Apartado postal 676; Lima, Perú; teléfono 45 11 21

□ **Cuidado de la edición:** Miguel Ángel Guzmán y María del Carmen Merodio □ **Diseño y diagramación:** Fernando Rodríguez □ **Producción editorial:** Equipo Editor, S.C.; Amsterdam, 33-B; primer piso; colonia Hipódromo; 06100 México, D.F.; teléfono 211 86 86

■ **Tierra Nuestra** es miembro de la Red Nacional de Publicaciones Independientes, A.C. ■ Registro en trámite ■ Edición de 5 mil ejemplares

# **ESTA TIERRA NUESTRA**

Diálogos Latinoamericanos  
REVISTA LATINOAMERICANA 1992 AL SERVICIO DE LAS ORGANIZACIONES POPULARES



**500 AÑOS DE RESISTENCIA INDÍGENA, NEGRA Y POPULAR**  
campaña continental

Portada: Emblema del Segundo Encuentro Continental "500 Años de Resistencia Indígena, Negra y Popular"

Portada del número anterior: Detalle del mural de José Manuel Sing, del grupo Café con Leche, integrante del Movimiento Reflexión y Acción sobre el Quinto Centenario, Santo Domingo, República Dominicana



## Presentación

**H**ay una palabra clave que retumbó en la inmensa aula en la que se constituyó el campo de la feria al concluir el Segundo Encuentro Continental "500 Años de Resistencia Indígena y Popular", en la antigua ciudad de Xela, Guatemala: *unidad-unidad-unidad*. De hecho, esta palabra se está convirtiendo en el símbolo de la Campaña Continental. Tan antigua como las culturas de este continente, señala la confluencia de los movimientos de diferente índole que han crecido a un ritmo vertiginoso en estos últimos años: movimientos indígenas, negros, sociales, ecologistas, feministas, cristianos, de reforma agraria, de lucha por la autonomía y muchísimos más.

Sin embargo, la unidad no es cosa fácil, si se trata de homogeneizar lo complejo de seres humanos de diferentes orígenes, culturas y visiones del futuro. Mantener las diferencias en la búsqueda de una identidad propia, sin que las distintas visiones se vuelvan divisiones, no puede ser un mero punto en la agenda durante una discusión de una semana. Es una tarea histórica, ya que no se trata de diluir las diferencias en una uniformidad formal, sino de buscar aquellos denominadores comunes que han sido ocultados, tergiversados y enajenados por 500 años de historia colonial.

En esta perspectiva, el Encuentro de Xela ha sido un gran éxito: justamente porque afloraron los roces que existen y tienen que existir entre movimientos indígenas y populares, por ejemplo. Sólo quienes pensaron (aunque fuera por un momento) en romper el diálogo e interrumpir la comunicación hacia el mundo de afuera casi cayeron en la trampa tendida por los superpoderes del norte, que quieren ver en el llamado *indigenismo* un pequeño huerto fácil de manejar.

También para *Tierra Nuestra*, cuyo objetivo no es controlar ni adelantarse precozmente a los acontecimientos históricos, sino ser un espejo fiel de los movimientos indígenas, negros y populares, el Segundo Encuentro Continental de Xela ha sido de gran enseñanza. Quizás ahí, como nunca antes, hemos aprendido que existe una unidad a pesar de las diferencias, que podría convertir en un futuro cercano a este continente en una Casa Grande para todos, mucho más grande incluso que la llamada Patria Grande de los españoles.

Esta idea central de la *unidad* nos sirvió, asimismo, como guía para estructurar el presente número de *Tierra Nuestra*:

□ Partiendo del Segundo Encuentro Continental, hicimos nuevamente un análisis puntual (como en el número 1 de *Tierra Nuestra*) de Iberoamérica, dando cabida, no solamente a los grandes movimientos como el ecuatoriano, sino también a los esfuerzos de los indígenas de El Salvador, de Chile y de Nicaragua, los cuales han vivido por muchos años al margen de la historia.

□ Por otra parte, nos pareció importante destacar que, por la naturaleza misma de la lucha por la sobrevivencia, son precisamente las mujeres quienes juegan un papel destacado en los procesos políticos actuales; no como *vanguardia*, en el sentido clásico del término, sino como fermentos esenciales para la gestación de una nueva sociedad.

□ Es en este mismo sentido que también la tierra genera sus movimientos: los casos de los huleños en la Amazonia brasileña y de los movimientos de medicina natural son dos facetas de la misma medalla que hoy en día no es de oro; es del color verde de la vegetación tropical.

□ Y para concluir, damos seguimiento, con Haití y México, al análisis de las peripecias del sistema político actual, para demostrar que éste no ha perdido nada de su naturaleza violenta y engañosa cuando trata de aplastar a los movimientos populares.

Esperamos que este cuarto número de *Tierra Nuestra*, al igual que el anterior (que tuvimos la oportunidad de presentar hace poco en Honduras), sirva como instrumento de reflexión en vísperas de 1992, año para el cual deseamos a todos nuestros lectores y a las organizaciones que tanto nos han apoyado en la distribución de esta revista mucha fuerza y éxito en la realización de las acciones planteadas.

Reiteramos en esta oportunidad nuestra disposición de servir al movimiento indígena, negro y popular como tribuna para la comunicación de lo que más estimen conveniente, ya que en el Segundo Encuentro de Xela el Comité Continental decidió, mediante su Secretaría Operativa, convertir a *Tierra Nuestra* en órgano de difusión de la Campaña "500 Años de Resistencia Indígena, Negra y Popular".

Leo Gabriel

Guatemala, 26 de octubre de 1991

Compañero Leo Gabriel  
APIA / Nicaragua

Estimado compañero:

**L**e enviamos un saludo fraternal y nuestros mejores deseos porque las actividades que realiza se desarrollen con éxito.

Para nosotros es de mucho agrado que se publique en su prestigiada revista *Tierra Nuestra* los reportajes y conclusiones del Segundo Encuentro Continental.


También estamos totalmente de acuerdo que ustedes sean el órgano periodístico de difusión de la Campaña "500 años de Resistencia Indígena, Negra y Popular".

Agradeciendo la atención y servicios prestados para la mejor difusión de la Campaña, nos despedimos. Fraternalmente,

Por la Secretaría Operativa

Juana Vázquez



TIERRA  NUESTRA

## Unidad de movimientos: indígena, negro y popular

Gabriela Müller

### Diferencias y convergencias en el Segundo Encuentro Continental de Guatemala

**V**iajamos detrás de la caravana del Quinto Centenario. Almorzamos en el restaurante Chixoy, camino a Quetzaltenango. Indígenas con mecapal en la frente cargan leña y no sabemos qué más. De pronto, cientos de volantes se riegan sobre la carretera interamericana: II Encuentro Continental "500 Años de Resistencia Indígena y Popular", dice



en los volantes. "Democracia, derechos humanos e indígenas, tierra y vida, neocolonialismo, autodeterminación, mujer, unidad indígena y popular. Estos son los temas que discutimos. Participe."

"¡Putá!", dice un periodista nacional, "esto es un hecho histórico en Guatemala". La gente de mecapal se detiene, se agacha y lee. "Pero, ¿sabrán entender la palabra *resistencia*?", se pregunta el periodista. A unos 200 kilómetros al occidente de la capital, la ciudad de Los Altos, Quetzaltenango, se reviste de resistencia. Los ladinos, que viven en barrios distintos a los de la *india*, no quieren saber demasiado del Encuentro. "Es cosa de unos *inditos* con algunos extranjeros", comenta una señora; "ojalá que no vengan hasta aquí". Cierta temor se percibe en el aire. En la plaza central de Quetzaltenango toca una marimba. Sólo el taxista se alegra: el campo de la feria, lugar donde se realiza el Segundo Encuentro, está fuera de la ciudad de Xelajú, nombre que le dieron los quichés cuando tomaron el mando de la región, después de desalojar a sus antiguos moradores, los mam.

La independencia de España, que por decreto del presidente liberal se celebra cada septiembre, fue cancelada este año... El cólera. Las aisladas naves de la feria, donde este año no hubo venta de *chuchitos*, dulces, ni nada, parecen reflejar el secreto deseo de algunos ladinos: "que el cólera detenga esta invasión indígena".

La Campaña Continental "500 Años de Resistencia Indígena y Popular" tiene apenas dos años. Desde las primeras reuniones en Colombia, en 1989, y un año más tarde en Brasil y Ecuador, se fijó la sede de la secretaría operativa en Guatemala, uno de los países latinoamericanos con mayor porcentaje de población indígena. El Primer Encuentro Nacional en Guatemala fue convocado en abril de este año. Después de la negra década de los ochenta, aquí el movimiento popular está apenas en recomposición.

El gobierno ve con buenos ojos el Encuentro, dicen. El vicepresidente Gustavo Espinas dejó el palacio nacional para recibir a la esposa del mandatario francés, Danielle Mitterrand. Ella vino a apoyar el Segundo Encuentro. "La memoria colectiva es lo que une a nuestros pueblos", recordó. Junto con la primera dama, toda dieta francesa, vino también la sonrisa ancha como tortilla de Rigoberta Menchú, jefa de la delegación de la Unidad Opositora de Guatemala (RUOG) y a su vez cofundadora del Comité de Unidad Campesina (CUC). Del Encuentro

500 AÑOS DE RESISTENCIA  
INDÍGENA Y POPULAR

## Declaración de Xelajú, Guatemala, octubre de 1991

**N**osotros, indígenas, negros y sectores populares de América, reunidos en el Segundo Encuentro Continental de Resistencia Indígena, Negra y Popular, realizado del 7 al 12 de octubre de 1991 en Xelajú, Guatemala, crisol de la resistencia y la cultura mayas, con la fraternidad y el respeto heredado de nuestros ancestros, y en cumplimiento de nuestro firme compromiso adquirido con el lanzamiento de esta campaña hace dos años en Bogotá, Colombia, hemos avanzado en nuestra reflexión sobre:

1. Lo realizado por la invasión europea y euronorteamericana a nuestro continente durante estos 499 años de colonialismo, neocolonialismo y evangelización.
2. El significado, uso y valor que para nosotros, indígenas, negros y sectores populares, tiene la tierra, ligados a la vida y a la defensa del entorno ecológico y de nuestros recursos naturales.
3. El papel de la mujer como generadora de vida y buscadora incansable de libertad.
4. La necesidad de un espacio protagónico para nuestros jóvenes, enraizado en el rescate de la cultura y la construcción de una identidad propia.
5. Avanzamos también en la reflexión y reafirmación de nuestra lucha por una democracia real en todo el continente, basada en la diversidad de lo multiétnico y pluricultural, para conducirnos en la creación de estados que tengan ese mismo carácter dentro de la nueva patria americana por construir.
6. La reflexión por la defensa de los derechos humanos y de los derechos de los pueblos indios y negros en particular.
7. Avanzamos también en la reafirmación de nuestra condena al colonialismo y el neocolonialismo, rechazando toda celebración o conmemoración que pretenda reconocerlos o justificarlos; asimismo, reivindicamos la lucha por nuestra emancipación y autodeterminación.
8. Profundizamos también nuestra reflexión sobre la unidad indígena, negra y popular, definiendo lineamientos generales para nuestra acción política a corto y mediano plazos, y de manera particular para el año de 1992.

Con base en las anteriores reflexiones:



saldará propuesta para el Premio Nobel de la Paz. El céntrico hotel Ritz refleja en sus pulidas paredes rostros raramente vistos por aquí: indígenas apaches, nahuas, tupis, aymarás, escachiwás, chibchas y quechuas. Los ascensores se calientan de tanto subir al onceavo nivel, donde se inaugura el Encuentro.

Semanas antes, las sombras del Encuentro habían invadido la prensa guatemalteca. Por lo general, los indígenas ocupan las páginas de los suplementos donde se mide la pobreza. A veces también publican los gritos de una que otra organización pro derechos humanos, como el Comité Nacional de Desplazados, el Comité Étnico Rujunel Junam o el Grupo de Apoyo Mutuo (GAM). Denuncian amenazas de muerte y muertes consumadas. "Gritan tanto que joden", le oí decir a un ladino. Los liberales del siglo pasado vieron en los indígenas el mayor obstáculo para el progreso.

Los más de 270 delegados de 27 países de América Latina traen en sus carpetas muchos papeles para la discusión. Si se midieran, traen más papeles que los grupos armados en el diálogo por la paz. ¿Cuáles alternativas oponer a las conmemoraciones oficiales? ¿Por qué rechazar las celebraciones oficiales? La Sociedad Estatal, S.A., de España, fundada para manejar el dinero del Quinto Centenario, depositó unos 500 millones de dólares en el Banco Interamericano de Desarrollo (BID), destinados a programas de educación, investigación científica y preservación del patrimonio cultural. Pareciera que ante la celebración, el mundo entero se vuelve indigenista. "Indigenistas son los que hablan sobre nosotros", dice el padre García.

La colección "Biblioteca V Centenario", publicada en España, ofrece ya 500 títulos sobre el tema. Los comités nacionales del Movimiento Continental "500 Años de Resistencia Indígena y Popular" parecen tener otras prioridades.

Muchas veces, la búsqueda de la identidad plantea otros problemas, particularmente a los jóvenes indígenas. "Si tienen acceso a una escuela", dicen, "aparecer por ahí en atuendo típico ya dificulta su integración al mundo ladino". Peor aún si usan su lengua materna.

Estheiman Amaya, del periódico bilingüe *El Regional*, publicado en español y jocalteco, describe tres tendencias surgidas en el Encuentro: la línea dura socialista, que sigue agitando las consignas de antaño; la indigenista, que propone un nuevo racismo contra los blancos; y por ende, y por suerte, la tendencia más amplia,

## Acordamos

1. Reafirmar y ratificar los acuerdos de Bogotá, donde se inicia nuestra campaña.
2. Reafirmar el carácter amplio y democrático de la Campaña, y sus puntos de encuentro, como espacios de reflexión y participación que buscan generar y fortalecer procesos unitarios de los pueblos indios, negros y los sectores populares del continente. En ese sentido, creemos válido que los diversos sectores sociales del campo popular tengan su propia dinámica dentro de la Campaña Continental. Es en ese orden de ideas que validamos y ratificamos el Encuentro de Pueblos Indios llevado a cabo del 17 al 21 de julio de 1990 en Quito, Ecuador, dinámica esta que debemos seguir impulsando; saludamos desde ya las iniciativas en tal sentido de los demás sectores sociales que participan en la Campaña.
3. Declarar el año de 1992 como "Año Internacional de Resistencia Indígena, Negra y Popular".

## Nos proponemos

1. Convertir en práctica nuestra oposición a la celebración del Quinto Centenario, presentando con nuestra acción propuestas de alternativa, de acuerdo a los intereses de nuestros pueblos.
2. Concretar la solidaridad de los sectores populares con la lucha de los pueblos indios y negros.
3. Desarrollar el próximo año de 1992, entre otras, las siguientes actividades, con movilizaciones nacionales coordinadas a nivel continental:

- ☐ 8 de marzo, con motivo del Día Internacional de la Mujer.
- ☐ 10 de mayo, en el marco del Día Internacional de los Trabajadores.
- ☐ 7 al 12 de octubre, realizar el Tercer Encuentro Continental de la Campaña "500 Años de Resistencia Indígena, Negra y Popular", en Nicaragua. Simultáneamente, realizar un paro continental.

4. Encauzar una ardua lucha por la libertad de los presos políticos del continente, en particular por Leonard Pelthier, que tiene dos cadenas perpetuas en los Estados Unidos de Norteamérica.

5. Proponer a Rigoberta Menchú, de Guatemala, para el Premio Nobel de la Paz, por su ardua lucha por la defensa de los derechos indios y humanos en general de su país y del continente.

6. A partir de este Segundo Encuentro, denominar la Campaña Continental: "500 Años de Resistencia Indígena, Negra y Popular".

Xelañú, Guatemala, 11 de octubre de 1991

que a pesar de todas las diferencias busca la unidad.

En el transcurso del Segundo Encuentro, una delegación canadiense abandonó la sala para evaluar su participación. "Es que nosotros somos gente de menos hablar", decía uno de ellos. "A veces los populares son más agresivos en su forma de actuar". Rechazando los rumores de separatismo que pronto se difundieron, la comisión *ad hoc* sugirió que en los futuros encuentros haya una participación más equitativa entre los indigenistas y los populares.

Los indígenas de la campaña popular para el '92 piensan que, más que actividades internacionales, habría que impulsar trabajos de base. "Son los que garantizan los reales movimientos sociales."

A pesar del medio millar de títulos publicados en la "Biblioteca V Centenario" y del auge del tema indio en la prensa internacional, no se ha tomado en cuenta al indígena mismo. "La identidad", decía Rigoberta Menchú, "es la conciencia que tenemos como grupos sociales

de poseer características diferentes a las de otros grupos." Se espera que las diferencias sirvan de enriquecimiento. Así, el Tercer Encuentro, que se debe realizar en Nicaragua el próximo año, se centrará en la resistencia indígena, negra y popular.

Punto de convergencia para la acción puede ser la tenencia de la tierra, que no debe tratarse como mercancía. Los campesinos y sectores populares ven en la conceptualización indígena la fundamentación de su lucha actual. Con políticas propias de autofinanciamiento y de autoabastecimiento esperan alcanzar el deseado desarrollo integral. Así como la palabra *indígena* fue sustituida por la denominación *pueblos originarios*, en materia de tierra la Campaña "500 Años de Resistencia" amplía el término *reforma agraria*.

El derecho de territorialidad de los pueblos originarios, en cambio, garantizaría la devolución de la tierra a quienes originalmente pertenecía. En este contexto, esperan que 1992 sea un año de recuperación masiva de tierras. ■

Página 4: Treinta mil indígenas de Guatemala y representantes de otros 26 países de América participaron en la gran marcha que clausuró el Segundo Encuentro Continental, en Quetzaltenango (fotografías de Leo Gabriel)

Ceremonia maya oficiada por sacerdotes indígenas en las montañas de Guatemala. Con este culto convocan las energías que los han defendido de la agresión durante 500 años





## No todo es igual: entre lo indígena y lo popular

Entrevista con Rosalina Tuyuc, secretaria general de Conavigua

**L**a Coordinadora Nacional de Viudas de Guatemala (Conavigua) se constituyó en septiembre de 1988, con la participación de viudas de los caseríos y municipios de diferentes departamentos del país. Otras mujeres no viudas encuentran un espacio de participación en la Coordinadora, que hoy es miembro de la Unidad de Acción Sindical y Popular (UASP), que a su vez forma parte del Movimiento Nacional "500 Años de Resistencia Indígena, Negra y Popular". *Tierra Nuestra* habló con Rosalina Tuyuc, secretaria general de Conavigua.

*¿Cómo evalúa usted el Segundo Encuentro Continental?*

□ Por primera vez en la historia, discutimos el tema indígena y popular, así como otros de gran importancia para los pueblos de América Latina. Inclusive Haití, a pesar de sus dificultades, estuvo presente. Pese a la diversidad de criterios, coincidimos en algunos puntos.

*¿Cuáles fueron las coincidencias?*

□ Declarar 1992 "Año de la Resistencia Indígena, Negra y Popular". Para Guatemala significa profundizar más en eso.

*¿En qué consiste lo indígena y en qué lo popular?*

□ Se necesita más reflexión para definir en qué consiste lo indígena y en qué lo popular. En conjunto, representa la situación de los derechos humanos, la militarización, los salarios. Lo indígena va más allá de esto; tiene valores paralelos. El respeto a la identidad, que por la guerra ha desaparecido. La identidad se expresa en el trabajo comunitario, en la solidaridad y en la hermandad; también se expresa en cómo vemos a Dios, al sol y al ser humano. Son concep-

ciones distintas. Nuestra cosmovisión no es algo que pertenece al pasado, sino que vive en nosotros y debe respetarse como tal. El conocimiento de eso sobrevive en las madres, en los sacerdotes mayas que sostienen nuestras raíces, expresadas también en nuestros atuendos y en nuestras lenguas.

*¿Significa esto la necesidad de que lo indígena vaya paralelo a lo popular, en vez de encontrarse en una plataforma común?*

□ Esta campaña no sólo es de los indígenas, ni sólo de las organizaciones populares. Hay puntos que sólo debemos tratar los indígenas. Hay muchas fuerzas que nos quieren separar. Hablemos de quienes tienen el poder político, económico y social. Por eso debemos trabajar juntos, para que cada sector pueda seguir su camino. Hay muchos que piensan que cuando uno es popular ya no es indígena. Por eso es importante la unidad. Nuestro pueblo se muere de hambre y de opresión, dirigida tanto en contra de los ladinos pobres como de los indígenas.

*En el Encuentro participaron grupos indígenas, así como organizaciones obreras; de Brasil, por ejemplo. Un representante de Perú mencionaba expresamente la palabra socialismo como obje-*

EL REGIONAL



Rosalina Tuyuc, secretaria general del Comité Nacional de Viudas Guatemaltecas (Conavigua)

*to de la lucha indígena. ¿Es esto una meta compartida por todos o un elemento de discusión?*

□ La intención básica es integrar a todos los grupos, pues sufrimos las consecuencias de los 500 años por igual: la deuda externa, la destrucción de la naturaleza, la violencia y la miseria. Por eso nuestra propuesta política reclama una participación amplia de todos los sectores indígenas y populares en búsqueda de la justicia social. Todos los delegados estamos muy seguros de lo que queremos: soluciones para que termine el hambre, la miseria, el analfabetismo; que terminen los muertos por enfermedad. Es decir, lo que buscamos no es construir un país socialista, sino cómo enfrentar la miseria que vive América Latina. Aquí no nos afectan los cambios en Europa, porque estamos seguros de lo que queremos para nuestro futuro.

*Hubo organizaciones que no acudieron porque no compartían la amplitud de su criterio?*

□ Los grupos que anhelan la unidad se van acercando poco a poco. En la Campaña participan 17 países de América Latina. La mayor parte ya tiene integrados sus comités nacionales. Al organizar el Encuentro, pensamos que cada país tuviera una representación designada por los respectivos comités nacionales. Hay países, como Venezuela, que tienen casi 30 organizaciones, y no pueden venir todas. En Panamá, por ejemplo, ha tenido mayor peso la población indígena, así que la delegación era totalmente indígena. En otros países se ha hecho el trabajo más con las organizaciones populares. En el caso de Nicaragua, había cuatro delegados de las etnias y otros tantos de las organizaciones populares, tales como la Asociación de Trabajadores del Campo y el Frente Nacional de Trabajadores.

*También participaron representantes de la Iglesia Católica en el Encuentro. ¿Cuál es el punto de vista sobre la presencia de la Iglesia Católica y qué esperan de ella en el futuro?*

□ Queremos que retome la responsabilidad de lo que hicieron hace 500 años. Queremos que la Iglesia Católica reconozca el valor espiritual que aún tenemos en nuestros pueblos. Lo que necesitamos es unidad, no pelea. Queremos que reconozca la diversidad de creencias espirituales que heredamos de los mayas, los incas, los aymaras, los mapuches, los aztecas.

*¿Cuál ha sido la ayuda o la participación del gobierno de Guatemala en el Encuentro?*

□ El Segundo Encuentro lo logramos a través de la lucha de las diversas organizaciones que conformamos el Movimiento Nacional "500 Años". Se logró la entrada de todos los delegados a través de la Universidad de San Carlos. El apoyo económico provino de algunos organismos no gubernamentales de Alemania, Bélgica, España y, en gran parte, de nosotros mismos.

*¿Por qué se realizó la reunión en Guatemala?*

□ Esto fue acordado en el Primer Encuentro Continental. La razón es que en Guatemala hay un alto porcentaje de indígenas y existe una gran esperanza en este país.

*¿Qué opina del tema indígena que se tratará en las negociaciones guerrilla-gobierno?*

□ En los 11 puntos que se tratarán en el diálogo del gobierno con el ejército y la guerrilla están todos los temas de importancia. En tanto no se tome en cuenta la palabra de todos los que hemos sido protagonistas del sufrimiento, no puede haber negociación de paz. Las comunidades indígenas estamos trabajando para enviar nuestras propuestas. Dependerá de la voluntad de ellos si las quieren acoger.

*¿Cuál es la alternativa a la celebración de los 500 años?*

□ En primer lugar, aclarar a los sectores indígenas, negros y populares cuál es el significado histórico del descubrimiento de América. Queremos aclarar que no hubo descubrimiento, y que 1492 marca sólo el inicio del colonialismo, con todas sus consecuencias todavía vigentes. No pretendemos hacer algo paralelo a la celebración que hará España con los gobiernos de nuestros países. Lo que nos interesa es demandar una alternativa en el sentido de una revisión política. Hoy vemos que la situación política está cada vez más debilitada. Los estados pierden sustento, no hay representatividad. Las organizaciones populares e indígenas están cada vez más aisladas. Por eso nuestro objetivo es que el '92 marque el inicio de un nuevo proceso. ■



## ¿Cuándo llegará la hora de los pueblos?

Entrevista con Juan Mendoza, miembro del Comité de Unidad Campesina

“¿En qué se parece el terremoto a un western?” era un chiste que corría en Guatemala. Ésta era la respuesta después del desastre natural de 1976: “en que sólo los indios se mueren”. La misteriosa fuga de la ayuda internacional que entró por los canales secretos del gobierno sirvió para unir a las 23 diferentes etnias guatemaltecas que optaron por ayudarse entre sí. Luego, en abril de 1978, se produjo la marcha prosalarial de los mineros de Ixtahuacán (departamento occidental de Huehuetenango) hacia la capital. La caminata, de más de 400 kilómetros, sirvió para impulsar a grupos indígenas de Santa Cruz, Chimaltenango y de la costa sur a que también buscaran una relación más estrecha entre ellos. Fue así como en su primer congreso, realizado en abril de 1978, surgió el Comité de Unidad

El Comité de Unidad Campesina, que parecía debilitado después de sufrir muchos años de represión, sorprendió con el gran contingente que movilizó en la marcha de clausura del Segundo Encuentro Continental

Campesina (CUC). Pronto, el CUC formó parte del Comité Nacional de Unidad Sindical, que se convirtió en una pieza clave del movimiento popular guatemalteco. Su consigna inicial del 10 de mayo de 1978 (“Tierra, salario justo y no más agarradas para el cuartel”) hasta hoy no ha variado en su esencia. Dicen que la situación tampoco.

El CUC sigue concentrando sus fuerzas en la abolición de las Patrullas de Autodefensa Civil y las aldeas modelo, así como en el aumento de salarios en las fincas.

En los años ochenta, cuando las fuerzas armadas se desplegaron por todo el altiplano, el CUC adoptó métodos de autodefensa: sabotajes, barricadas y bombas con panfletos.

Ha habido un aumento de los grupos llamados *indigenistas* y *eticistas*, una de cuyas características es no querer relación alguna con los ladinos.

En cuanto a la relación entre indígenas y estudiantes, pobladores y cristianos, y movimientos populares en general, tampoco han faltado las controversias, tal como se manifestaron en el Segundo Encuentro Continental, realizado en Xelajú (Quetzaltenango, en ladino). La breve retirada de los representantes de Canadá se interpretó como culminación de su protesta frente a la hegemonización del Encuentro por

parte de los *agresivos* representantes populares. En Canadá, el movimiento popular es algo que no existe como tal. “Para mí es difícil imaginar el trabajo conjunto de los indígenas y los movimientos populares de América Latina”, nos decía Fred Jacobs, de la etnia canadiense oji-cree. Sobre éste y otros asuntos, *Tierra Nuestra* habló con Juan Mendoza, miembro del CUC, indígena tzutuhil, miembro de la mesa directiva del Segundo Encuentro Continental “500 Años de Resistencia Indígena y Popular”. A su vez, forma parte del Movimiento Nacional “500 Años de Resistencia Indígena, Negra y Popular”, que agrupa a unas 70 organizaciones populares, incluyendo a la Coordinadora Maya “Majawil Q’ij”, que en mam quiere decir “Nuevo Amanecer”.

En el Segundo Encuentro Continental se perfilan algunas tendencias: los *indigenistas*; los *socialistas*, que siguen combatiendo al imperialismo yanqui; y los *amplios*, que buscan la unidad frente a los problemas de la actualidad. ¿Qué consecuencias prevé usted tras el Encuentro?

El Movimiento “500 Años de Resistencia Indígena y Popular” tiene apenas dos años. Lo normal es que haya diferentes puntos de vista. Nunca en la historia de los 500 años nuestros pueblos han logrado unirse. Esta vez nos hemos reunido y discutimos temas esenciales, como los derechos humanos y los indígenas, el problema de la tierra, la democracia y la autodeterminación. Encuentro significa escuchar, intercambiar y complementar. Éste es, no sólo un encuentro de indígenas, sino también popular, al que además se agrega la participación afroamericana. Quiere decir que los más diversos sectores se reunieron para discutir su situación.

¿Cuáles fueron los logros del Segundo Encuentro?

Hemos recalado los acuerdos anteriores; por ejemplo, ratificado la Campaña Continental, la necesidad de impulsar la unidad. Acordamos realizar el Tercer Encuentro en Nicaragua, en 1992, y movilizarnos en tres fechas de acción: el 8 de marzo, Día Internacional de la Mujer; el 10 de mayo; y la semana del 7 al 12 de octubre. Logramos definir las líneas generales. Ahora toca al Movimiento Nacional profundizar en la temática guatemalteca.



El campesino indígena carga bultos y no se sabe qué más (fotografía de Arturo Albizurez)

¿Y los desacuerdos?

Hay diferencias entre lo indígena y lo popular; en ningún momento vamos a coincidir completamente. Dentro de la misma población indígena, hay diferentes puntos de vista. La empresa privada y otras iniciativas a su vez están propiciando que se desarrolle un movimiento indigenista aparte.

¿El Movimiento Nacional guatemalteco incluye a la Coordinadora Maya “Majawil Q’ij”, que hace hincapié en la religión maya?

La religión maya siempre ha existido. Sufró mucho desprestigio por parte de las sectas fundamentalistas y de la misma Iglesia Católica. Sin embargo, hay cientos de compañeros que profesan esa religión. En esencia, aboga por la unidad, la vida, la comunidad. Dicen que la oscuridad llegó con los que vinieron de Xibal’bá (“lugar de donde viene el mal”). Aboga por la unión del pueblo frente a los grandes males que nos afectan. Rechaza el individualismo y el egoísmo.

¿Cuáles fueron los mecanismos de participación?

Fue todo un proceso. Hicimos cinco encuentros preliminares en los que el Comité Nacional discutió la preparación. La Comisión Continental determinó la cifra de los delegados. Hubo quienes querían ingresar al último momento, porque desconocían el procedimiento o porque no habían querido integrarse.





*¿Las medidas de lucha que se fijaron para el año que viene (huelgas, paros nacionales, invasiones de tierras) tendrán éxito en una coyuntura donde todo apunta a la negociación, el pacto y el diálogo?*

□ La miseria, el hambre, la explotación, son la coyuntura que vivimos en América Latina. Si no presionamos a los gobiernos, nos dejarán en el olvido. Hemos formulado propuestas concretas: nos dirigimos al Congreso exigiendo que derogue las leyes que amparan el reclutamiento forzoso de los jóvenes indígenas, y que formule una ley para el servicio militar voluntario. El artículo 28 de la Constitución garantiza el derecho de petición. Las autoridades, a su vez, están obligadas a tramitarla y a notificar las resoluciones en un plazo de 30 días. Pero, ¿dónde está la respuesta? La Campaña Continental es una alternativa frente a la conmemoración oficial. Además, éste es un encuentro indígena, negro y popular; no podemos luchar ahora por defender la propia cultura, si ésta es definida por la situación socioeconómica. Los 500 años representan la necesidad de ver las nuevas coyunturas reales: la privatización, el neoliberalismo, los crecientes impuestos. Entonces, ¿cuándo se dará la coyuntura para los pueblos de América Latina?

No estamos hablando de la situación antes de 1492, sino de la realidad en la que vivimos hoy. ¿Qué decimos los indígenas frente al neoliberalismo? ¿Por qué no hablamos sobre la situación de los miles de desplazados, de los trabajadores migrantes que han abandonado su atuendo tradicional? Muchos lo abandonan porque la situación económica los obliga a hacerlo. Si los hermanos indigenistas no lo miran así, lo respetamos. Pero los invitamos a analizar en qué puntos coincidimos.

*¿Qué espera el CUC del Diálogo Nacional?*

□ El Diálogo Nacional es asunto del gobierno y de la guerrilla; sin embargo, como CUC apoyamos ese diálogo. Lo que exigimos es que los acuerdos sean llevados a la práctica y que la verificación sea llevada a cabo por organismos nacionales e internacionales. No se trata de que nosotros estemos ahí sentados a la mesa; no somos la URNG. Ya hubo un encuentro en noviembre de 1990 entre los diferentes sectores sociales y la guerrilla. Los planteamientos que el Movimiento Nacional "500 Años de Resistencia" hiciera al presidente Jorge Serrano Elías

competen a los derechos humanos, a la desmilitarización y a salarios justos. Vamos a trabajar en estos puntos fundamentales para convertirlos en realidad. Estamos invitando a dialogar. El anterior gobierno divulgó incluso nuestras exigencias, pero no cumplió nada. A Serrano Elías también le planteamos la situación de la energía, el transporte y los salarios. Pero ni el gobierno ni el Congreso han asumido esos problemas. En cambio, vemos cómo el gobierno fortalece a la empresa privada. Con la privatización aumentan los precios de la energía y del agua. O sea, lejos de escuchar al pueblo, nos olvidan. Lo que no olvidan es la represión. Mientras se habla de nuevas coyunturas en países europeos, aquí la gente sigue marchándose al exilio.

*El Encuentro, más la marcha de todos los grupos participantes a través de Quetzaltenango, ¿abrió un espacio para los grupos del movimiento popular que en algún momento estuvieron en la clandestinidad?*

□ Primero quiero aclarar que ni el CUC ni ninguna otra de las organizaciones han estado en la clandestinidad. El 13 de octubre salió un artículo en *Prensa Libre* diciendo que la "exintegrante del clandestino Comité de Unidad Campesina, Rigoberta Menchú, llegó al país como invitada especial del Congreso 500 Años de Resistencia". Rigoberta es miembro del Comité y de la Representación Unitaria de Oposición Guatemalteca. Sí, el Encuentro abrió espacios. Participamos casi 70 organizaciones guatemaltecas, populares, indígenas y no gubernamentales. No faltó el control policial. Las fuerzas de seguridad se presentaron en el Encuentro. Estuvieron en las conferencias de prensa. Como si nosotros fuéramos a meternos al palacio para escuchar qué hablan de nosotros. Tampoco faltó que el presidente en funciones, Gustavo Espinas, dijera que había que exterminarnos. ■



(Fotografía de Gabriela Müller)

## Vicisitudes de los indígenas en el Caribe

### En Nicaragua los miskitos se preguntan: ¿cuál autonomía?

Ralf Leonhard

Cada noche, el parque central de Puerto Cabezas y las calles aledañas se convierten en un activo centro social. En la penumbra de los pocos faroles, los jóvenes hacen fila ante las taquillas de los dos cines. Se puede escoger entre Arnold Schwarzenegger, en *Conan, el bárbaro*, y Marcello Mastroianni, en una vieja película de espionaje. Quienes se quedan fuera por falta de cupo permanecen en los alrededores, oyendo los ritmos reggae que emanan de la discoteca Jumbo, y se consuelan con alguna comida frita en aceite de coco. Un joven discretamente ofrece marihuana y de algún lugar se filtra el inconfundible olor dulzón que denuncia a quienes fuman la hierba prohibida. Con luces de colores y música a todo volumen, los restaurantes parecen competir con la discoteca, pero están prácticamente vacíos. Una cosita de cerdo tiene el mismo precio que en Managua; la cerveza cuesta el doble. Salvo los mariscos, los cocos y la yuca, todos los alimentos, incluidos los bananos, tienen que ser importados de la lejana capital, a 560 kilómetros y una hora de vuelo.

Puerto Cabezas, la capital de la Región Autónoma del Atlántico Norte, puerto caribeño y centro mercantil de los indígenas miskitos, ha crecido visiblemente en los últimos años. Refugiados, repatriados y guerrilleros indios desmovilizados han contribuido al aumento de la población y el desempleo. También el comercio ha experimentado un incremento, aunque la oferta de mercadería sigue siendo bastante limitada. En cada esquina hay rotulitos hechos a mano anunciando que se venden *bolis*, churros y cigarrillos. El alojamiento es escaso y caro. "El Descanso del Viajero" tiene el mismo precio que una habitación con desayuno en los Alpes austriacos.

Desde el año pasado, la organización indígena Yatama tiene la mayoría en el nuevo parla-



mento regional y forma el gobierno autónomo. Yatama es la organización heredera de Misuasata, Misura y, posteriormente, Kisan, que le habían hecho la guerra al gobierno sandinista durante muchos años.

Los diálogos de paz que hubo desde 1984 a diferentes niveles y con diferentes fracciones de la organización armada ya habían conducido a una distensión en 1988. Pero fue a partir de la derrota electoral sandinista cuando la desmovilización total comenzó en serio. Los soldados que hace apenas unos años habían dominado el ambiente en la ciudad desaparecieron, con excep-

*La educación bilingüe, suspendida por el actual gobierno, es una de las pérdidas que más resiente la población miskita (fotografías de Leo Gabriel)*



ción de algunas unidades simbólicas. Y si antes dominaban los *españoles* (gente de la costa del Pacífico) entre los uniformados, ahora el grueso de la tropa está compuesto por costeños. Salvo algunas, las bases militares de tierra adentro han sido abandonadas. Las torres de observación en los puntos estratégicos están sin uso y a punto de caer.

#### Esperando donaciones

En la comunidad miskita de Bum Sirpi, a media hora en automóvil de Puerto Cabezas, una sarrosa botella de oxígeno —como las que usan los buzos— sirve de campana en la iglesia morava. Al son de los campanazos, los habitantes del pueblo confluyen hacia la iglesia, ubicada en un pequeño cerro, para escuchar al obispo John Wilson, quien vino desde Puerto Cabezas. Bum Sirpi ("El Pequeño Boom"), no solamente debe su nombre, sino su misma existencia, al boom bananero de hace unos cincuenta años. Las plantaciones bananeras de la Standard Fruit Company ofrecían trabajo a muchas familias. Primero se fueron a las plantaciones los hombres y, poco a poco, les siguieron todas las familias que fundaron la nueva comunidad, que estaba conectada con Puerto Cabezas por medio del ferrocarril bananero.

La carretera, poco transitada, conduce a la región minera, y luego a Matagalpa y Managua, en la parte occidental del país. El ferrocarril desapareció, igual que la compañía frutera,

*Primero la guerra y después la crisis económica han aumentado el deterioro del medio ambiente de los miskitos, incluyendo los templos de la Iglesia morava, que predominan en la Costa Atlántica*

mucho tiempo antes de la Revolución. El boom no dejó más que su nombre y el recuerdo de los buenos tiempos, cuando el trabajo abundaba y la comida era barata. "El gobierno autónomo nada hace por nosotros", se queja Dionisio Siles, un desmovilizado de Yatama, de 29 años, que tiempo atrás pasó directamente del colegio a la guerra.

"Nadie nos da trabajo", afirma. Insiste en que la culpa la tiene Leonel Panting, el gobernador de la Región Autónoma, porque "él se queda con el dinero y no piensa en nosotros". Agrega Santos Vance, un veterano cultivador de arroz: "Panting nunca ha luchado". Los pobladores no han percibido efectos benéficos del estatuto de autonomía, que entró en vigencia hace algunos años. "Dicen que nosotros tenemos que componer la carretera; a eso le llaman autonomía."

#### Contratos dudosos

El descontento con Panting y el gobierno de Yatama es general. Aparte de su residencia particular, ubicada en una céntrica calle de Puerto Cabezas, nada ha progresado en los últimos meses, según denuncian los quejosos. Incluso la iglesia morava, en cuyas instituciones Panting trabajó durante varios años, promueve su destitución. "¿Qué vamos a hacer?", dice el gobernador. "Con un presupuesto anual de 400 millones de dólares no podemos hacer nada. Hasta hace poco, ni teníamos vehículos para movilizarnos. El gobierno central nos asfixia económicamente."

Aunque el gobierno autónomo tiene el derecho de ser oído cuando se trata de los recursos naturales de la región, Managua da concesiones



de explotación a espaldas de las autoridades autónomas. Especial escándalo causó un convenio firmado con la empresa taiwanesa Equipe Enterprise sobre una concesión para explotar la madera de 375 mil hectáreas de bosques. Este convenio confería a los chinos el derecho de sacar maderas preciosas durante 20 años, en un área que equivale a la octava parte de las reservas forestales del país. Pero también las transacciones hechas en Puerto Cabezas son poco transparentes. Hace unos meses se desató un escándalo porque Panting había firmado un contrato con una fantasmagórica empresa estadounidense, concediéndole el monopolio de pesca para toda la región. Y nadie ha podido explicar satisfactoriamente lo que pasa con centenares de miles de pies de madera que se extraen de la región boscosa. Antiguos combatientes de Yatama obtienen *concesiones agrícolas* sobre vastas regiones forestales en el interior.

Brooklyn Rivera, el dirigente máximo de Yatama, había hecho un pacto con Violeta Chamorro pocos meses antes de las elecciones de febrero de 1990. La conservadora Unión Nacional Opositora (UNO), que jamás había mostrado interés por la Costa Atlántica, de repente le prometió plena autonomía y juró luchar por los derechos de los indígenas. Tras la victoria electoral, la presidenta Violeta Chamorro creó un instituto para las regiones autónomas (Indera) y nombró a Brooklyn Rivera como su ministro.

Para todos los que durante años habían luchado por la autonomía, ya fuera con las armas o a través de las instancias legales prosandinistas, esa medida resultó como una bofetada. Porque la creación de un ente central con su sede en Managua está en contradicción abierta con todos los esfuerzos de administración autónoma. "Al principio, querían incluso canalizar nuestro presupuesto a través de Indera", asegura Panting.

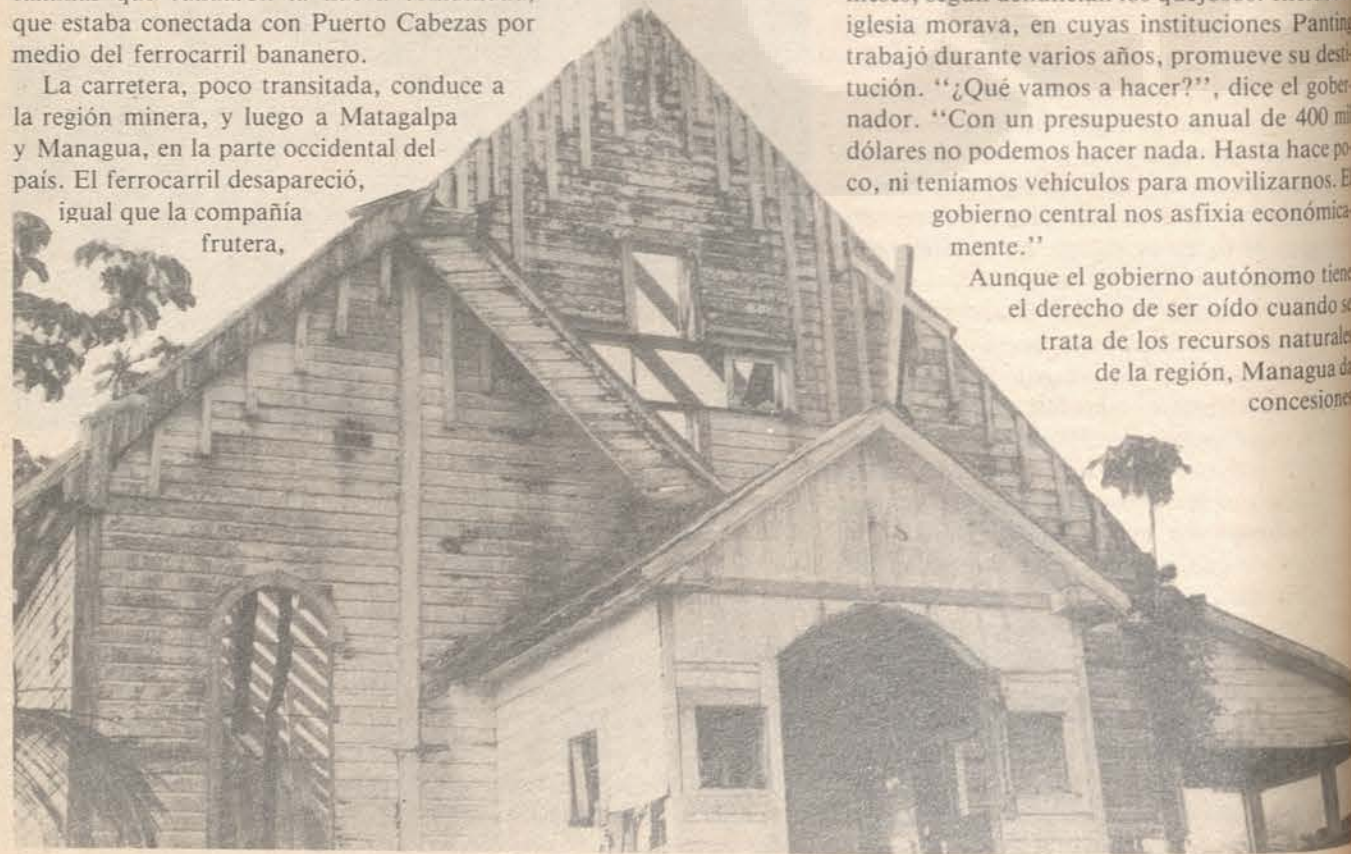
Brooklyn Rivera, por su parte, se preocupa por no perder sus bases y viene cada fin de semana para hablar largos ratos por Radio Miskut, una emisora de onda corta que se escucha hasta la más remota comunidad. Pero ni Yatama, ni los representantes del gobierno autónomo, ni mucho menos los desacreditados sandinistas, hacen visitas regulares a las comunidades. Los únicos que mantienen un contacto permanente son los dirigentes de la iglesia morava.

Los moravos, misioneros de la Iglesia Husita, con sede en Herrnhut, Bohemia, comenzaron a evangelizar la Costa Atlántica a partir de 1848. La Iglesia Católica inició sus labores en esta parte del país hasta finales del siglo pasado. La gran mayoría de los miskitos, sobre todo en las comunidades del litoral y en los llanos de Puerto Cabezas, profesa la religión morava. Numerosos pastores moravos desempeñaron importantes papeles, primero en la lucha ideológica contra el sandinismo y, después, como dirigentes en la lucha armada.

#### Estrategias de sobrevivencia

En Bum Sirpi, la gente escucha pacientemente las palabras conciliadoras del obispo Wilson, pero pocos quieren saber de reconciliación con los sandinistas. "Hemos escuchado que en Managua los sandinistas están gobernando. Pobre la doña Violeta", comentan. La gente en las comunidades rurales conoció el sandinismo en forma de militares, en su mayoría poco sensibilizados para la idiosincrasia de la Costa. Relatos sobre abusos y hasta matanzas reales se mezclaron con mentiras propagandísticas que cobraron credibilidad bajo la sombra de la militarización de la zona. No se le agradeció al gobierno revolucionario que después tratara de compensar la falta de confianza con generosa ayuda material. Pero al mismo tiempo, los indígenas se acostumbraron al permanente abastecimiento de comida, ropa y material de construcción. La agricultura sufrió grandemen-

*La pesca artesanal, actualmente desprovista de apoyo gubernamental, ha sido tradicionalmente una de las principales fuentes de ingreso de la población miskita*





te durante la guerra, y el suministro alimentario externo fue vital durante muchos años. Ahora son los organismos religiosos de ayuda y las delegaciones internacionales quienes recorren la Costa con donaciones de ropa usada, láminas de cinc y harina de trigo, en algunos casos exigiendo como compensación ciertos trabajos simbólicos.

Los indios, acostumbrados al trabajo asalariado desde la época de las transnacionales, sólo se dedican a cultivar los alimentos de estricta subsistencia. Prefieren cualquier otro trabajo. De esta manera, las comunidades que existen a lo largo de la carretera que va de Puerto Cabezas a la ciudad de Waspán, a orillas del río Coco, supieron sabotear durante varios meses las labores de reconstrucción del camino de tierra. Porque en los pueblos hay cuadrillas de trabajo pendientes de cualquier vehículo que se hunda en los profundos baches de lodo. En poco tiempo, los pobladores sacan el camión a cambio de fuertes sumas. La madera para la reparación del puente de Sisín fue robada dos veces por los habitantes aledaños. La razón es que las familias de Sisín habían hecho un excelente negocio con fondas instaladas a lo largo del río, porque, mientras el puente estaba intransitable, los viajeros tenían que cruzar el río a pie y esperar transporte al otro lado. A finales de julio volvió a ser transitable este estratégico puente, que fue quemado dos veces por Yatama, y que últimamente había sido dañado por las aguas del río. En la carretera, trabajadores pagados por la AID están llenando los baches. Sin embargo, para recorrer los 130 kilómetros entre Puerto Cabezas y Waspán, un camión tarda seis horas.

#### Nueva vida en Waspán

Debido a estas dificultades, en Waspán sale más fácil y barato comprar algunas mercaderías en Honduras, al otro lado del río Coco, y no en Puerto Cabezas o Managua. Los *marines* estadounidenses, durante sus frecuentes maniobras conjuntas con el ejército hondureño en la década pasada —destinadas a intimidar a los sandinistas—, habían construido una serie de carreteras y pistas de aterrizaje en la poco poblada Mosquitia hondureña, en las cercanías de la frontera. Sólo hay que cruzar el río para llegar con relativa facilidad a Puerto Lempira, la cabecera de la Mosquitia hondureña. Waspán era el centro comercial e intelectual de la región miskita hasta 1982, cuando comenzaron los

ataques de los rebeldes indígenas, organizados e instigados por los Estados Unidos. Los sandinistas reaccionaron evacuando a la población de todas las comunidades ribereñas. Aunque las comunidades de Waspán no fueron objeto de traslados forzados, esta ciudad ya no era viable sin el comercio con las comunidades, y se convirtió en campamento militar.

El regreso comenzó en 1985, cuando las primeras conversaciones con los rebeldes hicieron posible una cierta distensión en la frontera. Pero el retorno sistemático comenzó al firmarse la paz definitiva, después de las elecciones. En todos los lados están construyendo, levantando anti-

El aislamiento ha propiciado que se mantengan los más antiguos modos de producción



guos edificios o mejorando las pocas casas de cemento que permanecieron en pie. La madera preciosa de las comunidades de río arriba se vende a precios irrisorios, mientras el cemento, traído desde Managua, sólo está al alcance de los ricos. La población, aquí como en Puerto Cabezas, está muy mezclada. Mientras en otras comunidades miskitas sólo el pastor y el maestro pueden articular el castellano, aquí en Waspán el inglés criollo, el miskito y el español coexisten como lenguas de igual derecho. Incluso la actitud hacia el gobierno pasado es más matizada. "Los sandinistas por lo menos electrificaron el pueblo y tendieron los alambres en las calles", recuerda el zapatero Matamoros, un veterano criollo de Bluefields que hace esfuerzos infructuosos por componer un motor fuera de borda. "El nuevo gobierno lo roba todo", dice. También sabe de una donación para una escuela que nunca llegó a su destino. La vida en Waspán es cara. Si no fuera por sus hijas adolescentes que estudian en el colegio local, ya se hubiera retirado a una de las comunidades.

#### El narcotráfico como solución

No es de sorprender que muchos estén buscando salir de la miseria por vías ilegales. El robo y los asaltos en las carreteras son comunes en los que antes fueron pacíficos pueblos. El narcotráfico se ha convertido en un problema de gran envergadura. La mercancía prohibida llega desde las comunidades del litoral, donde los pescadores la recogen en las playas, envuelta en sacos impermeables de quintal y medio. En algunas comunidades, como Sandy Bay, los pescadores se citan en alta mar con los traficantes colombianos para intercambiar langosta y camarones por marihuana y cocaína.

En otros pueblos, especialmente las comunidades del litoral sur, donde los pescadores no tienen botes capaces de navegar en alta mar, la droga arriba como maná: del cielo. En parte se trata de cargas botadas por narcotraficantes sorprendidos por una inminente inspección. También pueden ser bultos que formaban parte de una entrega más grande y que se extraviaron en alta mar. Algunos creen que astutos narcotraficantes botan esas cargas con el propósito de crear un mercado en la Costa Atlántica. Los pescadores miskitos llevan la hierba a Puerto Cabezas, desde donde se envía a Managua o a Waspán para su comercialización en Honduras. El consumo en la propia Costa Atlántica sigue

siendo relativamente bajo pero creciente, porque a los jóvenes se les regala la droga.

El problema se ha vuelto tan serio en algunas comunidades que el Consejo de Ancianos comenzó a aplicar sanciones. A los jóvenes que son sorprendidos fumando *mari* se les rasura la cabeza. Los indígenas, no acostumbrados a drogas, que no sea el alcohol, reaccionan de manera impredecible cuando están *arriba*. En la comunidad de Auya Pihni, un drogado mató a su vecino. En el caso del asesinato de la esposa de un primo de Brooklyn Rivera, se sospecha que algo tuvieron que ver las drogas. Las investigaciones no llegaron a nada, después de que el ministro sacó de la cárcel a su primo, detenido bajo la sospecha de haber cometido el crimen bajo efectos de la droga. La revisión policial en las carreteras y en el aeropuerto es tan superficial que ni los principiantes son detenidos.

Leonel Panting asegura que el narcotráfico está parcialmente bajo control. Sin embargo, los críticos del gobierno aseveran que el aumento del tráfico de drogas es consecuencia de la escasa presencia del ejército y la policía, hecho que en un principio fue celebrado como logro de la autonomía.

Pocos saben definir qué significa autonomía, como no sea la desmilitarización. Para los miskitos de las comunidades, es sinónimo de libertad de movimiento. Para otros, es nada más que un invento del exministro del Interior, Tomás Borge, quien era responsable de la Costa Atlántica durante el sandinismo.

El estatuto de autonomía entró en vigor hace ya algunos años, pero para que sea efectivo todavía falta la ley de aplicación que regule la división de competencias entre Managua y las regiones. El prosandinista Centro de Investigación y Documentación de la Costa Atlántica (CIDCA) elaboró una propuesta que está siendo discutida con las autoridades regionales y que debe ser llevada a las comunidades para consulta popular. Pero en esas comunidades prevalece el escepticismo. La reivindicación de la autonomía perdió importancia tras la derrota electoral de los sandinistas. Ahora los pobladores recuerdan con cariño aquellos tiempos en que nadie hablaba de autonomía, cuando la riqueza de la región —los minerales, los bosques y los productos del mar— eran explotados por compañías extranjeras. Un viejito de la comunidad de Krukira, que recuerda todos los regímenes desde el general Moncada, asegura: "El mejor tiempo fue cuando Somoza, con las compañías norteamericanas". ■



## La Campaña por la identidad de la Costa Atlántica

Entrevista con Marlen Chow, coordinadora de la Campaña "500 Años de Resistencia" en Nicaragua

Leo Gabriel

**M**arlen, al visitar la Costa Atlántica, donde está la mayor concentración de pueblos indios en Nicaragua, nos hemos dado cuenta de que hay una descomposición social aguda: la gente está pidiendo y no está haciendo mucho para remediar su situación económica, tan precaria. ¿A qué se debe ese derrumbe cultural en la Costa Atlántica?

□ La Costa Atlántica está sufriendo ahora un proceso que yo llamo de inversión, porque antes de 1979 la Costa Atlántica era un territorio totalmente aislado del que nadie se ocupaba, más que las compañías extranjeras, que llegaban a extraer las riquezas naturales de la región. Había un único medio de comunicación, que eran los vuelos esporádicos de aviones a la Costa Atlántica. A partir de 1979, cuando llegan los sandinistas, empiezan a lanzar discursos de progreso, de avance, de beneficios sociales, lo que levantó grandes expectativas en el pueblo costeño. Sin embargo, la identidad propia y la autonomía son ideas que tienen los pobladores costeos desde hace muchísimos años; y antes del triunfo, se planteaba como independencia. Cuando llegan los sandinistas, su discurso no va de acuerdo con la capacidad que tienen para llevar los beneficios que habían prometido. Además, implantan modelos que no estaban de acuerdo con la cultura y con la forma tradicional de vida de los costeos.

Todavía en medio de la guerra se estableció el estatuto de autonomía. ¿Cuáles son las razones por las que, a pesar de ese marco jurídico, no existe una autonomía real, verdadera, en la Costa Atlántica?

□ Tal vez no hemos alcanzado a plenitud la autonomía total, como nosotros la planteamos y



como está plasmada en el estatuto de autonomía, pero hemos dado el primer paso en términos jurídicos; tenemos la legitimidad que necesitamos para lograr un gobierno autónomo en la región. Logramos incorporar un estatuto de autonomía por primera vez en el continente. A la par de eso, hay en la práctica algunos logros. Nuestras autoridades ahora son legítimamente electas; tenemos nuestro consejo autónomo, nuestro gobierno autónomo, legítimamente electo.

¿Y qué pasa con esos proyectos ahora?

□ Han sido totalmente ignorados por el gobierno actual. Aquellos textos que habían sido elaborados por compañeros especializados en educación bilingüe y bicultural fueron sacados de la circulación. Los libros que llegaron fueron impuestos con una mala elaboración idiomática, con un responsable de educación que no pertenece a las etnias nuestras y que obedece a tendencias políticas del gobierno central.

En cuanto a los recursos naturales, ¿qué pasa?

□ En cuanto a los recursos naturales, habíamos logrado que los proyectos económicos fueran estudiados y elaborados en la Costa Atlántica. Esto no quiere decir que fueran netamente elaborados por costeos, porque a veces no teníamos todo el personal capacitado para eso.

## NICARAGUA

Entonces, podíamos recurrir al gobierno central para pedir algún personal de apoyo. Pero de hecho nosotros éramos quienes decidíamos si el proyecto se aplicaba o no.

¿Y ahora qué pasa?

□ Además del aislamiento y del total abandono económico, ahora nos tratan de imponer proyectos elaborados por nicaragüenses no costeos. Nos imponen otra vez la venta, el alquiler de nuestras tierras, la explotación de nuestros recursos por compañías extranjeras. Ése es el caso de una compañía de Taiwán, en el que la mayoría de los beneficios y un gran porcentaje de las ganancias van para otro país.

A partir de qué momento y cómo incide la Campaña "500 Años de Resistencia" en este proceso en la Costa Atlántica?

□ Nosotros estamos de hecho incorporados a la Campaña "500 Años de Resistencia Indígena y Popular" desde hace aproximadamente cinco años. O sea, que no data de octubre del '89, cuando se formó la Campaña Continental, o de febrero de 1991, cuando nos incorporamos a la Campaña oficialmente. Cuando empezamos a trabajar por la autonomía hicimos consultas en todas las comunidades; hicimos asambleas prácticamente en todas las comunidades más grandes de la región, para conocer qué entendían ellos por autonomía. Fue con ese material que se elaboró el estatuto de autonomía. Quien facilitó toda esa movilización y todo ese espacio fue el Frente Sandinista, incluyendo la posterior consulta con expertos mundiales, que llegaron a Nicaragua y se sentaron con nosotros.

¿Y cómo les va con las organizaciones populares? ¿Consiguieron apoyo real para la Campaña "500 Años", sobre todo apoyo de las organizaciones reconocidas de la Costa Atlántica?

□ Yo creo que, a seis meses de trabajo que tenemos en el Pacífico, podríamos decir que tenemos apoyo real. No hemos trabajado para lo sensacional o espectacular, sino que hemos trabajado en lo organizativo. Nos acercamos a las organizaciones de trabajadores, de obreros, de campesinos. Veían la Campaña como cosa indígena, pero cuando les explicamos de qué se trataba, cuando entendieron que eran 500 años de explotación, de sufrimiento, también para ellos, hubo una total identificación entre los in-

dígenas y los campesinos, entre los indígenas y los obreros. Se fueron metiendo cada vez con mayor entusiasmo. Tenemos un dirigente del Frente Nacional de Trabajadores; una dirigente de las mujeres campesinas de la Unión Nacional de Agricultura y Ganaderos. Entonces ellos no vinieron en balde a este encuentro. También tenemos aquí al presidente de un centro estudiantil universitario. Con ellos hemos organizado una cantidad muy grande de actividades: encuentros, festivales, grupos de discusión, que para nosotros son semillitas sembradas que creo pueden florecer.

Eso en cuanto al Pacífico. En cuanto al Atlántico, donde se presenta el problema al revés, donde hay que destacar la identidad étnica, ¿cómo ha sido acogido?

□ Yo diría que en la Costa Atlántica, más que desarrollar una conciencia etnocentrista, hablamos de una identidad multiétnica. Antes no se podía sentar un negro con un miskito en una misma mesa. Ahora ves simposios presididos por miskitos, negros y sumos, todos como hermanos. No solamente eso hemos logrado, sino que se junten etnias como la miskita, que tienen diferentes tendencias.

Concretamente, ¿qué esperan o planean hacer ustedes en el año de 1992, sobre todo en la Costa Atlántica?

□ Pensamos continuar el trabajo organizativo. Hemos avanzado en capacitación, en determinadas formas de autogestión; hemos hecho encuentros para que no decaiga el proceso de autonomía. Desde capacitaciones que en la Costa son importantes, como por ejemplo a las mujeres parteras de las comunidades, hasta a maestras y maestros, porque es importante la educación bilingüe y bicultural. Hay que mantenerla, aunque no tengamos financiamiento del gobierno. Pensamos que debe seguir creciendo ese tipo de actividades. Pensamos hacer intercambios con las comunidades indígenas del Pacífico, otro aspecto en el que hemos trabajado fuertemente en estos seis meses. ■



## Asesinan a dirigente indígena hondureño

Temor de los terratenientes a la Coordinadora Nacional de Pueblos Autóctonos

Noé Leiva

**T**odavía no se había levantado del todo la espesa bruma matinal sobre las montañas verdes cuando Vicente Matute empezó a descender por una pendiente. Frenó el vehículo, obligado por una piedra colocada en medio de la carretera, y en ese momento se escucharon varios disparos. Alcanzado en la sien por una de las balas, el máximo líder de los xicaques cayó sobre el volante. Agonizando, apretó el acelerador, hasta estrellar el auto.

Así terminó la lucha ineludible de Vicente Matute, quien a sus 37 años era ya el virtual presidente de la Coordinadora Nacional de Pueblos Autóctonos de Honduras, en su condición de presidente de la Federación de Tribus Xicaques de Yoro (Fetrixy).

Vicente vivía en la comunidad de Plan Grande de Guadarrama, en el norcentral departamento de Yoro, donde tiene asiento una gran parte de las tribus xicaques. El 30 de septiembre

Vicente, el primero de izquierda a derecha (fotografías de CAHDEA)



salió de su aldea hacia Olanchito, cabecera departamental de Yoro, donde tiene su sede la Federación. Viajaba en un vehículo Toyota Land Cruiser, donado por una institución holandesa, con su sobrino José Rutilio Matute, con el cacique de la tribu de Santa Rosita, Dionisio Martínez, y un colaborador en los proyectos, Francisco Guevara.

Serían las siete de la mañana cuando desconocidos dispararon con escopetas desde una orilla de la carretera, cubierta por arbustos, y dieron muerte al dirigente de Fetrixy y a Francisco Guevara.

"La muerte de Vicente fue por la lucha que emprendió para reivindicar el derecho a la tierra de las comunidades indígenas", advirtió Santiago Martínez, miembro director del Consejo Asesor Hondureño para el Desarrollo de las Etnias Autóctonas (CAHDEA). "Suponemos que los autores intelectuales de este crimen son los terratenientes, los ganaderos y los cafetaleros, que niegan este derecho a los indígenas."

Antonio López, un ladino integrante del grupo de cuatro directores de CAHDEA, describió a Vicente como el líder de líderes de toda la comunidad autóctona hondureña, compuesta por unos 500 mil habitantes. "Creo que sus principales características fueron ser firme y valiente, y a la vez justo y enérgico. No habrá un líder con el carisma de él."

López cree que con la muerte del coordinador de los xicaques ha retrocedido la formación de la Coordinadora Nacional de Pueblos Autóctonos de Honduras. "Será difícil tener un líder aglutinante como él."

Según Santiago Martínez, continúa la lucha por integrar la Coordinadora como instrumento único de todas las agrupaciones.

### 20 mil indígenas dispuestos a derramar sangre

Durante la marcha de protesta en que se convirtió el entierro del dirigente xicaque, Mauricio Castro, secretaria de Fetrixy, advirtió que "se equivocaron quienes asesinaron a nuestro compañero Matute. Su muerte no acaba con nuestra federación, ya que somos 20 mil indígenas dispuestos a derramar nuestra sangre en defensa de la tierra".

El crimen recibió la atención de la opinión pública de Honduras. Todos los medios de difusión ofrecieron una amplia cobertura. El Congreso Nacional emitió una declaración con-

denando el asesinato y exigió una investigación completa para dar con los responsables.

La máxima autoridad del departamento de Yoro, Héctor Manuel Oseguera, declaró que "el crimen no debe quedar impune", pero dos semanas más tarde sus autores no habían sido descubiertos.

### Testimonio de primera mano

Alberto Rutilio Matute, de la tribu de Agua Caliente de Guadarrama, sobreviviente del ataque, declara lo siguiente:

—Salimos a las siete de la mañana del 30 de septiembre para la ciudad de Yoro, a las labores de la Federación de Tribus Xicaques de Yoro, con Dionisio Martínez, el niño Omar, Vicente Matute y Francisco Guevara Hernández. Iba manejando Vicente, que llevaba a sus niños en la cabina. Cuando habíamos avanzado como una cuadra, al agarrar la pendiente, habían puesto una piedra los maleantes, y al bajar la velocidad del carro empezamos a oír los primeros impactos de bala, que venían del monte, del lado izquierdo. Vicente se apoyó sobre el volante y le puso el pie al acelerador, y el carro se fue a estrellar. Impactó en una quebrada. Yo regresé a la aldea a avisar a la esposa de Vicente. Ellos sólo hicieron la descarga y se dieron a la fuga.

—¿Quiénes son ellos?

—Son los terratenientes, ganaderos, cafetaleros y madereros; o sea, que como ellos tienen acaparada la tierra y él cuidaba los derechos de los indígenas, por eso corrió esa suerte. ■

Alberto Rutilio Matute, sobreviviente del ataque

Abajo: El carro en que viajaba Vicente al ser asesinado



## La identidad negra se integra a las organizaciones populares

Entrevista con Roy Guevara Arzú, presidente de la Ofrañeh

Noé Leiva

**T**ras la muerte de Vicente Matute, el economista Roy Guevara Arzú, descendiente de los garífunas llegados de San Vicente, se ha convertido en candidato para reemplazarlo como presidente de la Coordinadora Nacional de los Pueblos Autóctonos de Honduras. Él es presidente de la Organización Fraternal Negra de Honduras (Ofrañeh), que agrupa a todos los miembros de la comunidad negra del país.

¿Cuáles son los proyectos dentro de la Coordinadora?

□ Desde 1797 el pueblo negro ha tenido presencia en Honduras, y hemos llegado a la convicción de que para tener mayor presencia debemos integrarnos con el resto de las poblaciones minoritarias. Así es que en 1985, el 12 de diciembre, iniciamos un proceso de integración al celebrar el Primer Congreso de Organizaciones Étnicas. Ahora vamos consolidando un poco más nuestra organización a través de la Coordinadora.

¿Tienen también un proyecto unitario con las organizaciones populares en general?

□ Nos hemos dado cuenta de que no sólo es necesario integrarnos como grupos étnicos; hemos visto que 70% de la población hondureña está igual o en peores condiciones que nosotros. Por eso nos sentimos obligados a integrarnos en esa gran masa; así nos vamos abriendo espacio de participación en las organizaciones populares. Debemos aclarar que el apoyo de las organizaciones populares es una realidad, pero nosotros damos preferencia a mantener nuestra propia identidad, porque somos poblaciones culturalmente diferentes, y estamos sensibili-



zando a las organizaciones populares en ese sentido,

*¿Cuál es el marco legal en el que se mueven ustedes, los grupos étnicos?*

□ En Honduras no existe un marco legal en el que nosotros podamos ampararnos, no obstante que presentamos al Congreso Nacional un proyecto de ley de protección de las etnias autóctonas de Honduras, que desde el 13 de marzo de 1989 está durmiendo el sueño de los justos. Por otro lado, estamos exigiendo la ratificación del convenio 169 de la Organización Internacional del Trabajo sobre el respeto a las poblaciones étnicas, pero tampoco esta petición ha sido atendida.

La Constitución de la República establece claramente la posición de diferencia hacia las poblaciones étnicas, pero en realidad los preceptos constitucionales no se cumplen. Se viola el derecho a la tierra. A los compañeros xicaques de la Montaña de la Flor se les viola el derecho a la libre circulación, porque no tienen tarjeta de identidad, y si salen de su comarca corren el riesgo de que el ejército los capture por indocumentados.

*¿Cuáles son los principales problemas de la comunidad?*

□ El racismo ha sido el principal problema durante toda nuestra existencia. El racismo se manifiesta de diferentes modos; en el mercado de trabajo el negro no ha tenido las mismas oportunidades que el resto de la población. Se nos ha obligado a desempeñar los peores trabajos. No se nos da derecho a puestos de relevancia,

mayor presencia en la sociedad. Según el último censo, son unos 300 mil, diseminados en la costa atlántica.

Los primeros en llegar fueron los negros traídos por los españoles en 1735, usados como esclavos para laborar en las minas. Un segundo contingente arribó en 1797, integrado por garífunas expulsadas por los ingleses de la isla de San Vicente, llamada por ellos

Yurumein. Después, hacia 1890, las transnacionales bananeras que comenzaban a instalar sus enclaves importaron mano de obra de Jamaica.

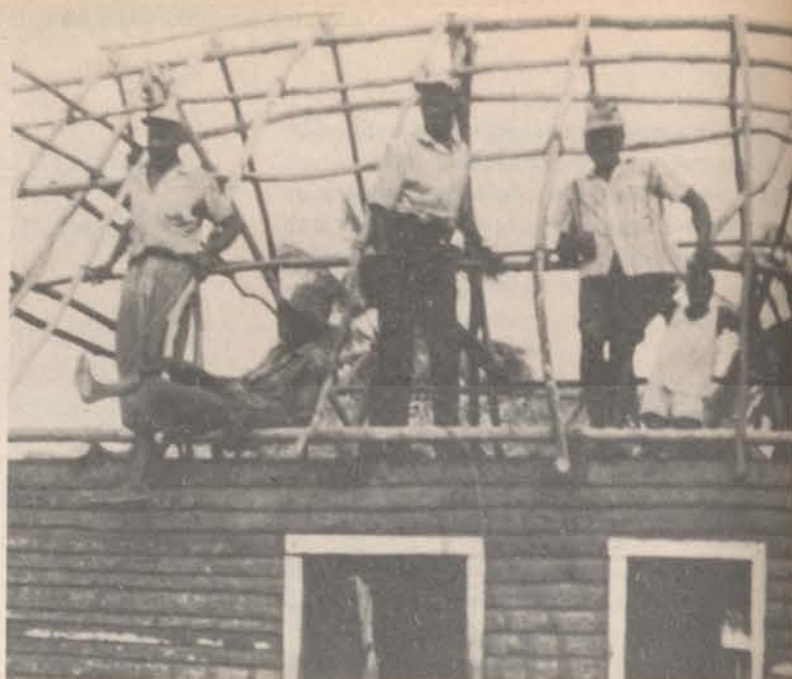
De las tres oleadas migratorias, la más conocida es la de los garífunas. Éstos forman una cultura muy rica, que abarca desde su dieta, basada en comidas y bebidas propias, hasta su lengua, sus danzas y sus

creencias religiosas. Incluso existe una tendencia a suponer que todos los negros son garífunas.

Para ellos, la muerte es "un paso para una vida mejor". Por eso la muerte de un miembro de la comunidad se torna en fiesta, cuya base es el baile de *La punta*, ritmo de origen africano que ha ido ganando terreno en el resto de la sociedad hondureña, al interpretar lo

grupos comerciales.

Según Roy Guevara, por medio de este avance se está impulsando la *garifunización* de la sociedad hondureña. También avanza el consumo de sus platillos tradicionales, a la vez que se expanden otras manifestaciones culturales, en beneficio de una disminución del racismo y la segregación que prevalecieron durante años. ■



## "En 500 años no han podido destruirnos"

Entrevista con Santiago Martínez, director del Consejo Asesor Hondureño para el Desarrollo de las Etnias Autóctonas (CAHDEA)

Noé Leiva

*¿Cuál ha sido la lucha en 500 años de los grupos étnicos de Honduras?*

□ Aunque se habla de independencia, libertad y soberanía, a 500 años los indígenas vivimos en crisis. Sin embargo, no se nos ha podido exterminar, a pesar de las diferentes culturas que nos han invadido. Hemos perdido algunas cosas, como nuestra lengua, pero todavía conservamos un pequeño reducto, en la Montaña de la Flor, donde aún la conservamos. Ahí se puede ver mejor que en 500 años no nos han podido destruir.

En cuanto al derecho a la tierra, los indígenas logramos obtener títulos de propiedad en el año 1874, a instancias del presbítero Manuel de Jesús Subirana, quien luchó por los indígenas, pero jamás esos derechos han sido protegidos por el Estado. Han sido usurpados por los grandes ganaderos, cafetaleros y terratenientes de la zona.

El Estado ha autorizado la instalación de empresas madereras para la explotación de los bosques, que es la más bella riqueza natural de nuestro pueblo, compuesto por las 27 comunidades que integran la Federación de Tribus Xicaques de Yoro. En seis municipios, los xicaques poseen tierras en dominio pleno, y la cantidad —con las nuevas mediciones— arroja 6 mil manzanas para cada una de las 27 tribus.

La religión se nos ha venido perdiendo por la intromisión del catolicismo y de las sectas protestantes. Lo que han hecho es confundir la mentalidad, no sólo del pueblo indígena, sino de la mayoría del pueblo hondureño. La Iglesia y los partidos políticos han fraccionado al pueblo, y eso nos impide la unidad necesaria para montar proyectos de desarrollo que permitan conseguir mejores condiciones de vida.

Garífunas construyendo una vivienda

La pesca es uno de los patrimonios fundamentales de los garífunas

Niños garífunas





La cerámica es un patrimonio importante de los lenca



¿Cuáles son los principales enemigos de los pueblos autóctonos?

□ Los principales enemigos de los pueblos indígenas son los grandes terratenientes, ganaderos, madereros y cafetaleros, con el apoyo unánime de los políticos, que sólo se acuerdan del pueblo cuando necesitan el voto en los periodos electorales; pero pasado ese momento nunca se acuerdan de cumplir sus promesas. El pueblo indígena de Honduras va a tener que reflexionar, porque no podemos seguir votando por nuestros enemigos, por aquellos que asesinan a nuestros dirigentes por el simple hecho de reclamar nuestros derechos.

¿Pero han logrado algunas conquistas en educación y salud?

□ Cuando hablamos de miseria, se puede decir que nosotros estamos desprotegidos del todo. No tenemos centros de salud, y cuando existen no llegan las medicinas. Tenemos algunas aulas escolares, pero a veces los maestros están apoyados por el supervisor para ir sólo uno o dos días a clase. Así es que nuestros hijos van a la escuela, pero no aprenden nada. Nuestra educación es la misma oficial que se imparte en todo el país, y no le enseñan al indio la historia con *h*, sino la historia sin *h*, encubriendo las violaciones que han venido cometiendo las autoridades.

¿Qué fue la Conquista para ustedes?

□ Nosotros pensamos que ése fue un hecho lamentable. Lo hemos repudiado porque los que invadieron el país arrasaron nuestras culturas para imponer otras y llevarse las grandes riquezas del continente.

¿Cuáles son los instrumentos de lucha con que cuentan los grupos étnicos?

□ Son los títulos de propiedad, como punto de partida para reclamar el derecho a la tierra ante el Estado. Por otro lado, está el simple asentamiento inmemorial, o sea que los indígenas hemos sido dueños de todo Honduras, y hasta ahora se nos ha relegado a ocupar pequeñas parcelas. Además existe nuestra ley interna, que ha sido aprobada por nuestras comunidades y por el Estado.



Santiago Martínez, director de CAHDEA

¿Pero la lucha organizada apenas está empezando?

□ La lucha organizada de los pueblos indígenas se inicia en 1977. Han pasado 14 años y todavía no vemos que el Estado impulse una política que tienda a proteger los derechos que histórica y jurídicamente nos corresponden.

¿Se pueden detallar algunas de las conquistas en estos 14 años?

□ Bueno, como producto de la organización hemos logrado que se nos respete. Si hacemos una pequeña reseña histórica, en el siglo pasado los ladinos cometían grandes violaciones; por ejemplo, robarle la mujer a un indígena, pisotearle a sus hijas, golpearlo si se oponía. Ahora, con nuestra organización hemos logrado que se nos respete, que el bosque no siga siendo explotado inmisericordemente por madereros apoyados por el poder civil y militar.

¿Ha sido una lucha sangrienta?

□ Hemos perdido unos nueve compañeros desde 1977. El último caso es el del presidente de la Federación de Tribus Xicaques de Yoro. Lo mataron por el simple hecho de estar defendiendo las tierras que pertenecen a la comunidad. En la tribu guajiniquil perdió la vida el cacique Marcelino Nolasco, por defender los derechos de su pueblo. En la tribu de los guadarramas asesinaron a otro compañero. En la tribu de

## Comunicado conjunto de las etnias hondureñas

**N**osotros los suscritos, en representación de los pueblos indígenas de Honduras, nos dirigimos a la opinión pública nacional e internacional, y a la comunidad mundial de las etnias, para llamar su atención sobre los siguientes hechos:

### 1. Antecedentes de la Conquista y después de la Independencia

El despojo del patrimonio cultural y económico se originó en la Conquista y continuó durante la Colonia, pero lamentablemente se ha perpetuado durante la vida republicana. En lugar de un sometimiento incondicional, los pueblos autóctonos protagonizaron y siguen protagonizando una resistencia que dura ya casi 500 años.

### 2. Durante el Estado moderno

La Independencia y la organización del Estado moderno no han significado ningún cambio en el maltrato a los indígenas, ya que éstos han sido y siguen siendo asesinados por defender su derecho a la vida, a la tierra, a la cultura y a la paz, porque hay un estado de guerra no declarado en contra de todas las etnias hondureñas, como lo demuestra esta breve relación de mártires indígenas tolupanes (xicaques).

- En 1935, en la tribu de Agua Caliente de Guadarrama, su cacique, José Ángel Martínez, fue asesinado desde el monte a tiros de escopeta, para quitarle el título de tierras de la tribu, un hecho que quedó impune.
- En marzo de 1977, fueron asesinados Marcelino Nolasco y Alejandro Ortiz; el primero era cacique de la tribu guajiniquil y el segundo lo era de la tribu de Agua Caliente de Guadarrama, quienes recibieron disparos hechos desde el monte, porque ellos defendían el derecho a la tierra. Estos asesinatos también quedaron impunes.
- El día 24 de enero de 1988, fue asesinado cobardemente Alonso Montes, quien fungía como presidente del Consejo Directivo de la tribu de Santa Marta, por el supuesto delito de defender las tierras de la comunidad.



- El día 17 de mayo de 1988, el cacique de la tribu de Las Vegas de Tepemechin, José Mártires Martínez, fue asesinado con arma blanca, dejando sus asesinos su cuerpo incinerado, tirado en un matorral y con el órgano viril en la boca.
- El 31 de marzo de 1990, Jorge Castro, de la tribu de El Tablón, salió a su finca de café y fue desaparecido, por lo que se sospecha que en este acto hubo participación de autoridades militares.
- El 10 de junio de 1991, sufrió un atentado el cacique de la tribu de Agua Caliente de Guadarrama, Rigoberto Torres, por parte de un miembro de la comunidad que había recibido dinero de un terrateniente para que le quitara la vida.
- Antes de ser asesinado, Vicente Matute había sido amenazado de muerte varias veces por terratenientes, madereros, cafetaleros y ganaderos del departamento de Yoro. Así, el día 15 de junio sufrió un atentado con machete y pistola calibre 22, siendo el autor de este hecho Tomás Madrid. Finalmente cayó asesinado junto con Francisco Meraz Guevara el 30 de septiembre del presente año, lo que ha producido la indignación de la comunidad étnica nacional e internacional. Esto ocurre precisamente en el momento en el que se está negociando con el Estado hondureño la remediación, demarcación, saneamiento y dotación de los títulos de las tierras que históricamente les pertenecen.

Los hechos mencionados demuestran que la persecución, hostigamiento y asesinato en contra de los dirigentes de la Federación de Tribus Xicaques de Yoro (Fetrixy) han sido permanentes y sistemáticos.

Además de tolerar la agresión en contra de la vida de los indígenas tolupanes, el Estado también atenta contra su patrimonio principal, que es la tierra, pues la pretendida Ley de Modernización Agrícola (Ley Norton) anula el artículo 27 de la Ley de Reforma Agraria y su reglamentación, que hasta ahora ha protegido en el papel la propiedad comunal de las tribus.

### 3. Llamamos

A todas las organizaciones étnicas fraternales para unir esfuerzos en defensa de nuestras tierras y de nuestra cultura.

A la solidaridad internacional, para que exija del gobierno hondureño la investigación y el castigo correspondiente a los culpables de crímenes en contra de los indígenas.



Los garífunas son el grupo étnico más numeroso de Honduras

Las Vegas el mártir fue Martínez. Alonso Montes, en la tribu de Santa Marta, y otros.

¿El movimiento étnico se está vinculando más a todo el movimiento popular?

□ Pues sí. Con la muerte del presidente Vicente Matute hemos visto cierta preocupación, y ojalá se preocupen más para hacer las investigaciones necesarias y castigar con todo el peso de la ley a los culpables del asesinato. Nosotros consideramos que este hecho va a movilizar a los pueblos indígenas en la lucha reivindicativa; tenemos la fe y la esperanza de encontrar la unidad y la solidaridad en las demás organizaciones populares, para hacerle frente a esta lucha que es difícil porque va contra el poder económico y político. Ellos se atienen a que poseen mucho poder político y mucho dinero, por eso mandan a asesinar a nuestros dirigentes.

¿Cuál es la meta del movimiento indígena en este momento?

□ La máxima aspiración de los pueblos autóctonos de Honduras es unificarse cada día más, constituirse en un organismo: la Coordinadora Nacional de Pueblos Autóctonos de Honduras. Consideramos que lo vamos a llevar a cabo para luego adherirnos a otras organizaciones populares hondureñas, y a otras internacionales, y así tener mayor apoyo. ■

## Resumen poblacional de los indígenas de Honduras

Etnia	Departamento	Población
Guajiniquil	Cortés	80 000
	Atlántida	
	Colón	
	Gracias a Dios	
Miskitos	Islas de la Bahía	35 000
	Gracias a Dios	
Lencas	Intibucá	80 000
	Lempira	
	La Paz	
	Santa Bárbara	
Tolupanes	Yoro	18 000
	Francisco Morazán	
Chortís	Copán	2 000
	Ocatepeque	
Pech	Olancho	1 595
	Colón	
	Gracias a Dios	



DISTRIBUCIÓN GEOGRÁFICA DE LOS PUEBLOS ÉTNICOS DE HONDURAS

- Garifunas
- ▲ Tolupanes
- Miskitos
- ✕ Lencas
- ◇ Tawahkas
- ◆ Pechs
- ▽ Chortís

### 4. Reafirmamos

El compromiso para luchar por los ideales de aquellos que, como Vicente Matute y sus antecesores, han sabido morir con entereza en defensa de los sagrados intereses de sus pueblos.

### 5. Exigimos

- La ratificación y no derogación del artículo 27 de la Ley de Reforma Agraria, y que se suscriba y ratifique de inmediato el convenio 169 de la OIT, por lo que éstos garantizan el patrimonio de los pueblos étnicos de Honduras.
- Que el gobierno ponga punto final a la impunidad de los atentados en contra de la vida de los indígenas, por lo que se imponen la justicia y el castigo para los autores intelectuales y materiales del doble asesinato de Vicente Matute y Francisco Meraz Guevara.

**Narciso Garay**, presidente por ley de la Federación de Tribus Xicaques de Yoro (Fetrixy), **Santiago Martínez**, director ejecutivo del Consejo Asesor Hondureño para el Desarrollo de las Etnias Autóctonas (CAHDEA), **Rafael Acosta Martínez**, presidente de la Federación de Tribus Pech de Honduras (Fetriph), **Santos Alfonso Domínguez**, presidente de la Organización Indígena Lenca de Honduras (Onilh), **Ramón Custodio López**, presidente del Comité para la Defensa de los Derechos Humanos en Honduras (Codeh), **Roy Guevara Arzú**, presidente de la Organización Fraternal Negra de Honduras (Ofraneh)



## Caminos indígenas: de la inhibición al desafío

### La imposible neutralidad indígena en El Salvador

Consuelo Roque

**E**n El Salvador se puede preguntar a un profesional, a un estudiante universitario, a un maestro, si hay indígenas en su país. La mayoría contestará que no, porque los salvadoreños desconocen la existencia de estos pequeños núcleos de población. Casi medio millón de indígenas (10% de la población total) han pasado desapercibidos durante los últimos sesenta años.

El desconocimiento se debe a que muchos de ellos pasaron a formar las masas campesinas. Otros han permanecido aislados desde la represión que sufrieron en 1932, durante la presidencia de Hernández Martínez, represión que se ha prolongado hasta la fecha.



Mujer nahua tejiendo petates de palma

#### Dónde se encuentran

Los pueblos indígenas mayas, lencas y nahuas se encuentran ubicados en todo el territorio salvadoreño. Los mayas radican en la zona norte de Santa Ana y Chalatenango. Aún se encuentran vestigios de los antiguos mayas en Tazumal, San Andrés, Ipaltepeque, Cihuatán, Tehuacán y Quelepa. Los lencas se encuentran al oriente del río Lempa, sobre todo en la parte norte de San Miguel y Morazán. Los nahuas se encuentran entre el río Paz y el río Lempa, en la zona sur, desde Ahuachapán hasta La Paz, departamento donde también se encuentran los nonoalcos. Actualmente los núcleos más grandes se encuentran en Sonsonate.

#### Represión de 1932 y de las últimas décadas

En 1931 los indígenas se organizaron para reclamar las tierras que les habían sido arrebatadas. El gobierno dictatorial de Maximiliano Hernández Martínez los acusó de comunistas para justificar la masacre que realizó en enero de 1932. Los indígenas que sobrevivieron se escondieron en cuevas y barrancos, cambiaron sus trajes, abandonaron sus costumbres y hablaron su lengua materna a escondidas por temor a los cuerpos represivos del gobierno.

Cuando se organizaron en cooperativas, nuevamente sufrieron persecución y muerte.

Uno de los casos más representativos e indignant es la masacre de Las Hojas, realizada en la cooperativa del mismo nombre, ubicada a 4 kilómetros de Sonsonate, en la que asesinaron a 74 indígenas en febrero de 1983.

#### Sus líderes

Los indígenas reconocen como principales líderes de su pueblo a Atonal, Anastasio Aquino, Feliciano Ama, Francisco Sánchez. Atonal fue el indígena que hirió la pierna de Pedro de Alvarado, en las batallas que libraron contra los invasores que llegaron en 1492. Anastasio Aquino fue el líder del levantamiento indígena de los nonoalcos contra el presidente Mariano Prado, asesinado en 1833. Feliciano Ama era uno de los líderes del levantamiento de 1932. Luego de su captura, fue colgado en la plaza pública para atemorizar a sus seguidores. Francisco Sánchez, también líder indígena, fue asesinado por Hernández Martínez en 1932.

#### Esfuerzos de organización

Los asesinatos de sus líderes y la represión desatada contra todos ellos no han detenido sus esfuerzos por organizarse. Los lencas, en Morazán, se organizan en mayordomías que trabajan en coordinación con la Iglesia Católica y con la alcaldía.

En la década de los sesenta, los indígenas de Sonsonate, con el apoyo de la Democracia Cristiana, se organizaron políticamente. Ante el incumplimiento del pacto social que habían acordado con la DC, la Asociación Nacional Indígena Salvadoreña (ANIS) se retiró de dicho pacto; un grupo de sus afiliados formó la Asociación Salvadoreña de Indígenas Demócratas (ASID), que continuó con el apoyo de la DC. ANIS se declaró inconforme con las políticas gubernamentales, y junto con otros sectores fundó la Unidad Nacional de Trabajadores Salvadoreños (UNTS), que actualmente es miembro del Comité Permanente del Debate Nacional (CPDN).

Su participación en estos organismos, así como las posiciones que ha hecho públicas en favor de la paz y en contra de la guerra, del gobierno y de las políticas de los Estados Unidos con respecto a su apoyo a la guerra, han provocado acusaciones en su contra y una permanente persecución contra sus miembros.

Actualmente, las dos organizaciones indígenas están en la oposición y mantienen relaciones de cooperación y solidaridad.

### Anastasio Aquino: comandante general de las Armas Libertadoras de Santiago Nonualco

“Su cara tiene una sonrisa irónica y mordaz que se extiende de oreja a oreja. Es macizo de carnes y fuerte. No sabe leer ni escribir, pero se le ve avisado y despierto.”

Esta descripción es una de las pocas que hay sobre Aquino, ya que la historia oficial sólo habla de fechorías y actos de pillaje. En la realidad fue un indígena que se rebeló contra la explotación y la represión que sufrió su pueblo tras la llegada de los españoles.

Hubo diversos levantamientos y la población fue diezmada. Pero los ánimos de los sobrevivientes prevalecieron. Aquino fue uno de los exaltados contra las fuerzas del gobierno de Mariano Prado. Logró conformar una fuerza de 3 mil hombres armados con varas de guisicoyol. Su cuartel general estaba ubicado en el cerro El Tacuacín. Sus fuerzas se movilizaban entre los departamentos de La Paz y San Vicente.

Fue traicionado y capturado. Lo acusaron de hereje y ladrón para justificar su asesinato. Murió decapitado en San Vicente. Su cabeza fue exhibida para ejemplo de los alzados contra el gobierno.

Pese a no saber leer ni escribir, Aquino formuló leyes que rigieron a su pueblo y que se conocen como los Decretos de Tepetitán:

#### Decreto A

Anastasio Aquino, comandante general de las Armas Libertadoras de Santiago Nonualco, en este día ha acordado imponer las penas a los delitos que se cometan y son los siguientes:

1. El que matare pagará una vida con otra.
2. El que hiera se le cortará la mano.
3. El que atropellare a las autoridades civiles y jefes militares será castigado con diez años de obras públicas.
4. Los que atropellaren a las mujeres casadas o recogidas serán castigados conforme a las leyes.
5. El que robe por la primera vez se le cortará la mano.
6. Los que anduvieren de las nueve de la noche en adelante se expondrán a peligro de muerte; y si se salvaren, a pagar su infracción con un año de obras públicas.
7. Los que fabricaren licores sufrirán multa de cinco pesos por la primera vez y de diez por la segunda vez.

Dado en Tepetitán el 16 de febrero de 1833.

#### Decreto B

Yo, Anastasio Aquino, comandante general de las Armas Libertadoras

de Santiago Nonualco, en este día he acordado lo siguiente:

Queden libres de obligación de pagar todos los deudores que se encontraren en el territorio en que hace sentir su fuerza mi gobierno.

El que intentare cobrar deudas contraídas antes de lo acordado sufrirá diez años de prisión, que pagará con obras públicas.

Dado en Tepetitán, en la noche del 16 de febrero de 1833.

(Tomado de *Las historias prohibidas de Pulgarcito*, de Roque Dalton)

Anastasio Aquino nació en Santiago Nonualco el 15 de abril de 1792. Fue hijo de Tomás de Aquino y María de San Carlos, indios. Aquino era: “De estatura alta; de buen grosor y con músculos bien desarrollados; pómulos salientes; nariz achatada; pelo liso, que bien puede ser negro; color de cutis, parduzco o cobrizo”.

Fue capturado el 21 de abril de 1833, en su refugio de la montaña. Estuvo preso en la cárcel de Zacatecoluca. Murió decapitado en la Cuesta de Monteros, San Vicente. ■



## Estructura de ANIS

La máxima autoridad de los indígenas es el Consejo de Ancianos; le sigue la Junta Directiva, con representación de sus doce cooperativas y filiales. Bajo ésta se encuentra el cacique, o *hermano mayor espiritual*, Adrián Esquino Lisco, quien fue nombrado por el Consejo de Ancianos.

Como organización, ANIS persigue, entre otros fines, defender los derechos de sus asociados, preservar sus costumbres y mantener unidos a los pueblos indígenas mayas, lencas y nahuas.

## Su economía

Se le podría llamar de supervivencia, ya que sus actividades sólo les reportan lo suficiente para su escasa alimentación. Algunos grupos desarrollan más la agricultura, aunque con una serie de limitaciones: la difícil obtención de créditos para semilla, abono e insumos agrícolas. Las cooperativas afiliadas a ANIS dependen de créditos bancarios, que casi siempre llegan tarde... cuando son aprobados. Otras veces es la falta de tierras fértiles. También se ven afectados por la ausencia de proyectos de cultivos de alterna-

tiva y de financiamiento. Cuando la sequía afecta los cultivos, los créditos no pueden ser cancelados a los bancos, la deuda se incrementa hasta volverse impagable para las familias indígenas.

El maíz es la base de su alimentación, aunque también cosechan frijoles, yuca, hortalizas, papas, camotes, oca, maicillo, frutas y otros.

## Su artesanía, otra fuente de ingresos

Muchos grupos indígenas, sobre todo los de Nahuizalco, en Sonsonate, los lencas de Cacaopera y algunos grupos aislados basan su economía en la comercialización de su artesanía.

Las artesanías indígenas son la alfarería, cerámica, tejidos en mimbre, yute y palma; petates, hamacas, metates, sombreros, comales y otras muchas. En algunos lugares todavía se teje en telar.

La venta de estas artesanías genera ingresos para las familias indígenas, pero son los intermediarios y los mayoristas quienes se quedan con el mayor porcentaje de las ganancias.

A este respecto, ANIS hace gestiones para la obtención de créditos o financiamiento de proyectos que minimicen la crisis alimentaria. También promueve la manufactura de artesanías en los hogares, como una forma de sustituir los productos industriales de origen extranjero, como los plásticos.

## Cómo proteger a la madre naturaleza

En el presente año los indígenas han coordinado actividades con los organismos ecologistas que realizan campañas para preservar el medio ambiente, lo que para los indígenas tiene un carácter sagrado, ya que la naturaleza es la gran madre que da vida, alimento, oxígeno, agua, fuego.

En asambleas con su afiliados, el cacique de ANIS hace conciencia sobre el cuidado del medio ambiente para no dañarlo, como hacen los grandes industriales, que contaminan los ríos con sus desechos; el aire, con el humo de sus fábricas y vehículos; o con el uso de pesticidas y otros venenos.

En las comunidades indígenas se promueve la construcción y uso de las letrinas aboneras, para contrarrestar la carestía de los abonos químicos.

La medicina natural es de mucho valor para

ellos; no aceptan el empleo de medicamentos de patente y aseguran que sus antepasados gozaban de larga vida porque no los usaban. Algunos, sin embargo, recurren a ella en casos extremos, pero casi todos tienen junto a su rancho las plantas y arbustos que alivian sus enfermedades. Esta práctica puede ser la solución al problema de los fármacos excesivamente caros.

## Logros culturales: su lengua

Una de las principales preocupaciones de ANIS ha sido la preservación de su lengua materna, el náhuatl. Muy pocos lo hablan y no existe mucho interés entre los jóvenes por aprenderlo, ni voluntad institucional por preservarlo.

Aunque con muchas dificultades, ANIS ha logrado levantar la escuela bilingüe náhuatl-español en una de sus cooperativas.

Para la enseñanza de su lengua materna contarán con material elaborado por ellos con el apoyo de la Universidad de El Salvador. Los lencas también han preservado su lengua, el ulúa, con base en la tradición oral.

## El náhuatl

Creer y aceptar que todavía hay indígenas es para muchos muy difícil. Más difícil aún es creer

que existen hablantes de una lengua que ha permanecido viva pese a cinco siglos de dominación y tras la represión de 1932. Los ancianos recuerdan que en esa época "no podían hablar su lengua materna, porque se delataban como indígenas y los asesinaban".

La población que aún habla esta lengua es muy reducida. Los jóvenes no la practican, y algunos se avergüenzan de hablarla. El vocabulario náhuatl es vasto. Gran parte de la nomenclatura de animales, lugares y plantas suele ser náhuatl. Algunos ejemplos:

*Maquilishuat*, de *macuil*, cinco, e *ishuat*, hoja: "árbol de cinco hojas". *Ayutuxtepeque*, de *ayutux*, cusuco, y *tepec*, cerro: "cerro de los cusucos". *Zacatecoluca*, de *zacat*, zacate, *teculut*, tecolote, y *cu*, lugar: "lugar de zacates y tecolotes". *Suchitoto*: de *suchit*, flor, y *tutut*, pájaro: "pájaro-flor".

## ANIMALES

<i>teculut</i> : tecolote	<i>chagalin</i> : camarón
<i>tacuatzin</i> : tacuazín	<i>tzigat</i> : hormiga
<i>papalut</i> : mariposa	<i>tijlan</i> : gallina
<i>masat</i> : venado	<i>cuilin</i> : gusano

## PLANTAS

<i>achiyut</i> : achiote	<i>chil</i> : chile
<i>guyul</i> : coyol	<i>shugut</i> : jocote
<i>shigamaj</i> : jicama	<i>tumat</i> : tomate
<i>tzaput</i> : zapote	<i>aguacat</i> : aguacate

## Su religión, costumbres y manifestaciones artísticas

La represión y la influencia de costumbres ajenas han afectado el desarrollo de la cultura indígena, pero no han logrado destruirla. Ellos se esfuerzan por mantener sus creencias y rendir culto a sus deidades: el sol, la madre tierra, el agua, la lluvia, el fuego, el maíz. Para celebrar sus ceremonias, cuentan con un templo sagrado, el Tameshcal, situado en San Ramón, a unos cuatro kilómetros de Sonsonate. También realizan una ceremonia anual en el cerro El Tacuazín, en honor de Anastasio Aquino.

Cuando celebran ceremonias o encuentros con otros pueblos afines, la mayoría viste sus trajes aborígenes: la mujer, blusa y refajo; los hombres, su cotón y, en ocasiones, un pantalón corto y adornos de plumas, sea descalzos o con

Nahuas enterrando a sus parientes víctimas de la masacre de Las Hojas



## Los miembros de ANIS en el Primer Encuentro Nacional de Indígenas y Campesinos Salvadoreños

Este encuentro se realizó en El Salvador, en la comunidad de Sonsonate, los días 6, 7 y 8 de septiembre, con la presencia de las delegaciones del Centro Salvadoreño de Tecnología Apropiada (Cesta); Centro de Investigaciones Antropológicas para el Desarrollo de El Salvador; Ministerios Ecueménicos de Desarrollo y Paz, de México y El Salvador; y la Asociación Nacional Indígena Salvadoreña (ANIS).

En la Declaración de Acuerdos, firmada por los organismos participantes, los indígenas exigen:

- ☐ Acceso a nuevas tecnologías en las labores del campo.
- ☐ Que la ecología sea un espacio de respeto.
- ☐ Que las comunidades sean declaradas reservas ecológicas.
- ☐ Que se permita un representante de los mayas, los

lencas y los nahuas en el gobierno.

- ☐ Respeto a su sistema de cargos administrativos locales para ejercer sus leyes internas y coordinar con las autoridades del Estado.
- ☐ Que se les permita el registro jurídico de sus formas de organización espiritual y administrativa.
- ☐ Que se reconozca en la Constitución política su carácter cultural de indígenas. ■



caites. Allí cantan, bailan y tañen tambores, silbados, marimbas, violines, concertinas, guitarras.

Sus danzas están llenas de colorido: *El torito pinto*, *Los chiraguaquitos*, la *Danza de la serpiente*, la de *Los conejos*, la del *Puro*. Los lencas bailan la *Danza de los emplumados* y la de los *Negritos*.

Las mejores ocasiones para expresar su canto, su música y danzas ocurren durante los encuentros con otros pueblos, tanto en El Salvador como en otros países en donde ya gozan de reconocimiento, aunque éste sea limitado a las organizaciones indígenas, populares o sindicales, porque de los gobiernos no lo han obtenido jamás, ni en su propio país, al que todavía denominan Cuscatlán.

#### Sus festivales y encuentros con otros pueblos indígenas

Es ya tradicional para los integrantes de ANIS el festival mundial que todos los años celebran en diciembre. La finalidad es discutir y analizar su problemática para proponer alternativas de solución. Asisten delegaciones de distintos países que se solidarizan y apoyan sus proyectos. Muy pocos ladinos (o mestizos) se interesan por participar en estos festivales.

Como parte de su estrategia para darse a conocer y ampliar su membresía, ANIS ha realizado sus festivales en lugares como Perquín, Nahuizalco o Sonsonate. También en otros sitios que conservan aún remanentes de la cultura indígena.

Recientemente realizaron un encuentro con delegados mexicanos y sectores solidarios, para conocer la problemática de sus comarcas, la situación causada por la sequía y, sobre todo, para obtener el apoyo que les permita reivindicar sus derechos como población.

Durante estos encuentros y festivales se presentan grupos ataviados con sus trajes autóctonos, sus instrumentos, sus armas y sus símbolos, aunque cotidianamente usan la vestimenta de los mestizos.

Es significativo que a estas actividades no acudan delegados de los grupos indígenas de Izalco, que reconocen a otro cacique, ni los afiliados a ASID, de la Democracia Cristiana. Si asisten los lencas de Morazán, con quienes mantienen relaciones de solidaridad y un real acercamiento, así como los delegados indígenas de México, Guatemala y otros países.

#### Un nuevo esfuerzo: la organización de la mujer

Un elemento de la cultura de sometimiento en que ha vivido el pueblo indígena es el machismo. Una característica de éste es la sumisión de la mujer a las decisiones del varón.

Como una forma de restaurar sus costumbres, ANIS realiza un nuevo esfuerzo: organizar la Coordinadora de la Mujer Indígena. Este organismo está formado por mujeres de las cooperativas de ANIS, con objeto de desarrollar actividades que beneficien a sus familias, que permitan a las mujeres tomar decisiones y colaborar con sus compañeros de vida, dentro de la problemática que afecta a ambos como pareja y como padres de familia.

El trabajo que realicen como mujeres será de beneficio para su organización y para su pueblo. Actualmente su presidenta participa en seminarios, encuentros y actividades que promueven otros organismos afines, dentro y fuera del país. Un grupo de mujeres ha participado en cursos de capacitación para tejidos en telares manuales.

La formación de las mujeres en las artesanías será un punto clave para el desarrollo de la economía familiar; el uso de objetos fabricados por ellas será determinante para los proyectos ecologistas y para la educación de los hijos.

Las madres podrán asumir el papel de capacitadoras, y así sus costumbres y artesanías tal vez perduren otros 500 años.

Al centro, el cacique de los indígenas de ANIS



#### Los pueblos indígenas en el marco de la guerra

Los pueblos indígenas han tratado de permanecer neutrales en la guerra que abate a El Salvador desde hace once años. Según ellos, no es una guerra de ellos. Sin embargo, han sido afectados.

Primero, porque el reclutamiento forzoso ha arrancado a los jóvenes de sus hogares, reduciendo la fuerza laboral para trabajar la tierra. Segundo, porque muchos de ellos han sido asesinados por sospechosos o por reclamar tierras para la siembra, ya que los cuerpos de seguridad del gobierno relacionan la demanda de tierras con los movimientos guerrilleros. A esto se suman los muertos en combate como miembros de un ejército que nunca ha luchado por los intereses de los indígenas.

Con todo y la guerra, sobreviven. Los lencas de Cacaopera, en Morazán, se consideran privilegiados porque han logrado mantenerse vivos durante once años de guerra, en medio de los dos bandos contendientes.

En sus festivales reclaman el cese de la guerra. ANIS se declara siempre en favor de la paz. Sin embargo, las fuerzas armadas han obstaculizado algunas de sus actividades. Tal fue el caso del festival realizado en 1988 en Perquín: la fuerza armada tomó la población y realizó un operativo en los sitios aledaños, poniendo en peligro las vidas de los participantes.

#### Sobre el Quinto Centenario

Los indígenas han vivido con limitaciones económicas, políticas y sociales, pero han sobrevivido a 500 años de dominación, y están dispuestos a cambiar las cosas.

Desde hace algún tiempo, realizan encuentros en coordinación con otros pueblos indígenas de América. Ya se han reunido en Ecuador, Perú, México, Guatemala, Canadá y los Estados Unidos para tomar acuerdos sobre la celebración del Quinto Centenario de su descubrimiento —o su desgracia, como ellos suelen decir.

En contraposición a sectores gubernamentales que preparan un homenaje de reconocimiento a la *Madre Patria*, ellos recordarán el genocidio que sufrieron desde la llegada de Colón: la imposición de una cultura ajena, otra lengua, otra religión, otros gobernantes; la esclavitud, los trabajos forzados, el exterminio.

#### El testimonio de Adrián Esquino Lisco

Parte del discurso pronunciado por el dirigente de ANIS, Adrián Esquino Lisco, frente a las estatuas de Cristóbal Colón e Isabel la Católica, en el portón oriente del Palacio Nacional de San Salvador, el 12 de octubre de 1991, después de la ceremonia oficial por la celebración de los 499 años de la invasión.

**E**sta mañana el gobierno estuvo celebrando la llegada de los intrusos. Los nahuas, lencas y mayas no hemos ido a poner coronas a las tumbas de los jefes indígenas, aunque estemos conmemorando un día de luto.

En el año de 1492, los invasores vinieron a nuestra madre tierra y trajeron una cruz adormecedora, y en aquellas épocas les hicieron creer a los jefes indígenas. Pero nuestros dioses: el dios Sol, dios Agua, Madre Tierra, dios Fuego, dios Maíz, no fueron traídos de España. El viento, que nos sopla en estos momentos, no es traído de España; es nuestro. Son los verdaderos dioses de nosotros. Los invasores, al invadirnos, nos crucificaron.

La espada es un símbolo que podemos ver en la Honorable Corte Suprema de Justicia; los abogados tienen una mujer cegada con la espada en la mano. Y eso quiere decir que la justicia está cegada para los pobres. Y la espada es para el pueblo; la espada de una situación de desgracia económica, de miseria.

La represión es para todos y no hay abogados que nos defiendan. Nuestros apoderados son los planetas, *tata sol* y *nana tierra*. Los problemas los tenemos que resolver nosotros, porque no nos ayudan; sólo la madre tierra no nos abandona.

Aquí se da mucho el racismo: por el olor del sudor nos dicen que los indios somos cochinos; pero, cuando se comen los elotes, no recuerdan que los indígenas hediondos los han cultivado con el sudor sagrado de los indígenas, que es el tributo para la madre tierra.

Esperamos que un día podamos comprender que somos hermanos; aunque hoy, por las culturas extrañas, han perdido la identidad muchos hermanos.

Queremos decirles que muchos no nos respetan nuestros vestidos, nuestras costumbres; y nos obligan a poner otros vestidos, uniformes, a nuestros hijos. Y esto lo hacen los profesores en las escuelas.

Los pueblos indígenas nahuas, lencas y mayas de Cuscatlán y los demás pueblos indígenas de toda América no podemos quedarnos cruzados de brazos ante la celebración de los 500 años de invasión. Los indios de todos los países vamos a recorrer toda América, hasta llegar a Washington, para dar a conocer nuestro repudio por esa celebración. ■

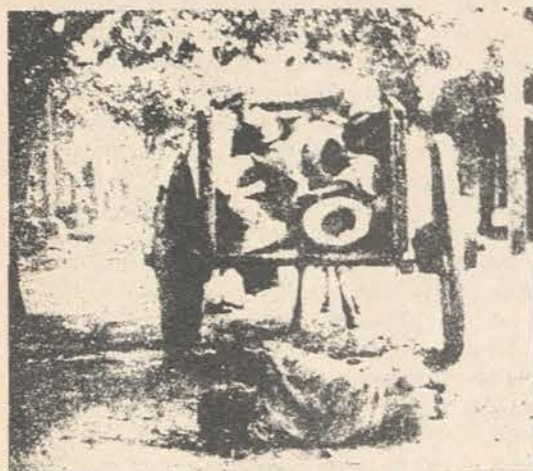


En una asamblea, el cacique de ANIS decía a los indígenas: "Nos vinieron a someter, a dominar, con la espada en una mano y la cruz en la otra..."

Las celebraciones han comenzado a movilizarse a distintos sectores sociales que seguramente mostrarán una identificación *ocasional* con los pueblos indígenas, convirtiéndose en sus defensores en razón de diversos intereses. Pero, según afirman en ANIS, tendrán que "hablar claro con algunos, ya que ellos siempre han estado solos, y en 500 años únicamente los han explotado y los han usado como objetos turísticos".

Las instituciones que verdaderamente pueden asumir un trabajo coordinado con los indígenas para conocer y difundir su cultura se están demorando demasiado.

Hay tanto que investigar, aprender y conocer de los indígenas que no es posible esperar otros 500 años. ■



A raíz del levantamiento popular campesino de enero de 1932, fueron fusilados millares de salvadoreños; los cadáveres fueron sepultados en fosas comunes



## La masacre de 1932

### Un testimonio oficial de la masacre de 1932

Coronel Gregorio Bustamante Maceo, en *Historia militar de El Salvador*, publicación del Ministerio del Interior, Imprenta Nacional, San Salvador, 2a. ed., 1951.

**A** si fue que en diciembre de 1931 se efectuaron grandes levantamientos populares en los departamentos occidentales de la República, organizados por los líderes principales Farabundo Martí y los estudiantes Mario Zapata y Alfonso Luna, que tenían su cuartel general en los suburbios de San Salvador, donde fueron capturados y fusilados inmediatamente, sin forma de juicio alguno, y habiéndoles cogido varias listas de adeptos en las que figuraban los nombres de obreros residentes en la capital, todos fueron perseguidos y fusilados a medida que iban siendo atrapados, inclusive obreros inocentes que fueron denunciados por inquina personal, pues bastaba el chisme de una vieja cualquiera para

llevar a la muerte a muchos hombres honrados y cargados de familia. Todas las noches salían camiones cargados de víctimas de la Dirección General de Policía hacia las riberas del río Acelhuate, donde fueron fusilados y enterrados en grandes zanjas abiertas de antemano. Ni los nombres de esos mártires tomaron los bárbaros ejecutores. El general Martínez movilizó fuerzas para enviarlas a combatir los levantamientos, dando órdenes sumamente drásticas, sin restricción alguna a los jefes que mandaron esas tropas. Las ametralladoras comenzaron a sembrar el pánico y la muerte en las regiones de Juayúa, Izalco, Nahui-zalco, Colón, Santa Tecla, el volcán de Santa Ana y todos los pueblos ribereños desde Jiquilisco hasta Acajutla. Hubo pueblos que quedaron arrasados completamente y los obreros de la capital fueron diezmados bárbaramente, y un grupo de hombres ingenuos que se presentó voluntariamente a las autoridades ofreciendo sus servicios fue llevado al interior del cuartel de la Guardia Nacional, donde, puestos en fila, fueron ametrallados sin quedar uno. El pánico cundió. Varios comerciantes extranjeros pidieron auxilio a sus respectivas naciones y el gobierno británico mandó barcos de guerra al puerto de Acajutla, de donde pidieron permiso al presidente Martínez para desembarcar tropas en auxilio de sus conciudadanos, pero el tirano no concedió tal permiso, alegando que su autoridad era suficiente para dominar la situación, y en prueba de ello les transmitió un parte telegráfico fechado en la ciudad de Santa Ana, transmitido por el general don José Tomás Calderón, que decía: "Hasta el momento, llevo más de 4 mil comunistas liquidados".

La matanza era horrorosa, no se escaparon niños, ancianos ni mujeres. En Juayúa se ordenó que se presentaran al cabildo municipal todos los hombres honrados que no fueran comunistas, para darles un salvoconducto, y cuando la plaza pública estaba repleta de hombres, niños y mujeres, pusieron tapadas en las calles de salida de la plaza y ametrallaron a aquellas multitudes inocentes, no dejando vivos ni a los pobres perros, que siguen fielmente a sus amos indígenas. El jefe que dirigió aquella terrible masacre, pocos días después, refería con lujo de detalles aquel hecho macabro en los parques y paseos de San Salvador, jactándose de ser el héroe de tal acción. Las matanzas siguieron al por menor, efectuadas por las famosas *cívicas* organizadas por el general Martínez en todos los pueblos, compuestas por hombres perversos que cometieron abusos incalificables contra la vida de las personas, las propiedades y la honra de niñas inocentes. Diariamente informaban al mandatario el número de víctimas habidas en las 24 horas transcurridas, y el despojo de bienes era tal que hasta las aves de corral quedaron agotadas. Las crónicas publicadas por distintas personas afirmaron que el número de muertos ascendió a más de 30 mil, pero en la realidad no bajaron de 24 mil los asesinados. Jamás podrán olvidarse los aciagos meses de diciembre de 1931 y los de enero, febrero y marzo de 1932. ■

## Los mapuches chilenos: errantes en su propia tierra

Nancy Astelli  
y Eduardo Henríquez

**L**as organizaciones indígenas afirman que es insuficiente la decisión del Estado chileno de dictar en el futuro próximo una nueva ley indígena. Esta política, al igual que otras semejantes adoptadas en el pasado, no resuelven el problema de fondo. Desde hace más de cien años, luego de la derrota militar que les infligió el ejército de Chile, los pueblos indígenas vienen demandando la recuperación de sus tierras ancestrales, de las que fueron violentamente despojados, primero por

Mujeres mapuches bailando en torno al árbol canelo en un ritual (fotografía de Pedro M. Caroca)





MOVIMIENTOS INDÍGENAS

los españoles y luego por los colonos chilenos y extranjeros, que establecieron en sus dominios grandes latifundios.

Los dirigentes de los pueblos autóctonos están convencidos de que la segregación racial, la injusticia y la pérdida sistemática de su cultura son problemas que no existen para la mayoría de la sociedad chilena. Sostienen que la conciencia desarrollada en el mundo por las entidades defensoras de los derechos humanos y los ecologistas constituyen la última esperanza para defender los últimos reductos y la cultura del pueblo mapuche, descendiente directo de los aguerridos indígenas que, con palos y piedras, se enfrentaron durante casi cuatro siglos a los poderosos ejércitos invasores de la corona española y, posteriormente, al de Chile.

Una historia de resistencia

La heroica resistencia de los mapuches, entre los años 1536 y 1883, inspiró al español Alonso de Ercilla y Zúñiga su poema épico *La araucana*, considerado la epopeya cumbre del Renacimiento español.

Alonso de Ercilla (1533-1594) recibió una sólida educación en la corte de Felipe II, lo que le permitió viajar por Europa y adquirir amplia cultura. En 1555, cuando el joven Ercilla contaba 18 años, viajó al nuevo continente en busca de gloria para su rey.

En su obra, que mereció el elogio de Miguel de Cervantes y de Lope de Vega, el joven poeta-soldado relató el carácter de las guerras que sostuvieron dos pueblos con altivez, valor y astucia. Al inicio de su poema, escribe: "Chile, fértil provincia y señalada/ en la región antártica famosa/ de remotas naciones respetada/ por fuerte, principal y poderosa;/ la gente que produce es tan granada,/ tan soberbia, gallarda y belicosa/ que no ha sido por rey jamás regida/ ni a extranjero dominio sometida".

Tras la llegada de los españoles y la posterior creación de la República de Chile, los otrora poderosos mapuches viven hoy condenados a la indiferencia oficial, aplastados en sus derechos fundamentales, confinados a pequeñas e inhóspitas reservaciones en las faldas de la cordillera de los Andes, en la parte sur de Chile.

Es una zona poblada de bosques milenarios de araucarias, que han despertado la voracidad de las multinacionales, con la amenaza de privar a los mapuches de su antigua relación con la madre tierra.



Navegantes, nómadas y sedentarios

Los indígenas que desde tiempos inmemoriales poblaron el actual territorio chileno y la parte sur de Argentina formaban once pueblos, nómadas, navegantes, pedestres y sedentarios.

Entre los navegantes que se desplazaban libremente por las costas del océano Pacífico, estaban los changos, en el litoral norte y en el extremo sur; entre el cabo de Hornos y mirando hacia la Antártida, operaban los alacalufes y los yamanes o yaganes; paralelamente, y fuera del territorio continental, los rapa nui habitaban la polinesia Isla de Pascua, incorporada en 1888 al territorio chileno por el presidente José Manuel Balmaceda.

Las bandas pedestres estaban integradas por tribus que no sabían navegar. Entre éstas, se destacaban los selknam u onas, que vivían en la austral isla de Tierra del Fuego; los tehuelches, que poblaron las frías estepas del norte del estrecho de Magallanes, a quienes los españoles denominaron patagones; y, por último, los pehuenches en las zonas cordilleranas, ubicadas en el espacio de unos mil kilómetros al sur, entre Santiago y Puerto Montt.

En el extremo norte de Chile, en las zonas cordilleranas y en los oasis del desierto de Atacama, considerado el más inhóspito del mundo, estaban los atacameños y los aymarás. El norte verde era la tierra de los diaguitas.

En la zona más fértil, que se extiende entre Santiago y el sur, en un espacio de 31 millones de hectáreas, vivían los pueblos mapuches (*mapu* = tierra, *che* = gente), constituidos por las familias de los picunche, los huilliche y los araucanos, como los denominaban los españoles.

Derrotados y expropiados

La larga guerra de resistencia de los mapuches culminó con la derrota militar que les infligió en 1883 el ejército chileno. Ésta dejó como saldo un pueblo indígena diezmado por una salvaje represión, que les robó sus ganados, les quemó sus viviendas, les impuso una religión extraña y una cultura distinta, y, por último, les expropió 95% de sus tierras ancestrales.

A partir de 1884, el ejército chileno, victorioso, emprendió la política que denominó *pacificación de la Araucanía*. Replegó a los mapuches a un territorio que equivalía a 5% de sus antiguas tierras, las que pasaron a llamarse *reducciones*, y que desde entonces forman parte

de los sectores más pobres de Chile.

Para el pueblo mapuche, la tierra es el eje de su visión del mundo, es la base de su organización económica y social, de su cultura, sus valores y creencias.

Al respecto, el manifiesto de Ad Mapu, la principal organización del pueblo mapuche, sostiene que "la tierra, como otros bienes, representa otra dimensión, que podría llamarse de carácter sagrado. Es ella la que nos proporciona alimentos, base de nuestra vida humana, que va indisolublemente ligada al carácter social".

La tierra tiene para ellos un carácter colectivo. "De esta manera, vemos las cosas interrelacionadas: tierra-hombre-vida social; por eso no se explica de otro modo que hasta nuestros días dure la larga y heroica resistencia de nuestro pueblo mapuche", acota el manifiesto.

En los últimos cien años, aun diezmados, se han alzado contra la sistemática usurpación de sus tierras y los abusos de los latifundistas que los explotan, alzamientos que han sido sofocados violentamente por parte del Estado.

Los dirigentes de Ad Mapu recuerdan que, a comienzos de siglo, los latifundistas lanzaron una siniestra campaña para usurpar miles de hectáreas de las reducciones indígenas. Según denuncias de las autoridades mapuches al gobierno de la época, fue común que se incendiaran viviendas indígenas, con todo y sus moradores.

María Teresa Conchillo, vocera de Ad Mapu, recuerda que toda aquella campaña fue alentada por los diarios, que provocaron un clima de hostilidad hacia las comunidades indígenas.

Las investigaciones realizadas por diversos organismos no gubernamentales y entidades universitarias señalan que los sobrevivientes de esta larga historia de despojos y violaciones sistemáticas a los derechos humanos individuales y colectivos han quedado reducidos a menos de 5% de la población total de Chile. De esta cifra, los mapuches son unos 560 mil, seguidos por unos 40 mil aymarás, junto a menos de dos docenas de alacalufes y de dos onas. El resto se ha extinguido.

Los pueblos indígenas chilenos, a pesar del abandono de que han sido objeto durante los últimos cien años, tuvieron un breve periodo de bonanza entre los años 1964 y 1973, durante los gobiernos de Eduardo Frei Montalva y de Salvador Allende Gossens. En ese periodo, en el marco de la reforma agraria, los mapuches recuperaron importantes extensiones de tierras

CHILE



usurpadas. Se dictó una ley especial para proteger los derechos de las etnias y se creó el Instituto de Desarrollo Indígena.

Con el advenimiento de la dictadura militar, el 11 de septiembre de 1973, se dictó una nueva legislación que canceló todos los avances y apuntó centralmente a liquidar el sistema comunitario de propiedad de los indígenas.

Las migraciones forzadas

Bajo las nuevas condiciones creadas por la dictadura y la creciente escasez de tierras, los mapuches se vieron obligados a emigrar de sus reducciones en busca de mejores horizontes. Según estudios realizados por la Academia de Humanismo Cristiano, la emigración afecta a uno de cada diez miembros de una familia indígena; 67% de las migraciones tiene como destino Santiago. El resto se distribuye en las ciudades del sur: Temuco, Concepción y Osorno, donde en su mayor parte los mapuches trabajan como obreros panificadores, de la construcción y en empleos domésticos.

Desde el año 1982, Ad Mapu viene denunciando que sus hermanos mapuches y de otras etnias que han emigrado a las ciudades chilenas son el sector peor remunerado, y que la mayoría carece de protección social alguna. Sostiene que a esta explotación extrema, que comparten con otros migrantes campesinos, se suma el trato discriminatorio y despectivo con que son humillados aun por chilenos de su misma clase.

La voracidad de las empresas forestales y agrícolas vinculadas a las corporaciones multinacionales, interesadas en la tala indiscriminada de los bosques milenarios y en la ocupación de las últimas reducciones indígenas, pone a los herederos de los mapuches en lo que podría ser su última batalla, con riesgo de ser definitivamente borrados de la faz de su madre tierra.

Los dirigentes mapuches señalan como altamente positivo el apoyo que han recibido de los grupos de ecologistas y de defensa de los derechos humanos durante las dos últimas décadas. Este apoyo constituye la mejor arma política para acumular fuerzas en torno a sus demandas históricas y es el mejor muro de contención contra el exterminio de su raza y de su cultura. ■

Mujeres mapuches en marcha por las calles de Santiago de Chile



## Las falsas promesas estimulan nuevas luchas en Ecuador

Jackeline Villagómez

**E**l 4 de junio de 1990, el movimiento indígena ecuatoriano fue protagonista de uno de los hechos más trascendentales dentro del proceso de lucha y resistencia de los pueblos indios.

Entre el 28 de mayo —fecha de la toma de la iglesia de Santo Domingo— y el 10 de junio, las comunidades indígenas de la sierra, la costa y la Amazonia se movilizaron en un acto de protesta sin precedentes en las últimas décadas, y paralizaron el país, dando muestras de gran organización y fuerza.

Las reivindicaciones sociales, gremiales y económicas dejaban de ser las únicas en la escena política del país. Por primera vez el análisis clasista era rebasado para ser planteado —con sorpresa en unos casos y mucha preocupación en otros— el problema étnico, que ha estado latente durante casi 500 años, sin que nunca antes fuera considerado en su real importancia por ninguno de los sectores sociales que han protagonizado la historia del pueblo.

Luis Macas, presidente de la Conaie, expresaba que el levantamiento fue “contra la injusticia, por el derecho a una vida digna y a la autodeterminación de las diez nacionalidades indígenas que luchamos por defender nuestros legítimos derechos históricos”. El levantamiento puso al descubierto la dramática situación por la que atraviesan los indios en el Ecuador. Se trata de un problema nacional que incumbe a toda la sociedad en su conjunto, y no sólo a los pueblos indios.

Este hecho histórico fue una protesta auténtica y un llamado a continuar luchando por el derecho a la tierra, por la reforma de la constitución política, por la defensa de una cultura que, a pesar del sojuzgamiento de casi cinco siglos, se mantiene viva y en pie.

Asimismo, este suceso representa grandes retos, tanto para el propio movimiento indígena como para las fuerzas políticas y sociales, que se ven emplazadas a tomar posición frente a este sujeto político nuevo y beligerante.

### Las leyes no se han hecho práctica

El levantamiento indígena nacional puso en evidencia la ineficacia de las dos leyes de reforma agraria expedidas respectivamente en 1964 y 1972. Ambas, en distintos momentos, han cumplido con dos objetivos fundamentales para la modernización del capitalismo en el Ecuador. Por un lado, propiciaban el flujo de mano de obra barata en el ámbito industrial hacia las principales ciudades —Quito, Guayaquil y Cuenca— y hacia las plantaciones agrícolas de exportación. Por otro lado, propiciaban la concentración de las mejores tierras en pocas manos. Esto dio por resultado la migración masiva de indígenas, con su correspondiente desarraigo, situación que no ofreció la seguridad y sobrevivencia de las familias indígenas, que en su mayoría quedaban a cargo de las mujeres, además del hacinamiento de familias campesinas e indígenas en barrios periféricos, en condiciones inhumanas, y la explotación inmisericorde en los puestos de trabajo.

### Mucha propaganda y mínimos resultados

Sobre los 16 puntos del mandato del levantamiento indígena, resultantes del diálogo con el gobierno, que se inició a raíz de este hecho, se puede decir que ha habido mucho ruido y pocas nueces. Tras las declaraciones del presidente de la República y sus ministros ha tenido lugar una campaña de desprestigio contra el movimiento indígena y sus dirigentes. En cuanto a los resultados, lejos de ser alentadores, son realmente sombríos.

En lo relativo al primer punto del mandato: “solución y legalización en forma gratuita de la tierra y territorios de las nacionalidades indígenas”, no sólo se han agudizado los conflictos a propósito de la tierra, sino que paulatinamente las comunidades han visto esfumarse las esperanzas de obtener tierra. Como consecuencia de una falta de voluntad política del gobierno y de la negligencia de los organismos estatales que deben facilitar informes, inspecciones, etcétera, hay un permanente desgaste de la dirigencia indígena.

Sobre el sexto punto, que reza: “Condonación de las deudas por parte de Foderuma, IERAC, FEPP, Banco de Fomento, de acuerdo a las exigencias de la Conaie”, tampoco hay progreso. Por el contrario, de la propuesta global inicial, poco a poco la Conaie ha sido arrinco-



nada para negociar casos aislados en diferentes provincias, sin que lleguen a concretarse soluciones integrales.

En lo referente al punto 7: “reforma al artículo número 1 de la Constitución de la República, a través del cual nuestro país sea reconocido como Estado plurinacional”, la Ley de Nacionalidades Indígenas, presentada al Congreso Nacional en el año 1987, sigue esperando mejor suerte. Las presiones de la Conaie no han servido para agilizar su discusión, menos aún su aprobación, sea por falta de mayoría parlamentaria, o porque esta ley —como otras— sólo ha sido motivo de chantaje durante los periodos electorales.

Se podría seguir haciendo un recuento de otros puntos del mandato, pero tendríamos resultados que no abonan la solución de los múltiples problemas que enfrentan los indígenas.

### Hacia un debate nacional

A pesar de las adversidades sorteadas por las organizaciones indígenas, la Conaie ha venido planteando una propuesta política para todos los sectores de la sociedad. Sus dirigentes han expresado que el movimiento indígena pretende generar un diálogo con trabajadores, estudiantes, cristianos, jóvenes, profesionistas, ecologistas, mujeres. Proponen buscar, a través del debate, salidas a las crisis que enfrentan, tanto los pueblos indígenas, como los sectores populares del país.

Los ejes de la propuesta se apoyan en los siguientes puntos:

a) Proyectar una democracia cuya soberanía sea realmente ejecutada por los pueblos según su cosmovisión y a través de su propia representación.

b) Reorganizar el Estado a imagen y semejanza de los pueblos, según su historia y su cultura, es decir, un Estado que reconozca el carácter pluriétnico y plurinacional, y que no sea excluyente ni discriminatorio.

c) Propender a la superación de la crisis y al establecimiento de una economía que tenga como objetivo fundamental la satisfacción de las necesidades básicas de los pueblos, tales como tierra, alimentación, salud, vivienda, trabajo, educación, recreación, etcétera. Rescatar y renovar modos de vida, modelos de consumo y valores tales como la reciprocidad en la acción colectiva y la solidaridad entre los necesitados.

d) Crear una sociedad que instaure una relación armoniosa entre el ser humano y la naturaleza, respetando y resguardando la dinámica ecológica como elemento fundamental de la supervivencia humana.

El proceso de diálogo ha tenido gran importancia para la Conaie. Le ha permitido ver en toda su dimensión al actual gobierno y a los partidos políticos que participan en el Congreso Nacional. Le deja esta lección: confiar más en las propias fuerzas y no anidar esperanzas en soluciones coyunturales, menos aún en salidas electorales. Hoy, más que nunca, se hace evidente la necesidad de un fortalecimiento de las organizaciones locales, provinciales, regionales y nacionales. ■

Movilización por la tierra, en Ambato, Ecuador

Abajo: Marcha conmemorativa del levantamiento indígena en Quito



## La venganza del sistema

Entrevista con Gonzalo Guzmán,  
secretario de Organización  
de Ecuarrunari

Jackeline Villagómez

**G**onzalo Guzmán es dirigente nacional de Ecuador Runacunapac Riccharimui (Ecuarrunari) y su actual secretario de Organización. Fue encarcelado y torturado por el ejército el día 11 de junio de 1991, durante el paro organizado por la Federación Indígena y Campesina de Imbabura (FICI) y otras organizaciones populares de la provincia.

*¿Podría usted decirnos cuál es su punto de vista sobre la represión desatada por el actual gobierno contra el movimiento indígena?*

□ A raíz del levantamiento indígena del mes de junio de 1990, el gobierno ha desatado una persecución en contra nuestra. Las fuerzas armadas y las bandas paramilitares se encuentran por primera vez en la sierra. Esto ocurre como consecuencia de los reclamos populares que venían haciendo las organizaciones indígenas, tales como tierra, asistencia técnica, caminos ve-

cinales, escuelas, centros de salud y otras reivindicaciones muy sentidas en el campo. Tenemos más de mil casos penales y el mismo número de compañeros detenidos. Se trata de presionar a los compañeros para desarticular nuestras organizaciones. Aparte de esto, los dirigentes de la Conaie y sus filiales también hemos sido víctimas de una campaña de difamación a través de los medios de difusión.

En la provincia de Imbabura, el asesinato del compañero Julio Cabascango, el 31 de marzo de este año, fue una muestra de la actuación de las bandas paramilitares. En Chimborazo, Bolívar y Cotopaxi, hoy tenemos a los militares como alfabetizadores o profesores de escuela; también están haciendo pequeñas obras de infraestructura, caminos y otras tareas de menor relevancia. Es decir, hay todo un control militar sobre las comunidades indígenas, cosa que nunca antes se había visto. Les hemos preguntado a qué se debe este afán y nos han contestado que quieren colaborar para el desarrollo del país. Nosotros sabemos que el objetivo es el control de las organizaciones.

Las exigencias que la Conaie planteó en su mandato de 16 puntos no han tenido ninguna respuesta. Los problemas concernientes a las tierras ni siquiera han sido tocados. No hay voluntad política de las autoridades de este gobierno para resolver las necesidades de los pueblos indígenas y de otros sectores.

Los días 11 y 12 de junio de este año, en la provincia de Imbabura, se llevó a cabo un paro en coordinación con otros sectores cercanos a la Conaie. El objetivo era presionar al gobierno y a los organismos estatales para que se solucionen los problemas más graves: legalización de las tierras en litigio, retirada de las bandas paramilitares, desmilitarización de la provincia.

El trato que se nos dio fue brutal, inhumano. Nos vendaron los ojos, nos patearon y amarraron, para luego trasladarnos —sin consideración alguna— al retén policial de Otavalo, donde fuimos amenazados de muerte y torturados. Nos liberaron el día 12, a las 6 de la tarde, por presión de la Conaie sobre el Ministerio de Gobierno y Policía.

*¿Qué medidas han tomado la Conaie y sus filiales para contrarrestar esta acción represiva?*

□ El día 4 de junio, en una acción organizada con las bases de la Conaie, Ecuarrunari y otras organizaciones solidarias, tomamos el Congreso Nacional para denunciar la persecución y

Concentración indígena popular en barrios del sur de Quito



## Nuevas redes de comunicación indígena

Entrevista con Mario Farez,  
secretario de Prensa y Propaganda  
de la Conaie

Jackeline Villagómez

**¿**Qué significó para la Conaie, y en particular para la Secretaría de Prensa, el Primer Encuentro de Comunicación, realizado a finales del mes de junio de este año?

□ Creo que indudablemente fue el levantamiento indígena el que puso sobre el tapete las grandes necesidades que tiene el movimiento. Una de ellas es la comunicación. Hasta hace poco se pensaba que la comunicación era simplemente una de las tareas de la dirigencia. Hoy la vemos como un espacio de debate, de propuestas, de dinamización de las propuestas. Es decir, lo que realmente es: proyección hacia todos los sectores del proceso que se está viviendo.

Con esas ideas, una vez que se hizo el balance, hubo muy buena participación. Se llegó a puntos muy concretos para el trabajo. Por ejemplo: la formación de equipos de comunicación en las provincias; empezar a elaborar programas de radio para que se difunda el pensamiento del movimiento indígena. Son espacios que comienzan a dar mayor fuerza al proceso.

La escasez de recursos es una limitación para impulsar los programas. Ello implica la formación de cuadros; requiere también recursos y todo un proceso. Se abrió un espacio, pero no hemos podido sistematizar la comunicación.

Hemos realizado una primera cadena radial, en la que consideramos tres aspectos por desarrollar: la propuesta política, la campaña de los 500 años de resistencia y la represión en nuestro país. Creemos que estos tres aspectos también pueden ser motivo de reflexión en un próximo encuentro, a fin de ajustar las necesidades actuales de comunicación de la organización.

Pienso que en dos o tres meses más estaremos en capacidad de hacer una evaluación y seguir con el proceso de comunicación, que ha tenido todo el apoyo de las bases. Creo que aún falta comprensión en algunos espacios, pero que de todas maneras se está desarrollando, y muy pronto nos dará algún resultado.

Mario Farez



exigir la liberación de los presos. El 10 de julio realizamos el primer ayuno nacional, en la Conferencia Episcopal Ecuatoriana, con la presencia de compañeros de las provincias de Imbabura, Tungurahua y Cotopaxi, quienes tienen actualmente juicios penales y conflictos de tierras. Este ayuno tuvo como objetivo denunciar ante la opinión nacional la tortura, el encarcelamiento y la persecución contra dirigentes del movimiento indígena.

El segundo ayuno lo llevamos a cabo el día 9 de agosto. Tuvo como finalidad continuar la denuncia de los atropellos de que es objeto el movimiento indígena. También nos propusimos denunciar el plagio del símbolo de las nacionalidades indígenas, que es el arco iris o *cuichi*, en quichua, por parte del movimiento Unidad Republicana, encabezado por Sixto Durán Ballén, conocido personaje de la derecha en nuestro país. Hemos seguido denunciando públicamente los apresamientos, torturas, desapariciones y asesinatos, aunque no siempre contamos con la acogida de los medios de difusión.

*¿Cómo ve usted la situación de los derechos humanos en Ecuador?*

□ Puedo decir que la situación es muy grave. Pero lo más alarmante es que los organismos estatales no toman ninguna iniciativa para detener la represión. Hasta hoy no se ha sancionado a los responsables de la muerte del compañero Osvaldo Cuvi, de la provincia de Chimborazo, acribillado durante el levantamiento; de la muerte de la compañera Cayetana Farinango, asesinada durante un desalojo en la comuna San Francisco de Cajas, provincia de Imbabura; de la muerte del compañero Julio Cabascango, dirigente de la FICI, en González Suárez, también en Imbabura. Ni el Congreso Nacional ni el Ejecutivo han hecho nada para dar amnistía a los detenidos y a los más de mil enjuiciados. El gobierno pretende aprobar una ley para legalizar las bandas paramilitares.

En síntesis, puedo decir que por el momento los derechos humanos están en mayor riesgo que antes. Nuestros derechos no solamente tienen que ver con la represión física, sino también con la guerra de hambre y miseria que nos han declarado tanto a indígenas como a no indígenas. ■



¿Cuáles son las posibles alternativas para superar los problemas que usted ha señalado en cuanto a la comunicación?

□ Creo que en la comunicación, como en otros aspectos, es necesario que en primer lugar sean las instancias de dirección las que discutan, debatan y difundan lo más ampliamente posible.

Hablando de alternativas, pienso que no podemos seguir considerando la comunicación como un mensaje vertical, autoritario. Además, debe ser ejecutado como resolución. Para decirlo de algún modo, la comunicación debería realizarse en forma circular, en las bases, en la dirigencia; y luego buscar formas de comunicación de alternativa. Esto si tomamos en cuenta que todo el sistema actual es precisamente incommunicante, es decir, no da cuenta de las necesidades reales, no denuncia, no concientiza, no politiza al conjunto de la sociedad.

En cuanto a las formas, tienen que ver también con los avances de la tecnología (programas de radio, video, etcétera). Asimismo, tienen que ver con los recursos. Otro reto es ligarnos a los grupos, organismos y emisoras de comunicación popular. Reconocemos que existen espacios de alternativa importantes, como es Corape.

Sin embargo, nos falta desarrollar algunas formas —yo no las llamaría tradicionales— que



están presentes en las comunidades y que cobran vigencia en la medida en que estamos privados de los avances tecnológicos en materia de comunicación. Pese a la avalancha de otras formas, las comunidades siguen comunicándose a través de las *quipas*, de las asambleas, de las *mingas*, de los *chasquis*, de los *maquimañachis*, del propio trabajo comunitario. Creo también que hay necesidad de profundizar en las formas orales de comunicación. Esto no sólo es parte de la cultura, sino que también puede constituirse en alternativa, en la medida en que masifica la información. Debemos tomar en cuenta que los sectores indígenas carecemos de infraestructura tecnológica. ■



Gregorio Selser y Martha B. de Selser

s e l s e r

Con profundo dolor hemos sabido que uno de nuestros colaboradores más destacados en el análisis de las luchas populares de América Latina, el maestro Gregorio Selser, decidió quitarse la vida en el momento en el que una enfermedad letal disminuyó su capacidad de trabajo.

Conocimos la proyección del destacado escritor mucho antes de conocerlo personalmente. Más de una generación de intelectuales y organizadores populares aprendimos de él cómo la objetividad periodística y científica no es una postura de fría neutralidad, sino un instrumento más para luchar por las causas populares. Admiramos en Gregorio Selser su transparencia moral, que lo convirtió en uno de los escritores más ejemplarmente inquebrantables e ineludibles de América Latina.

Durante mucho tiempo su obra nos acompañará como muestra para los que queremos ser espejos fieles de la realidad política latinoamericana, y mientras no se rompan esos espejos, también Gregorio Selser seguirá vivo entre nosotros.

Consejo de Redacción de Tierra Nuestra

## MOVIMIENTOS POPULARES

TIERRA NUESTRA

### La fuerza femenina en las luchas populares

“La revolución en el Perú será distinta”

Entrevista con María Elena Moyano

María Florez-Estrada

**M**aría Elena Moyano, de 32 años, madre de dos niños, es dirigente de la Federación Popular de Mujeres de Villa El Salvador (Fepomuves) y teniente alcaldesa del mismo distrito limeño.

En la primera quincena de octubre del presente año, después de un atentado con explosi-

vos contra el local de Fepomuves, atribuido a Sendero Luminoso, ella fue amenazada de muerte al estilo de esa organización. La acusó de haber simulado el atentado con el propósito de formar rondas urbanas conjuntamente con las fuerzas armadas, cosa que Moyano rechazó públicamente, al tiempo que reivindicó la autonomía del movimiento popular. Las mujeres de Villa le manifestaron su respaldo y marcharon masivamente “contra el hambre y el terror”, junto con las mujeres de los demás distritos.

En esta entrevista, Moyano habla sobre la complejidad en la que se desenvuelve la lucha del movimiento popular por sus derechos y por una auténtica democracia, en un escenario donde dos fuerzas quieren imponerse a sangre y fuego: el Estado neoliberal y los senderistas, y donde los partidos de izquierda parecen no tener iniciativa ni imaginación.

¿Cómo nació la organización de las mujeres en Villa?

□ En 1979-1980 se conformó una comisión organizadora para centralizar un poco las experiencias que existían en el distrito. Habían empezado a surgir comedores ligados a la parroquia y también comités de arborización, pues Villa El Salvador siempre ha sido un desierto. Entonces, plantar árboles tenía mucha significación en la comunidad, porque el árbol de alguna manera da vida. Y esos comités de arborización eran muy activos, muy vivos. Se formó una comisión que pudiera ver ese tipo de problemas. Había que centralizar a esas mujeres, pero también oponerse a algunas formas asistencialistas que en ese tiempo promovían varias instituciones de carácter filantrópico. Estas instituciones ponían determinadas condiciones a las mujeres para entregarles víveres, pues en ese tiempo se repartían víveres directamente a las personas.



María Elena Moyano, dirigente de Fepomuves, teniente alcaldesa de Villa El Salvador (fotografía de María Florez-Estrada)



¿Qué tipo de condiciones les ponían?

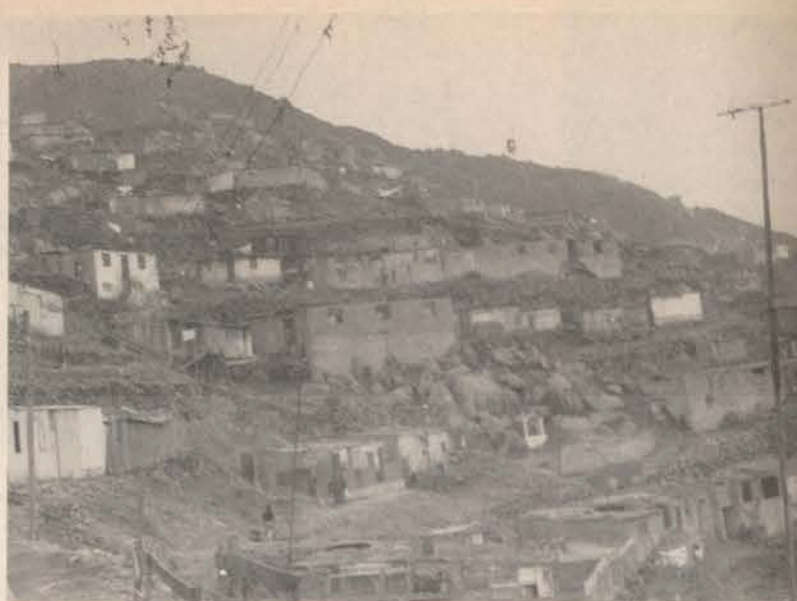
□ Por ejemplo, que previamente debían realizar trabajo comunal. Tenían que estar encerradas de dos a seis de la tarde para cumplir con el horario de trabajo que ponían esas instituciones. A veces no había nada que hacer, y sin embargo tenían que juntarse y estar encerradas para cumplir con el horario.

¿Entonces las mujeres quisieron organizarse con autonomía?

□ Así es. Y esta organización, entonces por nacer, pretendía revalorar el papel de las mujeres en la comunidad, resaltar el hecho de que la mujer también ha aportado a la construcción de Villa El Salvador desde sus inicios; pretendía, asimismo, darle presencia a las mujeres en la comunidad. Con estos comités, en el año 1983 se funda Fepomuves. Se forman clubes de mujeres en las bases; luego viene el programa del Vaso de Leche, apoyado por los clubes de mujeres. Se crean muchos comedores más y se avanza a otros niveles de organización, como orientadoras de defensa legal de la mujer. Se hacen campañas de derechos legales y derechos humanos en el distrito. Luego surgen los talleres productivos, como los talleres de confección, que también se juntan y se centralizan para generar ingresos. Avanzamos un poco más con talleres de salud, comunicación y educación, mediante promotoras y campañas que tienen como objetivo reivindicar la salud de la mujer. Todo ese proceso es lo que hoy constituye la Federación. Es la centralización de prácticamente todo el movimiento organizado de mujeres en forma autónoma. Porque por otro lado también está el Estado, que organiza a través de los gobiernos o de las primeras damas.

¿Cuáles son los principales criterios políticos que ustedes reivindican al organizarse?

□ Lo primero es elevar el nivel de conciencia de la población y de la mujer, demostrar que la situación que padecemos no es individual, o porque Dios quiere que vivamos así, sino que el problema es más integral, de carácter nacional. Se origina en la situación de injusticia, de desigualdad económica y social que existe en el país. Elevamos el nivel de conciencia de la población, pero no haciendo la oposición por la oposición a los gobiernos, sino proponiendo alternativas de solución que nacen desde las propias bases.



Cerro El Agustino, carretera central

Siempre nos han dicho que los comedores o comités del Vaso de Leche lo que hacen es adormecer al pueblo o servirle de colchón al sistema. Nosotras decimos que no, porque lo que hacemos es apostar al autogobierno del pueblo. Es decir, creemos que el pueblo tiene que aprender a autogobernarse, porque nunca los pobres han gobernado el país; siempre ha habido una élite, una clase política elitizada. Y nosotras apostamos a que el propio pueblo aprenda en lo pequeño a autogobernarse para algún día gobernar a nivel nacional.

Pero este gobierno puede ser precario, ¿no? Lo digo porque, por ejemplo, ahora Fujimori está hablando de recortar e incluso controlar los presupuestos para las regiones y compartirlos con los municipios. Es decir, enfrentar las distintas formas de autogobierno que pudieran estar presentando. Entonces, ¿cómo le dan perspectiva a este autogobierno que está limitado por el poder central?

□ Primero, tenemos que separar las políticas que vienen desde el Estado de las políticas que vienen desde las organizaciones populares. Nosotras creemos que en chiquito el pueblo va a aprender a gobernar, a dirigir, a administrar. Los que siempre han oprimido al pueblo lo que ahora hacen es matar a las organizaciones populares, porque no creen en ellas, nunca han creído ni creerán. Es cierto, Fujimori lo que busca es enfrentar lo último que queda del escalón de esa democracia, que son los municipios, cercanos al pueblo, y lo otro, la nueva experiencia que está naciendo en el país, que son las regiones, experiencia que se va consolidando y que Fujimori ve como un peligro. Porque si se consolidan las regiones con la participación del

pueblo organizado, se descentraliza el poder a nivel nacional, y eso no les conviene. Además, veamos quiénes han llegado a controlar y dirigir las regiones: gente de izquierda en su mayoría.

Villa El Salvador es conocido internacionalmente como un bastión de organización popular de izquierda, que no está asimilada al sistema. También era un bastión firme frente al avance de Sendero Luminoso. Sin embargo, vemos ahora que los senderistas han centrado su mira sobre Villa, para barrer a los dirigentes que ellos no controlan, como ya lo han hecho en otras zonas alrededor de Lima. ¿Cómo piensan ustedes enfrentar este problema?

□ Villa El Salvador es una muestra concreta de cómo el pueblo se organiza, de cómo lucha frente al Estado para conquistar y arrebatarse algunos derechos. Sin embargo, los senderistas pretenden aplastar ese proyecto, que no se ha quedado en la teoría, sino que se ha plasmado en un hecho práctico, en la consolidación de 2 500 organizaciones de base, entre jóvenes, mujeres, pequeños empresarios. Ellos quieren destruir esta realidad y decirle al pueblo que esa no es la solución ni la alternativa, y que la única solución es que ellos ganen la guerra popular y cambien el Estado. Nuestro punto de vista es totalmente diferente.

¿Sendero está ya asentado en Villa?

□ Yo pienso que todavía no. Los senderistas todavía no entran a Villa, sino que están intentando entrar.

Pero, ¿de qué manera concreta podrá Villa hacerle frente a Sendero, que no dialoga ni llega a acuerdos, sino que mata a los propios dirigentes elegidos por el pueblo?

□ Nosotras no creemos que con una movilización vamos a derrotar a Sendero. Yo pienso que es bastante compleja la situación. Pienso que la respuesta tiene que nacer de las propias organizaciones a nivel nacional, impulsando una propuesta de alternativa a la de Sendero, que era lo que ofrecía la Izquierda Unida, hoy dividida, desgraciadamente. Nosotras les decimos a los senderistas que se presenten a nuestras asambleas en Villa y que discutan, que allí debatan, que allí se resuelva y acaten lo que decida la organización. Porque muchas veces también nosotros, los militantes de izquierda, quedamos en

minoría, pero tenemos que acatar lo que la población decida, porque la revolución no se hace con un grupo de iluminados: se hace con las masas, con las organizaciones del pueblo, y respetando a los dirigentes que el pueblo elige.

¿Existe autodefensa en Villa?

□ Siempre ha existido. Están las rondas vecinales, que son parte de la historia de 20 años. Han combatido la delincuencia, la drogadicción. Nada tengo que hacer con la posición de formar rondas urbanas dirigidas por el ejército. Es el pueblo el que decide cuándo y cómo hacer sus rondas, y que se respete la democracia interna.

¿Cuál crees tú que es la principal carencia, en este momento, en los partidos de izquierda?

□ Es la capacidad de ser vanguardia. La izquierda ha tenido muchos años de debate sobre propuestas políticas, sobre estrategia, sobre táctica. Sin embargo, yo creo que se equivocaron al romper el frente. Me parece muy mal que se haya dividido la izquierda. Hay crisis de vanguardia, hay crisis de liderazgo en el país, y el Perú es un país de caudillos, que necesita líderes.



Botiquín comunal en El Agustino





¿Crees que en la juventud hay ese ánimo de seguir construyendo una alternativa política popular?

Cocina en el local comunal de El Agustino

□ Pienso que la izquierda se olvidó de dar formación política a los jóvenes. La izquierda debe recuperar ese espacio. Antes teníamos mucha juventud en la izquierda porque era la oposición, era la fuerza, y la juventud se sentía allí reivindicada, porque los jóvenes son impulsivos, fuertes. La bandera que siempre tuvo la izquierda ahora está en las organizaciones populares, que luchan en forma anárquica porque no hay quien conduzca este movimiento popular. Necesariamente tiene que haber una fuerza política, no puede ser simplemente la organización popular.

¿Cuáles son tus reflexiones en torno al socialismo, a la luz de los acontecimientos internacionales?

□ Siempre he pensado que, si algo ha pasado en otros países, podemos tenerlo como referencia, pero nunca seremos como han sido China o Cuba. Creo que cada país tiene su proceso, su historia, y que la revolución en el Perú será distinta, porque tendrá que expresar la confluencia de todo el pueblo, que no es un pueblo homogéneo, ni siquiera racialmente. Somos andinos, negros, amazónicos, blancos. El pueblo tiene derecho a decidir cuándo cambia, cuándo no cambia. Yo sigo creyendo en el socialismo, y muchos dirigentes siguen creyendo en el socialismo, por más que se haya caído el modelo de Europa del Este. Ha caído el modelo, pero no la fuerza del pueblo, ni el proyecto que queremos construir. ■

## La faena comunal en el campo y la ciudad

María Florez-Estrada

Sus antecedentes históricos son la *mita* y la *minka*. Los mitayoq eran pobladores campesinos del incanato que el Estado trasladaba para realizar obras públicas, tales como templos, caminos, acueductos, palacios, o para hacer la guerra. Con la *minka*, las distintas comunidades realizaban trabajo colectivo agrícola, manufacturero y de servicios, en beneficio del Estado.

El historiador Luis Lumbreras explica:

Todo hombre y toda mujer en el imperio debían al Estado (léase el inka, su corte y allegados) una cantidad de su tiempo y trabajo que entregaban a éste según él se los demandara; a cambio de ello, el Estado debía —recíprocamente— al productor directo una serie de beneficios, que iban desde la protección divina hasta regalos o dones que le concedía el inka o sus representantes. Esta forma de reciprocidad asimétrica le permitió al Estado reproducir relaciones básicas que manejaban la producción en el campo y trasladar los beneficios a su seno, dando —en cambio— servicios, que es un producto urbano.

Hoy, las distintas formas de faena comunal siguen siendo parte de la vida colectiva del poblador andino, tanto en el campo como en las ciudades, fundamentalmente como un lazo de solidaridad y autodefensa de la propia población frente al abandono estatal.

Desde el *shock* neoliberal aplicado por Fujimori en agosto de 1990, se ha multiplicado la necesidad de las mayorías pobres de autodefenderse, en todos los terrenos, para sobrevivir: comedores populares, programa del Vaso de Leche, escuelas de formación política para entender la realidad nacional, botiquines populares, polladas y frijoladas para recaudar fondos, la faena colectiva para construir la losa deportiva o levantar la posta médica, etcétera.

Subiendo por uno de los cerros del distrito El Agustino, que encierra a Lima metropolitana por su costado este, en el local del comedor popular de Villa Santa Isabel encontramos a la señora Mauricia Yupanqui preparando, junto con otras mujeres, la comida para 127 perso-



En su mayoría niños de hasta 15 años. Ella nos explica que

A partir del *shock*, del paquetazo, por la desesperación de no poder dar de comer a nuestros hijos, creamos este comedor. Entre varias madres nos hemos organizado. Antes, la mayoría de los hombres trabajaba en las fábricas, pero desde el *shock* se han cerrado muchas fábricas. No hay trabajo. Los jóvenes están sin empleo o les pagan una miseria.

Ella no cree en los políticos, ni siquiera en los de izquierda. Todo lo que ella sabe es que la Iglesia Católica, por medio de *Caritas*, les reparte el trigo enviado por los gringos, y que ellas mismas, las quince madres, atienden el comedor.

### En la costilla de Lima

El Perú tuvo en la década anterior una interesante experiencia. Tras dictadura militar, exilio y persecución, al calor de las avalanchas populares contra dictadores como el Sha en Irán y Somoza en Nicaragua, y del estreno de la guerra de baja intensidad, también en el Perú los *cachacos* se replegaron ordenadamente a sus cuarteles.

Parte de la izquierda entró a la contienda electoral con resultados alentadores. Ganó escaños en el Congreso y muchas alcaldías, incluyendo eventualmente la de Lima.

### PERÚ

Nacieron entonces diferentes intentos de imprimir a la gestión municipal contenidos nuevos que propiciaran la participación popular, no sólo en la realización de las obras, sino en la toma de decisiones. El autogobierno se convirtió en una consigna y en una promesa. El tiempo, sin embargo, mostraría, no solamente sus beneficios, sino también sus límites. Después de todo, las decisiones fundamentales quedaban siempre en el gobierno central, que manipularía la Constitución, las leyes, las demarcaciones territoriales y los presupuestos, para favorecer el éxito de aquellos municipios que constituyeran su clientela política. Como diría Clausewitz, es la continuación de la guerra por otros medios.

Actualmente, Fujimori ha llevado esta práctica a su máxima expresión. Para cumplir las metas antiinflacionarias y la política de puertas abiertas que demanda el FMI, así como para mantener una férrea centralización del poder y las decisiones, recortó el presupuesto de las regiones y anunció que lo repartiría con los municipios.

De esta manera, decenas de proyectos comunales financiados por los municipios y apoyados por las poblaciones mediante la faena comunal quedan trancos o avanzan con demasiada lentitud.

### Control popular sobre los alcaldes

En el distrito de Marangani, provincia de Canchis, Qosqo (conocido por los españoles como Cusco), el alcalde Sixto Mejía Zamata protagoniza una de las gestiones más sujetas a fiscalización.

Llegó a la alcaldía como candidato de la izquierda, representando a doce comunidades campesinas que elaboraron una plataforma de gobierno municipal. Pero no recibió un cheque en blanco. Cada tres meses, Sixto debe convocar a una asamblea de delegados para rendir cuentas sobre el desarrollo de las obras y para que se realicen los ajustes del caso.

Cada fin de año tiene que convocar a todas las comunidades a una asamblea popular que escucha el balance de su gestión, recibe las cuentas y decide si continúa respaldándolo. Sin embargo, por el estrecho vínculo de trabajo que existe entre el municipio y la población, es difícil que se produzcan sorpresas.

40% de una obra comunal es aportado por la comunidad, que pone el trabajo y aquellos materiales propios de la zona. El municipio tie-

Faena comunal para colocar una losa deportiva en El Agustino



ne la responsabilidad de elaborar los planes del proyecto y de aportar los materiales que provienen de la ciudad. De esta forma se construyen caminos, puentes, *tambos* (almacenes) comunales de semillas y fertilizantes, servicios higiénicos para la escuela, puestos de salud, etcétera.

"Lo más importante es haber devuelto a las comunidades la posibilidad de participar en la toma de decisiones, de hacer propia la gestión. Es la mejor manera de evitar los elefantes blancos", explica Sixto.

Pero como no sólo de pan vive el hombre, y esta suerte de autogestión es apenas una semilla, las comunidades también exigen del municipio que organice escuelas campesinas que los capaciten en cuanto a sus derechos políticos. Como en las ciudades, no obstante, el autogobierno sigue siendo más que nada una aspiración y una inspiración. Decisiones demasiado importantes escapan de las manos del pueblo. Sus ensayos de democratización se ven truncados porque otros manejan los recursos, las leyes y la fuerza. Así, el desempleo es también el principal problema que hoy afecta a estas comunidades de Marangani.

"El campo no es suficiente, porque la zona es más agrícola que pecuaria", explica Sixto. Las heladas y sequías pueden acabar con todo. El campo deja de ser rentable y la gente emigra a Madre de Dios, en la selva suroriental, donde la muerte vive en los lavaderos de oro.

En Marangani existe un consorcio textil suizo-español en el que muchos pobladores encontraban empleo después de los tres meses de trabajo agrícola. Pero con la recesión, esa fuente de trabajo se ha deprimido notablemente.

Por añadidura, el gobierno ha declarado bajo estado de emergencia cuatro provincias altas de Qosqo, lo que amenaza con llevar la militarización a zonas en las que las comunidades campesinas han gozado de cierta autonomía.

Tras organizar sus rondas de autodefensa contra los abigeos y los rateros, saben cómo mantener el orden frente a quienes lo perturbaban. Pero que se les imponga la fuerza militar es otro cantar, y otro reto. ■

## El movimiento feminista chileno en la última década

Nancy Astelli  
y Eduardo Henríquez

**E**n noviembre próximo, el movimiento feminista chileno realizará su primer taller nacional de formación de monitores para el trabajo con mujeres. Tendrá una perspectiva feminista y será patrocinado (o *matrocinado*) por la Casa de la Mujer "La Morada", en Santiago de Chile.

Durante el encuentro, en el que participarán 40 delegadas de todo Chile, se reflexionará sobre la teoría feminista en todo el mundo, básicamente en América Latina. Se analizarán los problemas organizativos de las barriadas populares, así como los relacionados con el desarrollo local, informó Vicky Quevedo, encargada de extensión de "La Morada".

Las delegadas, que representan a distintas organizaciones surgidas en la lucha antidictatorial, se reunirán por primera vez en democracia. La finalidad es sistematizar sus experiencias y desarrollar planes de capacitación integral para la mujer.

La dirigente feminista recalcó que abordarán temas como el desarrollo personal, la violencia doméstica, la historia del movimiento feminista. Sobre todo les interesa definir el proyecto de sociedad democrática por el que lucharon las mujeres durante la pasada dictadura, que gobernó a Chile por casi 17 años.

### Antecedentes del feminismo en Chile

El feminismo que surgió en Chile hace ocho años tiene su origen en el Círculo de Estudios de la Mujer, fundado en 1979 bajo el patrocinio de la Academia de Humanismo Cristiano, organismo de alternativa que durante el régimen militar tuvo el amparo de la Iglesia Católica.

El Círculo fue organizado por las profesionales que no encontraban espacio en las universidades chilenas, intervenidas entonces por las



fuerzas armadas. El grupo de profesionales empezó a estudiar y analizar el tema de la mujer bajo la dictadura, y paulatinamente fue asumiendo posiciones feministas.

Entre 1982 y 1983 empezaron a llegar mujeres que preguntaban sobre el feminismo. Esto las obligó a pasar a la investigación-acción, camino que en la práctica demostró ser insuficiente. Ante este problema, las dirigentas resolvieron separar las áreas de trabajo, creando el Centro de Estudios de la Mujer y la Casa de la Mujer "La Morada". El Centro siguió en la línea de la investigación pura y "La Morada" se convirtió en un espacio para la participación política de las mujeres, a través de foros, debates, talleres, reuniones. Así, se transformó en sede oficial de los diversos grupos feministas de la época.

"Democracia en el país y en la casa" fue la consigna con que un grupo del Círculo de Estudios de la Mujer se lanzó a la calle en 1983, desafiando la represión del gobierno. A partir de ese momento, tomaron el mando del movimiento feminista que desemboca en "La Morada".

En sus primeros años, las feministas no contaron con ayuda financiera. Fue sólo a partir de los años 1984 y 1985 que comenzaron a recibir las primeras ayudas económicas de la solidari-

dad internacional, lo que les permitió constituirse en una entidad no gubernamental y crear otros espacios feministas en barriadas populares del gran Santiago y en otras ciudades del país.

La entidad cuenta con 43 mujeres especialistas, que trabajan profesionalmente en cinco programas orientados a la salud, apoyo organizativo, extensión, educación y cultura, y sexualidad.

El trabajo en el área de la salud es la respuesta que las feministas encontraron para encarar las consecuencias de la violencia doméstica que afecta a miles de mujeres en la sociedad chilena. Prestan atención psicológica y legal a un promedio semanal de 30 mujeres golpeadas. Los casos ocurren mayoritariamente en los barrios populares de la capital chilena, pero advierten que la violencia doméstica no es exclusiva de los sectores pobres, dado que en las clases altas se registran significativas cifras de mujeres agredidas. La diferencia está en que la mujer de clase alta tiene la posibilidad de esconderse, para no salir a la calle *moreteada*, y puede pagar los ser-



### CASA DE LA MUJER LA MORADA PROGRAMA DE TALLERES, TERCER TRIMESTRE 1991



#### TALLERES

- LECTURA DE MUJERES.
- FEMINISMO I.
- FEMINISMO II.
- SEXUALIDAD.
- ADOLESCENTE.
- MADRE E HIJA.
- DANZA - REFLEXIVA.
- YOGA HOLISTICA.
- DANZA Y SANACION.
- DARSE CUENTA.
- CHAKRAS Y SANACION.
- REVISANDO NUESTROS PROCESOS.
- PARTO NO VIOLENTO.
- SUEÑOS.
- REVISANDO LA 3ª EDAD.
- RITOS Y MITOS ANDINOS.

INICIO DE TALLERES SEMANA DEL 7 AL 11 DE OCTUBRE  
INSCRIPCIONES EN:

PURISIMA 251  
SANTIAGO

FONO: 353465  
377419





vicios de terapeutas y abogados.

Los resultados de las indagaciones sobre las causas que generan la violencia doméstica en los sectores populares revelan que su origen está en la situación económica, el hacinamiento, el alcoholismo y la cesantía.

#### Contra la violencia doméstica

"La mujer está sola frente a la violencia, y esto", declaran las dirigentas feministas, "es un problema nacional" al que el Parlamento no ha podido dar respuesta legal.

Las feministas acusan a la derecha de insensibilidad, por impedir que en el Parlamento se apruebe una ley específica. Se habla de *violencia intrafamiliar*, incluyendo al niño maltratado, pero sin tipificar la violencia doméstica contra la mujer.

Para encarar este problema, las dirigentas de "La Morada" han organizado una red nacional contra la violencia doméstica. Se reúnen mensualmente para evaluar la metodología en el trabajo con las víctimas y elaborar estrategias de sensibilización para la opinión pública que provoquen el rechazo de esta agresión, que anualmente afecta a miles de mujeres.

En el área de la educación y la cultura, el movimiento captó el apoyo de mujeres que sobresalen en la actividad intelectual. Están desarrollando una serie de iniciativas en la literatura y con diversas entidades académicas para estu-

diar las teorías feministas y el sexismo en la educación.

Este grupo literario organizó recientemente un seminario internacional que congregó a expertas de Europa y los Estados Unidos, para rescatar el feminismo de la rebelde poetisa chilena Gabriela Mistral, ganadora del Nobel de Literatura. La cultura oficial la señala como la *divina Gabriela*, agregando de inmediato: "pero pobrecita, nunca se casó ni tuvo hijos".

Por otra parte, América Latina y el Caribe también están presentes en la actividad que desarrollan las feministas chilenas, que se materializa en una red de educadoras populares de la región, con sede en Santiago.

En la primera reunión de esta red latinoamericana, realizada en 1990, en Paraguay, se acordó crear el Día Internacional "Trabajemos por una educación humana no sexista", fijando para ese fin el 21 de junio de cada año.

En la extensión que promueve "La Morada" se crearon dos premios para los órganos de difusión chilenos: uno de estímulo al medio que trate dignamente el tema de la mujer y otro para repudiar al que no lo hace. ■



## Radio Tierra, primera difusora feminista en Chile

Nancy Astelli  
y Eduardo Henríquez

Las feministas chilenas, fieles a su pasado histórico, volvieron a tomar la iniciativa al fundar, el pasado mes de agosto, la primera radio feminista del mundo. Desde ella esperan ganar una mejor posición para sus reivindicaciones.

Radio Tierra emergió como parte del programa que impulsa el movimiento feminista chileno desde la Casa de la Mujer "La Morada", con el respaldo financiero de agencias de Dinamarca vinculadas a las organizaciones de mujeres del Tercer Mundo.

Ingrid Droguett, directora de la única radio-difusora donde sólo trabajan mujeres, señaló que los objetivos son "ser escuchadas para que la gente conozca nuestras propuestas y lograr el protagonismo de la mujer en la vida política, económica, social y cultural de Chile".

Lo que persigue el movimiento feminista chileno con esta radio es conquistar el apoyo mayoritario para dar forma a un bloque que influya en el cambio de la sociedad chilena. Su finalidad máxima es "lograr la igualdad entre el hombre y la mujer", precisó la directora.

Radio Tierra se sintoniza en el 130 del dial AM y transmite diariamente 17 horas de programación. En su diversidad, hay espacios para niños y adultos, debates políticos, menciones a la mujer del día. Por el momento, sólo se escucha en Santiago. Tiene un programa de diez minutos en el que participan mujeres provenientes de los distintos ámbitos de la sociedad chilena. Transmite música, lectura y análisis de cartas de amor, deportes y mensajes de las mujeres de las barriadas.

#### Una red latinoamericana

El plan de extensión de "La Morada" persigue configurar en todo Chile y en América Latina una red de radiodifusoras dirigidas por los mo-

vimientos feministas para ocupar así tantos espacios que las organizaciones afines contratan a las radios comerciales.

Ingrid Droguett dice que esto es posible, en virtud de poseer el continente una misma lengua y problemas similares en lo concerniente a la sexualidad femenina, la violencia doméstica y aspectos políticos, educacionales y culturales.

La radio es también un centro de producción de materiales y está abierta a otras colectividades de mujeres que pueden participar en la programación. En un futuro se pretende vender espacios para el mundo empresarial.

Un balance de la actividad desplegada por la nueva emisora durante el mes de septiembre permite a su dirección augurar "un éxito sin precedentes, ya que las mujeres —que nunca fueron noticia durante la pasada dictadura— lo son ahora a través de esta radio, en forma creciente".

#### Puertas abiertas a la mujer marginal

Las jornadas y actividades que realizan las mujeres —particularmente las pobladoras de la periferia, quienes siempre tuvieron cerradas las puertas de los medios de difusión— han comenzado a proyectarse a través de los radios de autos y casas, golpeando las conciencias de los sectores que siempre ningunearon su presencia.

Las parlamentarias y los dirigentes políticos de los partidos democráticos han sido los primeros en cambiar su actitud frente a las demandas de las organizaciones feministas, que hasta hace poco eran infravaloradas y marginadas.

Las patrocinadoras de esta iniciativa afirman que Radio Tierra está abriendo grandes perspectivas para el desarrollo de los postulados que animan al movimiento feminista chileno. Confían en que se transformará en el mayor medio de producción y en instrumento de combate contra la educación sexista, que discrimina a la mujer.

Por otra parte, se espera que las intelectuales feministas chilenas ya no sean víctimas en el futuro de las manipulaciones de la cultura oficial, que descalifica a las personalidades femeninas célebres si no acatan las normas de la sociedad patriarcal: casarse, tener hijos y no divorciarse. ■

Mujer de Santiago que va a trabajar a los parronales de Talagante





## Historia del género en Centroamérica: una nueva mujer

Siegrid Wistricil

**B**ajo este título se realizará el Primer Encuentro de Mujeres Centroamericanas, en marzo de 1992, en Nicaragua.

Aunque faltan todavía varios meses para el Encuentro, los preparativos están en pleno curso en cada uno de los países participantes. En México y en otros países de la región, mujeres de diferentes organizaciones se han reunido en la Comisión Feminista para la preparación del Encuentro. Es un espacio que sirve para intercambiar experiencias, elaborar la historia de cada una, de cada grupo; formular las inquietudes y preguntas que se plantearán en Nicaragua.

El Encuentro de Mujeres en Nicaragua abarcará una gran cantidad de grupos, y será un espacio importante para articular todo lo que tanto tiempo se ha silenciado.

La siguiente entrevista con Patricia Quezada, del Programa de Mujeres del Sedepac (Servicio para el Desarrollo y la Paz), en México, nos da una impresión muy viva del movimiento de mujeres en Centroamérica.

Sedepac nació como asociación civil en 1983 y desde su inicio trabaja con mujeres. El Programa de Mujeres como tal se estableció en 1986 y apunta hacia las áreas jurídica, de salud, de maquiladoras y de organización. Su objetivo principal es apoyar a grupos de mujeres en su proceso de organización e incorpora la cuestión del género en su política. El Programa de Mujeres también participa en la Comisión Feminista que prepara el Encuentro. Está elaborando un diagnóstico sobre el movimiento feminista en Centroamérica, y con tal fin hicieron un viaje por toda la región.

*Patricia, ustedes han regresado recientemente de un viaje por Centroamérica, donde se entrevistaron con muchos grupos de mujeres. ¿Cuál ha sido su impresión general del movimiento de mujeres?*

□ Desde hace un año y medio, las mujeres de la región están gestando un movimiento en el

que, no sólo están presentes las habituales demandas económicas y políticas, sino que concibe a la mujer como un nuevo sujeto social. Es decir, están inmersas en un proceso de liberación nacional que incorpora la problemática del género.

Hay una gran diversidad de grupos de mujeres, que incluye a las luteranas, las baptistas y las de la democracia cristiana. Se están abriendo centros de investigación y promoción para mujeres; centros de salud, de atención médica y psicológica; refugios para mujeres maltratadas. Estos grupos se coordinan entre sí y emprenden acciones conjuntas, como la conmemoración del 8 de marzo, en El Salvador.

*¿Podrías describir un poco tus experiencias concretas en Guatemala y El Salvador?*

□ Algunas experiencias fueron de gran impacto para mí. En El Salvador, hasta hace poco tiempo, los grupos de mujeres eran de base, eran organizaciones de masas, como las que integraron la Coordinadora Nacional de Mujeres. Este año lograron convocar a más grupos para el 8 de marzo, y se formó la Concertación de Mujeres de El Salvador. Si bien es cierto que tienen diferencias en sus planteamientos, se esfuerzan por proponer actividades conjuntas. En cuanto a la diversidad que mencioné, además de trabajar con sectores tradicionales, también han abarcado grupos de repobladoras, grupos marginales, mujeres cooperativistas.

En Guatemala, igual que en El Salvador, es notable la creación de más grupos de mujeres. Los organismos no gubernamentales, que tienen años de trabajo, están abriendo programas de mujeres. Esto no es sólo una cuestión de moda, sino que responde a las demandas de las mujeres, de una manera organizada y sistemática. Se están abriendo estos programas y necesitan mucha capacitación y recursos para ese tipo de labor.

Una experiencia muy conmovedora para mí en Guatemala fue protagonizada por mujeres indígenas. Siempre se pensó que era muy difícil trabajar la cuestión de género con mujeres indígenas, dado que el peso de la tradición las situaba en una posición de opresión natural, como parte de su cultura. Sin embargo, en Centracap (Centro de Apoyo a la Trabajadora de Casa Particular), cuando preguntamos a un grupo de trabajadoras domésticas indígenas cuáles eran sus necesidades de capacitación, dijeron que querían un taller sobre enamoramiento y no-

viazgo. En la plática entendí mejor: estas mujeres emigran de sus comunidades a la ciudad, y ahí se encuentran en soledad. Además de la crisis económica, el desempleo y la explotación, se encuentran con este problema específico: viven en soledad, se enamoran, se embarazan. Ellas quieren conocer este aspecto de la sexualidad y cómo ocurre el enamoramiento. Es un ejemplo muy claro de que si se puede trabajar con mujeres indígenas desde una perspectiva de género.

En El Salvador hay por lo menos 30 grupos de mujeres y en Guatemala son cerca de 25.

*A veces se habla de feminismo centroamericano, ¿qué significa esto?*

□ Llevamos décadas de proceso revolucionario, de liberación nacional. Ahora se está tratando de vincular la problemática de clase —que es raíz del movimiento revolucionario— con la de género. Es decir, las mujeres ahora no están exigiendo nada más la democracia en la calle, sino también en la casa, aunque dicen que no son feministas y no se identifican como tales. Es un nuevo feminismo, llámese como se llame: revolucionario, o socialista, o como se quiera. La vinculación de clase y género es incipiente, pero tiene una gran efervescencia.



Mujer indígena lenca frente a su vivienda



¿Qué perspectivas tienes sobre el Encuentro en Nicaragua?

Mujeres nahuas elaborando artesanías de barro

□ Me han preguntado si espero que se forme una coordinadora centroamericana. Creo que todavía no están tan definidas las condiciones. Pero creo que el Encuentro arrojará resultados muy positivos para el desarrollo de este movimiento. Positivo es el simple hecho de sentarnos y discutir el tema central: *el poder*, en lo público y lo privado; el poder que no tenemos, el poder que queremos. A lo mejor se puede formar una coordinadora; ojalá las mujeres pudiéramos ir encontrándonos de verdad, haciendo propuestas conjuntas, fortaleciendo el movimiento en cada país. De todas maneras, el Encuentro va a marcar la formación de ese nuevo sujeto social que se viene desarrollando desde hace años. Otro aspecto importante: en el Quinto Encuentro Feminista de América Latina, en Argentina, hubo un taller de mujeres centroamericanas. A raíz de ese taller, y de la participación destacada de ellas, surgió la propuesta de que el Sexto Encuentro Feminista se realice en Centroamérica. Aún no se sabe cuál país será sede.

El Encuentro Regional en Nicaragua, así como otros que se están organizando, son preparativos para el Sexto Encuentro de América Latina. De modo que cuando éste se realice, ya se habrá alcanzado un alto nivel de discusión sobre el poder y la problemática de género. El Sexto Encuentro de América Latina va a ser un acontecimiento histórico para el movimiento de mujeres en Centroamérica y México. ■





## Al rescate de los equilibrios naturales

Ralf Leonhard

### Triunfo de los huleros en la Amazonia brasileña

Los herederos de Chico Mendes

**A**Chico Mendes le hubiera gustado vivir ese 8 de septiembre de 1991, cuando, casi tres años después de su muerte, se coronó la obra de su vida. Ese día comenzó la demarcación de la primera reserva

del mundo destinada a la extracción de caucho. El asesinato del popular dirigente sindical, en diciembre de 1988, había despertado el interés mundial por el trabajo y la suerte de los *seringueiros* (recolectores de caucho natural en la selva amazónica). En Brasil mismo, hasta aquel día, asesinatos de dirigentes rurales apenas merecían mención en los periódicos. Así, para los brasileños resultó sensacional que los asesinos fueran procesados e incluso condenados. De repente, Brasil descubrió la trascendencia de los conflictos por la selva tropical, y el gobierno saliente de José Sarney decretó la creación de una

reserva para proteger a los *seringueiros*. Año y medio después, el nuevo gobierno de Fernando Collor de Mello inauguró la Reserva "Chico Mendes", y comenzó a demarcar el área. Pero con la creciente baja de los precios del caucho y el escaso interés de los economistas neoliberales del gobierno de Collor, el *seringueiro* brasileño es más que nunca una especie amenazada por la extinción.

#### Deforestación en marcha

Al recorrer los 180 kilómetros de carretera que separan Xapuri de Río Branco, la capital del estado federal de Acre, uno no puede dejar de percibir las fuertes contradicciones de la zona. A ambos lados de la autopista perforada por millones de baches, la selva tropical fue talada y quemada en los últimos diez años para dar lugar a haciendas ganaderas y plantaciones de caña, fuertemente subsidiadas por el gobierno para la producción de gasohol. En algunos lugares todavía sube el humo de los troncos quemados. En los predios vecinos el ganado Brahman ya está pastando sobre el frágil suelo tropical.

Xapuri parece una ciudad del lejano oeste, donde los productores sólo vienen a abastecerse de lo necesario para la vida y el trabajo en las fincas, y para divertirse en las discotecas el sábado por la noche. Nunca antes vio este soñado pueblo tantos visitantes ilustres a la vez: los representantes del Banco Interamericano de Desarrollo (BID) y del Programa de Naciones Unidas para el Desarrollo (PNUD) habían llegado en helicóptero. Eduardo Molina, el viceministro de Medio Ambiente, estaba acompañado por los jefes de otras instituciones ambientalistas. Sólo el gobernador del estado de Acre mandó sus disculpas y a su vocero ambiental. Todos estaban reunidos en la plataforma, junto a Juiz Barbosa, sucesor de Chico Mendes, y a Ilza Mendes, viuda de éste.

Más de 50 *seringueiros* habían llegado a la selva para presenciar la solemne develación de una placa conmemorativa dedicada a Chico Mendes, y para confrontar a los altos funcionarios con sus inquietudes. Con pancartas escritas en impecable portugués, se colocaron frente a una tribuna y escucharon con asombro cómo habló el alcalde Juárez Ribeiro, hijo de una familia indígena que siempre había explotado a los *seringueiros*, habló como si jamás hubiera tenido una preocupación que no fuera el bienestar de los recolectores de caucho.



#### La República de Acre

El gran boom del caucho en la Amazonia comenzó a finales del siglo pasado, cuando el látex natural entró en auge y miles de inmigrantes del empobrecido nordeste brasileño llegaron a buscar fortuna en la selva. A la sazón, el territorio del actual estado de Acre (equivalente en extensión a Nicaragua y El Salvador juntos) pertenecía a Bolivia, cuyo gobierno protestó contra la inmigración incontrolada de brasileños. Sin el respaldo de su gobierno, asentado en el lejano Petrópolis (cerca de Río de Janeiro), los *seringueiros* derrotaron al ejército boliviano y proclamaron en 1903 la República Independiente de Acre. En consecuencia, el gobierno se vio obligado a anexar el territorio e indemnizar a Bolivia con 200 mil libras esterlinas, más la construcción de una línea de ferrocarril.

Los *seringueiros* son gente solitaria que vive aislada en la selva. Sólo entran en contacto con el mundo exterior para vender sus bolas de caucho y para abastecerse de lo indispensable para vivir. Son ajenos a organizaciones de cualquier tipo. Por eso, tuvieron que pasar más de 70 años después de la heroica lucha contra los bolivianos para que se volvieran a organizar. Esta vez se trató de la sobrevivencia de su *habitat*, que es, a la vez, su base económica.

En los años setenta, el régimen militar comenzó a abrir la región amazónica y vendió vastos terrenos a empresarios y especuladores del sur. Entre 1970 y 1974, no menos de 5 millones de hectáreas (la tercera parte del territorio de Acre) fueron vendidas. Tierras habitadas desde hace muchas generaciones por indígenas y miles de familias de *seringueiros*. Fue la Iglesia Católica, con la teología de la liberación todavía en auge, la que ayudó a los *seringueiros*

Los herederos de Chico Mendes frente a su local del sindicato, en Xapuri

Página anterior: Las vacas se apoderan de la selva quemada, estado de Acre, Brasil (fotografías de Ralf Leonhard)





a formar sindicatos y desarrollar formas de resistencia no violentas. Cuando los hacendados mandaban a sus trabajadores a quemar y talar los bosques para convertirlos en potreros, los *seringueiros* se opusieron. Generalmente bastaba poca presión para disuadir a los jornaleros, que tenían poco interés en la deforestación. Pero no pasó mucho tiempo antes de que los ganaderos respondieran. En julio de 1980, pocos días después de recibir amenazas transmitidas por una radio local, el dirigente sindical Wilson Pinheiro cayó asesinado. Como la policía no hizo esfuerzos por investigar el crimen, un grupo de *seringueiros* tomó el asunto en sus manos y linchó al presunto asesino, un administrador de hacienda. Entonces sí, la policía actuó y detuvo a más de cien *seringueiros*, entre ellos a Chico Mendes, pese a que éste había hecho llamados a la serenidad. Finalmente, las autoridades tuvieron que soltar a todos por falta de pruebas, y Chico Mendes fue electo secretario del sindicato.

#### Lucha y muerte de Chico Mendes

Su labor cobró reconocimiento internacional porque consiguió vincular la lucha sindical con las preocupaciones ecológicas por la protección de la selva. El *seringueiro* explota los recursos de la selva sin destruirla. Extrae la *seringa* (el caucho líquido) de los árboles de hule, recolecta castañas (o nueces brasileñas) y cultiva un poco de yuca y frijoles para su manutención. Sólo corta árboles para la construcción de su casa o para hacer una canoa. La cultura *seringueira*, igual que la de los indígenas, garantiza la preservación de la selva. En los años de crecientes debates sobre la selva amazónica, Chico Mendes fue invitado a todas las conferencias ambientalistas de importancia, y se convirtió en símbolo de la lucha por la selva tropical. Chico Mendes gozó de especial credibilidad porque se ganó al mundo sin perder sus raíces. Hasta el día de su muerte, vivió en su humilde casita de madera en Xapuri. Salía al *seringal* para hacer el trabajo habitual, siempre que su tiempo lo permitiera. Nunca llegó a poseer ni carro ni teléfono. A sus esfuerzos se debe que la deforestación en el estado de Acre haya sido sensiblemente frenada. Por estos logros se convirtió en enemigo de los hacendados locales, principalmente del ganadero Darli Alves, quien había comprado terrenos en Cachoeira, donde Chico Mendes estaba trabajando. La historia de los



últimos meses de vida de Chico Mendes se lee como la crónica de una muerte anunciada. Al final, incluso el comandante local de la policía militar le dispuso cuatro escoltas armados. Pero los guardaespaldas corrieron cuando Chico Mendes fue acibillado el 22 de diciembre de 1988, en la puerta trasera de su casa. En las paredes todavía se pueden observar los impactos de las balas y las huellas ensangrentadas de las manos de Chico Mendes donde cayó muerto.

La Fundación "Chico Mendes", abandonada

#### Los herederos de Chico Mendes

"Lo que vino después fue sumamente difícil", cuenta Dionisio Barbosa, secretario general del sindicato de Xapuri: "de repente estábamos sin dirigente y teníamos que descentralizar las estructuras". Todavía hoy hay una actitud de sospecha hacia los dirigentes nuevos. A Ilzamar, la viuda, la acusan de haber ocupado fondos de la Fundación "Chico Mendes" para construir su nueva casa. El patrimonio de esta fundación (de unos 20 mil dólares) está siendo ahora administrado por la justicia. El sindicato no quiere meterse en el asunto. La antigua casa del dirigente asesinado, donde se conservan como reliquias los premios internacionales, una toalla perforada y ensangrentada y otros objetos de uso personal de Chico Mendes, está prácticamente abandonada. Como nadie se ocupó de pagar las facturas de corriente eléctrica, cortaron la luz. "Pero los hacendados no lograron su objetivo principal: desbaratar el sindicato", afirma Dionisio Barbosa, un hombre de baja estatura y todavía no acostumbrado a hablar con extranjeros. Por otra parte, el escándalo mundial por el vil asesinato obligó a las autoridades a actuar. Mientras innumerables crímenes contra dirigentes rurales nunca fueron se-



La policía militar corrió cuando mataron a Chico

riamente investigados, Darli Alves y su hijo Darcy fueron capturados, juzgados y condenados a 19 años de prisión.

Antes de entregar el gobierno, el presidente José Sarney decretó la creación de la Reserva Extractivista "Chico Mendes", un área selvática de 976 mil hectáreas de extensión, donde viven más de 3 mil familias *seringueiras*. Los árboles de caucho se hallan dispersos en la selva, no más de tres árboles en cada dos hectáreas. Por ende, cada familia tiene que trabajar un inmenso territorio de 150 a 200 hectáreas de selva. Y todavía existen unos cien propietarios grandes y medianos dentro de la Reserva que quieren convertir la tierra en potreros. Ellos deben ser expropiados e indemnizados. El requisito para el registro catastral de la Reserva es su debida demarcación, una tarea difícil y conflictiva. El 8 de septiembre, con la solemne inauguración de la Reserva, también se dio inicio oficial a la demarcación. El Instituto Brasileño del Medio Ambiente (Ibama), después de vacilar muchos meses, ha presupuestado la suma de 80 millones de dólares para contratar los servicios del ejército en las labores de demarcación.

#### Las leyes del Estado condenan a los *seringueiros*

Así se puede haber salvado un trozo de selva tropical, pero la lucha por la sobrevivencia de los *seringueiros* no se ha ganado con la creación de reservas. En el mercado internacional, el caucho barato de Malasia y de *seringales* artificiales en el sur de Brasil ha bajado el precio de la *borracha*. Un *seringueiro* que recoge 43 kilos de *borracha* al mes ganaba en septiembre la mitad del salario mínimo decretado por el Parlamento el mes anterior (equivalente a unos 100

dólares). "Demandamos un aumento de 130%", explica el secretario de Finanzas del sindicato en una reunión. El aumento anterior ya había sido consumido por la inflación. Todavía hace diez años, los *seringueiros* estaban en mejores condiciones. Con el valor de un kilo de caucho se compraban tres latas de aceite. Hoy, en Xapuri hay que pagar el equivalente a cinco kilos de *borracha* por igual cantidad de aceite. Y en las tiendas de la selva, donde todavía prevalece la economía de trueque, los comerciantes piden entre seis y ocho kilos. Allí, donde los *seringueiros* viven a merced de los intermediarios privados (los *seringalistas*), se paga apenas 60% del precio oficial. Debido al alto costo del transporte, ni la cooperativa fundada por el sindicato puede pagar el precio oficial de 420 cruzeiros por kilo de caucho. Muchos *seringueiros* trabajan a varias horas de camino del pueblo más cercano y hasta a ocho días de viaje en canoa. De los 1 250 *seringueiros* que hay en el municipio de Xapuri, sólo uno de cada cinco es socio de la cooperativa. Y de los aproximadamente 50 mil extractores en todo el estado federal, apenas mil están organizados en el sindicato.

Eduardo Martins, viceministro del Medio Ambiente, estima que las reivindicaciones de los *seringueiros* son justas. Incluso existe una decisión a nivel ministerial de mantener un precio del caucho que permita al *seringueiro* devengar un salario mínimo. Pero en un gabinete dominado por economistas neoliberales, el ecólogo se siente muchas veces como don Quijote contra los molinos de viento. Martins considera uno de sus grandes logros que los incentivos para la deforestación fueran abolidos a mediados del año. Pero los ganaderos tampoco se dan por vencidos. Si bien después del juicio contra los asesinos de Chico Mendes suavizaron su discurso, siguen expulsando a *seringueiros* y a *posseiros* (colonos con derechos consuetudinarios). No se debe al control de las autoridades, sino a la crisis económica, que el ritmo de la deforestación haya bajado en los últimos tres años, según afirman expertos de la región amazónica. En la selva impera la ley de la selva a todos los niveles. "Si el gobierno no nos toma en cuenta, vamos a obstaculizar la demarcación de la reserva, con medios meramente jurídicos, por supuesto", amenaza Assuero Docá Veronez, presidente de la Federación de Ganaderos del Estado de Acre (Faeac).

Este empresario vino en los años setenta de la metrópoli, São Paulo, a 300 kilómetros al su-





reste de Acre. Ahora es dueño de la hacienda Buruti, de unas 3 mil hectáreas, con 2 mil reses. En un folleto que solamente circula entre los asociados, el hacendado habla claro:

La ganadería fue cercenada y discriminada por el trabajo nefasto y predatorio de los ecologistas. Corresponde a nosotros darles una lección a aquellos que nunca supieron lo que significa trabajar y producir.

Sólo cabe especular sobre el carácter de esta lección. Seguramente no se puede responsabilizar a los ganaderos de todos los atentados, pero la serie de agresiones no termina. El 9 de septiembre, el jefe de los *seringueiros* de la población de Cruzeiro do Sul, en el extremo oeste del estado, fue atacado físicamente. Una semana después, el ingeniero agrónomo Gumercindo Rodrigues, discípulo de Chico Mendes, fue herido en un atentado en Río Branco. Según el juez, se trató de un crimen pasional.

"Basta", dicen las gruesas letras amarillas en una banderita clavada en la fachada del local del sindicato de Xapuri. Pero a mediano plazo, no son los hechos de violencia lo que amenaza la existencia de la cultura *seringueira*. "Necesitamos acceso a la educación y al servicio de salud, y apoyo estatal durante un periodo de transición." Julio Barbosa, jefe del Consejo Nacional de *Seringueiros*, quien se destaca entre sus colegas por su presentación segura y su habilidad retórica, ya piensa en las alternativas para el futuro.

Si no logramos encontrar nuevos productos que se puedan cultivar en la selva sin perjuicio del medio ambiente, entonces el *seringueiro* será una especie amenazada por la extinción. ■

Julio Barbosa, presidente del Consejo Nacional de *Seringueiros*, con la placa conmemorativa a Chico Mendes

## El *seringueiro*: una especie en vías de extinción

Entrevista con Julio Barbosa

Julio Barbosa, de 37 años, es el presidente del Consejo Nacional de *Seringueiros*, sucesor de Chico Mendes en esta función. Son raras las ocasiones en que se le encuentra en su municipio de Xapuri, donde nació y trabajó casi toda su vida. Este pueblo, situado en el extremo occidental de Brasil, a pocos kilómetros de la frontera con Bolivia, ganó renombre internacional con la lucha de Chico Mendes, asesinado en diciembre de 1988.

¿Qué problemas enfrentó el movimiento de los *seringueiros* tras la muerte de Chico Mendes?

Con el asesinato de Chico, el sindicato comenzó a sufrir algunas dificultades y la necesidad de encontrar nuevos cuadros que asumieran el liderazgo del movimiento. Yo asumí el lugar de Chico porque era secretario del sindicato, pero no tenía igual experiencia que él, que había viajado por el mundo y conocía muchas entidades ambientalistas. Las relaciones entre el movimiento de Xapuri y el resto del mundo siempre se hacían a través de él. A mí me costó mucho encontrar los contactos con el movimiento sindical del país y con el movimiento ecologista internacional. Fuera de eso, el movimiento creció después de la muerte de Chico y se expandió por toda la Amazonia. Se creó el movimiento de *seringueiros* del valle de Jurua (en el extremo occidental del estado de Acre), que presiona por la creación de una reserva extractivista en su área. Hasta 1989 no existía siquiera un decreto de creación de una reserva extractivista. También conseguimos la creación de un beneficio para las castañas que se cosechan en los *seringales*. En el municipio de Xapuri ya tenemos unos 250 *seringueiros* asociados en la cooperativa, pero hay otros mil que todavía no participan. En el estado de Acre hay aproximadamente 50 mil familias de *seringueiros*, de los cuales sólo mil están organizados. Los restantes siguen siendo explotados por los patrones, los *seringalistas*. Pagan renta y reciben mal pago por su *borracha* (*seringa* o caucho líquido). Tenemos todavía carencia de cuadros forma-

dos, deficiencia en la estructura física y financiera. En el estado de Acre hay *seringales* ubicados a treinta días de viaje en canoa. En el gobierno no hay voluntad política para apoyar nuestro movimiento.

El *seringueiro* tradicional es un hombre solitario que trabaja aisladamente. ¿Cómo fue posible organizarlos, aunque sean una minoría?

Algo que nos ayudó mucho fue el deseo de preservar la cultura del *seringueiro*. Es una cultura muy parecida a la indígena. Por ejemplo, el *seringueiro* poco se preocupa por la hora. Puede llegar al trabajo a las cinco de la mañana o a las siete de la mañana o a las siete de la noche. Pero los que dependen de aquellos patrones que son los *seringalistas* (quienes les compran la *borracha*) no pueden decidir cuándo salir, porque dependen del permiso del patrón. Además, son explotados por los patrones, quienes les venden la comida, les venden todo, y a precios muy altos, porque en la selva no hay otro lugar donde comprar. La organización tiene el objetivo de romper esta dependencia. Hace quince años comenzamos con el movimiento de no pagar la renta por su colocación. La idea es que el *seringueiro* pueda decidir su propio destino. Más allá de los problemas de dinero y de infraestructura, tenemos la dificultad de convencer a los que todavía viven en dependencia. Por eso hay que resolver el problema de la comercialización del producto y del transporte. Sería el Estado quien tendría que asumir eso, pero, mientras se logra, hace falta la participación nuestra.

¿La demarcación de la Reserva Extractivista "Chico Mendes" significa una gran victoria del movimiento?

Yo creo que sí. Pero todavía falta todo un proceso de confiscaciones de propiedades ubicadas dentro de la Reserva, y la inversión en la infraestructura. Sin embargo, consideramos que la creación de la Reserva es un gran triunfo del movimiento en Xapuri. Nos ha costado mucho tiempo de lucha y muchos muertos. Pero ahora tenemos más de 80% de los *seringales* de Xapuri dentro de la Reserva. Eso significa el primer paso hacia una reforma agraria en la Amazonia. Porque significa colocar al hombre en su tierra y garantizar que los recursos naturales renovables van a ser preservados.



¿Pero, de qué sirve tener una reserva si el precio de la *borracha* no garantiza la sobrevivencia del *seringueiro*?

Ilzamar Mendes, con la toalla ensangrentada del marido asesinado

Eso va paso por paso. El precio de la *borracha* en la Amazonia ha estado en decadencia hace mucho tiempo. La política del precio de la *seringa* debe ser considerada como parte integral de la creación de reservas. La Reserva no sirve tanto para proteger la *seringa* como para dar la oportunidad de diversificar la producción. Hay esencias naturales, plantas medicinales, frutas, palmito, cacao, incluso la propia madera, que puede ser manejada responsablemente. Para que la reserva extractivista sea viable, hay que garantizar el precio de la *seringa*. Hoy, sólo la Amazonia produce 14 500 toneladas de *borracha*. Tomando en cuenta la población *seringueira*, el rendimiento per cápita es muy bajo. Sin embargo, es viable. Los *seringales* cultivados que el gobierno plantó hace 23 años en el sur están comenzando a superar a los *seringales* nativos. Hay 400 mil hectáreas de *seringales* cultivados que pueden producir casi 400 mil toneladas de *seringa*. Eso es una amenaza para el *seringal* nativo, porque el Brasil consume solamente 130 mil toneladas. Si los *seringales* artificiales producen excedentes, no hay necesidad de comprarnos *borracha*. Demandamos que nuestra producción entre en el *stock*, porque durante más de 20 años los recursos fueron destinados a los *seringales* plantados. Ahora hace falta financiamiento para que se puedan buscar nuevas formas de extracción de diferentes productos de la selva. En la medida en que estemos buscando mejorar la vida de los *seringueiros* y encontremos nuevas formas de producción, en la medida en que encontremos cómo estructurar una reserva extractivista, el *seringueiro* debe salir del sistema de vender pro-



ductos brutos para comenzar a vender productos semiindustrializados. El lucro debe ser invertido en escuelas, en la formación de nuestro pueblo, en la infraestructura del transporte, en la implantación de núcleos de cooperativas.

*¿En qué medida existe una coordinación con el movimiento indígena para perseguir fines idénticos?*

□ Hay una alianza de los pueblos de la selva, donde participa el Consejo Nacional de *Seringueiros*. Allí está también la Unión de Naciones Indígenas (UNI). En este foro se demanda la demarcación de reservas indígenas y de reservas extractivistas. Lo más importante es cómo desplazar a la gente hacia las tierras demarcadas, así como la inversión en nuevas tecnologías para la producción en la selva y para la comercialización.

*¿Los colonos y los hacendados de la región tienen conciencia de estos problemas y apoyan la creación de reservas?*

□ Los hacendados, no. Porque esto afecta directamente su estructura. En el estado de Acre hay terratenientes con más de un millón de hectáreas de tierra. Si se quiere trabajar por un nuevo modelo de desarrollo para el estado, la tierra debe estar mejor distribuida. Esta política tiene que ser definida a nivel federal.

*¿Es el seringueiro algo como una especie en vías de extinción?*

□ Si no se define una política para esa población tradicional de *seringueiros*, será una especie en vías de extinción. La selva amazónica sigue siendo destruida cada día. Y con cada hectárea de selva que se destruye, una familia *seringueira* se ve amenazada. El gobierno invierte mucho dinero en la gran conferencia Eco 92, pero no se preocupa por una población amenazada. Si las cosas siguen de la misma manera, en veinte años los *seringueiros* habrán dejado de existir en la selva. ■

## La medicina popular: una alternativa de sobrevivencia en Nicaragua

Galo Muñoz Arce

Dionisio Cruz Salmerón, originario del norteño municipio de Waslala, afectado por un fuerte resfrío, tuvo que caminar más de 20 kilómetros para llegar al hospital de Matagalpa, pensando encontrar alivio al dolor que lo aquejaba. De pronto, se topa con la triste realidad de que los trabajadores de la salud se encuentran en huelga, viéndose obligado a retornar a su lugar de origen con las cuerdas destempladas, como reza el adagio popular.

Cansado de visitar los centros asistenciales de salud de la región, recurrió a Pablo Madariaga,



ga, viejo curandero de la zona, quien le aplicó una *limpia* con hojitas de *ciguatopeque* (*Pluchea odorata*), que encontraron en el patio de su casa. "Según concebían nuestros antepasados, la persona, cuando está *aireada*, debe hacerse una *limpia* con estas hojitas milagrosas, hasta expulsar los malos espíritus que se introducen en cualquier parte del cuerpo humano", refiere el curandero, al contemplar el rostro alegre y sano de Dionisio.

"Nuestros abuelos nos han contado que hace cien años no había hospitales, sino que con hierbas medicinales se curaban unos a otros. Nos enseñaron a cortar una hemorragia cuando alguien salía herido y a rezar una oración para calmar el dolor. Así fuimos aprendiendo, y contando de generación en generación, hasta hacer de las hierbas una forma de sobrevivencia en las comunidades aborígenes", relata Juan Pablo, haciendo gala de gran conocimiento en el arte de curar con plantas.

Desde ese momento, Dionisio Cruz comienza a interesarse por la medicina botánica. El párrafo de Waslala lo envió a los talleres que sobre medicina preventiva y salud comunitaria dicta el Centro de Medicina Popular, en Esteli, donde obtuvo un diploma como promotor de salud comunitaria. Ahí aprendió a identificar el poder terapéutico de las plantas, lo que le permite asesorar el cultivo de huertos medicinales en doce comunidades de la zona. Imparte además talleres y brinda atención fitoterapéutica a quienes diariamente recurren al joven *doctorcito de los pobres*, nombre acuñado para él por su pueblo, en reconocimiento a su labor humanitaria.

### El curandero, médico de confianza

La práctica de la medicina indígena se encuentra vigente en las comunidades rurales de Nicaragua. Toda persona adulta posee un conocimiento básico sobre medicina, que ella misma puede prepararse, valiéndose de plantas como el zacate de limón, la hierbabuena y el eucalipto para las enfermedades respiratorias. Las enfermedades diarreicas se curan con hoja de guayaba, manzanilla, limón agrio y dormilona, que son plantas de reconocida eficacia.

A diferencia de la relación fragmentaria y despersonalizada que el paciente suele tener con el médico profesional, su interrelación con el curandero, la partera o el remediero es fuertemente personal.



A través del tiempo, nuestra medicina popular ha sabido conservar diversas formas de curar con plantas. Los curanderos son verdaderos especialistas que, arraigados en la tradición, se encargan de tratar las enfermedades más frecuentes, como el empacho o indigestión, el cólera, el resfrío y muchas otras.

En el caso del empacho, don Antonio Zelaya, viejo curandero del municipio de San Rafael del Norte, indica que esta enfermedad "se pega en los intestinos" debido al exceso de comida, a un cambio de dieta o a desatención. "Lo primero que hago es tomar al paciente de las manos, luego de las yemas de los dedos y, si siento que es empacho, le aplico una sobadita, acompañada de un té de manzanilla, hasta que ese hombre se pone nuevo", comenta don Antonio, a quien los médicos dan la razón, ya que, en sus 30 años de ejercer su oficio, ninguno de sus pacientes ha caído abatido en sus manos. ■

Talleristas de la zona de Jalapa realizan prácticas sobre limpieza y sembrado de plantas en la finca del Centro de Medicina Popular, en la comunidad del Cortijo, al norte de Esteli



## MOVIMIENTOS POPULARES

## El Centro Nacional de Medicina Popular y Tradicional: una experiencia revolucionaria

Con el triunfo revolucionario de 1979, se intensificó en Nicaragua la búsqueda de la propia identidad. Los ministerios de Salud y de Educación iniciaron en el norte del país el rescate de la medicina popular, involucrando a los estudiantes de secundaria que, como alfabetizadores, recogieron más de 3 mil entrevistas, con lo que se logró reunir el primer inventario de la flora medicinal de la región.

Se crearon programas de radio cuyo propósito fue rescatar las recetas caseras tradicionalmente usadas por el pueblo para remediar sus males. Por medio de entrevistas a curanderos, parteras y remederos, fue posible identificar alrededor de 1 200 plantas usadas en la región, de las cuales —según el banco de datos— 56 son utilizadas para tratar enfermedades diarreicas y respiratorias.

Este rescatado conocimiento popular fue sistematizado y devuelto al pueblo a través de un fichero fitoterapéutico que se encuentra hoy día en todos los puestos y centros de salud de los departamentos del norte.

En 1985 se fundó, en la ciudad de Estelí, el Centro Nacional de Medicina Popular Tradicional, que en la actualidad ha extendido su influencia a casi todo el país. Lleva el nombre del doctor Alejandro Dávila Bolaños, médico indigenista que, por defender los derechos del pueblo, cayó asesinado a manos de la guardia somocista en abril de 1979.

"Hemos finalizado la etapa de rescate y desarrollamos un programa encaminado a la integración de la medicina popular tradicional, sus contenidos y recursos a los sistemas de salud", señala el licenciado Uriel Sotomayor, director del Centro.

Al referirse al plan maestro concebido por el Ministerio de Salud para el periodo 1991-1996, el licenciado Sotomayor se muestra preocupado porque dicho plan ignora el Subsistema Médico Popular Tradicional, al que diariamente recu-

rren miles de nicaragüenses.

"No considerar las características del contexto histórico-social en que el sistema oficial de salud desempeña su acción es no aceptar un hecho cultural vigente, creado a lo largo de nuestra historia, para el diagnóstico, prevención y tratamiento de las enfermedades que nos aquejan", explica el director del Centro.

Refiriéndose a los funcionarios de salud que formularon el plan maestro, acota que sus apreciaciones sobre la salud de la población están "matizadas por un sesgo administrativo-asistencial que resta eficacia operacional a sus políticas y planes, condicionados por la escasez de información sociocultural en nuestro medio".

Agrega que el potencial fitoterapéutico hasta ahora explorado por el Centro de Medicina Popular no ha recibido la adecuada atención por parte de los funcionarios que rigen los sectores de salud, industria, comercio y economía. "Nos preguntamos, ¿qué estamos haciendo para presentar alternativas nacionales al ingreso de fitofármacos? Si somos un país agroexportador, ¿por qué no desarrollamos políticas que promuevan el cultivo y la industrialización de plantas medicinales?"

Para finales de 1993, el Centro se ha propuesto formar una red nacional de 2 mil promotores de medicina preventiva y salud comunitaria. En sus talleres incluye elementos tan importantes como la efectividad terapéutica de

## Al rescate de nuestras raíces

En todo el territorio de América Central aparecen varias zonas cuya definición vegetal y animal es propia de cada una, acorde con los factores ecológicos propios de cada región. Pero a los pueblos mesoamericanos los une una misma cultura, el maíz, usado desde tiempos inmemoriales como planta sustento que cura diversos males. En estos pueblos hay rostros que

evidencian las huellas de la cultura náhuatl. También los hay con fuertes rasgos mayas.

En el siglo XVI, al llegar de España la cruz, la espada y el fuego, florecía en esta región una herbolaria profundamente sabia, y una escuela donde se formaban fitoterapeutas. Según los cronistas de Indias, toda el área era rica en plantas medicinales, de manera que aquellos médicos herbolarios poseían una extensa farmacopea a su disposición.

La salud era concebida como el resultado de la armonía entre el ser humano

y su medio ambiente natural y social, además de ser reflejo de la armonía entre los hombres y sus dioses. Tanto médicos como curanderos utilizaban plantas tales como la coca (analgésico), la tuna (para entablillar fracturas), el mozote (contra las úlceras), leche de higuera (contra los parásitos intestinales), el jicote (para cicatrizar heridas) y el guapote (contra las enfermedades de la mujer).

Pero también se servían de sustancias animales, tales como la manteca de boa (desinflamatorio), chischil (sudorífico de

34 especies medicinales, o cómo sembrar, cosechar, secar, preparar y dosificar las plantas. Esto permite al promotor enfrentarse a la realidad sanitaria de sus comunidades.

Los servicios que ofrece el Centro van desde la distribución de productos fitoterapéuticos hasta las fuentes de consulta para cada tema. Cuenta con una farmacia de plantas medicinales que ofrece al país especies para el tratamiento de enfermedades comunes, así como el uso adecuado de sus productos según sus propiedades, formas de preparación y posología.

La oficina de informática ofrece información técnico-científica. Y mantiene un banco de datos sobre las experiencias nacionales e internacionales relacionadas con la medicina popular tradicional.

Su biblioteca es fuente de información para las investigaciones básicas de campo, a la vez que ofrece al público estudios sobre historia de Nicaragua y de toda Mesoamérica, antropología, etnología, arte precolombino y, por supuesto, sobre el uso de plantas medicinales en Nicaragua y en América Latina.

"La estabilidad económica sólo podrá ser duradera si conseguimos identificar y desarrollar nuestras potencialidades. Y en parte, esto es lo que pretendemos con la integración de los recursos terapéuticos y contenidos etnomédicos al Sistema Nacional de Salud", puntualiza el director de este prestigioso centro. ■

La colonización dio paso a una medicina distinta. Se introdujeron nuevas formas de curar, pero pese a la avalancha propagandística en favor de píldoras, inyecciones, jarabes y más de 20 mil fármacos de patente que circulan en el mercado, los pueblos centroamericanos no han perdido su identidad herbolaria, profundamente arraigada. ■

## América Latina: entre golpes y fraudes

### Haití: el ocaso de una esperanza

Ralf Leonhard

"No vacilen en darles su merecido". El presidente Jean-Bertrand Aristide, recién llegado de la 46ava Asamblea General de las Naciones Unidas, realizada en Nueva York, y luciendo un traje blanco impecable, trató de alertar al pueblo haitiano acerca de inminentes conspiraciones. "Monten vigilancia frente a la cárcel durante tres días y tres noches, y si alguno escapa, no vacilen en darle lo que merece..." Aristide, el joven sacerdote convertido en jefe de Estado a raíz del torrente electoral de diciembre de 1990, aparentemente estaba esperando una intontona de liberación de Roger Lafontant. Confiaba en la fuerza de las masas, en el Movimiento Lavalas, la avalancha que lo había llevado al poder. Lafontant, el antiguo ministro del Interior y dirigente de los remanentes de los tonton macoutes, había sido sentenciado a cadena perpetua después de un fallido golpe de Estado en enero pasado.

Tres días después de su alarmante discurso, Aristide fue depuesto por un golpe de Estado dirigido, no por Lafontant, sino por el jefe del Estado Mayor recientemente nombrado, general Raoul Cedras. En la noche misma del golpe, Lafontant fue asesinado en la cárcel en circunstancias aún no esclarecidas. Aristide fue salvado gracias a la intervención del embajador de Francia, quien lo sacó de su residencia en su propio Mercedes blindado. Al darse cuenta de que las fuerzas leales habían sido abatidas, el presidente tuvo que abandonar el país en un avión enviado por el mandatario venezolano Carlos Andrés Pérez.

Mientras tanto, en Puerto Príncipe y en otras ciudades del país, los militares sembraron el terror, para prevenir con un baño de sangre cualquier intento de levantamiento popular. La cruenta campaña tuvo éxito: si en enero pasado





(Fotografía de Jean-Claude Pattacini)



la mera presión de las masas hizo fracasar el golpe, esta vez varias centenas de muertos sirvieron de advertencia contra la resistencia popular. Los ministros y asesores de Aristide, y los dirigentes de los movimientos de masas, se refugiaron en embajadas o casas de seguridad. Y el allanamiento militar de las emisoras, la censura armada, desbarató el sistema de comunicación popular. La solución militar se impuso, a pesar de la unánime condena internacional al golpe. Las Naciones Unidas, la Organización de Estados Americanos, la Comunidad Europea, todos emitieron severas resoluciones de condena e insisten en el restablecimiento del presidente constitucional, además de decretar un embargo comercial contra los golpistas.

#### Entre el vacío y la farsa

Diez días después del golpe, las clases no habían comenzado y todos los vuelos comerciales desde y hacia Haití seguían suspendidos. Pero en Puerto Príncipe imperaba una aparente normalidad. Los vendedores volvieron a poblar las calles de la capital, la circulación de vehículos era casi como en tiempos normales y el abastecimiento de combustible era satisfactorio. Se redujo el toque de queda desde la once de la noche hasta las cinco de la mañana. Los militares se esforzaron por acelerar la normalidad política mediante la instauración de un gobierno provisional.

Recurriendo a un artículo constitucional que regula la sucesión del presidente en el caso de su dimisión o muerte, nombraron al más antiguo magistrado de la Corte Suprema de Justicia, Joseph Narrete, un anciano de 67 años. Fue confirmado bajo las miradas y las armas de los militares por un tercio de los diputados de la Asamblea Nacional.

Pocos días después, los jefes de algunos partidos políticos, que cautelosamente habían esperado el desenlace del golpe, ya dieron su apoyo público a la destitución del carismático Aristide. Y cuando le tocó al Senado confirmar el nombramiento del nuevo primer ministro, Jean-Jacques Honorat, dos tercios de los senadores se hicieron presentes. El cuerpo diplomático, por su parte, continuó boicoteando cualquier acto oficial de los nuevos gobernantes. Así, para formar un gabinete provisional, Honorat tuvo que recurrir a desconocidos burócratas sin brillo ni renombre, que habían comenzado su carrera bajo la dictadura duvalierista o

durante los subsiguientes regímenes militares. Carteras tan importantes como la de Asuntos Exteriores o Sociales quedaron vacantes debido a la falta de candidatos. Incluso los políticos que habían aplaudido el golpe rechazaron participar en esa farsa pseudodemocrática.

#### Las cautelosas esperanzas

En las calles de Puerto Príncipe, en los mercados, en las *bidonvilles* (las villas miseria), el defraudado pueblo mantiene sus esperanzas. Entre los pobres, los desempleados, los vendedores ambulantes, los pequeños empleados, es difícil encontrar a una persona que no demande el inmediato retorno del padre Aristide. "Si no hay otro camino, hace falta una intervención militar", opina un cuarentón sentado detrás de una hilera de planchas y repuestos de artefactos eléctricos. Pero él, como casi todos, prefiere no dar su nombre. "Ya mataron a demasiados en mi barrio..." A pesar de la aparente normalidad, después del anochecer las calles quedan casi desiertas, y desde los barrios pobres se siguen escuchando disparos en la noche, cuando los militares aplican la venganza preventiva contra los simpatizantes del depuesto presidente. Centenares de capitalinos han abandonado la ciudad para buscar refugio en las casas de parientes en el campo.

Es posible que, al publicarse este número, el presidente legítimo haya sido restituido en su cargo, en virtud del efecto del embargo comercial impuesto por casi toda la comunidad internacional. Aislados por el resto del mundo, en el país más pobre del hemisferio, necesitados de ayuda externa para sufragar los gastos de todos los días, para abastecerse de petróleo, para las inversiones públicas y para el funcionamiento de su frágil parque industrial, los golpistas no están en condiciones de resistir mucho tiempo. Una avalancha de préstamos blandos, donaciones, fondos para obras sociales y de infraestructura que comenzaron a liberarse a raíz de la instauración del primer presidente libremente elegido por el pueblo, todo fue congelado en razón del golpe de Estado. Y ni los narcotraficantes ni los multimillonarios haitianos, que supuestamente habían financiado el levantamiento militar, están en posición de mantener el país a flote por tiempo indefinido. Sin el presidente constitucional, no hay soluciones viables.



(Fotografía de Jean-Claude Pattacini)

#### Motivos del golpe

Sin embargo, vale la pena analizar las razones por las que este golpe pudo consumarse después de que la rebelión del 6 de enero fuera aplastada por el pueblo. Desde un principio, Aristide se había alejado de los políticos y aun de la propia coalición FNCD, que apoyó su candidatura. Como primer ministro, nombró a un amigo personal, el agrónomo René Preval, quien carece de vínculos partidarios. El resto del gabinete fue compuesto por tecnócratas y amigos que se destacaron por su fidelidad personal y su falta de experiencia política. Incluso muchos simpatizantes entre los intelectuales dieron la espalda al gobierno Lavalas, debido a un creciente sectarismo en la selección de funcionarios y técnicos para importantes puestos. La Asamblea Nacional y el Senado desconfiaron de este gobierno, que no hizo esfuerzos para ganarse la confianza de los diputados. La cautela de Aristide ante los políticos no carece de fundamento: lo primero que quisieron hacer los senadores fue recetarle salarios de 8 mil dólares, frente a los 2 mil que gana el presidente. Pero la permanente tensión entre el Legislativo y el Ejecutivo entorpeció el proceso democratizador, y Aristide repetidamente incursionó, tanto en la competencia del Parlamento, como en la del Poder Judicial, para imponer sus decisiones. Marc Bazin, el principal rival de Aristide en las pasadas elecciones, fue uno de los políticos que más contribuyó con sus críticas a crear un clima contra Aristide: "El 16 de diciembre probó que las elecciones pueden conducir a otra cosa que no es democracia".

Roger Lafontant, eterno conspirador, fue muerto durante el golpe de Estado en Haití (fotografía de Ralf Leonhard)





Aunque los ingresos fiscales del gobierno aumentaron sustancialmente, debido al eficaz combate de la corrupción administrativa, aumentó el costo de la vida para el pueblo, el desempleo creció debido a la fuga de capitales y en el campo faltaron políticas concretas para una democratización de la distribución de la tierra. Los empresarios protestaron ante el anuncio de un aumento del salario mínimo a partir del próximo año y el pueblo se inquietó ante la falta de respuestas a sus necesidades. Cuando en un discurso Aristide recomendó a los desempleados pedir empleo, no al gobierno, sino a los empresarios, y recurrir a sus tradicionales métodos de presión para lograr sus fines, el pánico se apoderó del sector privado. Una referencia que hizo Aristide en su último discurso a un método de linchamiento popular con llantas rociadas con gasolina sólo sirvió de justificación posterior para el golpe.

#### El desafío a los militares

Para los militares, siempre alertas ante la postura anticastrense del sacerdote-presidente, que

varias veces había escapado de morir a manos del ejército, la gota que derramó el vaso fue la creación de una guardia presidencial independiente del Estado Mayor. Con la ayuda de asesores franceses y suizos, Aristide había formado un cuerpo armado de cincuenta hombres leales a la constitucionalidad. Igualmente, la policía de Puerto Príncipe pasó por los cursos franceses de capacitación. Además, el presidente había insinuado varias veces que el presupuesto militar tendría que sufrir recortes.

Al final, la alta oficialidad pudo estar segura de contar con el apoyo, tanto de la tradicional burguesía, como de la oposición política, y, por supuesto, de todas las estructuras corruptas que dejó la dictadura duvalierista. Al consumarse el golpe, los duvalieristas se dieron a la tarea de saquear los locales y de perseguir a los miembros de las organizaciones de *Lavalas*. Los burgueses de Puerto Príncipe y Petionville hicieron colectas para que el régimen *de facto* pudiera resistir el embargo.

"*Titide* ha cometido muchos errores", concedió un embajador haitiano fiel al gobierno derrocado; "cuando regrese a Haití, va a ser un hombre diferente". ■

Aristide (con micrófono) en campaña electoral, Puerto Príncipe, diciembre de 1990 (fotografía de Ralf Leonhard)



## Grietas del sistema político mexicano

Lilia Rubio

### Introducción

La resistencia civil aumenta en México. Desde el norteno estado de Sonora, hasta Tabasco, en el sur, son multitudinarias las manifestaciones contra la imposición gubernamental. Comunidades enteras salen a las calles y no regresan a sus casas hasta ser escuchadas. Su voz ha retumbado por valles y montañas. Ha llegado a la residencia presidencial a cuestionar la llevada y traída estrategia modernizadora del presidente Carlos Salinas de Gortari.

Y no sólo de gritos está compuesto el nuevo movimiento popular mexicano. Varios han sido los logros. En los estados de San Luis Potosí y Guanajuato, en el centro del país, los movimientos de oposición no permitieron que se les impusieran los candidatos del oficial Partido Revolucionario Institucional (PRI). Miles de potosinos tomaron las calles exigiendo que se reconociera la victoria del intachable luchador social doctor Salvador Nava Martínez. Ante la cerrazón gubernamental, el viejo dirigente or-



(Fotografías de La Voz del Sureste)



ganizó una caminata a la ciudad de México. Por su lado, cientos de mujeres impidieron que entrara al palacio estatal el gobernador impuesto por la capital. Al supuesto ganador no le quedó más alternativa que renunciar, para dar pie a un gobierno interino.

Algo muy parecido sucedió en Guanajuato. Allí, un miembro del conservador Partido Acción Nacional (PAN) ocupa por ahora el puesto de gobernador interino.

En ambos estados, las elecciones tendrán que repetirse en los próximos meses, porque, ante el renovado fervor democrático, al gobierno le salía más costoso imponer a sus protegidos que aceptar su derrota.

Tabasco es el siguiente estado dentro de esta lista de avances por la democracia y la justicia en México. Lo que en ese sureño estado sucede es reflejo de la efervescencia que recorre este país, donde al ritmo de la pegajosa canción "Vamos a Tabasco, que Tabasco es un edén", el cólera, el autoritarismo y la corrupción gubernamentales hacen estragos.

En un entorno realmente paradisiaco, los tabasqueños son un pueblo de sonrisa fácil y agallas comprobadas. Su estado cuenta con todo lo bueno de la vida: un clima calientito y seductor, el cacao para sabroso chocolate con canela, los plataneros donde cuelgan —al alcance de la mano— bananos de todos tamaños, el plácido y gordo ganado y, como si esto fuera poco, Tabasco también tiene petróleo, mucho petróleo.

Nada, mejor dicho, casi nada falta en el estado, a excepción de algo que ha escaseado durante muchos años: democracia.

Durante décadas, el PRI hizo y deshizo en Tabasco, sin que nadie le opusiera resistencia. Allí, los priistas regían y vivían en ese su edén exclusivo.

Fue, sin embargo, hace tres años cuando los habitantes del falso paraíso empezaron a rebelarse. Miles de indios chontales se enteraron de que en la ciudad de México, por honesto, un político llamado Cuauhtémoc Cárdenas había sido expulsado del PRI. Juntos, los indígenas mayas, estudiantes, intelectuales, amas de casa y obreros tabasqueños votaron por la nueva esperanza democrática. Cuando en 1989 se formó el Partido de la Revolución Democrática (PRD), presidido por Cárdenas, sus filas se nutrieron con todos los colores de la sociedad tabasqueña.

Creativas y llenas de combatividad han sido en estos últimos tres años las actividades del PRD. No por nada la cifra oficialmente recono-

cida de votos para los cardenistas fue de casi 65 mil en cada una de las últimas dos elecciones estatales. Al escribir estas líneas, sólo faltan unos días para las elecciones locales de ayuntamientos y diputados locales. Como van las cosas, se puede asegurar que el PRD continuará siendo la segunda fuerza, y que en el futuro cercano, y si el voto se respetara, bien podría convertirse en la agrupación política número uno de Tabasco, pues es allí donde ese partido avanza con sólida congruencia.

La realidad de las cosas es que, por primera vez en la historia del sureño estado, el PRI se enfrenta con la horma de su zapato. Unos 600 expriistas marcharon en octubre del presente año al lado de Cuauhtémoc Cárdenas. Se calcula que son miles los que en los últimos meses han abandonado el PRI para engrosar las filas del PRD, porque denuncian que su partido les hizo fraude. Es decir, el PRI le está robando votos al PRI. Increíble, pero cierto.

El actual gobernador, Salvador Neme Castillo, seguramente sufre de dolor permanente de cabeza, pues la oposición centroizquierdista está resuelta a no dejarlo dormir en paz mientras sigan existiendo injusticias. El juicio político al gobierno de Neme, así como múltiples movilizaciones, ejemplifican nitidamente esta firme decisión.

Sí, son muchos y muy notables los cambios en este país azteca. Es por eso que en esta ocasión hemos dedicado nuestra sección a Tabasco, pues consideramos que allí, como en ninguna otra parte de México, es donde la lucha política va tomando matices nunca antes vistos. Es allí donde miles de expriistas engañados y de activistas del PRD se unen con un mismo objetivo: luchar por la democracia.

Repletos de la palabra *modernización* están los discursos del presidente Salinas. Muchas han sido también las medidas que, en estos pocos más de mil días de gobierno, el mandatario ha tomado para demostrar que no tiene interés alguno de hacer "política a la antigua". En Tabasco, sin embargo, Salinas continúa permitiendo la estadia en el poder de un fiel representante de la vieja guardia, cuyo rancio olor lastima incluso la nariz menos quisquillosa.

Habrà que ver si el gobierno está realmente dispuesto a que México salga de la catacumba política en la que apenas ha sobrevivido durante décadas. Sería un grave error seguir inyectándole seguridad a lo que un conocido columnista mexicano denominó como *Prinosaurio*. ■



## Tabasco: el edén subvertido

Pesadilla en vida

En los últimos meses, el clima político tabasqueño se ha venido calentando tanto como estas tierras tropicales, donde brotan los plátanos y el petróleo. Si al marcado avance del Partido de la Revolución Democrática (PRD) le sumamos los enconados conflictos internos de las huestes del Partido Revolucionario Institucional (PRI), bien podríamos afirmar que se está gestando una profunda fisura en el partido de Carlos Salinas de Gortari.

El 27 de agosto, miles de priistas acudieron a las urnas para elegir internamente a sus candidatos a presidentes municipales para los próximos comicios del 17 de noviembre. Miles también, desde el río Grijalva hasta el Usumacinta, aseguran que su voto no fue respetado y que su partido, el PRI, les hizo fraude.

Como si la situación no fuera lo suficientemente absurda, a mediados de septiembre la Comisión Estatal Electoral (CEE) se había negado a registrar a los doce candidatos a diputados locales plurinominales del PRD, principal fuerza opositora en el estado. Su argumento fue que los dos que encabezaban las listas no habían cumplido con los trámites necesarios. Finalmente, el 27 de septiembre, las autoridades dieron a conocer su dictamen concerniente a la apelación hecha por el PRD: respetar el derecho de ese partido a reemplazar a los dos candidatos rechazados. Dos días antes, Andrés Manuel López Obrador, el dirigente estatal perredista, se había reunido por primera vez con su antiguo contrincante a la gubernatura del estado y actual gobernador, Salvador Chavo Neme Castillo.

"Gobernación me puso esa condición. Cuauhtémoc Cárdenas y el Consejo Estatal del Partido valoraron la situación. Sabemos que la entrevista implica riesgos para nuestra imagen y principios, que no están en juego", dijo el politólogo y expriista.

Los adeptos perredistas son muchos y tan decididos como organizados. Se encuentran principalmente en los municipios de Cárdenas, Teapa, Jalpa, Balancán y Nacajuca. Fue allí, en un pequeño poblado chontal con el nombre de Oxiacaque, donde en septiembre se enfrentaron indígenas perredistas con priistas de Villaher-

mosa. Dos heridos de bala y uno con garrote fue el resultado de esta pelea por la llegada al pueblo del candidato oficial. "El PRI pone las balas y el PRD los heridos", publicó en uno de sus artículos el periódico progresista tabasqueño *La Verdad del Sureste*.

"Pensamos que habría maniobras, pero no nos imaginábamos tal perversidad. Creíamos que se iba a respetar el estatuto sobre consulta a la base estipulado en la XIV Asamblea de nuestro partido, pero lo que estamos viviendo es una verdadera pesadilla en vida", dice el desde hace 20 años militante del PRI Milton Lastra. El también en varias ocasiones funcionario del gobierno tabasqueño señala que un día antes de la votación las autoridades entregaron en Balancán 5 mil credenciales duplicadas y que la policía les robó urnas. Para condenar éste y muchos más fraudes, los engañados organizaron una huelga de hambre frente al palacio municipal. Ésta fue continuada en el despacho capitalino del presidente del PRI, Luis Dorado Colosio.

Algo va a pasar

Semanas después, unos 200 priistas organizaron un plantón frente a las oficinas centrales del partido tricolor, también en el Distrito Federal. En ese su tercer viaje a la capital en dos meses, los manifestantes marcharon hacia la residencia presidencial, Los Pinos, para protestar contra la "mascarada democrática".

"Algo va a pasar", señala Milton Lastra. El ahora dirigente del recientemente formado Movimiento Popular Priista confía que bien podrían cancelarse las candidaturas a presidencias municipales de algunos priistas con victorias amañadas, pero confiesa sus dudas, pues "en la política no se puede adivinar".

Sin necesidad de adivinanzas, lo que sí se puede afirmar es que, hoy por hoy, miles son los hasta hace poco fieles y pacientes priistas que ahora tienen la mirada fija en el PRD. Lo ven como la única opción. Así las cosas, es muy posible que con la jornada electoral de noviembre de 1991, y la de casi tres años después, el partido tricolor tenga que hacerse a la idea de que *Tabasco no seguirá siendo su edén*. ■



## El cambio en Tabasco

Entrevista con  
Andrés Manuel López Obrador,  
dirigente del PRD en Tabasco

**C**harlamos con el politólogo Andrés Manuel López Obrador, dirigente del Partido de la Revolución Democrática (PRD) y ex candidato a la gubernatura de Tabasco. El entrevistado es un hombre joven, integro, de intachable trayectoria política y dispuesto a anteponer su confort económico y político para luchar por el cambio en su país. Como muchos otros militantes del PRD, Obrador fue miembro activo del Partido Revolucionario Institucional (PRI), en el que fungió como presidente estatal, así como secretario de gobierno. En su trayectoria dentro del partido que hace más de sesenta años gobierna México, se distinguió por su impetuoso reformador. Poco a poco, sin embargo, fue aumentando la frustración del inquieto priísta ante el autoritarismo de la jerarquía en el poder.

Cuando Obrador se enteró de que el ingeniero Cuauhtémoc Cárdenas también estaba tratando de cambiar al PRI, ya no lo perdió de vista. Fue en ese entonces cuando el hijo del general Lázaro Cárdenas fue expulsado del PRI, para luego ser lanzado como candidato a la presidencia por el ahora desaparecido Frente Democrático Nacional (FDN), de alguna manera antecesor del PRD.

López Obrador es un hombre querido y respetado por el pueblo tabasqueño. Nunca se le ha conocido corruptela alguna. Su forma modesta de vivir dista mucho de semejar la opulencia en la que viven muchos políticos, especialmente los del gobierno. Su estrecha relación con los indios chontales data de hace muchos años, porque durante un buen tiempo el politólogo trabajó como director del Instituto Nacional Indigenista de su estado natal. Múltiples fueron sus recorridos por la zona de la Chontalpa, donde los mayas viven en condiciones terribles. Múltiples fueron, asimismo, las gestiones que Manuel López Obrador hizo para tratar de solucionar los tan antiguos y complejos problemas de los chontales.

Es por eso que, ante la sugerencia de miles de indígenas mayas, en 1988 el FDN entró en contacto con López Obrador para proponerle la

candidatura a gobernador de su estado natal.

La toma de una decisión tan importante no fue fácil para el politólogo. Después de un breve tiempo de reflexión, sin embargo, Andrés Manuel López Obrador optó por lo que él denomina la decisión más importante de su vida. A la desaparición del FDN le siguió la formación del PRD. Desde entonces, el expriista se ha dedicado de tiempo completo a fortalecer al partido que, según dice sin empacho alguno, es el único que puede representar un verdadero cambio para México.

El rápido y significativo crecimiento del PRD en Tabasco se debe, entre muchas otras razones, al hecho de que la estructura partidista allí, si bien no empezó de cero, pues ya había existido cierta organización opositora, sí tuvo un muy fresco inicio con la creación del PRD. Es decir, fueron pocos los vicios o hábitos del quehacer político que la nueva militancia tuvo que modificar.

Por otro lado, después de las elecciones por la gubernatura, en noviembre de 1988, en las que a López Obrador le fueron oficialmente reconocidos casi 65 mil votos —convirtiéndose así al PRD en la segunda fuerza política del estado—, la principal tarea fue la construcción del Partido. Excomunistas, exsocialistas, expriistas y muchísimos que jamás habían tenido participación política alguna se fijaron la meta de crear comités de base, a fin de hacer del PRD un instrumento de lucha al servicio del pueblo. Dentro de esta gran tarea, un papel fundamental fue la creación de un Comité de Derechos Humanos autónomo, que ha tenido logros verdaderamente espectaculares, como por ejemplo un juicio político contra el gobernador tabasqueño, Salvador Neme Castillo. En ese tribunal se ventilaron múltiples tejemanejes y corruptelas, cuyos protagonistas fueron los funcionarios o los parientes del gobernador. Todas las denuncias fueron respaldadas con pruebas contundentes, tales como copias de cheques, escrituras de compras fantasmas, facturas y contratos falsos, así como pruebas relacionadas con la evasión de impuestos.

“El juicio político y el trabajo constante y honesto le han ganado al PRD amplio reconocimiento. Aquí no hay arribismo, pues a la gente se le reconoce por su trabajo y no porque sean amigos de algún dirigente. Le damos su lugar a quien se lo merece. Por otro lado, empezamos con sangre nueva y no ha habido jalones de tapete de nadie contra nadie. El Partido en Tabasco, a diferencia de lo que sucede en algunos

otros estados, no tiene corrientes ni facciones. Tenemos libertad, no bloques”, señala el dirigente.

Cabe hacer notar, asimismo, que la postura de López Obrador es realmente ejemplar, especialmente en estos tiempos en que no pocos dirigentes de la oposición parecen haber olvidado la mística por el cambio social, para luchar, a capa y espada, por un puesto público asalariado. El politólogo no es de esa acomodaticia especie. Andrés Manuel no ha aceptado ningún nombramiento público, pues su interés princi-

pal es consolidar el Partido, su base y cuadros populares.

Salirme del PRI para unirme al PRD fue una de las mejores decisiones que he tomado en mi vida. Me siento muy contento y me encontré moralmente. Cuando acepté la candidatura a gobernador no fue para llegar a la residencia de gobernador. Desde el principio, sabía que ésta era una lucha a largo plazo y que, por no tener oposición real en Tabasco, el gobierno estaba cayendo en el imperio de la corrupción y las distorsiones. ■

Andrés Manuel López Obrador



## A los indios chontales ya no los engaña el PRI

El poblado de Oxiacaque, ejemplo de rechazo

Aquí no pasaba nada. Hasta apenas cinco años, este poblado de calles de tierra donde pasean empolvados autos, cerdos y gallinas, parecía haber enmudecido. En la zona baja, sus habitantes, los indios chontales, se quejaban de la misera situación en la que vivían, pero no sabían hacer para cambiarla.

A mediados de este septiembre, sin embargo, los chontales dejaron muy claro que estaban dispuestos a defender sus derechos. Bloquearon la carretera para que el candidato del PRI a la presidencia por el municipio de Nacajuca no llegara a Oxiacaque, junto con su familia, a hacer proselitismo político.

Cuando hace unos tres

años se formó en Tabasco el opositor Partido de la Revolución Democrática, miles de chontales, que en total son unos 90 mil, fueron los primeros en afiliarse. Se puede afirmar, incluso, que una buena parte de los 64 mil votos oficialmente reconocidos al PRD en las elecciones de 1989, así como otro tanto en las de agosto pasado, provinieron de la zona Chontalpa.

“Ellos vinieron armados. Nosotros los detuvimos en la carretera para decirles que nadie los había invitado al pueblo, pero el tipo que quedó de candidato fue impuesto por el gobernador”, señala una muchacha desde su hamaca.

Conocidos y constantes son los llamados que las dirigencias nacional y estatal del PRD hacen contra el uso de la violencia. Conocido es también el hecho de que los indígenas de aquí y de todo el país ya están hasta el tope de tanta injusticia.

“Yo venía de mi trabajo cuando me dieron un garrotazo y perdí el conocimiento.” Nos muestra un muchacho de 21 años la herida en su cabeza. El saldo: tres

heridos del PRD, dos de bala y uno de garrote, y muchos priístas que huyeron aterrados.

Al afiliarse al PRD, tercera fuerza política nacional y segunda en Tabasco, los chontales recobraron su identidad. “Ya no nos ataranta el PRI. Si a un niño no se le puede engañar con un dulce, a nosotros menos”, dice un hombre que trae consigo dos delgadas novelas de monitos, cuyos títulos rezan: *Inesperada venganza* y *Odio en la piel*.

“Aquí somos del PRD, porque ese partido estuvo dispuesto a hablar con nosotros sin querer comprar nuestro voto con pollos o machetes. Una vez hubo un gobernador que hasta molinos prometió, y nunca llegaron.” La mujer, vieja y desdentada, tose a cada rato. Tiene tuberculosis.

## Ganado gordo y pueblo flaco

Oxiacaque se encuentra a menos de una hora de la capital tabasqueña, Villahermosa. Era una región incommunicada, hasta que en los

setenta se descubrió petróleo. A velocidad del rayo, se construyó una carretera y se destruyeron palmas y plataneros. Con el crudo, llegaron también las presiones y las artimañas para que los chontales cedieran sus tierras. Por las buenas o por las malas, se quedaron sin tierra; y en muchos casos, sin indemnización. Al inicio, los indígenas fueron contratados como peones de albañilería, abriendo zanjas para oleoductos o para cargar barita. Luego llegó el desempleo. Pemex, la compañía petrolera mexi-

cana, propiedad estatal, se fue sofisticando cada vez más, lo que significó que requería obreros calificados. Tras su histórica marginación, los chontales no daban el ancho para satisfacer las necesidades de tan pujante industria. Tampoco tenían la tierra para regresar al cultivo del cacao, ni el dinero para convertirse en ganaderos.

Quedaron a la deriva, y la zona de la Chontalpa se convirtió en una región de “ganado gordo y pueblo flaco”. En la actualidad, casi todos trabajan como



## Testigo de varios fraudes

Entrevista con la profesora Minerva Pérez

**M**ujer morena, de cabellos largos y labios sonrientes; mujer de manos pequeñas y alma grande, es la profesora Minerva Pérez, luchadora por los derechos humanos y el cambio social. Es una mujer que ya no tiene miedo.

Largo ha sido su caminar. Muchos los caminos recorridos en sus 37 años como maestra de primaria. Fue a través de la enseñanza que ella tomó conciencia de las injusticias cometidas por los funcionarios gubernamentales. Lo que veía en las comunidades y en las dependencias de gobierno fue para Minerva una gran escuela.

Cuando en 1988 Cuauhtémoc Cárdenas presentó su candidatura a la presidencia, la profesora se sumó a la lucha. Ese mismo año participó con ahínco en la campaña a la gubernatura del actual dirigente del Partido de la Revolución Democrática (PRD), Andrés Manuel López Obrador.

Hace mucho tiempo, participé como representante del PRI en una casilla. Allí me di cuenta de los fraudes. Vi cómo marcaban las boletas a su favor y decidí nunca más votar, hasta que

jornaleros, y no ganan al día más de tres dólares.

La etapa con Pemex hizo que los indígenas perdieran su vínculo con el trabajo agrícola, que durante generaciones les había permitido ser autosuficientes. También desapareció su organización social comunal.

En el centro de Oxiaca que hay un letrero que dice "Pemex, amigo", pero la decena de hombres que en una pequeña tienda toman un refresco se quejan de seguir esperando los servicios y créditos que les prometieron.

"Algo bueno debe haber traído el petróleo", les decimos. "Sí, después de que 32 comunidades presionamos, Pemex nos construyó una planta potabilizadora de agua, donde algunos trabajamos. También hizo la casa ejidal, pero se está cayendo, porque se inunda con las lluvias y tampoco tiene luz. Podríamos hacer herrería, pero el taller no tiene herramientas."

"Nos unimos al PRD porque estábamos hartos del PRI y porque hace mucho conocemos a Manuel López Obrador. Él sí nos

ha ayudado, hasta cuando estaba en el PRI", dice un viejo, machete en mano.

El hecho de que ahora voten por la oposición, sin embargo, va más allá de acudir a las urnas en tiempo de elecciones. Implica poner un alto a ser tratados como borregos. Significa, asimismo, ya no ser *acarreados*, es decir, tener que aceptar que los suban en camiones de retilas para ir a aplaudir obligadamente a algún candidato del gobierno, a cambio de una torta y un refresco, o a votar por el partido de Estado. ■

hubiera un partido honesto. Pasaron los años y un día me enteré de que un Frente Democrático Nacional, compuesto por varios partidos, estaba lanzando a Cuauhtémoc Cárdenas como candidato a la presidencia. Supe también que a Cuauhtémoc lo habían expulsado del PRI porque les decía sus verdades. Les decía que eran una bola de autoritarios y antidemocráticos. Por eso lo echaron. En mi pueblo casi todos nos unimos al Frente, y cuando éste desapareció para conformar el PRD, en 1989, todos nos afiliamos; 80% de San Carlos, Matcuspana, es perredista. Nos dimos cuenta del gran fraude de que fueron objeto Cárdenas y López Obrador, los candidatos del pueblo.

Posteriormente, cuando elegimos al delegado municipal, ganamos en la primera ronda con una cantidad de votos bastante elevada. Los priistas se negaban a firmar las actas que reconocían la victoria del PRD. Decían que no llevaban máquina de escribir ni papel para levantar las actas. Pasaron las horas y llegó la media noche. Nosotros, el pueblo, decidimos detener a los priistas hasta que accedieran a levantar el acta. Estuvimos en el estira y afloja hasta el amanecer.

Esperábamos que llegara alguna autoridad superior para salir del problema, pero cuál sería nuestra sorpresa al ver que llegaban helicópteros lanzando bombas y gases lacrimógenos. La policía rodeó el poblado. De un balazo abrieron la puerta donde teníamos a los priistas y golpearon a la gente. Se llevaron presas a diez personas, que estuvieron detenidas más de un mes. Organizamos una lucha —marchas, mítines y plantones—, hasta que los liberaron.

Días después se repitieron las elecciones con los mismos candidatos, y volvió a ganar el PRD. A las autoridades no les quedó más remedio que reconocer a nuestro candidato.

Y el fraude continúa. Nos cuenta la profesora López que en las pasadas elecciones de diputados y senadores del 18 de agosto el fraude fue "tan fino y a la vez tan sucio que sólo de recordarlo se nos revuelve el hígado". Hubo acarreo, en camionetas particulares, de personas que llevaban más de una tarjeta de votación. Y hubo *ratón loco*, es decir, la gente de un lado para otro, de una casilla electoral a otra, buscando su nombre en las listas, sin jamás encontrarlo. Además, por esos votos —que fueron más de 60 mil— el PRD adquirió el derecho a participar con candidatos plurinominales, pero también eso les fue negado, hasta que se apeló al Tribunal Electoral, el cual dictaminó a favor del PRD. ■

## La Iglesia ante el Quinto Centenario



José Clemente Orozco

José Ernesto Bravo

**Y**o quisiera que la Iglesia española durante este año 1991-1992 hiciera un aporte importante a la Iglesia universal, tratando de crear conciencia de que lo que acontece en la Iglesia latinoamericana es importante para toda la Iglesia.

1. Porque los católicos de este continente constituimos 50% de los católicos del mundo.

2. Porque la importancia histórica que esta Iglesia alcanzó a partir de la Segunda Conferencia General del Episcopado Latinoamericano (en Medellín, 1968) es algo que no solamente es percibido dentro de la Iglesia, sino que la sociedad civil misma lo ha reconocido.

Esta Iglesia latinoamericana, con su teología pastoral y liberadora, quíerese o no, ha sido noticia en el mundo. Por eso tengo la esperanza de que la Iglesia española, que conoce nuestra historia y, por conocerla, conoce los valores de nuestra raza, reconozca el pecado de la Conquista.

Yo sugeriría:

1. Que la Iglesia española no colabore en celebración alguna de este Quinto Centenario como algo que ofenda a los 70 millones de indígenas expandidos por todo el continente. Ellos representan a los verdaderos dueños de estas tierras, que la corona española, con el apoyo de

la Iglesia, expropió durante la Conquista y colonización, y que estos indígenas expropiados siguen viviendo —aún hoy— peor que extranjeros en su propia tierra.

2. Que la Iglesia española reconozca que, estrictamente hablando, lo que ocurrió en 1492 no fue un descubrimiento y una evangelización, como se nos ha querido presentar siempre. Fue una verdadera invasión perpetrada en el nombre de Dios y de la corona española, ejecutada por civiles y eclesiásticos que, por ignorancia muchos y por malicia otros, son ante nuestra historia responsables de:

a) Genocidio resultante de una guerra de ocupación, que provocó la muerte de más de 75 millones de hermanos y hermanas de nuestras razas nativas.

b) Usurpación del legítimo dominio que estos pueblos tenían sobre sus territorios. Sus consecuencias se sienten todavía hoy en los pueblos latinoamericanos, porque, a partir de aquel momento, otros países se han abrogado el derecho de decidir y planificar nuestro destino.

c) Llamar *encuentro de dos culturas* a una guerra de ocupación. Es pecado mentir, y aquí lo que hubo fue la implantación de una cultura extraña que causó la desintegración de las estructuras sociopolíticas y culturales de las razas de este continente.

d) No fingir ser cristianos después de la imposición ideológica y religiosa de aquel momento, en detrimento de las creencias religiosas genuinas de estos pueblos.

3. Yo diría más bien que, dispuesta a ver el pasado con honestidad, la Iglesia española invitara a Roma y a toda la jerarquía eclesial a reconciliarse con estas razas y con la historia verdadera.

Finalmente, propondría que —pensando en el Dios de Jesucristo— nos escuchan, se sienten al lado nuestro y hablemos como hermanos, hoy que se habla de una nueva evangelización. Contribuiremos más al establecimiento del reino de Dios en la tierra irguiéndonos como sujetos de nuestro propio destino que encorvándonos como esclavos ante culturas e imperios hegemónicos.

No olvidemos que el trauma irreparable de la Conquista ha quedado grabado en la conciencia de nuestras razas indígenas, y que, siendo el amor la única razón de fe que estamos obligados a proclamar como mandamiento salvador, lo llevemos a la práctica sin falsedad, dispuestos a convertirnos, aspirando más a ser hermanos que reclamando derechos de jefes o superiores sobre otros hermanos en Jesucristo. ■

El padre José Ernesto Bravo es director del Instituto de Estelí.



Aktuelle

## Una revista de colección



### Suscripciones por un año:

Nicaragua	US\$ 20
Centroamérica	25
México	30
América Latina y Estados Unidos	50
Europa	45
Otros países	55

*Pensamiento Propio* ☐ Apartado C-163; Managua, Nicaragua  
Teléfonos: 2 62 28, 2 51 37, 2 58 79; fax: (505) 22 61 80

**ai** amnistía  
internacional



#### BRAZIL

Anistia Internacional  
Seção Brasileira  
Rua Coropé 65  
05426 - São Paulo - SP

#### ECUADOR

AI Ecuador  
Casilla 240-C  
Sucursal 15  
Quito

#### CHILE

Señores  
Casilla 4062  
Santiago

#### MEXICO

Sección Mexicana de AI  
Ap. Postal No. 20-217  
San Ángel  
CP 01000 México DF

#### PERU

Amnistía Internacional  
Casilla 659  
Lima 18

#### COLOMBIA

Señores  
Apartado Aéreo 76350  
Bogotá

#### ARGENTINA

Oficina Nacional  
Avenida Colón 56, 6° Piso  
Oficina "A"  
Córdoba 5000

#### COSTA RICA

AI Costa Rica  
Casilla de Correos 1024-1002  
Paseo Estudiantes  
San José

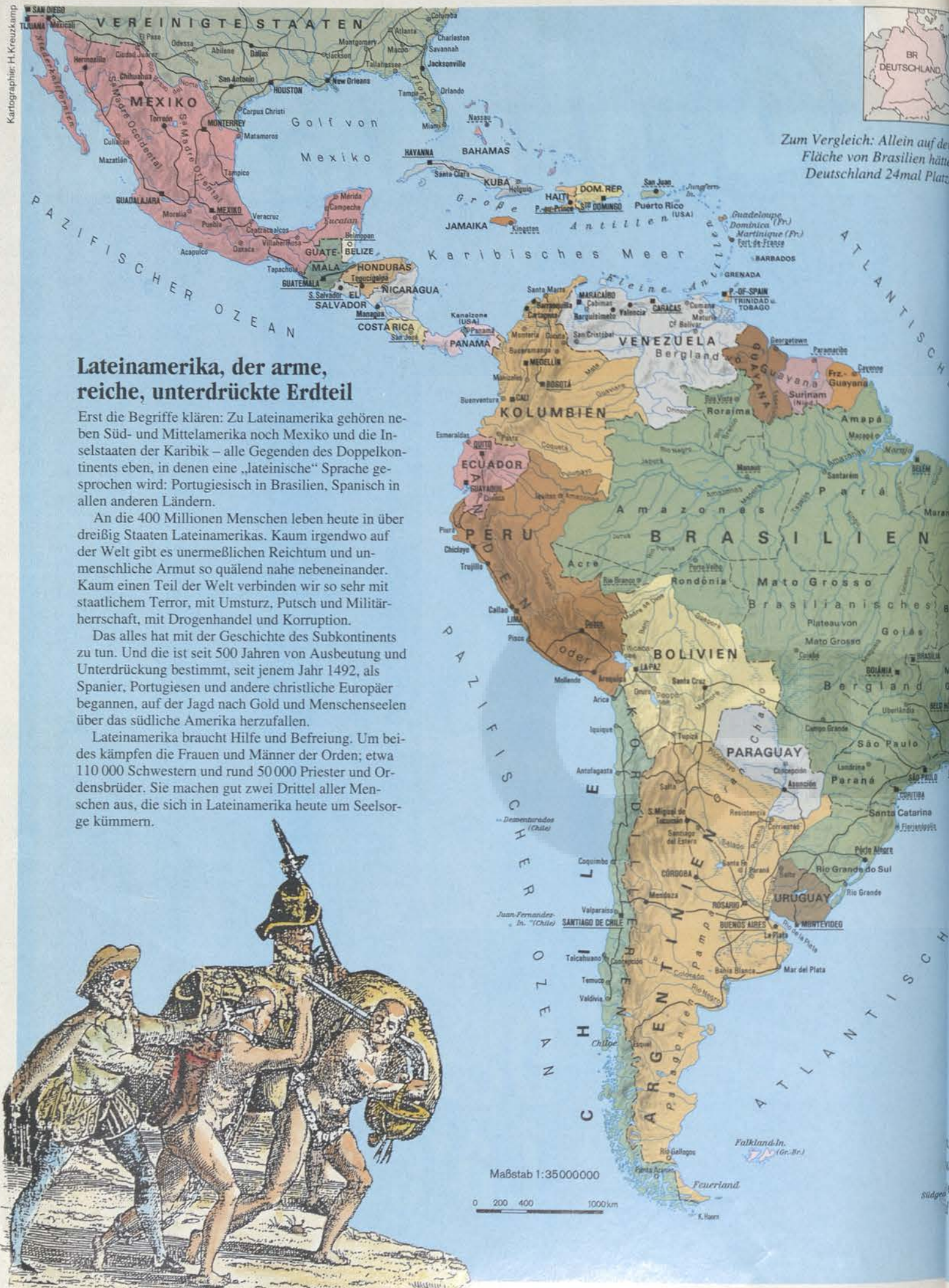
# Kontraste



Seit 500 Jahren  
gibt es Eroberer  
und Eroberte  
in der Neuen Welt.  
Die Orden  
standen häufig  
zwischen ihnen.

## Das Kreuz in Lateinamerika





Zum Vergleich: Allein auf der Fläche von Brasilien hätte Deutschland 24mal Platz.

## Lateinamerika, der arme, reiche, unterdrückte Erdteil

Erst die Begriffe klären: Zu Lateinamerika gehören neben Süd- und Mittelamerika noch Mexiko und die Inselstaaten der Karibik – alle Gegenden des Doppelkontinents eben, in denen eine „lateinische“ Sprache gesprochen wird: Portugiesisch in Brasilien, Spanisch in allen anderen Ländern.

An die 400 Millionen Menschen leben heute in über dreißig Staaten Lateinamerikas. Kaum irgendwo auf der Welt gibt es unermeßlichen Reichtum und unmenschliche Armut so quälend nahe nebeneinander. Kaum einen Teil der Welt verbinden wir so sehr mit staatlichem Terror, mit Umsturz, Putsch und Militärherrschaft, mit Drogenhandel und Korruption.

Das alles hat mit der Geschichte des Subkontinents zu tun. Und die ist seit 500 Jahren von Ausbeutung und Unterdrückung bestimmt, seit jenem Jahr 1492, als Spanier, Portugiesen und andere christliche Europäer begannen, auf der Jagd nach Gold und Menschenseelen über das südliche Amerika herzufallen.

Lateinamerika braucht Hilfe und Befreiung. Um beides kämpfen die Frauen und Männer der Orden; etwa 110 000 Schwestern und rund 50 000 Priester und Ordensbrüder. Sie machen gut zwei Drittel aller Menschen aus, die sich in Lateinamerika heute um Seelsorge kümmern.



# Kontraste

INHALT 2 · 1992



### Liebe Leser:

Was wir wiedergutmachen können ..... 4

### Chronik:

Nicht immer standen die Christen auf der richtigen Seite ..... 6

### Reportage:

Hoffnung in den Slums von Rio ..... 8

### Die Märtyrer:

Sie starben für Glauben und Gerechtigkeit ..... 20

### Erzählte Geschichte:

Warum Amerika ohne den Sklavenhandel nicht so reich geworden wäre ..... 22

### Lebensläufe:

Vier Männer, so widersprüchlich wie der ganze Kontinent ..... 28

### Dokumentation:

Die letzten Indianer kämpfen um ihr Leben ..... 32

Bücher zum Thema ..... 40

### Gespräch:

In Lateinamerika ist mehr Bewegung in der Kirche ..... 42

... wurden die Ureinwohner Amerikas hingemetzelt, sie verlieren die Kinder in den Favelas ihre Würde und wenn sie allzu lästig werden – ihr Leben. Eroberung und Unterwerfung wirken fort bis in unsere Zeit.



Foto: Herzog/Pratt



**500** Jahre Orden in Lateinamerika. Für die einen ist das Anlaß, auf eine überaus erfolgreiche Missionsgeschichte zu verweisen: Immerhin ist die Tatsache, daß über 80 Prozent der Lateinamerikaner getauft sind, zum großen Teil den Ordensmissionaren zu verdanken. Die anderen aber machen die Orden auch für die 500jährige Leidensgeschichte der indigenen Völker verantwortlich. Und je nach Standort haben beide Seiten gute Argumente für ihre Sichtweise. Wie häufig bei solch kontroversen Standpunkten liegt die Wahrheit irgendwo in der Mitte.

Es bleibt festzuhalten, daß die Erstevangelisation im 16. Jahrhundert fast ausschließlich das Werk der Orden war. Bis 1590 waren es rund 5 000 Ordensleute, die in die Neue Welt kamen – hauptsächlich von der iberischen Halbinsel. Ihnen ist zu verdanken, daß das Evangelium gepredigt und kirchliche Strukturen errichtet wurden, die das Image vom „katholischen Kontinent Lateinamerika“ begründet haben.

Aber um welchen Preis? Wir können nicht leugnen, daß die einheimischen Völker bei der Begegnung mit den Eroberern eine böse Entdeckung machten: Sie lernten die Conquistadoren als raubende, mordende, gold- und machtgierige Eroberer kennen. Die Folge war verheerend: Auf 60 bis 70 Millionen schätzt man die Zahl der Toten, die Opfer dieser grausamen Eroberungsgeschichte wurden. Ob man das im völkerrechtlichen Sinn Genozid nennen darf, ist für die Betroffenen eher eine zynische Frage.

In diesem Kontext vollzog sich die Evangelisation des Kontinents, und die Orden haben dunkle und helle Seiten in das Buch der Geschichte geschrieben:

Es gab Missionare, die die Inbesitznahme der Ländereien und die Unterwerfung der einheimischen Völker durch die spanische und portugiesische Krone theologisch und religiös zu rechtfertigen versuchten, gleichsam als Preis, der zu entrichten war, um die einheimischen Völker aus den Fängen des Teufels und des Götzendienstes befreien zu können.



Photos: Gérard Klijn



*Armen im Sinn des Evangeliums  
freien: Für die Ordensleute ist das  
Versuch der Wiedergutmachung  
einem geplagten Kontinent.*

Es gab freilich auch Missionare, die die militärische und spirituelle Conquista und die Komplizenschaft zwischen Krone und Altar nicht akzeptierten, sondern bald schon das grausame Gebaren der Eroberer entlarvten und von einer indianischen Kirche träumten, die dem Ideal einer frühen Apostelkirche wieder nahe käme. Wir sind dankbar für diese prophetischen Gestalten wie Las Casas, Montesinos, Sahagun und viele andere. Aber sie konnten das millionenfache Morden an den Indianern und den bald einsetzenden Import von zehn Millionen Negersklaven nicht verhindern.

Alles in allem müssen wir im historischen Rückblick mit Bestürzung erkennen, daß das Evangelium bei den Einheimischen von Anfang an als die Religion der grausamen Eroberer in Mißkredit geriet.

Gewiß, wir können und dürfen diesen komplexen Prozeß und die spirituellen Intentionen der Akteure nicht aus unserer Warte interpretieren. Aber wir sollen und müssen einen Standpunkt beziehen, der im Lichte des Evangeliums und vor den Betroffenen Bestand haben kann. Und dazu gehört, daß uns die kirchliche Verwicklung in Conquista und Sklaverei mit Scham erfüllt und zur Umkehr gemahnt. Dazu gehört ein ehrliches Schuldbekenntnis und der Wille zur Wiedergutmachung. Denn die Leidensgeschichte Lateinamerikas ist ja nicht zu Ende. Sie findet ihre Fortsetzung im Leiden der Indios, der Armen und an den Rand Gedrängten in einem immer noch blutenden Kontinent.

Darüber will dieses „Kontraste“-Heft berichten und einstimmen auf einen angemessenen und sensiblen Umgang mit diesem Ereignis. Wir Ordensleute haben doppelten Grund dafür: Wir tragen Mitverantwortung für die tragischen Ereignisse dieser 500jährigen Geschichte; wir sind es aber auch, die heute die furchtlosen Propheten sein sollen für die befreiende Evangelisierung auf der Seite der Armen und kulturell anderen. Ein Stück Wiedergutmachung an einem geplagten Kontinent.

Andreas Müller OFM



## um 1000

Von Grönland aus entdecken die Wikinger den Norden des Kontinents Amerika und nennen ihn „Vinland“. Diese Fahrten werden bis etwa 1350 fortgesetzt, bleiben aber ohne Auswirkung auf die europäische Expansion.

## 1492

Im Januar fällt Granada, die letzte Bastion des Islam auf der iberischen Halbinsel.

Am 31. März stellt ein Edikt die Juden vor die Alternative: Taufe oder Auswanderung.

Im August bricht der Genuese Cristoforo Colombo (Christoph Kolumbus) (1459-1507) in spanischem Auftrag zu seiner ersten Reise auf und hofft, Indien zu finden, entdeckt jedoch, ohne es selbst zu wissen, einen neuen Kontinent.

Die „Conquista“ (Eroberung) der Neuen Welt wird zur unmittelbaren Fortsetzung der „Reconquista“ (Wiedereroberung) der Pyrenäenhalbinsel.

Die letzten Kriegsjahre hatten in der Mitte und im Süden Spaniens eine Art Kriegswirtschaft entstehen lassen. Zuletzt wurden pro Jahr 50 000 bis 60 000 Menschen rekrutiert, der Krieg bot diesen Menschen aus dem niederen Adel und der armen Landbevölkerung die Hoffnung auf wirtschaftliche Besserstellung durch regelmäßigen Sold oder die Aussicht auf Kriegsbeute. Nach dem Ende des Krieges gegen das maurische Granada war somit ein großes Potential an Menschen vorhanden, das in solchen militärisch-abenteuerlichen Unternehmen die Chance auf soziale Besserstellung erblickte.

## 1493

Die „Weltteilung“ der neuentdeckten Länder zwischen Spanien und Portugal durch Papst Alexander VI.: Der Papst schenkt die im Westen entdeckten und noch zu entdeckenden Gebiete und das Handelsmonopol der spanischen Krone mit folgendem ausdrücklichen Auftrag: „Die Völker, die die Inseln und das Festland bewohnen, die christliche Religion annehmen lassen ... und auf die genannten Inseln und das Festland weisen, rechtschaffene, gottesfürchtige und tüchtige Männer zu senden, die fähig sind, die Einheimischen in guten Sitten und im katholischen Glauben zu unterweisen.“ Die Teilung erfolgt entlang einer Demarkationslinie von Nord nach Süd westlich der Azoren. Was westlich davon lag, sollte Spanien, was östlich lag, Portugal

gehören. Für Spanien war der Spruch des Papstes die ideologische Rechtfertigung seiner „Conquista“.

## 1498

Dritte Reise von Kolumbus: Entdeckung der Orinoco-Mündung und des südamerikanischen Festlandes.

## 1500

Pedro Alvares Cabral (1460-1520) landet nahe des späteren Porto Seguro an der Küste Brasiliens und nimmt das Land für die Krone Portugals in Besitz. Damals lebten 7 Millionen Indios dort, heute etwa 200 000.

## 1502

kamen mit den neuen Gouverneur von Hispaniola (Haiti), Ovando, 17 Franziskaner und 2 500 Kolonisten an.

Amerigo Vespucci (1454-1512) nennt in seinem Bericht die neuentdeckten Gebiete erstmals „Neuen Kontinent“.

## 1503

Einführung der *Encomienda*: Der spanische „Encomendero“ (Grundherr), der eine Anzahl Indios zur Arbeit zugewiesen bekam, war gleichzeitig für ihr geistliches Heil und ihre Missionierung verantwortlich. Der Encomendero hatte eine Kirche zu bauen, einen Pfarrer anzustellen oder gelegentlich zum Katechismusunterricht kommen zu lassen. Hatte der Encomendero Anspruch auf Tribut und Arbeitsleistung der ihm zugewiesenen Indios, so war er gleichzeitig zu ihrem Schutz verpflichtet. Da viele Grundherren diese Pflicht verletzten, kommt die *Encomienda* in der Praxis der Sklaverei nahe.

## 1507

Die deutschen Kartographen Martin Waldseemüller (1470-1520) und Matthias Ringmann schlagen in ihrer „Cosmographie introductio“ vor, den neuen Kontinent nach dem Vornamen von Amerigo Vespucci „America“ zu benennen.

## 1508

Mit der Bulle „*Eximiae devotionis affectus*“ überläßt Papst Julius II. der spanischen Krone in Amerika auch den Zehnten auf alle Bergbauprodukte (Gold, Silber, Metalle) unter der Bedingung, daß sie genügend Kirchen baut und unterhält.

## 1510

kommen die Dominikaner nach Lateinamerika.

Schon  
in den ersten  
100 Jahren  
standen  
Ordensleute  
zwischen  
Eroberern und  
Eroberten.  
Nicht immer  
standen  
sie auf der  
richtigen Seite.

## 1511

Der Dominikanermissionar Antonio de Montesinos († 1545) erhebt in der Predigt Anklage vor den Kolonisten wegen Mißhandlung der Indios.

## 1511

treffen 24 Missionare in Puerto Rico ein.

## 1512

Als Folge der enthüllenden Aktivitäten der Dominikaner und der einsetzenden Diskussion wurden die spanischen Rechtsdiskussionen über die Bauern auf die Nachricht vom „Gesetze von Burgos“ verabschiedet.

(1512-1523), die das bisher geltende Recht bestätigen und systematisieren, aber auch die Indioschutzbestimmungen verschärfen.

Auf dem südamerikanischen Subkontinent leben 75 bis 100 Millionen Indios, ein Sechstel der Weltbevölkerung. 1570 werden es nur noch zehn bis zwölf Millionen sein, 1650 etwas mehr als neun Millionen.

## 1514

wird die „*Requirimiento*“ (Befragung) eingeführt:

Bevor mit Feindseligkeiten begonnen werden durfte, mußten die Indios meist mit Hilfe von Dolmetschern aufgefordert werden, den Glauben anzunehmen und sich der spanischen Krone zu unterwerfen; eines der seltsamsten Dokumente der Weltgeschichte und krasses Beispiel einer totalen Verschmelzung von Mission und Eroberung.

## 1514

Auf der Insel La Española in Santodomingo wird der erste Konvent der Merzedarier errichtet. Nicht an strenge Klausur gebunden, erweisen sich die Merzedarier als geeignete Begleiter der Konquistadoren.

## 1516

Eine Untersuchungskommission der Krone stellt fest, daß die Indios der Karibik nicht fähig seien, „wie die Bauern Kastiliens“ zu leben. 1570 gab es etwa 40 000 Afrikaner in Spanisch-Amerika; 1650 etwa 857 000 und am Ende der Kolonialzeit etwa 2 347 000.

## 1519

Hernán Cortés (1485-1547) landet in Tabasco, gründet Vera Cruz und überobert Mexiko für die spanische Krone. 1520 endgültige Unterwerfung des Landes. Cortés wird 1521 zum Statthalter (General Kapitän) ernannt. In seiner Begleitung war der Merzedarier Bartolomé

Olmedo, der maßgebend auf ihn einwirkte. Er widersetzte sich der Zerstörung der Indio-Idole und den Verurteilungen Cortés', den Indios das Christentum pauschal aufzuzwingen.

## 1520

Projekt der Dominikaner an der mexikanischen Küste, wo Indio-Familien als „Entwicklungshelfer“ in schützender Lebensgemeinschaft angesiedelt werden sollen, um die angeworbenen spanischen Bauern auf die Nachricht vom „Gesetze von Burgos“ hin davonlaufen zu lassen.

## 1522

kommen die drei ersten Franziskaner nach Mexiko: Pedro de Gante (1486-1572), Juan de Tecto († 1525) und Juan de Ayora († 1581). Pedro Gante erkannte als erster die Bedeutung der Kinder für die Verbreitung des Christentums. Er errichtete Schulen, verfaßte einen Katechismus in der Bilderschrift und einen Katechismus in mexikanischer Sprache.

## 1523

Alvarado (um 1476-1541) übernimmt im Auftrag von Cortés mit der Eroberung Zentralamerikas.

## 1524

Die Führung von Martin de Vaschichte und krasses Beispiel einer totalen Verschmelzung von Mission und Eroberung.

## 1524

Land den Franziskanern zur Missionierung übertragen. Sie glauben, den Indios eine urchristliche Gemeinschaft verwirklichen zu können.

## 1524

Erstellung des *Indienrates* (Consejo Supremo de las Indias) durch die Krone als oberste, direkt der Krone zustehende kollegiale Verwaltungsbehörde und Rechtsprechungsinstanz, entscheidend für die Kolonialpolitik (Auflösung 1812).

## 1526

kommt eine Gruppe von zwölf Dominikanern nach Mexiko.

## 1529

Die ersten sechs Beatas nach Mexiko, wo sie sich vorzugsweise in der schulischen Erziehung junger Indio-Frauen bemühten. Tatsächlich bleibt Verapaz bis zum Ende der Kolonialzeit als Missionszentrum Hausarbeit erstreckte.

## 1530

kamen unter der Leitung von Juan José Legízamo zwölf Merzedarier in Mexiko an.

## 1532

Die ersten Augustiner-Eremiten treffen in Mexiko ein.

## 1532

In Mexiko ziehen die Franziskaner erstmals Hilfskatecheten (*fiscales*) in den „doctrinas“ als Mitarbeiter heran, um die Indios zum Unterricht zu versammeln.

## 1532

Francisco Pizarro (1476-1541) unternimmt nach langen Vorbereitungen einen Eroberungszug ins Hochland von Peru und nimmt den Inkaherrscher Atahualpa gefangen.

## 1533

trafen die ersten sieben Augustiner in Mexiko ein.

## 1535

Mit der Errichtung des Vizekönigreiches Neu-Spanien (Mexiko) beginnt der systematische Ausbau der überseeischen Territorialverwaltung. Sie ist bis zum Beginn des 17. Jahrhunderts voll entwickelt.

## 1535-1537

Diego de Almagro (1478-1538) erobert die Hochländer von Bolivien und Nordwestargentinien und gelangt ins nördliche Chile.

## 1537

Papst Pauls III. Bulle „*Sublimis Deus*“, eine Art Magna Charta der Indios, hebt drei Schwerpunkte hervor: Alle Menschen, die Indios miteinbegreifen, besitzen die Glaubensfähigkeit; die Eingeborenen Westindiens haben ein Recht auf Besitz und Freiheit und dürfen nicht versklavt werden; man soll sie durch Predigt und gutes Beispiel für das Christentum gewinnen.

## 1537

Mit staatlicher Billigung und Absicherung gelingt es den Dominikanern unter der Leitung von Bartholomé de Las Casas, ihren Plan der Gründung eines Missionsreservates im Norden Guatemalas zu verwirklichen. 15 Jahre soll keinem Spanier das Betreten von „Verapaz“ gewährt sein, um eine ungestörte und gewaltfreie Evangelisierung zu ermöglichen. Ziel ist es, die Indios auf den Eintritt in die Kolonialgesellschaft vorzubereiten. Tatsächlich bleibt Verapaz bis zum Ende der Kolonialzeit als Missionszentrum Hausarbeit erstreckte.

servat bestehen. Missionssiedlungen nach diesem Vorbild entstehen vor allem in den Randgebieten des Kolonialreiches.

## 1538

Franziskaner reisen nach Paraguay, sie gründen die erste christliche Siedlung am La Plata in Argentinien. Aufbau der ersten Universität der Dominikaner in Santo Domingo.

## 1539

hält Francisco de Vitoria seine berühmte „*Relectio de Indis*“, in der sieben ungerechte und sieben gerechte Gründe für die spanische Anwesenheit in Amerika entwickelt werden. Als ungerecht wird etwa die päpstliche Verleihung angesehen, da die Indios ihr Land auch als Ungläubige rechtmäßig besitzen.

## 1540

Der Bischof von Mexiko, Juan de Zumárraga, erreicht vom Indienrat, nach anfänglicher Ablehnung die Genehmigung für zahlreiche *Frauenorden* zur Arbeit in Amerika. Er wollte damit eine angemessene Lösung des Problems der Frauenerziehung, da er mit den Leistungen der aus Spanien herangeholten Beatas nicht zufrieden war. Nach Neu-Spanien kamen: Konzeptionistinnen (1540), Urbanistinnen (Klarissinnen der 5. Regel) (1585), Dominikanerinnen (1575), Hieronymitinnen (1585), Augustiner-Chorfrauen (Kanonissinnen) (1598), Karmeliterinnen (1604), Kapuzinerinnen (1664), Klarissinnen der 1. Regel (1724).

## 1541

Pedro de Valdivia (1498-1554) erobert ganz Chile und gründet die Hauptstadt Santiago.

## 1542

Der von Las Casas für die Krone verfaßte „*Kurzgefaßte Bericht von der Verwüstung der westindischen Länder*“, der das Schicksal der eingeborenen Völker in Greueldarstellungen schildert, gerät in die Öffentlichkeit, wird in verschiedenen Sprachen verbreitet und ist somit Bestandteil der „Schwarzen Legende“, die spanische Kolonialgeschichte als eine Abfolge von Greueltaten erscheinen läßt.

## 1545

Entdeckung des Cerro Rico, jenes gewaltigen Silberberges in 4700 m Höhe in Alto-Perú, an dessen Fuß die Villa Real de Potosí gegründet wurde, die 1650 mehr Einwohner hatte als irgendeine europäische Metropole jener Zeit; ergiebige Silberminen

wurden auch in Zacatecas und Guanajato (Mexiko) entdeckt. Zwischen 1503 und 1660 gelangten 185 Tonnen Gold und 16 000 Tonnen Silber nach Spanien. Das ist die dreifache Menge der gesamten damaligen Silberreserve Europas.

## 1545

Einführung der Kartoffel aus Südamerika in Europa.

## 1546

Mit der Gründung der Erzbistümer Lima, Santo Domingo und Mexiko entstehen die ersten Kirchenprovinzen Hispanoamerikas.

## 1549

kamen die ersten Jesuiten nach Salvador da Bahia, Brasilien.

## 1553

gründen die Franziskaner in Peru die Ordensprovinz der Zwölf Apostel; von 1544 bis 1552 reisten 135 Franziskaner nach Peru aus.

## 1559

werden für ganz Mexiko folgende Missionare gezählt: 380 Franziskaner in 80 Klöstern, 210 Dominikaner in 40 Klöstern, 212 Augustiner in 40 Klöstern.

## 1559

Die portugiesische Krone gestattet jedem Besitzer eine Zuckerrohrplantage den Bezug von 120 Sklaven.

## 1573

wird das Conquista-Unternehmen verboten. Von nun an übernehmen die Missionare die Vorhut beim Vorstoß in nicht besetzte Regionen, wobei sie häufig von kleineren bewaffneten Gruppen von Spaniern beschützt werden.

## 1576

Als erster bedeutender Theologe inspiert José de Acosta SJ die Arbeitsbedingungen in den Quecksilberbergwerken von Huancavelica und den Silberbergwerken von Potosí. Er kämpft anschließend für menschlichere Arbeitsbedingungen, aber nicht für die Abschaffung der Zwangsarbeit.

## 1601

befinden sich etwa 2 000 Franziskaner, 900 Dominikaner, 1200 Augustiner, 250 Merzedarier, 540 Jesuiten und 150 Karmeliten in Hispanoamerika.



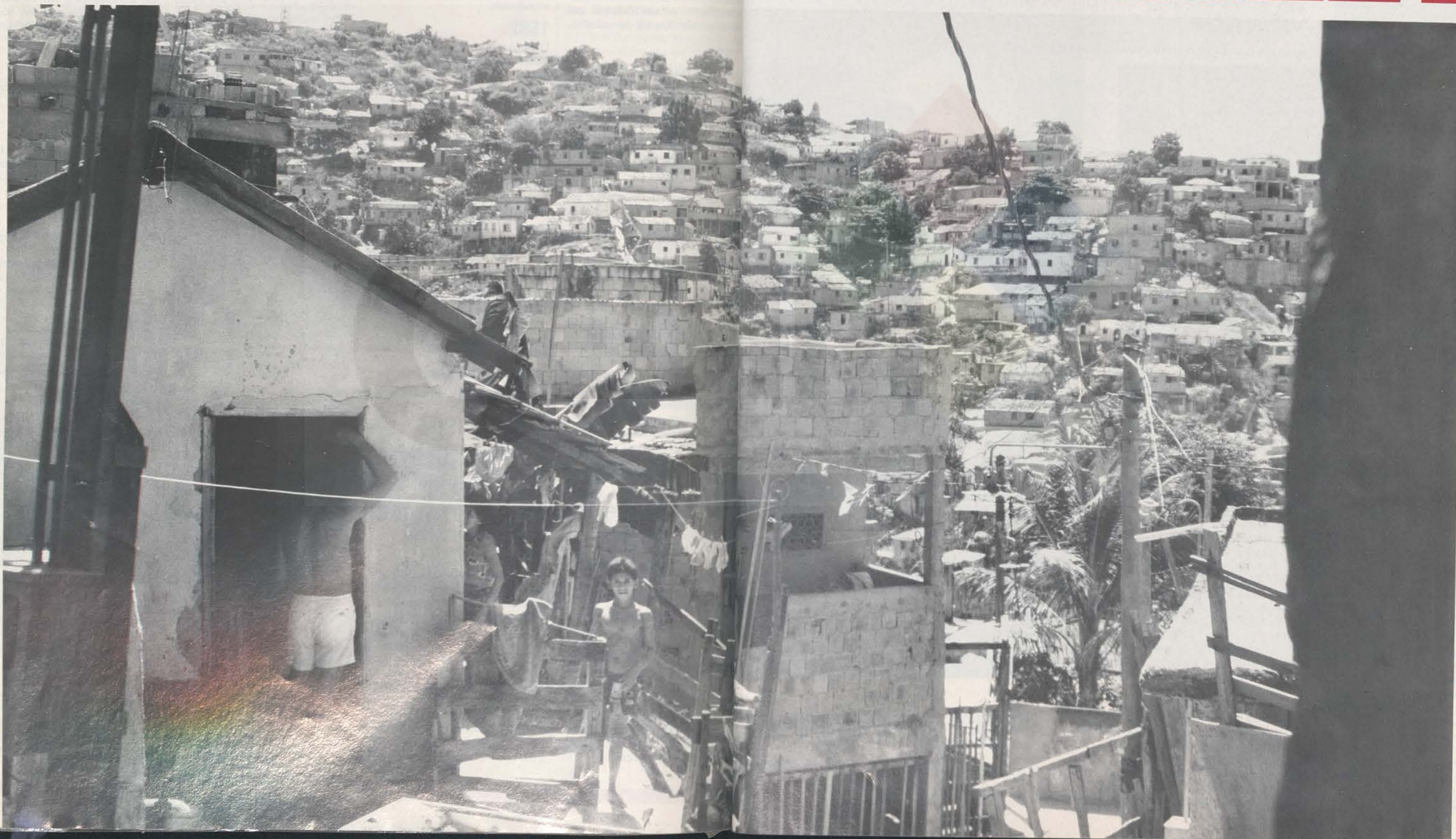
In einer Elendssiedlung  
der Glaube den Armen beim  
mit ihnen und kämpfen für



am Rande von Rio de Janeiro hilft  
Überleben. Ordensschwester leben  
sie. Gesine Froese hat sie besucht.

# NOVA

# BRASILIA





# NOVA BRASILIA



Die Menschen von Nova Brasilia hausen in armseligen Bretterhütten.



Die Wege sind heute trocken. Kein Schlamm also, kaum stinkende Abwässer, die sich sonst mit dem Regenwasser über die steilen Wege ergießen und die Müllberge aufweichen, so daß es nicht mehr lohnt, sie nach Verwertbarem zu durchsuchen. Es ist ein sonniger Sonntag, und Dona Maria, deren Söhne die paar Cruzeiros in einer Nacht versaufen, die sie in einer Woche verdienen, öffnet hinkend die zusammengeschlagene Tür. Ihr Gesicht ist grau vor Schmerz, das seit Wochen offene Bein mit alten Tüchern umwickelt. Mit stummem Nicken bittet sie uns herein.

Zwischen den Bretterwänden ihrer Behausung umfängt uns Dunkelheit. Ein zerbrochener Stuhl ist das ganze Mobiliar, immerhin hat der Boden eine Betondecke. Schwester Irmhild und die Laienhelferin Marilda bewegen sich ruhig und selbstverständlich. Ein paar aufmunternde Worte, eine liebevolle Umarmung, und die Frau sinkt entspannt auf eine Holzpritsche nieder, um sich von den beiden Frauen die Eucharistie erteilen zu lassen, die zuvor der Priester in der Messe geweiht hat.

Krankenkommunion in der Favela Nova Brasilia am Rande der Millionenstadt Rio de Janeiro. Mindestens 120 000 Menschen leben hier auf einem „Morro“, einem Hügel. Manche kamen schon mit den ersten „Invasoren“ 1961, dem Gründungsjahr von Brasiliens Hauptstadt Brasilia. Seitdem trägt diese Favela den Namen „Neu-Brasilia“. Auf Karten sucht man die „zweite“ Hauptstadt Brasiliens allerdings vergeblich. Ihr Gebiet ist offiziell Weideland, doch tatsächlich so dicht besiedelt von Landflüchtlings oder Stadtbewohnern, die sich die Mieten nicht mehr leisten können, daß zwischen zwei Hütten oder Häusern oft nur eine Hand Platz hat.

„Auch wir sind Invasoren“, bemerkt Schwester Irmhild beiläufig, während wir durch die engen Gassen hinauf nach Nova Paraiso steigen, eine der insgesamt vier Hauptgemeinden der Favela. Eine Mauer mit Stacheldraht grenzt dort das Gelände ab, „es wäre sonst über Nacht wieder besetzt“. Zähe und geschickte Verhandlungen mit Händlern und Unterhändlern der Favela waren nötig, um den Grund zu behalten. Daß eines Ta-



Das Gesetz der Favela ist das Schweigen. Padre Pedro nach Nova Brasilia kam, mußte er gegen eine Mauer des Mißtrauens und der Angst ankämpfen. Doch weil er mitten unter den Menschen lebt, haben sie ihn bald akzeptiert.





Die neue Kirche in Nova Brasilia kommt dem Volk entgegen.

ges die Bagger kommen, muß indes kaum noch befürchtet werden. Landeigentümer ist die Stadt und deren Zusammenarbeit mit den Favela-Maklern längst Gewohnheitsrecht.

Taxifahrer weigern sich, in das Gebiet zu fahren. „Morro“ Nova Brasilia ist eine eigene Welt mit eigenen Gesetzen. Beherrscht von Banden, die sich brutal gegenseitig bekämpfen und versuchen, den Bewohnern ihren Willen aufzuzwingen. Immer wieder kommt es zu Schießereien mit tödlichem Ausgang, doch Mord gilt offiziell oft als Notwehr. Polizei und Politiker halten sich raus, es sei denn, ihnen winkt ein Vorteil. Vor Wahlen wird denn schon mal ein Schlammweg in eine asphaltierte Straße verwandelt, wenn die Bandenchefs Stimmen versprechen.

„Wichtiges Gesetz für die Favela-Bewohner ist das Schweigen. Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen.“ Der Mann, der so spricht, lebt mitten unter ihnen, in einer Wohnung über der Kirche „Senhor Bom Jesus“ am Hauptplatz Nova Brasílias. Es ist Padre Pedro Nuñez aus der Kleinstadt Floriano im Bundesstaat Piauí. Er erinnert sich an den Anfang seiner Arbeit in der Favela vor sieben Jahren: „Es war sehr schwer, die Leute hatten einfach kein Vertrauen.“

Als blutjunger Seminarist, Ende der siebziger Jahre, hörte er das erste Mal von der Befreiungstheologie. An der päpstlichen Universität in Rio erfaßte ihn dann „die Zeit der großen Aufregung“. Schließlich kam er nach Nova Brasilia, um die neue Kirche zu praktizieren, „die dem Volk entgegenkommt“. Schwester Irmhild nennt es „göttliche Fügung“, daß sie sich damals trafen, die mecklenburgische Missionsschwester aus dem Steyler „Colégio Imaculado Coração de Ma-

ria“ und der junge brasilianische Padre. Seitdem kennt die beiden jeder in der Favela, und „selbst die Bandenchefs haben Respekt vor uns“, sagt die Missionsschwester, milde lächelnd.

Anruf von Padre Pedro am Nachmittag im Colégio, wo Schwester Irmhild für die Verwaltung einer Schule mit 1700 Schülern verantwortlich ist. Ein junger Mann aus der Favela muß dringend ins Krankenhaus. Er ist halb gelähmt, das Fleisch schon teilweise abgestorben und faul, Spätfolgen einer unbehandelten Schußverletzung nach einer Auseinandersetzung in der Favela.

Schwester Irmhild delegiert routiniert ihre Colégio-Arbeit und hängt sich sofort ans Telefon. „Wir haben inzwischen gute Kontakte zu den Krankenhäusern“, sagt sie hoffnungsvoll. Ihre Wangen glühen, überall sind die Betten belegt. Schließlich findet sie eine Klinik, die den jungen Mann wenigstens ambulant behandelt. Und fährt sofort hin, um ihm die gute Nachricht mitzuteilen. „Haben Sie die Hoffnung in seinen Augen gesehen?“ fragt sie mich später.

Längst muß sie in den insgesamt sieben Gemeinden der Favela nicht mehr alles allein machen. „Unser Ziel ist es ja, die Kirche in die Hände der Menschen zu legen“, sagt sie, „wenn ich spüre, ich kann Aufgaben abgeben, ziehe ich mich sofort zurück.“ Die Liste der Laienhelfer ist lang. Im Taxi klappt sie eine fein säuberlich geschriebene Liste von rund 60 Namen auf. „Fast alles ehrenamtliche Helfer“, bemerkt sie, „und die engagiertesten kommen aus der ärmsten Comunidade Nova Paraíso.

## NOVA BRASILIA



Gegenseitig geben sie sich Halt. Temperament, Sinnlichkeit und Hingabe bestimmen Gottesdienstfeier in der Basisgemeinde. Wenn die Gläubigen beim Vaterunser an den Händen fassen, len sie ihre Zusammengehörigkeit ganz unmittelbar.





Schwester Irmhild bei Doña Neusa und ihrem gelähmten Jungen.

Zum Beispiel Juan, etwa 40, er war Trinker. „Vielleicht der schlimmste von allen“, so Schwester Irmhild, „es ist ein Elend mit dem Alkohol hier. „Es sei die Hoffnungslosigkeit, das Geld reicht kaum zum Leben, also wird es vertrunken, es gibt Streit mit der Frau, die Kinder weinen, und wieder wird getrunken, ein Teufelskreis. Der bärtige kleine Mann gehört zum eisernen Kern der Anonymen Alkoholiker, für Schwester Irmhild eine der wichtigsten Sozialgemeinschaften in den einzelnen Comunidades, die während ihrer langjährigen Basisarbeit entstanden. Juan ist heute derjenige, der die anderen bekehrt.

In der Comunidade São José kommen wir gerade rechtzeitig zur feierlichen Verleihung der Plaketten für erfolgreiche Nichttrinker. Juan überwacht scheinbar ungerührt am Rande die bewegenden Szenen. Vor versammelter Gemeinde bedanken sich Frauen und Männer, zum Teil mit Tränen in den Augen, für nachbarliche Hilfe während ihrer schweren Entzugszeit. Juan ist schon sechs Jahre „trocken“, die da vor dem Mikrofon sind es „erst“ sechs Monate oder ein Jahr.

Als Padre Pedro und Schwester Irmhild erscheinen, legt sich Ruhe über die Gemeinde. Alles scheint ohne sie zu funktionieren, dennoch ist ihre Anwesenheit bei solchen Anlässen immer noch so unerlässlich wie der Segen der Kirche, den sie verkörpern. Der Glaube als Kraftspender für die „Unterprivilegierten“, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, das ist eine der Forderungen der Befreiungstheologie. Hier wird sie mit Leben erfüllt.

Wenige Minuten später hält Padre Pedro ein Stockwerk tiefer die Mes-

se. Der Kirchraum ist schwarz von Menschen, alle Bänke sind besetzt, an den Seiten stehen Frauen und Männer dicht gedrängt – bis hinaus auf die Straße. Auf den Stufen vor dem Altar hocken Kinder in ihren hübschesten Kleidchen, und selbst auf der Treppe zu den Versammlungsräumen oben ist kein Platz mehr frei. Es gibt keine Berührungängste, weder mit dem wohlvertrauten Padre Pedro noch mit dem Nachbarn zur Rechten und Linken.

Jungs und Mädchen aus den eigenen Reihen intonieren mit Gitarren die Choräle und stimmen die Gesänge am Mikrofon an. Das Echo ist überwältigend, kraftvoll und heiter erfüllen die Stimmen den Gottesraum. Die Stimmung erreicht ihren Höhepunkt, als sich zum „Vaterunser“ alle an den Händen halten. Temperament, Sinnlichkeit und Hingabefähigkeit der Leute, Menschen aller Hautfarben, reißen selbst beherrschte Europäer wie mich mit. Hände greifen nach den meinen, Augen strahlen mich an. Plötzlich bin auch ich Teil dieser Menschenkette und fühle die einende Kraft dieser für Basisgemeinden typischen Geste des Zusammenhalts im Glauben.

Der Begriff „Basisgemeinde“ kommt aus der Befreiungstheologie, und die hat ihre Wurzeln in Brasilien. Alles fing 1956 mit dem Zeugnis einer alten Frau an. So steht's im Grundlagenwerk über die „Neuentdeckung der Kirche“ (Matthias-Grünwald-Verlag) von Leonardo Boff, Professor für systematische Theologie in Petrópolis (Rio de Janeiro) und „Papst“ der Befreiungstheologen. Die Frau erzählte: „An Weihnachten waren die drei protestantischen Kir-

## NOVA BRASILIA



Sogar die Bandenchefs in Brasilien für die Armen kämpft, verprellt Reichen. Wer mitten in der Favela lebt, gerät zwischendurch zwischen die Fronten. Doch die Steyler Schwester Irmhild hat schon lange keine Angst mehr.







Ein Kreuz für die „grüne Hölle“: Eine neue Gemeinde entsteht.



chen hell erleuchtet und voller Menschen. Wir hörten, wie die Menschen sangen... Nur unsere katholische Kirche blieb geschlossen und dunkel. Nirgendwo hatten wir einen Priester auftreiben können.“

Ein Priester namens Dom Agnelo bildete daraufhin in Barra do Pirai im Staate Rio de Janeiro als erster Gemeindeführer aus, „die innerhalb der bestehenden kirchlichen Disziplin alles tun, was ein Laie in der Kirche Gottes tun kann“ (Boff). Volkskatecheten begleiten im Geist gemeinschaftlich mit den Gläubigen, die weit entfernt von der Kirche wohnten, die Messe, die der Pfarrer in der entfernten Kirche hielt. Um diese Katechese herum bildeten sich dann im Laufe der Zeit die für Basisgemeinden typische Gemeinschaft mit einem Verantwortlichen für das religiöse und soziale Leben der Menschen. In provisorischen Kapellen wurden Messen gehalten, und man versammelte sich, um Probleme der Gemeinschaft zu lösen.

Theologie und die junge Wissenschaft der Soziologie entdeckten Gemeinsamkeiten in ihren humanitären Zielen. Für die Theologie formulierte Boff „die schonungslose Rückbesinnung auf das Evangelium“, „die Wiedergeburt der Kirche“, das „revolutionäre“ Engagement Jesus für die

Armen und Schwachen, die „Untermenschen, die Entmenslichten“. Die KGB, wie der Begriff Basisgemeinde in den heißen achtziger Jahren abwertend genannt wurde, „feiert nicht nur das Wort Gottes, feiert das Leben selbst“ (Boff).

Eine Bewegung, die nicht von ungefähr ihre Wurzeln in Lateinamerika hat. Feudale Strukturen aus der Konquistadorezeit haben sich in Lateinamerika in erschreckendem Maß erhalten. Auch die Kirche, die nach den Befreiungskriegen nahezu vom Kontinent verbannt wurde, litt und leidet noch darunter. Engagierte Christen zwischen Paraguay und Guatemala riskierten und verloren ihr Leben vor allem im Kampf gegen Großgrundbesitzer für die Rechte der unterdrückten und ausgebeuteten Bevölkerungsschichten (siehe auch Seite 20/21). Zwei Jahre ist es erst her, daß im Großraum Rio eine Schwester erschossen aufgefunden wurde, die sich für die Übergabe von Grund an landlose Bauern eingesetzt hatte.

Ungerechte Landverteilung ist indes nicht das Problem, mit dem sich Padre Pedro und Schwester Irmhild auseinandersetzen haben. Sie haben es mit Menschen zu tun, die sich

## NOVA BRASILIA



Auch Jesus war für die Armen und Schwachen. Wenn Padre Pedro predigt, dürfen die Kinder auf den Altarstufen sitzen. Und alle verstehen, was der Priester sagt. Weil er ihnen erklärt, was das Evangelium mit ihrem Leben zu tun hat.



# NOVA BRASILIA

zum Teil vom Abfall ernähren und sich selbst wie Müll fühlen, als Abschaum einer schillernden Großstadt. „Wir müssen hier zwar unsere Position gegen die Bandenchefs behaupten“, sagt Padre Pedro, „und unser Rezept ist, ihnen nicht zu nah, aber auch nicht zu fern zu sein: aber vor allem gilt es hier, der Menschen Selbstwertgefühl im Glauben an Gott zu erneuern.“

In den vier Hauptgemeinden der Favela hat die Arbeit von Schwester Irmhild und Padre Pedro schon reiche Früchte getragen, doch in den isolierten oberen Regionen des „Morro“ regiert noch die kärglichste Armut und mit ihr ein abgrundtiefes Mißtrauen gegen den Rest der Welt. So in „Inferno Verde“, Grüne Hölle, einer der drei Gemeinden im Aufbau, die eine erst vor kurzem stillgelegte riesige Müllhalde von der anderen trennt. Alles wurde hier abgelagert, auch chemischer Müll. „Es gibt sehr viel Kranke hier, sehr viel Krebs, die Leute lebten jahrelang von den Abfällen“, erzählt Schwester Irmhild.

„Inferno Verde“ besitzt nur eine schmale Durchgangsstraße, dahinter breiten sich die Elendshöhlen aus. Steinerne Häuser, gar mit einem oder zwei neuen Stockwerken für den erwachsenen Nachwuchs, wie man sie unten in den Hauptgemeinden sieht, gibt es hier kaum. Holz und Lehm sind die Baumaterialien, wenn es regnet, bricht schnell ein Haus zusammen und muß dann wieder neu aufgebaut werden.

Donnerstag abend, 2. April 1992. Eine feierliche Prozession zieht von Nova Paraiso in diese „Grüne Hölle“, die die ersten Gläubigen der jungen Gemeinde schon in „Blauen Himmel“ umtaufen. Die drei Männer tragen ein großes Holzkreuz, und am Ende des Zugs rollt der „Fusca“, der VW-Käfer von Padre Pedro, mit zwei aufmontierten Lautsprechern. Chorsänger anderer Gemeinden begleiten Padre Pedro während der Gesänge mit notdürftig an ein Aggregat im Auto angeschlossenen Mikrofonen.

Es ist der große Augenblick des offiziellen Einzugs der Kirche. Neugierig beobachtet von den Bewohnern der neuen Gemeinde, nicht feindselig, aber auch nicht überschwänglich. Es scheint, als ob diese bislang in sich verschlossene Welt durch das Aufstellen des Kreuzes vor der ärmlichen Gemeindegasse zunächst nur in ihrem düsteren Alltag irritiert wird. Zu geschwächt ist sie, um das Licht zu erkennen oder zu feiern, das es mit sich bringt.

Hoffnung und Liebe den Schwachen zu bringen, ist zunächst einmal eine völlig unpolitische, humane und



*Padre Pedro, Schwester Irmhild und ihren alten Käfer kennt jeder in der Favela von Nova Brasilia.*

christliche Sache. So möchten Padre Pedro und Schwester Irmhild ihre Arbeit auch verstanden wissen. Sie hören das Wort „Befreiungstheologie“ und „Basisgemeinde“ für ihre Arbeit nicht gern, wollen mit dem Konflikt nichts zu tun haben, der sich um die neue Bewegung innerhalb der Kirche entwickelte, nachdem die Befreiungstheologen bekannten, die Trennung von klerikalem Raum und weltlicher Sphäre überwinden und den Gläubigen mehr Mitbestimmung einräumen zu wollen.

Naheliegenderweise waren die konservativen Kleriker bis hin zur Kirchenspitze in Rom beunruhigt, bedeutete das doch einen Angriff auf die bestehende Ordnung. Irritiert bis interessiert, fragte man sich dort, ob das überhaupt „Kirche“ ist, was da sich in Brasilien abspielt, oder ob es nur kirchliche Elemente aufweist? Institution und Gemeinschaft wurden gegenübergestellt, die Diskussion beherrschte das Problem, ob das eine das andere vernein- oder sich beide gegenseitig lahmlegten. Erst nach dem Konzil und der Bischofskonferenz in Medellin/Kolumbien stellte man fest, daß das eine ohne das andere nicht auskommt.

Auch Padre Pedro konnte sich der heftigen Diskussion nicht entziehen, praktizierte er doch Befreiungstheologie, wenn auch ohne politischen

Anspruch, wie er sagt. Nach den Jahren seiner erfolgreichen Arbeit und vor allem nach den anerkennenden Worten des Papstes zum Thema Basisgemeinden während seines letzten Brasilienbesuchs ist er sich inzwischen der Unterstützung seines Bischofs sicher. Dennoch liegt auch hinter ihm ein schwerer Weg. Zeitweise konnte er das Thema einfach nicht mehr ertragen. Vor gut einem Jahr zog er sich für ein paar Monate nach Frankfurt an die Theologische Fakultät zurück. „Ich hab da fast nur gelesen.“

Danach stand er weniger unter Konfliktdruck von außen als von innen, da sein Rückzug just mit der „Krise der Befreiungstheologen“ zusammenfiel, die nach dem Zusammenbruch des Kommunismus die Krise aller Linksinstrukturen ist. „Basisgemeinschaften haben an eine neue Gesellschaft geglaubt, doch es wird immer schlimmer.“ Zurückgekehrt, widmete er sich um so intensiver der Praxis und den aktuellen Problemen, die weniger ideologischer Natur sind, wie auch Padre Edenio

aus der Diözese Rio bekennt. „Die Schwierigkeiten kommen nicht nur von den Kirchen, wie die Leute in Deutschland immer denken“, sagt er. „Der Prozeß geht in eine andere Richtung. Die Probleme kommen von der Basis, es sind menschlich sozialpsychologische Fragen, die lebendig bewältigt werden müssen.“

Nirgendwo lassen sich „Wesen und Inhalt der Krise“ der Befreiungstheologen wohl besser aufspüren als in einer Favela wie Nova Brasilia am Rande einer Großstadt. Die ältesten Basisgemeinden konnten dank der kirchlichen Hilfe im Laufe der vergangenen Jahre ihr Leben mit wachsendem Selbstbewußtsein und wachsendem Erfolg selbst in die Hand nehmen. Ergebnis sind ein gewisser Wohlstand – und damit erste Anzeichen einer urbanen Klassengesellschaft innerhalb der sieben Basisgemeinden, aufkeimender Hochmut der Etablierten über die Ärmern.

„In der kapitalistischen Produktion ist die Religion in der Regel die erste Instanz, die die gesellschaftlichen Verhältnisse schafft“, schreibt Boff. Er wollte, daß sich durch die Befreiungstheologie ändert. Doch in der Praxis zeigt sich nun, daß auch eine vom Glauben gestärkte Welt dazu neigt, vom Geld regiert zu werden. An diesem Punkt hilft Solidarität allein nicht mehr weiter. Padre Pedro versucht die Entwicklung während seiner Predigten mit Gleichnissen aus der Bibel zu

er in christliche Demut und den alten Gemeinschaftssinn aufzulösen. Schon fragen sich die Engagierten: „Ist das Modell Basisgemeinde zu weitern, das nach Boff den unterprivilegierten Gruppen eine unabhängige und alternative christliche Sicht vermitteln sollte, die im Gegensatz (!) zur herrschenden Klasse steht? Führt der Befreiungsprozeß am Ende ins Gegenteil, nämlich in den Kapitalismus?“

Doch noch gibt es unangefochtene Schiburnen für städtische Basisgemeinden, so zum Beispiel das sozialistisch regierte São Paulo. Aber auch weit von Rio, in Barramanga, der östlichen Industriestadt des Landes, hat sich die Befreiungstheologie etabliert. Im Pastoralplan der Stadt Rio indes hat sie eine Priorität, wie Padre Edenio bestätigt. Schwester Irmhilds Kommentar dazu: „Aber wir existieren ja und werden akzeptiert.“

In der Tat: Die Existenz der sieben Basisgemeinden von Nova Brasilia wurde von der konservativen Diözese von de Janeiro just während meiner Recherche mit der Einrichtung einer eigenen Pfarrei anerkannt. Das Ereignis institutionalisiert die Basisarbeit von Padre Pedro und Schwester Irmhild und rückt die Menschen der Favela als anerkannte Mitglieder in die christliche Gesellschaft der Großstadt. „Wir werden jetzt eigene Kirchen über Taufen und Hochzeiten“, sagt nicht ohne Stolz Schwester Irmhild.

Die Arbeit der beiden war über Rio hinaus längst einer breiten Öffentlichkeit bekannt. Schlagzeilen machten sie mit ihrer Aktion nach einer Flutkatastrophe im Februar 1988, die etliche der Lehm gebauten Hütten in einem ärmsten Viertel Nova Brasílias in Tiefe riß und viele Menschen Nacht obdachlos machte. Schwester Irmhild lobt das angrenzend „Nova Paraiso“. Die Hilfe kam etwa aus den Gemeinden, die asphaltierte Straßen hatten, denn von den Mitgliedern dieser Comunidade.

In einer beispiellosen Aktion, die der Willen der beiden auch auf der Seite des Lokalteils einer Tante Rios gewürdigt wurde, ließen sie in Gemeinschaftsarbeit Felsen frei, die als Müllhalde an den Plätzen mit Spendengeldern zum Teil aus Deutschland kamen. Die Obdachlosen 30 Häuser aus der neu geschaffenen Gemeinde ließen sie Mutirão, was übersetzt „Gemeinschaftsarbeit“ heißt. Die Steinhäuser schmückten inzwischen Blumen und Gitter in den Fen-



*Als ein Erdrutsch die Ärmsten der Armen obdachlos machte, bauten Schwester Irmhild und Padre Pedro in kurzer Zeit dreißig neue Häuser. Das machte Schlagzeilen in Rio.*



stern, die als Spende nach Mutirão kamen. Uns begleitet der Architekt, der ehrenamtlich die Bauten überwacht und in die Reste der Müllhalde tief in Betonpfähle rammen ließ, auf denen jetzt der Kinderhort im Bau ist. Gemeinsam stehen wir im Keller. Noch türmen sich hier alte Abfälle, wo später eine Berufsschule hinein soll. Von oben schauen wir in die schmale Schlucht, durch die die Flutwelle vor Jahren donnerte und alles mit sich riß. Ein trügerisch harmloses Rinnsal bahnt sich dort seinen Weg durch wildwucherndes Grün.

Im Gemeindehaus „Bom Pastor“, das fast fertig ist, steht in einer Extrakammer ein Bett. Hier wollten wir eine Frau aus dem oberen Teil des Hangs ärztlich versorgen“, erzählt Schwester Irmhild, „ihre Kinder waren schon fast am Verhungern. Doch der Mann ließ sie nicht zu uns, also mußten wir da hinaufsteigen.“ Mißtrauen selbst gegen kirchliche Hilfsangebote, für Padre Pedro ein Zeichen. „daß wir hier noch viel zu tun haben.“

Bei der Aufbauarbeit denkt Schwester Irmhild praktisch.

Mutirão soll Zentrum für Mütterberatung, Kinderhort und Erwachsenenbildung werden. Mit den bereits funktionierenden Basisgemeinden im Rücken, kann sie bei der Aufteilung der Sozialarbeit Schwerpunkte setzen. Missionsarbeit, ärztliche Betreuung und Jugendgruppen in Nova Paraiso, Dienst am Leben der werdenden Mütter und der Kleinkinder in der Comunidade Espiritus Santo, Bibliothek und Schule in der Comunidade Senhor Bom Jesus.

Sie ist zweifellos die „starke Frau“ an der Seite von Padre Pedro. Das Jahr während seiner Abwesenheit mußte sie so manche schwere Entscheidung allein treffen. Sie vertrat ihn ohne Rücksicht auf die eigene Gesundheit. Über 50 inzwischen, bedauert sie: „So wie früher geht es nicht mehr.“

Mit Organisationstalent und Hingabe an den Missionsauftrag im Geiste ihres Steyler Ordens füllt sie die Forderungen der Befreiungstheologie aus, ohne sich mit ihr zu identifizieren. Ein Theologiestudium für ihre wachsende Pastoralarbeit wurde ihr nicht genehmigt. Sie nutzte alle Möglichkeiten der pastoraltheologischen Weiterbildung durch Kleinkurse und Tagungen, holte privat die landesübliche Universitätsreife nach und absolvierte ein vierjähriges Studium der Betriebswirtschaft.

Nicht zuletzt dank ihres Einsatzes sind innerhalb der vergangenen sieben Jahre in der Favela Gruppen entstanden, in denen gemeinsame Probleme gelöst werden, ganz wie es die Befreiungstheologie fordert. Losgelöst von den gesellschaftsverändernden Erwartungen, einfach mit praktizierter Nächstenliebe. Der Erfolg ist sichtbar. Wenn er auch nicht die Strukturen der gegenwärtigen Welt veränderte, so bleibt doch revolutionär, was die beiden geschafft haben. Die Erneuerung der Kirche von innen wurde Praxis, der „Sauerteig“ ging auf, wie Boff die Wirkungsweise von Basisgemeinden nennt, wenn auch nicht ganz in die von den Theoretikern erhoffte Richtung.

Trotz der leisen Klage, nicht mehr aus den Kräften der Jugend schöpfen zu können, steckt Schwester Irmhild nach wie vor voller Tatendrang. „Nun müssen wir uns auf die jungen Gemeinden konzentrieren“, sagt sie. Und schon bereitet sie sich auf die nächste größere Missionsarbeit vor, die zum Jubiläum „500 Jahre Neue Welt“ auf dem Programm steht: „Bis zum 12. Oktober wollen wir das erste Mal systematisch jedes einzelne Haus, jede Familie in der Favela besuchen.“



# DIE MARTYRER

Sie wurden erschlagen, erschossen oder zu Tode gefoltert. Weil sie auf der Seite der Unterdrückten standen und den Mächtigen im Weg waren. Seit 500 Jahren ist das immer die gleiche

Geschichte, bei fast jedem, der in Lateinamerika für Glauben und Gerechtigkeit gestorben ist. Und die Spirale der Gewalt dreht sich immer schneller.

**Antonio de Montesinos**, Dominikaner, 1540 von deutschen Landsknechten in Venezuela umgebracht.

**Antonio de Valdivieso**, Bischof von Leon/Nicaragua, 1550 von einem gedungenen Mörder erdolcht.

**Ignacio de Azevedo** und vierzig weitere **Jesuitenmissionare**, 1570 auf der Fahrt in die brasilianische Mission bei den Kanarischen Inseln von niederländischen Calvinisten ermordet.

**Pedro Diaz, Francesco de Castro, Kaspar Goes** und neun weitere **Jesuitenmissionare**, 1571 bei der Weiterfahrt nach Brasilien überfallen, erschlagen oder lebend ins Meer geworfen.

**Juan de Fonte, Hernando de Santarem, Hernando de Tobaz, Gerónimo Moranta, Bernardo de Cisneros, Diego de Orosco, Juan del Valle und Luis de Labez**, Jesuiten, 1616 gemeinsam mit 369 weiteren Christen bei einem Überfall auf ihre Missionsstation in Nayarit/Mexiko grausam ermordet.

**Cornelius Beudin**, Priester in Mexiko, 1650 erschlagen und mit einem Strick an das Kreuz vor seiner Kirche gehängt.

**Jacob Anton Basile**, Priester in Mexiko, und sein Diener **Philipp**, 1652 durch Pfeilschüsse getötet.

**Christoph Ruedl**, Priester, 1682 im Orinoco ertrunken. Möglicherweise wurde er absichtlich ins Wasser gestoßen.

**Kaspar Pöck**, Missionar am Orinoco, 1684 vergiftet.

**Johann Maria Ratkay**, Priester in Mexiko, 1684 vergiftet.

**Heinrich Wenceslaus Richter**, Missionar bei den Cunivos, 1696 ermordet.

**Rafael Ferrer**, Missionar unter den Cafones, 1611 erschlagen.

**Kaspar Ruess**, Priester, Sprachenkenner und Astronom in Santa Cruz de la Serra/Peru, 1624 von Indios vergiftet.

**Roque González de Santa Cruz**, „Apostel der Indios“ in Paraguay, und sein Begleiter **Alonso Rodríguez**, Priester, 1628 ebenso wie der Priester **Juan del Castillo** erschlagen.

**Coronilla**, Häuptling der Diaguita-Indios im heutigen Argentinien, 1655 mit Händen und Füßen zwischen vier Pferde gebunden und grausam ermordet. Mit ihm wurden andere Häuptlinge hingerichtet, die sich wie er gegen die

Ausbeutung und Brutalität der Encomenderos aufgelehnt hatten.

**Zumbi**, Anführer eines Aufstandes von Negersklaven in Brasilien, 1695 im Kampf getötet und gevierteilt.

**Ajuricaba**, Häuptling der Manaú, Organisator des indianischen Widerstands gegen die Portugiesen, 1728 in den Tod getrieben.

**Heinrich Ruhen**, Missionar bei den Pimas in Mexiko, 1750 ermordet.

**Tupac Amaru**, Inka-Häuptling in Peru, 1781 öffentlich enthauptet und gevierteilt, weil er die Wiederherstellung der Rechte der Indios gefordert hatte. Mit ihm wurde seine Frau hingerichtet.

**Julián Apasa „Tupac Katari“**, Indio aus Sullwaki/Bolivien, 1781 nach einem Aufstand hingerichtet.

**Batolina Sisa**, die Frau von Julián Apasa, 1782 erschossen.

**Miguel Hildalgo**, Pfarrer in Dolores/Mexiko, 1811 in der Schlacht von Puente Calderón besiegt und erschossen.

**José María Morelos**, Anführer des mexikanischen Befreiungskampfes, 1815 mit 125 anderen Priestern erschossen, die sich am Befreiungskampf beteiligt hatten.

Die **Salpeter-Arbeiter** von Chile, 1907 beim Massaker von Santa María de Iquique erschossen, als sie für bessere Arbeitsbedingungen und gerechten Lohn streikten. Im Volk sprach man von 3 600 Toten.

Sechzig **katholische Priester und Ordensleute**, 1926 in Mexiko nach furchtbaren Torturen ermordet.

**José Gracia Farfán**, Kaufmann, 1926 in Puebla wegen seiner Mitgliedschaft in der „Liga de la Libertad Religiosa“ vom Militär erschossen.

**Luis Bätz Sáinz**, Pfarrer in Mexiko, 1926 erschossen.

**Mateo Correa Magallanes**, Pfarrer in Durango/Mexiko, 1927 erschossen, weil er nicht verriet, was zum Tod verurteilte „Cristeros“ ihm gebeitet hatten.

**Anleto González Flores**, Rechtsanwalt und Journalist, 1927 mit **Luis Padilla Gómez, Jorge Vargas** und **Romón Vargas** erschossen.

**Sabas Reyes**, Priester in Totoolán/Guadalajara, 1927 nach langer, grausamer Folter erschossen.

**Trinidad Rangel**, Priester, **Andrés Solá**, Priester, und **Leonardo Pérez**, Kaufmann, 1927 in Mexiko erschossen.

**José Isabel Flores**, Pfarrer, 1927 in Mexiko erhängt.

**José María Robles**, Pfarrer, 1927 in Mexiko erschossen. Ebenso **Martín Díaz Covarrubias**, Pfarrer, **Miguel de la Mora**, Pfarrer, **Miguel Agustín Pro**, Jesuit, und seine Brüder **Humberto** und **Roberto**.

**Antonio Videz**, Bürgermeister in Tencancingo/Mexiko, 1928 gefoltert und erschossen. Ebenso **Bibiano Martínez**, Küster.

**Gabriel García**, Katechist in La Argentina/Mexiko, 1930 gefangen, entführt und mit Macheten in Stücke gehauen.

**P. Fuchs** und **P. Sacilotti**, Salesianermissionare, 1934 am Rio das Mortes/Brasilien erschossen.

**María de la Luz Camacho**, Katechistin, 1934 in Coyoacán/Mexiko erschossen.

**Pedro de Jesús Maldonado**, Pfarrer in Santa Isabel/Mexiko, 1937 an den Folgen brutaler Mißhandlung gestorben.

**José Antonio Echeverría**, christlicher Studentenführer gegen die Diktatur Batistas, 1958 in Havanna/Kuba ermordet.

**Arturo Mackinnon**, kanadischer Missionar, 1965 von Soldaten in der Dominikanischen Republik ermordet.

**Santiago Miller**, Mitglied der Schwesternbrüder von Jean Baptiste de La Salle, 1966 von Maskierten in Guatemala erschossen.

**Camilo Torres**, Studentenfarrer in Bogotá und später Untergrundkämpfer in der Dominikanischen Republik stirbt **Floriano**, eine Mutter von neun Kindern und Leiterin des Verbandes christlicher Agrarigen.

**José Soledad de Jesús Torres Castañeda**, Bischof in Mexiko, 1967 wegen seines Eintretens für die Menschenrechte nach mehreren Morddrohungen erdolcht. Im gleichen Jahr sterben **Frauen, Kinder, Bergarbeiter, Gewerkschaftler, Campesinos und Studenten** beim Massaker von San Juan/Bolivien.

**Antônio Henrique Pereira Neto**, Studentenfarrer in Recife und Olinda, Mitarbeiter von Erzbischof Hélder Câmara, 1969 entführt und erschossen.

**Héctor Gallego**, kolumbianischer Priester in Panama, 1971 entführt und von der Hubschrauber aus ins Meer geworfen.

**Mauricio Lefebvre**, Dekan der soziologischen Fakultät an der Universität Paz/Peru, wird in die Brust getroffen und getötet, als er in seinem Auto Widerstandskämpfer transportiert, die bei einem Putsch verletzt worden sind. Und Student **Julio Spósito** wird bei einer friedlichen Demonstration in Montevideo so brutal geschlagen, daß er auf dem Weg ins Krankenhaus stirbt.

**Armando Valecia Cano**, Bischof von Maunabo, als „roter Bischof“ disminiert, wird 1972 bei einem nie erklärten Flugzeugunfall getötet. Methodistenpfarrer **Héctor Ju** wird in Uruguay zu Tode gefoltert und **Alexandre Vanucchi**, Geologiestudent, wird in São Paulo von der Polizei barbarisch umgebracht.

Wird **Miguel Woodward**, Priester in einem Armenviertel von Valparaíso/Chile, entführt und zu Tode gefoltert.

**Alsina**, Arbeiterpriester in San Pedro de Macoris/Chile, wird festgenommen und ermordet, der Priester **Gerardo Poblete** wird verhaftet und zu Tode gefoltert.

als zweihundert **Campesinos** beim Massaker von Alto Valle/Argentinien.

**Manuel Solórzano**, spanischer Priester in Argentinien, wird 1974 bei einer bewachten Auseinandersetzung mit rechten Streitkräften getötet. Im gleichen Jahr wird **Carlos Mugica**, Priester in Buenos Aires, erschossen, wird **An** ermordet.

**Llido**, Priester in Chile, vom Geniedienst zu Tode gefoltert. In Ekuador wird der Indio und Christenführer **Condo** von der Polizei getötet.

**Cristóbal Pajuña**, Organisator eines gewaltlosen Widerstandes gegen Großgrundbesitzer, von einem eigenen Mörder erstochen. In der Dominikanischen Republik stirbt **Floriano**, eine Mutter von neun Kindern und Leiterin des Verbandes christlicher Agrarigen.

sterben beim Massaker von La Esperanza/Honduras dreizehn **Campesinos**, das Mitglied einer christlichen Gemeinde. In Bahía Blanca/Argentinien werden der Salesianer **Carlos** und der Student **Daniel Boma** getötet. In Honduras sterben die

**Iván Betancourt**, Michael **Cypher „Casimiro“** und sein Mitarbeiter, in der Dominikanischen Republik der Campesino-Führer **Prisio Frías „Mister Beca“** und in

der Priester **Raimundo Her** werden.

1976 werden in Argentinien die Priester **José Tedeschi „Pepe“**, **Pablo Gazzarri Gabriel Longueville** und **Francisco Soares** ermordet, die Erziehungswissenschaftlerin **María del Carmen Maggi**, die Politiker **Héctor Gutiérrez** und **Wenceslao Pedernera**, der Studentenfürer **„Coco“ Erbetta**, die Pallottiner **Alfredo Patricio Kelly**, **Pedro Dufau**, **Alfredo Leaden**, **Salvador Barbeito** und **José Emilio Barletti**, der Franziskaner **Carlos de Dios Murias** und der Bischof von La Roja **Enrique Angelelli**. Außerdem die achtzehn Monate alte **María Zaffaroni** Islas mit ihren Eltern. In anderen Ländern Lateinamerikas sterben **Aurora Vivar**, Gewerkschafterin, **Arturo Bernál**, Landarbeiterführer, **Rudolf Lunkenbein**, Salesianer, **Lourenco Simão**, Häuptling der Bororó, **Alirio Napoleón Macías**, Priester, **João Bosco Burnier**, Jesuitenmissionar, **Guillermo Woods**, Maryknoll-Missionar, und vier seiner Freunde, sowie **Mauricio López**, Methodistenpastor.

1977: **Daniel Esquivel**, **Rutilio Grande SJ**, **Manuel Solórzano**, **Nelson Rutilio Lemus**, **Rodolfo Aguilar Alvarez**, **Carlos Busto OFM Cap**, **Rodolfo Escamilla**, **Oscar Francisco Alajarin „Alaja“**, **Alfonso Navarro**, **Mauricio Silva SDB**, **Sr. Alicia Doman „Caty“**, **Sr. Léonie Duquet**, **Felipe de Jesús Chacón**, mehr als hundert Arbeiter in der Zuckerröhrenfabrik Aztra in Ekuador, **Eugénio Lyra Silva**.

1978: **Pedro Joaquín Camorro**, 119 Menschen beim Massaker von Panzós/Guatemala, **Hermógenes López**, **Mario Mujía Córdoba „Guigüi“**, **Francisco Luis Espinoza** und seine beiden Begleiter, **José Osmán Rodríguez**, **Ernesto Barrera „Neto“**, **Gaspar García Laviana**.

1979: **Francisco Jentel „Chico“**, **Octavio Ortiz**, **Angel Morales Gómez**, **Roberto Antonio Orellana**, **David Alberto Caballero**, **Jorge Alberto Gómez**, **Benjamín Didincué**, **Rafael Palacios**, **Luis Alonso Velázquez**, **Teodoro Martínez**, **Juan Morán** und sein Begleiter, **Jesús Jiménez „Chus“**, **Santo Dias da Silva**, über 200 Tote beim Massaker von La Paz.

1980: **María Ercilia**, **Ana Coralía Martínez**, die Opfer des Massakers von Guatemala, **María Ramírez Anay**, **Gaspar Vivi**, **Luis Espinal „Lucho“ SJ**, **Oscar Arnulfo Romero**, **Conrado de la Cruz**, **Isaura Esperanza „Chaguita“**, **Walter Voordeckers**, **Rai**

mondo **Ferreira Lima „Gringo“**, **José María Gran**, **Domingo Batz**, **Ismael Enrique Pineda**, **Cosme Spessotto**, **Faustino Villanueva**, **José Othmaro Cáceres**, 60 **Campesinos** beim Massaker von San Juan Cotzal/Guatemala, 500 **Bergleute** beim Massaker von Caracoles/Bolivien, **Apolinario Serrano „Polin“**, **José López „Chepe“**, **Félix Salas**, **Patricia Puertas „Ticha“**, **María Magdalena Henríquez**, **Manuel Antonio Reyes**, **Ramón Valladares**, **Policiano Albeño López**, **Raúl Albeño Martínez**, **Santos Jiménez Martínez**, **Jerónimo „Don Chono“**, **Ernesto**, **Luis**, **Carlos** und **Guillermo Abrego**, **Enrique Álvarez Córdoba**, **Manuel Franco**, **Juan Chacón**, **Humberto Mendoza**, **Enrique Escobar Barrera**, **Doroteo Hernández**, **Marcial Derrano**, **Ita Catherine Ford**, **Maura Clarke**, **Dorothy Kazel**, **Jean Donovan**.

1981: **Diego Quic**, **Estela Pajuelo Grimani**, **Silvia Maribel Arriola**, 168 **Campesinos** beim Massaker von Chimaltenango/Guatemala, **Juan Alonso Hernández**, **Albino Amarilla**, **Presentación Ponce** und drei **Campesinos**, **Carlos Gálvez Galindo**, **Tulio Marcelo Maruzzo OFM**, **Luis Abdullio**, **Michael Ramírez**, 300 Tote beim Massaker von Coyá/Guatemala, **Angel Martínez Rodrigo**, **Raúl José Leger**, **Carlos Pérez Alonso SJ**, **Stanley Rother**, **John David Troyer**, **Honorio Alejandro Núñez „Mario“**, **Lucio Aguirre**, **Elpidio Cruz**, **Sr. Victoria de la Roca**, **Conrado de la Cruz**, **Carlos Pérez Alonso**.

1982: **Dora Azmitia „Menchy“** und ihr ungeborenes Kind, **Carlos Morales OP**, **Tucapel Jiménez**, **Hipólito Cervantes Arceo**, **Emiliano Pérez Obando**, **Jacobus Andrés Koster „Kos“** und drei Mitarbeiter.

1986: **Josimo de Moraes Tavares**.

1987: **Roseli Correa da Silva** und zwei weitere **Campesinos**.

1988: **Cesar A. Giraldo**, **Chico Mendes**.

1990: **Sr. Teresa Rosales**, **Sr. Maureen Courtney**, **Raynal Saenz**, **Tiberio Fernandez**, **Sr. María Augustina Rivas**.

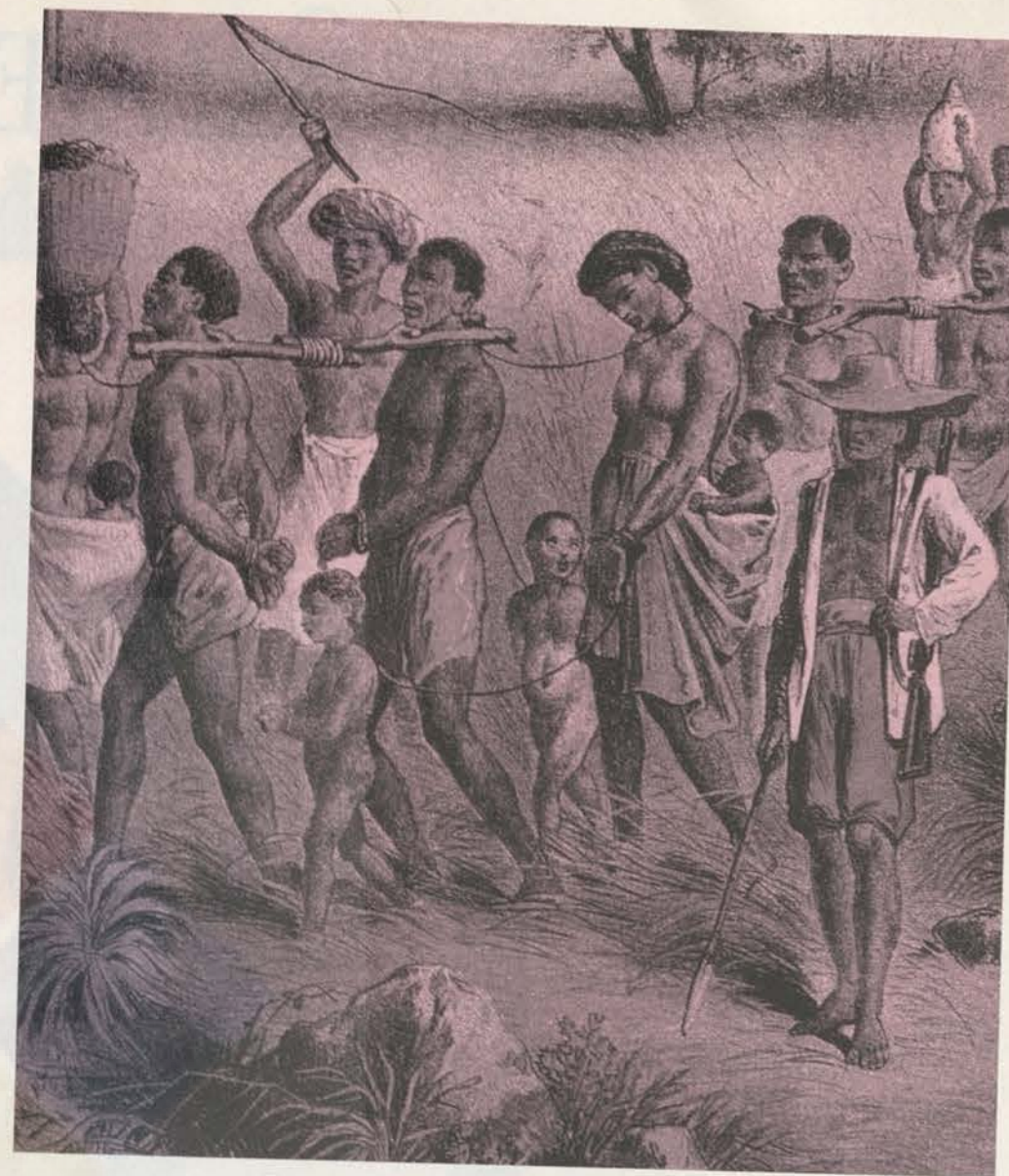
1991: **José María Prada Pires**, **Sr. Irene T. McCormack**, **Jaime Gutierrez Alv.**, **Sr. M. Rodríguez de Albuquerque**, **Zbigniew Strzalkowski**, **Michael Tomaszek**, **Sandro Dordi**, **Eliseo Castano de la Vega**, **José A. Beltran Monsalve**, **Sr. Claire Haas**.



# DIE SKLAVEN

„Ich begriff, daß ich keine Chance hatte, in meine Heimat zurückzukehren. Ich begann zu hoffen, daß der Tod meinem Leiden ein Ende setzen würde.“  
Olaudah, Sklave aus Nigeria

Mindestens zehn Millionen Afrikaner wurden seit dem 16. Jahrhundert nach Amerika verschleppt. Für die Weißen dort wurde die Sklaverei zur Quelle ihres Reichtums. Der Schwarze Kontinent leidet bis heute unter der Ausrottung ganzer Kulturen.



Viele Afrikaner wurden von feindlichen Stämmen gefangen und an die europäischen Sklavenhändler verkauft. Junge Männer, junge Frauen, sogar kleine Kinder wurden gefesselt und zu den Schiffen gezerrt. Millionen von Gefangenen starben, noch bevor sie Amerika erreichten.

Der Junge hieß Olaudah, und er war 1745 im Königreich Benin geboren worden, einem Teil des heutigen Nigeria. Er war das jüngste Kind eines „embrenche“, eines Stammeshäuptlings der Ibo, und er war der ganze Stolz und die Freude seiner Mutter. Irgendwann im Jahre 1756, als er elf Jahre alt war, wurde Olaudah von einem rivalisierenden Stamm entführt und an europäische Sklavenhändler verkauft. Dieses traumatische Ereignis vergaß er nie, und sein Bericht über die Auslieferung an die Weißen gehört zu den wenigen authentischen Beschreibungen des Sklavenhandels aus der Sicht eines Afrikaners:

„Ich begriff, daß ich keine Chance hatte, in mein Heimatland zurückzukehren“, schrieb Olaudah, „und meine gegenwärtige Situation ... war voller grauenhafter Einzelheiten ... Der Gestank im Laderaum, während wir an der Küste lagen, war so unerträglich, daß man sich dort überhaupt nicht aufhalten konnte ... Die Hitze, dazu die vielen Menschen auf viel zu engem Raum, so daß man sich kaum umdrehen konnte, waren erstickend ... Die Schreie der Frauen, das Stöhnen Sterbender machten alles zu einer Schreckensszene ... Jede Stunde dachte ich, ich müsse das Schicksal jener Gefährten teilen, die

beinahe täglich sterbend an Deck gebracht wurden, und ich begann zu hoffen, daß der Tod meinem Leiden ein Ende setzen würde.“

Olaudah – mutig, einfallsreich und hochintelligent – war ein bemerkenswerter junger Mann, erst recht als Erwachsener. Man verschifft ihn nach Barbados, verkaufte ihn bei einer Auktion. Sein erster Besitzer benannte ihn in Gustavus Vassa um. Irgendwann hatte er genug Geld verdient, um sich freikaufen zu können. Er heuerte bei der British Navy an, umsegelte die Welt und wurde später einer der Anführer in der britischen Bewegung gegen Sklaverei von 1780. Sein Buch „Die interessante Lebensgeschichte von Olaudah Equiano bzw. Gustavus Vassa, dem Afrikaner“ wurde 1789 in England veröffentlicht. Es ist die eindrucksvolle Schilderung eines jungen Sklaven, der vielerlei Qualen überlebt hat, und eine lebenschte Beschreibung menschlicher Gefangenschaft im späten 18. Jahrhundert, dem Höhepunkt dieser merkwürdigen Institution, die die Neue Welt mitbegründete.

Ohne die afrikanischen Sklaven ist die Geschichte Amerikas nicht denkbar. Nur wenige sind sich darüber im klaren, daß die afrikanische Sklaverei auch für die heutige amerikanische Ge-



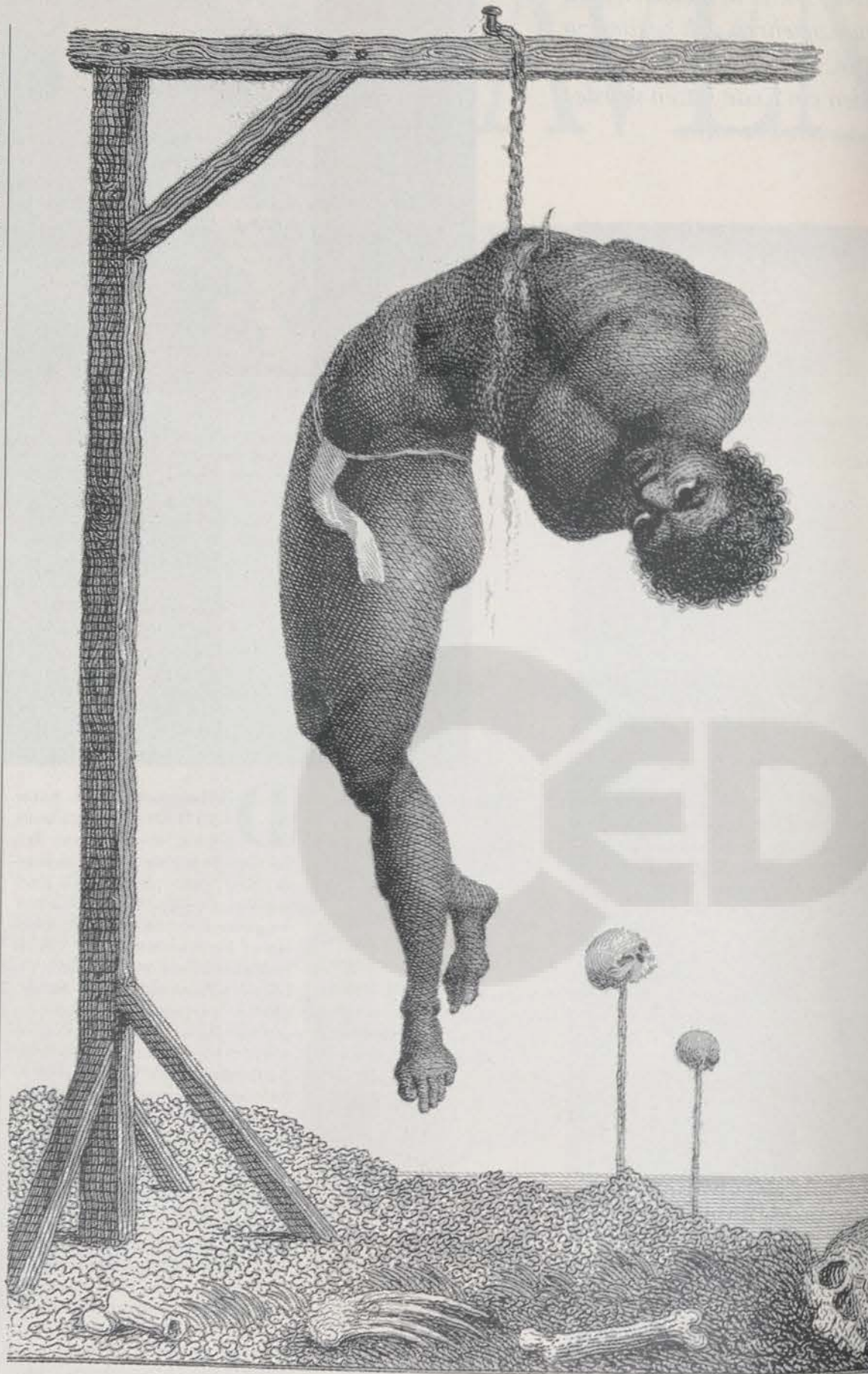
# DIE SKLAVEN

sellschaft eine bedeutende Rolle gespielt hat. Schon 1705 brachten die spanischen Eroberer afrikanische Leibeigene auf die Insel Hispaniola. Erst 1888 wurde die Sklaverei in Brasilien abgeschafft. Zwischen 1505 und 1870, als die letzten Ausläufer des transatlantischen Sklavenhandels schließlich getilgt wurden, wurden mindestens zehn Millionen Afrikaner in Ketten nach Amerika transportiert. Vor 1820 übertraf die Zahl der Afrikaner, die den Ozean überquerten, die Gesamtsumme aller europäischen Einwanderer im Verhältnis fünf zu eins. Durch 350 Jahre fortgesetzter Aktionen an beiden Kü-

## Die ganze Wahrheit kommt erst langsam ans Licht.

sten Afrikas kam es durch europäische und amerikanische Sklavenhändler zu einer der größten Völkerwanderungen der Geschichte – und der afrikanischen Diaspora, deren heutiges Ergebnis eine afrikanisch-amerikanische Bevölkerung in der westlichen Hemisphäre ist, die in die Hunderte Millionen geht.

**S**klaverei wird manchmal als tragische Entgleisung der Geschichte betrachtet, wie eine kleine, dunkle, bedrohliche Wolke am schwindenden Horizont der Vergangenheit. Aber es handelte sich um keine Entgleisung, und ihre Folgen sind noch immer spürbar. Die Art der Sklaverei, die von Amerika aus entstand, war völlig anders als die Leibeigenschaft im Europa des Mittelalters oder in anderen Teilen der Welt. Sie war der Treibsatz früher wirtschaftlicher Entwicklung und durch die unbezahlte Arbeit für die weißen Siedler und ihre politischen Herren in Europa eine Quelle unermesslichen Reichtums. Beinahe von Anfang an begriffen die Kolonialmächte, daß afrikanische Sklaven das einzige Gegenmittel darstellten gegen den Mangel an Lohnarbeitern, mit denen sie in ihren Übersee-Domänen zu kämpfen hatten. Sklaven arbeiteten in den Edelmetallminen, brachten die Zucker-, Indigo- und Tabakernten ein, durch die sich die Kolonialisierung bezahlt machte. Im goldenen Forschungszeitalter, meint Eric Foner, Historiker an der Columbia-Universität, ging es in Wirklichkeit vor allem um wirtschaftliche Unternehmungen, und Sklavenarbeit machte sie lukrativ. „Die Bedeutung der Sklaverei für die Entwicklung der Neuen Welt kann gar nicht genug betont werden“, erklärt Foner. „Die meisten glauben, sie



*Wenn die Sklaven nicht gefügig waren, wurden sie auf brutalste Weise bestraft. Missionare, die das verhindern wollten und anprangerten, riskierten ihr eigenes Leben.*

## Das Un-Heilige Land



Shalom sagen die Israelis.  
Salam die Palästinenser.  
Beides heißt Frieden.

Warum schaffen sie ihn  
dann nicht?

**Aus dem Inhalt**  
Jugendliche erzählen: Unser tägliches Brot ist die Trauer – Reportage: Der ganz alltägliche Terror – Meinung: Das jüdische Volk verliert seine Seele – Dokumentation: Intifada – Warum die Palästinenser sich wehren – Erzählung: Evchen, Israel, Sharon und der Mazaf – Ganz persönlich: Palästina, mein schwieriges Vaterland – Reportage: Die Kinder von Bethlehem – Palästinensische Lyrik.



## Das Frauenheft:



Auch  
für  
Männer.

„Wenn eine Frau etwas werden will, muß sie sein wie ein Mann?“ In diesem Kontraste Themenheft kommen Frauen selbst zu Wort. Sie schreiben über die Geschichte der Emanzipation, über die Gefährdung durch AIDS, über alte und neue Klischeebilder, über ihre Rolle in der Kirche und über die Entdeckung des Weiblichen.

## Bestellung

Ich bestelle / Wir bestellen folgende Kontraste-Themenhefte:

- Exemplare des Kontraste-Themenheftes 2/92 „Das Kreuz in Lateinamerika“ 500 Jahre missionierende Orden
- Exemplare des Kontraste-Themenheftes 1/92 „Das Un-Heilige Land“
- Exemplare des Kontraste-Themenheftes 4/91 „Frauen“
- Exemplare des Kontraste-Themenheftes 3/91 „500 Jahre Eroberung“
- Exemplare des Kontraste-Themenheftes 2/91 „Langsam Leben Lernen“

48 Seiten, durchgängig bebildert,  
Einzelheft DM 6,- ab 5 Exemplaren DM 4,50.

Name / Name \_\_\_\_\_

Adresse \_\_\_\_\_

☐ ☐ ☐ \_\_\_\_\_

Z/Ort \_\_\_\_\_

Num \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_



60 Pf.  
falls  
Marke  
zur Hand

### Abonnement-Bestellung

Ich bestelle ein Abonnement der Zeitschrift „Kontraste“. Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich und kostet pro Jahr 22,- DM (zuzügl. Porto). Das Abonnement kann mit sechsmonatiger Frist zum jeweiligen Jahresende gekündigt werden.

Name/Vorname \_\_\_\_\_  
Strasse \_\_\_\_\_  
☐ W. ☐ O.  
PLZ/Ort \_\_\_\_\_  
Datum \_\_\_\_\_  
Unterschrift \_\_\_\_\_

Zu meinem Schutz: Innerhalb einer Woche kann ich schriftlich von dieser Bestellung zurücktreten. Das Datum des Pressenspiels genügt. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Antwort

VERLAG HERDER  
- Zeitschriften -  
Hermann-Herder-Straße 4  
7800 Freiburg

nur eine Abweichung gewesen. Da-  
war freie Arbeit das Anomale. Ohne  
Sklaverei wäre die Neue Welt nicht ent-  
standen.“

Sklaverei wurde so zu einem riesi-  
gen, durchorganisierten Arbeitssystem,  
das die gefangenen Afrikaner ihrer  
Würde und ihrer persönlichen Identität  
beraubte, sie einer gnadenlosen Aus-  
beutung und Brutalität preisgab und sie  
mit unzähligen Krankheiten, Unter-  
ernährung, Verletzungen und Mißhand-  
lungen sterben ließ. Die Durch-  
schnittsüberlebensrate eines Zwangsar-  
beiters in den Bergwerken während des  
18. Jahrhunderts in Minas Gerais, Brasilien, betrug  
nicht mehr als zwei Jahre, die in den  
Zuckerplantagen Nordostbrasilien nur  
etwa sieben Jahre. Vor 1800 war die  
Sterblichkeitsrate von Sklaven in den  
britischen, britischen, französischen  
und holländischen Kolonien La-  
tinoamerikas und der Karibik so hoch,  
daß nur der dauernde Nachschub neuer  
Sklaven die dortige Wirtschaft wei-  
ter am Leben hielt. Ein jamaikanisches  
Dokument aus dem 18. Jahrhundert  
gibt Aufschluß über den entsetzlichen  
„Verbrauch“ an Menschen. Von  
1766 bis 1776 starben 276 Afrikaner,  
die zwischen 1655 und 1787 in Jamaika  
ankamen, starben 31 181 an Bord der  
Schiffe, während sie in jamaikanischen  
Häfen auf Entladung warteten. Diese  
Summe bezieht sich nur auf eine Zucker-  
rohrkolonie – enthält nicht die Zahl der  
Sklaven, die schon unterwegs bei der  
Atlantiküberquerung starben, und nicht  
denen, die noch zuhause während der  
Saisonarbeit umkamen.

Die ganze Wahrheit über Sklaverei  
hervorzuheben ist selbst heute für Fach-  
leute äußerst schwierig. Die Sklaven  
hinterließen relativ wenige Schil-  
dungen ihres Gefangenenseins, und  
ihre Herren äußerten sich aus verständ-  
lichen Gründen nur zurückhaltend über  
Details des Systems, das sie kon-  
trollierten. Je nach Ort und Zeit varii-  
erten die Bedingungen des Sklavenlebens  
stark; je nach den Umständen  
veränderte sich die Einstellung der weißen  
Kolonisten zur Behandlung der  
Sklaven von relativ freundlicher Für-  
sorge bis zu fast unvorstellbarer Grau-  
samkeit. John Gabriel Stedman, ein  
britischer Abenteurer, der 1771  
nach Surinam ging, um dort bei der  
Entdeckung einer der vielen Sklavenre-  
volten zu helfen, war entsetzt über die  
holländischen Pflanzern geläufigen  
Foltermethoden, die der Disziplin-  
gung ihrer Sklaven dienen sollten. In  
seinem Buch „Bericht eines fünf Jahre  
dauenden Feldzuges gegen die auf-  
ständischen Neger in Surinam“ zitiert  
er einen weißen Siedler, der die

Todesfolter eines Sklaven beschreibt:  
„Vor kurzem“, so erzählte der Sied-  
ler Stedman, „sah ich, wie ein Schwar-  
zer lebendigen Leibes an seinen Rippen  
aufgehängt war, in die mit einem Mes-  
ser erst ein Einschnitt gemacht und  
dann ein Eisenhaken mit einer Kette  
befestigt worden war. Auf diese Weise,  
mit Kopf und Füßen nach unten hän-  
gend und mit der Zunge die Regentrop-  
fen auffangend, die seine aufgedunsene  
Brust herunterliefen, während Geier in  
seinen eitrigen Wunden herumpickten,  
lebte er noch drei Tage.“

Es ist verwunderlich, so der nach-  
denkliche Stedman, „daß die Neger-  
sklaven sich gegen ihre Herren  
erheben? Ganz sicher nicht.“ Wie Ste-  
dman wußte, waren Sklavenaufstände  
nicht nur in Surinam eine dauernde Be-  
drohung, wo schwarze Rebellen die  
Holländer schließlich besiegten, son-

### Immer wieder versuchten die Sklaven, sich zu wehren.

der in fast jeder Region Amerikas, in  
der Sklaven gehalten wurden. Die bra-  
silianische Obrigkeit schickte wieder-  
holt Militäraufstellungen, die riesige  
Siedlungen geflohenen Sklaven – so-  
genannte „quilombos“ – angriffen, und  
um 1830 sah sie sich in Bahia mit mas-  
siven Sklavenrevolten konfrontiert.  
Spektakuläre Aufstände wie die in Hai-  
ti, 1794, in Guyana, 1823, und in Ja-  
maika, 1831, beunruhigten die weißen  
Herren allerorten. Der Historiker Eu-  
gene Genovese zitiert die weiße Süd-  
staatlerin Mary Boykin Chesnut, die  
sich folgendermaßen äußerte: „Es war  
gräßlich aufregend, zu sehen, wie diese  
gelben und schwarzen Tiere die Ab-  
sperrung überwandern“, schrieb Mrs.  
Chesnut in ihr Tagebuch, nachdem sie  
ein Theaterstück über die Sepoy-Meu-  
tereien 1857 in Indien gesehen hatte.  
„Viele von ihnen hatten Gesichter wie  
bei uns zu Hause. Glücklicherweise  
waren die aufrührerischen Ideen noch  
nicht bis hierher gedrungen, so daß sie  
keinen Anlaß sahen, sich zu erheben  
und zu brandschatzen und uns alle zu  
ermorden ... Aber wie lange würden sie  
noch der ungeheuren Versuchung wi-  
derstehen, die da hieß: „Erhebe dich,  
töte und sei frei!“

Mrs. Chesnut täuschte sich: Die  
Sklaven in den Vereinigten Staaten sa-  
hen viele Gründe, sich zu erheben, und  
das taten sie auch bei mehreren Ge-  
legenheiten. Bemerkenswert bleibt, daß  
es in den USA relativ wenige und nie-

mals erfolgreiche Revolten gab. Diese  
Tatsache hat unter Historikern heftige  
Debatten ausgelöst und dazu geführt,  
daß manche Gelehrte von einer „Sam-  
bo“-Mentalität sprechen, dem stereoty-  
pen, einfach zu handhabenden „Happy-  
go-lucky“-Sklaven. Einfach ausge-  
drückt: Die Sambo-Theorie besagt, daß  
Sklaven durch systematische Unter-  
drückung und gezielte Grausamkeit  
„infantilisiert“ wurden und daß sie in  
psychologischer Hinsicht oft selbst zu  
ihrer Unterdrückung beitrugen. In letz-  
ter Zeit hat es zu dieser Theorie bei  
Fachleuten starke Einwände gegeben  
mit dem Hinweis darauf, daß Sklaven  
auf vielfältige und subtile Weise Wi-  
derstand geleistet hätten. „Dazu gehör-  
ten Nachlässigkeit, vorgetäuschte  
Dummheit, Überheblichkeit, Ironie,  
Arbeitsverweigerung und Fluchtversu-  
che“, so Historiker David Barry Gaspar  
von der Duke-Universität. „Einige  
handhabten diese Mittel mit solcher  
Raffinesse, daß Weiße dazu neigten, sie  
als zur eigenen Rasse gehörend zu emp-  
finden.“

Frederick Douglass, einer der  
großen Kämpfer der amerikanischen  
Sklavenbefreiung, neigte nicht zur Raf-  
finesse. Als junger Sklave in Maryland  
rebellierte Douglass eines Tages. Er  
ging auf seinen Herrn, einen gewissen  
Mr. Covey, los und kämpfte, bis Blut  
floß. „In dem Moment ... beschloß ich,  
mich nicht unterkriegen zu lassen“,  
schrieb Douglass in seiner Autobiogra-  
phie. „Ich packte Covey an der Gurgel  
und zog ihn mit mir hoch ... Mein Wi-  
derstand kam Covey so unerwartet, daß  
er wie betäubt war.“ Covey rief einen  
anderen Weißen zu Hilfe, aber  
Douglass machte auch den mit einem  
Schlag in die Rippen kampfunfähig.  
Dann kämpften Covey und er fast zwei  
Stunden lang, bis Covey ihn schließlich  
gehen ließ. Danach erklärte er, daß er,  
„wenn ich mich nicht so gewehrt hätte,  
er mich nicht halb so sehr gepeitscht  
hätte“. „Die Wahrheit war“, bemerkt  
Douglass lakonisch, „daß er mich über-  
haupt nicht gepeitscht hatte“, und Co-  
vey „legte nie wieder auch nur den  
kleinsten Finger im Zorn an mich“.

Wie Olaudah Equiano entkam Fre-  
derick Douglass der Gefangenschaft  
und wurde sehr aktiv bei der Sklaven-  
befreiung. Etwa um 1840, als Douglass  
seine politische und literarische Karrie-  
re begann, schien Sklaverei eine ster-  
bende Institution zu sein. Großbritannien  
und die Vereinigten Staaten erklärten  
den atlantischen Sklavenhandel  
1808 für ungesetzlich, und in den briti-  
schen Karibikkolonien schaffte das  
Parlament die Sklaverei 1833 offiziell  
ab. Frankreich und Dänemark folgten  
1848, Holland 1863. In den Vereinigten  
Staaten führten Lincoln und seine Ge-



5 Jahrhunderte Geschichte der  
Jesuiten mit unveröffentlichten  
Fotos, Briefen und anderen  
Dokumenten aus den  
Geheimarchiven des Ordens.

Dante Vacchi/Anne Vulsteke:  
DIE JESUITEN UND DIE WELT  
244 Seiten, mehr als 200 Fotos,  
Vorwort von André Ravier,  
Kapitel über die deutschen Jesuiten  
von Josef Stierli, DM 88,-.



Metamorphosis Verlag GmbH  
Gräflinger Straße 133a  
D-8000 München 70

### Herderbücherei

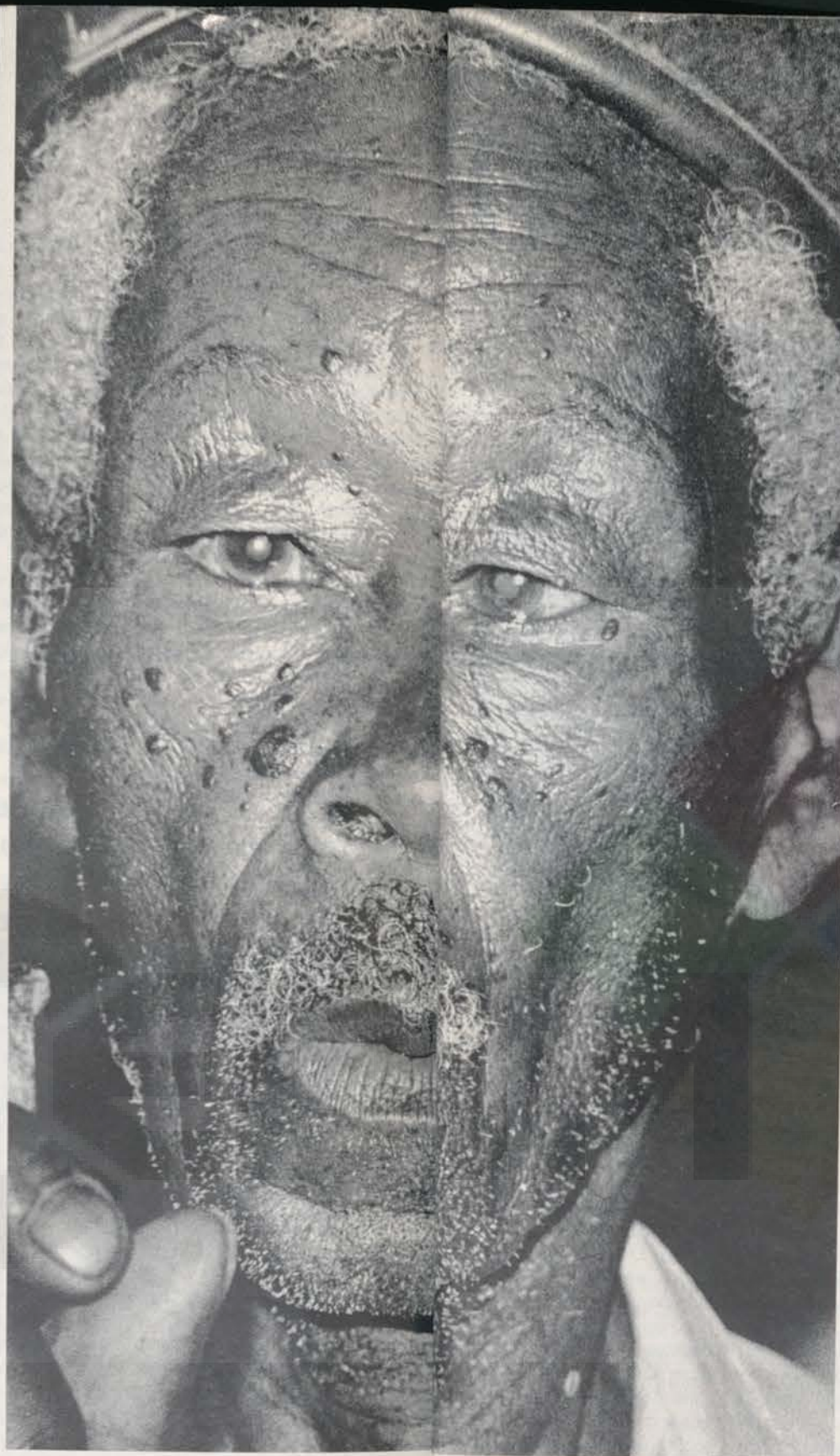
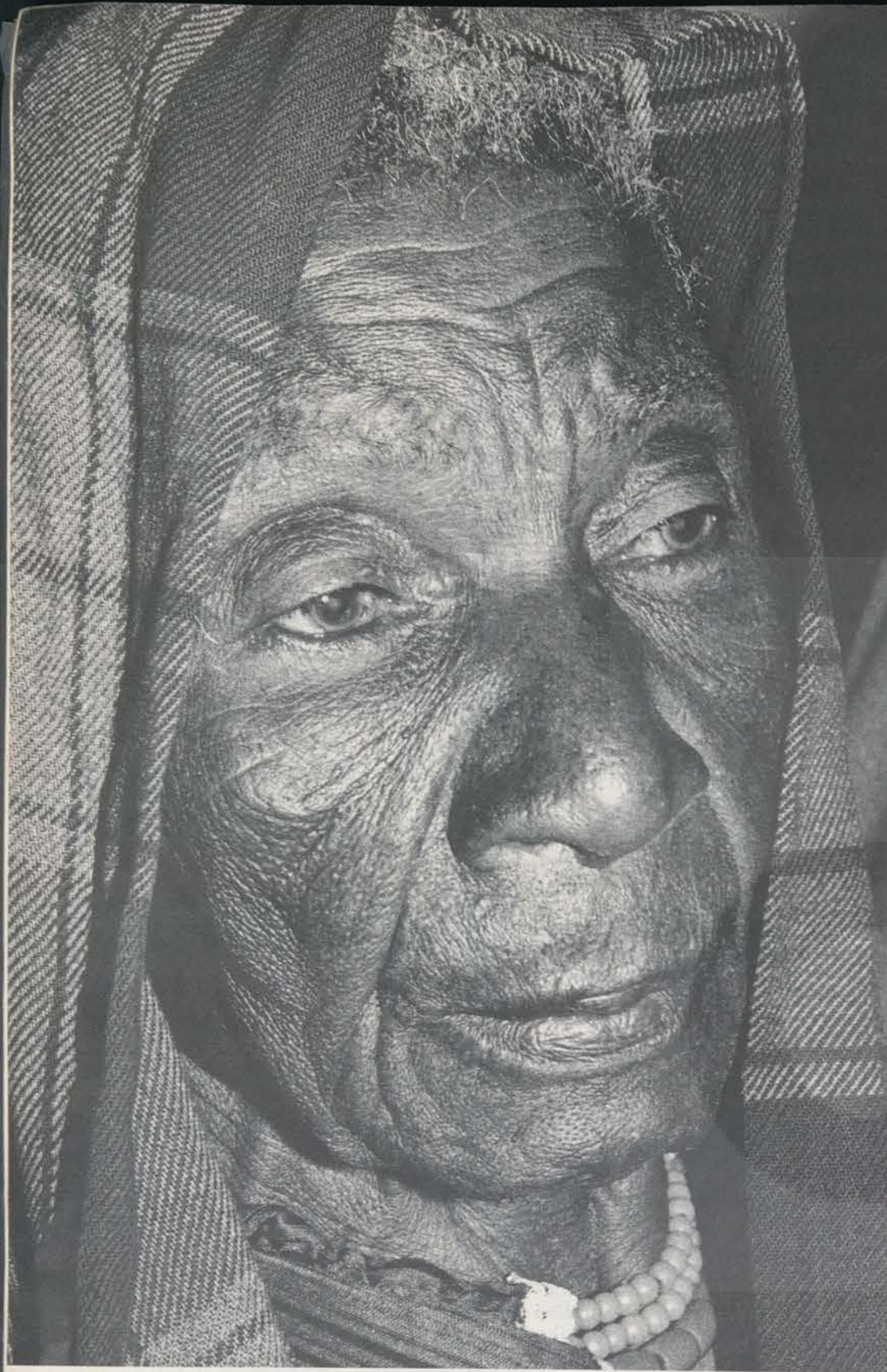
500 Jahre –  
Kein Grund zum Feiern

Herderbücherei  
Dom Erwin Kräutler  
Die Nacht ist  
noch nicht vorüber  
Für ein menschen-  
freundlicheres  
Christentum



Dom Erwin Kräutler, Bischof im Ama-  
zonasgebiet und Anwalt der indiani-  
schen Urbevölkerung, hält hier ein lei-  
denschaftliches, wahrhaftiges Plädoyer  
für mehr Gerechtigkeit und eine tiefer  
in Gott verwurzelte Kirche.  
Herderbücherei Band 1781, DM 14,80  
(erscheint im August 1992)





Fotos: Gérard Kiljn

nerale den sklavenbesitzenden Süden in fünf Jahren Bürgerkrieg in den Ruin, und Amerikas blutiges Beispiel, verbunden mit dem diplomatischen und wirtschaftlichen Druck der Briten, führte schließlich auch in Kuba, Puerto Rico und Brasilien zur Abschaffung. Sklaverei, so alt wie die Menschheit, wurde faktisch weniger als hundert Jahre nach der Gründung der ersten Antisklavenbewegungen in den Vereinigten Staaten und Großbritannien aufgehoben. Es war vermutlich das erste Beispiel dafür, wie eine moralisch denkende Minderheit durch Propaganda und politischen Druck eine gefestigte sozia-

# DIE SKLAVEN

*Die gefangenen Afrikaner  
wurden ihrer Würde beraubt und ausgebeutet.  
Auch im heutigen Amerika stehen  
ihre Nachfahren im Schatten  
der Wohlstandsgesellschaft.*

le Einstellung zum Wanken brachte Teil des Ernteertrages – eine neue Form der Leibeigenschaft. „Wir haben verei war verheerend: eine chronische Unterentwicklung, die bis heute in den Freigelassenen von Edisto größten Teil Südamerikas und der Karibik in South Carolina während der bik sozialen Fortschritt verzögert. „Wiederaufbauzeit. „Wir können nur gibt eine andauernde entgegengesetzt von drei Dingen tun: auf die Straße Beziehung zwischen Sklaverei und oder ins Wasser oder auf den wirtschaftlicher Entwicklung“, erklärten bleiben und so arbeiten wie Foner. „Selbst in den Vereinigten Staaten, dem Willen des weißen Mannes ten – im Süden – behinderte Sklaverei, worfen... Wir können uns in kei- das Wirtschaftswachstum.“ Dort, i Form dagegen zur Wehr setzen, den vorwiegend ländlichen Gebieten, heimatlos im Nichts zu landen, bedeutet das Ende der Sklaverei di werden sehen, das ist keine Voraus- Einführung des „Sharecropping“: klei ung für ein wirklich freies Leben.“ ne Farmer entrichten ihre Pacht mit das Schlimmste sollte noch kom-

men. Das Ende der Wiederaufbauzeit bedeutete auch den plötzlichen Stillstand fast jeder Form politischen Fortschritts für die befreiten Sklaven: die sogenannten „Jim-Crow“-Gesetze, die Verweigerung des Wahlrechtes, die Entstehung des Ku Klux Klan und erneute nächtliche Überfälle Berittener. Das unheilvollste Erbe der Sklaverei ist, kurz gesagt, der Rassismus. Sklaverei und Rassismus sind wie Huhn und Ei. Rassismus hat viel zur Bereitwilligkeit Europas beigetragen, Afrikaner zu versklaven, und das Bedürfnis, Sklaverei zur Institution zu erklären und zu verteidigen, spielte eine große

Rolle für die Ausbreitung des gegenwärtigen Rassismus. Seit Beginn der Sklavenzeiten – von Typen wie Stepin Fetchit bis zur Entstehung des „wissenschaftlichen“ Rassismus – sind Millionen weißer Amerikaner der Überzeugung, daß Schwarze insgesamt minderwertig sind. Das Fortbestehen dieser Einstellung dürfte der tragische Kern der amerikanischen Geschichte sein, und die Bitterkeit der Betroffenen beeinflusst mit Sicherheit bis heute den Dialog in vielen Staaten Amerikas. Wenn denn in der Geschichte der Sklaverei auch etwas Positives liegen sollte, dann in der Idee der Freiheit. Zu

sagen, der Kampf um die Sklavenbefreiung hätte etwa die Nordamerikaner zu einem größeren Verständnis von Freiheit gebracht, wäre vielleicht zu einfach. Dennoch ist wahr, was David Brion Davis feststellt: daß politische Denker des 18. Jahrhunderts im allgemeinen keinen Widerspruch darin sahen, Weißen Freiheiten aller Art einzuräumen, sie Schwarzen oder Indianern aber zu verwehren. ■

Von Tom Morgenthau  
und Mary Talbot.  
Deutsch von Gisèle Bandilla.



Mit Kreuz und Schwert kamen sie nach Lateinamerika: vier Männer, deren so bunt und widersprüchlich verlief wie die Geschichte des Kontinents.

# IDEALISTEN ★ CHRONISTEN ★ ABENTEUERER

Der eine hat  
die Sklaverei  
„erfunden“, um  
die Indianer  
zu schützen.  
Der andere  
wollte die Heiden

mit Gewalt  
bekehren.  
Der dritte  
– Ordensmann  
wie die beiden  
ersten –  
erforschte die  
indianische  
Kultur. Und  
Hernán Cortéz  
war der  
typische  
Eroberer. Vier  
Biographien,  
aufgezeichnet  
von Monika  
Nadler.

## BARTOLOMÉ DE LAS CASAS

Die Geschichte zeichnet ein Bild voller Widersprüche von Bartolomé de Las Casas: Als Sklavhalter kam er nach Westindien, als „Apostel der Indianer“ verließ er es. Und auch der Beinamen eines „Schutzpatrons der Sklaverei“ haftet an ihm.

Bartolomé de Las Casas ist 18 Jahre alt und beginnt gerade sein Studium der Theologie und der Jurisprudenz an der Universität von Salamanca, als Christoph Kolumbus 1492 zu seiner Fahrt nach Indien aufbricht. An Bord der *Santa Maria* befindet sich Francisco de Las Casas, der Vater Bartolomé's. Don Francisco kehrt 1497 nach Sevilla zurück. Seine Berichte mögen den Sohn angeregt haben, sein Glück auf dem neuen Kontinent zu versuchen.

1502 kommt der junge Adlige nach Santo Domingo. Er ist ein Encomendero, ein Schutzherr. Doch: Dem Schutz eines Encomendero anempfohlen zu sein, bedeutet soviel wie Leibeigenschaft. Las Casas wird (vermutlich in Rom) 1506 zum Priester geweiht, 1511 tritt er in Santo Domingo ein Priesteramt an, nach wie vor als Encomendero. Mit Diego de Velázquez geht er 1512 auf Kuba-Expedition, wo er, nach eigener Auskunft, „eine gute Zuteilung“ an Indianern erhält, die auf seinen Plantagen und in seinen Gruben arbeiten.

Wendepunkt in seinem Leben ist das Pfingstfest des Jahres 1514. Bartolomé de Las Casas bereitet eine Predigt vor. Im Buch Sirach, Vers 34, stößt er auf die Stelle, in der es heißt,

daß ein Mörder ist, wer den Armen um sein bißchen Brot bringt, und ein Bluthund, wer dem Arbeiter seinen Lohn nicht gibt. „Ich bedachte die Not und die Sklaverei, in der das einheimische Volk hier lebt...“, schreibt Las Casas später, „je mehr ich aber darüber nachdachte, desto mehr wurde ich davon überzeugt, daß alles, was wir den Indianern bisher widerfahren ließen, nichts ist als Tyrannei und Ungerechtigkeit.“

Las Casas läßt seine Indianer-Sklaven frei und setzt sich fortan für die Rechte der Indianer ein. Seine ersten Bemühungen sind fruchtlos, das Machtsystem von Konquistadoren, Administration, Justiz und Klerus läßt ihn ins Leere laufen. Er verliert seine Einkünfte, hat Schwierigkeiten, eine Überfahrt nach Spanien zu bekommen. Im Sommer 1515 tritt Las Casas eine seiner vielen Reisen nach Spanien an. Es gelingt ihm, zu König Ferdinand V. vorgelassen zu werden und ihn über die Verhältnisse in Westindien zu informieren. Eine Kommission wird berufen – die sich jedoch nach dem Tod des Königs wenige Monate später sang- und klanglos wieder auflöst.

Las Casas unternimmt seinen ersten Versuch für eine friedliche Ko-

lonisierung. Mit spanischen Bauern, Dominikaner- und Franziskanermonichen will er Cumaná im heutigen Venezuela besiedeln. Doch was friedlich begann, endet in einem Blutbad.

1520 wird Las Casas zu einer Audienz bei Kaiser Karl V. gerufen. Karl V. stimmt Las Casas' Kritik und Vorschlägen auch zu, doch an der Realität jenseits des Atlantik ändert das nichts.

Als ungewolltes Resultat dieser Audienz kommt jedoch der Sklavenhandel zwischen Afrika und Amerika in Gang. Las Casas hatte auf die für schwere Arbeit ungeeignete körperliche Verfassung der Indianer und ihre Anfälligkeit für die eingeschleppten Krankheiten hingewiesen und bemerkt, daß die Afrikaner diesen Strapazen weit besser gewachsen seien. Diese Äußerung bereut er später. In der *Historia General de las Indias* schreibt er über sich: „Er wußte nicht, was er tat. Als er vernahm, daß die Portugiesen wider alle Rechtlichkeit in Afrika Menschen fingen und sie zu Sklaven machten, bereute er bitter seine Worte... Das Recht der Schwarzen ist dem Recht der Indianer gleich.“ Doch da trägt er schon, wenn auch unfreiwillig, den Beinamen eines Schutzpatrons der Sklaverei.

In den dreißiger Jahren des Jahrhunderts wendet sich Las Casas, der mehr als ein Dutzend indianische Dialekte spricht, wieder dem Kampf für die Rechte der Indianer zu. Er initiiert ein zweites Siedlungsprojekt in Guatemala. Auch dieses wird scheitern, wenn auch erst nach Jahren und weniger blutig als jenes in Cumaná.

Seine Predigten bringen ihm den Vorwurf des Hochverrats ein. Er muß nach Spanien, um sich zu rechtfertigen. Das Verfahren wird niedergeschlagen. Las Casas bleibt vier Jahre im Mutterland. Während dieser Zeit schreibt er den *Kurzgefaßten Bericht über die Verwüstung der Westindischen Länder*.

Der Inhalt des – für Kaiser Karl V. – geschriebenen Buches



andalös – und doch ist es nur eine Erfassung der grauenvollen Missetaten der Spanier auf dem neuen Kontinent. Las Casas' Kritiker und Gegner sehen den Skandal jedoch weniger im Inhalt als in der Tatsache der 1552 erfolgten Veröffentlichung des Buches. Europa, Nordamerika, Lateinamerika erfahren im *Kurzgefaßten Bericht*, was in Westindien geschehen war. Noch weit bis in die Gegenwart reichen die ignominösen bis böswilligen Anschuldigungen gegen Las Casas: Er habe die Ehre Spaniens beschmutzt, sein Werk sei eine Fälschung, er ein „Geisteskranker“. Die Publizierung seiner wissenschaftlichen Bücher zur Missions-theorie, Geschichtskunde und Anthropologie läßt lange auf sich warten. 1877 und 1909 begonnen, ist sie heute unvollständig.

Während seines vierjährigen Aufenthalts in Spanien läßt er sich zum Bischof weihen. 1542 erreicht er schließlich, daß die „Neuen Gesetze“ erlassen werden. Sie verbieten die Sklaverei, die grausame Perlenfischerei und sprechen den Arbeitern in zu. „Es soll mit den Bewohnern Westindischen Länder in allen

gen so verfahren werden, wie mit freien Untertanen der Krone von Spanien; denn zwischen diesen und den Indianern ist kein Unterschied“, heißt es in den Neuen Gesetzen. Am 20. November 1545 werden sie von Karl V. bestätigt; das lateinamerikanische Indikatell hat gesiegt.

Als Bischof von Chiapas in Mexiko läßt Las Casas einen Beichtspiegel heraus, der auf Testamente zu Gunsten der Indianer hinausläuft. Erneute Anzeige wegen Hochverrats ist die Folge. Las Casas wird wieder nach Spanien zitiert. Dieser Reise wird er nicht mehr nach Westindien zurückkehren.

Im Verfahren gegen ihn bleibt er unschuldig. Las Casas liegt sein Bistum in Valladolid. Las Casas' Gegner, ein Bischof von Sepúlveda, unterliegt in der Streitgespräch, in dem allein Las Casas' Vortrag fünf Tage dauert.

Auch dieser Sieg Las Casas' ändert nichts an der Lage der Indianer. 1552 stirbt Las Casas in Madrid. Niemand weiß heute, wo er begraben ist.

Don Vasco verfolgt eine Utopie, die er glaubt, der Utopia des Thomas



## VASCO DE QUIROGA

Mit sechzig Jahren beginnt Vasco de Quiroga sein Lebenswerk. Eine Utopie im Kopf, reist er nach Mexiko. Dort will er die ideale Gesellschaft verwirklichen.

Vasco de Quiroga ist bereits 60 Jahre alt, als er 1530 in Mexiko ankommt. Er ist Mitglied der Zweiten Audiencia, die Karl V. als Landesregierung nach Neuspanien entsandt hat. Damit beginnt ein Lebensabschnitt, der Vasco de Quiroga stärker ins öffentliche Interesse rücken sollte, als die zurückliegenden Jahrzehnte seines Lebens.

1470 (andere Quellen sprechen von 1478) wurde der Adelssohn Vasco in Madrigal bei Avila geboren. Er studierte Jura, wurde Lizentiat für Kanonisches Recht, stand 1492 im Dienst des Erzbischofs von Granada. 1525/26 wirkte er als Richter in der nordafrikanischen Stadt Oran, welche die Spanier erobert hatten.

Mit vier anderen Männern tritt er die Reise über den Atlantik an. Die Erste Audiencia hat ein verwahrlostes Land hinterlassen. Doch Vasco de Quiroga gelingt es schnell, die Zuneigung der Indianer und die Wertschätzung der Spanier zu erringen. Er kritisiert die schlechte Behandlung der Indianer und die sozialen Mißstände. Ihm vorgetragene Fälle von Sklaverei entscheidet er vornehmlich zugunsten der Sklaven.

Don Vasco verfolgt eine Utopie, die er glaubt, der Utopia des Thomas

Morus entnehmen zu können. Im August 1531 schreibt er an Kaiser Karl V. und schlägt ihm ein Modell vor: die Gründung von „pueblos-hospitales“. Karl V. erteilt die Erlaubnis. 1532 gründet die Quiroga unweit Mexikos das erste Hospital-Dorf Santa Fe. Kern dieser Gemeinschaft sind Familien, die aus je zehn bis zwölf miteinander verwandten Paaren bestehen, und die einen *padre* als Oberhaupt wählen. Die *padres* wählen einen Dorfhauptling. Tägliche Arbeit von sechs Stunden Dauer ist für Männer und Frauen Pflicht, der Ertrag wird zu gleichen Teilen aufgeteilt. Luxus ist verboten. Die medizinische Versorgung ist kostenlos, Schulbesuch Pflicht. Wer sich den Idealen der Gemeinschaft nicht anpaßt, kann ausgestoßen werden.

De Quiroga schwebt eine ideale Gesellschaft vor, ein Goldenes Zeitalter, welches für die marode europäische Zivilisation längst unerreichbar geworden ist. In den Indianern findet de Quiroga, was er in ihnen finden will: bescheidene, anspruchslose, unverbildete Seelen. Die Kirche in Europa hingegen erscheint ihm häßlich und verbraucht.

1533 wird de Quiroga in die Provinz Michoacán entsandt. Dort grün-

det er eine zweite Kooperative, der er ebenfalls den Namen Santa Fe gibt. Michoacán wird 1536 Diözese und Don Vasco, der Jurist, als ihr Bischof vorgeschlagen. Rom stimmt zu. Im Dezember 1538 wird de Quiroga zum Bischof von Michoacán geweiht. Seinen Wohnsitz verlegt er bald schon nach Pátzcuaro und ermuntert die Indianer, ihm dorthin zu folgen. In Pátzcuaro gründet er das Kolleg San Nicolás für die Lehre der lateinischen Sprache. Indianische und spanische Schüler werden dort gemeinsam erzogen.

Zu Beginn der vierziger Jahre plant de Quiroga den Bau einer Kathedrale an seinem Bischofssitz. Eine für die Neue Welt einzigartige Kirche soll entstehen, in der 30.000 Menschen Platz haben, verteilt auf fünf Kirchenschiffe, die zum Altar hin zusammenlaufen. Mit diesem Plan macht er sich Gegner, die vor einem Babel in Mexiko warnen. Lediglich das Hauptschiff dieser Kathedrale soll jemals fertiggestellt werden.

Zeitgenössischen Berichten zufolge tut sich de Quiroga schwer mit dem Verfassen wissenschaftlicher Texte. Er schreibt 1537 einen Traktat über die Taufe. In diesem Büchlein vertritt er die altkirchliche Position, derzufolge nur gründlich vorbereiteten Erwachsenen zu den Oster- und Pfingstterminen die Taufe gespendet werden dürfe.

1553 verfaßt de Quiroga die Schrift „De debellandis Indis“. Darin verteidigt der friedfertige Mann die Konquista und behauptet, daß ohne Krieg die Indianer nicht zum Glauben geführt werden können.

Im Jahr 1542 bricht er zu einer Reise nach Spanien auf. Ein Beinahe-Schiffbruch zwingt ihn zur Umkehr. 1547 macht er sich wieder auf die Reise. Sieben Jahre dauert sein Aufenthalt in Spanien, den er auch dazu nutzt, Geistliche für seine Diözese anzuwerben.

Hochbetagt nimmt er 1555 am 1. Mexikanischen Provinzialkonzil teil. Seine letzten Lebensjahre opfert er Grenzzwistigkeiten mit benachbarten Bischöfen, Streitereien in den Hospital-Dörfern, der Besiedelung seines Bischofssitzes, dem Bau der Kathedrale und Auseinandersetzungen mit den Augustinern.

1565 begibt sich Vasco de Quiroga zu einem Pastoralbesuch in das Dorf Uruapan. Am 14. März stirbt er dort im Alter von 95 Jahren.





„Allgemeine Geschichte der Angelegenheiten Neuspaniens“ – hinter diesem bescheidenen Titel verbirgt sich die großartigste Enzyklopädie aztekischer Kultur. Trotz ihrer Bedeutung war sie fast drei Jahrhunderte lang vergessen. Und mit ihr ihr Verfasser, BERNARDINO DE SAHAGÚN.

In seiner Jugend sei er so schön gewesen, daß die anderen Franziskaner nicht wollten, daß er sich außerhalb des Ordens zeigte. So wird von Bernardino de Sahagún berichtet.

Der schöne Knabe und spätere Franziskaner wird 1499 (oder 1500) in Spanien geboren. Nach dem Studium an der Universität von Salamanca tritt er dem Orden der Franziskaner bei. Als „sanftmütig, bescheiden, arm und im Reden zurückhaltend und zu allen freundlich“ beschreibt ihn ein Zeitgenosse.

Im Jahr 1529 kommt Sahagún nach Mexiko, arbeitet im Kolleg von Santa Cruz. Er lernt das Nahuatl, die Sprache der Nahuas. Sahagún und andere Franziskaner tun dies aus durchaus eigenem Interesse: Die neu erworbene Sprachkenntnis soll der Verbreitung der Heiligen Schrift dienen. Damit aber lernen auch die Sieger die Sprache der Besiegten, was für einen Christoph Kolumbus oder Hernán Cortéz undenkbar gewesen wäre.

Sahagún spricht perfekt die Sprache der Nahuas, als er 1536 an das neugegründete Franziskanerkolleg von Tlatelolco versetzt wird. Seine Schüler sind die Kinder des ehemaligen mexikanischen Adels. Sahagún lehrt sie lateinische Grammatik – mit mehr oder minder leisem Spott bedacht von seiner Umgebung, für die es feststeht, „daß es niemandem gelingen könnte, solch untauglichen Leuten Grammatik beizubringen“, wie Sahagún später berichten wird. Doch die Ergebnisse seines Lateinunterrichts sind erstaunlich, nach zwei, drei Jahren sprechen und schreiben seine mexikanischen Schüler Latein und verfassen sogar „heroische Verse“. Es sind noch keine zwei Jahrzehnte vergangen, seit Cortéz Mexiko erobert hat... Der Unterricht ist auch für Sahagún lehrreich, seine mexikanischen Schüler verbessern ihn und korrigieren seine Predigten. Dieser Arbeitsstil prägt Sahagúns Werk.

Mit seinen Erfolgen macht er sich Feinde. Seine Kritiker halten es geradezu für schädlich, die Indianer lesen und schreiben zu lehren. Den Kathismus sollen sie kennen, mehr nicht. Sahagúns Widersachern ist klar, daß Sprache, Schrift und Wissen Mittel der Machtausübung und -erhaltung sind.

Neben seiner Lehrtätigkeit beschäftigt sich Sahagún intensiv mit der indianischen Lebensweise und der Vermittlung zwischen indianischer und spanischer Kultur. Er hat gewiß noch die nicht lange zurückliegenden Bücherverbrennungen im Sinn, als er 1547 eine Sammlung von Ritualsprüchen anlegt, die *huehuetlalolli*. Drei Jahre später beginnt er damit, Berichte der Azteken über die Konquista zu sammeln und niederzuschreiben.

Im Jahr 1559 geht Sahagún nach Tepapulco. Er beginnt mit der Arbeit an seinem Hauptwerk, der *Historia General de las Cosas de Nueva España*, der *Allgemeinen Geschichte der Angelegenheiten Neuspaniens*. Die *Historia* wird eine allumfassende Enzyklopädie werden. Revolutionär für das 16. Jahrhundert ist Sahagúns Arbeitsmethode:

Er bittet die Honoratioren des Ortes um Hilfe bei der Suche nach zuverlässigen Personen, die ihm über die Geschichte berichten können, und erhält eine Liste von zwölf Männern. Mit diesen und seinen vier besten Schülern aus dem Kolleg arbeitet er fast drei Jahre an dem Grundstock für die *Historia*. Sahagún fragt, die zwölf Männer und Sahagúns Schüler halten die Antworten in Bildern fest und fügen Texte in Nahuatl hinzu.

Sahagún kehrt 1561 nach Tlatelolco zurück. Er wiederholt das Prozedere mit anderen geschichtskundigen Männern und seinen Schülern. Die Berichte, die er aus Tepapulco mitgebracht hat, werden überarbeitet, verbessert, ergänzt und niedergeschrieben. Sahagún beeinflusst die *Historia* durch einen von ihm ausgearbeiteten



Fragebogen und eine von ihm entwickelte Silbenschrift. Ansonsten hält er sich bei der Erfassung der Berichte im Hintergrund. Er kommentiert nicht, interpretiert nicht, wertet nicht.

1565 tritt Sahagún seine letzte Lebensstation an: Mexiko. Er arbeitet weiter an seiner *Historia*, fügt ihr die *huehuetlalolli* und die Konquista-Berichte hinzu. Zwölf Bücher umfaßt die *Historia* schließlich, die fortlaufend, auch noch während der Niederschrift, verbessert wird. Erst nach Fertigstellung des Nahuatl-Textes fügt Sahagún seine spanische Übersetzung an, in der er Erläuterungen gibt. Zum Schluß der Arbeiten werden Illustrationen beigelegt.

Seine Widersacher haben ein mißtrauisches Auge auf seine Arbeiten. Ihnen entgeht nicht, daß die *Historia* kein missionstheoretisches, sondern ein ethnographisches Werk ist. Sahagún ist schon über 70 Jahre alt, als man ihm den Etat für seine

Im Vorwort zur *Historia* beschreibt Sahagún sein Vorhaben folgendermaßen: „...da die Prediger und Beichtväter Seelenärzte sind, müssen sie sich, um die geistigen Krankheiten heilen zu können, mit diesen Krankheiten und den entsprechenden Arzneien auskennen.“ Die Arbeit an der *Historia* entwickelt jedoch ihre eigene Dynamik und Faszination. Die Kenntnis von Religion und Bräuchen zum Zweck der seelenärztlichen Therapie wird bald vom Interesse an der fremden Kultur überwogen.

## ERNÁN CORTÉZ

Der Name Hernán Cortéz und „Erroberer Mexikos“ sind Synonyme. Cortéz aber als Abenteurer Eroberer in die Geschichte gehen sollte, hatte er einige Schwierigkeiten zu überwinden.

Die Karriere als Abenteurer und Eroberer beginnt eher zögernd. 1485 im spanischen Medellín als Sohn eines kleinen Adligen geboren, wird der junge Cortéz ereignisreichen Jahr 1492 auf die Universität von Salamanca geschickt. Soll die Rechte studieren, bricht er nach zwei Jahren das Studium und entscheidet sich für das Soldatenleben. Mit 17 soll er die Reise nach Haiti antreten, doch ein Liebesabenteuer vereitelt die Abreise. Zwei Jahre später erst, 1504, tritt er eine militärische Überfahrt nach Santo Domingo an. Endlich am Ziel, sind seine

Schreiber streicht. Seine Hand ist zitterig, als daß er selbst noch schreiben könnte. Fünf Jahre bleibt die *Historia* unbearbeitet liegen. 1577 folgt ein Erlaß von König Philipp II., der ihm bringen ihm schmerzhaft Erdem er es seinen Untertanen verbietet, Sahagúns Werk zu lesen oder gar weiterzuverbreiten.

Schließlich läßt sich Sahagún als Sohn des Amerika-Entdeckers, die Insel Kuba zu erobern, abschwatzen, der sie an einen Chirgo Velázquez soll die Eroberung nisten im Mutterland weiterleiten. Cortéz schließt sich ihm will. Sahagúns Werk verschwindet, Cortéz aber, an Erfahrungen mit Sahagún selbst in Mexiko drucken lassen reicher als an solchen mit Posen und Diplomatie, schlägt sich nun in Mexiko. Zwei handschriftliche Zweimal wird er gefangen. Originalen der *Historia* überdauern, jedesmal entkommt er. Nur Zeit, Inquisition und Irrwege. Eitfleur mit einer Gefolgsdame der der Ausgaben besitzt die Laurenzinkönigin und die Vermittlung seische Bibliothek in Florenz, die zweizukünftigen Schwagers retten ihn te die Bibliothek des Königlichweiterer Verfolgung. Velázquez Palastes in Madrid. Erst im 19. urstützt nun sogar Cortéz' Wahl 20. Jahrhundert wurde schließlich d Bürgermeister von Baracoa. *Historia* veröffentlicht.

habend und geehrt bleibt Cortéz 15 Jahre in dieser Position. anz und gar nicht wie ein Abenteurer läßt Cortéz kühne Expeditionen aufbrechen, ohne sich daran zu halten. 1518 plant Diego Velázquez ein noch größeres Unternehmen. Cortéz soll jetzt dessen Anführer sein. Dieser gibt viel Geld, sein eiliges, für die Ausrüstung der Expedition aus. Sein Auftreten wird größer. Als man ihm vom Mißfallen



Velázquez' berichtet, läuft er eilig aus und erreicht ein paar Tage später Trinidad. Bei Velázquez ist er aber in Ungnade gefallen, er soll verhaftet werden. Doch, anders als 1511, ist Cortéz mittlerweile ein listenreicher Ränkeschmied geworden, der es versteht, die Interessen anderer für seine Pläne auszunutzen. Velázquez hat das Nachsehen.

Am 12. März 1519 erreicht Cortéz die Mündung des Tabasco. Später gründet er die Stadt Veracruz. Ende Juli 1519 macht er sich auf den Weg nach Mexiko, wo der Aztekenkönig Montezuma herrscht. Kämpfe, aber auch Listen, Koalitionen und raffiniertes Taktieren machen ihm den Weg nach Mexiko frei. Cortéz findet Bundesgenossen unter den besiegten

Stämmen, fordert aber Montezuma nicht offen heraus. Zunächst zwingt ihn Velázquez zu einer Auseinandersetzung, weit entfernt von Mexiko. In die Hauptstadt zurückgekehrt, findet er Montezuma tot, die Azteken in Aufruhr. Cortéz tritt den Rückzug an. Kurz vor dem Jahreswechsel 1520/21 zieht er erneut und mit Verstärkung gegen Mexiko und erobert die Stadt. Kaiser Karl V. ernannt Cortéz zum Statthalter in Neuspanien.

Im Oktober 1524 hat Cortéz erreicht, was er erreichen konnte – und beginnt, Fehler zu machen. Er unternimmt eine Strafexpedition gegen einen abtrünnigen Hauptmann, den er nach Honduras gesandt hatte. Das Unternehmen widerspricht aller Vernunft, doch Cortéz' Herrschsucht ist so groß, daß niemand wagt, ihm zu widersprechen. Viele kehren von diesem schlecht geplanten Marsch nach Honduras nicht zurück. Cortéz selbst hat schon sein Totenhemd bereitgelegt, so sehr plagen ihn Fieber und Entkräftung.

Schließlich erhält er Nachrichten aus Mexiko, keine erfreulichen. Man hält Cortéz für tot, Machtkämpfe sind das Tagesgeschehen. Doch er hat noch Anhänger in der Stadt. Im Frühjahr 1526 kehrt Cortéz nach Mexiko zurück.

Seine Widersacher haben aber die Zeit der Honduras-Expedition genutzt, um ihn beim Kaiser anzuschwärzen. Hatte dieser ihm erst vor kurzem noch einen Adelstitel verliehen, so läßt der Kaiser nun gegen Cortéz ermitteln. Ein kaiserlicher Gesandter kommt nach Mexiko und übernimmt die Statthalterschaft. Der Rang eines Vizekönigs war fast greifbar gewesen – und nun muß Cortéz sich gegen die Vorwürfe des Machtmißbrauchs und der Bereicherung zur Wehr setzen. Sogar Mord an seiner 1522 gestorbenen Ehefrau wird ihm

zur Last gelegt. Die Verbannung aus der Hauptstadt ist noch die geringste der gegen ihn ausgesprochenen Strafen und Drohungen.

Cortéz beschließt, auf den Kaiser direkt einzuwirken. Mit kostbaren Geschenken, Menschen, Tieren und Edelmetall, trifft er in Spanien ein. Cortéz' Mission ist erfolgreich. Er verlobt sich und wird ein Jahr nach seiner Ankunft im Mutterland vom Kaiser empfangen. Dieser ernannt Cortéz zum Markgrafen des Tales von Oaxaca und zum Generalkapitän von Neuspanien. Der Papst erteilt ihm Generalabsolution für alle seine Sünden und erklärt seine unehelichen Kinder für legitim. Mit dem Indienrat schließt Cortéz einen Vertrag über Expeditionen in die Südsee.

1530 kehrt Cortéz nach Mexiko zurück. Die Stadt ist zu einem Ort der Willkür heruntergekommen. Cortéz reist weiter nach Veracruz und versucht von dort aus, Schadensersatzansprüche geltend zu machen. Er reißt sich in fruchtlosen Prozessen auf, bekommt 23 000 Indianer zugesprochen und ein Lehen – aber dem Eroberer Mexikos ist das zu wenig.

Cortéz wendet sich neuen Aktivitäten zu. Er läßt sich nahe des Pazifik nieder und läßt Schiffe für die Expeditionen in die Südsee bauen. Zwei Erkundungsfahrten schlagen fehl. An der dritten nimmt Cortéz selbst teil. Im Mai 1535 landet er auf der vermeintlichen Insel Santa Cruz, der kalifornischen Halbinsel. Dort erreicht ihn ein Schreiben seiner Frau, die ihn bittet, zurückzukehren. Cortéz fährt nach Hause. Mehr als 300 000 Pesos soll er für die letztlich unergiebigsten Reisen ausgegeben haben.

Die Spannungen zwischen Cortéz und Vizekönig Mendoza nehmen zu. Cortéz reist 1540 ein zweites Mal nach Spanien, seine beiden Söhne nimmt er mit. Es gelingt ihm nicht, sich in Madrid Gehör zu verschaffen. Schließlich schließt er sich mit seinen Söhnen einem Feldzug gegen Algier an. Die drei Cortéz' können sich nur knapp aus einem Sturm retten, in den die Flotte gerät. Das Heer kehrt – zur Verärgerung Cortéz' – nach Spanien zurück, ohne gekämpft zu haben.

Die Gesundheit des Eroberers wird hinfällig. Die geplante Vermählung seiner Tochter schlägt fehl. Cortéz macht sein Testament. Großzügig bedenkt er eheliche und uneheliche Kinder, errichtet Stiftungen für eine Universität, einen Konvent und ein Krankenhaus. Am 2. Dezember 1547 stirbt er. In Coyoacan wird er beige-



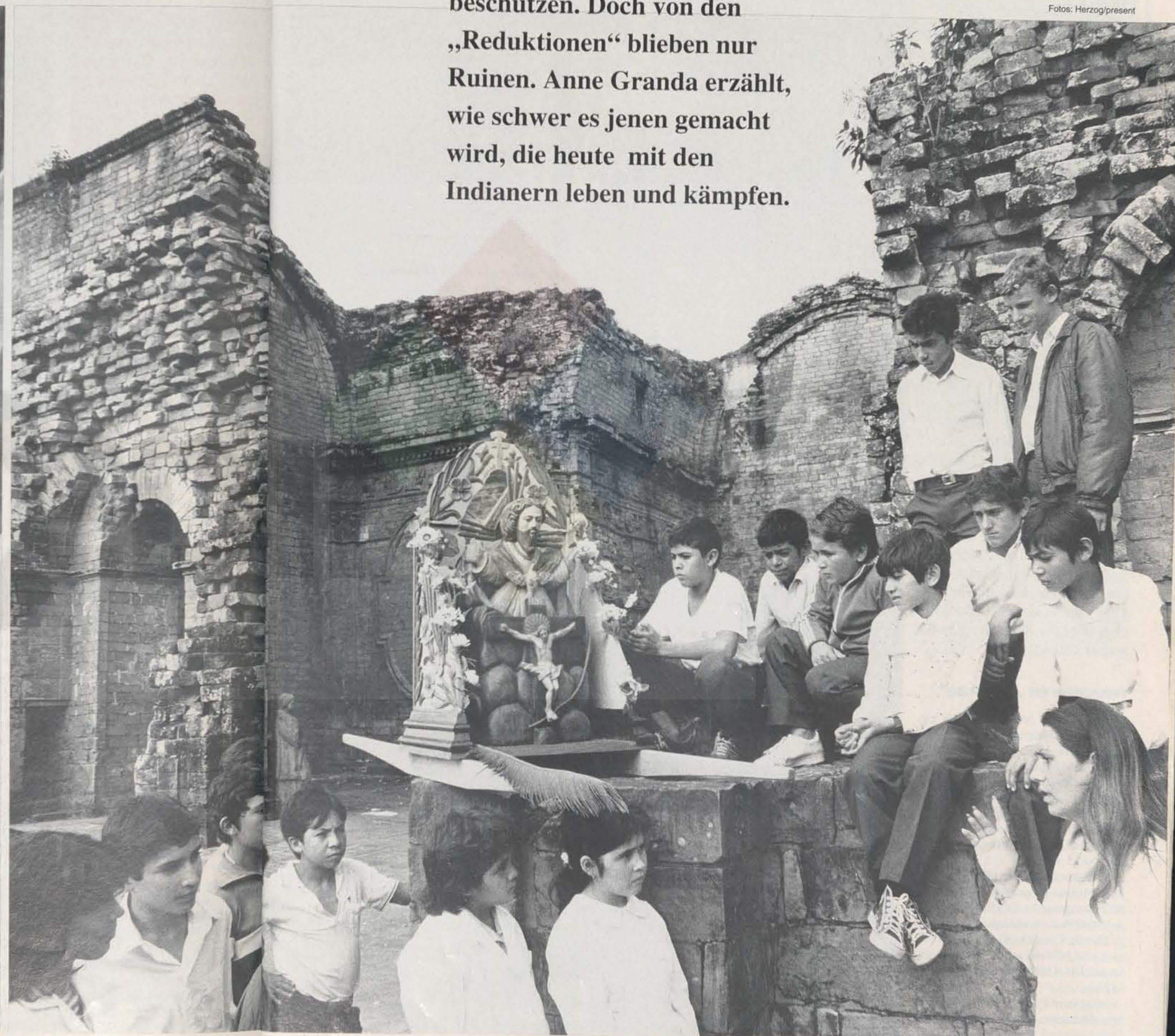
Aus einer indianischen Handschrift: Der Aztekenkönig Montezuma (Mitte) bringt Hernán Cortéz Geschenke.



# DIE LETZTEN INDIAER?

Schon vor vier Jahrhunderten versuchten Missionare, die Ureinwohner Lateinamerikas vor Tod und Ausbeutung zu beschützen. Doch von den „Reduktionen“ blieben nur Ruinen. Anne Granda erzählt, wie schwer es jenen gemacht wird, die heute mit den Indianern leben und kämpfen.

Fotos: Herzog/present





**W**ollen die letzten Amazonas-Indianer nur noch in Würde sterben? Sterben, noch ehe sie von einem der Goldsucher abgeknallt werden, die zu Zehntausenden in die letzten Rückzugsgebiete der Indios eindringen, sterben, bevor das letzte Stück Urwald zerstört ist, sie verhungern müssen oder an einer der eingeschleppten Infektionskrankheiten jämmerlich dahinsiechen? Bei den Guaraní Kaio-wá-Indianern nahmen sich 1991 insgesamt 21, zumeist junge Menschen, das Leben. Die beiden Jahre zuvor waren es 75. In dieser hochdramatischen Situation, kurz vor der endgültigen Ausrottung dieser Urvölker, ist es interessant, auf die Haltung der Kirche, ihrer Missionare und Indianerbeauftragten zu schauen. Denn seit nun 500 Jahren ist das Schicksal der Menschen des lateinamerikanischen Kontinents eng verknüpft mit der Institution Kirche. Gibt es aber im viel umstrittenen „Bedenkjahr 1992“ mehr, als nur Bedenkliches über die Rolle der Kirche zu berichten?

#### Todeszahlen der „Entdeckung“

Die Eroberung der Neuen Welt geschah mit Kreuz und Schwert. Am 12. Oktober 1592 geht der genuesische Seefahrer in spanischen Diensten, Christoph Columbus, bei seiner Suche nach dem Seeweg nach Indien auf der Insel Guanahani in der Karibik an Land. Es dauert nur 25 Jahre, bis dort alle Ureinwohner ausgerottet sind.

Im Jahre 1492 zählt Haiti ungefähr eine Million Einwohner. Nur knapp 30 Jahre später ist die Urbevölkerung auf 16 000 zusammengeschrunpft.

Hernán Cortéz trifft im Jahre 1519 an die 25 Millionen Azteken in Mexiko an. Um 1600 leben nur noch eine Million.

Insgesamt fallen 60 bis 70 Millionen Menschen der Conquista zum Opfer.



Foto: Black Star/Claus Meyer

## Nur noch in Würde sterben?



Foto: Herzog/Henrich

*In eigenen „Staaten“  
sollten die Indianer  
vor der Grausamkeit der  
Eroberer sicher sein.  
Doch die Reduktionen  
wurden zerstört,  
manche Gebäude in jüngster  
Zeit wieder neu aufgebaut.  
Oben: Concepción/Bolivien.*



Diese Zahlen sprechen für sich und machen deutlich, was Kreuzigung und Schwertstreich bewirkten. Dabei tritt die Schuld der Kirche klar zutage, da die Evangelisierung immer eingebettet war in koloniale, für die Betroffenen tödliche, Expansionspolitik. Der missionarische Einsatz mußte fast immer nur die Ausdehnung des christlich-iberischen Königreiches legitimieren.

Aber gab es neben den heute viel zitierten Verteidigern der Indianer, Bartolomé de Las Casas, Antonio de Montesinos, Pedro de Córdoba und manchen anderen, nicht auch die beispielhaften Missionsversuche der Reduktionen, durch die die missionierenden Orden doch wenigstens einige Menschenleben retten konnten?



## Reduktionen – Inkulturation durch „Missionsstaaten“?

Die berühmtesten Reduktionen, Orte, an denen die Indianer zum kirchlichen und zivilen Leben „essent reducti“ zusammengeführt wurden, sind die der Guaraní-Indianer in Paraguay. In diesen dörflichen Gemeinschaften, auch „Jesuitenstaat“ genannt, wurden die Indios vor den Übergriffen der Eroberer geschützt. Während sonst die Unterwerfung unter die spanischen Kolonialherren zugleich völlige Sklaverei bedeutete, bildeten diese Reduktionen freie Indianergemeinden, die nur mittelbar dem Gouverneur als Stellvertreter des spanischen Königs unterstanden. Ende des 16. Jahrhunderts hatten die Jesuiten die Idee des „Missionsstaates“ von den Bettelorden übernommen und bauten kollektive Agrargemeinschaften auf, die sehr erfolgreich wirtschafteten. Zu erfolgreich, denn auf Grund von Verleumdungen unterschrieb im Jahre 1767 König Karl III. in Madrid das königliche Dekret über die Vertreibung und Verbannung aller Jesuiten-Missionare aus sämtlichen Reduktionen in Südamerika. An die 100 000 Indios waren davon betroffen, mußten vor den plündernden Kolonisatoren fliehen. Sehr unterschiedliche Beurteilung findet dieses Experiment. Wenn die einen vom urchristlichen „Kommunismus“ sprechen, halten andere mit dem Begriff „geistliches Konzentrationslager“ dagegen.

Der aus den Reduktionen vertriebene José Cardiel beschrieb 1771 den Ablauf eines Sonntags im „Jesuitenstaat“: „Jeden Sonntagmorgen, wenn die Patres beim Gebet versammelt sind, kommen alle Alter und Geschlechter auf dem Platz zusammen, Männer und Frauen, Mädchen und Jungen getrennt, wie gewöhnlich. Zwei von ihnen fragen: „Gibt es einen Gott?“ Darauf antworteten zwei: „Ja, es gibt ihn.“ Die zwei fahren fort: „Wie viele Götter gibt es?“ Und die beiden anderen antworten: „Nur einen einzigen.“ Dies geschieht natürlich alles in ihrer eigenen Sprache, denn wenn Latein oder Kastilisch gesprochen würde, was sie nicht verstehen, hätte es keinen Nutzen.“

Wirklich freie, eigenständige Christenmenschen sind die Guaraní wohl nicht gewesen. Doch ist im historischen Zusammenhang zu würdigen, daß zumindest ansatzweise Inkulturation vollzogen wurde, unter anderem im sprachlichen Bereich durch

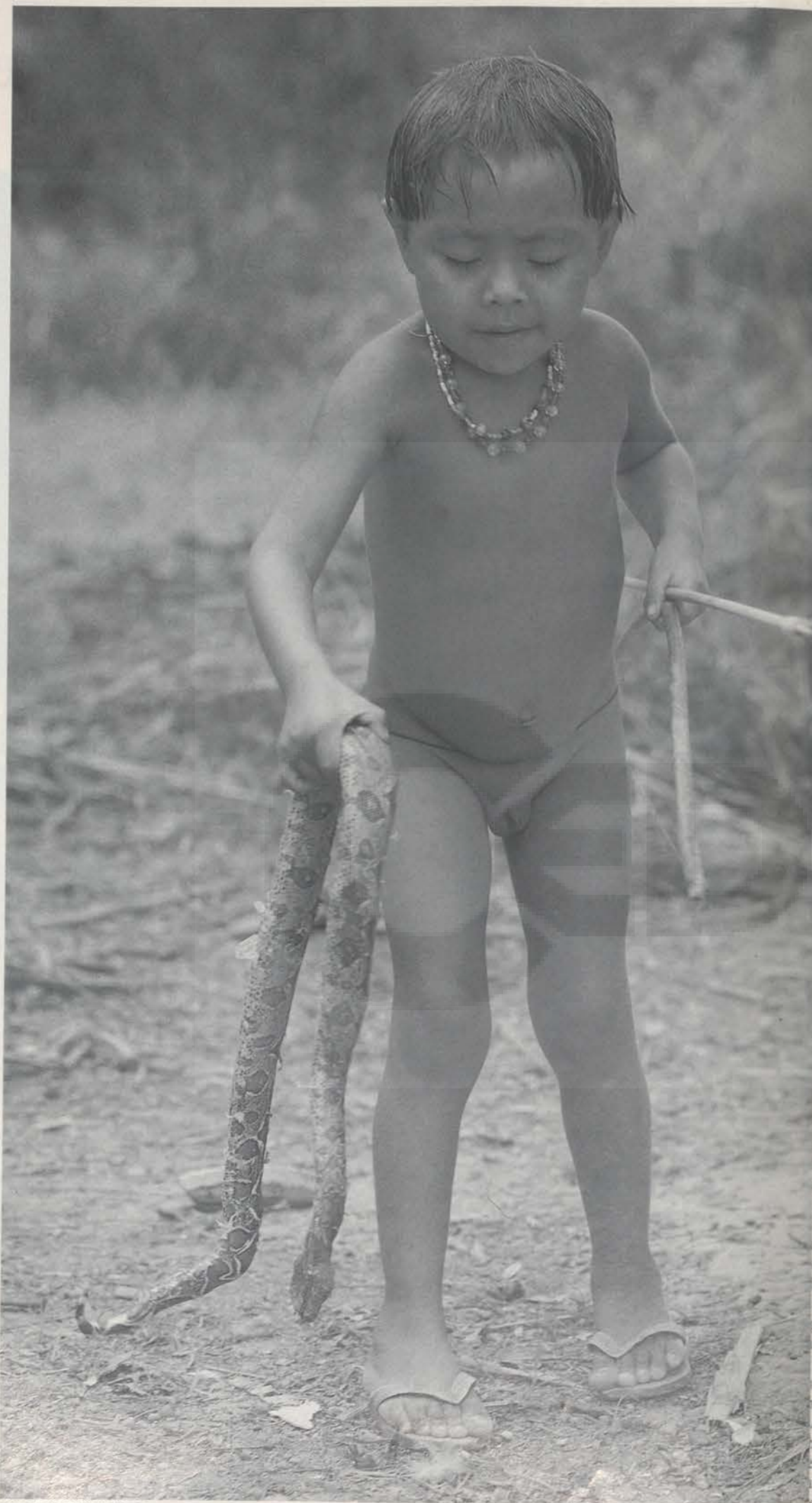


Foto: black Star/Claus Meyer

## Neues Verständnis für die Urbevölkerung



orschung und Verwendung der Guaraní-Sprache.

José Cardiel fährt in seiner Beschreibung des Sonntags fort: „Nach Ansprache zählen die Sekretäre die Siedlung anhand von Listen nach Alter und Geschlecht alle nach, um zu sehen, ob jemand in der Messe geist hat; sie berichten das dem Pfarrer und dieser prüft, ob ein Hindernis gelegen hat. Wenn sich einer schuldig gemacht hat, so sucht er ihn und bestraft ihn. Die Strafe besteht aus fünf und zwanzig Peitschen.“

Setzt sich mit der Verwendung der Jesuiten die Allianz zwischen offizieller Amtskirche und durch. Echter Einsatz für das Leben der Urbevölkerung blieb spo-

radisch. Auch noch in unserem Jahrhundert wurden fünfzig Indio-Stämme auf brasilianischem Boden ausgerottet. Insgesamt hat sich die Zahl der brasilianischen Indianer von fünf Millionen bei der „Entdeckung“ auf heute 230 000 reduziert. Um eine letzte Überlebenschance für die Indios geht es erst wirklich, seit die Kirche Lateinamerikas einen radikalen Standortwechsel vollzogen hat. Das geschah mit ihrer „Option für die Armen“ in Medellín (1968) und Puebla (1979).

### Die neue Evangelisierung des Kontinents

„Wenn wir die Geschichte des lateinamerikanischen Kontinents be-

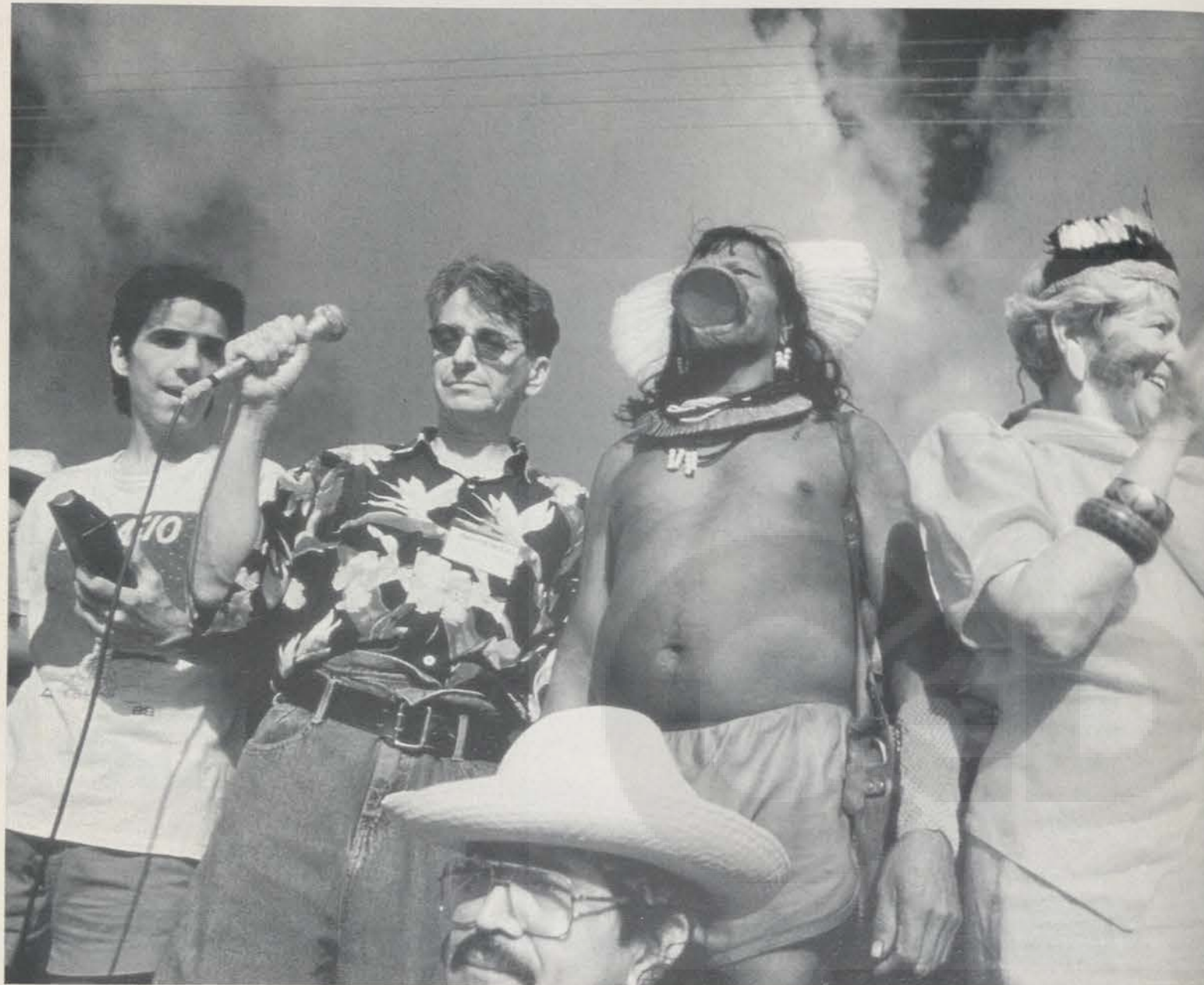


Foto: Herzog/present

„Wir müssen die Kultur der Indianer bewahren und ihre Art zu leben achten.“ Steyler Missions-schwester suchen nach neuen Wegen der Hilfe für die Indianer Brasiliens.



# Den Indianern zu helfen ist gefährlich.



Goldsucher gewährleistet bleibt. Die waschen mit Quecksilber das Gold vernichten dabei das Leben in Flüssen und zerstören die Nahrungsgrundlage der Indios. Als am Oktober 1991 in Cuiabá der Indiovertreter Orlando Baré mit Papst Johannes Paul II. zusammentraf, trug er auf seinem T-Shirt in greller Farbe die Bilanz der letzten zwei Jahre: „1500 tote Yanomami“. Bei solchen Anlässen – auch der Popstar Sting engagiert sich für die Ureinwohner Lateinamerikas – besteht die Möglichkeit, internationale Solidarität zu gewinnen.

Das ist sicher wichtig, aber die Zusammenarbeit der CIMI besteht vor allem darin, die Indianerpastoral auf nationaler und regionaler Ebene zu koordinieren, die Mitarbeiter der verschiedenen Missionen direkt zu unterstützen, Indiogruppen, besonders im Kampf um ihr Land und ihre Selbstbestimmung, zu verteidigen und die brasilianische Gesellschaft über die Situation der Indioviölker aufzuklären.

## Den Indios leben und sterben

Wenn die Kirche an die Seite der Indios tritt, sie in der Landfrage unterstützt oder vor nationalen Projekten wie Staudämmen, Militarisierung, Minenausräumung oder Abbrennen des Amazonaswaldes zu schützen sucht, dann ist ihre Arbeit höchst konkret, politisch und gefährlich.

Alberto Casalegno berichtet: „Seit dem 8. April um 9.30 Uhr. Die Baracke, die ihm als Lagerpunkt auf seinen Reisen zum Enawenê-nawê-Indios in 60 Entfernung diente, wies eindeutig

trachten, und speziell die Geschichte Brasiliens, müssen wir eingestehen, daß die Kirche eine ungeheure Schuldenlast gegenüber den indianischen Völkern auf sich geladen hat. Daher fühlen wir uns in dieser Stunde aufgerufen, uns den indianischen Völkern missionarisch zuzuwenden, uns mit ihren Anliegen zu solidarisieren, uns in ihre Kultur einzuleben und sie durch unsere Gegenwart gegen die ständige Bedrohung von seiten der Gesellschaft zu schützen.“ Mit dieser Zusage an die Indianer steht Schwester Ana Elidia Neves von den Steyler Missionsschwestern nicht allein. Viele Missionsorden haben einen grundlegenden Wandel vollzogen

*Auch der Popstar Sting (oben) engagiert sich für die Yanomami, die am Amazonas leben und von Goldsuchern bedroht werden. Oft hilft nur internationale Empörung gegen Habgier und Korruption.*

und angefangen, sich mit völlig neuem Vorverständnis für die Urbewölkerung einzusetzen. Das geschieht in Brasilien in enger Zusammenarbeit mit der CIMI, dem von der Bischofskonferenz 1972 gegründeten Indianermissionsrat. Für Schwester Ana bedeutet das konkret: „Wir müssen die Kultur der Indianer bewahren, ihre Art zu leben achten und unterstützen, ihr Land schützen und bereits von Weißen besetzte Gebiete zurückgewinnen. Das heißt, wir inkarnieren und identifizieren uns mit der indianischen Wirklichkeit. Das passiert besonders dadurch, daß wir ihre Sprache lernen und Kontakt herstellen durch den eigenen Lebensvoll-

zug.“ – Die Steyler Missionsschwestern eines Kampfes auf: die wenigsten haben sich mit dieser Einsicht des Missionars durch eine dem Volk der Yanomami, die Brille zerbrochen, die Bundesstaat Roraima zugewandert zerbrochen in eine deren Schicksal hat inzwischen zerbrochen in eine deren Berühmtheit erlangt. Obwohl der gestreckte Leichnam fanden sebrasilianische Verfassung den Urvölkern in der Mission am 16. kern das Recht auf ihre angestammte das Haupt, nach links geneigt, ten Territorien zuspricht, wurde an noch ein letztes Mal diese 18. November 1988 durch intermit, der seine Liebe und sein Kampf sterielle Verfügung der jahrelang galten hatten, zu küssen. Nicht irplante und versprochene Yanomami Tod, sondern ein vorsätzli-Park in Zonen aufgeteilt. Diese Mord machte dem Leben von nen umfassen nur noch dreißig Pfler Vincente Cañas SJ wahrzent der traditionell von den 90linch am 6. April 1987 ein Yanomamis bewohnten Fläche. E.“ reicht wurde damit, daß der Zutritt lehr als zehn Jahre hatte er sich den Reservaten für die etwa 500r eingesetzt, daß die FUNAI, die



*Einst wurden die Indianer gegen alle Gesetze als Lasttiere mißbraucht. Auch heute noch müssen sie um ihre verbrieften Rechte kämpfen.*



Indianerbehörde der Regierung, klar das Gebiet der Enawenê-nawê-Indios umschreibt. Doch die Interessen der Großgrundbesitzer und der Holzindustrie an diesem Gebiet waren stärker. Es ist äußerst unwahrscheinlich, daß der Mord an Bruder Vincente Cañas SJ jemals aufgeklärt wird, sein Name reiht sich ein in die lange Liste der Frauen und Männer, die für die Indios gestorben sind.

## Gefährdete Hoffnungen

In Lateinamerika stellen Ordensleute zwischen sechzig und siebzig Prozent aller Seelsorger. Die meisten von ih-

nen haben sich, unterstützt vom Sekretariat der Konföderation der lateinamerikanischen Ordensleute CLAR, sehr konsequent für die neue Pastoral mit den Armen eingesetzt. Das führte zu innerkirchlichen Konflikten, die sich vor allem auch im Vorfeld einer angemessenen Vorbereitung der 500-Jahr-Feier zuspitzen. Zum Beispiel hatten die Orden das Projekt „Wort und Leben“ geplant, durch das ein Neulernen der Bibel mit den Armen eingeleitet werden sollte. Mannigfaltige Vorwürfe, auch der des zu stark befreiungstheologischen Ansatzes, führten zu vielen Verhandlungen zwischen CLAR, der lateinamerikanischen Bischofskonferenz

und Rom. Am Ende stand das Aus des Projektes.

Ein Beispiel von vielen, wie langsam, aber konsequent gegen die Ausbreitung des „Geistes“ von Medellín und Puebla vorgegangen wird. Dazu kommt die Ernennung konservativer Bischöfe, Eingriffe in die personelle Struktur der CLAR mit Änderung ihrer Wahlordnung, scharfe Beobachtung von Priesterseminaren und Schließung von überregionalen Instituten, an denen Befreiungstheologen lehrten. Alarmiert unterschrieben deshalb 2000 Ordensleute die „Zwanzig Überlegungen zur Vatikanischen Intervention in der CLAR“, in der es heißt: „Was mit der CLAR passiert ist, läßt uns wirklich befürchten, daß die Stimmen der Armen Lateinamerikas nicht gehört und angenommen werden bei der IV. Lateinamerikanischen Bischofskonferenz im Oktober 1992 in Santo Domingo.“

Besteht also keine Hoffnung, daß der selbstlose Einsatz in der Indianerpastoral die letzten Urvölker Lateinamerikas doch noch retten kann? Dom Pedro Casaldáliga, engagierter Bischof der Armen, sagt dazu: „Um ehrlich zu sein, muß ich zugeben, daß ich manchmal keine realistische Hoffnung habe, daß diese Option für die Indioviölker Frucht bringt. Manchmal hoffe ich es doch wieder. Wenn ich die Hoffnung etwas erzwingen, kann ich sagen: Ich hoffe es. Vor allem wenn es uns gelingt, den Kampf auf kontinentaler Ebene zu führen. Und wenn unsere geliebte und immer verschlafene Kirche sich daran erinnert, daß man nicht allgemein lieben darf, sondern konkret; und daß die Pastoral niemals eine große Theorie sein darf, sondern eine große fleischgewordene Liebe sein muß, die etwas wagt, eine kontinentale Pastoral, ein Bewußtsein einschließlich einer kontinentalen Föderation der Indioviölker zu schaffen – und dazu scheint mir eine große, engagierte und spektakuläre Unterstützung notwendig –, dann glaube ich, daß die Indioviölker sich retten könnten.“

Wird es eine gemeinsame Solidarität der Kirche für das Leben der Indioviölker geben können? Oder wird wieder die unheilige Allianz zwischen Amtskirche und Staat hoffnungsvolle Rettungsansätze zunichte machen, wie einst die Reduktionen? Dann bliebe den Amazonas-Indianern wirklich nur noch, in Würde sterben zu „wollen“.



# Bücher zum Thema: DAS KREUZN LATEINAMERIKA

**Tzvetan Todorov:**  
**Die Eroberung Amerikas.**  
**Das Problem des Anderen.**  
Suhrkamp, Frankfurt, 1985, 314 S., 38 DM.

Ich entdecke, also bin ich. Doch eine wirklich „Neue“ Welt haben die Eroberer nicht entdeckt. Sie suchten im Unerwarteten das Bekannte, im Fremden das eigene, im anderen das Ich. Todorov läßt die historischen Quellen sprechen. Die Projektionen und Wunschträume bestätigen eine psychische Unfähigkeit zu erfahren, zu erkennen und anzuerkennen. Die Spanier begreifen nicht die rituell, magisch und kosmisch gebundene Lebenswelt der Indianer, setzen sich auch über deren religiös bestimmte Regeln der Kriegsführung hinweg. Der neuzeitliche Totalitarismus beginnt – hier.

**Thomas Eggensperger,**  
**Ulrich Engel:**  
**Bartolomé de las Casas. Dominikaner – Bischof – Verteidiger der Indios.**  
Matthias-Grünwald, 1991, 12,80 DM.

Die Dominikaner protestierten als erste lautstark gegen die Unterdrückung der Indianer. Doch nur wenige Spanier ließen sich von den mutigen Ordensleuten überzeugen: zum Beispiel Las Casas, dessen Leben diesem Taschenbuch dazu dient, ein Stück Ordensgeschichte zu erhellen. Zwei „nachgeborene“ Mitbrüder erinnern – mit Trauer, Wehmut, Schmerz, aber auch Hoffnung.

**Manuel Lucena Salmoral:**  
**Amerika 1492. Porträt eines Kontinents vor 500 Jahren.**  
Südwest Verlag, München, 1991, 128 DM.

Was man aus Aufzeichnungen und archäologischen Funden über die indianischen Kulturen weiß, bündelt dieser Band zu Lebenslinien: So wurden die Ureinwohner Amerikas geboren, liebten sie sich, kochten sie, bauten sie Städte, bestraften sie Verbrecher, dichteten und musizierten sie, führten sie Krieg – und starben sie. Die prachtvollen Bilder und nüchternen Texte lassen verschwundene Welten für Momente wieder auferstehen. Leider wird der wesentliche Bereich Religion, Mystik und Kult in wenigen Abschnitten erst am Ende und recht knapp behandelt, die Bedeutung der Priesterkaste mit einem abfälligen Unterton beurteilt.

**Carlos Fuentes:**  
**Christoph, ungeboren. Roman.**  
Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, 1991, 54 DM.

Rechtzeitig, am 6. Januar 1992, wurde „Christoph, ungeboren“ gezeugt, um am 12. Oktober, möglichst Null Uhr, geboren zu werden: am 500. Jahrestag der großen Entdeckung. Dann wird der Held einen nationalen mexikanischen Wettbewerb gewinnen, das Land retten und seinen Eltern Wohlstand beschaffen. Der wachsende Embryo hört, riecht, sieht, bemerkt alles, was draußen vor sich geht. Er kommt pünktlich auf die Welt – und vergißt alles. Fuentes treibt den phantastischen, streckenweise dadaistischen Roman voller brillanter Wortschöpfungen an den Rand der Sprachlosigkeit. In „Christoph, ungeboren“ verkörpert sich ein apokalyptisch-chaotisches Lateinamerika, dem ständig die Neugeburt verheißt wird, während es dauernd stirbt.

**Andreas Venzke:**  
**Der „Entdecker Amerikas“. Aufstieg und Fall des Christoph Kolumbus.**  
Benziger, Zürich, 1991, 39,80 DM.

Kolumbus kam, sah – und scheiterte. Der Autor beschreibt anschaulich den geheimnisumwitterten, verschlungenen Lebensweg und beurteilt knapp die unterschiedlichen Theorien der Kolumbus-Forschung. Vor allem arbeitet er die gesplante Persönlichkeit des Admirals heraus, der ein Kind zweier Epochen war – zurückgebunden an das noch mythische mittelalterliche Weltbild, fasziniert vom freiheitlichen neuzeitlichen Pioniergeist. In Kolumbus verbindet sich eine tiefe messianische Berufung mit einem völlig weltlichen Willen zur Macht. Solche Widersprüche machen ihn und das Buch spannend.

**Urs Bitterli:**  
**Die Entdeckung Amerikas. Von Kolumbus bis Alexander von Humboldt.**  
Beck, München, 1991, 58 DM.

Übersichtlich und unterhaltsam beschreibt das Buch die wichtigsten Amerikareisen der Europäer vom 15. bis zum 18. Jahrhundert. In dieser konzentrierten Zusammenschau werden die unterschiedlichen Motive und geistigen Horizonte dieser wahrhaft abenteuerlichen Unternehmungen sichtbar. Der Autor läßt sich nicht auf – im zeitlichen Abstand gewiß einfache – Schwarz-Weiß-Malerei ein.

Die vielen interessanten historischen Quellen sprechen aus sich. Schrecken verbindet sich mit Sehnsucht im Drama dieses menschlichen Eroberungsdrangs. Wie das abschließende Kapitel über Humboldt eindrucksvoll bestätigt, hätte eine humanistisch inspirierte Neugier jene „Entdeckung“ eines Kontinents in ganz andere, friedliche Bahnen lenken können.

**Enrique Dussel:**  
**Die Geschichte der Kirche in Lateinamerika.**  
Matthias-Grünwald, Mainz, 1988, 48 DM.

Von politischen Zufällen und gesellschaftlichen Ereignissen hängt das Christentum auch in Lateinamerika stärker ab, als man vielfach wahrhaben möchte. Der in Mexiko lehrende Kirchenhistoriker und Philosoph Enrique Dussel belegt das: ausgehend von der Mission der Anfangszeit über den Druck der Unabhängigkeits- und Emanzipationsbewegung auf die Kirche bis hin zu den religiösen Neuaufbrüchen nach dem zweiten Vatikanischen Konzil. Die Krisen Lateinamerikas offenbaren Krisen des Glaubens.

**Roy Harvey Pearce:**  
**Rot und Weiß. Die Erfindung des Indianers durch die Zivilisation.**  
Klett-Cotta, Stuttgart, 1991, 65 DM.

Die mittel- und südamerikanische Urbevölkerung sollte sich zum Christentum bekehren, die nordamerikanische zur Zivilisation. Der Literaturwissenschaftler Roy Harvey Pearce unterzieht die britische Landnahme einer kollektiven Psychoanalyse. Aus historischen Zeugnissen und dichterischen Texten bringt er das Unbewußte ans Licht: im „edlen Wilden“ fühlen sich die Eroberer in den eigenen Urzustand zurückversetzt, der jedoch dem Fortschritt geopfert wurde, aus religiöser Überzeugung geopfert werden mußte. Mitleid für den rückständigen „Eingeborenen“ schlägt um in Tadel. Die Projektion des Ich auf den nicht verstandenen Anderen vernichtet ihn. „Gut“ wird der Indianer als toter Indianer.

**Frank Niess:**  
**Am Anfang war Kolumbus. Geschichte einer Unterentwicklung – Lateinamerika 1492 bis heute.**  
Piper, München, 1991, 29,80 DM.

Der Wissenschaftsjournalist Frank Niess glaubt nicht an den Mythos vom großen Seefahrer, genialen Entdecker und gebildeten Abenteurer.

Der historische Zufall machte Kolumbus zum Helden. Die vielfache Kollateralschaden, Sünde, wirft der Provinzialniederer sozialer Herkunft stammte. Der kaiserliche Sendbote: „Ich den Eroberer verdanken ihr zu. „Erfolg“ dem Spiel der Psychologes und dem großen „Bluff“: Rivalität unter der Urbevölkerung ausnutzen. Minderwertigkeitsgefühle der Unterworfenen verstärken, sich selbst zu Herrenmenschen hochstapeln. Der Autor sieht in diesem Männlichkeitswahn und Unterwerfungswahn so nicht im Geschichtsbuch der ersten Stunde das Schicksal, erzählt der Roman: wie Las Casas heutigen Lateinamerika vorher von der Neuen in die Alte Welt stimmt. Er deckt eine oft unterburt und vor Kaiser, Hofstaat und Julichete Seite seelischer Kriegen für die Sache der Indianer streiführung auf. Alles Elend heute erkl Mit ihm kehrt ein sterbender Erddas nicht.

**Martin Neumann:**  
**Las Casas. Die unglaubliche Geschichte von der Entdeckung der Neuen Welt.**  
Herder, Freiburg, 1990, 36 DM.

Bartolomé de Las Casas kennt die Winkelmzüge der Politik. Er versteht es, Rhetorik – notfalls auf Polemik – einzusetzen. Vor Kaiser, Kardinälen, Gouverneuren, Inquisitoren und auch dem Mob auf der Straße scheut er nicht. Das macht ihn zum Priester, Mönch und späteren Bischof als Querdenker modern. Ideen allein reichen ihm nicht. Er sucht die Macht, sie durchzusetzen. Martin Neumann zeigt keinen harmlos belichen „Vater der Indios“, sondern einen realpolitischen Kämpfer und geschickten Taktiker. Ausführlich wird aus den Schriften und Werken des Gottesmannes zitiert. Las Casas Originalton.

**Fritz Hochwälder:**  
**Das heilige Experiment. Schauspiel in fünf Aufzügen.**  
Reclam, Stuttgart, 3 DM.

Jesuiten und Indianer waren da, Kolonialisten, Sklavenjäger und „heilige Experiment“, Stämme in sogenannten Reduktionen zu sammeln, sie friedlich zu bekehren und zu unterrichten, sowie eine autonome Missionare. Über die Vernichtung, wirtschaftliche und militärische anderer Kulturen. Ein Au-Ordnung aufzubauen, mußte werden. Der Orden verließ Paraguetten. Retten konnte er sich damit nicht mehr. Er wurde wenig später (1717) verboten. Vom Gottesstaat im Jesum Thema sind erhältlich bei Adtenstaat blieben Ruinen und (Bernstr. 5, 4300 Essen), Mi- Tragödie. Der Dramatiker Flor (Mozartstr. 9, 5100 Aachen) Hochwälder hat sie aufs Papier die verschiedenen Ordensgemein- auf die Weltbühne gebracht. Letzten, zum Beispiel der Missions- Verhandlungen, eine letzte Rebe-ale der Franziskaner (Alberius- on. Die Akteure beugen sich der Anus-Str. 39, 5300 Bonn 2).



**Gott in Lateinamerika.**  
Texte aus fünf Jahrhunderten. Ein Lesebuch zur Geschichte.  
Ausgewählt und eingeleitet von Mariano Delgado.

Patmos, Düsseldorf, 1991, 49,80 DM.

Andere lesenswerte Bücher zum Thema:

**Enrique Dussel:**  
**Die Befreiungstheologie der Unterdrückung.**  
Kultur des Lebens und der

**Enrique Dussel:**  
**Die Befreiungstheologie der Unterdrückung.**  
Kultur des Lebens und der

**Enrique Dussel:**  
**Die Befreiungstheologie der Unterdrückung.**  
Kultur des Lebens und der

**Enrique Dussel:**  
**Die Befreiungstheologie der Unterdrückung.**  
Kultur des Lebens und der

**Enrique Dussel:**  
**Die Befreiungstheologie der Unterdrückung.**  
Kultur des Lebens und der

**Enrique Dussel:**  
**Die Befreiungstheologie der Unterdrückung.**  
Kultur des Lebens und der

**Enrique Dussel:**  
**Die Befreiungstheologie der Unterdrückung.**  
Kultur des Lebens und der

**Enrique Dussel:**  
**Die Befreiungstheologie der Unterdrückung.**  
Kultur des Lebens und der

**Enrique Dussel:**  
**Die Befreiungstheologie der Unterdrückung.**  
Kultur des Lebens und der

Statt verurteilen: verstehen. Dazu lädt dieses Lesebuch ein. Es trägt Beobachtungen, Berichte, Urteile sowie literarische Texte aus der Religions- und Christentumsgeschichte Lateinamerikas zusammen, mit einem Schwerpunkt auf den Anfängen. Die einzelnen Dokumente werden jeweils in den Kontext ihrer Entstehungszeit eingeordnet, die Verfasser knapp porträtiert. Was einst geschah, geschieht immer noch: in den Köpfen, den Seelen, den Einstellungen der Menschen heute. Lesen befreit hier zur Trauerarbeit.

## LESEPROBE

Ihr sagtet (zu uns), daß wir nicht kennen den Herrn des Mit und Bei, den Herrn Himmels (und) der Erden. Ihr sagtet, daß nicht wahre Götter unsere Götter (sind). Es ist ein neues (unerhörtes) Wort, was ihr sprachet, und darüber sind wir bestürzt, daran nehmen wir Ärgernis (Anstoß). Denn unsere Erzeuger, die zu sein, die zu le-

ben gekommen waren auf Erden, nicht so sprachen sie. Sie gaben uns ihre Sitte (ihr Gesetz), sie glaubten an sie (die Götter), sie dienten, sie erwiesen Ehrfurcht den Göttern. Sie lehrten uns insgesamt das, womit gedient wird, was in Ehren zu halten ist: so essen wir vor ihnen Erde, so zapfen wir uns Blut ab, so büßen wir, so legen wir Copal-Harz nieder, und so veranstalten wir (Menschen-Opfer). Sie sagten: Es sind sie die Götter, durch die alles lebt, sie erwiesen uns Gnade. Wann? Wo? Noch die Zeit der Nacht war es. Und die sagten: Es sind sie, die uns geben unseren Unterhalt (unser Abendessen, unser Frühstück) und insgesamt Trank (und) Speise, die Lebensmittel, Maiskörner, Bohnen, Melden, Salbei. Sie sind, die wir bitten um Wasser, um Regen, wodurch es gedeiht auf Erden.

Aus Wechselreden zwischen indianischen Weisen und christlichen Missionaren in Mexiko. Aufgezeichnet von Bernardino de Sahagún.



**Gustavo Gutiérrez:**  
**Gott oder das Gold.**  
Der befreiende Weg des Bartolomé de Las Casas.

Herder, Freiburg, 1990, 38 DM.

Nicht die Befreiungstheologie des Las Casas, sondern eine Theologie der Unterdrückung gewann bereits in den ersten Jahrzehnten nach der „Entdeckung“ Amerikas die Oberhand. Warum, mit welchen Folgen – dem geht Gustavo Gutiérrez, der neuzeitliche „Vater der Befreiungstheologie“, auf den Grund. Eroberer, Landbesitzer, Händler und Politiker ließen sich von willfährigen Theologen Gutachten erstellen und eine Unterwerfungs-Religion zurechtzimmern, die den eigenen Interessen nutzte. Theologie wurde zur Ideologie, Gold zum Gott.

## LESEPROBE

Sollte sich der König aus Westindien zurückziehen, verschwände auch das Evangelium, ja, „Gott gäbe es nicht mehr“ in diesen Ländern. So also sähe es aus, wenn es keine Gold- und Silberbergwerke in Westindien gäbe; ergo: sie sind moralisch unerläßlich. Die argumentativen Glieder der Kette greifen fest ineinander: Gott ist zugegen, weil der König da ist; und der König ist da, weil Westindien Minen hat. Das stärkste Glied in der Kette ist

das Gold; seinetwegen bleibt der König, und dank ihm wird Evangelisierung getrieben...

So wird das Gold zum wirklichen Vermittler der Anwesenheit Gottes in Westindien. Die Position des Garcia de Toledo ist so etwas wie eine verkehrte Christologie. Letztlich steht das Gold, wo sonst Christus steht: als Mittler der Liebe des Vaters. Denn aufgrund des Goldes könnten die Indianer den Glauben empfangen und gerettet werden, während sie ohne ihn verdammt würden. Das also ist das theologische Kernstück des „Gutachtens von Yucay“. Seine Argumente sollen den Rechten der Krone und der kommenden Herren Sinn und Leben geben.

Einem solchen Zerrbild von Christologie stellt Bartolomé de Las Casas, in der Perspektive des Evangeliums, das Bild eines Christus entgegen, der in den Armen wohnt, eine Theologie der in Westindien geißelten Christusse.

Urteil von Gustavo Gutiérrez über ein theologisches Gutachten, das sogenannte Dokument von Yucay, das die Unterwerfung der Ureinwohner rechtfertigt.

Besprechungen: Johannes Röser



*Irgendwann wird sich der Spieß umkehren:  
Lateinamerika wird Europa missionieren.  
André Lorenz sprach mit Ordensleuten  
aus Brasilien und Kolumbien,  
die schon jetzt bei uns arbeiten.*



# Was wir von den Lateinamerikanern lernen können

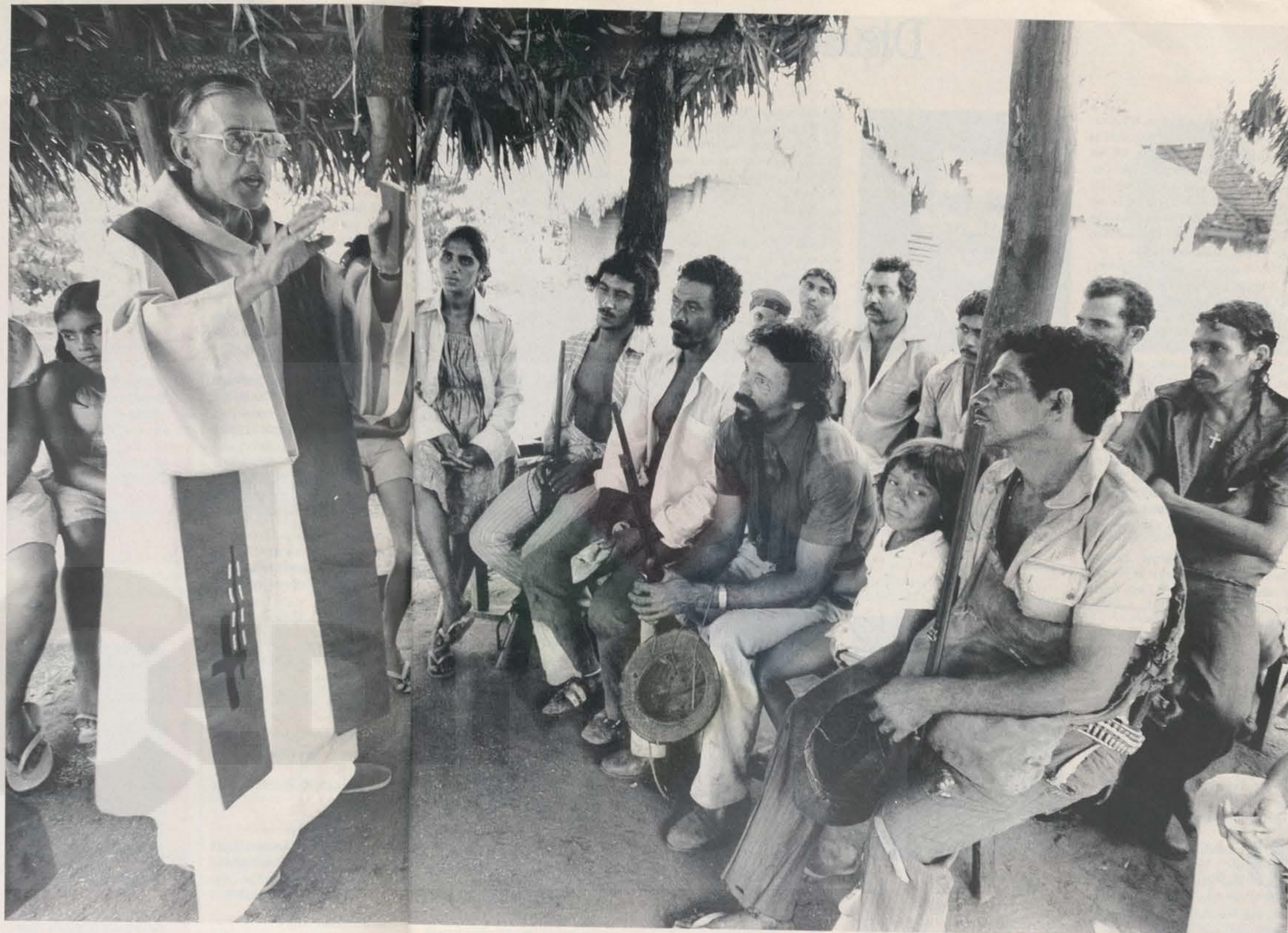


Foto: Lebeck/Stern

**D**ie Pfarrei Rosário Oeste von Rosário Oeste das, wovor sich Bundesstaat Mato Grosso, Mbeiden Franziskaner immer getelwest-Brasilien, läßt sthet hatten: Die reichen, mächtigen nicht mit Pfarreien hierzulande verglgrundbesitzer schlugen zu. Wollchen. Die Menschen, die dort lebte Hacienderos Land, bekamen sie sind sehr arm. Der Boden, auf dem l. Aber sie kauften es nicht, sie leben, ist es auch. Das Gebiet ähneten es nicht, sie nahmen es sich den Savannen Afrikas. Rosário Oeich. An jenem Tag in Rosário umfaßt siebzig Gemeinden, die e vertrieben die Großgrundbesitzer mehrere hundert Kilometer auseinander Familien und zerstörten ihre Dörder liegen. In Brasilien ist das keGegenwehr gab es keine: Mit Ha-Seltenheit. Vor vier Jahren wurde deros legt sich niemand an. Die Pfarrei von zwei Franziskanerpates en Franziskanerpater versuchten es treut. Zwei Patres für siebzig Gemeoch und übergaben den Fall den den oder 30 000 Menschen, auch dasrden. Genausogut hätten sie es jein B. ißen keine Seltenheit. bleiben lassen können. Die träge

Fages passierte in einem Wz Brasiliens unternahm nichts: Mit

Hacienderos legt sich eben niemand an. Die Gemeinden der Umgebung sammelten zwar Geld für die Vertriebenen, aber was soll man anderen geben, wenn man selbst kaum etwas hat? „Da gab es nichts, was wir noch hätten tun können“, sagt leicht resigniert einer der beiden Franziskaner, Pater Roque Morschel.

Ungefähr zur selben Zeit, einige hundert Kilometer weiter. Auch die Gemeinden der Pfarrei Avelar wurden von Franziskanern betreut. Das religiöse Leben wurde von ihnen geprägt, der Rest vom Großgrundbesitzer. Landkonflikte waren kein Thema, dem Fazendeiro gehörte schon alles. Wer Ar-

beit hatte, war bei ihm angestellt. Wer Geld für seinen Lebensunterhalt verdiente, war von ihm abhängig.

Es war Tradition in der Gemeinde, daß die Frau des Großgrundbesitzers auf der Fazenda Katechese machte. Die Gläubigen hätten es zwar lieber gesehen, wenn einer von ihnen den Religionsunterricht gegeben hätte. Aber etwas zu sagen, trauten sie sich nicht. Diese Aufgabe übernahm schließlich der junge Franziskanerpater. Er sagte der Frau des Großgrundbesitzers, sie könne mit ihrer Katechese zwar weitermachen, aber es werde demnächst eine zweite Gruppe geben, in der eine Frau aus dem Volk Religionsunterricht ertei-

*Spontanität und  
Herzlichkeit vermissen  
Pater Volnay, Schwester  
Benisia und Pater Roque  
(linkes Bild v.l.n.r.)  
in den deutschen  
Kirchen zum Beispiel.  
Und echtes Engagement.*

len würde. Das war natürlich ein Affront gegen den allmächtigen Haciendero, den dieser nicht hinnehmen konnte. Und mit der Zeit wurden Eltern entlassen, die ihre Kinder in die neue Gruppe schickten.

„Als Priester in Brasilien lebt man mit einem geteilten Herzen. Man hat



# Die durchorganisierte Kirche ist nicht flexibel genug.

immer das Gefühl, aufstehen, etwas sagen zu müssen, aber man selbst wird ja auch nicht bedrückt. Ich wollte, ich bin immer nur am Wochenende in der Gemeinde, und ich gehe wieder weg. Ich verliere keinen Job. Aber für die Leute, die bleiben, steht die Existenz auf dem Spiel", stellt der junge Franziskaner, Pater Volney Berkenbrock, fest.

Pater Roque, 32, und Pater Volney, 31, sind seit Februar 1988 in Deutschland. In Bonn-Bad Godesberg bei der Missionszentrale der Franziskaner. Diese Einrichtung ist weltweit einer der wichtigsten Stützpunkte der Befreiungstheologie. Hier werden unter anderem Projekte koordiniert, die sich mit der Verbreitung des christlichen Glaubens in Lateinamerika befassen, Spendenaktionen durchgeführt und ein Pressekontakt hergestellt.

Pater Roque wollte zunächst gar nicht nach Deutschland. Aber der Orden habe darauf bestanden, sagt er. Jetzt promoviert er in Bonn in Fundamentaltheologie. Genau wie Pater Volney.

Pater Volney studierte zunächst Theologie und Philosophie in Petrópolis nahe Rio de Janeiro und sein Professor arrangierte schließlich den Auslandsaufenthalt.

„Die Provinzen in Brasilien brauchen nicht nur Nachwuchs, sondern auch Leute, die lehren können“, erläutert Pater Volney. „Da stellt sich natürlich die Frage: Warum studiert man nicht in Brasilien weiter? Abgesehen von dem wichtigen kulturellen Austausch zwischen Europa und Lateinamerika, sind bei uns diese Möglichkeiten der Weiterbildungen sehr gering, da das Theologiestudium in Brasilien nicht überall anerkannt ist.“

Deutschland, das war für die beiden Franziskaner natürlich eine ganz andere Welt. Eine heile Welt? Pater Volney, der in Brasilien nun wirklich eine Menge mitgemacht hat, sagt lakonisch: „Ich will nicht sagen, daß es hier besser oder schlechter ist als bei uns. Aber am Anfang war es schon ein Schock.“ Ein Schock deshalb, weil er unter anderem die Messe in Deutschland „zu steif“ fand und nach wie vor findet. „Im Gottesdienst ist so wenig Bewegung, körperliche Bewegung. Nehmen wir den Friedensgruß. Hier wird der rechte Nachbar begrüßt und der linke, vielleicht noch der Vorder- und der Hintermann. Vier, mehr nicht. In Brasilien ist es üblich, daß die Gläubigen dann herumlaufen und jeden begrüßen. Der Friedensgruß dauert da manchmal zehn Minuten.“

Auch Pater Roque vermisst die familiäre Atmosphäre der Gottesdienste in Brasilien. „Oft denke ich, daß der Priester hier nur ein Beamter ist. Einer, der einfach seiner Sache nachgeht.“



PATER VOLNEY

„Am Anfang war es schon ein Schock in Deutschland. In den Gottesdiensten ist so wenig Bewegung!“



PATER ROQUE

„Oft denke ich, daß der Priester hier nur ein Beamter ist. Einer, der einfach seiner Sache nachgeht.“

ster hier nur ein Beamter ist. Einer, der wie in jedem anderen Beruf einfach seiner Sache nachgeht. Bei uns läuft das im allgemeinen ein wenig anders. Mit mehr Herz, glaube ich. Mehr Gefühl. Das ist aber typisch für die Menschen in Lateinamerika.“

Natürlich liegt es auch an der Mentalität der Menschen in Lateinamerika, daß sie mit Herz und Gefühl im Gottesdienst dabei sind oder – mehr noch – christlicher Glaube intensiver gelebt wird als bei uns. Eine wichtige Rolle spielt jedoch auch, daß die Kirche in Lateinamerika vielerorts die einzige gesellschaftliche Gruppe ist, die die Armen ernst nimmt. Sie als Menschen betrachtet, nicht als Abschaum. „Die Menschen merken, daß sie auch eine Würde haben“, sagt Pater Roque, und seine Augen leuchten dabei, „daß auch sie einen Wert haben und etwas sagen können.“

Die Menschen lernen zu begreifen, daß zwar auch 500 Jahre nach Kolumbus ihr Kontinent immer noch missioniert wird, daß Missionierung jedoch anders definiert wird. „Früher wußte der Missionar alles. Die Menschen hatten sich nach ihm zu richten“, sagt der Vinzentinerpater Florencio Galindo, 64, der seit 13 Jahren in Deutschland lebt. Heute versuchen die Missionare zunächst, die Menschen, ihre Eigenheiten und Probleme kennenzulernen, zuzuhören, zu reden und dann erst zu helfen.“

Es geht nicht mehr darum, den christlichen Glauben mit allen denkbaren Mitteln in Lateinamerika zu etablieren, damit die christliche Weltkarte wieder größer wird. Sondern es geht um die Menschen, die in der Mehrzahl arm und chancenlos sind, um ihre Befreiung aus der Abhängigkeit. Dieses Ziel ist natürlich noch lange nicht erreicht, aber „trotz aller Widrigkeiten gibt es auch Erfolgsergebnisse“, sagt Pater Volney.

In einer Gemeinde auf dem Land, die Pater Volney betreute, war es wie in so vielen anderen: Alles drehte sich um den ansässigen Großgrundbesitzer. Pater Volney prägte zwar das religiöse Leben, aber der Haciendero sagte wie und wann. So war es Tradition, daß der Gottesdienst immer Sonntag vormittags stattfand, weil es der Großgrundbesitzer irgendwann einmal so bestimmt hatte. Nun war es jedoch so, daß durch die Gemeinde eine Autobahn führte, und viele Gemeindeglieder dort in einer Raststätte arbeiteten, die just am Sonntag vormittag immer gut besucht war. Der Termin für den Gottesdienst kam den meisten also sehr ungelegen.

Pater Volney wußte das, und er entschloß sich, eine Versammlung abzu-

500 Jahre Christentum in Lateinamerika. Das Thema des Fastentuchs, das in vielen deutschen Kirchen hängt.



halten, damit ein geeigneter Termin für die Messe gefunden werden konnte. Pater Volney, der in Deutschland alles durch Terminvorschläge, und in einer Asiert ist, hat seiner Meinung nach stimmung einigte man sich, daß es und Nachteile. Beispielsweise die Gottesdienste künftig am Samstagabend, wenn es um die Unterhaltungsmittag stattfinden sollte. In der letzten der Gemeinden geht, etwa durch die Reihe der Hacienderos – Zählung der Kirchensteuer. Aber die schand. Wütend schrie er nach einer „Organisation“ in Deutschland. „Franziskaner! Ihr habt nur eine Klasse auf der anderen Seite nur wenig konsultiert!“ Pater Volney war wie immer für neue Entwicklungen. den Kopf geschlagen. Natürlich war wichtiges Prinzip der Befreiungserwartung gewesen, daß der Großgrundbesitzer ist, daß man von der Realität, besitzer mit der Entscheidung nicht in konkreten Situationen ausgeht. verstanden sein würde. Aber die Macht es die Organisation aber meindemitglieder wollten nun mal einmal nicht mehr möglich, daß früheren Termin. Andererseits kam von der Realität ausgeht. Alles ist er auch nicht damit rechnen, daß es vorgesehen. Kirche läuft ein ihm den Rücken stärken würden. Aber es entstehen neue Probleme alle fürchteten den langen Arm des Hacienderos, und die durchorganisierte cienderos. Eine unerträgliche Späße hier ist nicht flexibel genug, um nung lag in der Luft. Schließlich erwökte der Menschen anzusprechen.“ derte Pater Volney kurz: „Die Mehrheitzeitig meinen die Ordensleute ist für einen anderen Termin.“ Lateinamerika, sei die Kirche in

Jede Sekunde rechnete er damit, daß Deutschland stark auf den Priester fisch die ängstlichen Gläubigen auf. Und das kann schon mal Verwirrung Seite des Großgrundbesitzers schlagen stifteten, wie Pater Roque erleben würden. Aber sie taten es nicht. Viel mutlich zum ersten Mal in ihrem Leben hatten sie eine Entscheidung für sich. eines Tages, Pater Roque war gegen den Unterdrücker gefahren. Und was war die Folge? „Der Haciendero war stinksauer“, sagt Pater Volney den Priester vertreten. Man zeigte lapidar.

In Deutschland wäre eine solche Entscheidung „Gut, das Evangelium bereite xibilität nur schwer vorstellbar. Aber“, dachte Pater Roque, „die Lehen davon, daß der geschilderte Eindruck ohnehin ein anderer.“ Denn bei uns kein Problem darstellen würde. Brauch in Brasilien, daß der Priester die Strukturen in der Messe



SCHWESTER BENISIA

„Meine damalige Pfarrei haben im Prinzip die Schwestern übernommen, weil der Priester so selten kam.“

übernimmt, sondern vor allem den Wortgottesdienst. Gemeindegliedern überläßt. Damit wird zum einen die Gemeinde viel stärker in die Messe eingebunden als dies bei uns der Fall ist. Weit wichtiger jedoch: In den vielen riesigen Gebieten, die ein Priester wegen der enormen Entfernungen und des Personalmangels vielleicht nur ein- oder zweimal im Monat besuchen kann, wäre der Gottesdienst anders oft nicht möglich.

Als in jener Messe die Lesung an der Reihe war, entstand eine peinliche Pause. Keiner kam, um sie zu lesen. Nach dem Gottesdienst wurde Pater Roque erst einmal aufgeklärt, daß in dieser Gemeinde der Priester alles selber macht. „Das ist doch absurd“, sagt Pater Roque verständnislos. „In Rosário Oeste haben wir verzweifelt nach Leuten gesucht, die überhaupt lesen können, damit sie in der Messe eine Aufgabe übernehmen können. Und hier? Hier können die Menschen lesen und tun es nicht.“ Nach einer Pause fügt er noch an: „Man sollte den Laien im Gottesdienst eindeutig mehr Raum geben.“

Und das nicht nur den männlichen Laien, meint Schwester Benisia Hoffmann, langjähriges Mitglied im Provinzrat der Franziskanerkongregation im brasilianischen Porto Alegre und seit Februar letzten Jahres bei der Missionszentrale in Bonn, um Projekte für Lateinamerika zu koordinieren.

Welche Rolle Frauen in der Kirche Lateinamerikas spielen, weiß die 58jährige aus eigener Erfahrung. „Man spürt überall, daß die Frau eigentlich Nebensache ist“, sagt Schwester Benisia ohne jede Bitterkeit, so, als sei das eine Tatsache, die man einfach hinnehmen muß. „Die Frauen bei uns sind gut für die Arbeit, aber nicht für Entscheidungen.“ Wenn allerdings wie in Brasilien Strukturen noch nicht so festgefahren sind und der Kirchenalltag von Priestermangel diktiert wird, muß schon mal improvisiert werden.

„In der Pfarrei von Bahia haben unsere Schwestern im Prinzip die Pfarrei übernommen“, erzählt Schwester Benisia. „Das liegt daran, daß der Priester nur einmal im Monat, manchmal nur alle zwei Monate kommt. Die Schwestern trauen Brautpaare und taufen die Kinder. Das einzige, was sie nicht machen, ist, die Beichte zu hören und die Messe zu zelebrieren. Wenn der Priester da ist, weicht er die Hostien quasi auf Vorrat, damit die Schwestern sie in den kommenden Wochen verteilen können.“

Was in Lateinamerika aus der Not heraus geschieht, könnte in Deutschland zur Tugend werden. Das würde sich auch Pater Florencio wünschen:



PATER FLORENCIO

„Es gibt in Deutschland diese extreme Angst, den 'oberen Etagen' zu mißfallen!“

eine Art Basisgemeinde, wie sie in Lateinamerika gang und gäbe ist. Eine Basisgemeinde, erklärt er, ist eine Christengemeinschaft, in der alle Menschen wie Brüder und Schwestern leben. Der Priester predigt nicht von obenherab, sondern bezieht die Gläubigen mit ein. Die wiederum organisieren selbst Wortgottesdienste und bilden sich weiter, wenn der Priester nicht da ist, „damit das Christenleben weitergeführt werden kann“. Ein solches Modell könnte in Deutschland auch dem wachsenden Priestermangel entgegenwirken, meint Pater Florencio.

Eine Kirche mit mehr Herz und Gefühl. Eine Kirche, die familiärer, lockerer und vor allem mehr an den Realitäten orientiert ist. Eine Kirche, die alle Gläubigen in den Gottesdienst miteinbezieht und nicht nur auf den Priester fixiert ist. Nach 500 Jahren der Missionierung Lateinamerikas könnte unsere Kirche ein wenig Missionierung aus Lateinamerika ganz gut vertragen. Doch das ist noch so lange Zukunftsmusik, solange es „in Deutschland diese extreme Vorsicht gibt, den 'oberen Etagen' nicht zu mißfallen“, wie Pater Florencio festgestellt hat. Solange die Gläubigen hier oft nur aus Pflichtgefühl in die Kirche gehen, wie Pater Roque den Eindruck hat. So lange es stimmt, was Schwester Benisia fühlt, daß nämlich bei der Kirche in Deutschland alles schon fertig sei. Und solange, wie Pater Volney meint, „die Kirche hier ständig Antworten auf Fragen gibt, die längst nicht mehr gestellt werden.“





# kontraste

Im Namen der Heiligen Dreifaltigkeit kann man von hier aus so viele Sklaven schicken, wie man verkaufen kann, und auch Rotholz... Von diesen beiden Waren wird man einen Gewinn von 40 Millionen erzielen.

Christoph Columbus in einem Brief von seiner dritten Reise, 1498

Alles, was die Spanier in Lateinamerika unternommen haben, ist ungerecht, jede Unternehmung der Indios gegen sie ist gerecht.

Bartolomé de Las Casas (1474-1566)

Nichts macht den spanischen Missionaren größere Ehre als der unermüdliche menschenfreundliche Eifer, mit welchem sie die ihnen anvertrauten schwachen Schäflein beschützen, und dasjenige, was ich hierüber angeführt, verbreitet über ihr Amt einen unauslöschlichen Glanz.

W. Robertson, 1778, evangelischer Missionshistoriker

Betrachten wir es einmal ganz nüchtern, erkennen wir, daß wir Deutsche auch mit der Geschichte Lateinamerikas verstrickt sind. Unter Kaiser Karl V. führen 1528 die Welser, Augsburger Kaufleute, mit Söldnern, Bergleuten und Siedlern ins heutige Venezuela, um das Land auszubeuten. Diese Ausbeutung brachte millionenfaches Leid wie Mord, Folter, Vergewaltigung, Verschleppung, Zwangsarbeit und Sklaverei mit sich.

Aus einer Erklärung des Diözesanrates der Katholiken im Bistum Hildesheim

Wir haben beschlossen, den Besuch des Papstes zu nutzen, um ihm die Bibel zurückzugeben, denn in 500 Jahren brachte sie uns weder Liebe noch Frieden noch Gerechtigkeit. Johannes Paul, nehmen Sie die Bibel zurück, und geben Sie sie unseren Unterdrückten, sie unseren Unterdrückten,



denn die brauchen die moralische Unterstützung mehr als wir.

Indianer aus den peruanischen und bolivianischen Anden, 1987

Die historische Schuld von Christen und die Mitschuld der Kirche müssen einmal ohne jede Verschleierrungstaktik eingestanden werden!

Erwin Kräutler, Bischof von Altamira (Brasilien)

Die Kirche möchte sich der 500-Jahr-Feier mit der Demut der Wahrhaftigkeit nähern, ohne Triumphalismus, aber auch ohne falsche Bescheidenheit. Sie will sich nur an der Wahrheit orientieren, sie will Gott für ihre Erfolge danken, aber auch aus ihren Fehlern lernen.

Papst Johannes Paul II.

Es gibt nichts zu bereuen!

Kardinal Nicolás López Rodríguez, Präsident der lateinamerikanischen Bischofskonferenz

Die Perspektive der Opfer einzunehmen, ist für uns in erster Linie ein Gebot der Gerechtigkeit. Die Amerindios und die Afroamerikaner haben niemals Gehör gefunden. Die europäische Kultur ebenso wie die missionierenden Kirchen haben fünf Jahrhunderte hindurch einen Monolog geführt.

Leonardo Boff OFM

Gebe ich einem Armen ein Stück Brot, hält man mich für einen Heiligen. Zeige ich aber dem Volk, warum es kein Brot hat, dann gelte ich als Kommunist.

Hélder Câmara, ehemaliger Erzbischof von Recife und Olinda

Verlassen Sie sofort ihre Diözese, oder wir werden noch mehr Priester ermorden!

Aus einem Drohbrief an den Bischof von Chimú (Peru), Luis Armando Bambaren

## Kirche in Lateinamerika

Conquista und Evangelisation  
500 Jahre Orden in Lateinamerika

Michael Sievernich SJ  
Arnulf Camps OFM  
Andreas Müller OFM  
Walter Senner OP (Hg.)

Ca. 496 Seiten. Kartiert.  
Ca. DM 42,-  
ISBN 3-7867-1649-8

Erscheint im  
Oktober '92



Die Eroberung des lateinamerikanischen Kontinents geschah – so die offizielle Rechtfertigung – zum Zweck der Evangelisierung und Ausbreitung des Christentums. Die Träger dieses Missionsunternehmens waren vor allem Ordensleute aus den Bettelorden (Dominikaner, Franziskaner, u. a.) und – etwas später – die Jesuiten. Die Rolle der Ordensleute in Lateinamerika war keineswegs eindeutig. Der prophetischer Anklage des Encomienda-Systems (einer Form versteckter Sklaverei) und den beeindruckenden Leistungen in den „Reduktionen“, den vor den Spaniern abgeschirmten Indio-Dörfern, steht zum Beispiel eine unverständliche Kompromißhaltung in der Frage der Versklavung der Schwarzen gegenüber. Die Kehrseite des Eintretens für das Lebensrecht der Indios war auch eine „Kolonialisierung der Seelen“, eine Mißachtung ihrer Religion und Kultur und eine Zwangsintegration in die europäische „Zivilisation“. Der selbstkritische Blick von Ordensleuten aus Lateinamerika und Europa in die 500jährige Geschichte wirft dabei unbequeme Fragen für heute auf: Wie ist Evangelisierung zu vereinbaren mit dem Respekt vor der Kultur und Identität der „Anderen“? Was ist heute von den Ordensleuten angesichts der wirtschaftlichen Ausbeutung durch die Verschuldungskrise gefordert? Für welche Utopie kann das heutige Ordensleben in Lateinamerika überzeugend eintreten?

Matthias-Grünwald-Verlag Mainz

## Kontraste

KONTRASTE erscheint vierteljährlich und kann abonniert werden oder einzeln durch Buchhandlungen, Zeitschriftenhandlungen oder direkt vom Verlag Herder bezogen werden.

Anschrift der Redaktion:  
Hermann-Herder-Straße 4,  
D-W-7800 Freiburg,  
Telefon (07 61) 27 17-4 07,  
Fax-Nr. (07 61) 27 17-4 07

Chefredaktion:  
Christian Dau

Gestaltung: Erich Priester

Vertrieb und Werbung:  
Verlag Herder, Zeitschriften,  
Telefon (07 61) 27 17-3 33

Anzeigen:  
Verlag Herder,  
Telefon (07 61) 27 17-2 36

Preise: Einzelheft 6,- DM, im Jahresabonnement (4 Hefte) 22,- DM zuzüglich Versandkosten.  
Bestellnummer: 00013

Abbestellungen von Jahresabonnements und Änderungen von Sammelbezügen sind nur zum Ende eines Kalenderjahres möglich. Sie sind bis spätestens 15. November dem Verlag mitzuteilen.

Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. – Copyright: S. 22-27: NEWSWEEK, Columbus Special Issue, Fall/Winter 1991, „When worlds collide“.

Verlag:  
Herder GmbH & Co. KG  
Freiburg i. Br.

Druck:  
Bonifatius GmbH,  
Druck · Buch · Verlag, Paderborn

Titelbild:  
BDKJ-Bundesvorstand; Poster zur Kampagne „500 Jahre Eroberung und Widerstand Lateinamerikas“, Düsseldorf.

Dieser Ausgabe ist eine Verlegerbeilage des Verlages Herder, Freiburg, beigelegt.



# Bücher zum Thema



Columbus hatte einen unbeugsamen Willen, die Expedition ins Ungewisse zum Erfolg zu führen. Er erlebte den Gipfel der Macht, aber auch den abgrundtiefen Sturz durch Intrigen: Auszüge aus Dokumenten und Briefen, in denen uns Christóbal Colón ganz persönlich begegnet. 48 S., 60 Abb., DM 19,80  
ISBN 3-451-22448-8



Die quellenbezogene Biographie über Las Casas. Mit der Stimme dieses Zeitgenossen beginnt hier die Geschichte selbst im Originalton zu reden. Ein packendes Buch über eine Epoche, die die Welt bewegte.  
2. Aufl., 288 S., geb. 38,- DM.  
ISBN 3-451-22066-0



Der Weg des Las Casas vom Kolonialisten zum Urvater der Befreiungstheologie. Die schonungslose Darstellung eines tragischen Abschnitts der Geschichte: „Lesenswert“ (Publik-Forum).  
220 S., geb. 39,- DM  
ISBN 3-451-21994-8

## HERDER



CEDIM